

Nordost- Archiv

Zeitschrift für Regionalgeschichte

Über den Weltkrieg hinaus:
Kriegserfahrungen in Ostmitteleuropa
1914–1921

Nordost-Archiv N. F. 2008

Neue Folge Band XVII/2008

Nordost-Institut Lüneburg

Nordost-Archiv

Zeitschrift für Regionalgeschichte
Neue Folge

Das Nordost-Archiv beschäftigt sich mit der Geschichte des nördlichen Ostmitteleuropa. Geographisch wird dieser Raum annähernd begrenzt von der Ostsee und den Karpaten im Norden und Süden, von der Oder und Newa im Westen und Osten. Ethnisch umschließt er die Hauptsiedlungsgebiete der Polen, Litauer, Letten und Esten und beträchtliche Teile des Siedlungsgebietes der (Groß-, Weiß- und Klein-)Russen, über Jahrhunderte auch der Juden und Deutschen.

Im Vordergrund der Aufmerksamkeit stehen die Deutschen, die einst, wie sonst nur noch die Juden, in nahezu dem ganzen Raum ansässig gewesen sind und ihn zu Zeiten in erheblichem Maße geprägt haben. Allerdings können die Deutschen nicht isoliert gesehen werden. Als Nachbarn, als Eroberer oder Kolonisten, Herren oder Untertanen, Mehrheit oder Minderheit haben sie immer und überall in so enger Berührung mit den anderen ethnischen Gruppen gestanden, dass die deutsche so wenig wie die polnische oder estnische Geschichte Ostmitteleuropas zu verstehen und zu beurteilen ist, wenn man sie ausschließlich vom Blickpunkt eines einzelnen Volkes betrachtet.

Das Nordost-Archiv wird:

- die Deutschen stets als Element des Raumes sehen, den sie mit anderen geteilt haben. Den grundlegenden Bezugsrahmen bietet deshalb auf unterer Ebene die Landesgeschichte, auf höherer Ebene die Geschichte der Gesamtregion;
- dem Verhältnis zwischen den ethnischen Gruppen besondere Beachtung zuwenden. Neben den „objektiven“ Beziehungen, z.B. in Handel und Kultur, sind auch „subjektive“ Aspekte zu behandeln, insbesondere „das Bild vom Anderen“, die Vorstellungen, die die Gruppen wechselseitig voneinander ausgebildet, tradiert und verändert haben;
- die weite und anhaltende Verbreitung der Deutschen im nördlichen Ostmitteleuropa zu historischen Vergleichen nutzen;
- Autoren aus allen Ländern des nördlichen Ostmitteleuropa zusammenführen und dazu beitragen, dass überkommene nationalhistorische Sehweisen untereinander konfrontiert, aneinander abgearbeitet und womöglich miteinander ausgeglichen werden.

Aus der Zielsetzung der Zeitschrift ergibt sich, dass ihre Schwerpunkte in Zeiten liegen, in denen der deutsche Anteil an der Geschichte des nördlichen Ostmitteleuropa besonders hoch gewesen ist: im späten Mittelalter, der frühen Neuzeit und den späteren Jahrhunderten bis zum Ausgang des Zweiten Weltkrieges. Das Nordost-Archiv hält sich aber auch offen für Fragen der Zeitgeschichte und der Gegenwart, wenn sie die Deutschen und deren Verhältnis zu ihren Nachbarn berühren.

Die jährlich erscheinenden Hefte gruppieren sich jeweils um einen gemeinsamen Gegenstand. Die Themen beziehen sich auf einzelne Orte, eine Landschaft oder Sachfragen, die die Gesamtregion betreffen, und schließen grundsätzlich alle Bereiche der historischen Wirklichkeit ein.

Das Thema des nächsten Heftes 2009:

Nordosteuropäische Geschichte in den Massenmedien: Medienentwicklung, Akteure und transnationale Öffentlichkeit

mit Beiträgen u. a. von:

Johan Eellend: Unity through modernity: the agrarian media and the national question at the turn of the 20th century

Heike Graf: Journalistische Produktion und ethnische Diversität: Journalisten mit Migrationshintergrund in Deutschland und Schweden

Agnieszka Łada: Welches Bild konstruieren die Medien von der Warschauer und Berliner Europapolitik?

Maren Röger: Transnationale Verlagshäuser – national(istisch)e Diskurse? Deutsche Verlagshäuser auf dem polnischen Printmedienmarkt

Katja Wezel: Lettlands „Rückkehr nach Europa“ – Erfüllung eines lettischen Traums? Der EU-Beitritt als Projekt der lettischen Elite

Brigitte Braun u. Urszula Biel: Oberschlesien ist unser! – Die Region Oberschlesien im deutschen und polnischen Kino nach dem Ersten Weltkrieg (1918–1929)

Kaspars Ruklis: Living in Two Parallel Realities. Media in Bi-Lingual Environments in the Baltics

Jukka Pietiläinen u. Dmitry Stravosky: „We, the Immigrants ...“ Russian-language press of Finland on life and aims of the Russian minority of Finland

Katharina Kleinen-von Königslöw u. Johanna Möller: Zwischen De-Transnationalisierung und Europäisierung – Politische Öffentlichkeit in Polen

Nordost-Archiv
Zeitschrift für Regionalgeschichte

Über den Weltkrieg hinaus:
Kriegserfahrungen in Ostmitteleuropa
1914–1921

Neue Folge Band XVII/2008

Nordost-Institut Lüneburg
2009

Herausgeber:

Institut für Kultur und Geschichte
der Deutschen in Nordosteuropa
– Nordost-Institut –
Conventstr. 1, D-21335 Lüneburg
Telefon (041 31) 4005 90
Telefax (041 31) 3911 43
E-Mail: sekretariat@ikgn.de
<http://www.ikgn.de>

Verantwortlich für dieses Heft:
Dr. Joachim Tauber

Redaktion:
Dr. Konrad Maier

Gedruckt mit Unterstützung des Beauftragten der Bundesregierung
für Kultur und Medien (BKM).

Bezugsbedingungen:

Nordost-Archiv erscheint einmal jährlich.
Preis pro Heft € 17,50, Jahresabonnement € 15,00 zuzüglich Versandkosten.
Ein Abonnement gilt zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen des Abonnements können nur zum Ablauf eines Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November des laufenden Jahres beim Verlag eingegangen sein.

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben vorbehalten. Unverlangt eingesandte Rezensionsexemplare können nicht zurückgesandt werden.

Articles appearing in this journal are abstracted and indexed in HISTORICAL ABSTRACTS and AMERICA: HISTORY AND LIFE.

Satz: fio & flo, Thorn, Polen
Herstellung: Stahringer: Satz.GmbH, Grünberg

ISSN 0029-1595

Über den Weltkrieg hinaus: Kriegserfahrungen in Ostmitteleuropa 1914–1921

Joachim Tauber: Editorial 7

Abhandlungen

Mark R. Hatlie (Tübingen): Riga und der Erste Weltkrieg: Eine Exkursion 13

Theodore R. Weeks (Carbondale, Ill.): Vilnius in World War I, 1914–1920 34

Christoph Mick (Coventry): Kriegsalltag und nationale Mobilisierung. Lemberg im Ersten Weltkrieg 58

Christian Westerhoff (Brüssel): Deutsche Arbeitskräftepolitik in den besetzten Ostgebieten 83

Jens Boysen (Leipzig): Nationale Minderheiten (Polen und Elsass-Lothringen) im preußisch-deutschen Heer während des Ersten Weltkriegs 1914–1918 108

Michael Klees (Gießen/Minsk): Begegnung mit dem Osten. Kulturelle Erfahrungen in der Kownoer Etappe 137

Frank M. Schuster (Łódź): „Für uns ist jeder Krieg ein Unglück“. Die Auswirkungen des Ersten Weltkriegs auf die Welt der osteuropäischen Juden 153

Julia Eichenberg (Dublin): Stiefsöhne des Vaterlands. Die polnischen Veteranen des Ersten Weltkriegs und die Debatte um ihre Versorgung, 1918–1939 176

Christhardt Henschel (Leipzig): Der Erste Weltkrieg zwischen Erinnerungskultur und Politik in Polen am Beispiel der Stadt Lublin (1918–1939) 195

Vėjas Gabriel Liulevičius (Knoxville, Tn.): Building Nationalism: Monuments, Museums, and the Politics of War Memory in Inter-War Lithuania	230
Darius Staliūnas (Vilnius): Der Kult des Unbekannten Soldaten in Litauen	248
Nikolaus Katzer (Hamburg): Russlands Erster Weltkrieg. Erfahrungen, Erinnerungen, Deutungen	267

Rezensionen

Gail Braybon, Evidence, History and the Great War: Historians and the Impact of 1914–18 (Geoffrey Swain)	293
Patrice M. Dabrowski, Commemorations and the shaping of modern Poland (Jörg Hackmann)	297
Deutsche und Deutschland aus russischer Sicht. 19./20. Jahrhundert: Von den Reformen Alexanders II. bis zum Ersten Weltkrieg, hrsg. v. Dagmar Herrmann, red. Bearbeitung Mechtild Keller, Maria Klassen u. Karl-Heinz Korn (Karsten Brüggemann)	300
Stefan Dyroff, Erinnerungskultur im deutsch-polnischen Kontaktbereich. Bromberg und der Nordosten der Provinz Posen (Wojewodschaft Poznań) 1871–1939 (Andreas R. Hofmann) .	305
Barbara Korte, Ralf Schneider, Claudia Sternberg, Der Erste Weltkrieg und die Mediendiskurse der Erinnerung in Großbritannien. Autobiographie – Roman – Film (1919–1999) (Julia Eichenberg)	312
Kriegsniederlagen. Erfahrungen und Erinnerungen, hrsg. v. Horst Carl (u.a.) (Hans-Jürgen Bömelburg)	319
Jutta Nowosadtko, Krieg, Gewalt und Ordnung, Einführung in die Militärgeschichte (Rolf-Dieter Müller)	322

Gerhard Paul, Bilder des Krieges – Krieg der Bilder. Die Visualisierung des modernen Krieges (Joachim Tauber)	325
Rainer Pöppinghege, Im Lager unbesiegt. Deutsche, englische und französische Kriegsgefangenen-Zeitungen im Ersten Weltkrieg (Indira Dupuis)	329
Die vergessene Front. Der Osten 1914/15. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, hrsg. v. Gerhard P. Groß (Joachim Tauber) ...	332
Thomas Wittek, Auf ewig Feind? Das Deutschlandbild in den britischen Massenmedien nach dem Ersten Weltkrieg (John Hiden)	335
Heike Anke Berger, Deutsche Historikerinnen 1920–1970. Geschichte zwischen Wissenschaft und Politik (Anja Wilhelmi)	337
Per Brodersen, Die Stadt im Westen. Wie Königsberg Kaliningrad wurde (Hans-Jürgen Bömelburg)	341
Martin Cüppers, Wegbereiter der Shoah. Die Waffen-SS, der Kommandostab Reichsführer-SS und die Judenvernichtung 1939–1945; Klaus Jochen Arnold, Die Wehrmacht und die Besatzungspolitik in den besetzten Gebieten der Sowjetunion (Joachim Tauber)	343
Andrew Ezergailis, Nazi/Soviet Disinformation about the Holocaust in Nazi-Occupied Latvia: <i>Daugavas Vanagi: Who are They?</i> – Revisited (Ieva Zake)	347
David Feest, Zwangskollektivierung im Baltikum. Die Sowjetisierung des estnischen Dorfes 1944–1953 (Björn Felder)	352
Klaus Garber, Schatzhäuser des Geistes. Alte Bibliotheken und Büchersammlungen im Baltikum (Michael Schwidtal)	355
Wilm Hosenfeld: „Ich versuche jeden zu retten“. Das Leben eines deutschen Offiziers in Briefen und Tagebüchern, hrsg. v. Thomas Vogel (Joachim Tauber)	363

Stephan Kessler, Die litauischen Idyllen. Vergleichende gattungstheoretische Untersuchung zu Texten aus Polen und Litauen, 1747-1825 (Guido Michelini)	366
Walter Leitsch, Sigismund III. von Polen und Jan Zamoyski. Die Rolle Estlands in der Rivalität zwischen König und Hetman (Martin Faber)	368
Die litauische <i>Wolfenbütteler Postille</i> von 1573, hrsg. v. Jolanta Gelumbeckaitė (Christiane Schiller)	371
Manfred Oldenburg, Ideologie und militärisches Kalkül. Die Besatzungspolitik der Wehrmacht in der Sowjetunion 1942 (Gunter Friedrich)	375
Shared History – Divided Memory. Jews and Others in Soviet-Occupied Poland, 1939–1941, hrsg. v. Elazar Barkan, Elizabeth A. Cole u. Kai Struve (Joachim Tauber)	384
Spór o powstanie. Powstanie warszawskie w powojennej publicystyce polskiej 1945–1981 [Streit um den Aufstand. Der Warschauer Aufstand in der polnischen Nachkriegspublizistik 1945–1981], hrsg. v. Dariusz Gawin (Martin Faber)	387
Gerd R. Ueberschär, Rolf-Dieter Müller, 1945. Das Ende des Krieges (Felix Römer)	391
Thomas Wünsch, Deutsche und Slawen im Mittelalter. Beziehungen zu Tschechen, Polen, Südslawen und Russen (Hans-Jürgen Bömelburg)	396
Seppo Zetterberg, Viron historia [Geschichte Estlands] (Cornelius Hasselblatt)	398
Ulrich Pferr, Die Verfassungskrise im Memelgebiet 1931/32. Insbesondere unter Würdigung der Memelkonvention und deren Auslegung im Urteil des Ständigen Internationalen Gerichtshofs in Den Haag vom 11. August 1932 (Joachim Tauber)	405
Die Autoren der Abhandlungen	409

Editorial¹

Sieht man einmal vom Mythos der Schlacht bei Tannenberg ab,² ist der ‚Große Krieg‘, wie der Erste Weltkrieg bis heute in einigen der ehemals kriegführenden Nationen genannt wird, vor allem ein Erinnerungsort, der seinen territorialen Bezug in Flandern, an der Somme oder bei Verdun hat. Die Wahrnehmung dieses Krieges wurde aber nicht nur durch die Schlachtenorte geprägt, sondern auch durch die Art der Kriegsführung. Der Erste Weltkrieg war ein industrialisierter Massenkrieg, dessen Grausamkeit sich nicht zuletzt darin zeigte, dass der „Tod als Maschinist“³ auftrat. Der Soldat war in seinem Unterstand und im Niemandsland zwischen den Gräben den automatisierten Waffen nahezu hilflos ausgeliefert. Die traumatischen Erfahrungen dieses Grabenkrieges prägten die Kriegsgeneration, schufen (zumindest in Italien und Deutschland) eine militariserte Gesellschaft, für die Gewaltanwendung nicht sanktioniert war. Die „Squadristi“ Mussolinis und die Freikorps der frühen Weimarer Republik sind auch ein Beleg dafür, dass viele Männer gar nicht mehr in eine zivile Gesellschaft zurückkehren wollten oder konnten. Der Frontkämpfer wurde ikonoklastisch heroisiert,⁴ sein Sterben wie im Falle des Langemarck-Mythos⁵ idealisiert.

Die militärische Wirklichkeit im Osten war jedoch eine andere als bei Ypern oder am Chemin des Dames. Die Größe des Operationsgebietes (im Westen erstreckte sich die Front über ca. 700, im Osten über ca. 1 600 Kilometer) erlaubte keine Truppen- und Waffendichte wie in Frankreich, Belgien oder Italien, so dass im Osten ebenso wie auch auf dem Balkan ein begrenzter Bewegungskrieg möglich war.⁶ Da die militärischen Ereignisse des Ostkriegs in den letzten Jahren

¹ Ich danke Gerhard Hirschfeld für seine Hinweise und Anregungen.

² Dazu jetzt Jesko von Hoegen, *Der Held von Tannenberg. Genese und Funktion des Hindenburg-Mythos*. Köln (u.a.) 2007.

³ *Der Tod als Maschinist. Der industrialisierte Krieg 1914–1918*, hrsg. v. Rolf Spiker u. Bernd Ulrich. Bramsche 1998.

⁴ Grundlegend George L. Mosse, *Gefallen für das Vaterland. Nationales Heldentum und namenloses Sterben*. Stuttgart 1993; Jay Winter, *Sites of Memory, Sites of Mourning. The Great War in European History*. 5. Aufl., Cambridge 2002.

⁵ Hierzu z.B. Gerd Krumeich, *Langemarck*, in: *Deutsche Erinnerungsorte*, hrsg. v. Etienne François u. Hagen Schulze. Bd. 3, München 2001, S. 292-309.

⁶ William C. Fuller, jr., *Die Ostfront*, in: *Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert*, hrsg. v. Jay Winter, Geoffrey Parker u. Mary R. Habeck. Hamburg 2002, S. 59. 1915/16 sicherten im Westen 2 134 Soldaten der Entente jeden Kilometer der Front, im Osten nur 1 200.

erneut beschrieben wurden,⁷ mag an dieser Stelle eine kurze Zusammenfassung genügen, um den Hintergrund für die nachfolgenden Beiträge zu skizzieren. Nach dem Sieg der 8. Armee in Ostpreußen und dem Rückzug der 1. russischen Armee hinter die Memel (August und September 1914) verhinderte die deutsche Seite in der Winterschlacht in Masuren (Februar 1915) einen erneuten russischen Vorstoß auf deutsches Gebiet. Im Mai 1915 gelang den Mittelmächten bei Gorlice-Tarnów, also im Mittelabschnitt der Ostfront, der Durchbruch, der schließlich, unterstützt von einem aus Ostpreußen vorgebrachten Angriff, zur Eroberung großer Teile polnischen Gebietes bis September 1915 führte. Auch im Norden operierten die deutsche 10. und 8. Armee sowie die Armeegruppe Lauenstein mit großem Erfolg und drängten die russischen Armeen zurück, so dass Litauen und Kurland bis zum Rigaschen Meerbusen in deutsche Hand fielen. Danach erstarrten die Fronten im nördlichen Teil der Ostfront und auch die zunächst erfolgreiche deutsch-österreichische Invasion in der Westukraine geriet schließlich ins Stocken. Trotz des überraschenden, außerordentlichen Sieges der Russen an der österreichischen Front (Brusilov-Offensive) im Juni 1916 gelang es den Mittelmächten, die Ostfront zu stabilisieren und die nachfolgenden russischen Angriffe abzuweisen.

Immer mehr deutsche Soldaten wurden an die Westfront verlegt, bis sich mit den russischen Revolutionen von 1917, dem Scheitern der Kerenski-Offensive in Galizien im Juli 1917 und schließlich dem erzwungenen Friedensschluss von Brest-Litovsk (3. März 1918) eine völlig neue Situation ergab. Im Mai 1918 waren von rund 5 Millionen aktiven deutschen Soldaten nur noch 950 000 im Osten eingesetzt.⁸ Wie wenig sich Ost- und Westfront auch in der Wahrnehmung der Soldaten glichen, zeigt ein besonders drastisches Beispiel aus der Zeit

⁷ Gerhard P. Groß, *Im Schatten des Westens. Die deutsche Kriegsführung an der Ostfront bis Ende 1915*; Boris Khavkin, *Russland gegen Deutschland. Die Ostfront des Ersten Weltkrieges in den Jahren 1914 bis 1915*; Lothar Höbelt, „So wie wir haben nicht einmal die Japaner angegriffen“. Österreich-Ungarns Nordfront 1914/15; alle in: *Die vergessene Front. Der Osten 1914/15. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung*, hrsg. v. Gerhard P. Groß. Paderborn (u.a.) 2006, S. 49-64; S. 65-85; S. 87-119, jeweils mit weiterführender Literatur. Die immer noch beste Gesamtdarstellung der Kämpfe stammt von Norman Stone, *The Eastern Front 1914–1917*. London (u.a.) 1975.

⁸ Richard Bessel, *Die Heimkehr der Soldaten. Das Bild der Frontsoldaten in der Öffentlichkeit der Weimarer Republik*, in: „Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch...“ Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkrieges, hrsg. v. Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich u. Irina Renz. Frankfurt a.M. 1996, S. 264. Zusätzlich dienten ca. 2 Millionen Deutsche im so genannten Besatzungsheer, also hinter der Front.

nach dem Friedensvertrag von Brest-Litovsk. Rund 10% derjenigen Soldaten, die von der Ost- an die Westfront transportiert werden sollten, nutzten die Chance des Transportes durch Deutschland zur Fahnenflucht.⁹ Auch Verbrüderungen wie im Frühjahr 1917 an der Ostfront waren im Westen, sieht man einmal vom „Kleinen Frieden“ an Weihnachten 1914 ab,¹⁰ nicht möglich. Unter diesen Umständen handelt es sich vielleicht nicht nur um Zufall, dass im Osten eine geordnete Rückführung der deutschen Truppen nicht mehr gelang und das deutsche Ostheer in einer halboffiziellen Publikation aus dem Jahre 1936 zumindest partiell den ‚Kräften der Zersetzung‘ zugerechnet wurde.¹¹ Die Soldatenräte gehörten im Winter 1918/19 im Osten zu den entscheidenden Instanzen eines sich auflösenden Heeres, dessen Soldaten schließlich nur noch nach Hause wollten. All dies trug dazu bei, dass in der west- und mitteleuropäischen Wahrnehmung die Ereignisse in Osteuropa immer im Schatten der blutigen Kämpfe an der Westfront standen – und nicht zuletzt wurde der Krieg militärisch auch in Frankreich und Belgien endgültig entschieden.

Dies gilt *mutatis mutandis* auch für die Friedensschlüsse. Der Vertrag von Versailles überdeckte die maßlosen deutschen Kriegsziele in Osteuropa auch deshalb, weil in ihm der Diktatfrieden von Brest-Litovsk zwischen den Mittelmächten und dem sozialistischen Russland für nichtig erklärt wurde. Dieser Friedensschluss vom März 1918 hätte die deutsche Vorherrschaft in Ostmitteleuropa festgeschrieben. Auch wenn *pro forma* dem Selbstbestimmungsrecht der Völker mit einem ‚souveränen‘ Litauen, Kurland und dem Königreich Polen Genüge getan worden wäre, wären diese *de facto* als Satellitenstaaten fest im deutschen Orbit verankert gewesen. Litauens Beispiel sei zur Illustration angeführt: Im Dezember 1917 war die Unabhängigkeitserklärung des Landes an ein ‚ewiges‘ Bündnis mit dem Deutschen Reich

⁹ Ebenda.

¹⁰ Vgl. Michael Jürgs, *Der kleine Frieden im Großen Krieg. Westfront 1914: Als Deutsche, Franzosen und Briten gemeinsam Weihnachten feierten*. München 2003.

¹¹ Die Rückführung des Ostheeres, im Auftrage des Reichskriegsministeriums bearbeitet und herausgegeben von der Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte. Berlin 1936, S. VII: „Das in unendlichen Kämpfen gehärtete Westheer hat auch diese letzte Probe bestanden und in seinem geordneten Rückzug sich selbst ein Denkmal gesetzt. An anderer Stelle glaubten die bisher durch die eisernen Klammern der Disziplin in Schach gehaltenen Kräfte der Zersetzung ihre Zeit gekommen... Die Folge davon war jener fast unbegreifliche Zusammenbruch, dem zuerst das Besatzungsheer und die Etappe erlegen waren und der nun im ungeeignetsten Augenblick die Osttruppen zu erfassen drohte und zum Teil erfasst hat.“ Diese Zeilen stammen übrigens von dem damaligen Generalstabschef des Heeres (1935–1938) und späteren Mitverschwörer des 20. Juli 1944 Generaloberst Ludwig Beck.

sowie eine Zoll-, Münz- und Militärunion gekoppelt.¹² Dieser Vasallenstatus wurde erst durch die erneute Unabhängigkeitserklärung des litauischen Landesrates (Taryba) vom 16. Februar 1918 konterkariert, in der die Abhängigkeit von Deutschland keine Erwähnung fand, dafür aber alle Entscheidungen über die zukünftige Staatsform einer demokratisch legitimierten Nationalversammlung anheim gestellt wurden. Viel mehr als eine Deklaration konnte die Taryba allerdings im Februar 1918 nicht verabschieden, denn noch war das Land vollständig von deutschen Truppen besetzt.

Dennoch zeigt sich am litauischen Beispiel eine Besonderheit des Ersten Weltkrieges in Osteuropa: Der Krieg im Osten vermischte sich mit den nationalen Aspirationen derjenigen Völker, die in dem von den drei Großmächten beherrschten Raum lebten. Nicht nur die Polen oder die Tschechen, sondern auch die Balten begriffen diesen Krieg, auf dem sie zunächst auf allen Seiten mit in die Schlacht ziehen mussten, als eine Chance auf nationale Selbstbestimmung bzw. zumindest Autonomie. Im Westen ist ein solches nationales Motiv, sieht man einmal von dem mit Recht als Sonderfall zu bezeichnenden Elsass-Lothringen ab, nicht erkennbar.

Hierin liegt einer der Gründe, weswegen der 11. November 1918 in Osteuropa bestenfalls eine Atempause darstellte. Die militärischen Auseinandersetzungen gingen nahtlos in die Phase der Befreiungs- bzw. Bürgerkriege über, bei dem die Frontlinien (vor allem im Baltikum) sich unentwegt überlappten, so dass es zu einem manchmal schwer zu verstehenden Konglomerat von nationalen und sozial(istisch)en Aspirationen und Bewegungen kam. Denn neben den nationalen Fragen waren es natürlich die revolutionären Ereignisse in Russland, die seit Februar 1917 die Frontlinien im wahrsten Sinne des Wortes (mit)prägten. Die militärische Niederlage des Deutschen Reiches im November 1918 schuf die Voraussetzung für das Vorrücken der Roten Armee nach Westen; Antibolschewismus und nationale Selbstbestimmung auf der einen, antikapitalistisches sozialistisches Experiment auf der anderen – so lauteten die extremen Pole jener Konfrontation, die die Entwicklung in Osteuropa von den Ereignissen im Westen wesentlich unterschieden. Vor diesem Hintergrund gingen die militärischen Auseinandersetzungen weiter und mündeten in die Nationalitätenkonflikte und Befreiungskriege der frühen 1920er Jahre, die bis heute die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg anders

¹² Vgl. z.B. Joachim Tauber, *Stubborn Collaborators: the Politics of the Lithuanian Taryba, 1917–1918*, in: *Journal of Baltic Studies* XXXVII (2006), S. 194–209.

prägen als die in West- und Mitteleuropa tradierten Narrative. Wir haben es also mit verschiedenen Erinnerungsschichten zu tun, bei denen die ‚Weltkriegszeit‘ durch die späteren kriegerischen Ereignisse vielfach überlagert und fast vollständig verdeckt wurde.

Im vorliegenden Nordost-Archiv sollen Schlaglichter auf diejenige Phase des Krieges geworfen werden, die gern als eine vergessene bezeichnet wird,¹³ vor allem also auf die Zeit bis zum Schweigen der Waffen im Westen. Dabei konzentriert sich ein Teil des Bandes auf Städte im Krieg. Mark R. Hatlie zeichnet die Ereignisse in Riga nach, während Theodore R. Weeks mit Vilnius eine Stadt vorstellt, in der sich die nationale Frage in besonderer Weise akzentuierte, zumal sie sich zum Streitpunkt zwischen litauischen und polnischen nationalen Bestrebungen entwickeln sollte. Mit Lemberg, dessen Kriegsporträt Christoph Mick zeichnet, weitet sich die Perspektive aus dem Baltikum in das polnische Kernland.

Ein weiterer Gesichtspunkt, der dieses Nordost-Archiv prägt, ist die Frage nach der Wahrnehmung des Krieges durch die verschiedenen Bevölkerungsgruppen, die Besatzer und Kriegsteilnehmer. Christian Westerhoff beschäftigt sich in seinem komparativen Aufsatz mit der Zwangsarbeit in dem vom Militär kontrollierten Verwaltungsgebiet Ober Ost (Litauen, Kurland und die Gegend um Białystok) und dem einer Zivilverwaltung unterstehenden Generalgouvernement Polen. Ebenfalls eine vergleichende Perspektive bietet der Aufsatz von Jens Boysen, der den polnischen und elsässischen Soldaten in preußisch-deutschen Uniformen gewidmet ist. Michael Klees schildert das intellektuelle Leben deutscher Offiziere in der Kownoer Etappe. Schließlich wäre jegliche Beschäftigung mit Minderheiten in Osteuropa unvollständig, wenn nicht auch die jüdische Bevölkerung Erwähnung finden würde. Frank M. Schuster hat diese Aufgabe für den vorliegenden Band übernommen.

Die Wahrnehmung eines Krieges und seine retrospektive Wertung zeigen sich vielleicht nirgends so deutlich wie im Umgang mit den Überlebenden: Insofern leitet der Beitrag von Julia Eichenberg zu den polnischen Kriegsveteranen zum dritten Themenkomplex des Bandes über, der sich mit den Nachwirkungen des Weltkrieges und dem historischen Gedächtnis bzw. der Erinnerung beschäftigt. Am Beispiel Lublins zeichnet Christhardt Henschel die Vermischung von Erinnerungskultur und Politik in Polen zwischen 1918 und 1939 nach. Vejas Gabriel Liulevičius und Darius Staliūnas zeigen in ihren Beiträgen

¹³ Vgl. z.B. die Publikation *Vergessene Front* (wie Anm. 7).

auf, wie die Republik Litauen versuchte, des Krieges zu gedenken und zugleich die eigene nationale Identität zu fördern. Während jener sich mit der Erinnerungspolitik auseinandersetzt, zeigt dieser, wie der in Westeuropa entstandene Kult des unbekanntes Soldaten in einer speziellen litauischen Ausprägung seinen Weg an die Memel fand. Und schließlich setzt sich Nikolaus Katzer in seinem Forschungsbericht mit den russischen Erfahrungen des ‚Großen Krieges‘ auseinander.

Die Vielfalt der Beiträge belegt das bislang keineswegs ausgeschöpfte Potenzial, das diese Phase des Umbruchs in Ostmitteleuropa der internationalen Geschichtswissenschaft bietet, auch wenn die Forschung in den letzten Jahren sich verstärkt mit der Phase zwischen 1914 und 1918 beschäftigt hat.¹⁴ Doch auch 90 Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges scheint der ostmitteleuropäische Kriegsschauplatz in seiner Bedeutung noch immer unterschätzt zu werden. Nicht zuletzt der Umbruch von 1989/90 zeigt die fortwirkende Aktualität der Geschehnisse zwischen 1914 und 1921 in Ostmitteleuropa, auf die die heutigen Staaten ja keineswegs zufällig, sowohl in territorialer als auch in politischer Hinsicht, Bezug nehmen. Auch im osteuropäischen Raum stellen der Erste Weltkrieg und seine Auswirkungen eine „historische Epochenscheide“¹⁵ ersten Ranges dar.

Joachim Tauber, Lüneburg

¹⁴ Vgl. hierzu Enzyklopädie Erster Weltkrieg, hrsg. v. Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich u. Irina Renz. 2. Aufl., Paderborn 2004.

¹⁵ Wolfgang J. Mommsen, Der Erste Weltkrieg. Anfang vom Ende des bürgerlichen Zeitalters. Frankfurt a.M. 2004, S. 7.

ABHANDLUNGEN

Riga und der Erste Weltkrieg: Eine Exkursion¹

von Mark R. Hatlie

Die Schützen

In Osteuropa ist der Erste Weltkrieg ein ambivalentes Ereignis. Es gibt zwar wie im Westen einen klaren Anfang. Es gibt aber kein klares Ende. Die politischen Ergebnisse bleiben auch Jahrzehnte später uneindeutig, denn der Krieg ging nahtlos in andere Kriege und Konflikte über, Konflikte, die schon vor oder während des Ersten Weltkrieges erkennbar waren und zeitlich und räumlich weit darüber hinaus ausgefochten wurden. Diese Ambivalenz ist heute noch in der Denkmallandschaft der Stadt Riga eingezeichnet.

Die Innenstadt von Riga trägt erst wieder seit dem Jahre 2000 eine explizite Erinnerung an den Ersten Weltkrieg. Auf dem „Strēlnieku Laukums“ (seit 1990 „Schützenplatz“, davor seit 1965 „Platz der lettischen Roten Schützen“) am Ufer der Daugava steht seit 1971 das Denkmal der „lettischen roten Schützen“.² Dieses Denkmal zeigt drei

¹ Die Daten hinter diesem Artikel schöpfen zu einem nicht geringen Teil aus Aufsätzen, die ich schon an anderen Stellen publiziert habe. An Stellen, wo Ideen, Fakten, Erkenntnisse usw. nicht neu, sondern lediglich anhand älterer Arbeiten resümiert werden, werde ich diese ältere Forschung zitieren. Dort findet man eine umfassendere Behandlung der jeweiligen Thematik. Es handelt sich hierbei um Mark R. Hatlie, *Voices from Riga: Ethnic perspectives on a wartime city, 1914–1919*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 56 (2007), H. 3, S. 318–346; ders., *Crisis and Mass Conversion: Russian Orthodox Missions in Livonia, 1841–1917*, in: *Religion, Ethnie, Nation und die Aushandlung von Identität(en). Regionale Religionsgeschichte in Ostmittel- und Südosteuropa*, hrsg. v. István Keul. Berlin 2005, S. 115–146; ders., *Flags and Bayonets. Mass celebrations in Riga 1910–1920*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 51 (2002), H. 4, S. 475–499; ders., *Die Welt steht Kopf: Die Kriegserfahrung der Deutschen von Riga 1914–1919*, in: *Jahrbuch des Baltischen Deutschtums XLIX: 2001* (2002), S. 175–202; ders., *Riga im Krieg, 1914–1920*, in: *Nordost-Archiv XI* (2002), S. 231–236; ders., *Riga zwischen den Fronten. Ethnische Beziehungen und Veränderungen im Weltkrieg, während der Revolution und im Bürgerkrieg (1914–1919)*, in: *Der ethnische Wandel im Baltikum zwischen 1850 und 1950*, hrsg. v. Heinrich Wittram. Lüneburg 2005 (Baltische Seminare. 11), S. 53–80. All dies fügt sich zusammen zu einem Dissertationsprojekt an der Eberhard Karls Universität in Tübingen.

² Alle in diesem Artikel erwähnten Denkmäler und Friedhöfe können online besichtigt werden unter <http://sites-of-memory.de>. Die Reise nach Riga für diese Fotos und Hintergrundrecherche wurde von der American Public University System (<http://apus.edu>) getragen. Siehe auch Ojārs Spāritis, *Riga's Monuments and Decorative Sculptures*. Riga 2007 für Fotos und Hintergründe zu den Denkmälern. Im ganzen Beitrag werden nur

stolze Soldaten, die in langen Mänteln eisern in die Ferne blicken. Sie wurden in der Brežnevzeit als Repräsentanten idealtypischer roter Kämpfer entworfen: ein Kommissar, ein junger Arbeiter und ein alter Bauer. Die lettischen Schützen, derer hier gedacht werden sollte, waren die Mitglieder der ursprünglich lettischen Militäreinheiten, die sich im russischen Bürgerkrieg auf die Seite Lenins schlugen. Hierher wurden lettische Schulkinder gebracht, um vom lettischen Beitrag zur Geschichte der Revolution zu erfahren.

Im Jahre 2000 wurde die russische und lettische Inschrift, die sich auf die „Lettischen roten Schützen“ bezog, von der Stufe vor dem Sockel entfernt. Die neue Inschrift wurde direkt am Sockel eingemeißelt und lautet seither nur in Lettisch: „Den lettischen Schützen 1915–1920“. Somit waren der Bezug zum Kommunismus und dem russischen Bürgerkrieg verwässert und die Ursprünge der lettischen Schützen in den Kämpfen vor der Stadt Riga im Ersten Weltkrieg direkt angesprochen worden. Das Schlussdatum markiert mit dem Friedensvertrag mit Sowjetrußland das Ende des lettischen Freiheitskampfes und nicht das Ende der Teilnahme lettischer Schützeneinheiten am russischen Bürgerkrieg. Diese neue Gestaltung ist „historisch falsch“.³ Die noch verbliebenen roten Sterne an den Feldmützen der drei Krieger widersprechen durchaus dem neuen Wortlaut und machen das Denkmal denkbar unschlüssig. Dennoch waren die lettischen Schützen nicht allesamt rot und entstanden im eher nationalistischen als klassenideologischen Kontext des Jahres 1915. Die alte Version des Denkmals war somit auch „falsch“. Das sowjetische Ensemble um das Thema „Schützen“ wurde mit der neuen Inschrift jedenfalls endgültig aufgebrochen und in einander konkurrierende Erinnerungselemente zersplittert: Das direkt hinter dem Denkmal stehende Museum der Lettischen Roten Schützen ist schon länger das Okkupationsmuseum mit einem Schwerpunkt in der Zeit der sowjetischen Besatzung. Das Denkmal widerspricht sich jetzt selbst, während von den „Roten“ nur die Sterne bleiben. Der Ort „Strēlnieku laukums“ (Schützenplatz) hat 1990 den „roten“ Bezug verloren und umfasst unter der Bezeichnung jetzt nicht mehr den gesamten Platz, sondern nur die Fläche mit dem Museum und dem Denkmal. Der Rest des Raumes heißt seit 1999 nach einer lettischen

konstruierte Erinnerungszeichen – Denkmäler – berücksichtigt. Denkmäler im weiteren Sinne wie Bauwerke werden außer Acht gelassen. Für seine Hilfe bei der Redaktion in deutscher Sprache danke ich Oliver Gassner, <http://carpe.com>.

³ So das kurze, aber nicht weiter ausgeführte Urteil von Spārtiis, *Riga's Monuments* (wie Anm. 2), S. 38.

Übersetzung des alten, deutschen Namens des nahe liegenden historischen Platzes vor dem Rathaus. Beim Versuch, die kommunistisch diktierte Erinnerung wegzukratzen, kam ein kleines bisschen Erster Weltkrieg an die Oberfläche.

In diesem Aufsatz werde ich einige weiteren Spuren dieser ambivalenten Geschichte in der Stadt Riga aufzeigen und dabei die teils unklaren Grenzziehungen zwischen Kriegsphasen, Kriegen und den Kriegsdeutungen verschiedener Teilnehmer thematisieren. Die Phasen des Welt- und Bürgerkrieges, die in groben Zügen beschrieben werden, dienen dabei als Rahmen. Riga durchlebte in den Jahren des Welt- und Bürgerkrieges mehrere Regimewechsel, anhand derer die Kriegsphasen für die Stadt definiert werden. Nicht alles, was da beschrieben wird, ist heute noch zu sehen. Dort gilt es nur einen Eindruck vom Leben in der Stadt im damaligen Krieg zu vermitteln, während die Denkmalexkurse meist eher politische und militärische Bezüge haben. Zum Schluss werde ich zusammenfassen und dabei argumentieren, dass diese Periode der Geschichte wegen dieser Ambivalenz als *lettische* Geschichte schwer brauchbar ist und deshalb im heutigen Lettland auch so schwer erinnert wird.

Riga im Krieg: eine Kurzchronik

Juli 1914 bis März 1917:

Russische Militärverwaltung, einige zivile Zuständigkeiten. Ab Sommer 1915 verläuft die Front in der Nähe der Stadt. Flüchtlinge strömen in und durch die Stadt, Massenevakuierung von Fabriken und Bevölkerung.

März bis September 1917:

Revolutionäre, geteilte Regierung. Soldaten übernehmen Polizeigewalt. Demokratische Wahlen der Stadtvertreter.

September 1917 bis Ende 1918:

Deutsche Besatzung. Die Stadt wird vom Hinterland isoliert und an Deutschland wirtschaftlich und politisch angebunden. Nach der deutschen Kapitulation im Westen erklären Letten ihre Unabhängigkeit. Die faktische Macht in der Stadt bleibt zunächst in deutscher Hand.

Januar bis Mai 1919:

Sowjet-lettische Herrschaft. Hungersnot und Terrorregime.

Mai bis November 1919:

Freiheitskrieg nach Rückeroberung der Stadt durch die Baltische Landeswehr und kurzem Gegenterror. Wechselnde Koalitionen. **Von Oktober bis November** kommt es zu Kampfhandlungen in der Stadt zwischen der lettischen Armee und einer deutsch-russischen Armee unter Bermond-Avalov.

Der Krieg: Katastrophen, Kontinuitäten und Brüche

Die erste Phase des Krieges für die Stadt Riga umfasst den Zeitraum zwischen dem Ausbruch des Krieges im Sommer 1914 und der Eroberung der Stadt durch das kaiserliche deutsche Heer im September 1917 und war mit über drei Jahren auch die längste. Die unmittelbare Wirkung des Kriegsausbruchs auf die Stadt war zunächst nicht dramatisch. Die Zweite All-russische Olympiade, die gerade in Riga stattfand, wurde einige Tage früher als vorgesehen abgebrochen. Es gab einige patriotischen Demonstrationen, und die Menschen, die für den Sommer aufs Land, zum Strand (Jūrmala) oder zu ihren Sommerhäusern in das Kaiserwald-Viertel am Stadtrand gezogen waren, eilten zurück in die Stadt, wo sie die zu erwartenden Einschränkungen und Teuerungen besser zu meistern hofften. Im Großen und Ganzen blieb jedoch alles ruhig. Ausschreitungen wie in manchen russischen Orten blieben aus.⁴ Bald kam die Stadt jedoch in große Not. Als Finanz-, Handels- und Industriestadt reagierte Riga sehr empfindlich auf die Mobilmachung. Riga gehörte zum breiten Streifen entlang der Westgrenze des Russischen Imperiums, der bei Kriegsausbruch unter eine unmittelbare Militärverwaltung kam. Der Plan sah vor, diesen Bereich voll in die Kriegsführung einzubeziehen, um so den Binnenraum des Imperiums besser vor den Wirkungen des Krieges zu schonen.⁵ Sofort wurden etliche Eisenbahnwaggons für militärische Zwecke abgegeben. Ferner griff die Militärverwaltung in die wirtschaftlichen Abläufe durch Requisitionen und Massenbestellungen militärisch notwendiger Produkte ein. Bald wurde der Hafen geschlossen und die Bucht vor Riga vermint, um deutsche Landungen zu verhindern. Rohstoffe konnten nicht mehr eingeführt und Fertigprodukte nicht mehr an Käufer außerhalb der Stadt ausgeliefert werden. Das Ergebnis war ein Stillstand der Wirtschaft. Die resultierende Arbeitslosigkeit wurde nur zum Teil durch die Einberufung eines großen Teils der Arbeiterschaft in die Streitkräfte ausgeglichen.

Der wirtschaftliche Kollaps ging mit einem allgemeinen Niedergang des gesellschaftlichen Lebens einher. Vereine unterbrachen ihre Tätigkeit, das kulturelle Leben wurde stark eingeschränkt. Dies ist zum Teil auf die Kriegsanstrengung zurückzuführen, und zwar

⁴ Joshua Sanborn, *The Mobilization of 1914 and the Question of the Russian Nation: A Reexamination*, in: *Slavic Review* 59 (Summer 2000), Nr. 2, S. 267-289.

⁵ Daniel W. Graf, *The Reign of the Generals: Military Government in Western Russia, 1914-1915*. Diss., Lincoln, Nebr. 1972.

in dem Maße, wie die Menschen mobilisiert oder durch die Kriegsauswirkung und finanzielle Not an Sport, Hobby und Geselligkeit gehindert wurden. Es war allerdings auch ein Ergebnis der Politik, besonders, was den deutschen Teil der Bevölkerung betraf. Die Deutschen machten zwar nur 14% der Gesamtbevölkerung der Stadt aus,⁶ sie waren jedoch in der Lokalpolitik, in Wirtschaft und Kultur deutlich überrepräsentiert. Die Reichsdeutschen kamen sofort nach der Kriegserklärung in große Schwierigkeiten. Die anderen erlebten besonders ab dem Spätherbst 1914 zunehmende Einschränkungen und Repressalien, allem voran das Verbot, in der Öffentlichkeit die Muttersprache zu gebrauchen, ein Verbot, das im Mai die Schließung aller deutschen Zeitungsredaktionen zur Folge hatte. Diese Maßnahmen reichten bis hin zur Deportation, ein Schicksal, das 1915 sogar den Bürgermeister selbst ereilte.

Der Krieg eröffnete jedoch auch neue Möglichkeiten der gesellschaftlichen Aktivität. Es gab Wohltätigkeitsaufrufe, Spendenaktionen und Initiativen von Frauen, die Socken oder Decken für Krieger oder Kriegsgefangene strickten. Da Riga relativ nah an der Front war, wurde es bald zur Lazarettstadt. Viele Kirchengemeinden, Privatpersonen, Vereine, Gruppen und Einrichtungen organisierten und finanzierten Betten und Personal, um für verwundete Soldaten zu sorgen. Der Klerus übernahm die Zeremonie bei den diversen Einweihungen und bei der Betreuung der Verwundeten. Obwohl diese Projekte oft von einer Zusammenarbeit ethno-religiöser Gruppen zeugten, waren sie auch Beispiele für die Spannungen, die jetzt gerade im Krieg hochkamen. Beispielsweise versuchen einige Priester und Pastoren, verwundete Krieger zur jeweiligen Konfession zu bekehren, Altgläubige ließen orthodoxen Priestern keinen Zugang, und Russen beschwerten sich, dass deutschsprachige Ärzte und Krankenschwestern verwundete Russen betreuten.⁷

Das Jahr 1915 brachte dramatische Veränderungen nach Riga. Im Frühjahr, besonders nach dem Beginn der deutschen Offensive im April, strömten Zehntausende von Flüchtlingen nach und durch Riga. Zuerst kamen die zwangsevakuierten Juden, danach folgten Polen, Litauer und aus dem nahe liegenden Kurland Tausende von Letten.

⁶ Eine detaillierte Besprechung der Bevölkerung vor und während des Krieges beinhaltet Hatlie, *Riga zwischen den Fronten* (wie Anm. 1). Auf die einzelnen Bevölkerungsgruppen vor dem Krieg geht Ulrike von Hirschhausen ausführlich ein: *Die Grenzen der Gemeinsamkeit: Deutsche, Letten, Russen und Juden in Riga 1860–1914*. Göttingen 2006.

⁷ Für eine Besprechung der Konversionsbemühungen in Lettland während des Weltkrieges siehe Hatlie, *Crisis and Mass Conversion* (wie Anm. 1), S. 126–131.

Diese Menschen kamen meist zu Fuß entlang der Straße von Mitau (Jelgava) und lebten dann bei Verwandten in der Stadt, in leer stehenden Wohnungen, am Straßenrand oder auf öffentlichen Plätzen. Sie wohnten meist in der Nähe von und interagierten mit Menschen der eigenen Nationalität. Versuche, den Aufenthalt zu verbieten (besonders im Falle der Juden) oder zu begrenzen, waren nur im bescheidenen Maße erfolgreich. Im Frühling 1916 zählte man in Riga noch 30 864 Flüchtlinge. 1917 waren es dann über 52 000.⁸

Im Sommer 1915 folgte die Massenevakuierung Rigas. Als deutsche Heereseinheiten Kurland erreichten, begann im Juli die Räumung der Stadt unter der Leitung der russischen Militärs. Rohstoffe, Fertigprodukte und ganze Fabrikanlagen wurden auf Eisenbahnwaggons geladen und ins Innere des Imperiums verfrachtet. Maschinen blieben auf der Strecke stehen, Fabriken kamen zum Teil nach Moskau, zum Teil nach Charkov, manchmal mit ihrer Arbeiterschaft, meistens ohne. Das ganze wurde so schnell und chaotisch vollbracht, dass nur wenige Fabriken am neuen Standort jemals ihre Produktion wieder aufnahmen.⁹

Begleitet vom Aufruf zu fliehen und den deutschen Eroberern nichts zu überlassen, wurden nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die politischen und sozialen Einrichtungen aus Riga evakuiert.¹⁰ Behörden und Schulen wurden samt Mitarbeitern, Lehrerschaft und Inventar in andere Städte gebracht. Die meisten Schulen und kommunalen Einrichtungen kamen nach Dorpat (Tartu/Jur'ev). Die Russisch Orthodoxe Kirche fand in Nižnij Novgorod eine neue Bleibe, das Rigaer Polytechnikum in Moskau. Dort stapelten sich die Kisten voller Inventar in den Gängen anderer Bildungseinrichtungen, verstreut in verschiedenen Gebäuden, zum Teil sogar in völlig verschiedenen Stadtteilen. Die Lehrtätigkeit musste völlig neu organisiert werden.

Als die Front kurz vor Riga zum Stehen kam, verwandelte sich Riga in eine Kasernenstadt. Soldaten übernahmen leer stehende Fa-

⁸ Hatlie, *Riga zwischen den Fronten* (wie Anm. 1), S. 63 u. 67.

⁹ Ju.N. Netesin, *Evakuacija promyšlennosti Latvii v pervoj mirovoj vojny 1915–1917 gg.* [Die Evakuierung der Industrie Lettlands im Ersten Weltkrieg 1915–1917], in: *Problemy istorii* [Probleme der Geschichte]. T. 6, Riga 1962, S. 27-76 ist die bisher ausführlichste Darstellung der Evakuierung. Vgl. auch A. Aizsilnieks, *Latvijas seimniecības vēsture 1914–1945* [Die Wirtschaftsgeschichte Lettlands 1914–1945]. Stockholm 1968.

¹⁰ Hatlie, *Voices* (wie Anm. 1) beschreibt den Aufruf zur „Flucht als Pflicht“ („Begstvo kak dolg“) des russisch orthodoxen Klerus. V.V. Ščukin, *Na zlobu voennogo vremeni. Propovedi i besedy 1915–1916 gg.* [Aktuelles von der Kriegszeit. Predigten und Gespräche 1915–1916]. Nižnij Novgorod 1916, S. 12-16.

brikanlagen, Wohnhäuser und Schulen. Sie zahlten keine Miete, hielten sich nicht an die grundlegendsten sanitären Gebote und demolierten oft die Fenster und andere Einrichtungen. Da Pferde requiriert und für die Abfuhr von Müll nicht zur Verfügung standen und die Grundstücks-, Haus- und Fabrikbesitzer meist kein Einkommen mehr hatten, wurde die Situation bedrohlich. Die Außenbezirke von Riga versanken in Pferdemist und Kot; sogar Parkanlagen und Markthallen in der Nähe des Zentrums wurden in Mitleidenschaft gezogen.¹¹ Anfang 1917 hausten 300 Soldaten in den Räumen der noch produzierenden Molkerei. Sie benutzten eine Kiste für die Verrichtung ihrer Notdurft, häuften stinkende Abfälle und Pferdemist im Innenhof auf.¹² In einem Krankenhaus für Flüchtlingskinder fanden Inspektoren im April 1917 Abfälle in den Gängen, Haufen von stinkendem Fleisch im Lagerraum, Lebensmittelvorräte auf dem Boden, dreckige Leintücher, mit Blut und Speichel verunreinigte Kopfkissen (viele Kinder hatten Skorbut), und stellten einen unerträglichen Gestank in den Räumlichkeiten fest.¹³ Das sind nur zwei dramatische Beispiele; die Akten sind voll von Beschwerdebriefen und Inspektionsberichten, die ein düsteres Bild der Stadt malen. Unter diesen sanitären Umständen und den Bedingungen der Rationierung von Lebensmitteln und Heizmaterial schnellte die Sterblichkeitsrate in die Höhe.

Ein Ergebnis dieser Veränderungen – vor allem der Evakuierung – war ein Bevölkerungsverlust von beinahe der Hälfte der Vorkriegspopulation. Über die in Riga stationierten oder vorübergehend einquartierten Militäreinheiten liegen keine Zahlen vor. Anhand deutscher Zählungen Ende 1917 kann man davon ausgehen, dass die Bevölkerung nach der Evakuierung etwa 210 000 betrug. Die Evakuierung betraf alle Bevölkerungsgruppen, aber ungleichmäßig. Der russische Anteil an der Stadtbevölkerung verringerte sich von 18,8% (Ende 1913) auf 8,6% (1917). In manchen Stadtteilen verloren die Russen mehr als 80% ihrer Vorkriegsbewohner. Letten und Deutsche nahmen bei hohen absoluten Verlusten aber proportional zu.¹⁴

Diese Entwicklungen, die allesamt zur Geschichte der Stadt während des Ersten Weltkrieges in seiner traditionellen zeitlichen Einteilung zählen (1914–1918), waren nicht der historische Stoff, aus dem

¹¹ Z.B. Latvijas valsts vēstures arhivs (Lettisches staatliches historisches Archiv, LVVA) 2779/2/52, S. 197.

¹² LVVA 2779/2/21, Sanitätskommission-Einquartierte Militäreinheiten, S. 41 ff.

¹³ LVVA 2779/2/22, Sanitätskommission-Flüchtlinge und Ausgesiedelte, S. 26.

¹⁴ Hatlie, Riga zwischen den Fronten (wie Anm. 1), S. 67.

später politisch brauchbare Denkmäler entstehen konnten. Die Narben der Massenevakuierung blieben in der Stadt sichtbar. Während die Rigaer Industrie sich nach dem Krieg langsam erholte, die Fabrikhallen sich in den Jahrzehnten vor und nach dem Zweiten Weltkrieg mit Maschinen und Arbeitern wieder füllten und Riga erneut zu einer Industriemetropole ausgebaut werden konnte, blieben die evakuierten Denkmäler der Vorkriegsjahre verschollen. Die Metallverzierung der Siegessäule vor dem Stadtschloss war für immer verschwunden. Viele Kirchenglocken, die entfernt worden waren, kamen erst Jahre später oder nie zurück. Wo seit den 1930er Jahren das Freiheitsdenkmal steht, befand sich bis zum Sommer 1915 das im Jahre 1910 eingeweihte Denkmal von Peter I. Das Reiterstandbild steht heute wieder in Riga, aber an einem ganz anderen Ort, im Hinterhof der Firma „Teikas Nami“, mehrere Kilometer vom Zentrum entfernt. Die Reise der Statue begann im Sommer 1915, als sie vom Sockel entfernt wurde. Die Statue war an Bord eines Schiffes, das von einem deutschen U-Boot versenkt wurde. Nach der Bergung des Wracks in den 1930er Jahren geschah jahrzehntelang nichts. Schließlich übernahm der Geschäftsmann Jevgeni Gomberg die Kosten für die Restaurierung. Er scheiterte wegen Protesten an der Aufstellung Peters in der Nähe des Hafens. Und so kam das Denkmal an seinen jetzigen Standort, den Hinterhof seiner Firma.¹⁵ Dennoch handelt es sich hierbei nicht um weltkriegsbezogene Erinnerungsorte an sich. Hier gestaltete der Erste Weltkrieg die *tabula rasa*, auf der spätere Deutungskämpfe durch selektiven Wiederaufbau ausgefochten werden konnten.

Man muss sich anderen Entwicklungen und anderen Stadtteilen zuwenden, um heute deutliche Spuren des Großen Krieges in Riga zu finden. Entfernt man sich etwas weiter vom Stadtzentrum, am Industrie- und Eisenbahnring vorbei, findet man den „Brüderfriedhof“ (Braļu kapi), der heute als einer der wesentlichen Erinnerungsorte Rigas gilt. Er wurde während des Krieges unter dem Druck der steigenden militärischen Verluste vor den Toren der Stadt angelegt und

¹⁵ Zur Peterstatue siehe Spāritis, *Riga's Monuments* (wie Anm. 2) S. 192, 197. Ähnlich erging es dem 1912 eingeweihten Denkmal für den in Riga ansässigen russischen Feldherrn Barclay de Tolly, nur dass dieses Denkmal wieder auf der Esplanade dort steht, wo es 1915 entfernt worden war. De Tolly steht seit 2002 gegenüber der Stelle an der Freiheitsstraße, wo Lenin bis zum August 1991 stand. Der Umstand, dass diese Statue nach der Wende wieder einen würdigen Platz in der Innenstadt finden konnte, Peter I. aber nicht, sagt weniger über die Deutung des Ersten Weltkrieges als über das Verhältnis der Letten zu Russland aus. Peter symbolisiert die besonders seit dem Kommunismus schwer belastete „Russenherrschaft“, de Tolly gilt eher als Landeskind.

musste mehrfach erweitert werden, um die von der Front gebrachten Toten oder in Rigaer Lazaretten verstorbenen Soldaten aufzunehmen. Spätestens hier vermischt sich aber das Geschehen des Ersten Weltkrieges, wie es im Westen wahrgenommen wird, mit den Besonderheiten der Geschichte dieser Stadt, in der der Krieg erst 1919 oder 1920 zu Ende war.

Der Friedhof wird meistens als Kunstwerk oder Zeichen der Nationsbildung im Lettland der Zwischenkriegszeit wahrgenommen. Seine Entstehung ist allerdings mit dem Weltkrieg und dessen Deutung durch national gesinnte Letten während des Kriegsgeschehens eng verwoben. Dies begann im Spätsommer 1915, als die ersten lettischen Schützeneinheiten zusammengestellt wurden. Sie wurden aus lettischen Veteranen der ersten Kämpfe in Kurland und einigen tausend neuen Freiwilligen rekrutiert, in der Nähe von Riga schnell ausgebildet und als Einheiten an die Rigaer Front geschickt. Später wurden sie durch Letten aus anderen Teilen des russischen Heeres und neuen Freiwilligen immer wieder erweitert. Im Oktober 1915 fand das Begräbnis der ersten drei gefallenen lettischen Schützen feierlich auf dem Gelände des Brüderfriedhofs statt. Ihre Säрге wurden im Lettischen Verein in der Nähe der Altstadt aufgebahrt. Dann folgte ein Leichenzug den Särgen durch die Straßen Rigas zum Friedhof.¹⁶ Dies war das erste rein lettische Großereignis in Riga während der Kriegsjahre. Als die lettische Öffentlichkeit die Straßen zum ersten Mal für sich erfolgreich reklamierte, ging es um ihre Soldaten, um ihre Toten. Der Weg führte, wie bei anderen Orten lettischer politischer Erinnerungen aus dieser Zeit, zunächst aus der Innenstadt an die Peripherie.¹⁷

Als der Krieg im Jahre 1918 trotz des Waffenstillstandes im Westen im Baltikum nicht zu Ende ging und auf eine mehrmonatige kommunistische Herrschaft der Freiheitskrieg folgte, fand der Friedhof nochmals Verwendung. Er nahm die sterblichen Überreste derjenigen lettischen Soldaten auf, die im Herbst 1919 bei der Verteidigung der

¹⁶ Latviešu strēlnieku bataloni. Skices un episodes [Die lettischen Schützenbataillone. Skizzen und Episoden], hrsg. v. Jēkabs Lignotnis. Pēterpils 1916; Austra Timma, Pirmais kritišanas latviešu strēlnieks [Der erste gefallene lettische Schütze], in: Latviešu Strēlnieki (1936), No. 6. Dies war nicht die allererste Verwendung des Friedhofs. Er wurde gleich nach Kriegsausbruch als kleiner Militärfriedhof mit Platz für einige Dutzend Gräber angelegt.

¹⁷ Als Beispiele seien hier das Denkmal auf dem Griesberg in der Nähe der Arbeiterviertel, das den Versammlungsort für die Großdemonstrationen des Jahres 1905 markiert, und die Feier des 1. Mai während der kurzen lettischen Bolschewikenherrschaft 1919, als die Paraderoute durch die Arbeitervorstädte führte, erwähnt. Siehe hierzu Hatlie, *Mass Celebrations* (wie Anm. 1), S. 491-495.

Stadt gegen das deutsch-russische Heer unter Bermond-Avalov gefallen waren. Der Friedhof wurde zum Ort, an dem eine Kohärenz konstruiert und gefeiert und die neue Nation geweiht werden konnte. Es gab keine gesonderten Gräberfelder für die Gefallenen der verschiedenen Kriegphasen, keine Zeichen ihrer jeweiligen Zugehörigkeit. Diese integrierte Deutung des Friedhofs entstand schon während und in der Wahrnehmung des Jahres 1919. Der lettische Schriftsteller Edvarts Virza beschrieb das Begräbnis von 16 „Verteidigern der Daugava“ Ende Oktober 1919 auf einem Friedhof, der wie fast vergessen lag. Wir hätten, fuhr er fort, diejenigen fast vergessen, die schon gestorben seien. Die Menschen fingen plötzlich an, sich an sie zu erinnern und ihnen die Leiber der neulich Gefallenen als Opfer vorzulegen. Es war, als ob es ein Gespräch gebe zwischen den Toten der Jahre 1916 und 1919 „an den sandigen Toren des Todes“. In klarer Anspielung auf die Schlachten des Ersten Weltkrieges vor Riga stellte Virza die schon Begrabenen vor. Sie sähen aus, als seien sie an einem Winterabend in den Tirulümpfen gestorben. Sie fragten die Neuankömmlinge, woher sie denn kämen. Die 1919 Gefallenen antworteten:

„Wir kommen von den Stellungen am Daugava-Ufer. Da oben ist es Herbst und die Schlacht tobt weiter, wir halten uns und sind gefallen, weil wir nicht zurückweichen wollten. Der Kampf gegen die Deutschen geht weiter, alle sind jetzt Soldaten und im Felde, der Baum unseres Volkes verliert ein Blatt nach dem anderen, aber er bleibt stark und unsterblich... Während ihr schließt, stieg Lettland empor und kämpft jetzt nach allen Seiten. Lettland wird von Letten regiert, aber die Deutschen sind wir noch nicht los. Sie sind bis nach Riga gekommen, sie wurden aufgehalten, sie fallen, kein einziger wird unser Land lebend verlassen. Das ganze Volk spürt, dass seine Freiheit vor dem Tor steht und ist bereit, mit der Waffe in der Hand da durch zu marschieren.“

Daraufhin versuchten die Toten von 1916 das Grab zu verlassen und Lettland zur Hilfe zu eilen, fanden aber keinen Ausgang aus dem Erdreich.¹⁸

Als kurze Zeit später die Letten den Sieg über die deutsch-russische Bermond-Armee feierten, zog eine Menschenmenge durch die Stra-

¹⁸ Edvarts Virza, Varoņu Bēres [Das Heldenbegräbnis], in: Daugavas Sargi [Die Verteidiger der Daugava], hrsg. v. Andrejs Iksens. Riga 1999, S. 132 f.

ßen der Stadt zu den Konsulaten der Ententemächte. Der Erste Weltkrieg, der Krieg gegen Deutschland, war nun, Ende 1919, auch in Lettland vorbei.¹⁹

Die Zeit zwischen der Eroberung Rigas durch das deutsche Heer Anfang September 1917 und der Flucht der Roten Armee aus Riga am 22. Mai 1919 wird in der Denkmallandschaft der heutigen Stadt kaum markiert. Diese Mächte verhielten sich jedoch während ihrer Herrschaft in mancher Hinsicht so, als ob ihre Herrschaft von Dauer sein würde, und versuchten, ihre Ansprüche in Politik und in Denkmälern festzuhalten.

Die Eroberung der Stadt durch das deutsche Heer am 3. September 1917 (neue Zeit) folgte nur wenige Tage nach den Wahlen zur Stadtduma. Abgesehen von einigen kleinen Luftangriffen (z.B. einem Zeppelinangriff im Oktober 1915) war dieser Einmarsch die erste Kriegshandlung in der Stadt selbst. Ungeachtet einiger Granaten am Stadtrand kam es nicht zu Gefechten in den Straßen Rigas. Dennoch wurde die Stadt entlang der Hauptverkehrsadern vom abziehenden russischen Heer und herbeieilenden Zivilisten geplündert. Noch dazu wurden einige Fabrikhallen gesprengt, in denen die Russen Vorräte und Munition gelagert hatten. Das dabei entstandene Feuer drohte auf einige nahe liegende Häuser überzugreifen.²⁰

Teile der Zivilbevölkerung begrüßten das deutsche Heer mit Blumen. Der Kaiser besuchte einige Tage später die Stadt persönlich, nahm an kirchlichen und militärischen Zeremonien teil und nahm eine Militärparade auf der Esplanade ab.²¹ Die Machtübernahme durch

¹⁹ Jaunākas Ziņas v. 12.11.1919; Hatlie, Mass Celebrations (wie Anm. 1), S. 495 f.

²⁰ Es gibt mehrere Beschreibungen der Plünderungen, z.B. P.H. Poelchau, Um Volkstum und Glauben. Bilder aus dem Erleben der deutschsprachigen Balten, in: Bericht über die 67. Hauptversammlung des Evangelischen Vereins der Gustav Adolf-Stiftung, abgehalten in Bremen am 20. und 21. September 1921. Leipzig 1921, S. 45-61, hier S. 53; Max Hilweg, Verschiedene Welten. Erinnerungen eines alten Rigaschen Juristen aus dem Rechts- und Justizleben der Jahre 1884 bis 1919. Leipzig 1932, S. 61; Hedenström, Rigaer Kriegschronik. Riga 1922, Eintrag vom 3. September 1917. Bei Hedenström werden die Plünderer als „Weiber und Halbwüchslinge“, „Soldaten, Strolche und Weiber“ beschrieben.

²¹ Der Besuch wird ausführlicher beschrieben in: Hatlie, Mass Celebrations (wie Anm. 1), S. 488 ff. Die folgende Abhandlung der deutschen Zeit in Riga basiert auf Hatlie, Riga zwischen den Fronten (wie Anm. 1); ders., Die Welt steht Kopf (wie Anm. 1), S. 190 f.; ders., Voices (wie Anm. 1); Valdis Bērziņš, Riga vācu okupācijas jūg. (1917. g. 3. Sept. – 1919. g. 2. Janv.) [Riga unter der deutschen Okkupation], in: LPSR ZA Vēstis (1977), No. 7 (360), S. 90-105; 20. gadsimta Latvijas vēsture I: Latvija no gadsimta sakuma līdz neatkarības pasludināšanai 1900–1918 [Geschichte Lettlands im 20. Jahrhundert I: Lettland vom Anfang des Jahrhunderts bis zur Verkündung der Unabhängigkeit 1900–1918], hrsg. v. Valdis Bērziņš. Riga 2000, S. 639-653; Edgars Andersons, Latvijas Vēsture 1914–1920 [Lettische Geschichte 1914–1920]. Stockholm 1967, S. 272-297.

eine deutsche Militärregierung (Gouvernement Riga, später ein Teil von Ober Ost) brachte bedeutende Veränderungen. Die Unordnung der Revolutionszeit ging rasch zu Ende. Undisziplinierte Soldaten waren nicht mehr zu sehen, die revolutionäre Gesetzgebung in Gesellschaft und Wirtschaft wurde aufgehoben. Die Schulen, die seit der Evakuierung noch verblieben waren, wurden vorübergehend geschlossen. Sie wurden später mit preußischen Lehrplänen wieder eröffnet. Einige prestigeträchtige Gebäude wechselten ihre Besitzer: Die nach dem Kriegsausbruch geschlossenen und als russische wieder eröffneten deutschen Theater wurden wieder deutsch. Einige Kirchen wurden für Militärzwecke übernommen, allen voran die orthodoxe Kathedrale, die nun als lutherische Garnisonkirche fungierte. Deutsche Stäbe und Soldaten ersetzten die Russen in wichtigen Gebäuden und Einrichtungen. Deutsche Zeitungen erschienen wieder, russische Redaktionen dagegen schlossen. Als lettische Zeitung wurde die „Latviešu Avīze“ mit einer konservativen, deutsch-freundlichen Ausrichtung zugelassen. Auf politischer Ebene wurde der Status nicht nur Rigas, sondern des ganzen Baltikums neu verhandelt. Nach der Massenflucht so vieler Russen und Letten und der schlechten Erfahrung der Deutschbalten waren die Weichen für eine Übernahme der Gebiete durch das Kaiserreich gestellt, wofür sich eine Vielzahl deutscher gesellschaftlicher Organisationen aussprach.²² Im rigaschen Untergrund agierten noch verbliebene lettische Revolutionäre an einem Gegenprogramm, das in Form einiger Demonstrationen zum Ausdruck kam. Zu Terror oder Erschießungen kam es jedoch nicht.²³

Der Regimewechsel brachte große wirtschaftliche Probleme für die schon erheblich verarmte Stadt mit sich. Während einiges sich normalisierte, besonders im gesellschaftlichen Leben wohlhabender Deutscher, und der Austausch mit Menschen aus dem deutschen Kaiserreich für etwas Bewegung sorgte, erreichte der allgemeine Zustand der Stadt einen neuen Tiefpunkt. Riga verlor sein bisheriges wirtschaftliches Hinterland, als die Front über die Stadt hinwegschwappte. Kurland konnte Livland und Russland nicht ersetzen, da das schwer unter der Einwirkung des Krieges und der Blockade leidende Deutschland die Provinz schon längst als Agrargebiet ausbeutete und in das deut-

²² Wilhelm Lenz, Eine Kundgebung deutscher Vereine in Riga am 23.12.1917, in: Jahrbuch des baltischen Deutschtums 21: 1973 (1974), S. 61-73; Hatlie, *Voices* (wie Anm. 1).

²³ Hatlie, *Voices* (wie Anm. 1); Par Padomju Latviju. Cīņtāju atmiņas 1918–1919 [Für Sowjetletland. Erinnerungen von Kämpfern 1918–1919]. Bd. 1, Rīga 1958, S. 30-42; Ja. Miram, Vooružennoe vosstanie v Rige 3 janvarja 1919. goda (vospominanie) [Der bewaffnete Aufstand in Riga vom 3. Januar 1919 (Erinnerung)]. Riga 1959.

sche Liefersystem eingebunden hatte. Als die Front im Winter dann weiter nach Osten und Nordosten zurückgedrängt wurde, begannen die deutschen Besatzer ihre politische und wirtschaftliche Kontrolle zu festigen, indem sie einen elektrischen Zaun fast um die ganze Stadt herum bauten. So war jede Form von Handel stark eingeschränkt. Lettische Augenzeuge beschrieben die Zeit als von Ausplünderung, Germanisierung und Hunger geprägt.²⁴

Gleichzeitig begann ein neuer Bevölkerungstransfer, allerdings in etwas bescheidenerem Maße als 1915. Die Militärverwaltung war bemüht, Flüchtlinge in den neu eroberten Gebieten östlich von Riga nach Hause – oft eben nach Riga – zurückzuschicken und Flüchtlinge in Riga wieder in Kurland anzusiedeln. Nach dem Friedensschluss mit Russland Anfang 1918 kamen sogar viele Menschen, vor allem Deutschbalten, aus dem russischen Exil zurück.

Das einzige bedeutende Denkmal aus dieser Zeit hieß im lettischen Volksmunde der „Holzfritz“ (koka Fricis), die Statue eines deutschen Soldaten im Stahlhelm vor dem Bezirksgericht direkt gegenüber der Kathedrale (nun Garnisonskirche). Sie wurde fertig aus Deutschland herbeigeschafft und wie in vielen deutschen Städten aufgestellt. Passanten konnten Nägel kaufen und in das Holzpodest einschlagen. Die durch den Verkauf eingetriebenen Gelder gingen in die deutsche Kriegskasse. Der Verbleib der Statue ist unbekannt.²⁵

Die Geschichte der viermonatigen Kommunistenherrschaft in Riga ist noch nicht geschrieben. Es gibt eine reiche Memoirenliteratur aus der Sicht der Deutschbalten²⁶ und einige Übersichten in allgemeinen Geschichten der Stadt. Hauptmerkmale waren die Flucht vieler Menschen, vor allem Deutscher, aus der Stadt, eine nochmalige Steigerung der allgemeinen Notlage unter dem Eindruck der Misswirtschaft der Kommunisten, gesteigert durch die Kriegszeit, Ausplünderung und Terror gegen die wohlhabende Bevölkerung (Haussuchungen, Arrest, Gefängnis, Erschießungen), und eine radikal inszenierte, aber durch mangelnde materielle und menschliche Ressourcen gescheiterte revolutionäre Umgestaltung des Lebens. Die Bolschewiken unter Peteris Stučka beschlagnahmten die Produktionsmittel, verteilten Ressourcen (inklusive Lebensmittel) und Privilegien nach Klassenkategorien, demokratisierten das Schulsystem, gründeten eine Universität, sie-

²⁴ Anna Brigadere, *Dzels dūre* [Die eiserne Faust]. Riga 1993.

²⁵ Siehe hierzu ebenda, S. 149, *Latvijas Vēstnesis* v. 25.01.2002.

²⁶ Für die deutsche Sicht dieser Periode anhand der Memoirenliteratur siehe Hatlie, *Die Welt steht Kopf* (wie Anm. 1).

delten viele Reiche aus der Stadt aus und übergaben die Wohnungen an „Arbeiter“. Ferner galten die Kirchen als Volkseigentum. Die Gemeinden mussten um Erlaubnis bitten, sie und das dazugehörige Inventar zu nutzen. Sie wurden von den Kommunisten als Versammlungsräume gebraucht. Hinzu kamen kriegsübliche Requisitionen und eine sowohl militärische als auch ideologische Zensur.

Die neuen Herren bemühten sich, auch das Stadtbild dem revolutionären Geist anzupassen. Schon im Januar wurden die bei der Eroberung der Stadt gefallenen ‚Helden‘ mitten in der Stadt auf der Esplanade – die vorher noch nie Friedhof gewesen war – feierlich beigesetzt. Der Platz hieß danach „Komunaru laukums“ – Platz der Kommunarden. Im Laufe der nächsten Monate wurden Straßen nach revolutionären Helden und Begriffen umbenannt (Rosa Luxemburg, Internationale usw.) und besonders vor den großen Feierlichkeiten zum 1. Mai revolutionäre Kunst aufgestellt. All das verschwand unmittelbar nach der Flucht der Roten Armee: Die revolutionären Plakate und Holzkonstruktionen wurden abgerissen, die Plastik von Karl Marx zerstört, die Straßen und Plätze wieder umbenannt.

Die Denkmäler des kaiserlichen Deutschlands und der Kommunisten hatten wie die Regime selbst keinen Bestand. Sie waren zu öffentlich, zu offensichtlich und symbolisch den neuen Verhältnissen zu entgegengesetzt, um auch nur eine kurze Zeit nach dem Abgang derer, die sie gebaut hatten, zu überstehen. Dennoch passen die deutsche und die „rote“ Phase des Krieges auch nicht in die Bedürfnisse der heutigen Gestalter der Stadt. Stattdessen zeugen die wenigen Spuren in Riga nicht vom heute dominierenden Erinnerungsdiskurs, dem der nationalen Letten, sondern von Resten einer Erinnerung anderer Gruppen, die andere Erfahrungen machten. Es sind vor allem zwei kleine deutschbaltische Denkmäler, die diese Geschichte erzählen.

Auf dem 2. Waldfriedhof (2. meža kapi) in der Nähe des Bräderfriedhofs stand seit dem Ende der 1920er Jahre ein Denkmal für die Baltische Landeswehr auf einem kleinen Hügel. Das Denkmal wurde von lettischen Nationalisten gesprengt, wieder aufgebaut und dann von den Sowjets wieder zerstört. Seit 2001 steht das Denkmal wieder, allerdings in viel bescheidenerer Form, ohne die Namen der Gefallenen aufzulisten und absichtlich so wieder zusammengebaut, dass man die Risse der Demolierung noch sieht.²⁷ Alte Fotos von diesem Erinnerungsort zeigen den Findling freistehend auf dem Hügel, um-

²⁷ Spārītis, *Riga's Monuments* (wie Anm. 2), S. 93.

geben von Soldatenformationen.²⁸ Heute gibt es dafür kaum Platz. Die Stelle ist eng umgeben von den umliegenden Grabsteinen. Vom ursprünglichen Eindruck ist wenig geblieben.²⁹ Die Baltische Landeswehr war die aus Deutschbalten bestehende Truppe, die zunächst zusammen mit einigen lettischen Einheiten gegen die Rote Armee in Kurland kämpfte, dann Riga im Mai 1919 von der „Schreckensherrschaft“ der Kommunisten befreite, dann (ohne Beteiligung der lettischen Truppen) gegen die Esten nordöstlich von Riga in der Schlacht bei Wenden (Cēsis) unterlag, um schließlich als Teil der lettischen Armee im Osten Lettlands weiter gegen Russland zu kämpfen. Diese Männer standen auf beiden Seiten der Geschichte – als Putschisten, die die legitim empfundene Ulmanis-Regierung absetzten und bekämpften, aber auch als Retter, die im kritischen Moment einzig und alleine in der Lage waren, die Einverleibung Lettlands in das sowjetische Russland zu verhindern.

Etwas näher an der Innenstadt, mitten im Park „Großer Friedhof“ (Lieli Kapi), der vor einigen Jahrzehnten noch als Friedhof diente, unweit des neuen deutschen Friedhofes für deutsche Gefallene aus dem Zweiten Weltkrieges, steht ein aus der Zwischenkriegszeit stammender, unter den Sowjets zerstörter und 2006 neu eingeweihter Gedenkstein. Er erinnert an die 32 lettischen und deutschen Pastoren, die 1919 unter den Bolševiki ermordet wurden. Die Vorderseite des schwarzen polierten Steins ist auf Deutsch und listet die Namen der ermordeten deutschen Pastoren auf. Die Rückseite bezieht sich auf Lettisch auf die lettischen Opfer – nationale Trennung der Märtyrer einer Kirche. Der Hauptbezugspunkt dieses Denkmals ist der 22. Mai 1919. Während der Rückeroberung der Stadt Riga durch die Baltische Landeswehr und lettische Truppenteile nahmen die Kommunisten viele Gefangenen, die als Geiseln gehalten wurden, und verschleppten sie auf dem Rückzug nach Nordosten. Andere wurden schnell getötet. Zur letzteren Gruppe gehörten acht deutschbaltische Pastoren, die unter den Menschen waren, die – kurz vor der Befreiung des Gefängnisses durch rettende Truppen – im Innenhof des Zentralgefängnisses von ihren Bewachern erschossen wurden. Das Ereignis

²⁸ Fotos des Denkmals bei Gedenktagen der Zwischenkriegsjahre, während des Zweiten Weltkrieges und des gesprengten Denkmals sind im Archiv des Herder-Instituts in Marburg zu finden: DSHI BR-BLW XI.

²⁹ Dieser Teil des Friedhofs war auch das Gebiet, wo deutsche Gefallene aus beiden Weltkriegen begraben wurden. Es wurde in der Nachkriegszeit eingeebnet und für zivile Begräbnisse freigegeben. Das Denkmal für die Baltische Landeswehr ist unweit vom neuen deutschen Denkmal für die Gefallenen des Zweiten Weltkrieges an der Friedhofsmauer.

zählt zu einer Handvoll von Episoden, die bei jeder der zahllosen Nacherzählungen des mythischen 22. Mai immer erwähnt werden.³⁰

Das Denkmal ist klein im Vergleich zur Bedeutung des Tages der Befreiung von der „bolschewistischen Schreckensherrschaft“ für die deutsche Minderheit. Der Tag wurde in der Zwischenkriegszeit und Jahrzehnte danach noch in der Emigration jährlich begangen. Ohne räumlichen Zugang zum Ort bauten die Deutschbalten ihr Denkmal an diese Periode im Erinnern, Nacherzählen und im Deuten des „Deutschen Tages“. Im Kalten Krieg diente der Tag als Beispiel für die befreiende Rolle der Deutschen, während die Eroberungen und die Niederlagen im vorhergehenden Kriege eher übergangen wurden. Die Herrschaft der Bol'seviki in Riga diente als Schreckensbeispiel für den Kommunismus, der nach 1945 über halb Europa lag.³¹

Die Periode der deutschen Besatzung (1917/18) und der kommunistischen Herrschaft (Anfang 1919) unterbrechen die Geschichte des Brüderfriedhofs. Die Unterbrechung einer einheitlichen Geschichte begann ja schon mit der Märzrevolution von 1917. Während dieser Zeit politisierten sich die Schützen mit einer explosiven Mischung aus Nationalismus und Klassenideologie. Die bolschewistische Übernahme der lettischen Sozialdemokratie vollzog sich. Während einige Letten mit den Deutschen gemeinsame Sache machten, arbeiteten in Riga ein „Demokratischer Block“ einerseits und eine revolutionäre Arbeiterbewegung andererseits gegen die Deutschen, jeweils für eine andere Vision der lettischen Zukunft. Als die Rote Armee nach Riga kam, waren die lettischen Schützen in ihren Reihen, und einige Rigenser freuten sich. Lettische Kommunisten zogen in das Stadtschloss ein. Dennoch kämpften auf Seiten der Deutschen außerhalb Rigas noch andere Letten – auch nachdem die Deutschen putschten und die lettische Regierung unter Ulmanis absetzten und verjagten. Letten starben auf Seiten der Kommunisten in den Straßen Rigas am 22. Mai, als die Landeswehr die Stadt eroberte, eine Landeswehr, an deren Seite Letten marschierten. Zu Hunderten wurden Letten während des

³⁰ Bei diesem Denkmal ist Spāritis, Riga's Monuments (wie Anm. 2), S.74 f. besonders ausführlich. Für die Befreiung der Stadt gibt es endlose Berichte. Sehr bildhaft ist Georg Popoff, *City of the Red Plague: Soviet Rule in a Baltic Town*. New York 1932.

³¹ Reden und Briefe mit Bezug auf diese Feiern in Deutschland befinden sich im Archiv der Baltischen Landeswehr am Herder-Institut in Marburg, z.B. zum Kameradentreffen 1959 siehe DSHI BR/BLW XIII/5. Auch von Interesse ist DSHI BR/BLW XIII/9. Dort gibt es Briefe um eine Predigt W. v. Hirschheydts vom 22. Mai 1971 in Marburg. Die Predigt rief einen Protest-Rundbrief von einem Zuhörer der Nachkriegsgeneration hervor. Eine heftige Diskussion folgte.

„Weißen Terrors“ im Mai und Juni in den Hinterhöfen der Stadt erschossen. Nördlich von Riga rückte im Juni zusammen mit den Esten eine dritte lettische Streitkraft heran. Aus diesem Wirrwarr kann nur schwerlich eine politisch brauchbare Geschichte geschrieben werden.

Aus der Sowjetzeit sind keine signifikanten Erinnerungsorte für diese Episoden bekannt. Das Regime der UdSSR stellte einige Denkmäler für orts-irrelevante Personen auf (etwa Kirov und Lenin), bemühte sich aber vielmehr um den Kult des Großen Vaterländischen Krieges oder, wenn es um Lokales ging, um die Erinnerung an die revolutionären Ereignisse von 1905.³² Die in jeder Hinsicht gescheiterte Herrschaft Anfang 1919 wurde in einigen Erinnerungsbüchern zelebriert und natürlich in Geschichtsbüchern behandelt, aber nicht in der Stadtlandschaft festgehalten. Das 1964 errichtete und nach der „Wende“ abmontierte Bronzedenkmal des bolschewistischen Führers Peteris Stučka vor dem Stadtschloss war die Ausnahme. Außerhalb von Riga gibt es ein Denkmal in Pinki zum lettischen Beitrag bei der Befreiung Rigas im Mai 1919. Die Inschrift erwähnt jedoch nichts über die weiteren Umstände. Auf dem Friedhof hinter dem Zentralgefängnis in Riga erinnert ein weißes Kreuz an die Opfer des Jahres 1940/41, aber nichts wird von 1919 berichtet.

Statt an den für nationale Mythen ambivalenten 22. Mai 1919 zu erinnern, bauten die Letten andere Denkmäler. Auf dem linken Ufer der Daugava in der Nähe der Eisenbahnbrücke gibt es ein kleines Denkmal aus rotem Granitstein, ohne Inschrift, aber mit dem militärischen Abzeichen des Lačplēsis-Ordens versehen. Es erinnert seit dem 11. November 2002 – dem 83. Jahrestag – an den Sieg über Bermond-Avalov. Die rohe Form des Steins soll die Ruine der damals umkämpften Stadt andeuten.³³ An die gleiche Schlacht erinnert das restaurierte Denkmal auf dem Sudrabkalniņš im Westteil der Stadt, in einem Wohngebiet, das damals außerhalb der Stadt lag.³⁴ Das Denkmal stammt vom Künstler Karlis Zāle, dem der Bräufriedhof und das Freiheitsdenkmal zu verdanken sind.

Diese drei Werke Zāles haben nicht nur stilistische Merkmale gemein. Auf dem Friedhof und am Freiheitsdenkmal werden die Kämp-

³² In diesem Zusammenhang stehen z.B. der Ausbau des Denkmalensembles auf dem Griesenberg, das Denkmal am Daugava-Ufer für die Opfer des 13. Januar 1905, die Grabmäler für die Gefallenen der Strafaktionen auf dem Mātsa-Friedhof und die Denkmäler für die Revolutionäre dort und auf dem Rainisfriedhof.

³³ Spāritis, *Riga's Monuments* (wie Anm. 2), S. 62.

³⁴ Ebenda, S. 34.

fer auch als mythische Krieger des Mittelalters gezeigt. In Bezug auf die historischen Kriegsjahre zeigen das Freiheitsdenkmal und Sudrabkalniņš offen die Mischung der lettischen Uniformen der Freiheitskriegperiode. Die Soldaten werden wie aus dem Jahre 1919 gezeigt – nicht als Schützen des Zaren der Jahre 1915 bis 1917.

Drei lettische Helden des Großen Krieges wurden verewigt. An Oberst Fridrihs Briedis erinnert seit dem 80. Jahrestag der Weihnachtsschlacht vor Riga im Jahre 1997 ein kleines Denkmal vor einer Schule in der nach ihm benannten Straße. Briedis war 1917 ein Kommandeur der lettischen Schützen und wurde 1918 in Moskau erschossen.³⁵ Seine Geschichte ist beinahe alles, was vom Gedenken an den Ersten Weltkrieg im engeren Sinne in Riga geblieben ist. Sein Todesort erinnert jedoch schon an die Ambivalenz der lettischen Rolle im Krieg gegen Russland. Das Kalpaks-Denkmal am Rande der Esplanade ist im Vergleich zu der kleinen, abstrakten Briedis-Statue sehr beeindruckend. Oskars Kalpaks gilt als erster Oberkommandierender der lettischen Armee, obwohl er offiziell dieses Amt nie innehatte. Seine Geschichte ist der von Briedis ähnlich. Er kämpfte als lettischer Schütze, erreichte den Rang eines Oberst Anfang 1919 im Kampf gegen die Rote Armee (auf Seiten der Landeswehr), starb aber schon im Februar in einem Gefecht mit deutschen Freikorpseinheiten. Die mit Spenden finanzierte Pyramide mit Kalpaks' Konterfei wurde erst 2006 unter großem Pomp im Beisein der Staatspräsidentin eingeweiht.³⁶ Jorgis Zemitāns befehligte die lettische Nordarmee, die auf Seiten der Esten nicht mit, sondern gegen die Baltische Landeswehr kämpfte und Ulmanis wieder an die Macht verhalf. Nach ihm ist eine Straße benannt und auf einem Platz mit seinem Namen steht ein abstraktes Denkmal (beschrieben als „Bögen von Sonnenstrahlen“).³⁷ Diese Heldenverehrungen sind die deutlichsten Hinweise auf den „engeren“ Ersten Weltkrieg. Sie reichen inhaltlich in jene Jahre zurück, betonen aber genau wie die anderen Denkmäler ausschließlich national brauchbare Elemente. Zusammengenommen spiegeln sie jedoch durchaus die Ambivalenz des Bürgerkriegs wider.

³⁵ Spārītis, *Riga's Monuments* (wie Anm. 2), S. 132.

³⁶ <http://www.kalpaks.lv>; Spārītis, *Riga's Monuments* (wie Anm. 2), S. 143.

³⁷ Spārītis, *Riga's Monuments* (wie Anm. 2), S. 129.

Schlussbetrachtung

Chris Williams schrieb vor kurzem, „What actually happened‘ doesn’t get remembered when it doesn’t fit into a nice simple story.“³⁸ Diese einfache Feststellung erklärt kurz und prägnant die halb-schlüssige Gestaltung in Rigas Erinnerungslandschaft in Bezug auf die Zeit des Welt- und Bürgerkrieges. Elemente, die in die dominante Deutung der Zeit als Periode nationalen Erwachens und des Befreiungskampfes für einen lettischen Nationalstaat erinnern, werden aus der Erinnerungskultur der Zwischenkriegszeit wiederbelebt, restauriert oder nachgeholt. Alles andere überlebt zufällig oder wird ebenso zufällig – wenn überhaupt – erinnert. Das soll nicht heißen, dass es ein staatliches oder zentral gelenktes Erinnerungsprogramm gibt. Die Denkmäler entstammen verschiedenen Zusammenhängen und Initiativen. Wer finanzielle Unterstützung und einen Anspruch auf öffentlichen Raum geltend machen will, muss sich in der Regel auf staatliche Trägerschaft verlassen und muss dann aber auch seinerseits staatstragend wirken. In Riga ist das im Zusammenhang mit 1914–1919 zunächst im Rahmen der Befreiungsnarrative zu verorten.³⁹ Die bürgerlich-nationalen Letten, deren Wahrnehmung durch die Siege von 1919 und 1920 gefestigt wurde und in der Zwischenkriegszeit und seit 1991 die Deutungshoheit beansprucht, erlebten einen fort-dauernden Krieg der Letten gegen die Deutschen. Brüche in der damaligen Chronik werden dagegen in der Erinnerung übergangen und die Betonung möglichst auf die Periode ab November 1918 oder ab dem Sommer 1919 gelegt.

Für die Letten könnte der Brüderfriedhof als Hauptbeispiel gelten, da er eine nahtlose Kontinuität zwischen dem Welt- und dem Bürger- bzw. Befreiungskrieg darstellt. In seinem Entstehen reflektiert er diese Entwicklung. Die später auferlegte Ikonografie erinnert aber keinesfalls an die Schützen, die für Russland kämpften, sondern lediglich die Kalenderdaten ihrer Grabsteine: Oktober 1915, Juli 1916, Januar 1917. Die Statuen und Reliefs erzählen von einem urtümlichen,

³⁸ Chris Williams, Squaring Trafalgar, <http://www.open2.net/blogs/historyandthearts/index.php/?cat=94>, Zugriff am 20. Januar 2008.

³⁹ Dies ist natürlich im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung mit den Sowjetzeiten (1940/41, 1944–1991) besonders deutlich. Erinnerungsorte zu den Themen Okkupation, Genozid und Deportation konnten nach 1991 mit Ausnahmen einiger Holocaust-Bezüge nicht auf vorherigen Resten aufgebaut werden. Dennoch erreichten solche Denkmäler bald eine große Bedeutung in der Erinnerungslandschaft der Stadt. Der Zeitraum des Weltkrieges und der Staatswerdung spielt dagegen eine relativ bescheidene Rolle bzw. wurde erst später nachgeholt.

freien, durch und durch lettischen Volk und von einem Kampf – dem Kampf um Heimatboden und Nation, als ob sie alle im Oktober 1919 gefallen wären oder als ob das damals keine Rolle spielte. Andere, neuere Zeichen in der Stadt passen in diese Deutung. Hiermit ging der lettische Befreiungskrieg im Weltkrieg auf; die ganzen sechs Jahre fusionierten zu einem kohärenten Ganzen, das die vielfältigen Erfahrungen, Loyalitäten und Koalitionen unter den Letten und die zweideutige Rolle anderer Gruppen unsichtbar macht. Sie kommen höchstens durch die Wahrnehmung der räumlichen Teilung – Kalpaks hier, Zemitāns dort – zum Vorschein.

Die Deutschbalten sind aus der Stadt verschwunden. Ihr Verschwinden begann im Weltkrieg. Dennoch blieben sie der Stadt lang genug erhalten, um einige Spuren dieser wirren Periode zu hinterlassen. Davon ist aber sehr wenig erhalten geblieben und musste nachträglich, nach der Wende, wieder „aufgefrischt“ werden. Ihr Beitrag zur Kriegsgeschichte, die die lettischen Denkmäler zu erzählen bemüht sind, bleibt im Stadtbild weitestgehend verborgen.

Für die russischen Rigenser überragt die Erinnerung an den Großen Vaterländischen Krieg. Wenige haben Wurzeln in der Stadt, die weiter als der Zweite Weltkrieg in die Vergangenheit zurück reichen. Ihre Erinnerungstopografie ist nicht rein national oder ideologisch, aber keinesfalls mit dem hegemonialen Diskurs der lettischen Nation im Einklang. Nach der Entfernung der Leninstatue bekamen sie Barclay de Tolly zugebilligt – ein Zeichen ihrer Zugehörigkeit und eine Erinnerung an das Imperium, aber ohne viel Herrschaftssymbolik, ohne Bombast. Sie scheinen dieses Denkmal anzunehmen. Der Platz zu seinen Füßen dient als Versammlungspunkt für russische politische Demonstrationen. Nur hat das Denkmal mit der russisch-rigaschen Erfahrung im Ersten Weltkrieg – der Flucht der Massen, dem Verlust der politischen Herrschaft und schließlich als Flüchtlingsziel und Wahlheimat weißer Sympathisanten – nur durch die Erinnerung an seine lange Abwesenheit einen Bezug. Als leerer Sockel hätte das Denkmal diesen kleinen Erinnerungszweck eher erfüllt.

Die Spannung zwischen den verschiedenen ethnisch geprägten Erinnerungssträngen, zwischen den erlebten Konjunkturen verschiedener lettischer Diskurse und zwischen den Gedenkkulturen neuer Bevölkerungsgruppen und Erinnerungsgenerationen im heutigen Lettland führen zu einer Lage, in der eine historisch ausgewogene Erinnerungslandschaft nicht möglich ist. Eine schlüssige Erinnerungslandschaft wäre angesichts der Unschlüssigkeit und Ambivalenz der vorliegenden historischen Fakten auch kaum möglich. Insofern ist

diese Entwicklung nicht zu beklagen, sondern lediglich zu konstatieren.

Ojārs Spārītis beschreibt das Werden der Denkmallandschaft Rigas als rein politische Entwicklung. Die Steine und Statuen würden von kleinen Interessengruppen, besonders zu Wahlkampfzeiten, initiiert und bald vergessen. Sie spielen, so Spārītis, für nur wenige Menschen eine Rolle.⁴⁰ Damit hat er, was die neuen Denkmäler mit Ausnahme der Freiheitsstatue angeht, sicherlich Recht. Diese politische Funktion mag auch das Verhältnis zum Ersten Weltkrieg miterklären. Man könnte sich vorstellen, dass die Präsenz einer so großen russischsprachigen Bevölkerung eine Gelegenheit, einen Anlass oder sogar ein Gebot darstellt, Aspekte damaliger Solidarität mehr zu betonen – der gemeinsame Kampf gegen Kaiser und Deutschtum etwa. Dennoch wiegt die Last der Zwischenzeit zu schwer, um eine derartige Gratwanderung zu vollziehen. Das Gestrüpp der historischen Vorlagen aus der Welt- und Bürgerkriegszeit ist dafür schon zu kompliziert. Die Lagen von neuen Katastrophen, Denkmälern und Narben, die die Geschichte seither auf die Stadt gelegt hat, und gerade die politische Brisanz der jüngsten Geschichte und der Gegenwart machen deren Kanten und Ecken kaum noch sichtbar. Nur die Zacken der roten Sterne auf den Feldmützen der Schützen – sie sieht man doch noch.

⁴⁰ Spārītis, *Riga's Monuments* (wie Anm. 2), S. 196 f.

Vilnius in World War I, 1914–1920

by Theodore R. Weeks

World War I transformed Europe and one may argue that its greatest impact was precisely on Eastern Europe. The Habsburg, Romanov, and Hohenzollern Empires collapsed and would-be nation-states emerged to the rejoicing of patriots from Tallinn to Tiranë. Probably no single region experienced such radical upheaval as the territory inhabited by Poles, Lithuanians, Jews, and Belarussians (to name only the most prominent ethnic groups) that in 1914 had been ruled by the Romanovs and after 1920 would be divided between the newly-formed Lithuanian and Polish republics. The “capital” of this region, Vilnius, forms the focus of this paper.

Traditionally World War I’s chronological limits are clear: from the declarations of war in early August 1914 to the cease fire of November 11, 1918. In Eastern Europe generally and in Vilnius in particular, this chronology – particularly its end date – does not make sense. Nothing of great significance changed in Vilnius in November 1918. The real changes occurred earlier, in 1917 with the two revolutions in neighboring Russia, or later, with the Soviet invasion and battles between Poles, Lithuanians, and the Red Army for the city which only ended in 1920. Our story will thus begin some years before the war’s outbreak with a portrait of the late imperial provincial town known in Russia as Vil’na¹ and end with the establishment of Polish rule over the city in 1920.

Vilnius before 1914

Before 1914 Vilnius was a provincial city, capital of the so-called “Northwestern provinces” where Belarussian and Lithuanian peasants dominated the countryside, Jews were prominent in towns, and Polish landholding was strong. Since the crushing of the 1863 Polish Insurrection, the Russian government had adopted strict measures to reduce Polish influence in the city but even 50 years later one was more likely to hear Polish spoken in the Vilnius than Russian (though

¹ Throughout this paper I will use the present-day name of the city, “Vilnius,” despite the anachronism, for simplicity’s sake.

native speakers of Yiddish almost certainly outnumbered those of Polish).² The Russian authorities had attempted to make their mark on Vilnius through the building of monuments, orthodox Churches, and entire new streets and districts. The three most prominent Russian monuments were those to Mikhail Murav'ev (1898), Pushkin (1899), and Catherine the Great (1904).³ The stern "hangman" (to use the Polish epithet) who presided over the crushing of the 1863 rebellion, Murav'ev stood atop a large granite base gazing sternly in the direction of the university which had been closed after the previously Polish insurrection in 1831.⁴ The Pushkin monument was smaller, but no less strategically located at the foot of Gediminas Hill. Finally, the grandiose monument to Catherine the Great – a figure not beloved by Poles – stood near the front of the Catholic Cathedral.⁵ All three monuments were located in close proximity; one could walk the triangle Catherine-Pushkin-Murav'ev-Catherine easily in half an hour. Taken together, they served as concrete visual reminders of Russian political dominance over the city.

Demographically and culturally, however, the position of Russians in Vilnius was much less strong. According to the only scientific census of the Russian Empire, carried out in 1897, no one ethnic group dominated in Vilnius. In any case, the data gathered in this census did not include the category "nationality" or "ethnicity" but we may draw conclusions by extrapolating from figures for "native tongue" and "religion." By religion the city's population broke down into 24% Orthodox Christians, 36% Catholics, and 40% Jews (with assorted Muslims, Karaites, Lutherans, and even two Mennonites). By native tongue, Yiddish enjoyed a strong plurality with 40% of all inhabitants, followed by Polish (31%), Russian (20%), Belarussian (4%), and Lithuanian (2%).⁶ While we must use these figures with

² For background on russification in this region, see Theodore R. Weeks, *Nation and State in Late Imperial Russia: Nationalism and Russification on the Western Frontier, 1863–1914*. DeKalb 1996, esp. pp. 44-109.

³ *Vil'na v karmane* [Vilna in your Pocket]. Vil'na 1912, pp. 34-38.

⁴ On this monument, its construction and use as a symbol of Russian domination, see Theodore R. Weeks, *Monuments and Memory: Immortalizing Count M.N. Muraviev in Vilna, 1898*, in: *Nationalities Papers* 27 (December 1999), No. 4, pp. 551-564.

⁵ A.A. Vinogradov, *Pamiatnik Imperatritse Ekaterine II v Vil'ne* [The Monument to Empress Catherine II in Vilna]. Vil'na [1903]; *Otkrytie pamiatnika Imperatritse Ekaterine II v Vil'ne* [The Inauguration of the Monument to Empress Catherine II in Vilna], in: *Niva*, No. 39, 25 September 1904, pp. 778 ff.; *Pomnik Katarzyny II w Wilnie*, in: *Kraj* 23 (17/30 September 1904), No. 38, pp. 18 f.

⁶ *Pervaia vseobschaia perepis' naseleniia Rossiiskoi Imperii. tom 4: Vilenskaia guberniia* [First General Census of the Russian Empire, vol. 4: Vilna province]. St. Petersburg 1899,

caution – there were almost certainly Lithuanians who were included as native speakers of “Polish” and the figures for Russians are very likely inflated – the general picture is clear: no one religious or linguistic grouping predominating, but Jews and Poles together made up over two thirds of the town’s total population.

Economically, the city had been growing steadily from the early 1860s with the completion of railroads linking it first to Kaunas and Prussia, then to St. Petersburg and Warsaw. The town’s economy was based more on small workshops and artisan work than on large industrial establishments, but by the early 20th century Vilnius could boast several tobacco, paper, and chocolate factories and a total industrial working class perhaps nearly ten thousand individuals.⁷ A very large number of these workers (who often were not easily distinguished from “artisans”) were Jews which explains in part the predominance of Jews among socialists in official reports of the time. The single strongest socialist party in Vilnius, by all accounts, was the Jewish Bund, founded there in 1897.⁸ Perhaps the most famous Vilnius worker of the early 20th century was the Bund sympathizer Hirsh Lekert who attempted to assassinate the repressive governor general Viktor von Wahl in 1902 and was himself executed shortly thereafter.⁹

In 1905/06 Vilnius was rocked by revolution. In the city socialist agitation (the Jewish Bund, Polish PPS, and Lithuanian Social-

tetrad’ 3, tables XIII and XIV. The total population of the city in 1897 was 154,532. For “Lithuanian” I added together “litovskii” and “zhudskii” entries; I have also rounded the figures.

⁷ Because tsarist statistics are far from reliable on social class, attempts to fix the number of industrial workers inevitably involve a good deal of guesswork. In the most comprehensive city history to date, published in Lithuania during the Soviet period, a total of 8,000 industrial workers is estimated in Vilnius in 1900 (p. 300); J. Jurginis, V. Merkys, A. Tautavičius, *Vilniaus miesto istorija nuo seniausių laikų iki Spalio revoliucijos* [Vilnius City History from Oldest Times to the October Revolution]. Vilnius 1968, pp. 275-284, 300-311.

⁸ On Vilnius and the Bund, see Henri Minczeles, *Vilna, Wilno, Vilnius: La Jérusalem de Lituanie*. Paris 1993, pp. 84-93; *Materialy k istorii evreiskogo rabochego dvizheniia* [Materials on the History of the Jewish Workers’ Movement]. St. Petersburg 1906, esp. pp. 27, 36 ff.; and the essays collected in: *Wilno: a zamelbukh gevidnet der shtot vilne* [Wilno: A Collective Work Dedicated to the City Vilne], ed. by Efin Yeshurin. New York 1935, esp. part 2 “Arbayter, sotsialistishe un revolutsionere bavegung in Vilne” (pp. 74-263); and for a quick overview Gottfried Schramm, *Wilna und die Entstehung eines ostjüdischen Sozialismus 1870-1900*, in: *Deutsche Juden und die Moderne*, ed. by Shulamit Volkov. Munich 1994, pp. 129-140.

⁹ Hirsz Abramowicz, *Profiles of a Lost World: Memoirs of East European Jewish Life before World War II*. Detroit 1999, pp. 132-142; *Der heroischer akt fun Hirsh Lekert*, in: G. Aronson (et al.), *Geshikhte fun Bund*. New York 1960, Vol. I, pp. 231-241. Lekert fired two shots at von Wahl (wounding him slightly) on May 6, 1902 and was hung on May 28.

Democratic Party were all active in the city) mixed with nationalist demands.¹⁰ In the course of the revolution the first legal periodicals in Lithuanian, Polish, and Yiddish were published in the city, shopkeepers were allowed to put up signs in front of their establishments in Polish (or other non-Russian languages), and clashes between police and demonstrators left dozens dead, creating some of the first socialist martyrs in Vilnius's history. The single most important event of 1905 for the Lithuanian national movement was the "Great Seim" held in Vilna late in that year.¹¹ The gathering had been inspired and organized in great part by the energetic and cantankerous Dr. Jonas Basanavičius, one of the fathers of Lithuanian nationalism.¹² Coming together in early December, the several-day affair brought together dozens of Lithuanian intellectuals who subsequently published their demands, including Lithuanian schools and the use of that language in "supplementary services" (prayers, hymns, homilies) in Catholic churches.¹³ But far more important than any declarations or demands was the simple fact that a large group of Lithuanian patriots had gathered in Vilnius, tacitly laying claim on the city as their past and future capital.

After the crushing of the revolution throughout the empire and in Vilnius, a sullen calm settled over the city. Still, nothing would be quite the same. Despite renewed censorship, Yiddish, Lithuanian, and Polish newspapers and journals continued to be published. Economic activity picked up and the city's population grew, making Vilnius in 1910 the empire's fourteenth largest city with a total population of 192,746.¹⁴ Thus on the eve of World War I Vilnius was a fairly prosperous provincial center, peopled mainly by Poles and Jews but also claimed by Russians, Belarusians, and Lithuanians, with a population of around 200,000 souls.

¹⁰ Theodore R. Weeks, *The 1905 Revolution in Vilnius*, in: *Rewolucja 1905–1907 w Królestwie Polskim i w Rosji* [The Revolution of 1905–1907 in the Kingdom of Poland and Russia], ed. by Marek Przeniosła and Stanisław Wiech. Kielce, 2005, pp. 213–236; Juozas Jurginis, *1905 metų revoliucijos įvykiai* [Events of the 1905 Revolution]. Vilnius 1958; and, particularly for cultural history, Andrzej Romanowski, *Młoda Polska Wileńska* [Young Poland in Wilno]. Cracow 1999.

¹¹ Egidijus Motieka, *Didysis Vilniaus seimas* [The Great Seimas of Vilnius]. Vilnius 1996.

¹² Basanavičius's importance for Lithuanians is reflected in his image on the present-day fifty litas bill.

¹³ Motieka, *Didysis Vilniaus seimas* (see footnote 11); Juozas Dainauskas, *Prelude to Independence: the Great Conference of Vilnius, 1905*, in: *Lituanus* 11 (1965), No. 4, pp. 47–60; and the great man's own account, Jonas Basanavičius, *Iš Didžiojo Vilniaus Seimo istorijos* [From the History of the Great Seimas in Vilnius]. Vilnius 1925.

¹⁴ *The City in Late Imperial Russia*, ed. by Michael F. Hamm. Bloomington 1986, p. 3.

The First Year: Vilnius in Russian Hands to September 1915

The outbreak of World War I caught Vilnius – like other cities throughout Europe – by surprise. Located on the main railroad connecting St. Petersburg to Warsaw and hardly 150 miles from the Prussian border, Vilnius was from the start on the front lines. As is well known, the war on the Eastern Front began with Russian successes in East Prussia which were quickly reversed by the German victory at Tannenberg in late August. Driven out of East Prussia, the Russian armies would never again threaten German soil in the conflict.¹⁵ After Tannenberg, the Germans concentrated the bulk of their forces on the western front, hoping for a massive breakthrough that would end the war, giving the Russians a short respite. But the following summer the German army was on the move again, occupying Warsaw and Kaunas (Kovno) in August. Thus 13 months after war's begin, German troops were threatening Vilnius.

The outbreak of war was received with mixed feelings among the inhabitants of Vilnius. On the one hand, it was clear that the war would bring shortages, bloodshed, and suffering. On the other, Polish patriots hoped that the European shake-up would bring them more national rights, possibly even independence. At the beginning of the war, both Poles and Lithuanians hastened to declare their loyalty to the tsar and their support in the conflict, but it was clear that if the war should go badly, support might easily be switched to the other side.¹⁶ Like Poles in Warsaw and other cities, Vilnius Poles had to consider which side had more to offer the Poles. In his diary Stanisław Cywiński noted that in November and December 1914 “rusofilstwo” was still quite prominent among Poles in the city.¹⁷ The largest ethnic group in Vilnius, the Jews, saw little possibility of any good coming from the war and Jewish anti-Russian feeling was considerably stimulated by the brutal treatment of Jewish civilians by the Russian military authorities.¹⁸ A sympathetic (though not

¹⁵ The best single source on World War I in the east remains Norman Stone, *The Eastern Front, 1914–1917*. New York 1975.

¹⁶ Wiktor Sukiennicki, *East Central Europe during World War I: From Foreign Domination to National Independence*. Boulder 1984, pp. 100-111.

¹⁷ Stanisław Cywiński, *Kartki z pamiętnika (1914–1920)* [Pages from a Diary (1914–1920)]. Wilno 1931, pp. 10 ff.

¹⁸ On these forcible evictions by the Russian military of thousands of Jewish civilians from their homes near the front lines, see Peter Gatrell, *A Whole Empire Walking: Refugees in Russia during World War I*. Bloomington 1999, pp. 16-23 and passim. In general on the tragic position of East-European Jews during World War I, see Frank Schuster, *Zwischen*

particularly judeophilic) Polish observer wrote in August 1915 that “the non-politicized Jewish masses instinctively favored the Germans and in their souls warmly desired Russian defeats. This was more than Germanophilism: this was an idealization of the Germans ...”¹⁹

Perhaps the most remarkable characteristic about the historiography of World War I and Vilnius is the almost total lack of attention paid to the first year of the war. Several books analyze German policy in the city and its region but even general accounts leap from August 1914 (war’s outbreak) to 1915 (taking of Kaunas).²⁰ Even published memoirs, such as that of the future Lithuanian foreign minister Petras Klimas, also tend to start in late 1914 or even in summer 1915.²¹ Polish journalist Czesław Jankowski’s diary notes the Polish support of the Russian war effort initially, notes battles over Warsaw in November 1914 and its fall to the Germans in early August 1915, speaks of orders to carry out obligatory (though paid) labor to strengthen Vilnius’s defenses in July 1915 and requisitioned livestock being driven through town.²² After the German army entered Kaunas – barely one hundred kilometers from Vilnius – on August 18, 1915 it was clear that Vilnius was next in line. Evacuations of banks, government offices, and even the monuments to Empress Catherine the Great and Russian administrator Count M.N. Murav’ev were set in motion.²³

August 1915 to Spring 1917: German Occupation

In August 1915 it was clear that the Russians’ days in Vilnius were numbered. On 15 August an 11 pm curfew was announced that was to

allen Fronten: Osteuropäische Juden während des Ersten Weltkrieges (1914–1919). Köln 2004.

¹⁹ Pofny memoriał Michała Römera z sierpnia 1915 [The August 1915 Secret Memorandum of Michał Römer], ed. and publ. by Wiktor Sukiennicki under the title “Wilno na schyłku rządów carskich,” in: *Zeszyty Historyczne* (1970), p. 119.

²⁰ See, for example, Pranas Čepėnas, *Naujųjų laikų Lietuvos istorija* [Modern History of Lithuania]. Vilnius 1992, Vol. II, p. 25 ff.

²¹ Petras Klimas, *Dienoraštis 1915–1919* [Diary 1915–1919]. Chicago 1988.

²² Czesław Jankowski, *Z dnia na dzień. Warszawa 1914–1915 Wilno* [Day By Day. Warsaw 1914–1915 Wilno]. Wilno 1923, pp. 20–68.

²³ *Lietuva Didžiąjame Kare* [Lithuania in the Great War], ed. by Petra Ruseckas. Wilno 1939, p. 12; Cywiński, *Kartki z pamiętnika* (see footnote 17), p. 19 (entry for 12–15 August): “Zdjęto w Wilnie pomniki Katarzyny ir Puszkina. Murawjew stoi jeszcze. Ach, żeby Moskali stąd wyszli I nigdy już nie wrócili!” [The Pushkin and Catherine Monuments have been taken away. Murav’ev is still standing. Oh, may these Muscovites leave here and never come back!]

begin on 18 August. After this curfew all streetlights would be turned out, all windows had to be covered with black paper (to black out interior light), and no one was permitted on the street. All able-bodied men from eighteen to fifty years of age still resident in the city were required to show up at his local police station to be organized into work battalions to dig defense trenches around the city.²⁴ Perhaps in an unconscious admission that they could not themselves keep order, in that month the Russians allowed a volunteer city police force or militia to be organized. One Jewish militia member, the teacher and writer Hirsz Abramowicz, recalled that by joining the militia men hoped to protect themselves and their families from deportations into Russia. As Abramowicz recalled, most members of the militia were Polish, but with a few Jews as well. Their duties were to regulate traffic and in general keep public order.²⁵ By early September, the city was full of rumors of impending deportation, aerial bombing, and worse. Many fled from the city as the Russian troops withdrew and the Germans approached, fearing reprisals and brutality from the Russians now that their military defeat seemed assured. German bombs were dropped on the city, newspapers ceased to appear, and in general daily life was heavily disrupted. On September 15 one eyewitness wrote, "Vilnius is already becoming cut off from the world." On September 18 the retreating Russians attempted to blow up the bridges over the Neris river, but in their haste only succeeded in damaging them. The same day the Germans entered the city.²⁶

By chance, the Russians evacuated Vilnius on the eve of the most important holiday in the Jewish calendar, Yom Kippur. Hirsz Abramowicz described that last day in this way: "Almost no one had a thought of attending Kol Nidrei services. People were afraid to appear in the streets ... Everyone was so fed up with the persecution, libelous attacks, and high inflation that nearly all of Vilna wished to be rid of the Russians ... After midnight on ... 17 September everything was closed tight. ... The night passed almost without ...

²⁴ "Wilnas Leidenzeit im Krieg", in: *Das Litauen-Buch: eine Auslese aus der Zeitung der 10. Armee. [Wilna] 1918*, pp. 116 f. This account ends with the German entry into the city; unfortunately Vilnius's *Leiden* were at that point far from being over. On the military operations from the German point of view, see Erich von Ludendorff, *Ludendorff's Own Story*. New York 1919, Vol. I, pp. 197-202.

²⁵ Abramowicz, *Profiles* (see footnote 9), pp. 177 f.

²⁶ Pelikšas Bugailiškis's diary, in: *Klimas, Dienoraštis* (see footnote 21), pp. 18-25.

incident, except for the fear generated by the terrible explosions when bridges and other military targets were demolished.”²⁷

On Saturday, 18 September, German troops began to stream into the city across the damaged but still intact Green Bridge. Czesław Jankowski noted in his diary, “[a]fter a month’s siege, the Germans forced the Russians to withdraw to the east and took Vilnius – without a shot.” Jankowski also remarked on the apparent lack of major damage to any structures in the city and that despite the numerous explosions heard in the night, both the railroad station and the gasworks remained intact. By noon a proclamation in five languages announcing the German occupation of Vilnius was being plastered along the city’s streets.²⁸

The proclamation signed by Graf Pfeil began by announcing that “German forces have expelled the Russian army from the Polish city Wilno,” noting that the city was “always a pearl in the glorious Kingdom of Poland.” No other national group aside from Poles was mentioned here, giving the impression that the city and its surroundings was populated exclusively by Poles. As one might expect, Graf Pfeil also warned against any attacks on German soldiers but did this, so to speak, apologetically, ending “I do not wish to carry out any punitive measures (*Strafgewalt*) in Wilno. God bless Poland!”²⁹ Abramowicz notes tartly that despite the generous words (for Poles, anyway) in Pfeil’s proclamation, “This Prussian ‘freedom’ endured for barely an hour,” after which this proclamation was taken down and replaced by far stricter ones.³⁰

Abramowicz’s “hour” may be a figure of speech, but the tenor of German proclamations did change quickly, and for the worse. On 21 September residents of Vilnius were informed that any messenger pigeons (*Brieftauben*) had to be killed within two days and admonished that “it is forbidden for women to sell themselves to German soldiers,” causing local wags to wonder whether this was a suggestion that Vilnius’s female population offer themselves for free.³¹ Further

²⁷ Abramowicz, Profiles (see footnote 9), p. 178.

²⁸ Jankowski, *Z dnia na dzień* (see footnote 22), pp. 235 ff.

²⁹ Graf Pfeil announcement “An die Einwohnerschaft von Wilno!” (German version), in: Stefan Glaser, *Okupacja niemiecka na Litwie w latach 1915–1918. Stosunki prawne* [The German Occupation in Lithuania 1915–1918. Legal Relations]. Lwów 1929, pp. 159 f.

³⁰ Abramowicz, Profiles (see footnote 9), pp. 180 f.

³¹ Lietuvos Mokslo Akademijos Biblioteka, *Ranraščių skyrius* (Lithuanian Academy of Sciences Library, Manuscript Division, Vilnius; LMAB), f. 23-23, l. 9. The German text is much more expressive: “Den Frauenzimmern wird es verboten, sich deutschen Soldaten

restrictions followed, from obligatory muzzles on dogs (loose animals would be “caught and killed”) and a hefty 30 Mark fee (in cities) for obligatory registration, to a prohibition of street trade in food and drink, to restrictions on public gatherings.³² In short, it was clear that life under German occupation was to be more orderly, but possibly no less trying, than the previous year under Russian rule.

As Graf Pfeil’s initial pro-Polish proclamation had shown, the Germans were vitally interested in using nationalist feelings among the local population to their own advantage. General Erich von Ludendorff’s assessment of the nationality situation in the region reflects German priorities: “The Lithuanians believed the hour of deliverance was at hand, and when the good times they anticipated did not materialize, owing to the cruel exigencies of war, they became suspicious once more, and turned against us. The Poles were hostile, as they feared, quite justifiably, a pro-Lithuanian policy on our part. The White Ruthenians were of no account, as the Poles had robbed them of their nationality and given nothing in return. ... The Jew did not know what attitude to adopt, but he gave us no trouble, and we were at least able to converse with him, which was hardly ever possible with the Poles, Lithuanians, and Letts.”³³

The Polish attitude toward the Germans was not, at least initially, so negative as Ludendorff indicated in his memoirs.³⁴ Fundamentally, however, Polish and German interests did not coincide. The Poles, for the most part, wished to incorporate the Vilnius region into a newly independent Poland while the German occupying authorities were more concerned about immediate considerations: waging a war, feeding and supplying soldiers, and maintaining public order. A report by one von Beckerath to Hindenburg of May 1916 indicated that while some Poles were dissatisfied with German policies, on the whole the German occupying authorities had to take the Poles into consideration as they made up the “relative majority” in Vilnius and its region.³⁵ Von Beckerath may have been trying to put

feil zu bieten.” (The admonition appeared also in Polish and Lithuanian, along with the warning that those [presumably prostitutes] with venereal disease would be arrested.)

³² Ibidem, ll. 10-25.

³³ Ludendorff, *Ludendorff’s Own Story* (see footnote 24), Vol. I, pp. 221 f.

³⁴ An excellent account of Polish Wilno in the first months of the German occupation is Andrzej Pukszo, *Wilno pod koniec roku 1915 – na początku 1916. Polskie czy niepolskie?* [Wilno at the End of 1915/early 1916. Polish or Not?], in: *Przegląd Wschodni* 8 (2002), No. 1, pp. 39-56.

³⁵ *Litwa podczas wojny. Zbiór dokumentów* [Lithuania During the War. Document Collection], ed. by L.A. [Ludwig Abramowicz]. Warsaw 1918, pp. 7-12.

a good face on the situation. Writing at the end of September 1915, Czesław Jankowski noted down in his diary some of the main reasons for increasingly strained relations between Poles and the German occupiers: the quartering of officers and soldiers in Polish homes, the indiscriminate and outrageous (“bez najmniejszej ceremonji”) thievery of German soldiers (sometimes under the guise of “requisitions” compensated by worthless scraps of paper), and the ignoring of the “citizens’ committee” set up by (mainly) Poles to help administer the city.³⁶ Complaints of this sort would only increase in the subsequent years of German occupation.

Even Jankowski who as a sympathizer with the National Democrats could hardly be suspected of pro-Jewish sentiments, noted that “At the present time [29 September 1915] the most irritated and embittered are the Jews. For example, when Jews petitioned to the city commander von Treskow against an order that they keep stores on the sabbath, the commander rejected their petition, remarking that he hadn’t had a Sunday off for a year: “This is war, gentlemen!”³⁷ The Germans were not so much antisemitic as simply inflexible and intolerant of Jewish religious requirements, for example in requiring that all corpses be buried enclosed in a coffin (which of course violates Jewish religious law). The Germans restricted trade which had been nearly a Jewish monopoly in the region, requiring that grain, fruit, nuts, and even fish be sold (for very low prices) to the occupying authorities. In such a situation, with hunger and even starvation a real and growing possibility, the inevitable consequence was a thriving black market in which Jews as experienced merchants and traders played an important role. Despite increasingly draconian threats and punishments, the Germans were unable to control the market (or to feed both army and local population) and succeeded mainly in antagonizing the local Jews. But, as Hirsz Abramowicz noted in his memoirs of that period, “[t]he German occupation during World War I oppressed everyone more or less equally.” Jews were not singled out for special restrictions and in some cases survived better under German occupation than Polish townspeople, in particular because of the similarity between Yiddish and German.³⁸

³⁶ Jankowski, *Z dnia na dzień* (see footnote 22), pp. 277-283.

³⁷ *Ibidem*, pp. 279 f.

³⁸ Abramowicz, *Profiles* (see footnote 9), pp. 186-202. Another, excellent source on Jewish life in Vilnius during World War I is Sh. An-shki, ed., *Pinkas far der geschikhthe fun vilne in di yorn fun milhome un okupatsie* [Collective Work on the History of Vilne in the Years of War and Occupation], ed. by Sh. An-shki. Vilne 1922.

Nor were Lithuanians particularly happy about the German occupation. To begin with there was the provocative description by Graf Pfeil of Vilnius as a Polish city. Then, as we have seen in the von Backerath memorandum, the Germans appeared not to take the Lithuanian national movement very seriously, quite aside from the Vilnius question. A protest signed by leaders of the Lithuanian national movement on the occasion of a German census of Vilnius argued that since their arrival in the city, the Germans had “further encouraged aggressive Polish policies.”³⁹ A year later, in summer 1917, one of the foremost Lithuanian leaders, Dr. Jonas Basanavičius penned a pamphlet in which he documented the sufferings of Lithuanians under German occupation, from peasants having their land and produce confiscated to the spread of disease occasioned by chronic hunger and germs introduced by German soldiers to German attempts to “germanize” Vilnius by putting up German language signs in the city.⁴⁰ In short, at least as early as 1916 the Lithuanians were just as dissatisfied with the German occupation as their Polish and Jewish neighbors were.

In great part the dissatisfaction stemmed from the terrible economic situation of the period. As we have seen, the disruptions of trade caused by war, combined with the German army’s enormous requirements for foodstuffs meant that hunger threatened the general population as early as 1916 (and only got worse after that point). Already in July 1915, two months before Vilnius had been occupied, the Germans ordered all grain crops confiscated and established strict price controls. This order was extended to the Lithuanian territories and Vilnius with the advance of the German armies.⁴¹ It was decreed that local merchants were obliged to accept both German and Russian currencies (at the exchange rate – favorable to the Germans – of first 1.5 marks to a ruble, later put up to two marks to the ruble).⁴² A new “Ostrubel” was also introduced in an effort to prop

³⁹ Lietuvių atstovų pareiškimas Vilniaus miesto vokiečių valdžiai dėl gyventojų surašymo [Statement of the Lithuanian Representatives to the German Authorities of Vilnius about the Census] (dated 19 March 1916), in: Lietuva vokiečių okupacijoje pirmojo pasaulinio karo metais 1915–1918. Lietuvos nepriklausomos valstybės genėzė [German Occupation in Lithuania During the First World War 1915–1918. The Genesis of the Independent Lithuanian State], ed. by Edmundas Gimžauskas. Vilnius 2006, pp. 64 f.

⁴⁰ Dr. J. Basanavičius, Iš lietuvių gyvenimo 1915–1917 m. po vokiečių jungu [From Lithuanian Life under the German Yoke, 1915–1917]. Vilnius 1919.

⁴¹ LMAB, F23-23, ll. 62 ff.

⁴² LMAB, F23-23, ll. 16, 153. In general on the currency policies of the period, see Borys Paszkiewicz, “Ostrubel” i “Ostmarka.” O pieniądzu okupacji niemieckiej na Litwie [„Ost-

up money supply, but locals with anything to sell (usually illegally as the Germans had forbidden or strictly regulated nearly all trade) were increasingly unwilling to accept the German script. Requisitions of grain, fruit, meat, horses (for haulage), potatoes, and essentially any other food items, were frequent, onerous, and never coordinated, leading to extreme frustration bordering on despair on the part of landowners and peasants.⁴³ These extremely restrictive policies had both economic and political outcomes, both very negative. Economically the German attempt to seize total control over the economy meant that peasants and landowners had little initiative to produce foodstuffs, which would lead to dire shortages in late 1916 and 1917. Politically the German restrictions alienated every national group so that by 1917 the initial at least potentially favorable attitudes toward the Germans on the part of (at least) Lithuanians and Jews, and to a lesser extent Poles, had been almost totally extinguished.

In cultural policy, the Germans early on adopted a seemingly liberal line. A decree of December 1915 stated explicitly that “[t]he language of instruction should be the mother tongue [of the pupils].” The same decree forbade the use of Russian as a language of instruction (though the language could be taught as a subject in secondary schools and it was specifically noted that “Weissrussisch” was *not* Russian and thus could be used) and expressed the expectation that “as soon as possible all educators (*Lehrpersonen*) will acquire a knowledge of the German language.”⁴⁴ Pukszo points out that by the end of 1915 there were four Polish Gymnasia (high schools), eight “partial” Gymnasia (with only a four-year course), and thirty elementary schools operating in Vilnius. These Polish schools together enrolled over 5,000 pupils.⁴⁵ On a practical level Jewish schools continued to operate with the main change that Russian-language schools now switched over to Yiddish or Hebrew. The Germans frowned on the use of Yiddish in schools and attempted to introduce “pure” German, but with indifferent results.⁴⁶ There was no restriction on Lithuanian-language schools in Vilnius and a “People’s University” with lectures in Lithua-

rubel“ and „Ostmarka“ About German Occupation Money in Lithuania], in: *Biuletyn Numizmatyczny* 7 (1982), pp. 130-134.

⁴³ On the economic policy of the Germans, see Gerd Linde, *Die deutsche Politik in Litauen im ersten Weltkrieg*. Wiesbaden 1965, pp. 52-68; and Glaser, *Okupacja niemiecka* (see footnote 29), pp. 131-142 (“Rekwizycje i kontrybucje”).

⁴⁴ LMAB, F23-23, ll. 120-124; in general on the legal situation of schools under German occupation, see Glaser, *Okupacja niemiecka* (see footnote 29), pp. 143-148 (“Szkolnictwo”).

⁴⁵ Pukszo, *Wilno pod koniec roku 1915* (see footnote 34), pp. 50 ff.

⁴⁶ Abramowicz, *Profiles* (see footnote 9), p. 203.

nian was set up in the city.⁴⁷ The Germans undercut, however, any Lithuanian gratitude by later forbidding the “People’s University” and their unsubtle efforts to force schools to serve the German cause (both in the sense of immediate politics and as germanizing centers) further antagonized members of all nationalities.⁴⁸ Liulevicius concludes, “Ultimately, schools policies were another failure, for natives fell back on a tradition of clandestine schooling, and education became a focal point for sullen resistance.”⁴⁹

From Bad to Worse: The Year 1917

By spring 1917 the population of Vilnius was exhausted and hungry, unhappy with the German occupation and longing for peace. The revolutions of that year in Petrograd only complicated the situation, the first (in March, new style) appearing initially to invigorate the Russian war effort (and allowing Woodrow Wilson to bring in the USA on the allied side) but by year’s end knocking Russia out of the war. On the level of everyday life, however, the “sullen resistance” mentioned by Liulevicius continued with little change. In 1916 inhabitants of the German-occupied *Ober Ost* had endured compulsory labor duties, confiscation of crops and horses, new taxes on everything from dogs to matches, and the forbidding of private citizens from fishing, trading in foodstuffs of any kind, and owning bicycles (which were confiscated by the Germans). In 1917 belts were further tightened with the introduction of new taxes on salt, new confiscations of horses and crops, and the German authorities decision as of 24 July 1917 not to accept Russian rubles any longer. An indication of the widespread misery in Vilnius was the steep drop in the city’s population, from over 200,000 at war’s begin to around 139,000 by September 1917. Of these, 110,000 were being fed (sparsely) in the 130 public soup kitchens set up by citizens’ committees in the city.⁵⁰ Help from international charities and assistance from relatives in North America were further restricted after the American entry into the war in April 1917.

⁴⁷ Klimas, Dienoraštis (see footnote 21), pp. 79, 88.

⁴⁸ The order forbidding any kind of university course in Vilnius was issued on 19 February 1916. The document is given in Lithuanian translation in: Lietuvos TSR istorijos šaltiniai [Sources for the History of the Lithuanian Soviet Socialist Republic]. Vilnius 1965, p. 558.

⁴⁹ Vejas Liulevicius, War Land on the Eastern Front. Cambridge 2000, p. 127.

⁵⁰ Lietuva Didžiajame Kare (see footnote 23), pp. 16-23.

Both anecdotal and statistical evidence shows that 1917 was the single worst year of the war for all Vilnius residents, regardless of nationality. Among Jews, for example, mortality in 1917 was over three times higher than in the pre-war period while births plummeted to less than one third of the 1911–1913 figures.⁵¹ Among Polish residents mortality in the first three months of 1917 was over double 1915 figures and a Polish report on the state of the city in spring 1917 argued that the combined effect of requisitions, forced labor, and increased taxes was “simply the annihilation of the country (zagłada kraju).”⁵² Lithuanian writer Liūdas Gira’s diary for February and March 1917 is full of complaints of the cold (and that with inadequate heating children would not show up for schools) and steadily increasing prices for every kind of food.⁵³ Haikl Lunsky probably put it best when he wrote just after the war that while the year 1914 had been filled with the wails and moans of families as their young men were taken from them for the war effort, by 1917 no one even had the energy to whimper any more.⁵⁴

And yet cultural and political life, of a sort, continued during this dismal year. As we have seen, Liūdas Gira continued, despite badly heated classrooms, to teach classes of Lithuanian children. Several newspapers in German (“Wilnaer Zeitung” and “Zeitung der X. Armee”), Lithuanian (“Dabartis” and from autumn 1917 “Darbo Balsas”), Polish (“Dziennik Wileński”), Belarussian (“Homan”), and Yiddish (“Letste naves”) continued to appear and even increased circulation numbers.⁵⁵ On 5 November 1916 the Central Powers had announced the formation of an independent Polish state without, however, allowing Poles to actually take control of administration in any region. Furthermore, the startling events in Petrograd encouraged both Polish and Lithuanian movements to press for more concessions. A meeting in September 1917 in Vilnius set up the Lithuanian *Taryba*,

⁵¹ Cemach Szabad, Ruch naturalny ludności żydowskiej w Wilnie w ciągu ostatnich lat 18-tu (1911–1928) [Jewish Population Dynamics in Wilno in the Past Eighteen Years (1911–1928)], in: Księga pamiątkowa I Krajowego Zjazdu Lekarskiego “TOZ-u” [Memorial Book of the 1st National Convention of the Medical Association TOZ]. Warsaw 1929, pp. 83 ff.

⁵² Referat o ogólnem położeniu miasta [Report on the General Situation of the City] (spring 1917), in: Litwa za rządów ks. Isenburga [Lithuania under the Rule of Prince Isenburg]. Cracow 1919, pp. 42–54.

⁵³ Liūdas Gira, Vilniaus gyvenimas po Vokiečiais, 1917 m. [Vilnius Life under the Germans], in: Mūsų senovė 2 (1922), No. 3, pp. 410–422.

⁵⁴ Haikl Lunsky, Me-haghetto havilnai: tipusim ve-tslalim [From the Vilna Ghetto: Characters and Shadows]. Vilna 1921, p. 7.

⁵⁵ Marija Urbšienė, Vokiečių karo meto spauda ir Lietuva [German War Press and Lithuania]. Kaunas 1939, pp. 41 ff.

or council, a kind of proto-government;⁵⁶ there was even a call (to be sure, from abroad) in November 1917 for Lithuanian independence.

The increasing visibility of the Lithuanian movement was disturbing enough for local Poles to feel the need to address various petitions to German authorities and politicians defending their position in Vilnius and insisting on the city's Polish history and identity.⁵⁷ A memorandum drawn up by Władysław Zawadzki of the Vilnius Polish committee (Komitet Polski w Wilnie) in early November 1917 saw three possibilities for the future of Lithuania: 1) a connection of Lithuania with Poland; 2) Independence for occupied Lithuania; 3) A more loose confederation with Poland. Zawadzki expressed his concern that what he called "Lietuwi" (because local Poles sometimes – like poet Adam Mickiewicz – could and did refer to themselves as "Litwini" without being ethnically Lithuanian) as "the most chauvinistic and anti-Polish group" could gain the upper hand in part through their single-mindedness, not to say fanaticism. Zawadzki concluded by insisting that if an independent Lithuania were to arise, the (future) Polish state "must categorically demand that any so-formed Lithuania limit itself to lands settled in the majority by Lithuanians ..." In particular "Vilnius and its region" (Wilno i okęg wileński) must then form part of Poland.⁵⁸ Unfortunately for future Polish-Lithuanian relations, Lithuanian activists insisted on Vilnius as the capital of a future Lithuanian state.⁵⁹

⁵⁶ Alfred Erich Senn, *The Emergence of Modern Lithuania*. New York 1959, p. 25.

⁵⁷ Andrzej Puksztó, *Postawy wileńskich Polaków pod niemiecką okupacją w latach 1915–1918* [Attitudes of Wilno Poles under German Occupation in the Years 1915–1918], in: Tadeusz Bujnicki and Krzysztof Stępnik, *Ostatni obywatele Wielkiego Księstwa Litewskiego* [The Last Citizens of the Grand Duchy of Lithuania]. Lublin 2005, pp. 281–286. Some Polish political groupings took a more positive stance toward the Lithuanian movement but often made vague references to the close connections previously existing between the Kingdom of Poland and the Grand Duchy of Lithuania, e.g., *Lenkijos politinių judėjimų ir organizacijų deklaracija Lietuvos klausimu* [The Declaration of Polish Political Movements and Organizations on the Lithuanian Question] (19–22 May 1917), in: *Lietuva vokiečių okupacijoje* (see footnote 39), document No. 19, pp. 126 ff.

⁵⁸ *Memoriał o sprawie litewskiej złożony przez Władysława Zawadzkiego w Warszawie w listopadzie 1917* [Władysław Zawadzki's Warsaw Memorandum on the Lithuanian Question, November 1917], ed. by Wiktor Sukiennicki, in: *Zeszyty Historyczne* 30 (1974), pp. 77–85.

⁵⁹ See, for example, the discussion in W. Gaigalat, *Litauen. Das besetzte Gebiet, sein Volk und dessen geistige Strömungen*. Frankfurt 1917, *passim* and especially the pages on Lithuanians and Poles, pp. 120–130.

Interlude: the German “Mindscape of the East”

Up to now we have concentrated nearly exclusively on the impact of the war and German policy on the inhabitants of Vilnius – Polish, Jewish, and Lithuanian. But what about the Germans themselves? In a fascinating chapter in his book on *Ober Ost*, Vejas Liulevicius attempts to trace what he calls the “Mindscape of the East” that the Germans created during this period.⁶⁰ The Germans produced a remarkably large body of published texts on the eastern territories they occupied, even before 1918. Liulevicius sees several factors predominating in their discourse of the “new eastern lands,” including vastness/emptiness, filth, disorder, menace, *Unordnung*, and interesting but primitive peoples. According to his interpretation of these texts, the Germans saw their role in “straightening out” (both metaphorically and literally) these lands, cleaning them up, and bringing them *Kultur*.⁶¹

Looking more narrowly at contemporary German writings focusing on Vilnius, we find precisely the same tropes and “cultural tasks.” Take, for example, an impressionistic guidebook published first in serial form (in “Wilnaer Zeitung”) then as a booklet (and already in its second edition by 1916), written by the soldier Paul Monty. The very first words of the guidebook emphasize the exotic, crooked, and disorderly nature of the city: “Kraus und wirr ziehen Strassen und Gassen durcheinander, vergeblich sucht das Auge die ordnenden Linien, die den Sinn des ganzen städtischen Organismus irgendwie logisch und sinnvoll darstellen.”⁶² The alien use of space is emphasized when the author comments on the strange placement of the railway station, essentially cut off from the city (the Old Town, that is), without even a proper road connecting the two. As for the city’s squares and places, these are also peculiar: “Cathedral Square” is not a “square” at all, but a park, and “Lukischplatz” is rather sniffingly dismissed as “eigentlich nur Material zu einem Platz, mit einer echt russischen Raumvergeudung ohne jede Raumgestaltung hingelegt, ohne Beziehung auf die umliegenden Gebäude, mehr ein unbebautes Stück

⁶⁰ While Liulevicius does not cite his work, his insights and the entire idea of “mental landscapes,” bringing together space, time, and memory, have been stimulatingly investigated by the German historian Karl Schlögel. See, for example, the collection of *feuilletons* collected as Karl Schlögel, *Im Raume lesen wir die Zeit: Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik*. München 2003.

⁶¹ Liulevicius, *War Land* (see footnote 49), pp. 151-175.

⁶² Paul Monty, *Wanderstunden in Wilna*. 3rd ed., Wilna 1918, p. 9.

als ein lebendiger Teil der Stadt.”⁶³ Once again clearly reflected is the author’s sense of unease with disorderly space lacking proper limits, connections, and form.

Monty took particular interest in describing the Jewish population of Vilnius. Starting with the main thoroughfare of the Jewish part of town, “German” Street (Nemetskaia, Vokiečių), the guidebook describes the many signs “in the most impossible German offering the broadest possible array of items for sale.” The “impossible German” almost certainly reflected attempts by the local Jews (who would in any case have made up the majority of retail traders in Vilnius) to fashion their native Yiddish into “proper” German. Similarly, in front of the railway station travelers are accosted by individuals with Yiddish accents (“schennes Zimmer?”) offering meals and lodging.⁶⁴

The Jewish part of town (“Ghetto”) is described in some detail. “As on an island in the sea the people of Israel live on their own streets, just like long ago, in the middle of the large city Vilna.” Tradition and piety predominate in this “city within a city.” A description of the crowded, narrow, and not particularly hygienic conditions in this quarter merits quotation: “A dark cloud appears to hover over these roofs, no matter what the weather. Walking in these gloomy streets arouses claustrophobia in a western person [i.e., a German]. All sense rebel against the stroller’s impressions. The eye sees misery, the ear hears dissonant sounds, and the nose – oh the nose! – the nose has very good reason to feel personally insulted.” Endless numbers of tiny stores line the streets, offering everything possible for sale. Everywhere one looks there are hawkers and children under foot. Only on shabbes do the stores close and the hubbub on the street dies down. But finding the Great Synagogue is no easy matter as “it hides itself” amid a warren of little streets and tiny courtyards, each harboring another small prayer house. Here, within a few steps all the necessities of Jewish life are available: places to buy and sell, places to pray, a bathhouse, and a large library (the famous Straszun library).⁶⁵ Despite the jocular style, we again see the menace of disorder, filth “insulting the nose,” the confusion of countless twisting alleys and the impossibility of gaining a clear image of the whole. The Jewish part of Vilnius is only the most disorderly, exotic, and alien quarter; the

⁶³ Ibidem, pp. 12-15.

⁶⁴ Ibidem, pp. 19, 30.

⁶⁵ Ibidem, pp. 59, 61-67.

entire city's charm for the German soldier-tourist lies in its exoticism and vaguely dangerous confusion.

The boundary line between order and chaos is set down clearly in the guidebook: an imaginary line dividing the railroad station from the rest of the town. Order reigns in the station: "Der Bahnhof gehört nicht der Stadt, er dient dem grossen Herrscher."⁶⁶ But as soon as one ventures out from the station, the foreign world of Jewish hucksters, crooked streets, mud, and disorder begins. A remarkable feature of Monty's guidebook is its almost total lack of human figures, aside from a few Jewish merchants. The Catholic churches of the city are described but without any reference to their (mainly) Polish congregations or to the Lithuanian peasants who came to the city to work as servants and laborers. To be sure, the guidebook genre encourages the privileging of permanent objects (churches, statues, squares, monuments) over humanity, but reading Monty's guidebook one would literally not know what languages the inhabitants of this city spoke. Perhaps acknowledging the culture of Vilnius's inhabitants would run counter to the "exotic" tone of the guidebook.⁶⁷

Other German publications, perhaps aimed at a broader audience of Germans who would never see the city itself, did devote more time to local languages and culture. In his travelogue entitled "Neu-Ost", Paul Listowsky gave a quick description of Polish cities and culture from Częstochowa to Grodno and while he referred to Vilnius as "Lithuania's capital" he failed to make clear whether he understood "Lithuania" in an ethnic or geographic sense (in any case he did not go into specific ethnic Lithuanian claims on the city).⁶⁸ A more scholarly work on the geography of Poland and Lithuania published in the war's final year argued that since the German occupation in 1915, "Stadt und Land [sind] von einer mit größtem Erfolg arbeitenden deutschen Verwaltung in sorgsame Pflege genommen. (...) Die Stadt ist damit in die jüngste Phase ihrer kulturellen Entwicklung eingetreten, welche die früheren Perioden des litauischen, dann des polnischen und schließlich des russischen Einflusses abgelöst

⁶⁶ Ibidem, p. 29.

⁶⁷ A shorter and rather less poetic guidebook to the city for German soldiers concentrated more on practical advice, giving two walking tours with the admonition "Die Heimat kann dir Wilna nicht ersetzen; trachte jedoch, es kennen zu lernen, halt die Augen offen, so wirst du dich heimischer fühlen." Ich weiß Bescheid. Kleiner Soldatenführer durch Wilna. Wilna 1918.

⁶⁸ Paul Listowsky, Neu-Ost. Unser Zukunftsgrenzgebiet um Ostpreussens Ostrand. Fahrten durch Polen und Litauen unter deutscher Kriegsverwaltung. Königsberg 1917.

hat.”⁶⁹ One could hardly state more explicitly the German self-image as *Kulturträger* to a benighted land.

At the same time, certain publications indicate a fondness and respect for the local culture that the Germans found in Vilnius and its region. It is rather remarkable that at a time of war and faced with all sorts of material shortages the Germans could publish, for example, a guidebook to an exhibition on “Antiquities and Art” in the region of Vilnius-Minsk.⁷⁰ Even more impressive is a well-produced volume of artistic photographs of the city, ranging from a general view of the city shrouded in snow to images of cities in the Jewish part of town to photographs of Orthodox and Catholic churches. Even here, however, the editor could not restrain himself from remarking on the “Schmutz” and “üble Gerüche” that might otherwise go unnoticed by the viewers of the photographs.⁷¹ The most sophisticated and longest of the Vilnius guides of this genre, Professor Paul Weber’s “Wilna. Eine vergessene Kunststätte”, complains that the Russians treated the city “stiefmütterlich” and notes, typically, that “Das deutsche Auge vermißt Sauberkeit und Ordnung,” but at the same time writes in an exalted and enthusiastic vein about the city’s cultural and architectural beauty.⁷² In short, not only did the German occupation have a significant impact on Vilnius, but Vilnius and its region also exerted its influence on the Germans who came in contact with it.⁷³

1918: German Victory, German Defeat

The year 1918 began with German victory on the Eastern Front and ended with the crushing (though later denied) defeat of Germany by

⁶⁹ Max Friedrichsen, *Landschaften und Städte Polens und Litauens. Beiträge zu einer regionalen Geographie*. Berlin 1918, p. 32.

⁷⁰ Albert Ippel, *Wilna-Minsk. Altertümer und Kunstgewerbe. Führer durch die Ausstellung der 10. Armee*. Wilna 1918.

⁷¹ *Wilna im Bilde. 20 Kunstblätter nach Lichtbildern*, ed. by Bruno Steiguer. Wilna 1918.

⁷² Paul Weber, *Wilna. Eine vergessene Kunststätte*. Wilna 1917, p. 10 and passim.

⁷³ A unique example of this impact is Arnold Zweig, *Das ostjüdische Antlitz*. Berlin 1920. Zweig takes the various tropes used by Germans describing *Oberost* – dirt, disorder, lack of culture – and applies them to Eastern European Jews, but with a twist: in Zweig’s idiosyncratic Zionist treatment, the *Ostjude* becomes a kind of “noble savage” that in nearly every regard is favorably compared to the assimilated German Jew. This fascinating work (together with the drawings of Hermann Struck that adorned the original German edition) has recently been published in English translation as *The Face of East European Jewry*. Berkeley 2004.

the western powers. While traditionally World War I ends with this year, in Vilnius and elsewhere east of the Odra river, war conditions continued for at least two more years, making 1918 not war's final year but a period of transition from a relatively stable situation to one of near chaos. The German signing of an armistice officially ending the war on 11 November 1918 was thus something of an anti-climax in Vilnius and neighboring regions.⁷⁴

As we have seen, Polish independence had been declared (though not translated into reality) by the Central Powers in 1916 and in autumn 1917 the Lithuanian Taryba had come into being.⁷⁵ With the Bolshevik revolution in Petrograd (November 1917, new style), it appeared that the Germans had free reign in the east, including Vilnius. On 13 January 1918 Stanisław Cywiński wrote in his diary, "The fate of Wilno lies in the balance (...) it would be truly a scandal and stupidity if Wilno were to become the capital of Lithuania! – all because the Lithuanians do not want to come to an agreement with the Poles!"⁷⁶ Lithuanians, naturally, saw matters differently. On 16 February representatives of the Taryba in Vilnius, headed by Basanavičius, issued a statement declaring the "restoration" of an "independent Lithuanian state, resting on democratic foundations, with its capital in Vilnius."⁷⁷ Despite the Lithuanians' proclamation, however, the actual borders of a future Lithuania remained unclear. The Germans cautiously supported the Lithuanian national movement, allowing a German prince, Duke [Herzog] Wilhelm von Urach of Württemberg, to be elected as the future Lithuanian king on July 11. The collapse of impe-

⁷⁴ The "bands of German freebooters" dubbed the *Freikorps* were not, however, particularly active in Vilnius; they were more important for the independence struggles further north, in Latvia and Estonia. See Liulevicius, *War Land* (see footnote 49), pp. 227-246: "Freikorps madness."

⁷⁵ For the most important decisions of this conference, see Lietuvių Vilniaus konferencijos 1917 m. rugsėjo 18–22 d. posėdžių protokolo ištrauka [An Extract from the Protocols of the Lithuanian Vilnius Conference of September 18–22], in: *Lietuva vokiečių okupacijoje* (see footnote 39), pp. 159 ff. An excellent study of the relations between Germans and the Lithuanian national movement is A. Strazhas, *Deutsche Ostpolitik im Ersten Weltkrieg. Der Fall Ober Ost 1915–1917*. Wiesbaden 1993.

⁷⁶ Cywiński, *Kartki z pamiętnika* (see footnote 17), p. 84.

⁷⁷ Lietuvos Taryba skelbia aktą dėl Lietuvos valstybės atkūrimo 1918 02 16 [The Lithuanian Taryba (Council) Announces the Re-establishment of the Lithuanian State, 16 February 1918], in: *Vilniaus miesto istorijos dokumentai* [Documents of Vilnius City History], Vilnius 2003, ed. by Eugenijus Manelis and Romualdas Samavičius, p. 342. See also Jonas Basanavičius, *Dėl vasario 16 dieną paskelbtos Lietuvos nepriklausomybės* [About Lithuanian Independence, announced on 16 February], in: *Vilniaus miesto istorijos skaitiniai* [Readings in Vilnius City History], ed. by Eugenijus Manelis and Romualdas Samavičius, Vilnius 2001, pp. 478-488.

rial Germany in November 1918 prevented him from accepting the Lithuanian crowd as King Mindaugas II.⁷⁸

The city's economic misery continued unabated as the political situation seemed to spiral out of control. With the Kaiser's abdication and signing of the armistice agreement in November 1918 the German troops in Vilnius found themselves in an impossible situation: in principle stationed in a foreign land serving a government that no longer existed, surrounded by incomprehensible nationalist struggles, and threatened by foreign intervention from east (Red Army) and west (Poland). The Germans remained in Vilnius for some weeks longer, evacuating in mid-December, though the soldiers of the 10th army elected their own council (Soviet/Rat) in November of 1918.⁷⁹

The Red Army marched into Vilnius to fill the power vacuum left by the retreating Germans. Already on 8 December 1918 the central committee of the Communist Party of Lithuania and Belorussia had announced the formation of a "Provisional Revolutionary Workers' Government in Lithuania." Tellingly, the declaration was made in Vilnius.⁸⁰ Also in December elections for the Vilnius Soviet of Workers' Deputies took place. It is noteworthy that the soviet members were divided almost equally between communists and "sympathizers," that is, those who wanted a closer alignment with Soviet Russia, and more independent socialists. Ninety-six members of this first Vilnius soviet belonged in the pro-Bolshevik group while the more independent-minded (though also socialist) Jewish Bund elected sixty deputies, the Menshevik Internationalists twenty-two, and the Lithuanian Social Democrats fifteen. The socialists went on to form the "Provisional Revolutionary Workers' and Poor Peasants' Government of Lithuania" on 8 December 1918 in Vilna (interestingly, among the governments' eight "ministers" were four Lithuanians, two Poles, and two Jews, including Semen Dimanshtein, later to gain fame as a nationality specialist in the USSR and still later purged by Stalin).⁸¹

⁷⁸ On the exceedingly complicated diplomatic wrangling over Wilhelm von Urach's election as Lithuanian king, see the documents collected in *Lietuva vokiečių okupacijoje* (see footnote 39), pp. 340-404.

⁷⁹ Senn, *Emergence* (see footnote 56), pp. 61-68; Liulevicius, *War Land* (see footnote 49), pp. 214-219.

⁸⁰ Alfred Erich Senn, *Die bolschewistische Politik in Litauen 1917-1919*, in: *Forschungen zur osteuropäischen Geschichte* 5 (1957), p. 93.

⁸¹ B. Vaitkevičius and Z. Vasiliauskas, *Lithuania in 1918-1919. First Soviets*. Vilnius 1979, pp. 38 ff., 56-60.

Chaotic Postscript: 1919–1920

While communist agitation was noticeable in the city throughout the chaotic month of December, at the same time the Lithuanians were rushing to set up their own state institutions in the city.⁸² In the first days of 1919 both Lithuanians and Poles (political leaders, that is), recognizing their inability to resist the approaching Red Army, evacuated Vilnius. Residents of the city – still mainly Polish and Jewish with very few industrial workers – were nonetheless shocked when the Red Army entered the city unopposed on the night of 5 January 1919. Abramowicz described life under the Bolsheviks in 1919 as “unbearably hard” with almost nothing to eat and anyone capable of doing so abandoning the city for friends and relatives on the countryside. Still, after a few weeks the Bolsheviks allowed merchants to open their shops again and the Russian soldiers even set up musical entertainments and – of course – propaganda meetings for the locals.⁸³ Bolshevik rule in Vilnius lasted barely three months; the city was taken by Polish armies led by Józef Piłsudski on 19 April 1919.⁸⁴ The Polish entry into the city was accompanied by attacks on Jews that left dozens killed (Jewish sources speak of at least sixty victims) and huge property damage.⁸⁵ The bitter memory of the April 1919 pogrom by Polish soldiers made Vilnius Jews fear for their future under a Polish government and *ipso facto* made them more sympathetic to the Lithuanians.⁸⁶ The Polish authorities denied any specific violence targeting Jews but argued that Jews had collaborated with the Soviet occupiers.

⁸² Algirdas Grigaravičius, Vilnius: 1918 metų gruodžio 20–24 dienos [Vilnius, 20–24 December 1918], in: Vilniaus miesto istorijos skaitinai (see footnote 77), pp. 496–505.

⁸³ April 1919, in: Abramowicz, Profiles (see footnote 9), pp. 209–218.

⁸⁴ Bolesław Waligóra, Walka o Wilno. Okupacja Litwy i Białorusi w 1918–1919 roku przez Rosję Sowiecką [The Occupation of Lithuanian and Belarus by Soviet Russia in 1918–1919]. Wilno 1938. On the taking of the city by the Polish troops, see Tadeusz Piskor, Wyprawa wileńska [The Wilno Expedition]. Warszawa 1919.

⁸⁵ On the Vilnius pogrom of 19–22 April 1919, see Schuster, Zwischen allen Fronten (see footnote 18), pp. 445–448; Frank Golczewski, Polnisch-jüdische Beziehungen 1881–1922: Eine Studie zur Geschichte des Antisemitismus in Osteuropa. Wiesbaden 1981, pp. 229–232; Report on the Occurrences in Vilna. Presented to the Polish Government by the Jewish Committee of Vilna [1919], in: Sarunas Liekis, Lidia Miliakova, Antony Polonsky, Three Documents on Anti-Jewish Violence in the Eastern Kresy during the Polish-Soviet Conflict, in: Polin 14 (2001), pp. 138–149.

⁸⁶ On efforts within the Jewish community to organize itself in this chaotic period, see Samuel Kassow, Jewish Communal Politics in Transition: the Vilna *Kehile*, 1919–1920, in: YIVO Annual 20 (1991), pp. 61–91.

Even while the Poles celebrated their military victory, however, the Lithuanians were planning their own return to the city. As Česlovas Laurinavičius has shown, the Lithuanians actually preferred the Poles to the Red Army – at least in April – and may have been willing to compromise with Piłsudski in 1919, but the opportunity was lost.⁸⁷ The Poles set up a “Civilian Administration of the Eastern Lands” in February 1919 that was to exist until September 1920 and under whose auspices Vilnius fell.⁸⁸ In the next year Polish culture made a comeback in the city, with theaters, periodicals, and schools opening in the city.⁸⁹

But the war was not yet over for Vilnius. When the Red Army marched on Warsaw in summer 1920 the Lithuanian government saw its chance to take advantage of Polish weakness and restore Lithuanian power over the nation’s declared capital. The Red Army entered the city on 14 July 1920 and handed it over to Lithuanian control on 26 August, immediately after the Polish defeat of Soviet armies at the so-called “Miracle on the Vistula.” With the Soviet defeat, Lithuania probably had no chance to retain its grasp over the predominantly Polish city, but it took the (ostensible) “revolt” of a friend and fellow officer of Piłsudski’s, Lucjan Żeligowski, to bring Vilnius back under Polish control where it would stay until autumn 1939. The extent to which Piłsudski knew of Żeligowski’s plans seems disputed but once the latter’s troops had taken the city from the Lithuanians on 9 October 1920, Piłsudski was more than happy to see the city of his youth come (officially, in 1922 after a plebiscite) back to Poland.⁹⁰

⁸⁷ Česlovas Laurinavičius, *Aus der Geschichte des provisorischen litauischen Komitees von Wilna (April bis Juni 1919)*, in: *Nordost-Archiv II* (1992), No. 2, pp. 361-376.

⁸⁸ Joanna Gierowska-Kałuża, *Zarząd cywilny ziem wschodnich (19 lutego 1919–9 września 1920)* [The Civil Administration of the Eastern Lands (19 February 1919–9 September 1920)]. Warszawa 2003.

⁸⁹ Andrzej Pukszo, *Kultura polska Wilna w okresie Zarządu Cywilnego Ziem Wschodnich w latach 1919–1920* [Polish Culture in Wilno during the period of the Civil Administration of the Eastern Lands, 1919–1920], in: *Zapiski Historyczne* 68 (2003), No. 4, pp. 69-88.

⁹⁰ On these battles, see Andrzej Żak, *Wilno 1919–1920*. Warsaw 1993; Bolesław Waligóra, *Zajęcie Wilna przez Gen. Żeligowskiego* [The Taking of Wilno by General Żeligowski]. Warszawa 1930; and Piotr Łossowski, *Stosunki polsko-litewskie w latach 1918–1920* [Polish-Lithuanian Relations 1918–1920]. Warszawa 1966, pp. 319-367. Anger against Żeligowski and the general apathy of the western powers is reflected in the contemporary articles collected in Mich. Birżiszka [Mykolas Biržiška], *Na posterunku wileńskim* [At my Post in Vilnius]. Vol. 4, Wilno 1922, pp. 59-94 [articles from October to December 1920].

Conclusion

The period of World War I, which lasted in practical terms over six years, was a disastrous one for Vilnius. The first year of the war, still under Russian rule, saw major disruption of everyday life and the city economy. Under German occupation, the circumstances of most residents were from bad to worse to catastrophic. By 1918 the city's population was barely half its pre-war figure and those remaining in Vilnius were hungry and cold. While November 1918 may have brought some respite in western Europe, here the degree of chaos actually increased. In the years 1919 to 1920 Vilnius was fought over by the Poles, Lithuanians, and Bolsheviks, with the local population suffering throughout. The inability of Poles and Lithuanians to find a compromise solution on the city's status meant that even after its final seizure by the Poles in autumn 1920, Vilnius remained a major bone of contention between the two states, essentially preventing any kind of diplomatic or cultural contact. As for the Jews, they suffered perhaps more than any other national group in this period. Their main livelihood as merchants and shopkeepers was severely damaged by the war, their safety threatened by marauding soldiers, and their future in a would-be national Polish state unsure. While Vilnius would recover significantly in population and prosperity in the following nearly twenty years of peace under Polish rule, in a sense the old multinational Vilnius of 1914 had been dealt a severe blow by World War I. Unfortunately, worse was yet to come.

Kriegsalltag und nationale Mobilisierung: Lemberg im Ersten Weltkrieg

von Christoph Mick

1. Einleitung

Die Geschichte des Ersten Weltkrieges ist in den letzten 30 Jahren neu geschrieben worden. Die Erfahrungen der Frontsoldaten, der Umgang mit Krieg und Besatzung auf lokaler Ebene und die Auswirkungen von Kriegen auf Stadt und städtisches Leben gehörten zu den bevorzugten Themen der historischen Forschung.¹ Allerdings konzentrierte sich der Blick auf die Westfront, während der Krieg im Osten vernachlässigt wurde.

Lemberg, die „Stadt der verwischten Grenzen“ (Joseph Roth), ist prädestiniert für eine Untersuchung zu den Auswirkungen von Krieg und Herrschaftswechsel in Osteuropa. Der folgende Essay untersucht, wie sich der Krieg auf das Leben in der Stadt auswirkte. Besatzungspolitik, interethnische Beziehungen und soziale Verhältnisse stehen dabei im Mittelpunkt.

Für die Lemberger bedeutete die 293-tägige russische Besatzung einen fundamentalen Einschnitt in das gewohnte Leben. Das Habsburgerreich hatte jahrzehntelang für Sicherheit und Stabilität gesorgt, und im Frühjahr 1914 deutete nichts darauf hin, dass sich dies in absehbarer Zukunft ändern könnte. Die Inkorporierung Ostgaliziens war 1914 ein wichtiges Kriegsziel des Russischen Reiches. Der Zar wollte damit die Sammlung der Länder der ehemaligen Rus' abschließen. Doch nicht nur imperiale Interessen waren wirksam. Ende des 19. Jahrhunderts konnten sich weder Polen noch Westukrainer ihren Nationalstaat ohne diese Region vorstellen. Lemberg war eines der Zentren polnischer Kultur und Politik, gleichzeitig war die Stadt der Sitz der Zentralen aller ukrainischen Vereine, Genossenschaften und Bildungsgesellschaften sowie ein Mittelpunkt jüdischen Lebens in Osteuropa.

Mit 212 000 Einwohnern war Lemberg, die Hauptstadt des Kronlandes Galizien und Lodomerien, 1914 nach Warschau und Łódź die drittgrößte Stadt in den polnischen Teilungsgebieten und nach

¹ Vgl. z.B. den einflussreichen Sammelband *Capital Cities at War*. Paris, London, Berlin, 1914–1915, hrsg. v. Jay Winter u. Louis Robert. Cambridge 1997.

Wien, Prag und Triest die viertgrößte Stadt im cisleithanischen Teil des Habsburgerreiches. 1910 waren 51,2% der Bevölkerung römisch-katholisch, die meisten davon waren Polen, 27,8% waren jüdisch und 19,2% griechisch-katholisch, vorwiegend Ruthenen/Ukrainer.² Von den Griechisch-Katholiken fühlte sich ein Teil der polnischen Nation zugehörig oder war national indifferent. Dies schlug sich in der Sprachstatistik nieder. Nur 8,7% gaben 1910 Ukrainisch als Hauptsprache an.

Während in der Stadt Polen und Juden zusammen mehr als drei Viertel der Einwohner ausmachten, sah es auf dem Land anders aus. Hier lebten vorwiegend ruthenische Bauern, die es meist mit polnischen Gutsbesitzern zu tun hatten. Im westlichen Teil des Kronlandes Galizien und Lodomerien waren über 88% der Bevölkerung römisch-katholisch, in Ostgalizien nur ein Viertel. Der Anteil der Griechisch-Katholiken betrug hier über 61,7%. In Westgalizien waren knapp 8% der Bevölkerung Juden, in Ostgalizien 12,4%.³

Nach den Reichsreformen der 1860er Jahren hatten die polnischen Eliten ihren neuen Spielraum genutzt. Sekundärschulen und Universität wurden polonisiert und der städtische Raum wurde mit polnischen Symbolen durchsetzt. Die Ruthenen befanden sich zunächst in der Defensive, doch seit den 1880er Jahren gelang es ihnen nach langwierigen Verhandlungen mit den Landes- und Reichsbehörden, ihre Repräsentation im Reichs- und Landtag zu erhöhen. Einige ukrainischsprachige Lehrstühle an der Universität wurden gestiftet und ukrainische Gymnasien eingerichtet. Die ruthenische politische Szene war allerdings heillos zerstritten. Es ging um die Frage, ob die Ruthenen ein russischer Subethnos waren oder zusammen mit den Ukrainern jenseits der Grenze eine von Russen und Polen distinkte Nation darstellten. Die russophile Orientierung war 1914 allerdings gegenüber der ukrainophilen Bewegung ins Hintertreffen geraten. Dennoch blieben die Russophilen ein ernstzunehmender politischer Faktor. Ihre Organisationen wurden bald nach Kriegsbeginn geschlossen, ihre Einrichtungen den Stadt- und Kreisbehörden übergeben.⁴

² ‚Ruthene‘ und ‚ruthenisch‘ waren die amtlichen Bezeichnungen für die ukrainischsprachige Bevölkerung des Habsburgerreiches und übersetzten die Begriffe *rusyny* und *rus'kyj*. Seit den 1890er Jahren setzten sich in der ruthenischen Nationalbewegung nach und nach die Begriffe ‚Ukrainer‘ und ‚ukrainisch‘ – zunächst in der Wortkombination ‚ruthenisch-ukrainisch‘ – als Selbstbezeichnungen durch.

³ Rudolf A. Mark, Galizien unter österreichischer Herrschaft. Verwaltung – Kirche – Bevölkerung. Marburg 1994, S. 80-85.

⁴ Präsidium der Statthalterei an alle Starosten (polnisch), 4.8.1914; Central'nyj Deržavnyj Istoryčnyj Archiv Ukrainy, m. L'viv (CDIAL), f. 146, op. 4, spr. 7687, s. 138.

Lemberg war ein Zentrum der osteuropäischen Judenheit. Es gab orthodoxe, progressive und chassidische Gemeinden, die sich gemeinsam in der Kahal verwalteten. Juden waren sowohl unter den vermögenden als auch den ärmsten Schichten der Bevölkerung überrepräsentiert. 63% der Anwälte und 67% der Händler waren jüdischen Glaubens. Viele polnische Parteien und Vereine hatten jüdische Mitglieder, daneben gab es aber auch rein jüdische, in der Mehrzahl zionistische Organisationen.⁵ Polnische Nationaldemokraten betrachteten vor allem die erfolgreichen jüdischen Anwälte, Großhändler und Bankiers als ein Hindernis, das der Formierung eines polnisch-katholischen Mittelstandes und damit auch der Modernisierung der polnischen Gesellschaft im Weg stand. Die jüdische assimilierte Oberschicht war aber Teil der städtischen Gesellschaft. 1914 waren 15 der 100 gewählten Stadträte jüdischen Glaubens, während kein Ukrainer im Stadtrat saß. Eine vollständige Assimilation gelang aber nur über die Taufe. Zwischen 1910 und 1920 wurden so gut wie keine Ehen zwischen Christen und Juden geschlossen. Dagegen kamen Ehen zwischen Griechisch-Katholiken und Römisch-Katholiken häufig vor.⁶

Nicht die Eindämmung des Antisemitismus war das beherrschende Problem der Verwaltung, sondern die Aspirationen der beiden Nationalbewegungen, die sich gelegentlich gewaltsam entluden. Dass der ukrainisch-polnische Konflikt in Lemberg vor 1914 dennoch nur wenige Todesopfer kostete, war zum einen der Tradition ziviler Konfliktaustragung geschuldet. Alle Gruppen konnten sich politisch betätigen und darauf hoffen, mit legalen Mitteln ihre Position zu verbessern. Zum anderen war der relative Frieden der funktionierenden Obrigkeit zu danken. Obwohl Polen in den Schlüsselstellen der Landesverwaltung saßen, vertraten sie bei aller Sympathie für die polnische Sache das Interesse des Staates an Ruhe und Ordnung.

2. Krieg und Besetzung

Der Krieg zerstörte die alte Ordnung nicht sofort. Die zivilen Traditionen erodierten über vier lange Kriegsjahre. Ostgalizien wurde bereits in den ersten Kriegswochen Schauplatz erbitterter Kämpfe.

⁵ Vladimir Melamed, *Evrei vo L'vove. XIII – pervaja polovina XX veka* [Die Juden in Lemberg. 18. – erste Hälfte des 20. Jahrhunderts]. Lvov 1994, S. 107-136.

⁶ L. Zyblikiewicz: *Małżeństwa we Lwowie w latach 1857–1939* [Heiraten in Lemberg in den Jahren 1857–1939]. Masch., Jagiellonen-Universität Krakau.

Bald gelangten Hiobsbotschaften über schwere Niederlagen der k.u.k. Armeen nach Lemberg. Mitte August durchbrach die russische 8. Armee unter General Brussilov die österreichischen Linien und rückte im Eiltempo Richtung Lemberg vor. Die Zivil- und Militärbehörden suchten den Grund dafür in Verrat. Die Ruthenen/Ukrainer standen unter Generalverdacht. In Stadt und Land wurden Ukrainer interniert. Die Verhaftungswelle traf jedoch nicht nur Anhänger der russophilen Bewegung, sondern auch Altruthenen, Ukrainophile und loyale unierte Priester. Tausende Ukrainer wurden auf bloßen Verdacht hin auf der Stelle gehängt oder von Feldgerichten zum Tode verurteilt und hingerichtet.⁷

Die polnischen Beamten übertrieben den Einfluss der russophilen Partei maßlos.⁸ Die Ukrainophilen warfen deshalb Statthalter Korytowski und seinen Beamten vor, weniger Russophile als vielmehr Anhänger der ukrainischen Nationalbewegung zu verfolgen. „Die polnische Verwaltung Galiziens benützte die Gelegenheit des Krieges, um die ganze ukrainische Nation politisch zu kompromittieren und physisch und moralisch zu vernichten.“⁹

Zehntausende Ukrainer wurden verhaftet und im Lager Talerhof interniert. Die traditionelle Austrophilie der ukrainischen Bevölkerung wurde auf eine harte Probe gestellt. Statt auf die Loyalität ihrer griechisch-katholischen Untertanen zu bauen, hatten Regierung und Militärführung den Urteilen polnischer Politiker und Provinzialbeamter Glauben geschenkt. Der Hass der Ukrainer richtete sich jedoch nicht in erster Linie gegen Staat und Armee, sondern auf Polen und Juden, die als Denunzianten wahrgenommen wurden.¹⁰

Die k. u. k. Armee verlor die Schlacht um Lemberg. Die Stadt füllte sich mit 100 000 Flüchtlingen. Neben gut 40 000 Juden¹¹ such-

⁷ Aufzeichnungen des unierten Priesters Kyryl Levyc'kyj (1914); CDIAL, f. 408, op. 1, spr. 112; Anna Veronika Wendland, *Die Russophilen in Galizien. Ukrainische Konservative zwischen Österreich und Russland 1848–1915*. Wien 2001, S. 540–547.

⁸ Notiz Baron Giesls (Vertreter des Außenministeriums beim Armeekommando, AOK) für das AOK über Gespräche mit polnischen und ukrainischen Politikern in Lemberg (Abschrift), 31.8.1914; in: *Ereignisse in der Ukraine 1914–1922, deren Bedeutung und historische Hintergründe*, hrsg. v. Teophil Hornykiewicz. Bd. 1, Philadelphia, Pa. 1966, S. 20 ff.; Vasyľ Velyha, *Vyzvol'ni zmahannja v Ukraïni 1914–1923 rr.* [Die Freiheitsbestrebungen in der Ukraine 1914–1923]. T. 1, L'viv 1998, S. 24 ff.

⁹ Ukrainische Denkschrift „Wie hat sich die polnische Verwaltung in Galizien bewährt“ (Übersetzung aus dem Ukrainischen), Sommer 1915; CDIAL, f. 309, op. 1, spr. 2029, s. 1–29.

¹⁰ Das Präsidium der ukrainischen parlamentarischen Vertretung an das k.u.k. AOK (Abschrift), 11.8.1915; CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1376, s. 505 f.; Velyha, *Vyzvol'ni zmahannja* (wie Anm. 8), S. 24 ff.

¹¹ Jakób Schall, *Żydostwo Galicyjskie w czasie inwazji rosyjskiej (w latach 1914–1916)* [Das

ten auch viele polnische Gutsbesitzer und Provinzbeamte Zuflucht in der Hauptstadt. Unierte Geistliche flohen von ihren Pfarrstellen aus Angst, zum Übertritt zur russisch-orthodoxen Kirche gezwungen oder aber verhaftet werden.¹² Als die Landesbehörden in der Nacht auf den 31. August evakuiert wurden, war klar, dass der Fall der Stadt unmittelbar bevorstand. Zehntausende Bürger versuchten im letzten Moment zu fliehen. Tausende übernachteten auf dem Bahnhof und stürzten zu den Waggons, sobald ein Zug bereitgestellt wurde. Doch ein Großteil der Transportkapazitäten war für die Armee und die Evakuierung der Behörden reserviert, so dass nicht alle Ausreisewilligen die Stadt verlassen konnten.¹³ Der Bahnhof lag voller Gepäckstücke, die keinen Platz mehr in den Abteilen gefunden hatten und von den Reisenden zurückgelassen worden waren. Familien wurden bei der überstürzten Flucht auseinander gerissen.¹⁴

Die jüdischen Eliten verließen zum großen Teil die Stadt. Von 56 751 jüdischen Bürgern Lembergs blieben etwa 40 000 zurück.¹⁵ Dennoch lebten zu Beginn der russischen Besatzung mehr Juden in Lemberg als vor dem Krieg, da viele Flüchtlinge dort gestrandet waren. In der Stadt befanden sich auch viele Provinzbeamte, für die schon Lemberg ein Zufluchtsort gewesen war. Freiwillig blieben die russophil gesinnten Polen und Ruthenen und – so Stadtrat Marcelli Chlamtacz – einige wenige aus Pflichtgefühl.¹⁶ Am Ende hatten etwa 50 000 Menschen, meist wohlhabende Bürger, die Stadt verlassen.¹⁷

galizische Judentum in der Zeit der russischen Invasion (in den Jahren 1914–1916)]. Lwów 1936, S. 10.

¹² Levyc'kyj, *Z dniv rosyjs'koï invazyi* [Aus den Tagen der russischen Invasion], in: Dilo, 30.11.1915; Graf Russocki, *Tagebuch*; CDIAL, f. 694, op. 1, spr. 10, s. 1-65; Henryka Kramarz, *Samorząd, Lwowa w czasie pierwszej wojny światowej i jego rola w zyciu miasta* [Die Selbstverwaltung Lembergs in der Zeit des Ersten Weltkriegs und ihre Rolle im Leben der Stadt]. Kraków 1994, S. 34 ff.

¹³ Maria von Gember, *Die Russen in Lemberg*, in: *An den Grenzen Russlands. Elf Abhandlungen aus der Sammlung „Der Weltkrieg“*. Mönchengladbach 1916, S. 155; Levyc'kyj, *Z dniv rosyjs'koï invazyi* (wie Anm. 12); Zygmunt Zieliński, *Lwów po inwazyi rosyjskiej. Wrzesień – Grudzień 1914* [Lemberg während der russischen Invasion. September – Dezember 1914]. Wien 1914, S. 2; Bohdan Janusz, *293 dni rządów rosyjskich we Lwowie (3.IX.1914–22.VI.1915)* [239 Tage russische Herrschaft in Lemberg (3.9.1914–22.6.1915)]. Lwów 1915, S. 1 f.

¹⁴ Janusz, *293 dni* (wie Anm. 13), S. 4 f.; Marzell Chlamtacz, *Lembergs politische Physiognomie während der russischen Invasion, 3.9.1914–22.6.1915. Erinnerungen und Betrachtungen*. Wien 1916, S. 22 ff.

¹⁵ Schall, *Żydostwo* (wie Anm. 11), S. 5.

¹⁶ Chlamtacz, *Lembergs politische Physiognomie* (wie Anm. 14), S. 22 ff.

¹⁷ *Polizeidirektion Lemberg an die Statthalterei* (handschriftlicher Entwurf), September 1915; *Deržavnyj Archiv L'vivskoi Oblasti (DALO)*, f. 350, op. 1, spr. 3609, s. 1 f.

Das Stadtpräsidium initiierte die Gründung einer Bürgerwehr, die aber während des kurzen Interregnums nicht verhindern konnte, dass verlassene Wohnungen und Geschäfte geplündert wurden. Die russischen Frontsoldaten verhielten sich während ihres Einmarsches korrekt, ließen aber die Plünderer anfangs gewähren.¹⁸ Nachdem sich die militärische Lage beruhigt hatte, trat am 18. September Graf Georgij A. Bobrinskij sein Amt als Militär-Generalgouverneur für Galizien an. Bereits in den ersten Tagen machte er deutlich, dass Lemberg, Ostgalizien und das Lemkengebiet Teil des Russischen Reiches werden würden.¹⁹ Aus russischer Sicht waren diese Gebiete dazu bestimmt, nach Jahrhunderten der Fremdherrschaft wieder ein „ursprünglicher Teil Rußlands“ zu werden.²⁰

In Lemberg residierte ein russischer Stadthauptmann, der aber nur über wenige russische Beamte verfügte. Der Lemberger Gemeinderat wurde suspendiert, doch bediente sich die Besatzungsmacht der Stadtverwaltung, die sie über das provisorische Stadtpräsidium erreichte. Da sich der gewählte Stadtpräsident Józef Neumann in Krakau befand, übernahm sein Stellvertreter Tadeusz Rutowski die Funktion des Stadtpräsidenten. An seiner Seite standen als Vizepräsidenten Leonard Stahl und Filip Schleicher, der mit Hilfe der städtischen Approvisionierungsabteilung die Versorgung sicherzustellen versuchte.²¹

Sofort nach dem Einmarsch nahmen die neuen Herren Lemberg symbolisch in Besitz. Die russische Flagge wurde auf dem Rathaus gehisst und die erreichbaren österreichischen Wappen durch den russischen Adler ersetzt.²² Rutowski schaffte es aber mit allerlei Ausflüchten, dass der österreichische Adler auf dem Rathaus sich sogar noch während des Zarenbesuchs an seinem Platz befand.²³ Dies

¹⁸ Piotrowski, Wpływ wojny na moralność ludności (Wspomnienia z wojny 1914 r.) [Der Einfluss des Krieges auf die Moral der Bevölkerung (Erinnerungen an den Krieg 1914)], geschrieben nach 1920, in: Handschriftenabteilung der Stefanyk-Bibliothek, Lemberg, O/N 38.

¹⁹ Janusz, 293 dni (wie Anm. 13), S. 156 ff.

²⁰ Aufzeichnung des Kammerherrn Bazili, 16.9.1914; Rossijskij Gosudarstvennyj Voenno-Istoričeskij Archiv (RGVIA), f. 2005, op. 1, d. 8, l. 6 ff. Siehe auch den Aufruf des Oberkommandierenden Großfürst Nikolaj Nikolaevič „An das russische Volk in Österreich“. Stepan Makarczuk, Lwów w warunkach rosyjskiej okupacji 1914–1915 [Lemberg unter den Bedingungen der russischen Besatzung 1914–1915], in: Lwów. Miasto – społeczeństwo – kultura [Lemberg. Stadt – Gesellschaft – Kultur]. Kraków 1996, S. 131–137, hier S. 135 f.

²¹ Zieliński, Lwów (wie Anm. 13), S. 6 f.; Kramarz, Samorząd (wie Anm. 12), S. 36 ff.; Janusz, 293 dni (wie Anm. 13), S. 17.

²² Zieliński, Lwów (wie Anm. 13), S. 6.

²³ Gember, Die Russen in Lemberg (wie Anm. 13), S. 166.

änderte jedoch nichts daran, dass Zeit, Geld und öffentlicher Raum russifiziert wurden. Petersburger Zeit und der Julianische Kalender wurden eingeführt.²⁴ Der Rubel war nun die Leitwährung, sein Wechselkurs zur Krone wurde auf eins zu drei festgelegt.

Manchem russischen Annexionisten ging die Russifizierung nicht schnell genug. In einem Artikel für die Petrograder Zeitung „*Novoe Vremja*“ berichtete ein Mitglied der galizisch-russischen Gesellschaft D.N. Vergun von seinen Eindrücken wenige Wochen nach der Eroberung. Er stellte enttäuscht fest: „Im Zentrum gibt es fast keine Veränderung. Dieselben jüdischen Läden, dieselben polnischen Aufschriften! Auf dem hohen Turm des alten Rathauses grüßt die schwarzweiß-gelbe Flagge. Über ihr glänzt freudig der galizische Löwe.“²⁵

Bei ihrem Einmarsch hatten die russischen Besatzer 16 Honoratioren, je vier Polen, Ukrainer, Altruthenen²⁶ und Juden, als Geiseln genommen, aber bald wieder frei gelassen. Vor dem Besuch des Zaren und Großfürst Michails am 22. September wurden wieder einige 100 Lemberger eingesperrt, um Unruhen oder Attentaten vorzubeugen. Nach dem Gottesdienst in der Garnisonskirche in der Kleparów-Straße fuhr Nikolaj zum Palast des Statthalters, wo ihm eine Menschenmenge zujubelte.²⁷

Für den Zar und die russische Gesellschaft waren die Ukrainer als „Kleinrussen“ Teil des russischen Volkes. Alle ukrainisch- oder russischsprachigen Bücher, die nicht in Russland erschienen waren, mussten aus den Buchhandlungen entfernt werden. Die gesprochene ukrainische Sprache zu verbieten, lehnten die Militärbefehlshaber jedoch ab.²⁸ In den ukrainischen Gymnasien wurde die russische Unterrichtssprache eingeführt, nur in Volksschulen wurde ukrainisch ge-

²⁴ Anordnung des russischen Generalgouverneurs, 31.8.1914; RGVIA, f. 2005, op. 1, d. 12, l. 15.

²⁵ D. Vergun, Galizien und Polen. Die Organisation Galiziens, in: *Novoe Vremja*, 11.12.1914. Übersetzung ins Deutsche in: Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien (HHStA), P.A.I., 931, Bl. 58-67.

²⁶ Die Altruthenen sahen die Ruthenen als Zweig des russischen Volkes und fühlten sich kulturell eng mit Russland verbunden, gleichzeitig waren sie aber loyal zur Habsburger Dynastie und zur griechisch-katholischen Kirche. Sie verbanden mit ihrer Hinneigung zur russischen Kultur kein politisches Programm, welches auf eine Vereinigung Ostgaliziens mit dem Russischen Reich zielte.

²⁷ Janusz, 293 dni (wie Anm. 13), S. 248 f.; *Russocki*, Tagebuch; CDIAL, f. 694, op. 1, spr. 10, s. 1-65.

²⁸ Januškevič an Goremykin, 19.9.1914; RGVIA, f. 2005, op. 1, d. 8, l. 3 ff.; Der Stabschef des Oberkommandos der Südwestfront an Bobrinskij, 23.9.1914; *Central'nyj Deržavnyj Istoryčnyj Archiv Ukrainy*, m. Kyjiv (CDIAK), f. 361, op. 1, spr. 162, l. 65 ff.; Vortrag bei Januškevič, November 1914; RGVIA, f. 2005, op. 1, d. 13, l. 323 ff.

duldet.²⁹ Alle ukrainischen Zeitungen wurden eingestellt, die ukrainischen Institutionen, Genossenschaften und Bibliotheken geschlossen. Lediglich die Versicherungsgesellschaft „Dnister“ und die Agrobank konnten bis März 1915 weiterarbeiten. Danach wurden auch diese Einrichtungen geschlossen und ihre Gebäude übernahmen entweder die Besatzungsbehörden oder sie wurden dem russophilen „Kačkovs'kyj“-Verein übergeben.³⁰

Die Besatzungsmacht stützte sich auf die ruthenischen Russophilen, aus deren Reihen ein Nationalrat berufen wurde.³¹ Dagegen misstraute die russische Regierung den Loyalitätsbeteuerungen der polnischen Nationaldemokraten.³² Deren Parteinahme für Russland war taktischer Natur und trug nur soweit, als sie sich von diesem Bündnis Vorteile für die polnische nationale Sache versprachen. Für die Russophilen bedeutete dagegen die Einverleibung Ostgaliziens ins Russische Reich die Verwirklichung ihrer politischen Ziele.³³

Es gab keinen Dissens zwischen Kirche und Staat über das Endziel der Religionspolitik: die Beseitigung der unierten Kirche. Die „staatliche Vereinigung Galiziens mit Rußland wird erst dann dauerhaft (*pročno*) sein“ – so das designierte Oberhaupt der Russisch-Orthodoxen Kirche in Galizien Erzbischof Evlogij –, „wenn es [Galizien; C. M.] auch in unserem eigenen (*rodnoj*) orthodoxen Glauben vereinigt ist“.³⁴ Uneins waren sich die weltlichen Behörden und Kirchenführer allerdings darin, wie schnell dies erfolgen sollte. Im Interesse der Kriegführung und der Militärverwaltung lag ein behutsames Vorgehen. Die griechisch-katholische Bevölkerung sollte nicht gegen die Besatzungsmacht aufgebracht werden.³⁵

Die unierten Kirchen wurden nicht geschlossen, doch wurde mit allerlei Mitteln versucht, den Einfluss der Russisch-Orthodoxen Kirche

²⁹ Konst. Malyc'ka, Na chyvljach svitovoï vijny [Aus den Zeiten des Weltkriegs], in: Dilo, 27.3.1937.

³⁰ Bericht des Präsidiums der Statthalterei für das MdI über die „Gewalttätigkeiten der Russen gegen die ukrainische Nation in Galizien“, 5.10.1915; HHStA, P.A.I., 931, Bl. 9-16.

³¹ Bobrinskij an Januškevič, 20.10.1914; RGVIA, f. 2005, op. 1, d. 12, l. 6-10.

³² Innenminister N.A. Maklakov an Bobrinskij, 30.9.1914; CDIAK, f. 361, op. 1, spr. 237, s. 1-4.

³³ Denkschrift Dudykevič, 1.9.1914; CDIAK, f. 361, op. 1, spr. 94, s. 9 f.

³⁴ Erzbischof Evlogij an Innenminister Maklakov, Januar 1915; RGIA, f. 821, op. 12, d. 150, l. 70 (zitiert nach A.Ju. Bachturina, Politika Rossijskoj Imperii v Vostočnoj Galicii v gody Pervoj mirovoj Vojny [Die Politik des Russischen Imperiums in Ostgalizien in den Jahren des Ersten Weltkriegs]. Moskva 2000, S.143. Siehe auch Evlogij, archiepiskop Volynskij, Obraščenie k galicko-russkomu narodu i duhovenstvu [Die Hinwendung zum galizisch-russischen Volk und zur Geistlichkeit]. o.O. 1914, S.1.

³⁵ Bachturina, Politika (wie Anm. 34), S.159 ff.

auszudehnen. Hatte ein unierter Geistlicher zu Kriegsbeginn seine Gemeinde verlassen, hinderten ihn die Besatzungsbehörden an einer Rückkehr. Der russische Statthalter allein entschied, ob der Priester wieder in seine Pfarrei durfte oder durch einen Amtsbruder ersetzt wurde.³⁶ Entscheidungen dauerten mehrere Monate und führten oft dazu, dass schließlich doch ein russisch-orthodoxer Priester geschickt wurde.³⁷ Unierte Priester, die ohne Erlaubnis zurückgekehrt waren, konnten nicht mehr die Kirchen benutzen und lasen heimlich Messen in ihren Wohnungen.³⁸ Der griechisch-katholische Erzbischof Andrij Šeptyc'kyj war unter einem Vorwand in ein russisches Kloster verbannt worden. Ohne ihr charismatisches Oberhaupt war die unierte Kirche zwar schwächer geworden, doch verweigerten sich die Hierarchen den Annäherungsversuchen der Russisch-Orthodoxen Kirche.

Der neue orthodoxe Erzbischof Evlogij durfte jedoch am Namenstag des Zaren in zwei der bedeutendsten unierten Kirchen der Stadt Gottesdienste abhalten. Evlogij richtete eine Botschaft an das „galizisch-russische Volk (*narod*) und seine Geistlichkeit“, deren „russischer Geist“ durch die Erziehung in lateinischer Tradition nicht getötet worden sei. Er forderte die Pfarrer der „Galizischen Rus“ auf, die geistige Führung des Volkes bei der „organischen Vereinigung mit dem großen Russland“ zu übernehmen und besonders die „historische Union mit der Orthodoxen Russischen Kirche zu errichten und zu befestigen“.³⁹ „Unsere gemeinsame Mutter – das große rechtgläubige Russland und unsere heilige rechtgläubige russische Kirche breitet für euch ihre Arme aus...“⁴⁰

Wie schon die k. u. k. Behörden witterten auch die russischen Besatzer überall Verrat, für den sie aber nicht die ukrainische, sondern die jüdische Bevölkerung verantwortlich machte.⁴¹ Am 27. September 1914 kam es in Lemberg zu antijüdischen Ausschreitungen. Kosaken zogen raubend und mordend durch die jüdischen Viertel.⁴²

³⁶ Rundschreiben der Militär-Generalgouverneurs an die Gouverneure, 27.10.1914; RGVIA, f. 2005, op. 1, d. 12, l. 11 f.

³⁷ Levyc'kyj, *Z dniv rosyjs'koï invazyï* (wie Anm. 12), in: *Dilo*, 8.12.1915.

³⁸ Polizeikommissar Pajączkowski (Skole) an das Präsidium der k.u.k. Polizeidirektion in Biała, 7.11.1914; HHStA, P.A.L., 931, Bl. 32-35.

³⁹ Prikarpat'skaja Rus', 8.12.1914. Levyc'kyj, *Z dniv rosyjs'koï invazyï* (wie Anm. 37); Bachturina, *Politika* (wie Anm. 34), S. 170.

⁴⁰ Prikarpat'skaja Rus', 8.12.1914. Bachturina, *Politika* (wie Anm. 34), S. 171.

⁴¹ Schall, *Żydostwo* (wie Anm. 11), S. 10.

⁴² Kramarz, *Samorząd* (wie Anm. 12), S. 43 f.; Janusz, *293 dni* (wie Anm. 13), S. 166; Zieliński, *Lwów* (wie Anm. 13), S. 12.

Den Besatzungsbehörden gelang es in der Folgezeit zwar, einen Pogrom zu verhindern, Diskriminierungen und Übergriffe von Soldaten gehörten aber zum Besatzungsalltag.⁴³ Als sich das Kriegsglück zu wenden begann, wurden auch die antijüdischen Maßnahmen schärfer.⁴⁴ Die Diskriminierungen hinderten die Behörden aber nicht daran, sich auf den jüdischen Handel zu stützen. Da ein großer Teil der städtischen Händler Juden waren, war eine Zusammenarbeit zur Versorgung von Stadt und Armee unerlässlich.

Bobrinskij's maßvolle Politik geriet in Konflikt mit der Linie des russischen Oberkommandos, die von Stabschef Januškevič vertreten wurde. Ein Beispiel dafür ist der Umgang mit dem Lemberger Stadtpräsidium. Zwar registrierte Bobrinskij dessen dezidiert nationalpolnische und habsburgloyale Position, suchte aber dennoch aus pragmatischen Gründen die Zusammenarbeit. Er schätzte die Arbeit und Effektivität des Präsidiums und beließ auch Filip Schleicher, trotz dessen jüdischer Religion, im Amt.⁴⁵

Das Vertrauen des russischen Statthalters in die Fähigkeiten der alten Stadtobrigade wurde nicht enttäuscht. Die Stadtverwaltung schaffte es, die Grundversorgung der Bevölkerung zu sichern. Die Gas- und Wasserversorgung funktionierte, die Straßenbahnen fuhren und die Cafés und Restaurants waren geöffnet.⁴⁶ Im Stadtbild tauchten selbstbewusste russische Beamte und Offiziere auf, die in den Cafés und Restaurants zur zahlungskräftigen Kundschaft gehörten. Viele Offiziere und Beamte ließen mit der Zeit ihre Familien nachkommen, so dass sich „in Kaffeehäusern und Zuckerbäckereien (...) ein geräuschvolles Leben“ entwickelte. Mit den Truppen und Beamten kamen russische Kaufleute in die Stadt, so dass kein Mangel an Lebensmitteln herrschte, vorausgesetzt, man verfügte über genügend Geld. Eine neue Erfahrung bedeutete auch das Auftauchen russisch-orthodoxer Geistlicher, die „mit ihren langen Haaren und

⁴³ In anderen besetzten Städten und Orten kam es häufiger zu Pogromen, Plünderungen und antijüdischen Ausschreitungen. Volodymyr Serhijčuk, *Pohromy v Ukraïni: 1914–1920. Vid štučnych stereotypiv do hirkoï pravdy, pryčovuvanoi v radjans'kych archivach* [Die Pogrome in der Ukraine: 1914–1920. Von künstlichen Stereotypen zur bitteren Wahrheit, aufbewahrt in sowjetischen Archiven]. Kyjiv 1998, S. 66 ff.

⁴⁴ Generalgouverneur Bobrinskij an der Oberkommandierenden der Südwestfront, General M. Ivanov, 26.11.1914, in: *Pohromy* (wie Anm. 43), S. 70 f.; General Zabelin an Bobrinskij, 16.12.1914, in: *Ebenda*, S. 67 f.

⁴⁵ Januškevič an Bobrinskij, 5.1.1915 (alter Stil); RGVIA, f. 2005, op. 1, d. 12; Bobrinskij an Januškevič, 3.2.1915; RGVIA, f. 2005, op. 1, d. 12, l. 77 f.

⁴⁶ Zieliński, Lwów (wie Anm. 13), S. 10; *Kronika z miasta* [Chronik der Stadt], in: *Gazeta Wieczorna*, 9.9.1914.

zottigen Bärten (...) allgemeines Aufsehen erregten“.⁴⁷ Ein Teil der Bevölkerung arrangierte sich mit den Besatzern und profitierte von dem Umgang mit den neuen Herren. Ukrainische Zeitzeugen bemerkten süffisant, dass sich die „schönen Lembergerinnen“ an die russischen Soldaten heranmachten.⁴⁸

Nach Lage der Dinge litten vor allem die Flüchtlinge und die k.u.k. Staatsbeamten Not. In der Hektik der Evakuierung hatten die österreichischen Behörden es versäumt, ihren Beamten den vorgesehenen Vorschuss zu zahlen. Nun waren die ca. 16 000 Staatsangestellten und ihre Familien von allen finanziellen Quellen abgeschnitten.⁴⁹ Ein Teil wurde in die Provinz evakuiert, aber auch danach hielten sich noch 25 000 Menschen ohne regelmäßiges Einkommen in der Stadt auf.⁵⁰ Das Stadtpräsidium überzeugte ein Bankenconsortium, arbeitslosen Beamten einen Vorschuss in Höhe von 30-50% eines Monatsgehältes auszuzahlen.⁵¹ Bobrinskij legte dieser Initiative ebensowenig Hindernisse in den Weg wie dem Versuch, die Geldmittelknappheit durch die Ausgabe städtischer Assignaten zu beheben.⁵² Bis 5. Februar 1915 wurden 887 000 Kronen an 9 000 Empfänger ausgegeben. Insgesamt 30 000-35 000 Menschen oder etwa 15% der Stadtbevölkerung profitierten von dieser Maßnahme.⁵³

Viele Lemberger konnten sich nicht aus eigener Kraft versorgen und waren auf Hilfe angewiesen. Träger der öffentlichen Küchen waren entweder die Stadt oder gesellschaftliche Organisationen. Einige Hilfsorganisationen differenzierten nicht nach ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit, andere kümmerten sich ausschließlich um die Angehörigen der jeweiligen „Wir-Gruppe“. Im November 1914 arbeiteten 28 Armen- und Volksküchen, in denen täglich 20 000 Menschen ernährt wurden.⁵⁴ Die polnische „Praca Kobiet“ („Arbeit der Frauen“) organisierte eine Küche für Polen, eine weitere Küche stand

⁴⁷ Gember, *Die Russen in Lemberg* (wie Anm. 13), S. 162 ff.; *Kronika z miasta* (wie Anm. 46); Zieliński, *Lwów* (wie Anm. 13), S. 28.

⁴⁸ Levyc'kyj, *Z dniv rosyjs'koï invazyï* [Aus den Tagen der russischen Invasion], in: *Dilo*, 1.12.1915; *Malyc'ka*, *Na chvylyach svitovoï vijny* (wie Anm. 29).

⁴⁹ Rutowski an Bobrinskij, 10.11.1914; DALO, f. 3, op. 1, spr. 5905, s. 4-13.

⁵⁰ Rutowski an Bobrinskij, 11.11.1914; DALO, f. 3, op. 1, spr. 5905, s. 18 f.

⁵¹ Bobrinskij an Rutowski, 14.1.1915 (Abschrift); DALO, f. 3, op. 1, spr. 5906, l. 10.

⁵² Aufzeichnung über Fragen der Verwaltung des Generalgouvernements, 5.11.1914; RGVIA, f. 2005, op. 1, d. 13, l. 1 f.; Bobrinskij an Januškevic, 15.12.1914; RGVIA, f. 2005, op. 1, d. 13, l. 387 f.

⁵³ Janusz, *293 dni* (wie Anm. 13), S. 219 ff.

⁵⁴ Rutowski an Bobrinskij, 11.11.1914; DALO, f. 3, op. 1, spr. 5905, s. 18 f.

unter der Aufsicht ukrainischer Frauen, und jüdische Frauen richteten Küchen für die Kinder jüdischer Flüchtlinge ein.⁵⁵

Ende Januar 1915 wurden in 33 Küchen täglich 38 160 Mahlzeiten ausgegeben, wovon nur 1 282 bezahlt wurden. 21 dieser Einrichtungen gaben jeweils zwischen 500 und 2 000 Mahlzeiten aus. Die Intelligenz aß getrennt vom Proletariat.⁵⁶ In „Intelligenzküchen“ wurden Anfang 1915 10 543 Essen ausgegeben, in Volksküchen wurden 27 617 Mahlzeiten bereitgestellt. Etwa 25% der Lemberger Bevölkerung wurden auf diese Art und Weise ernährt.⁵⁷ Wenige Wochen später arbeiteten schon 70 städtische Küchen, die 42 672 kostenlose und 1 693 bezahlte Mittagessen ausgaben. Neben den Küchen betrieb die Stadt auch 18 Läden, in denen Grundnahrungsmittel unterhalb des Marktpreises abgegeben wurden.

Die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln war eine anspruchsvolle logistische Aufgabe, die Vizepräsident Schleicher mit Bravour bewältigte. Die Stadt profitierte zunächst von dem Vorrat, den sie im Juli und August 1914 angelegt hatte. Dadurch konnte der Magistrat die Preise für Mehl, Salz, Zucker und Reis beeinflussen und Versorgungsengpässe ausgleichen. Nach der Unterbrechung der alten Versorgungswege musste die Stadt auf dem russischen Markt Lebensmittel einkaufen. Die hohen Transportkosten ließen die Preise für Mehl stark steigen.⁵⁸ Die Maximalpreise für Brot und Mehl lagen bereits im Herbst 1914 um 50% über den Vorkriegspreisen. Auf dem Schwarzmarkt waren die Preise noch wesentlich höher.⁵⁹

Mit den russischen Soldaten gelangten ansteckende Krankheiten wie Diphtherie, Typhus und Cholera in die Stadt. Besatzungsbehörden und Stadtverwaltung arbeiteten zusammen, um die Ansteckungsgefahr einzudämmen und die Kranken zu isolieren.⁶⁰ Die Sterblichkeitsrate stieg dramatisch an. Sie wuchs von 22,52 pro Tausend im Jahre 1914 auf 36,9 im Jahre 1915. 1916 sank die Rate wieder auf 22,6. Signifikant war der Anstieg der Todesfälle, die durch Typhus,

⁵⁵ Schall, *Żydostwo* (wie Anm. 11), S. 15 f.; Kramarz, *Samorząd* (wie Anm. 12), S. 49 f.

⁵⁶ So gab es in der *Pasaż Mikolascha* einen Klub der Historiker und Künstler, anderswo aßen ausschließlich Lehrer, Angehörige der jüdischen Intelligenz, Ukrainer, Drucker, Staatsbeamte oder Handwerker. Kramarz: *Samorząd* (wie Anm. 12), S. 49 ff.

⁵⁷ Stanisław Rossowski, *Lwów podczas inwazyi* [Lemberg während der Invasion]. Lwow 1916, S. 54.

⁵⁸ Vizepräsident Schleicher an Bobrinskij (Abschrift), 19.2.1915; DALO, f. 3, op. 1, spr. 6013, s. 31-36.

⁵⁹ Kramarz, *Samorząd* (wie Anm. 12), S. 50 f.

⁶⁰ Janusz, *293 dni* (wie Anm. 13), S. 200 ff.

Pocken, Masern, „asiatische Cholera“ und Röteln verursacht wurden. Die schlechtere Ernährungslage machte sich in einer Zunahme der Todesfälle aufgrund von Magen-Darm-Krankheiten bemerkbar.⁶¹

Im Mai 1915 neigte sich die russische Besatzungszeit dem Ende zu. In der Umgebung Lembergs kam es zu Gewaltaktionen gegen Juden, zu Vergewaltigungen, Brandstiftungen und Deportationen.⁶² Die Menschen verbargen sich in ihren Häusern. Dann begann die Artillerie der Mittelmächte, auch Brücken, Straßen und Kasernen zu beschießen. Der Verkehr erstarb, alle Geschäfte und Einrichtungen wurden geschlossen. Die Juden fürchteten, dass die Kosaken sich an ihnen vergreifen könnten.⁶³ Stadtpräsident Rutowski und weitere Honoratioren wurden als Geiseln mitgenommen, um die Bevölkerung von Angriffen auf die abziehenden Truppen abzuhalten.⁶⁴

Zuletzt waren die Straßen wie leergefegt, nur wenige Kosaken patroullierten. Diese Unsicherheit wurde mit dem Einzug der österreichisch-ungarischen Truppen am 22. Juni 1915 um 12 Uhr mittags beseitigt. Eine deutsche Einheit hatte zwar die Stadt als erste erreicht, ließ dem Verbündeten aber den Vortritt. Die Anspannung der Bevölkerung entlud sich in „enthusiastischer Freude“.⁶⁵ Maria von Gember beobachtete, wie die „Volksseele in unaussprechlicher Freude“ erzitterte: „Fremde Menschen fielen sich erschüttert in die Arme; die einen weinten vor Rührung, die andern lachten und jauchzten, wieder andere hoben die Hände dankend zum Himmel empor, noch andere knieten nieder und küßten die Erde, die wieder österreichisch, die wieder frei geworden war.“⁶⁶

Die russische Besatzung hatte Stadt und Bevölkerung große materielle Verluste gebracht. Die Stadt hatte sich hoch verschuldet, um die Versorgung sicherstellen und die Funktionsfähigkeit der Verwaltung aufrechterhalten zu können. Es war dadurch gelungen, die Not in Grenzen zu halten. Insgesamt rechnete die Stadtverwaltung, dass die

⁶¹ Aufzeichnungen des städtischen statistischen Büros zu Todesursachen für 1914, 1915, 1916; DALO, f. 3, op. 1, spr. 6518a, s. 2-9.

⁶² Schall, *Żydostwo* (wie Anm. 11), S. 23 ff.; Russocki, Tagebuch; CDIAL, f. 694, op. 1, spr. 10, s. 1-65.

⁶³ Janusz, 293 dni (wie Anm. 13), S. 259 f.; Russocki, Tagebuch; CDIAL, f. 694, op. 1, spr. 10, s. 1-65.

⁶⁴ Verwaltung der königlichen Landeshauptstadt Lemberg an das k.u.k. Armeekommando (hs.), 26.6.1917; DALO, f. 3, op. 1, spr. 6518, s. 3.

⁶⁵ Russocki, Tagebuch; CDIAL, f. 694, op. 1, spr. 10, s. 1-65. Aufzeichnung über die Tätigkeit der Verwaltung der königlichen Hauptstadt Lemberg in der Zeit vom 1.7.1915 bis zum 31.12.1916 (poln.), 1917; CDIAL, f. 146, op. 8, spr. 1913.

⁶⁶ Gember, *Die Russen in Lemberg* (wie Anm. 13), S. 168.

russische Besatzung durch Beschädigungen, Requisitionen und unbezahlte Rechnungen 5 970 207 Kronen gekostet hatte.⁶⁷

3. Enttäuschte Hoffnungen

In der Stadt hatten die verbliebenen Ratsherren ein sechsköpfiges Komitee gewählt, welches die Amtsgeschäfte vorerst übernahm. Doch die Selbstverwaltung blieb sistiert. Stattdessen ernannte Statthalter Korytowski den Kreishauptmann Adam Grabowski zum kommissarischen Leiter der Amtsgeschäfte, mit zwei Räten als Stellvertreter. Als Ersatz für den Stadtrat wurde ein 18-köpfiger provisorischer Beirat eingerichtet, in dem die jüdische und erstmals auch die ukrainische Bevölkerung vertreten waren.⁶⁸

Die Militärbehörden gingen scharf gegen echte und vermeintliche Kollaborateure vor. Alle Russophilen wurden aus staatlichen und kirchlichen Ämtern entfernt.⁶⁹ Im ganzen Land fanden Prozesse gegen Polen und Ukrainer statt, die Gesetze verletzt oder zu eng mit den Besatzern zusammengearbeitet hatten.⁷⁰ Insgesamt wurden bis Ende 1915 gegen mehr als 30 000 Personen Untersuchungen eingeleitet.⁷¹ Die österreichischen Truppen verscherzten sich die Sympathien der Bevölkerung mit dieser Prozess- und Verhaftungswelle, die neben Plünderern und Informanten auch zahlreiche unschuldige Opfer von Denunziationen traf. Anders als zu Kriegsbeginn waren jetzt auch viele Polen betroffen. Für die polnischen Eliten, die seit nunmehr 50 Jahren das Kronland dominierten, war dies eine neue und unerwartete Erfahrung, die sowohl die Beziehungen zu Juden und Ukrainern als auch zu den k.u.k. Behörden vergiftete.⁷²

Nur wenige Juden wurden verhaftet. Das Verhalten der russischen Besatzungsmacht hatte ihre Loyalität gegenüber der k.u.k. Monarchie

⁶⁷ Verwaltung der königlichen Landeshauptstadt Lemberg an das k.u.k. Armeekommando (hs.), 26.6.1917; DALO, f. 3, op. 1, spr. 6518, s. 3.

⁶⁸ Aufzeichnung über die Tätigkeit der Verwaltung der königlichen Hauptstadt Lemberg in der Zeit vom 1.7.1915 bis zum 31.12.1916 (poln.), 1917; CDIAL, f. 146, op. 8, spr. 1913; Józef Neumann und 54 Lemberger Stadträte an den Statthalter, 1.7.1915; CDIAL, f. 146, op. 4, spr. 5177, s. 41-45

⁶⁹ Statthalter Diller an das Armeeeoberkommando, 30.11.1916; CDIAL, f. 146, op. 4, spr. 7687, s. 174 ff.

⁷⁰ Der Gendarmeriestabsoffizier in Lemberg an die K.-Stelle des k.u.k. 2. Armeee-Etappenkommandos, 19.10.1915; HHStA, P.A.I., 931.

⁷¹ Piotrowski, Wpływ wojny (wie Anm. 18).

⁷² Józef Białynia-Chołodocki, Wspomnienia z lat niedoli i niewoli 1914–1918 [Erinnerungen aus der Zeit des Elends und der Unfreiheit 1914–1918]. Lwów 1919, S. 27 f.

weiter gestärkt, und diese Loyalität hatte zu weiterer Diskriminierung geführt. Ein bekannter Antisemit verbreitete aber Schmähschriften, in denen er die Juden beschuldigte, sie hätten die russischen Truppen mit einem Blumenregen begrüßt. Das nationaldemokratische „*Słowo Polskie*“ wiederholte diese Vorwürfe.⁷³ General Riml übernahm diese Interpretationen kritiklos in seine Berichte für die Wiener Regierung: „Das Verhalten der Lemberger Juden während der russischen Invasion erregte im höchsten Maße das Ärgernis der übrigen Bevölkerung und erzeugte einen früher nicht gekannten Antisemitismus.“⁷⁴

Die ukrainischen Politiker gründeten ein „Komitee der Ukrainer der Stadt Lemberg“, das zum „Wiederaufbau des ukrainischen Lebens in der Hauptstadt der Galizischen Ukraine“ aufrief.⁷⁵ Schon zwei Tage nach der Wiedereroberung erschien mit „*Nove Slovo*“ die erste ukrainischsprachige Tageszeitung.⁷⁶ Das Eigentum des „*Kačkovs'kyj*“-Vereins, des „*Narodnyj Dim*“ und des Stauropygian Instituts kam am 2. Februar 1916 unter ukrainische Verwaltung.⁷⁷

Der polnisch-ukrainische Streit ging jetzt in eine neue Runde. Als am 23. April 1916 der neue Statthalter, ein österreichischer General, zu seinem Amtsantritt Lemberg besuchte, empfing er gleich mehrere ukrainische Delegationen, welche gleichlautende Forderungen erhoben. Die Delegation des Ukrainischen Nationalkomitees begrüßte den Statthalter „in unserem Land, in der früheren Hauptstadt der ukrainischen Fürsten“. Nationale Selbstverwaltung könne auf die Zeit nach dem Krieg verschoben werden, aber das Einstellen ukrainischer Beamter und die volle Gleichberechtigung der ukrainischen Sprache und die Gründung einer ukrainischen Universität müssten sofort umgesetzt werden. Gleichzeitig beteuerte die Delegation, dass die Ukrainer fest und treu zum Thron und zur Dynastie stünden.⁷⁸

Diese Loyalität wurde im November 1916 auf eine harte Probe gestellt. Die Proklamation des Königreichs Polens am 5. November durch den österreichischen und deutschen Kaiser und die angekündigte Sonderstellung Galiziens riefen in der polnischen Bevölkerung

⁷³ Schall, *Żydostwo* (wie Anm. 11), S. 26.

⁷⁴ Bericht General Rimls über seine Eindrücke und Wahrnehmungen nach der Wiedereroberung Lembergs, 26.7.1915; CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 118, s. 413-423.

⁷⁵ *V uvil'nenim L'vovi* [Im befreiten Lemberg], in: *Dilo*, 24.7.1915.

⁷⁶ Denkschrift des allgemeinen ukrainischen Nationalrates zum *Narodnyj Dim*, Oktober 1915, CDIAL, f. 146, op. 4, spr. 7687, s. 154-160.

⁷⁷ Statthalter Diller an das Armeeoberkommando, 30.11.1916; CDIAL, f. 146, op. 4, spr. 7687, s. 174 ff.

⁷⁸ *Dilo*, 23.4.1916.

Begeisterung hervor. Die Polen erwarteten nun mittelfristig eine Vereinigung des Königreichs und Galiziens.⁷⁹

Im Februar 1917 wurde in Petrograd der Zar gestürzt. Die neue Provisorische Regierung erkannte das Existenzrecht eines unabhängigen polnischen Staates umgehend an und änderte damit auch die politische Ausgangssituation in Galizien. Die austropolnische Option verlor an Wert, und Österreich-Ungarn und Deutschland gerieten in die Defensive. Die russische Oktoberrevolution änderte die internationalen Rahmenbedingungen erneut. Die ukrainische Zentralrada (Regierung) hatte in ihrem ersten Universal (Dekret) vom 23. Juni 1917 die ukrainische Selbstbestimmung im Rahmen eines reformierten Russland verkündet, im dritten Universal vom 22. November 1917 eine autonome Ukrainische Republik proklamiert und schließlich im vierten Universal vom 22. Januar 1918 die völlige Unabhängigkeit von Russland erklärt. Die Entwicklungen in der *Ukraina* eröffneten den galizischen Ukrainern plötzlich die Perspektive einer Vereinigung der ukrainischen Länder der Habsburgermonarchie mit dem neuen ukrainischen Staat.

Am 22. November 1917 fand in Lemberg eine Versammlung des Allgemeinen Ukrainischen Nationalrats, der Reichsratsabgeordneten und etwa 30 Vertrauensleuten aus der Provinz statt. Sie protestierten gegen eine Vereinigung Ostgaliziens mit dem Königreich Polen. Dies würde „die Unterjochung unseres Volkes in unserem Lande“ bedeuten. Die Polen seien der „Erbfeind“ der Ukrainer: „Wir verlangen die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts, wir verlangen eine freie, unabhängige Ukraine.“⁸⁰

Wenige Monate später hatte dann die polnische Bevölkerung Grund zur Klage. In einem geheimen Zusatzabkommen zum Friedensvertrag von Brest-Litowsk zwischen der Ukrainischen Volksrepublik und den Mittelmächten hatte Österreich zugesichert, ein ukrainisches Kronland bestehend aus Ostgalizien und der Bukowina zu gründen. Zudem wurden Podlasien, das Cholmer Gebiet und Wolhynien der Ukrainischen Volksrepublik zugeschlagen.⁸¹

In Lemberg erschien die polnische Presse mit Trauerrand. Sie kritisierte in scharfen Leitartikeln die Territoriaentscheidungen. Die ge-

⁷⁹ Polizeidirektor Reinlender an die Statthalterei, 17.12.1916; CDIAL, f. 146, op. 4, spr. 5195, s. 20 f.; Polizeidirektor Reinlender an die Statthalterei, 3.3.1917; CDIAL, f. 146, op. 4, spr. 9, s. 55-60.

⁸⁰ Reinlender an MdI, 11.1.1918; CDIAL, f. 146, op. 4, spr. 197, s. 1 f.; Gegen eine Vereinigung mit Polen; Ukrainische Korrespondenz 4 (28.11.1917), H. 42/43, S. 1 ff.

⁸¹ Statthalter Huyn an MdI, 4.3.1918; AVA, MdI, Präsidiale, Allgemeine Abteilung 22/2118.

heime Zusatzklausel über die Schaffung eines ukrainischen Kronlandes und die damit verbundene Teilung Galiziens rief „bei der polnischen Bevölkerung in Galizien und insbesondere in der Landeshauptstadt Lemberg einen maßlos gesteigerten Sturm der Erbitterung und Entrüstung“ hervor, der alle Gesellschaftsschichten erfasste.⁸² Vor dem Lemberger Mickiewicz-Denkmal und an anderen Plätzen wurden Anfang März Bilder des Kaisers und österreichische Fahnen verbrannt.⁸³ Polizeidirektor Reinlender berichtete, dass sich „unter der polnischen Bevölkerung in Lemberg eine kolossale Niedergedrücktheit und die grösste Gährung (sic!)“ bemerkbar gemacht habe. Am 12. Februar 1918 fand im Rathaus eine Versammlung mit 1500 Teilnehmern statt, auf der ein Redner den Frieden mit der Ukraine als einen „an den Polen begangenen Verrat“ bezeichnete. Die Versammlung schlug vor, den 18. Februar 1918 zum Nationaltrauertag auszurufen und mit einem Generalstreik zu verbinden.⁸⁴

Bedenklich für die österreichische Regierung war die hohe national-polnische Mobilisierung der Staatsbeamten, die sich am Generalstreik beteiligten.⁸⁵ „Bei den Demonstrationen am 18. Februar hat es sich gezeigt, dass die ganze polnische Beamtenschaft, die Professoren, Lehrer und die Geistlichkeit sich nur als Polen fühlen, der oesterreichische Gedanke war nicht zu finden.“⁸⁶

Im Unterschied zu den Polen waren die ukrainischen Eliten mit den Bestimmungen des Friedensvertrages zufrieden und organisierten Dankkundgebungen.⁸⁷ In Lemberg fand mit 12 000 Teilnehmern eine der größten ukrainischen Kundgebungen der Kriegszeit statt. Die Hälfte der Teilnehmer stammte aus umliegenden Dörfern. Die Kundgebung begann mit Gottesdiensten in allen griechisch-katholischen Kirchen, in denen die Gründung der Ukrainischen Volksrepublik gefeiert wurde. Schließlich zog die Menge ins Zentrum auf den Ringplatz, wo Kost' Levyc'kyj den Friedensvertrag begrüßte und die Tei-

⁸² Meldung aus Wadowice an Statthaltereie, 26.2.1918; CDIAL, f. 146, op. 4, spr. 7159, s. 134 ff.

⁸³ Aufzeichnungen zu Unruhen in Galizien, März 1918; AVA, MdI, Präsidiale, Allgemeine Abteilung 22/2118.

⁸⁴ Reinlender an MdI (hs. Entwurf), 13.2.1918; DALO, f. 350, op. 1, spr. 4052, s. 46-49.

⁸⁵ Aufzeichnungen zu Unruhen in Galizien, März 1918; AVA, MdI, Präsidiale, Allgemeine Abteilung 22/2118.

⁸⁶ Statthalter Huyn an MdI, 4.3.1918; AVA, MdI, Präsidiale, Allgemeine Abteilung 22/2118.

⁸⁷ Militärkommando in Przemyśl an Statthaltereie, 19.2.1918; CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1396, s. 315-324.

lung Galiziens forderte. Die Kundgebung verlief ruhig und schloss mit Hochrufen auf Kaiser Karl.⁸⁸

Die polnischen Proteste zeigten jedoch bald Wirkung, und das Cholmer Gebiet wurde in der neuen Fassung des Vertrags nicht mehr der Ukrainischen Volksrepublik zugeschlagen. Die Stimmung der Lemberger Ukrainer war nach den Änderungen des Friedensvertrages gedrückt. Ihr Vertrauen zu Österreich-Ungarn war nach der Renaissance der austropolnischen Variante erschüttert. Da sie auch von der Entente wenig erwarteten, sei der Grundton ihrer politischen Stimmung „eine vollständige Verzagtheit und Desorientierung“.⁸⁹

Nicht alles drehte sich in Lemberg um Politik. Konzentriert man sich lediglich auf diese politischen Konflikte, vergisst man leicht, dass sich im Kriegsalltag die ethnischen Grenzen verwischten. Teilweise verbanden sich soziale Konflikte mit nationalen und ethnischen Spannungen, teilweise überlagerten sie sie. Der Stadtverwaltung wuchsen im Krieg neue Aufgaben zu, die sie mit weniger Personal bewältigen musste. Einerseits musste sie die Bedürfnisse der Armee befriedigen, andererseits ging es um das Überleben der verarmten Bevölkerung und Zehntausender mittelloser Flüchtlinge. Die öffentlichen Küchen wurden weiter betrieben und private Wohltätigkeit massiv gefördert. Die österreichische Regierung gab der Stadt ein Darlehen von 6,5 Millionen Kronen und schoss 2,5 Millionen für den Bau von Straßen, Waisenhäusern und anderen sozialen Einrichtungen zu.⁹⁰

Die Versorgungslage gestaltete sich 1915/16 schlechter als während der russischen Besatzung.⁹¹ Viele Flüchtlinge wurden in ihre Heimatorte zurückgeschickt und dadurch die Versorgung der Stadt entlastet.⁹² Doch 18 846 Flüchtlinge blieben zunächst in provisorischen Unterkünften in der Stadt. Lemberg wimmelte von Bettlern, von denen nur etwa 250 untergebracht werden konnten.⁹³ Nach Mittei-

⁸⁸ Telegramm des Polizeidirektors Lemberg an MdI, 23.2.1918; CDIAL, f. 146, op. 4, spr. 7159, s. 122; Bericht des Landesreferenten im Justizministerium für Ostgalizien, Hofrat von Dworski, 3.3.1918; AVA, MdI, Präsidiale, Allgemeine Angelegenheiten 22/2118.

⁸⁹ Bericht über Vorkommnisse in Galizien, 2.6.1918; AVA, MdI, Präsidiale, Allgemeine Abteilung 22/2118; K.u.k. Kriegsministerium, Oberkommando-Nachrichtenabteilung an das MdI, Wien, 16.6.1918; CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1402, s. 1262 ff.

⁹⁰ Aufzeichnung über die Tätigkeit der Verwaltung der königlichen Hauptstadt Lemberg in der Zeit vom 1.7.1915 bis zum 31.12.1916 (poln.), 1917; CDIAL, f. 146, op. 8, spr. 1913.

⁹¹ K.u.k. Stadtkommando Lemberg an den k.u.k. Regierungskommissar Lemberg, 7.8.1915; DALO, f. 3, op. 1, spr. 6013, s. 48.

⁹² K.u.k. Stadtkommando Lemberg an das Präsidium der Lemberger Polizeidirektion, 25.8.1915; DALO, f. 350, op. 1, spr. 3879.

⁹³ Die Stadt musste auch für die Einquartierung von Offizieren Wohnungen zur Verfügung stellen. Von Juli 1915 bis Dezember 1916 wurden 72 000 Einquartierungen vorgenommen.

lung der städtischen Versorgungsabteilung lebten im August 1915 nur 157 000 Zivilpersonen in Lemberg.⁹⁴ Doch stand zu erwarten, dass etwa 20 000 Flüchtlinge wieder nach Lemberg zurückkehren und die Versorgungslage und Wohnsituation belasten würden.⁹⁵

Die Getreideversorgung Ostgaliziens funktionierte nicht mehr. Nur durch die Duldung von Schmuggel konnte die Bevölkerung noch ernährt werden. Viele Lemberger mussten bei bitterer Kälte „ohne Kohle und Holz ihr Dasein fristen“.⁹⁶ Im Sommer 1915 wurden Mehl, Brot, etwas später Zucker und Fett, dann Kaffee und Petroleum und schließlich ab Herbst 1916 auch Kartoffeln rationiert. Als der Getreidehandel zusammenbrach, wurde die Stadt selbst zum Großhändler und erhöhte die Zahl ihrer Geschäfte von 22 auf 43. Die Versorgungsabteilung hatte täglich 30 000 Brote zur Verfügung, die in 23 Bäckereien hergestellt wurden. Am wichtigsten war die Beschaffung von Kartoffeln, die zum Hauptnahrungsmittel wurden. Die Volksküchen blieben ein Eckpfeiler der Ernährung der armen Bevölkerung. Die Versorgungsabteilung entwickelte sich zu einem Großbetrieb, der immer mehr Aufgaben übernahm. Betrug der Wert der verteilten Waren 1914 noch 7 Millionen Kronen, stieg er 1915 auf 22,625 Millionen an und erreichte allein im ersten Halbjahr 1916 46 Millionen Kronen. Schon im August 1915 konnten die Verbindungen nach Ungarn wieder hergestellt werden, und Vieh- und Kleinviehtransporte kamen in Lemberg an.⁹⁷

Während 1916 die Versorgung noch recht und schlecht funktionierte, wurde die Lage im Winter kritisch. Zunächst gab es Probleme mit dem Petroleumnachschub.⁹⁸ Es kam auch wiederholt zu Aufruhr, weil die zur Verteilung anstehenden Nahrungsmittel nicht ausreichten. Am 27. Januar 1917 strömten 800 Menschen, vor allem Frauen, zum Stadtkommando. Sie beschwerten sich, dass sie bei der kostenlosen Verteilung von Kartoffeln nicht mehr zum Zuge gekom-

Aufzeichnung über die Tätigkeit der Verwaltung der königlichen Hauptstadt Lemberg in der Zeit vom 1.7.1915 bis zum 31.12.1916 (poln.), 1917; CDIAL, f. 146, op. 8, spr. 1913.

⁹⁴ Dilo, 15.2.1916.

⁹⁵ Aufzeichnung über Zustände in Lemberg, vom Ministerium des Äußeren an Ministerpräsident Stürgkh, 30.12.1915; AVA, MdI, Präs., Allg. Abt. 22/2117.

⁹⁶ Denkschrift über die Zustände in Lemberg (Abschrift), Dezember 1915, übersandt vom Ministerium des Äußeren an Ministerpräsident Karl Stürgkh, 28.12.1915; AVA, MdI, Unruhen und Exzesse, 22/2117.

⁹⁷ Aufzeichnung über die Tätigkeit der Verwaltung der königlichen Hauptstadt Lemberg in der Zeit vom 1.7.1915 bis zum 31.12.1916 (poln.), 1917; CDIAL, f. 146, op. 8, spr. 1913.

⁹⁸ Schleicher an die Petroleum-Zentrale in Wien, 3.1.1917; DALO, f. 3, op. 1, spr. 6173, s. 66-71.

men waren.⁹⁹ Die Zensurstelle des Innenministeriums konstatierte eine allgemeine Kriegsmüdigkeit unter Polen wie Ukrainern. Teuerung und Lebensmittelknappheit hatten zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage geführt.¹⁰⁰

Im März 1917 blies der inzwischen aus russischer Internierung entlassene stv. Regierungskommissar Schleicher Alarm. Das wohlhabende Erscheinungsbild Lembergs war einer sichtbaren Armut gewichen. Die Menschen waren verzweifelt und entmutigt: „An Stelle derer, die die Stadt verlassen haben, traten neue Scharen armer und verzweifelter Personen aus ganz Ostgalizien, die unter Zurücklassung von Hab und Gut nur ihr nacktes Leben retten konnten und hier in der Hauptstadt die Zahl derer vermehrten, die auf öffentliche Wohltätigkeit angewiesen sind.“¹⁰¹

Die gesetzlich festgelegte Brotration wurde von 1 260 g pro Person und Woche auf 1 000 g gesenkt. Da versprochene Mehllieferungen ausblieben, musste im März 1917 die Zuteilung um weitere 20 g täglich gekürzt werden. Die Volksküchen konnten nur weiter arbeiten, weil sie aus dem Königreich Polen etwas Hirse und Buchweizen erhalten hatten. Mehl und Hülsenfrüchte waren Mangelware, so dass Kartoffeln und Fleisch in ihrer Bedeutung weiter wuchsen. Doch auch hier herrschte Mangel. Die im Herbst 1916 eingeführten Kartoffelkarten sahen pro Person und Tag nur ein halbes Kilo vor. Doch im Frühjahr 1917 war die Stadt nicht einmal mehr in der Lage, diese Ration zu verteilen. Zwischen Januar und März 1917 halbierte sich die Fleischversorgung, und auch die Fettkarten konnten nicht mehr eingelöst werden. Die Milchzufuhr sank von 60 000 Liter täglich vor dem Krieg auf nunmehr 6 500 Liter. Butter und Käse waren kaum zu erhalten. Als Folge der ungenügenden Ernährung stiegen die Krankheitszahlen; erste Fälle von Flecktyphus wurden diagnostiziert. Die Zustände waren unhaltbar, und eine Hungersnot drohte. Die Eröffnung neuer Volksküchen war unumgänglich.¹⁰² Etwa 50 000 Menschen oder ein Viertel der Bevölkerung benötigten im Frühjahr 1917 Unterstützung.¹⁰³ Im Juni 1917 waren es schon 30 000

⁹⁹ Wachtmann Franz Schromm an die Militär-Polizeiwachabteilung in Lemberg, 27.1.1917; DALO, f. 350, op. 1, spr. 4329, s. 11.

¹⁰⁰ Stimmungsbericht der Zensurabteilung des Innenministeriums auf Grundlage zensierter Korrespondenz (Abschrift), 10.1.1917; CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1387, s. 109 f.

¹⁰¹ Die Verwaltung der kgl. Landeshauptstadt Lemberg an das k.u.k. Armeekommando, 8.3.1917; DALO, f. 3, op. 1, spr. 6213, s. 6-9.

¹⁰² Ebenda.

¹⁰³ Protokoll einer Sitzung des städt. Versorgungskomitees und Vertretern des provisorischen

Familien mit über 100 000 Personen, die auf Hilfe angewiesen waren. Kartoffeln waren nunmehr auf zwei Kilogramm pro Woche und Person rationiert worden. 20 000 Menschen erhielten in städtischen Hilfsküchen gegen geringes Entgelt oder unentgeltlich ihre Mahlzeiten.¹⁰⁴

Im Frühjahr 1918 drohte die Schließung der Volksküchen. Die Bevölkerung hatte im März 1918 schon zehn Wochen kein Mehl mehr erhalten. Die schlechte Ernährungssituation hatte zu einer erhöhten Sterblichkeit, besonders von Kindern, geführt.¹⁰⁵ Die österreichische Regierung hatte aber wenig Spielraum, Lemberg mit zusätzlichen Lebensmittellieferungen beizuspringen. Das ganze Reich litt unter Versorgungsproblemen. Am 9. Juni 1918 kam es in Lemberg zu Straßenunruhen, die morgens begannen und bis Nachmittag dauerten. 500 Frauen und Jugendliche hatten sich am Ringplatz versammelt und im Rathaus einige Fensterscheiben eingeschlagen. Die Polizei trieb die Menge auseinander und drängte sie in Seitengassen. Dort wurden einige Schaufensterscheiben eingeschlagen und die Auslagen der Geschäfte geplündert.¹⁰⁶

Der Lemberger Polizeidirektor Reinlender fürchtete jetzt soziale Unruhen nach „russischem oder ukrainischem Muster“. Die mangelnde Versorgung erschöpfe die Geduld der Menschen. Ebenso wichtig war aber die Sicherheitsfrage. In den Lemberger Vorstädten wimmelte es von Deserteuren und geflohenen Kriegsgefangenen, die sich zu Banden geformt hatten. Die wenigen Polizeiagenten und geschulten Polizeibeamten bekamen das Problem nicht in den Griff.¹⁰⁷

Im Frühjahr und Sommer 1918 häuften sich Berichte vom Land über Angriffe von Bauern auf Juden, die zumeist wirtschaftlich motiviert waren, aber oft mit Ritualmordvorwürfen begründet wurden.¹⁰⁸

Rates bei der Statthalterei in Biała am 17.4.1917, telefonisch übermittelt von Schleicher aus Wien am 20.4.1917; DALO, f. 3, op. 1, spr. 6213, s. 10-13.

¹⁰⁴ Schleicher an das Präsidium des Ministerrats, 10.6.1917; DALO, f. 3, op. 1, spr. 6213, s. 17-24.

¹⁰⁵ Stadtverwaltung Lemberg an den Minister für Galizien, Juliusz Twardowski, 21.3.1918; DALO, f. 3, op. 1, spr. 6173, s. 77-81.

¹⁰⁶ Telegramm der Polizeidirektion Lemberg an MdI, 9.6.1918; AVA, MdI, Präsidiale, Allgemeine Angelegenheiten 22/2118.

¹⁰⁷ Reinlender an Statthalterei, 25.5.1918; CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1405, s. 1950-1956; Józef Skrzypek, *Ukraińcy w Austrii podczas wielkiej wojny i geneza zamachu na Lwów*, in: *Niepodległość 20* (1939), H. 53, S. 349-387, hier S. 357.

¹⁰⁸ Z.B. Starost in Stryzów an die Gemeindevorsteher seiner Starostei, 11.3.1918; CDIAL, f. 146, op. 4, spr. 7162, s. 83; Polizeidirektor Reinlender an Statthalter (handschriftlicher Entwurf), 25.6.1918; DALO, f. 350, op. 1, spr. 4052; Bericht von Generalmajor Fischer

Der Generalmajor der Gendarmerie Fischer warf den jüdischen Händlern Preistreiberei vor, die er auf den „schrackenlosen Erwerbssinn des jüdischen Kaufmanns“ zurückführte.¹⁰⁹ Doch die jüdische Bevölkerung litt nicht weniger als die ukrainische oder polnische Bevölkerung. Das jüdische Hilfskomitee zählte im Juni 1918 59 655 Juden in Lemberg. Insgesamt 7 500 Familien mit 30 000 Angehörigen benötigten Hilfe, die Hälfte davon kostenlos.¹¹⁰

Im Juli und August 1918 schossen die Preise für Lebensmittel und Bekleidung in astronomische Höhen. Besonders mit Getreide wurde Wucher getrieben, da wegen fehlender staatlicher Lieferungen bereits seit Monaten freier Handel geduldet werden musste. Die schlechte Versorgungslage war nicht geeignet, die gereizte Stimmung der Bevölkerung zu mäßigen.¹¹¹

Die Statthalterei hielt zwar Unruhen aufgrund der Versorgungsschwierigkeiten für möglich, doch eine „ausgebreitete elementare Bewegung ist jedoch im Lande jedenfalls nur auf politischer, ideeller Grundlage denkbar.“¹¹² Die Frage der Zweiteilung Galiziens hielt Ukrainer wie Polen weiter in Atem. Alle österreichischen Quellen sprechen im Frühjahr/Sommer 1918 von einer hohen nationalen Mobilisierung der Polen. Die austropolnische Option hatte nur noch wenige Anhänger.¹¹³ Alle setzten auf einen Sieg der Entente und die Errichtung Polens in seinen alten Grenzen. Lediglich konservativ gesinnte Hochadlige und einige hohe Staatsbeamte hingen noch an Österreich.¹¹⁴ In Verbindung mit den Versorgungsproblemen entfaltete diese fortgeschrittene Nationalisierung der politischen und gesellschaftlichen Beziehungen ihre besondere Dynamik.

Nr. 330 res, 22.8.1918; DALO, f. 257, op. 2, spr. 234, s. 13-17; Präsidium der k. und k. Statthalterei an alle k. und k. Starosten, 15.9.1918; CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1402, s. 1236-1239.

¹⁰⁹ Bericht Generalmajors Fischer Nr. 330 (auszugsweise Abschrift), 22.8.1918; DALO, f. 27, op. 2, spr. 234, s. 13-17.

¹¹⁰ Aufzeichnung des jüdischen Hilfskomitees; CDIAL, f. 505, op. 1, spr. 54.

¹¹¹ Referat des k.u.k. Statthaltereirates Wenz aus Lemberg auf einer Konferenz im Innenministerium in Wien am 28. August 1918, 28.8.1918; CDIAL, f. 146, op. 4, spr. 5197, s. 138-144.

¹¹² Ebenda.

¹¹³ K.u.k. Kriegsministerium, Oberkommando-Nachrichtenabteilung an das Mdl, Wien, 16.6.1918; CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1402, s. 1262 ff.

¹¹⁴ Rittmeister Hintz kommandiert beim Gendarmeriekommandanten für Galizien und die Bukowina in Czernowitz (in Vertretung unterzeichnet von Oberleutnant Riedl) Bericht über Vorkommnisse in Galizien an AOK Nachrichtenabteilung, Nachrichtenstelle in Lemberg und andere Empfänger, 2.6.1918; AVA, Mdl, Präsidiale, Allgemeine Abteilung 22/2118.

Die materielle Notlage trieb die nationale Erbitterung auf die Spitze. Die Statthalterei stellte fest, dass die polnisch-nationale Bewegung gewachsen war und Beamten aller Kategorien und viele römisch-katholische Priester erfasst hatte. Auch die „Liga Kobiet“ („Frauenliga“) und Jugendliche waren national mobilisiert.¹¹⁵ Viele Polen betrachteten sich nicht mehr als der k. u. k. Monarchie zugehörig. Ein großer Teil der polnischen Mittel- und Volksschullehrer agitierte unermüdlich die Schuljugend, die ukrainischen Lehrer verhielten sich zumeist loyal.¹¹⁶ Das polnische wie das ukrainische Professorenkollegium sei national chauvinistisch gesinnt. „Die Geistlichkeit treibt – von den Bischöfen bis zu den Landpfarrern – ohne Unterschied der Konfession nationale Politik und missbraucht auch die Kanzel zur Aufstachelung nationaler Leidenschaften.“¹¹⁷

Im August begann sich die Führung der Ukrainischen Nationaldemokratischen Partei konspirativ auf den Fall vorzubereiten, dass es zu Auseinandersetzungen mit Polen über die Zukunft Ostgaliziens kommen würde. Während sich geheime polnische Militärorganisationen schon länger in Lemberg konstituiert hatten, bildete sich ein geheimes ukrainisches Militärgeneralkommissariat, in das Angehörige der Ukrainischen *Sic*-Schützen (USS) und junge, bislang wenig bekannte Politiker eintraten. Die Mitglieder des Komitees nahmen Kontakte zu ukrainischen Soldaten in der k. u. k. Armee auf und versuchten auch eine Verbindung zu den in der Ostukraine stationierten Einheiten der *Sic*-Schützen herzustellen.¹¹⁸ In ländlichen Kreisen trieben ukrainische Legionäre nationale Propaganda,¹¹⁹ und auch die ukrainische Intelligenz regte sich immer stärker: „Ihr Gegensatz zu den Polen, die ihren kulturellen Aufstieg mit allen Mitteln zu hemmen suchen, ist beinahe ein unüberbrückbarer geworden.“¹²⁰

In Lemberg blieb es aber bis Ende Oktober 1918 ruhig. Polizei und Statthalterei waren nicht an einer Eskalation nationaler Konflikte in-

¹¹⁵ Bericht der Nachrichtenabteilung des AOK an MDI, 2.6.1918; AVA, MdI, Präsidiale, Allgemeine Abteilung 22/2118. Bericht wird von Statthalterei für Bezirkshauptleute zusammengefasst. Statthalter an Bezirkshauptleute, 15.9.1918; CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1402, s. 1236-1231.

¹¹⁶ Bericht Generalmajors Fischer Nr. 330 (auszugsweise Abschrift), 22.8.1918; DALO, f. 27, op. 2, spr. 234, s. 13-17.

¹¹⁷ Rapport Generalmajor Fischers Nr. 190, 22.7.1918; DALO, f. 257, op. 2, spr. 234, s. 13 f.

¹¹⁸ Michał Klimecki, *Lwów 1918–1919*. Warszawa 1998, S. 29 f.

¹¹⁹ K.u.k. Statthalterei an alle k.u.k. Starosten (polnisch), 15.9.1918; CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1402, s. 1236-1239.

¹²⁰ Bericht Generalmajors Fischer Nr. 330 (auszugsweise Abschrift), 22.8.1918; DALO, f. 27, op. 2, spr. 234, s. 13-17.

teressiert, zensurierten die Presse und blockierten scharf antisemitische Artikel. Während die öffentliche Kommunikation gesteuert werden konnte, sah es mit den privaten Gesprächen anders aus. Die Militär- und Polizeibehörden berichteten, dass das gespannte Verhältnis zwischen Polen, Ukrainern und Juden sich inzwischen auch auf die gesellschaftlichen Beziehungen und das Privatleben auswirkte.¹²¹

*

Die russische Besatzung untergrub die überkommene Ordnung, zerstörte sie aber nicht. Die unkluge und inkonsistente Politik der österreichischen Regierung brachte Ukrainer und Polen gegen sich auf, so dass am Ende nur noch die jüdische Bevölkerung uneingeschränkt zum Habsburgerreich stand. Die traditionell habsburgtreuen galizischen Ukrainer hielten zwar die Möglichkeit eines ukrainischen Kronlandes lange offen, doch hatte sie die wankelmütige österreichische Politik desillusioniert. Die beiden russischen Revolutionen öffneten schließlich den Weg für einen polnischen und einen ukrainischen Staat.

Nicht unterschätzen darf man die Auswirkungen der Versorgungskrise. Das Habsburgerreich war am Ende nicht mehr in der Lage, die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Dies unterminierte zusätzlich die Legitimität der alten Ordnung. Allein der Effektivität der Lemberger Stadtverwaltung war es zu verdanken, dass die Situation bis zuletzt unter Kontrolle war. Das gemeinsame Leiden hatte die ethnischen Gruppen jedoch nicht näher zusammen geführt. Zwar protestierten polnische, ukrainische und jüdische Frauen gemeinsam gegen den Versorgungsmangel, doch führte das Leiden auch zu wechselseitigen Anklagen. Viele Polen und Ukrainer hielten Juden kollektiv für Kriegsprofiteure und Denunzianten. In den Kriegsjahren wuchsen die Spannungen zwischen den drei großen ethnischen Gruppen der Stadt, ohne dass die Konflikte jedoch gewaltsam ausgetragen wurden. Die funktionierende Obrigkeit war ein wesentlicher Grund dafür, warum interethnische Gewalt in Lemberg bis zum Herbst 1918 selten war.

¹²¹ K. und k. Minister des Innern an den galizischen Statthalter mit einer Abschrift eines Berichtes des Militärkommandos in Przemyśl an das Kriegsministerium in Wien, 12.5.1918; CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1401, s. 1026-1032; K. und k. Ministerium für Landesverteidigung an das MdI (Abschrift), 4.9.1918; CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1403, s. 1428-1432; Präsidium der k. und k. Statthaltereien an alle k. und k. Starosten, 15.9.1918; CDIAL, f. 146, op. 6, spr. 1402, s. 1236-1239.

Der Erste Weltkrieg brachte für Lemberg einen gewaltigen Nationalisierungsschub. Polen und Ukrainer standen sich gegenseitig bei dem Versuch im Wege, einen eigenen Nationalstaat zu erreichen. Nach vier Weltkriegsjahren und vielfältigen Gewalterfahrungen waren die galizischen Ukrainer und Polen bereit, mit der Waffe in der Hand um die Zugehörigkeit Lembergs und Ostgalizien zu einen polnischen Staat oder zur unabhängigen Ukraine zu kämpfen. Am 1. November 1918 brach die österreichische Herrschaft in Lemberg zusammen. Ein Ukrainisches Nationalkomitee übernahm die Macht und schlug damit ein neues Kapitel in der Geschichte Lembergs auf. Der ukrainisch-polnische Krieg in und um Lemberg hatte begonnen.

Deutsche Arbeitskräftepolitik in den besetzten Ostgebieten*

von Christian Westerhoff

Die fortschreitende Mobilisierung von Soldaten und der Übergang zur industriellen Kriegsführung führten Anfang 1915 zu einem eklatanten Arbeitskräftemangel in Deutschland. Da einheimischer Ersatz nicht in ausreichendem Maße beschafft werden konnte, kam der Gewinnung von Arbeitskräften aus den besetzten Gebieten eine zentrale Rolle zu. Darüber hinaus mangelte es in Deutschland an zahlreichen Produkten, die aufgrund der alliierten Seeblockade nicht mehr importiert werden konnten. Bei der essentiellen Versorgung mit Lebensmitteln und Forstprodukten konnten die besetzten Territorien in Polen und im Baltikum eine wertvolle Ergänzung darstellen.¹ Eine umfassende Abwerbung von Arbeitskräften nach Deutschland schloss jedoch die maximale Ausbeutung dieser Ressourcen in den besetzten Gebieten aus. Hier galt es eine Entscheidung zu treffen.

In den von Deutschland besetzten Gebieten an der Ostfront wurden sehr unterschiedliche Wege eingeschlagen. Im nördlichen Teil Russisch-Polens, das das Verwaltungsgebiet „Generalgouvernement Warschau“ (GGW) bildete (siehe Abb. 1), lag der Schwerpunkt eindeutig auf der Anwerbung nach Deutschland. Demgegenüber wurden in den besetzten Gebieten des Baltikums, die in der Verwaltungseinheit „Ober Ost“ zusammengefasst waren, in nicht geringem Umfang Arbeitskräfte zusammengezogen, um die Ressourcen des Landes auszubeuten.

Im Folgenden soll untersucht werden, wie es zu dieser unterschiedlichen Politik kam. Insbesondere soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit hierbei die örtlichen Ausgangsbedingungen wie die geografische Lage, das Vorhandensein wichtiger Rohstoffe, die Wirtschafts-

* Dieser Aufsatz stellt einen Ausschnitt aus meinem Dissertationsprojekt „Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg. Rekrutierung und Beschäftigung osteuropäischer Arbeitskräfte in Deutschland und in den besetzten Gebieten“ am Max-Weber-Kolleg der Universität Erfurt dar. Für Hinweise und kritische Anmerkungen danke ich Jochen Oltmer, Wolfgang Reinhard und Joachim Tauber.

¹ Siehe Martin Bemann, „... kann von einer schonenden Behandlung keine Rede sein“. Zur forst- und landwirtschaftlichen Ausnutzung des Generalgouvernements Warschau durch die deutsche Besatzungsmacht, 1915–1918, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas N.F. 55 (2007), H. 1, S. 1-4.

struktur und die Arbeitskräftesituation oder davon unabhängige Vorstellungen der Verwaltungschefs eine Rolle spielten.

Die deutsche Besatzungspolitik in diesen russischen Territorien ist bisher fast ausschließlich unter politischen, kaum aber unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet worden.² Die Informationen für den folgenden Text mussten daher aus zahlreichen Quellen und zeitgenössischen Schriften zusammengetragen werden.



Abb. 1: Deutsche Besatzungsgebiete an der Ostfront³

² Die wichtigsten Werke zur deutschen Besatzungspolitik in Russisch-Polen und im Baltikum während des Ersten Weltkrieges behandeln wirtschaftliche Aspekte nur am Rande: Werner Conze, *Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg*. Köln/Graz 1958; vgl. Vejas G. Liulevicius, *Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonialisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg*. Hamburg 2002; Abba Strazhas, *Deutsche Ostpolitik im Ersten Weltkrieg. Der Fall Ober Ost 1915–1917*. Wiesbaden 1993; Gerd Linde, *Die deutsche Politik in Litauen im Ersten Weltkrieg*. Wiesbaden 1965. Erst kürzlich ist von Martin Bemann auf dieses Desiderat hingewiesen worden. Siehe Bemann, *Schonende Behandlung* (wie Anm. 1), S. 2 f.

³ Für die Erstellung der Karte danke ich Christoph Reichel.

Aufgrund der Komplexität der Beschäftigungssituation in Ober Ost einerseits und der außergewöhnlich guten Quellenlage zur Forstverwaltung Bialowies (Białowież) andererseits wird bei der Darstellung der Arbeitskräftepolitik in Ober Ost ein Schwerpunkt auf der Forstwirtschaft in Bialowies liegen (siehe Abb. 1). Anhand dieses „Musterbetriebes“, des größten Produzenten von Holzprodukten in den besetzten Gebieten, lassen sich die wichtigsten Linien der Arbeitskräftepolitik in Ober Ost besonders pointiert nachzeichnen.

1. Die Arbeitskräftepolitik im Generalgouvernement Warschau

„Unsere wichtigste Aufgabe ist es, im Interesse des Vaterlandes die Wanderung der polnischen Arbeiter nach Deutschland zu unterstützen. Die besten Arbeiter des Generalgouvernements Warschau müssen sich diesem Ziel unterordnen, die Interessen des besetzten Gebietes sind zweitrangig.“⁴

Hans Hartwig von Beseler, Generalgouverneur von Warschau

Russisch-Polen hatte im Gegensatz zu anderen Gebieten des Russischen Reiches seit Ende des 19. Jahrhunderts eine rasante industrielle Entwicklung erlebt. Diese hatte sich jedoch nicht gleichmäßig in allen Teilen des Landes vollzogen, sondern konzentrierte sich im Wesentlichen auf die Hauptstadt Warschau (Warszawa), Lodz (Łódź) und die Kreise Bendzin (Będzin) und Tschenstochau (Częstochowa). Von besonderer Bedeutung war die Textilindustrie, in der 1910 ca. 150 000 der 400 000 Industriearbeiter Russisch-Polens beschäftigt waren.⁵ Die Textilindustrie war vor allem in Lodz beheimatet und wies einen besonders hohen Anteil an Frauen auf. Sie stellten 46% der Belegschaften.⁶

Der größte Teil der Bevölkerung lebte jedoch nach wie vor von der

⁴ Władysław Grabski, Józef Stojanowski, Jan Warezak, *Rolnictwo Polski 1914–1918* [Polens Landwirtschaft 1914–1918], in: *Polska w Czasie Wielkiej Wojny, 1914–1918* [Polen im Ersten Weltkrieg, 1914–1918], hrsg. v. Marcei Handelsman. Bd. 3: *Historja Ekonomiczna* [Wirtschaftsgeschichte]. Warschau 1936, S. 440.

⁵ *Vie Economique du Royaume de Pologne*. Ier Volume, IIIe Fascicule de l'Encyclopédie Polonaise, publiée par le Comité des publications encyclopédiques sur la Pologne. Fribourg/Lausanne 1917, S. 39, 163; vgl. *Polen. Entwicklung und gegenwärtiger Zustand*. Berlin 1918, S. 598; *Poland. Her People, History, Industries, Finance, Science, Literature, Art, and Social Development*. Lausanne 1916, S. 160.

⁶ *Vie Economique* (wie Anm. 5), S. 167.

Landwirtschaft.⁷ Der Landbesitz von ca. 4 Mio. Bauern war jedoch so klein, dass diese von dessen Ertrag allein nicht leben konnten, zumal Russisch-Polen vielerorts eine hohe ländliche Bevölkerungsdichte aufwies. Etwa 1 Mio. Landarbeiter verfügte außerdem über kein eigenes Land.⁸ Aufgrund dieser wirtschaftlichen und demografischen Probleme hatten vor dem Krieg Hunderttausende Landbewohner im Hoch- und Tiefbau, in der Forstwirtschaft und in der Industrie Russisch-Polens ein Einkommen gesucht oder waren zur Saisonarbeit nach Deutschland gegangen.⁹

Der Ausbruch des Krieges und die Besetzung durch deutsche Truppen waren für die Wirtschaft in Russisch-Polen ein schwerer Schlag. Zahlreiche Industriezweige wurden von der Rohstoffzufuhr und von den Absatzmärkten abgeschnitten. Dies traf vor allem auf die Baumwollverarbeitung zu, die zu 100% von Importen abhängig war und deren Produkte vor dem Krieg vor allem in das Innere Russlands geliefert wurden. Darüber hinaus waren Textilien für die Kriegswirtschaft von untergeordneter Bedeutung. Diese Probleme wurden noch erheblich verstärkt durch die Tatsache, dass die deutsche Textilindustrie mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte und daher kein Interesse an einer Konkurrenz aus Russisch-Polen hatte. In der Folge mussten zahlreiche Unternehmen den Betrieb einstellen. In den Industriezentren breitete sich eine massenhafte Arbeitslosigkeit aus.¹⁰ Die deutsche Besatzungsverwaltung sprach im März 1915 von 200 000 Arbeitslosen im von Deutschland besetzten Teil Russisch-Polens.¹¹

Auch der Handel und das Handwerk erlitten schwere Schäden. Die jüdische Bevölkerung, die ca. 15% der Einwohner Russisch-Polens ausmachte, war hiervon besonders betroffen, da diese Wirtschaftszweige ihre Haupterwerbsquellen bildeten.

Da es kaum alternative Beschäftigungsangebote gab, entwickelte sich die Arbeitslosigkeit zu einem massiven sozialen Problem, das

⁷ Nach einer exilpolnischen Quelle lebten 1910 66% der Bevölkerung von der Landwirtschaft. Polen (wie Anm. 5), S. 950.

⁸ *Vie Economique* (wie Anm. 5), S. 160 f.; vgl. Polen (wie Anm. 5), S. 953; Alexander von Guttry, *Die Polen und der Weltkrieg. Ihre politische und wirtschaftliche Entwicklung in Rußland, Preußen und Österreich*. München 1915, S. 117.

⁹ *Vie Economique* (wie Anm. 5), S. 160 f.; vgl. Polen (wie Anm. 5), S. 953.

¹⁰ 1. Verwaltungsbericht der Zivilverwaltung beim Oberbefehlshaber Ost, 8.2.1915, 2. Verwaltungsbericht der Zivilverwaltung beim Oberbefehlshaber Ost, 24.2.1915. Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA), Rep 77, Titel 875, Nr. 10 Adh. 2.

¹¹ Friedrich Zunkel, *Die ausländischen Arbeiter in der deutschen Kriegswirtschaftspolitik des Ersten Weltkrieges*, in: *Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft*. Festschrift für Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag, hrsg. v. Gerhard A. Ritter. Berlin 1970, S. 290.

durch Versorgungsgpässe und Preissteigerungen noch verstärkt wurde. Zahlreiche Erwerbslose versuchten bei Verwandten in der Landwirtschaft unterzukommen,¹² die jedoch schon zuvor kein ausreichendes Auskommen geboten hatte. Der jüdischen Bevölkerung stand diese Ausweichmöglichkeit in der Regel nicht offen, da es ihr Jahrhunderte lang verboten gewesen war, Landwirtschaft zu betreiben.¹³

Nachdem die Armeen der Mittelmächte im Sommer 1915 ganz Russisch-Polen erobert hatten, wurde gegen den Willen des Militärs in der nördlichen Hälfte das zivilverwaltete Generalgouvernement Warschau (GGW) gebildet (siehe Abb. 1). An dessen Spitze stand Generalgouverneur Hans Hartwig von Beseler,¹⁴ welcher direkt dem Kaiser unterstellt war. Ihm nachgeordnet war Verwaltungschef Wolfgang von Kries.¹⁵

Die deutsche Verwaltung im Generalgouvernement Warschau verfolgte grundsätzlich drei Ziele: erstens die Sicherung der Verbindung zwischen Front und Heimat, zweitens die Integration der regionalen Wirtschaft in die deutsche Kriegswirtschaft und drittens die Gewinnung möglichst vieler Arbeitskräfte für Landwirtschaft, Industrie und Bergbau in Deutschland.¹⁶ Während das erste Ziel insbesondere durch ein Straßenbauprogramm erreicht werden sollte, galt es für das zweite Ziel, die Erträge der Land- und Forstwirtschaft zu steigern.¹⁷

Eindeutig im Mittelpunkt stand jedoch das dritte Ziel mit der Anwerbung von Arbeitskräften nach Deutschland. Ein Runderlass des preußischen Kriegsministeriums vom 7. Dezember 1916 erklärte diese Aufgabe zur obersten Richtlinie der Arbeitskräftepolitik in Russisch-Polen.

Das Ziel der Anwerbung sollte durch ein Bündel von Maßnahmen erreicht werden. Alle als nicht dringend notwendig erachteten Ar-

¹² 3. (5.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem Generalgouvernement Warschau, 1.1.1916–31.3.1916. Bundesarchiv Berlin (BAB), R 1501, Nr. 119759.

¹³ Georg Gotheim, *Das selbständige Polen als Nationalitätenstaat*. Stuttgart 1917, S. 53.

¹⁴ Hans Hartwig von Beseler (1850–1921) hatte sich zuvor durch die Eroberung Antwerpens einen Namen gemacht.

¹⁵ Wolfgang von Kries (1868–1945) war seit 1903 Landrat in der Provinz Posen und Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses. Im November 1917 trat er wegen politischer Differenzen aus der Verwaltung des Generalgouvernements aus. Nach dem Krieg saß er für die Deutsche Volkspartei im preußischen Landtag.

¹⁶ Wolfgang von Kries, *Deutsche Polenpolitik im Weltkriege*. MS [1937], Bundesarchiv Koblenz (BAK), KLE 710, Nr. 4, S. 16 u. 19.

¹⁷ Die Vorteile der deutschen Okkupation für Polen, hrsg. v. der Abwicklungsstelle des GGW, 15.4.1919. Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (BA-MA), N 30, Nr. 38; vgl. Kries, *Deutsche Polenpolitik* (wie Anm. 16), S. 20 f.

beiten in den besetzten Gebieten sollten eingestellt werden. Für die bereits stark in Mitleidenschaft genommene polnische Industrie bedeutete dies vielfach die Schließung weiterer Betriebe, die nicht als kriegswichtig angesehen wurden. An einen Ausbau der Produktion oder gar die Errichtung neuer Betriebe war unter diesen Umständen nicht zu denken. In der polnischen Landwirtschaft sollten möglichst Frauen arbeiten, um die Männer für die Anwerbung nach Deutschland frei zu stellen. Auch für die jüdische Bevölkerung, Männer wie Frauen, war aufgrund antisemitischer Ressentiments vorrangig eine Beschäftigung in den besetzten Gebieten vorgesehen.¹⁸ Die Ursache für die Rückstellung der jüdischen Arbeitskräfte lag neben vielfach fehlenden Fachqualifikationen für die deutsche Industrie und Landwirtschaft in der antisemitischen Agitation des Alldeutschen Verbandes und anderer nationalistischer Organisationen.¹⁹

Die Ziele der Verwaltung weisen deutliche Überschneidungen mit den Zielen wirtschaftlicher Interessenvertreter aus Deutschland auf. Die deutsche Landwirtschaft war seit Jahren auf die Hilfe Hunderttausender russisch-polnischer Arbeitskräfte angewiesen.²⁰ Mit dem Beginn der industrialisierten Kriegsführung bemühten sich auch Industrie und Bergbau im Ruhrgebiet und in Oberschlesien massiv um Personal aus dem Generalgouvernement.²¹ Außerdem waren deutsche Unternehmen z.B. in der Textilindustrie daran interessiert, Konkurrenten auszuschalten.

In der Vorkriegszeit hatte die Anwerbung von Arbeitskräften aus Russisch-Polen in der Hand verschiedenster privater und öffentlicher Vermittlungsinstitutionen gelegen. Die von preußischen Ministerien, den Landwirtschaftskammern und dem Ostmarkenverein initiierte Deutsche Arbeiterzentrale (DAZ) hatte nur einen kleinen Teil des Vermittlungsgeschäfts an sich ziehen können. Mit Kriegsausbruch begann die DAZ erfolgreich, ihre Position auszubauen. Privaten Werbepersonen, die in der Anfangszeit der Besetzung noch relativ aktiv gewesen

¹⁸ Kriegsministerium, Verwendung von Arbeitskräften aus den von Deutschland besetzten Gebieten Polens in der deutschen Kriegswirtschaft, 7.12.1916. BAB, R 3001, Nr. 7764.

¹⁹ Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. Bonn 2003, S. 101.

²⁰ Siehe hierzu Klaus J. Bade, „Preußengänger“ und „Abwehrpolitik“. Ausländerbeschäftigung, Ausländerpolitik und Ausländerkontrolle auf dem Arbeitsmarkt in Preußen vor dem Ersten Weltkrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte 24 (1984), S. 91-162.

²¹ Lothar Elsner, Ausländerbeschäftigung und Zwangsarbeitspolitik in Deutschland während des Ersten Weltkriegs, in: Auswanderer – Wanderarbeiter – Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit Mitte des 19. Jahrhunderts, hrsg. v. Klaus J. Bade. Bd. 2, Ostfildern 1984, S. 534.

waren, wurde per Anweisung aus Berlin und Warschau offiziell die Arbeitskräftevermittlung in den besetzten östlichen Gebieten untersagt. Die Arbeiterzentrale erhielt ein Monopol für die Anwerbung nach Deutschland, nach Ober Ost und innerhalb des Generalgouvernements.²² Sie errichtete daraufhin ein engmaschiges Netz von Vermittlungsstellen.

Da die große Arbeitslosenzahl ein erhebliches Unruhepotenzial darstellte und beträchtliche Kosten verursachte,²³ versuchte die Verwaltung des Generalgouvernements zunächst, der Beschäftigungslosigkeit durch öffentliche Arbeiten zu begegnen. Dies war für die Verwaltung zumindest in gewissem Umfang durchaus von Interesse, da die Wiederherstellung und der Ausbau der Infrastruktur gerade zu Beginn der Besatzung viel Personal erforderten. Im März 1916 wurden bei Bahn-, Stellungs-, Straßen-, Brücken- und Forstarbeiten immerhin rund 83 000 männliche Arbeitskräfte beschäftigt.²⁴



Abb. 2: Straßenbauarbeiten in den besetzten östlichen Gebieten. Erstaunlich ist der hohe Frauenanteil bei dieser schweren körperlichen Arbeit.²⁵

²² Oberbefehlshaber Ost, Sammelbefehl Nr. 6, Ziffer 74, S. 36 f., „Verbot der wilden Arbeiteranwerbung“, 13.12.1917, BA-MA, PHD 8/24.

²³ Wolfgang von Kries, *Deutsche Staatsverwaltung in Russisch-Polen*, in: *Preußische Jahrbücher* 233 (1933), S. 135 f.; vgl. Andreas R. Hofmann, *Reweaving the Urban Fabric: Multiethnicity and Occupation in Lodz, 1914–1918*, in: *Endangered Cities. Military Power and Urban Societies in the Era of World Wars*, hrsg. v. Marcus Funck u. Roger Chickering, Boston 2004, S. 87.

²⁴ 3. (5.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs beim GGW, 1.1.1916–31.3.1916. BAB, R 1501, Nr. 119759.

²⁵ BAK, Bild 3, Sachthematische Bildersammlung, II. Erster Weltkrieg, 1914–1918.

Obwohl auf diese Weise viele arbeitslose Industriearbeiter eine Anstellung fanden, wurde die Erwerbslosigkeit nicht vollständig abgebaut.²⁶ Dies war auch gar nicht im Sinne der Verwaltung und der Deutschen Arbeiterzentrale. Vielmehr kam es darauf an, „den Zustrom an Kapitalien, den Bau von öffentlichen Wegen, Eisenbahnen usw. so einzurichten, daß nicht zu viele der einheimischen Kräfte dadurch gebunden werden“²⁷ und genug Arbeitskräfte frei blieben für die Anwerbung nach Deutschland.

Als die Arbeitslosigkeit vor allem aufgrund der Anwerbungen nachließ, stellte die Verwaltung immer mehr öffentliche Arbeiten ein. Dies lässt sich am Beispiel des Straßenbaus nachvollziehen, in dem die meisten Arbeitskräfte tätig waren. Die Zahl der Beschäftigten stieg von 10 000 im Juni 1915 auf 45 496 im März 1916 und ging schließlich wieder auf 11 434 im Juni 1917 zurück. Anfang 1918 waren nur noch 2 500-5 000 Personen im Straßenbau beschäftigt. Darüber hinaus versuchte die Verwaltung verstärkt, auf Frauen zurückzugreifen. Auf den ersten Blick lässt der Rückgang der Beschäftigten auf eine Fertigstellung der Straßenbauprojekte schließen. Für den Ausbau der Hauptstrecken traf dies durchaus zu. Darüber hinaus geplante Baumaßnahmen konnten Anfang 1917 jedoch nicht durchgeführt werden, da das notwendige Personal fehlte.²⁸

Die deutschen Behörden verschärfen die ökonomische Situation im Generalgouvernement zum Teil bewusst, um die Zahl der Anwerbungen zu erhöhen.²⁹ Die Verwaltung versuchte, die Unterstützungsleistungen für Arbeitslose zu beschneiden.³⁰ In zahlreichen für nicht kriegswichtig erachteten Betrieben wurden die Rohstoffe abtransportiert und die Maschinen demontiert.³¹ Eine Wiederaufnahme der Produktion in Betrieben der Textilindustrie in Lodz lehnte Generalgou-

²⁶ Kries, Staatsverwaltung (wie Anm. 23), S. 136.

²⁷ Erich Keup, Polnische Wanderarbeiter, in: *Der Panther* 4 (1916), H. 8, S. 1031.

²⁸ Verwaltungsberichte des Verwaltungschefs bei der Zivilverwaltung für Russisch-Polen bzw. beim GGW, 21. Mai 1915–30. September 1918. GStA, Rep 77, Titel 875, Nr. 10 Adh. 2, Rep 84a, Nr. 6211-621; BAB, R 1501, Nr. 119759.

²⁹ Zosa Szajkowski, East European Jewish Workers in Germany during World War I, in: Salo Wittmayer Baron, hrsg. v. Saul Liebermann. Jubilee Volume on the Occasion of his 80th Birthday, Jerusalem 1974, S. 894.

³⁰ Mieczyslaw Hertz, Łódź w czasie wielkiej wojny [Lodz während des großen Krieges]. Lodz 1933, S. 192; vgl. M. Motas/I. Motasowa, Zagadnienie wywozu sily roboczej z Krolestwa Polskiego do Niemiec w okresie pierwszej wojny swiatowej [Die Problematik der Arbeiterdeportation aus dem Königreich Polen nach Deutschland in der Zeit des Ersten Weltkrieges], in: *Teki Archiwalne* 4 (1955), S. 30-42.

³¹ Erinnerungen und Dokumente von Johannes Victor Bredt 1914 bis 1933, bearb. v. Martin Schumacher. Düsseldorf 1970, S. 105.

verneur von Beseler am 25. Juli 1916 mit der Bemerkung ab, dass sich die Arbeitslosen für die Arbeit in Deutschland melden sollten.³²

Vor dem Hintergrund der schlechten wirtschaftlichen Lage und verstärkt durch die Maßnahmen der Verwaltung konnten mindestens 220 000 Personen während des Krieges im Generalgouvernement Warschau angeworben werden.³³ Zusammen mit den 200 000-300 000 russisch-polnischen Arbeitskräften, die seit August 1914 in Deutschland festgehalten wurden,³⁴ arbeitete somit eine beachtliche Zahl von Arbeitskräften aus Russisch-Polen in Deutschland.

Über die Beschäftigung einheimischer Arbeitskräfte zur Nutzung der land- und forstwirtschaftlichen Ressourcen des Generalgouvernements finden sich nur wenige Hinweise. Trotz einer geringeren Waldfläche im Vergleich zu Ober Ost produzierte die Forstwirtschaft im Generalgouvernement durchaus beachtliche Mengen an Holz und anderen Forstprodukten, zumal die Wälder zum Teil besser erschlossen waren.³⁵ Bezüglich der Verwendung einheimischer Arbeitskräfte wird aber lediglich erwähnt, dass teilweise Fuhrleute zur Abfuhr des Holzes gezwungen werden mussten³⁶ und dass die Beschaffung von Personal ab Ende 1916 zunehmend schwieriger wurde.³⁷ In der Landwirtschaft wurde die umliegende Bevölkerung im Vergleich zu Ober Ost in weit geringerem Maße zwangsweise zur Bewirtschaftung herrenloser Güter herangezogen.³⁸ Dies war vielfach nicht notwendig, da es nur relativ wenige verlassene Güter gab,³⁹ die zudem in der Regel verpachtet werden konnten. Allgemein wurden anstehende Ar-

³² Hofmann, *Reweaving* (wie Anm. 23), S. 89 f.

³³ Halbjahresberichte des Verwaltungschefs beim GGW. GStA, Rep 84a, Nr. 6211, 6213, BAB, R 1501, Nr. 119760. Ein polnisches Buch aus der Zwischenkriegszeit kommt für die Dauer des Krieges auf 274 716 angeworbene Personen aus dem Generalgouvernement. Grabski, Stojanowski, Warezak, *Rolnictwo Polski* (wie Anm. 4), S. 445.

³⁴ Jens Thiel, *Polnische und belgische Zwangsarbeiter in Deutschland im Ersten Weltkrieg*, in: *Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, hrsg. v. Klaus J. Bade (u.a.). Paderborn (u.a.) 2007, S. 864.

³⁵ Bemann, *Schonende Behandlung* (wie Anm. 1), S. 12 ff., 25 u. 28.

³⁶ 2. Vierteljahrsbericht der Kaiserlich Deutschen Zivilverwaltung für Polen links der Weichsel für die Zeit vom 26. April 1915 bis zum 20. Juli 1915. GStA, Rep 84a, Nr. 6208.

³⁷ Halbjahresberichte des Verwaltungschefs beim GGW für die Zeit vom 1.10.1916–31.3.1917 und vom 1.4.1917 bis zum 30.9.1917. GStA, Rep 84a, Nr. 6211; vgl. Bemann: *Schonende Behandlung* (wie Anm. 1), S. 10 f.

³⁸ 1917 stellte die Verwaltung Überlegungen an, die Gutsbesitzer durch die zwangsweise Heranziehung der örtlichen Bevölkerung mit günstigen Arbeitskräften auszustatten. Halbjahresbericht des Verwaltungschefs beim GGW für die Zeit vom 1.4.1917 bis zum 30.9.1917. BAB, R 1501, Nr. 119761.

³⁹ 2. Vierteljahrsbericht der Kaiserlich Deutschen Zivilverwaltung für Polen links der Weichsel für die Zeit vom 26. April 1915 bis zum 20. Juli 1915. GStA, Rep 84a, Nr. 6208.

beiten in Land- und Forstwirtschaft in vielen Fällen durch deutsche Soldaten,⁴⁰ durch Kriegsgefangene,⁴¹ durch die Verpachtung an Privatpersonen⁴² oder durch die Beauftragung privater Unternehmen⁴³ durchgeführt.

2. Die Arbeitskräftepolitik in Ober Ost und die Forstverwaltung Bialowies

2.1 Ober Ost

„Es wäre ein schwerer volkswirtschaftlicher Fehler gewesen, wenn man aus kurzsichtiger Sparsamkeit oder Bequemlichkeit sich begnügt hätte, die Forstnutzung den vorhandenen Arbeitskräften und Transportmitteln anzupassen.“⁴⁴

Georg Escherich, Leiter der Forstverwaltung Bialowies

Nordost-Polen und das Baltikum waren in erster Linie durch die Land- und Forstwirtschaft geprägt. Es gab nur wenig Industrie und wenige größere Städte.⁴⁵ Der Handel lag wie im Generalgouvernement Warschau zu großen Teilen in den Händen des jüdischen Bevölkerungsteils.

Die ländliche Bevölkerung war in weit größerem Umfang als im Generalgouvernement in der Lage, von den Erträgen der Landwirtschaft zu leben. Hierzu trug u.a. die wesentlich geringere Bevölkerungsdichte bei. Die Region war vor 1914 als Herkunftsregion von Saisonarbeitern nicht besonders hervorgetreten. Nur knapp 4 000 Litauer waren in den letzten Vorkriegsjahren jeweils nach Deutschland gekommen.⁴⁶ Eine gewisse Arbeitswanderung fand auch in diejenigen

⁴⁰ Die Vorteile der deutschen Okkupation. BA-MA, N 30, Nr. 38; vgl. Bemann, Schonende Behandlung (wie Anm. 1), S. 8 ff. u. 15.

⁴¹ Bemann: Schonende Behandlung (wie Anm. 1), S. 11.

⁴² Kries, Deutsche Polenpolitik (wie Anm. 16), S. 81.

⁴³ Erwiderung über die Denkschrift über die Zustände im okkupierten Polen [ohne Verfasser, Juli 1917]. GStA, Rep 77, Titel 1884, Nr. 1, S. 262.

⁴⁴ Georg Escherich, Der Bialowieser Urwald, in: Das Land Ober Ost. Deutsche Arbeit in den Verwaltungsgebieten Kurland, Litauen und Bialystok-Grodno, hrsg. v. der Presseabteilung Ober Ost. Stuttgart 1917, S. 280.

⁴⁵ Rudolf Häpke, Die deutsche Verwaltung in Litauen, 1915–1918. Berlin 1921, S. 77.

⁴⁶ Klaus J. Bade, Arbeiterstatistik und Ausländerkontrolle: Die „Nachweisungen“ der preußischen Landräte über den „Zugang, Abgang und Bestand der ausländischen Arbeiter im preußischen Staate“ 1906–1914, in: Archiv für Sozialgeschichte 24 (1984), S. 174–254.

Gegenden Russisch-Polens statt, in denen landwirtschaftliche Arbeiter gesucht wurden.⁴⁷

Nachdem der Krieg ausgebrochen war und im Sommer 1915 die deutsche Armee in das Baltikum vordrang, gab es dort nur in wenigen Städten Arbeitslosigkeit, vor allem unter der jüdischen Bevölkerung. Zwar hatten auch hier Industriebetriebe schließen müssen und Handel und Handwerk hatten schwere Schäden erlitten,⁴⁸ aber die Zahl der Erwerbslosen war weitaus geringer, da der größte Teil der Bevölkerung von der Landwirtschaft lebte. Ein wesentlich größeres Problem stellte vielerorts die Aufnahme zahlreicher Flüchtlinge aus den nahen Frontgebieten dar. In den ländlichen Gebieten herrschte zum Teil sogar Arbeitskräftemangel.⁴⁹ Dies lag u.a. daran, dass zahlreiche Einwohner vor den Kampfhandlungen geflohen oder von der russischen Armee wegen angeblicher Kollaboration deportiert worden waren.⁵⁰

Im Gegensatz zu Russisch-Polen wurde in den besetzten Gebieten des Baltikums eine reine Militärverwaltung eingerichtet, die dem Oberbefehlshaber Ost (bis August 1916 Paul von Hindenburg,⁵¹ danach Prinz Leopold von Bayern⁵²) unterstand. Der Einfachheit halber wurde diese Verwaltungseinheit, die Kurland, Litauen und Nordostpolen umspannte, mit der Bezeichnung „Ober Ost“ versehen.

Während der Oberbefehlshaber Ost in der Verwaltung in erster Linie repräsentative Funktionen wahrnahm, wurden viele wichtige

⁴⁷ Poland (wie Anm. 5), S. 245; vgl. Guttry, Die Polen (wie Anm. 8), S. 117.

⁴⁸ Bericht über die Einrichtung und Fortentwicklung der Verwaltung Wilna für die Zeit bis Ende 1915. GStA, Rep 89, Nr. 32465.

⁴⁹ Dies lässt sich vor allem für Kurland nachweisen. Verwaltungsberichte der Deutschen Verwaltung für Kurland, Oktober 1915 – Juli 1916. GStA, Rep 89, Nr. 32465.

⁵⁰ Peter Gatrell, A whole empire walking. Refugees in Russia during World War I. Bloomington, Ind. 1999. In Kurland sank die Einwohnerzahl von 812 300 auf 245 000. Detlef Henning, Der ethnische Wandel in Estland und Lettland. Von den deutschen Ostseeprovinzen Russlands zu den baltischen Sowjetrepubliken unter Stalin, in: Der ethnische Wandel im Baltikum zwischen 1850–1950, hrsg. v. Heinrich Wittram. Lüneburg 2005 (Baltische Seminare. 11), S. 13 f.

⁵¹ Paul von Hindenburg (1847–1934) wurde kurz nach Kriegsausbruch aus dem Ruhestand reaktiviert und mit der Leitung der deutschen Truppen an der Ostfront betraut. Im August 1916 übernahm er mit Erich Ludendorff die 3. Oberste Heeresleitung (OHL).

⁵² Prinz Leopold von Bayern (1846–1930) hatte sich im deutsch-französischen Krieg 1870/71 militärisch hervorgetan und war u.a. mit dem höchsten Orden der bayrischen Armee ausgezeichnet worden. 1915 wurde er aus dem Ruhestand reaktiviert und mit der Führung der 9. Armee betraut, mit der er im August Warschau einnahm. Nach dem Überwechseln Hindenburgs zur OHL wurde Prinz Leopold von Bayern zum Oberbefehlshaber Ost ernannt. Mit der Verwaltung von Ober Ost setzte er sich jedoch nur wenig auseinander. Wilhelm von Gayl, „Mit Schwert und Feder!“ Erinnerungen an Front- und Verwaltungsdienst in den Jahren 1914/1919. MS [1942], BAK, N 1031, Nr. 2, S. 58.

Entscheidungen von Erich Ludendorff⁵³ getroffen, der in Ober Ost praktisch die Position eines Verwaltungschefs einnahm. Auch nachdem Ludendorff 1916 in die Oberste Heeresleitung gewechselt war, konnte er sich in seiner Funktion als Generalquartiermeister und durch die Pflege guter Kontakte zu seinen ehemaligen Mitarbeitern, die vielfach ähnliche Ideen vertraten, einen erheblichen Einfluss sichern.

Aufgrund seiner ausgedehnten Agrar- und Forstgebiete war für Ober Ost in erster Linie eine Rolle als Lebensmittel- und Holzlieferant vorgesehen. Das Verwaltungsgebiet sollte von den eigenen Ressourcen leben und zusätzlich Heer und Heimat versorgen.⁵⁴ Ludendorff strebte allerdings mehr als nur eine Umsetzung dieser Ziele an, er wollte „etwas Ganzes (...) schaffen“.⁵⁵ Er strebte einen Musterstaat an, in dem das Militär die maßgebliche kreative Institution bildete. Unter dem Stichwort „deutsche Arbeit“ sollte durch eine technokratische und durchrationalisierte Vorgehensweise in diesem Staat eine maximale Ausnutzung der Ressourcen für die Kriegswirtschaft erreicht werden. Gleichzeitig sollte das als rückständig betrachtete Land zu neuer „Kultur“ und Leistungskraft geführt werden. Der Erfolg dieser Maßnahmen sollte die deutsche wie die einheimische Bevölkerung überzeugen, dass Ober Ost dauerhaft unter deutscher Verwaltung bleiben sollte.⁵⁶ Ein Journalist sagte über die Arbeitsauffassung der Verwaltung 1917: „Ich habe gehört, dass unsere Ob-Ost-Leute sich geradezu freuen, soviel Verwahrlosung angetroffen zu haben. Das gab ihnen ja Gelegenheit, so recht aus dem vollen heraus zu schaffen, ermöglichte ihnen, Umstände ohne Durchgangsstufen sofort auf die Entwicklungshöhen der neuesten Neuzeit zu schrauben.“⁵⁷

Die ehrgeizigen Pläne erforderten eine erhebliche Zahl an Arbeitskräften,⁵⁸ welche bei der geringen Bevölkerungsdichte nur in eingeschränktem Maße zur Verfügung standen. Die Verwaltung sah sich

⁵³ Erich Ludendorff (1865–1937) hatte sich in den ersten Kriegswochen durch die Eroberung von Lüttich einen Namen gemacht. Mit der Ernennung Hindenburgs zum Oberbefehlshaber Ost wurde er diesem als Stabschef zugeordnet. In dieser Funktion bereitete er viele Entscheidungen Hindenburgs vor. Eine vergleichbare Stellung übte er auch als Generalquartiermeister in der 3. OHL aus. In den 1920er Jahren pflegte Ludendorff enge Kontakte zu Hitler und zur nationalsozialistischen Bewegung.

⁵⁴ Liulevicius, *Kriegsland* (wie Anm. 2), S. 87.

⁵⁵ Erich Ludendorff, *Kriegserinnerungen*. Berlin 1919, S. 145.

⁵⁶ Liulevicius, *Kriegsland* (wie Anm. 2), S. 18 u. 72 f.

⁵⁷ Fritz Hartmann, *Ob. Ost. Friedliche Kriegsfahrt eines Zeitungsmannes*. Hannover 1917, S. 98.

⁵⁸ Liulevicius: *Kriegsland* (wie Anm. 2), S. 100; vgl. Hüpke, *Litauen* (wie Anm. 45), S. 77.

durch den zum Teil eklatanten Mangel an Arbeitskräften jedoch nicht veranlasst, ihre Pläne zu beschränken, sondern versuchte durch zunehmenden Zwang, die Bevölkerung zur Arbeit heranzuziehen.⁵⁹ Diese Prioritätensetzung führte außerdem dazu, dass der Anwerbung nach Deutschland ein weit geringerer Stellenwert als im Generalgouvernement zukam. Zwar gelang es auch hier der DAZ, ein Monopol für die Anwerbung nach Deutschland zu erhalten. Die Vermittlung innerhalb Ober Ost lag jedoch in den Händen der Militärverwaltung.⁶⁰ Auch wurden in Ober Ost weit geringere Anwerbezahlen erreicht; während der gesamten Besatzungszeit konnten nur 34 108 Arbeitskräfte aus Ober Ost nach Deutschland vermittelt werden.⁶¹ Neben den schlechteren Ausgangsbedingungen – geringere Bevölkerungsdichte und kleinere Arbeitslosenzahl – sind die niedrigen Anwerbungszahlen auch darauf zurückzuführen, dass die Verwaltung die Anwerbung immer mehr einschränkte. Im Juni 1916 limitierte der Oberbefehlshaber Ost die Vermittlung auf Industriearbeiter,⁶² ein Jahr später wurden nur noch Juden und weibliche landwirtschaftliche Arbeitskräfte für die Anwerbung freigegeben. Nicht-jüdische männliche Arbeitskräfte durften nur aus dem südlichen Teil von Ober Ost vermittelt werden.⁶³ Diese von der Politik im Generalgouvernement stark abweichende Politik gegenüber jüdischen Arbeitskräften hing zum einen damit zusammen, dass im September 1917 verbliebene Zugangssperren für osteuropäische Juden aufgehoben worden waren,⁶⁴ zum anderen war die Verwaltung in Ober Ost offensichtlich bemüht, diese wenig beliebten Arbeitskräfte für die Anwerbung nach Deutschland freizugeben, um attraktivere Arbeitskräfte wie z.B. Polen vor Ort halten zu können.

In Männern wie dem Leiter der Forstverwaltung von Bialowies, Georg Escherich, fand Ludendorffs Politik der maximalen Ausbeu-

⁵⁹ Siehe Christian Westerhoff, *Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg? Rekrutierung von Arbeitskräften aus Polen und dem Baltikum für die deutsche Kriegswirtschaft 1914–1918*, in: *Interesse und Konflikt. Zur politischen Ökonomie der deutsch-polnischen Beziehungen, 1900 bis 2007*, hrsg. v. Dieter Bingen, Peter Oliver Loew u. Nikolaus Wolf. Wiesbaden 2008, S. 151-154.

⁶⁰ Oberbefehlshaber Ost, Sammelbefehl Nr. 6, Ziffer 74, S. 36 f., „Verbot der wilden Arbeiteranwerbung“, 13.12.1917. BA-MA, PHD 8/24.

⁶¹ Regierungskommission für Arbeiterfragen im Ministerium für Landwirtschaft am 5. Juni 1919 an Reichsentschädigungskommission. GStA, Rep 87B, Nr. 254.

⁶² Vermittlung von Arbeitskräften aus dem besetzten Gebiet nach Deutschland, in: Ober Ost, Abt. V: Befehls- und Verordnungsblatt des Oberbefehlshabers Ost, Nr. 31, 6.6.1916, Ziffer 240, S. 253. BA-MA, PHD 8, Nr. 20.

⁶³ „Verbot der wilden Arbeiteranwerbung“, 13.12.1917. BA-MA, PHD 8/24.

⁶⁴ Herbert, *Ausländerpolitik* (wie Anm. 19), S. 101.

tung der örtlichen Ressourcen tatkräftige Unterstützer. Der bayerische Forstrat hatte sich vor dem Krieg durch Forschungsreisen und Kolonialprojekte in Afrika einen Namen gemacht.⁶⁵ Der Zeichner und Schriftsteller Fritz Koch-Gotha⁶⁶ schilderte Escherich und die Forstverwaltung in Bialowies wie folgt: „Bialowies war das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. (...) Escherich war mit einem Notizbuch, einem Bleistift und einer Riesenenergie hingekommen, um es für Deutschland zu verwalten. Zu kolonisieren, könnte man sagen.“⁶⁷

Anhand der Forstverwaltung Bialowies, die 1915 als eigenständige Verwaltungseinheit unter dem Oberbefehlshaber Ost eingerichtet wurde, soll im Folgenden die Arbeitskräftepolitik in Ober Ost dargestellt werden. Dies bietet sich an, da es sich hierbei um ein besonders anspruchsvolles Verwaltungsprojekt handelte, zu dem außerdem ungewöhnlich viel Quellenmaterial vorliegt.

2.2 Die Forstverwaltung Bialowies

„Kein Betrieb im Ob Ostgebiet war so schnell und so reichlich mit [Arbeits-]Kräften, Maschinen und Feldbahnmaterial versehen wie Bialowies.“⁶⁸

Wilhelm von Gayl, Chef der politischen Abteilung
der Verwaltung Ober Ost

Im Zuge der Eroberung Russisch-Polens und Litauens hatten deutsche Truppen im Herbst 1915 auch den so genannten Urwald von Bialowies erreicht. Hierbei handelte es sich um das größte zusammenhängende, weitgehend ungenutzte Waldgebiet an der Ostfront. Der „Urwald“ befand sich südöstlich der Stadt Białystok (siehe Abb. 1) und war von der Zarenfamilie als Jagdrevier genutzt worden.

⁶⁵ Georg Escherich (1870–1941) hatte u.a. Reisen nach Äthiopien, Äquatorial-Guinea und Kamerun unternommen und seine Pläne zur Bekämpfung von Tropenkrankheiten und zur forstwirtschaftlichen Nutzung der tropischen (Ur-)Wälder unter anderem dem Kaiser und dem Reichstag vorgestellt. In den Anfangsjahren der Weimarer Republik gründete Escherich eine rechtsradikale „Einwohnerwehr“, die Organisation Escherich, die zu Hochzeiten 1 Mio. Mitglieder hatte. Horst G.W. Nußer, *Konservative Wehrverbände in Bayern, Preußen und Österreich 1918–1933*. Mit einer Biographie von Forstrat Georg Escherich 1870–1941. München 1973; vgl. Heinrich Rubner, *Hundert bedeutende Forstleute Bayerns (1875 bis 1970)*. München 1994, S. 93–96.

⁶⁶ Fritz Koch-Gotha (1877–1956) hielt sich zeitweilig in Bialowies auf. Nach dem Krieg wurde er als Kinderbuchautor unter anderem mit seinem Werk „Die Häschenschule“ bekannt.

⁶⁷ Fritz Koch-Gotha, *Frühlingsfahrt nach Polen: ein Erlebnis*. Berlin 1920, S. 36.

⁶⁸ Gayl, „Mit Schwert und Feder“ (wie Anm. 52), S. 263 f.

Die vormalige Ausrichtung auf die Jagd brachte für eine forstwirtschaftliche Nutzung Vor- und Nachteile mit sich. So fanden sich hier einmalige Baumbestände. Außerdem gab es gut ausgebaute Jagdschneisen, die den Bialowieser „Urwald“ laut Aussage eines Forstbeamten der Verwaltung Ober Ost zum besterschlossenen Waldgebiet Russlands machten.⁶⁹

Außer einer Eisenbahnanbindung stand allerdings keine Infrastruktur zur forstwirtschaftlichen Verwertung bereit. Es gab weder Waldbahnen, Flößereinrichtungen, Sägewerke noch Unterkünfte.⁷⁰ Auch war die Einwohnerzahl der dünn besiedelten Gegend durch die Kriegseinwirkungen weiter vermindert worden, so dass vor Ort kaum einheimische Arbeitskräfte vorhanden waren.⁷¹

Der große Wald mit seinen wertvollen Holzbeständen erweckte sofort das Interesse des Militärs. Für den Stellungsbau an der Front, für die Verlegung von Eisenbahngleisen und die Ausbesserung von Straßen und Brücken wurden enorme Mengen an Holz benötigt. Auch für den Bergbau und als Brennmaterial war Holz von großer Bedeutung. Andere Forstprodukte wie Harz wurden als Ersatz für nicht mehr zu importierende Stoffe für die chemische Industrie gebraucht.⁷²

Schon Mitte September 1915 wurde Georg Escherich mit der Erschließung und Ausbeutung des Waldes betraut.⁷³ Als Leiter der eigens eingerichteten Militärforstverwaltung wurde er mit umfangreichen Kompetenzen ausgestattet. Während er lediglich dem Oberbefehlshaber Ost unterstellt war, verfügte er innerhalb der Forstverwal-

⁶⁹ Borggreve, Forstwirtschaft, in: Das Land Ober Ost (wie Anm. 44), S. 261 f.

⁷⁰ „Die große Schwierigkeit lag darin, dass für ein derartiges gewaltiges Holzunternehmen nichts vorhanden war, auf dem man aufbauen konnte, und alles erst von Grund auf geschaffen werden musste.“ Georg Escherich, *Der alte Forstmann: Fahrten und Fährten in weiter Welt*. Berlin 1935, S. 220. Diese Aussage Escherichs sollte nicht unkritisch übernommen werden. Dass der Forstbetrieb quasi „aus dem Nichts“ geschaffen worden sei, war ein beliebter Topos, um die Leistungen der Forstverwaltung und ihres Leiters herauszustellen. Siehe auch ders., *Der Bialowieser Urwald* (wie Anm. 44), S. 279 f.; vgl. Emil Voit, *Die Erschließung des Urwaldes*, in: *Bialowies unter deutscher Verwaltung*, hrsg. v. der Militärforstverwaltung Bialowies. Berlin 1917, S. 23.

⁷¹ Voit, *Die Erschließung* (wie Anm. 70), S. 23; vgl. Otto Bredt, *Zur forstlichen Betriebsführung: ein Beitrag aus der Urwaldwirtschaft von Bialowies*. Berlin-Charlottenburg 1920, S. 2, vgl. Harald Gruber: *Die Eroberung des Urwaldes*, in: *Bialowies unter deutscher Verwaltung* (wie Anm. 44), S. 9.

⁷² Bemann, *Schonende Behandlung* (wie Anm. 1), S. 3; vgl. Liulevicius, *Kriegsland* (wie Anm. 2), S. 99.

⁷³ Voit, *Die Erschließung* (wie Anm. 70), S. 19; vgl. Wilhelm Franz, *Deutsche Arbeit im Urwald von Bialowies*. Nach einem Bericht, erstattet an die Wissenschaftliche Kommission des Königlich Preussischen Kriegsministeriums. Berlin 1917, S. 1.

tung als ziviler Verwaltungschef und militärischer Kommandant über eine nahezu uneingeschränkte Verfügungsgewalt über Menschen und Material.⁷⁴ Der Biograf Horst Nußer beschreibt Escherich als den „unumschränkten Herrscher in Bialowies“,⁷⁵ dessen außerordentliche Machtmittel denjenigen eines mittelalterlichen Potentaten entsprechen hätten.⁷⁶



Abb. 3: Personal der Forstverwaltung Bialowies mit Einheimischen⁷⁷

Die Hauptaufgabe der Forstverwaltung lag darin, „die vorhandenen forstlichen Rohstoffe den Bedürfnissen von Heer und Heimat nutzbar zu machen“.⁷⁸ Nach Escherichs Vorstellungen galt es dabei, unter Einsatz aller verfügbaren Mittel den größtmöglichen Output zu erreichen. Eine extensive, an die örtlichen Verhältnisse angepasste Nutzung des Waldes kam für ihn aus kriegswirtschaftlichen Gründen nicht in Frage:

„Es wäre ein schwerer volkswirtschaftlicher Fehler gewesen, wenn man aus kurzsichtiger Sparsamkeit oder Bequemlichkeit

⁷⁴ Escherich, *Der Bialowieser Urwald* (wie Anm. 44), S. 281; vgl. Gayl, „Mit Schwert und Feder“ (wie Anm. 52), S. 263.

⁷⁵ Nußer, *Konservative Wehrverbände* (wie Anm. 65), S. 60.

⁷⁶ Ebenda, S. 62.

⁷⁷ BAK, Bild 3, *Sachthematische Bildersammlung, II. Erster Weltkrieg, 1914–1918*.

⁷⁸ Bredt, *Zur forstlichen Betriebsführung* (wie Anm. 71), S. 2.

sich begnügt hätte, die Forstnutzung den vorhandenen Arbeitskräften und Transportmitteln anzupassen. Man hätte dann sehr wohl rasch und sicher finanzielle Überschüsse aufweisen können, hätte aber trotzdem wider die Interessen einer großzügigen deutschen Kriegswirtschaft gehandelt, die die möglichste Erfassung der vorhandenen Kriegsrohstoffe selbst unter Hintansetzung augenblicklicher finanzieller Gesichtspunkte verlangt, die überall da, wo es möglich ist, kraft- und menschenparende Großbetriebe fördern und die mit allen Halbheiten rücksichtslos brechen muß, um der gegen sie gerichteten Kriegswirtschaft der ganzen Welt siegreich begegnen zu können.“⁷⁹

Die enormen Holzvorkommen in Bialowies riefen daher nach Meinung Escherichs trotz des Mangels an Infrastruktur und Arbeitskräften geradezu nach der Schaffung eines sehr großen Forstbetriebes samt Einrichtungen zur Weiterverarbeitung der Forstprodukte.⁸⁰

Der Ehrgeiz Escherichs endete jedoch nicht in der maximalen Steigerung der Holzproduktion für die Kriegswirtschaft. Auch nach Friedensschluss sollte die Forstverwaltung die Holzversorgung Deutschlands sichern. Außerdem wollte Escherich in Bialowies beweisen, dass sich die Gewinnung von Holzprodukten in einem „Urwald“ lohne. Das „System Bialowies“ sollte als Modell für die forstwirtschaftliche Nutzung der Wälder Kameruns dienen. Diese Pläne wurden vom Reichskolonialamt interessiert aufgenommen. Im Frühjahr 1918 wurde in Bialowies eigens ein „Kolonialwirtschaftliches Büro“ eingerichtet.⁸¹

Um in einem wenig erschlossenen Waldgebiet den größten Forstbetrieb der besetzten Gebiete einzurichten, war es zunächst notwendig, eine entsprechende Infrastruktur zu schaffen. Zum Abtransport des Holzes verlegte die Verwaltung über 100 km Waldbahnen. Zur Verarbeitung des Holzes legte sie Sägewerke, eine Holzwoollfabrik, eine Holzverkohlungsanlage, Terpentin- und Teeröfen, Harzereien und Köhlereien sowie Werkstätten für Schindelmacher, Speichenhauer und andere Handwerker an. Darüber hinaus wurden für die Unterbringung und Versorgung des Personals Barackenlager mit

⁷⁹ Escherich, *Der Bialowieser Urwald* (wie Anm. 44), S. 280.

⁸⁰ Ebenda, S. 280 f.

⁸¹ Escherich, *Der alte Forstmann* (wie Anm. 70), S. 224 ff.

Licht und Wasserversorgung, Magazine, Küchen, Entlausungsanstalten, Stallungen, Scheunen und andere Einrichtungen geschaffen.⁸²

Für diese Arbeiten mussten Millionen an Reichsmark investiert werden.⁸³ Nach eigener Aussage gelang es Escherich mit Unterstützung Ludendorffs, die Finanzierung durch die Verwaltung Ober Ost zu sichern: „Ludendorff hielt zu mir; er wusste ja, was es galt.“⁸⁴ Trotz der hohen Investitionen schrieb die Forstverwaltung schon bald schwarze Zahlen.⁸⁵ Hierzu trug bei, dass Forstprodukte nicht nur an das Heer abgeführt, sondern auch an private Firmen verkauft wurden.⁸⁶

Ein weit größeres Problem als die Beschaffung der nötigen Finanzmittel stellte die Rekrutierung von Arbeitskräften dar. Für die Umsetzung seiner ehrgeizigen Pläne veranschlagte Escherich einen Personalbedarf von 10 000 Menschen. Allein für den Aufbau des Transportnetzes, der Unterkünfte und der technischen Anlagen wurden hunderte Arbeitskräfte gebraucht.⁸⁷

Da die Umgebung nur dünn besiedelt war, versuchte die Forstverwaltung, Arbeitskräfte aus den gesamten östlichen Besatzungsgebieten zu gewinnen. Sie schickte Agenten in die nahe gelegenen Städte Białystok, Bielsk, Bransk (Brańsk) und Pruzana (Pruzana), aber auch nach Lodz.⁸⁸ Später vermittelte die DAZ Personal aus dem Generalgouvernement, vor allem polnische und jüdische Industriearbeiter aus Lodz.⁸⁹ Dies ist insofern bemerkenswert, als die Politik des Generalgouvernements vorsah, jede zu entbehrende Arbeitskraft der Arbeitsaufnahme in Deutschland zur Verfügung zu stellen, und hierfür auch einen Mangel an Arbeitskräften für Arbeiten im Generalgouvernement in Kauf nahm.

Außerdem vereinbarte die Forstverwaltung mit den Kreishauptleuten der benachbarten Kreise Bielsk, Wolkowysk (Wołkowysk) und Swisslocz (Świsłocz), dass „die dort wohnende Arbeiterschaft nach

⁸² Escherich, *Der Bialowieser Urwald* (wie Anm. 44), S. 281 f.; vgl. Franz, *Deutsche Arbeit* (wie Anm. 73), erster Bericht, S. 17 u. 19.

⁸³ Escherich, *Der Bialowieser Urwald* (wie Anm. 44), S. 280 f.

⁸⁴ Karl Strecker, *Auf den Spuren Hindenburgscher Verwaltung. Erlebnisse und Ergebnisse einer Studienfahrt nach Ober Ost*. Berlin 1917, S. 38.

⁸⁵ Nußer, *Konservative Wehrverbände* (wie Anm. 65), S. 65.

⁸⁶ Liulevicius, *Kriegsland* (wie Anm. 2), S. 99.

⁸⁷ Escherich, *Der Bialowieser Urwald* (wie Anm. 44), S. 281 f.

⁸⁸ Voit, *Die Erschließung* (wie Anm. 70), S. 23.

⁸⁹ Halbjahresbericht des Verwaltungschefs beim GGW, 1.10.1917–31.3.1918. GStA Rep 84a, Nr. 6211; vgl. „Jüdische Arbeiterstimme, Organ der jüdischen Sozialdemokraten, ‚Poale Zion‘ in Deutschland“, Berlin 16.6.1921, Nr. 7; vgl. Koch-Gotha, *Frühlingsfahrt* (wie Anm. 67), S. 68 f.

vollendeter Ernte zu den Winterwaldarbeiten abzugeben ist“.⁹⁰ Gemeint war hiermit eine „Verleihung“ der arbeitsfähigen Bevölkerung, die in Ober Ost zu vielfachen Arbeiten für die Verwaltung verpflichtet war.⁹¹

Darüber hinaus trafen viele Flüchtlinge in Bialowies ein, die entweder aus den Frontgebieten stammten oder die besetzten Gebiete während der Kampfhandlungen bzw. im Zuge des russischen Rückzuges 1915 verlassen hatten und nun zurückkehrten. Ob diese freiwillig in den Dienst der Forstverwaltung eintraten oder hierzu gezwungen wurden, lässt sich nicht einwandfrei klären. Laut Forstverwaltung waren viele Flüchtlinge froh, „eine Gelegenheit zu finden, sich ihr täglich Brot mit schwerer Handarbeit zu verdienen“.⁹² Es sind aus dem Generalgouvernement und aus Ober Ost jedoch auch Fälle bekannt, in denen Flüchtlinge zwangsweise zu Arbeiten verpflichtet wurden.⁹³



Abb. 4: Russische Kriegsgefangene beim Verladen von Baumstämmen in Bialowies⁹⁴

⁹⁰ Franz, *Deutsche Arbeit* (wie Anm. 73), erster Bericht, S. 44.

⁹¹ Westerhoff, *Zwangsarbeit* (wie Anm. 59), S. 151.

⁹² Voit, *Die Erschließung* (wie Anm. 70), S. 23 f. u. 32; vgl. Koch-Gotha, *Frühlingsfahrt* (wie Anm. 67), S. 67.

⁹³ Verwaltungsbericht Wilna-Suwalki für das 3. Vierteljahr 1916. GStA, Rep 84a, Nr. 6210; vgl. Halbjahresbericht des Verwaltungschefs beim GGW, 1.10.1917–31.3.1918. BAB, R 1501, Nr. 119761.

⁹⁴ BAK, Bild 3, Sachthematische Bildersammlung, II. Erster Weltkrieg, 1914–1918.

Insgesamt gelang es der Forstverwaltung, einen beachtlichen Personalstamm aufzubauen. Ende 1916 gehörten ca. 5 000 Zivilarbeiter zur Belegschaft.⁹⁵ Im Winter 1917/18 sollen zeitweise sogar bis zu 8 000 Zivilarbeiter beschäftigt gewesen sein.⁹⁶ Bei ca. 1 000 Beschäftigten handelte es sich um Frauen.⁹⁷ Hinzu kamen mehr als 2 000 russische und französische Kriegsgefangene und mehrere hundert deutsche Heeresangehörige.⁹⁸ Es ist also durchaus möglich, dass die angestrebte Zahl von 10 000 Beschäftigten erreicht wurde, auch wenn die Belegschaft stark fluktuierte.⁹⁹ Damit hatte die Forstverwaltung Bialowies mehr Beschäftigte als die angrenzenden Forstverwaltungen Grodno und Białystok zusammen (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Die Belegschaft der Forstverwaltungen Grodno, Białystok und Bialowies, Ende 1916¹⁰⁰

	Grodno	Białystok	Bialowies
Zivilarbeiter	1 000	3 300	4 980
Kriegsgefangene	835	1 000	2 860
deutsche Heeresangehörige	789	417	743
Gesamt	2 624	4 717	8 583

Dennoch war die Zahl der Arbeitskräfte für die geplanten Tätigkeiten nicht ausreichend.¹⁰¹ Im Laufe der Zeit wurde es zudem zunehmend schwieriger, neues Personal zu gewinnen.¹⁰² Häufig entsprachen die Arbeitskräfte nicht den Erwartungen der Forstverwaltung. Hauptmann Voit, Mitarbeiter Escherichs, beklagte sich über die physische

⁹⁵ Verwaltungsbericht der Militärverwaltung Białystok-Grodno, 1.10.1916–1.4.1917. GStA, Rep 84a, Nr. 6211; vgl. Bredt, Zur forstlichen Betriebsführung (wie Anm. 71), S. 2.

⁹⁶ Wilhelm Franz, Deutsche Arbeit im Urwald von Bialowies. Nach einem zweiten Bericht erstattet an die Wissenschaftliche Kommission des Königlich Preussischen Kriegsministeriums. Berlin 1918, S. 12; vgl. Verwaltungsbericht der Militärverwaltung Litauen, Bezirk Süd in Białystok für die Zeit vom 1.10.1917 bis zum 31.3.1918. GStA, Rep 77, Titel 875, 14 Adh. 2.

⁹⁷ Franz, Deutsche Arbeit (wie Anm. 96), zweiter Bericht, S. 12; vgl. Voit, Die Erschließung (wie Anm. 70), S. 32.

⁹⁸ Verwaltungsbericht der Militärverwaltung Białystok-Grodno, 1.10.1916–1.4.1917. GStA, Rep 84a, Nr. 6211; vgl. Bredt, Zur forstlichen Betriebsführung (wie Anm. 71), S. 2.

⁹⁹ In einigen Berichten ist davon die Rede, dass zahlreiche Arbeitskräfte die Forstverwaltung wieder verlassen hätten. Jüdische Arbeiterstimme (wie Anm. 89), S. 1; vgl. Koch-Gotha: Frühlingfahrt (wie Anm. 67), S. 68 f.

¹⁰⁰ Verwaltungsbericht der Militärverwaltung Białystok-Grodno, 1.10.1916–1.4.1917. GStA, Rep 84a, Nr. 6211.

¹⁰¹ Voit, Die Erschließung (wie Anm. 70), S. 23 f.

¹⁰² Franz, Deutsche Arbeit (wie Anm. 96), zweiter Bericht, S. 11.

Verfassung der Belegschaft: „Bald trafen sie in großen Scharen ein, alte Männer und halbwüchsige Burschen, Weiber, Mädchen und Kinder mit Sack und Pack, meist Flüchtlinge in abgerissenen Kleidern, abgehärmt und halb verhungert, darunter viele, die früher bessere Tage gesehen hatten.“¹⁰³

Ein großes Problem stellte auch die mangelnde Qualifikation der Beschäftigten und Verständigungsschwierigkeiten dar: „Schwer war der Anfang (...) für die Arbeiter, die niemals eine Säge und Axt in der Hand gehabt hatten, wie auch für das anlernende Forstpersonal, das sich mit den fremdsprachigen Leuten kaum verständigen konnte.“¹⁰⁴ Dennoch wurden in wenigen Monaten Tausende Menschen „unterschiedlichster Intelligenz [Bildungsgrad; C. W.]“ angelernt.¹⁰⁵

Der schlechte Zustand der Belegschaft resultierte vielfach aus den örtlichen Arbeitsbedingungen. Bei vielen Tätigkeiten handelte es sich um schwere körperliche Arbeit.¹⁰⁶ Die Arbeitskräfte waren für ungünstige Witterungsverhältnisse nicht ausreichend ausgerüstet,¹⁰⁷ und die Versorgung mit Lebensmitteln stellte wegen der abgelegenen Lage gerade in der Anfangszeit ein großes Problem dar.¹⁰⁸ Als Unterkünfte für das Personal mussten zunächst Jägerhütten, Ställe oder Heuschuppen erhalten.¹⁰⁹

Die Forstverwaltung hob an vielen Stellen hervor, dass sie „mustergültige“ Maßnahmen unternahm, um Missstände zu beseitigen. So strebte die Verwaltung an, durch eigene landwirtschaftliche Produktion die Lebensmittelversorgung zu verbessern.¹¹⁰ Nach Inbetriebnahme der Sägewerke wurden Baracken errichtet, die laut Verwaltung modernsten hygienischen Anforderungen entsprachen.¹¹¹ Zur Seuchenbekämpfung wurde eine eigene Sanitätsabteilung aufgestellt.¹¹²

Der Ausbruch von Seuchen konnte so zwar weitgehend verhindert werden.¹¹³ Eine durchschlagende Verbesserung der Lage der Beleg-

¹⁰³ Voit, Die Erschließung (wie Anm. 70), S. 23 f.

¹⁰⁴ Ebenda, S. 25.

¹⁰⁵ Franz, Deutsche Arbeit (wie Anm. 73), erster Bericht, S. 17.

¹⁰⁶ Voit, Die Erschließung (wie Anm. 70), S. 32; vgl. Koch-Gotha, Frühlingfahrt (wie Anm. 67), S. 67.

¹⁰⁷ Voit, Die Erschließung (wie Anm. 70), S. 32.

¹⁰⁸ Ebenda, S. 46.

¹⁰⁹ Franz, Deutsche Arbeit (wie Anm. 73), erster Bericht, S. 35.

¹¹⁰ Koch-Gotha, Frühlingfahrt (wie Anm. 67), S. 89; vgl. Escherich, Der alte Forstmann (wie Anm. 70), S. 223; Franz, Deutsche Arbeit (wie Anm. 73), erster Bericht, S. 38.

¹¹¹ Franz, Deutsche Arbeit (wie Anm. 73), erster Bericht, S. 35.

¹¹² Voit, Die Erschließung (wie Anm. 70), S. 39-43.

¹¹³ Ebenda, S. 40-43; vgl. Franz, Deutsche Arbeit (wie Anm. 73), erster Bericht, S. 38; Koch-Gotha, Frühlingfahrt (wie Anm. 67), S. 36 f.

schaft trat jedoch nicht ein. Dies blieb nicht ohne Folgen für die Leistungsfähigkeit: „Die (...) einheimischen Arbeiter und Arbeiterinnen (...) sind ein von Vollkraft bis zu geringster Arbeitsfähigkeit abgestuftes Menschenmaterial, das zum Teil unterernährt und in dürftiger Kleidung nur noch einen Bruchteil der normalen Arbeitskraft hergeben konnte.“¹¹⁴

Viele Hinweise deuten darauf hin, dass die Maßnahmen der Forstverwaltung in erster Linie der Aufrechterhaltung bzw. dem Ausbau der Produktion dienten. Konnte durch eine Besserung der Lebensbedingungen die Produktion gesteigert werden und standen hierfür die notwendigen Mittel bereit, dann wurden diese auch eingesetzt. Standen diese Mittel jedoch nicht bereit oder war eine Besserung nur unter Inkaufnahme von Produktionsminderungen zu erreichen, wurden der Belegschaft auch härteste Arbeitsbedingungen zugemutet.

Trotz der zunehmend schwierigeren Personalbeschaffung und der zum Teil geringen Leistungsfähigkeit der Arbeitskräfte stieg die Produktion von Forstprodukten zumindest bis Ende 1917 fortlaufend. Dies hatte seine Ursache vor allem darin, dass zahlreiche Anlagen erst nach und nach fertig gestellt wurden. Außerdem konnten die bisher zum Aufbau verwendeten Arbeitskräfte nun der Produktion zugeführt werden. Auch technische Verbesserungen trugen zum Wachstum bei.¹¹⁵

Die Forstwirtschaft von Bialowies wurde zum größten Holzlieferanten der besetzten Gebiete. Die Holzprodukte wurden in zahlreiche Orte in Deutschland und sogar bis ins besetzte Belgien geliefert. Die Forstverwaltung überließ es jedoch nicht dem Zufall, dass die zivile und militärische Führung des Reiches sowie die Öffentlichkeit auf die kriegswirtschaftliche Bedeutung der Forstwirtschaft aufmerksam wurden. In Bialowies, wo er im Jagdschloss des Zaren residierte, empfing Escherich zahlreiche Gäste. Er verstand es, Politikern, Militärs, Wissenschaftlern und Vertretern der Presse die Forstverwaltung von Bialowies als einen Musterbetrieb und als ein Unternehmen von großer Bedeutung für das Reich darzustellen.¹¹⁶ Besuchergruppen wurde ein ausgesuchtes Programm präsentiert, in dem sie nur das sahen, was sie sehen sollten. Unterstützt wurde die Verwaltung

¹¹⁴ Franz, *Deutsche Arbeit* (wie Anm. 96), zweiter Bericht, S. 11 f.

¹¹⁵ Ebenda, S. 15.

¹¹⁶ Ludendorff, *Kriegserinnerungen* (wie Anm. 55), S. 156; vgl. Gayl, „Mit Schwert und Feder“ (wie Anm. 52), S. 264.

vom Königlich Preussischen Presseamt, das positive Nachrichten für die Stimmung an der Heimatfront benötigte.¹¹⁷

Außerdem pflegte Escherich gute Kontakte zu zahlreichen wichtigen Persönlichkeiten. Prinz Leopold von Bayern z.B., seit dem 29. August 1916 Oberbefehlshaber Ost und damit sein direkter Vorgesetzter, war ein alter Jagdfreund Escherichs und förderte ihn nach Kräften.¹¹⁸ Auch durch Ludendorff wurde er wie erwähnt unterstützt.

3. Fazit

Die Arbeitskräftepolitik im Generalgouvernement Warschau unterschied sich stark von derjenigen in Ober Ost. Dies lässt sich auf verschiedene Ursachen zurückführen. So lagen in beiden Gebieten unterschiedliche Ausgangsbedingungen vor.

Im Generalgouvernement gab es schon zu Beginn der Besetzung zahlreiche Gründe, die für eine größere Bedeutung der Anwerbung nach Deutschland sprachen als in Ober Ost. So war das Besatzungsgebiet dicht besiedelt und wies eine beträchtliche Arbeitslosigkeit auf. Es standen somit viele potenzielle Arbeitskräfte zur Verfügung. Auch existierte eine ausgeprägte Wanderungstradition nach Deutschland. Darüber hinaus war es für die Verwaltung wenig attraktiv, polnische Unternehmen – vor allem in der Textilindustrie – weiter zu betreiben, weil die entsprechenden Rohstoffe fehlten oder die Produkte für die Kriegswirtschaft nicht von Relevanz waren. Auch war die Produktion in Deutschland aus Gründen der Kriegswirtschaft oder der Konkurrenz in vielen Fällen interessanter.

In Ober Ost dagegen gab es aufgrund der dünnen Besiedlung nur verhältnismäßig wenig potenzielle Arbeitskräfte. Gleichzeitig verfügte das Verwaltungsgebiet über ausgedehnte land- und forstwirtschaftliche Ressourcen, die für die Kriegswirtschaft von großem Interesse waren. Für deren Nutzung wurden die vorhandenen Arbeitskräfte benötigt. Ein mit dem Generalgouvernement vergleichbarer Umfang der Anwerbung wäre also nur schwer und unter Verzicht auf die Ausnutzung der Ressourcen zu erreichen gewesen.

¹¹⁷ Sammy Gronemann, Hawdloh und Zapfenstreich: Erinnerungen an die ostjüdische Etappe 1916–18. Königsstein i.Ts. 1924, S. 129; vgl. Nußer, *Konservative Wehrverbände* (wie Anm. 65), S. 70 f.

¹¹⁸ Nußer, *Konservative Wehrverbände* (wie Anm. 65), S. 60.

Insbesondere für Bialowies reicht die Ausgangslage jedoch nicht aus, um die tatsächlich eingeschlagene Politik zu erklären. Die ausgedehnten Holzvorkommen machten eine forstwirtschaftliche Nutzung sehr attraktiv. Das Angebot an Arbeitskräften war in der Region jedoch sehr gering und Anlagen zur Verarbeitung der Forstprodukte mussten erst mühsam aufgebaut werden. Der von Escherich in Aussicht genommene Großbetrieb entsprach also keineswegs den örtlichen Gegebenheiten. Besonders bemerkenswert ist, dass sogar Arbeitskräfte aus dem Generalgouvernement angeworben werden konnten – obwohl hier die Anwerbung nach Deutschland höchste Priorität hatte.

Entscheidend für das Vorgehen der Verwaltungen waren deren Ziele. Diese konnten durchaus von den Ausgangsbedingungen abweichen. Für den Generalgouverneur und den Verwaltungschef in Warschau hatte die Arbeitsaufnahme in Deutschland eindeutig Priorität vor der Produktion im Verwaltungsgebiet. Im Mittelpunkt der Anwerbebemühungen standen insbesondere christliche Männer, die im Besatzungsgebiet nach Möglichkeit durch Frauen und jüdische Arbeitskräfte beiderlei Geschlechts zu ersetzen waren. Aus diesem Grund konzentrierte sich die Politik im Generalgouvernement auf die Anwerbung männlicher polnischer Arbeitskräfte, selbst wenn dies mit einer geringeren Ressourcenausbeutung vor Ort erkauft wurde. Inwiefern dieses Ziel durch die Reichsregierung, die Oberste Heeresleitung, Vertreter der deutschen Wirtschaft oder die Deutsche Arbeiterzentrale bestimmt war, oder ob es sich um eigenständige Vorstellungen der Verwaltung handelte, wird durch weitere Forschungen zu klären sein.

Für Ober Ost und Bialowies lassen sich eigene, abweichende Vorstellungen konstatieren, die von entscheidendem Einfluss waren. Sowohl Ludendorff als auch Escherich drangen auf einen großflächigen Arbeitskräfteeinsatz in ihren Verwaltungsgebieten, um eine maximale Ressourcenausbeute zu erreichen. Darüber hinaus verfolgten sie engagiert weitergehende Ziele: Ludendorff wollte einen „Musterstaat“ errichten, Escherich einen „Musterbetrieb“. Beide strebten eine langfristige Anbindung ihrer Verwaltungsgebiete an das Deutsche Reich an.

Eine Einschränkung der Pläne wegen des Mangels an Arbeitskräften kam für Ludendorff und Escherich nicht in Frage. Das nötige Personal war gegen alle Widerstände herbeizuschaffen und einzusetzen, selbst wenn dies zu katastrophalen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten führte. Ein Rückgang der konkurrierenden Anwerbung nach Deutschland wurde nicht nur in Kauf genommen,

sondern war sogar gewollt. Im Gegensatz zum Generalgouvernement Warschau waren für die Anwerbung vor allem die weniger interessanten weiblichen und jüdischen Arbeitskräfte vorgesehen. Durch eine rücksichtslose Konzentration auf Produktionssteigerungen und unter Einsatz massiver PR- und Lobbyarbeit gelang es Escherich, in einem wenig erschlossenen Gebiet die größte Forstwirtschaft der Ostfront zu schaffen.

Weitergehende Aussagen über die Beschäftigung im gesamten Verwaltungsgebiet Ober Ost werden erst im Zuge der Arbeit an meiner Dissertation möglich sein. Zusammenfassend lässt sich jedoch schon jetzt feststellen, dass die Verwaltung in Bialowies eigene Ziele für die Ausnutzung der besetzten Gebiete hatte, die sehr ambitioniert waren und stark von denen im Generalgouvernement abwichen. Da sie alles daran setzte, diese Pläne umzusetzen, musste es zu einer sehr unterschiedlichen Arbeitskräftepolitik in den beiden Besatzungsgebieten kommen.

Nationale Minderheiten (Polen und Elsass-Lothringer) im preußisch-deutschen Heer während des Ersten Weltkriegs 1914–1918

von Jens Boysen

Die preußische Armee zog im August 1914 als mit Abstand größtes Kontingent des deutschen Heeres in den Krieg; die Ersatzbezirke ihrer westlichsten und östlichsten Armeekorps bildeten zugleich die Aufmarschräume gegenüber den Hauptgegnern Frankreich und Russland. Schon seit den 1890er Jahren war vor allem hier eine umfangreiche militärische Infrastruktur aufgebaut worden – insbesondere im Festungs- und Eisenbahnwesen –, die sich materiell und personell auf die zivilen Strukturen stützte.¹ Der seit 1905 maßgebliche Schlieffenplan änderte daran strukturell wenig, seine Bedeutung lag vor allem im operativen Bereich, wo er der deutschen Planung einen stärker offensiven Charakter verlieh. Außerdem wurde auch das Ersatz- bzw. Mobilmachungswesen in den westlichen und östlichen Grenzgebieten am weitesten perfektioniert.² Technisch und logistisch war am Vorabend des Krieges somit alles getan, um durch ein höchstmögliches Offensivpotenzial wenigstens die Chance auf einen Sieg im antizipierten Zweifrontenkrieg zu sichern. Zu diesen Vorbereitungsmaßnahmen zählte auch, und zwar schon seit der Zeit der Einigungskriege, die politische und militärische Integration der Bevölkerung in den neuralgischen Grenzgebieten, die im Norden, Osten und Westen in hohem Maße „nichtdeutscher“ Nationalität war bzw. deren nationales Identitätsprofil deutliche Abweichungen von dem erkennen ließ, was im preußisch-deutschen Kaiserreich als Norm angesehen wurde: die Dänen in Schleswig, die Polen in den Ostprovinzen und die „Elsass-Lothringer“ im gleichnamigen Reichsland, in dem die historisch, sprachlich und kulturell durchaus unterschiedlichen „Stämme“ der Elsässer und Lothringer 1871 zusammengefasst worden waren. In ‚objektiver‘ Hinsicht wiesen alle drei bzw. vier Gruppen beträchtliche Unterschiede auf, die sich aber in der ‚subjektiven‘ Beurteilung durch

¹ Vgl. Arden Bucholz, Moltke, Schlieffen, and Prussian War Planning. New York/Oxford 1991, S. 288-298.

² Vgl. Hermann Rahne, Mobilmachung. Militärische Mobilmachungsplanung und -technik in Preußen und im Deutschen Reich von Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg. Berlin 1983 (Militärhistorische Studien 23, N.F. – NVA, Militärgeschichtliches Institut der DDR), S. 106 ff.

die preußischen und die Reichsbehörden anders niederschlugen, als es vielleicht zu erwarten gewesen wäre.³

Während die Dänen und Polen tatsächlich *nationale* Minderheiten gemäß der klassischen⁴ ethnokulturellen Definition waren (und die Polen sich in ihrer großen Mehrheit zusätzlich durch ihre katholische Konfession von ihren deutschen Nachbarn abhoben), waren die „Elsass-Lothringer“ – neben dem strategischen Interesse an dieser Region – gerade als *ethnische Deutsche* ins Reich integriert worden. Jedoch hegten die im Reichsland tätigen „altdeutschen“ Beamten ein generisches Misstrauen gegenüber der von der vorherigen 200-jährigen Zugehörigkeit zu Frankreich geprägten Bevölkerung – und das, obwohl der harte Kern der Frankophilen nach 1871 für Frankreich optiert hatte und dorthin abgewandert war. Hauptgrund für diese widersprüchliche Haltung, welche die Integration des Landes ins Reich massiv behinderte, war der paradoxe Umstand, dass die französische Kultur als ebenbürtig angesehen wurde, was sich z.B. an der gleichbleibend großen Bedeutung des Französischen im Schulwesen zeigte – im Gegensatz zu der rigiden Bekämpfung des Dänischen und Polnischen in den jeweiligen Gebieten. Außerdem galt den Behörden wegen des politischen Gewichts Frankreichs im damaligen Europa alles „Französische“ zugleich als potenziell gefährlich, weswegen auch die mehrheitlich integrationswillige deutsch- bzw. alemannischsprachige Bevölkerung unter dem steten Verdacht der nationalen Illoyalität stand. Dieses subjektive Bedrohungsgefühl war gegenüber der überwiegend ländlichen dänischen und polnischen Bevölkerung weit weniger ausgeprägt; vor allem die gegen die Polen verhängten diskriminierenden Maßnahmen entsprangen vielmehr der missionarischen Idee von der „kulturellen Hebung“ eines als in vielerlei Hinsicht als rückständig empfundenen Ostens. Schleswig schließlich erhielt seitens der staatlichen Stellen auf preußischer bzw. Reichsebene die relativ geringste Aufmerksamkeit; hier wirkte vor allem im regionalen Deutschtum das antidänische Ressentiment von 1848/49 und 1864 fort. Die *ethnischen* Minderheiten wie etwa Masuren,⁵ Friesen und Sorben – die also kein „Mutterland“ außerhalb Deutschlands hat-

³ Aufgrund der verwendeten Quellenbasis findet keine gleichmäßige Behandlung der verschiedenen Minderheiten über den Betrachtungszeitraum hinweg statt; vielmehr ergeben sich letztlich zufällig wechselnde Gewichtungen.

⁴ Im Sinne des Herderschen, für Mitteleuropa damals maßgeblichen Paradigmas.

⁵ Vgl. Andreas Kossert, *Preußen, Deutsche oder Polen? Die Masuren im Spannungsfeld des ethnischen Nationalismus 1870–1956*. Wiesbaden 2001 (Deutsches Historisches Institut Warschau. Quellen und Studien. 12), S. 66–72.

ten – waren zwar im Wilhelminismus einer ähnlichen Assimilationspolitik ausgesetzt, spielten aber wegen ihrer mangelnden internationalen Verbindungen im Bedrohungsbild der zivilen und militärischen Reichsleitung keine Rolle.

Aus der Perspektive der preußischen Armeeführung war Dänemark kein Gegner und Schleswig bzw. Jütland – gemessen an den militärischen Hauptsicherungszonen an der West- und Ostgrenze – strategisch zweitrangig. Schleswig-Holstein war vor allem im Rahmen der Marinetätigkeit in der Nord- und Ostsee von Interesse; daher erschien die „Nordmark“ gegenüber der „West-“ bzw. „Ostmark“⁶ relativ unbedeutend. Unabdingbar für den Ernstfall war in allen Provinzen bzw. Korpsbezirken jedoch die Zuverlässigkeit der lokalen Bevölkerung bzw. der Gehorsam der Militärpflichtigen. Tatsächlich hatte die preußische Armee besonders seit den 1880er Jahren im Rahmen der Rekrutenaushebung danach gestrebt, die Wehrpflichtigen „nichtdeutscher Zunge“ möglichst weiträumig und ‚heimatfern‘ über die verschiedenen Armeekorps und auf mehrheitlich deutschsprachige Garnisonen zu verteilen; dabei war es teilweise sogar zu einem räumlichen Austausch dänischer und polnischer Rekruten gekommen.⁷ Zweck dieser Maßnahme war die *Akkulturation* der Betroffenen, d.h. ihre Gewöhnung an die deutsche Kommandosprache und allgemein an die militärische Kultur, deren Kern der unbedingte Gehorsam und die Verinnerlichung der mechanischen Abläufe waren. Im Unterschied zu einer Politik der *Assimilation* (wie sie der preußischen Armee lange Zeit ohne triftige Belege und auf Basis unzureichender theoretischer Begriffsbildung unterstellt wurde⁸) ging es dabei wohl nicht oder nur in untergeordnetem Maße um einen Beitrag zu einer „Germanisierung“ der Rekruten im Sinne einer Umprägung der nationalen Identität. Abgesehen von der praktischen Unmöglichkeit eines solchen Vorgangs ignoriert diese Sicht (die eher eine Art Opferphantasie darstellt) vor allem das – seit jeher bekannte – ‚ständische‘ Selbstverständnis der Mehrheit des preußischen Offizierskorps und sein autoritäres Erziehungsziel gegenüber

⁶ Diese Bezeichnungen verwendeten bevorzugt Presseorgane des Verbandes, des Ostmarkenvereins und anderer so genannter „vaterländischer Verbände“.

⁷ Siehe die Meldung „Rekruci polscy i duńscy w wojsku niemieckim“ [Polnische und dänische Rekruten im deutschen Heer] in der Posener Zeitung Wielkopolanin, Nr. 171, Jg. 4, vom 30.7.1886.

⁸ Zur Diskussion dieser Problematik grundlegend die Aufsätze in: *Procesy akulturacji/asymilacji na pograniczu polsko-niemieckim w XIX i XX wieku* [Akkulturations- und Assimilationsprozesse im deutsch-polnischen Grenzgebiet im 19. und 20. Jahrhundert], hrsg. v. Witold Molik u. Robert Traba. Poznań 2000.

den ihm auf Zeit unterstellten Zivilisten. Dieses Ziel – dem die genannte Imprägnierung durch den Gehorsam primär diente – lag neben den militärischen Funktionen in der Unterordnung ziviler unter militärische Wert- und Ordnungsbegriffe; und es richtete sich gegen alle Zivilisten einschließlich der „genuinen“ Deutschen. Das Ethnos stellte folglich kein erstrangiges Kriterium dar. Zwar war besonders bei der Auswahl des *Offiziersnachwuchses* eine nichtdeutsche Herkunft eines von mehreren möglichen Ausschlusskriterien; dazu zählten aber ebenso, wenn nicht in höherem Maße, eine nichtprotestantische bzw. nichtchristliche Konfession (Katholiken bzw. Juden), eine ‚falsche‘ politische Einstellung (d.h. alles links der National-liberalen) bzw. und vor allem eine zu „niedrige“ soziale Abkunft: Selbst Söhne des Großbürgertums mit Abitur wurden nach 1890 nur zähneknirschend und auf persönlichen Druck des Kaisers hin akzeptiert; und selbst jene fanden bis 1914 kaum Eingang in die „besseren“ Regimenter etwa des Gardekorps. All diese gesellschafts-politischen Positionen waren *aristokratische* und hatten mit dem im akademischen Bürgertum um sich greifenden ethnozentrischen Denken wenig zu tun. Und so ist auch die Härte der Ausbildung samt der häufig vorkommenden Misshandlungen von Rekruten⁹ in erster Linie als eine raue Form der *sozialen* Einpassung zu betrachten, zumal es auch hier keine nachweisbare Spezifik bei den Angehörigen nationaler Minderheiten gab. Dass sich die sprachlich isolierten Polen und Dänen (die Elsässer dürfte dieses Problem weniger betroffen haben, wohl aber einige Lothringer) oft nicht wohl fühlten und Heimweh verspürten, ändert an diesen objektiven Umständen nichts; außerdem bedeutete der Heeresdienst auch für viele ethnisch deutsche Rekruten, sofern sie vom Land stammten, eine erhebliche Herausforderung zur zivilisatorischen Anpassung.¹⁰

Die vermeintlich „französierten“ und daher so beargwöhnten Elsass-Lothringer mussten schon seit 1871, also früher und konsequenter als die anderen Minderheiten, den Wehrdienst *heimatfern* versehen; im Reichsland – wo demzufolge fast ausschließlich „altdeutsche“ (überwiegend preußische und bayerische) Rekruten dienten und das zugleich als ein einziges „Glacis“ (Bollwerk) gegen Frankreich konzipiert war – trat gerade das Militär wiederholt im Stil einer Kolo-

⁹ Vgl. Hartmut Wiedner, Soldatenmißhandlungen im Wilhelminischen Kaiserreich, in: für Sozialgeschichte 22 (1982), S. 159-191.

¹⁰ Vgl. Werner K. Blessing, Disziplinierung und Qualifizierung. Zur kulturellen Bedeutung des Militärs in Bayern, in: Geschichte und Gesellschaft 17 (1991), S. 459-479.

nialmacht auf und verdarb sich damit bei der zwar eigentlich nicht profranzösisch, aber in der Tat ‚zivil‘ eingestellten Bevölkerung viele Sympathien. Der bekannte politische Tiefpunkt dieser Entwicklung war die Zabern-Affäre von 1913; strukturell wichtiger war aber wohl die weitgehende Ablehnung elsässisch-lothringischer Offiziersaspiranten in den hier stehenden Armeekorps. Diese Abgelehnten traten häufig jenseits der Grenze ins französische Offizierskorps ein und wurden zu erbitterten Gegnern der „Preußen“, was sich gerade im Weltkrieg zeigen sollte.¹¹

In den strategisch nicht weniger wichtigen Ostprovinzen legten die Militärbehörden und -befehlshaber im Frieden ein wesentlich gelasseneres Verhalten an den Tag und hegten aus einer paternalistisch-herablassenden Haltung heraus gegenüber der polnischen Bevölkerung deutlich geringere Vorbehalte als gegenüber der des Reichslandes. Das lässt sich jedenfalls daraus schließen, dass sich das Militär kaum zur Unterstützung von Maßnahmen bereitfand, die besonders nach der Jahrhundertwende das von alldeutschen Ideen beeinflusste Innenministerium und die ihm unterstellten Zivilbehörden zur „Deutschtumsförderung“ initiiert hatten.¹² Besonders weigerte sich die Armeeführung in den meisten Fällen, Truppenteile in bestimmte Ortschaften ohne strategische Bedeutung zu verlegen, um die deutsche Bevölkerung vermeintlich „wirtschaftlich und moralisch zu stützen“ und so die Folgen der seit der Reichsgründung beobachtbaren – primär wirtschaftlich begründeten – „Ostflucht“ zu lindern. Ein wesentlicher Grund für diese Einstellung war, dass die preußische Armeeführung ganz auf Russland als äußeren Gegner konzentriert war und den Polen, ungeachtet aller innenpolitischen Spannungen, keine prorussischen Neigungen unterstellte – dies traf auch, sieht man von einem Teil der Anhänger der Nationaldemokratie (*Endecja*) ab, weitgehend zu. Zugleich scheint ungeachtet der Distanz, welche die meisten Polen mit der Zeit zu den preußischen staatlichen Institutionen einnahmen, gerade die Armee durch ihr ‚professionelles‘ Auftreten noch einen gewissen Respekt in der polnischen Bevölkerung genossen zu haben. Viele Polen, vor allem die Veteranen der Einigungskriege, waren auch – zumindest bis ca. 1900, als die staatliche

¹¹ Vgl. Eberhard Naujoks, Die Elsass-Lothringer als „preußische Minderheit“ (1870–1914), in: Expansion und Integration. Zur Eingliederung neugewonnener Gebiete in den preußischen Staat, hrsg. v. Peter Baumgart. Köln/Wien 1984, S. 449–473.

¹² Aktenbestand im Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStAPK), I. HA, Rep. 77, Tit. 332e: Dislokationen, Nr. 14: Belegung kleinerer und mittlerer Städte der Provinzen Posen und Westpreußen mit Garnisonen, Bd. I: 1900–1913, o. Pag.

Vereinspolitik germanisatorische Züge annahm – Mitglieder in Kriegervereinen.¹³

Zumindest in der unmittelbaren Vorkriegszeit wurde der Umgang mit den nationalen Minderheiten in unterschiedlichem Maße auch von außenpolitischen bzw. strategischen Erwägungen beeinflusst. Während die (jedenfalls gedachte) Verbindung zwischen den Elsass-Lothringern und Frankreich relativ offensichtlich erschien und daher für den Kriegsfall scharfe Kontroll- und Sicherungsmaßnahmen vorgesehen waren, scheinen hinsichtlich der polnischen Heeresangehörigen – nach Maßgabe der relativ wenigen aussagekräftigen Quellen, die hierfür noch vorhanden sind – solche Anweisungen weniger oder gar nicht ausgearbeitet gewesen zu sein. Zum Zeitpunkt des Kriegsbegins 1914 befanden sich die gerade dienenden Wehrpflichtigen durch das landesweite ‚Verstreuungssystem‘ in Garnisonen in allen Teilen Preußens bzw. des Reichslandes oder auch bei der Marine in den Küstenstandorten. Da entsprechend dem Schlieffenplan die meisten Armeekorps an der Westfront aufmarschierten, kamen auch die meisten ethnischen Polen dort zum Einsatz. Für den Osten, wo das Heer zunächst eine Defensivstellung bezog, gibt es keine Hinweise auf eine *planvolle* gesonderte Politik gegenüber den Polen in Uniform. Die 1914 im Osten neben dem 8. Armeekorps vorhandenen Kräfte – v.a. Landwehr- und Landsturmeinheiten¹⁴ – bestanden größtenteils aus lokaler Bevölkerung, also auch aus zahlreichen Polen; das betraf etwa die wichtigen Festungsbesetzungen in Thorn und Posen. Laut Aussage eines prodeutscher Sympathien unverdächtigen Zeitzeugen wurden an die polnischen Soldaten der Posener Garnison am 1. August 1914 sogar Gesangbücher und andere Materialien in polnischer Sprache ausgeteilt, in der Hoffnung, sie dadurch „auf die Seite einer propreußischen Politik zu ziehen“.¹⁵ Allerdings war der vor dem Krieg mit seinem vor dem Erfolg der polnischen Nationalbewegung warnenden Buch „Das polnische Gemeinwesen im preußischen Staat“ (Leipzig 1911) hervorgetretene Ludwig Bernhard der Auffassung, durch die „Durchsetzung der polnischen Bevölkerung mit deutschen Ansiedlern“ und die „gegenseitige Kontrolle der deutschen Ansiedler und der polnischen Bauern [... sei ...] die Loyalität

¹³ Akten im GStAPK, I. HA, Rep. 89, Nr. 15512: Geheimes Zivilkabinett, jüngere Periode, XXI Posen 5: Akten betr. die Schützen- und Krieger-Vereine (4 Bde., 1883–1914).

¹⁴ Vgl. Rahne, Mobilmachung (wie Anm. 2), S. 106 ff.

¹⁵ „starając się przeciągnąć Polaków na stronę polityki prusofilskiej“. Kazimierz Suchowiak, Tajna Organizacja Niepodległościowa T.O.N. [Die geheime Unabhängigkeitsorganisation T.O.N.]. Poznań 1922, S. 15.

der Polen (...) wesentlich befördert“ und mithin die Mobilmachung entscheidend erleichtert worden.¹⁶

Während jedenfalls die Soldaten in der gewaltigen Mobilisierungsmaschine fest eingebunden waren, richtete sich das Misstrauen der Behörden, und d.h. unter den Bedingungen des am 31. Juli 1914 verhängten Belagerungszustands vor allem das der Stellvertretenden Generalkommandos,¹⁷ in den ersten Tagen des Krieges gegen die *zivilen* Führungspersönlichkeiten der Minderheiten. Zwar griffen die Maßnahmen zur Sicherung des Burgfriedens und zur zentralen Koordinierung der Kriegswirtschaft grundsätzlich auch bei diesen Bevölkerungsteilen; außerdem hatte der preußische Kriegsminister unmittelbar vor Kriegsbeginn in einem Erlass vom 25.7.1914 über die „Richtlinien für die bei Erklärung des verschärften Kriegszustandes zu ergreifenden Maßnahmen“ die Stellvertretenden Generalkommandos darauf hingewiesen, „es [sei] nicht erwünscht, dass politische Parteien durch Unterdrückung ihrer Presse und Verhaftung ihrer Führer von vornherein in einen scharfen Gegensatz zur Regierung hineingetrieben werden. Deshalb [sei] zunächst ein abwartendes Verhalten, bei strenger Überwachung gegenüber der sozialdemokratischen, polnischen, dänischen und elsass-lothringischen Presse angezeigt.“¹⁸

Dies war auch ganz im Sinne von Reichskanzler Bethmann-Hollweg, der am 15. August 1914 für eine behutsame „Behandlung der Sozialdemokratie, der Polen und Dänen sowie der Presse“ eintrat. Zwei Tage zuvor hatte auch der Chef des Generalstabs einen Erlass herausgegeben, in dem er im Sinne des Burgfriedens auf die Notwendigkeit des Erscheinens polnischsprachiger Zeitungen hinwies, „deren Unterdrückung nur in ganz besonderen Fällen gebilligt werden könne“.¹⁹

¹⁶ Abschrift eines Berichts von Ludwig Bernhard an den Chef des stellvertretenden Generalstabes vom 19.8.1914, in: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Titel 863a: Weltkrieg, besonders Polenfrage, Nr. 2b: Preußische Polenpolitik. Verhalten der Polen im Kriege 1914/18, f. 252-256.

¹⁷ Die eigentlichen Generalkommandos (Gen.-Kdos.) waren mobilisiert worden und mit der Masse ihrer Armeekorps (AK) ins Feld gerückt. Zum Gesamtkomplex der zivilmilitärischen Zusammenarbeit siehe Wolf-Rüdiger Schrumpf, Territoriale Kommandogewalt und zivile Verwaltungskompetenz im 1. Weltkrieg – Konsens, Kooperation, Konflikt. Eine Studie über die Aktivitäten des Stellvertretenden Generalkommandos des VII. Armeekorps und der Mittelbehörden der Provinz Westfalen bei der Versorgung der Zivilbevölkerung. Münster 1995.

¹⁸ Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918, hrsg. v. Wilhelm Deist. 2 Bde., Düsseldorf 1970 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Zweite Reihe: Militär und Politik. I/1 und 2), Nr. 77: Schreiben des preußischen Kriegsministeriums an die preußischen Gen.-Kdos. Richtlinien für die bei Erklärung des verschärften Kriegszustandes zu ergreifenden Maßnahmen vom 25.7.1914, S. 189.

¹⁹ Ebenda, Nr. 79: Erlaß des Chefs des Generalstabes des Feldheeres an die bundesstaatlichen

Und am 14. August hatte der Stellvertretende Kommandierende General des XVII. Armeekorps in Danzig auf Drängen des westpreussischen Oberpräsidenten hin und „im Hinblick auf die patriotische Haltung, welche auch der polnischsprechende Teil der Bevölkerung seit dem Beginn der Mobilmachung gezeigt ha[be]“, die bei Kriegsbeginn verhängte Pressezensur wieder aufgehoben, und dies „in dem Vertrauen, dass die polnische Presse die Treue gegen Kaiser und Reich in keiner Weise verletzen werde, und (...) dass sie nicht nur allen Beschränkungen, welche der gesamten Presse im Interesse des Deutschen Heeres, der Reichsmarine und der verbündeten Kriegsmacht auferlegt sind oder auferlegt werden, sich strenge unterwerfen, sondern auch sonst die Interessen der Landesverteidigung willig fördern werde.“²⁰

Dennoch gingen er und mehrere andere Stellvertretende Kommandierende Generäle in jenen Tagen daran, prophylaktisch zahlreiche prominente Vertreter polnischer Vereine und Organisationen zu verhaften.²¹ Angesichts der auch unter der polnischen Bevölkerung weitgehend reibungslos ablaufenden Mobilmachung und da die Verdachtsmomente gegen die Verhafteten sich bald auflösten, wurden aber die meisten schnell wieder freigelassen, auch auf Fürsprache ziviler Stellen hin, die die korrekte Haltung der Polen nicht gefährden wollten. Allerdings gab es hierzu deutscherseits durchaus unterschiedliche Beurteilungen. Die Presse neigte häufig zu relativ positiven Einschätzungen; so schrieb der Schriftsteller Emil Ludwig am 28. November 1914 für das „Berliner Tageblatt“ unter dem Titel „Posen im Kriege“:

„Nirgends hat sich der Zusammenschluß mit fremdem Stamme in Deutschland besser bewährt als hier mit den Polen. In Posen, in Preußen und in Oberschlesien ist die Mobilmachung der deutschen Polen mit einer Präzision und Selbstverständlichkeit verlaufen, die um so erstaunlicher ist, je vorurteilsfreier man die Verschärfung der Gegensätze gerade in den letzten Jahren betrachtet. polnische Bauern sind unter die deutschen Fahnen

Kriegsministerien und die Gen.-Kdos. betr. die Wahrung des Burgfriedens vom 13.8.1914, S. 194, inkl. Anm. 4.

²⁰ Abschrift einer Verfügung des Stellvertretenden Kommandierenden Generals des XVII. AK vom 14.8.1914, in: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Titel 863a: Weltkrieg, besonders Polenfrage, Nr. 12: Verhaftungen von Polen 1914–1917, f. 53.

²¹ Vgl. ebenda. Solche Maßnahmen waren schon im Frieden mit entsprechenden Listen vorbereitet worden und trafen in städtischen Gebieten v.a. Sozialdemokraten; vgl. Schrupf, Kommandogewalt (wie Anm. 17), S. 78.

geeilt. Nie hat man etwas Abfälliges über einen einzigen gehört, und das Urteil, auch des schärfsten Haktisten, räumt den Polen Bravour und Gehorsam in bedeutendem Maße ein. Groß ist die Zahl der polnischen Kriegsfreiwilligen, und das erklärt auch das Fehlen einer ‚Polnischen Legion‘ nach Art der galizischen und russischen.“²²

Nun wäre die Aufstellung von Legionen ohnehin weder mit den allgemeinen noch mit den militärpolitischen Grundsätzen der preußisch-deutschen Führung vereinbar gewesen; man duldet nicht einmal die Werbung für die mit Österreich-Ungarn verbündeten Legionen Józef Piłsudskis im deutsch besetzten Teil Russisch-Polens.²³ Aber auch generell waren staatliche Stellen deutlich skeptischer als die Presse. Ein bekannt polenkritischer Protagonist wie der frühere posensche und seit 1911 pommersche Oberpräsident Wilhelm v. Waldow monierte im Oktober 1915 gegenüber dem Innenminister:

„Dass die Soldaten polnischer Nationalität sich brav geschlagen haben, wird man ihnen kaum als ein besonders zu belohnendes Verdienst anrechnen können. Sie haben ebenso wie ihre Kameraden deutscher Muttersprache für den Schutz ihres heimatlichen Bodens und für das Leben und Eigentum ihrer Familien gekämpft. Die Haltung der polnischen Bevölkerung in der Heimat hat, nach der polnischen Presse zu urteilen, sich nicht über eine abwartende Neutralität erhoben, die in der kritischen Zeit, als mit der Gefahr eines russischen Einbruchs zu rechnen war, zur unfreundlichen Neutralität herabsank. Ohne den Zwang des Belagerungszustandes wäre die deutschfeindliche Gesinnung der Nationaldemokraten wohl zu deutlicherem Ausdruck gekommen.“²⁴

Tatsächlich war die antideutsche Haltung der im Posenschen führenden Nationaldemokraten allen preußischen Stellen bewusst – ebenso aber, dass diese Partei ein Gegner riskanter Aktionen war und ihr

²² GStAPK, I. HA, Rep. 77, Titel 863a: Weltkrieg, besonders Polenfrage, Nr. 13: Polen und andere Kriegssachen. Allgemeines (1914/15), f. 99.

²³ Laut dem preußischen Innenminister v. Loebell wegen deren „linker“ Orientierung – Denkschrift vom 5.11.1914, in: Ebenda, Nr. 2b: Preußische Polenpolitik. Verhalten der Polen im Kriege 1914/18, f. 271 f.

²⁴ Ebenda, f. 320-336: Abschrift Schreiben von Waldow vom 29.10.1915 an Innenministerium; Unterstreichungen im Original.

Verhalten weitgehend opportunistisch ausrichten würde. Eine abwägende Position zu diesem Thema nahm Anfang 1915 als Vertreter der ‚Verwaltungsbasis‘ der Landrat des Kreises Schwetz, Provinz Posen, ein. Er wandte sich gegen die Aussage des Deutschen Ostmarkenvereins, wonach die preußischen Polen Sympathien für Russland hegten, und bestätigte, die Mobilmachung sei „glatt“ verlaufen, auch wenn die Polen keine große Begeisterung gezeigt hätten. Auch betonte er die grundsätzliche Bindekraft des preußischen Staates – und nicht zuletzt der Armee – jenseits der „völkischen“ Trennlinien. Zugleich unterstrich er, die langfristige Haltung der meisten Polen werde wesentlich vom Kriegsverlauf abhängen: „Sie sind nicht gegen uns, aber sie sind nur bedingt für uns, sie hoffen für sich, dass in den Wirren dieser Zeit sich eine günstige Chance für sie biete. ‚Sie‘ sind die politisch geschulten, führenden Kreise, nicht der einfache Mann, dem ‚der Kaiser‘ viel näher steht; ‚uns‘ ist nicht unsere Armee, sondern der politische Körper des deutschen Reiches.“²⁵

So gesehen, war die Zukunft ungewiss. Gemessen an den anderen Schwierigkeiten, die bei der zivil-militärischen Zusammenarbeit während des Weltkrieges auftraten, bildete die innere Politik gegenüber den Polen dennoch, zumindest bis 1916, eher einen Nebenaspekt. Dies lag unter anderem daran, dass ab Anfang 1915 die „Russengefahr“ im preußischen Osten endgültig gebannt war und die lokalen Verhältnisse relativ stabil blieben. Und obwohl die zivilen polnischen Organisationen und die polnische Presse eine für die deutschen Behörden unbefriedigende ‚neutrale‘ Haltung einnahmen sowie sich weder an der Zeichnung von Kriegsanleihen noch an Aktionen zur Unterstützung des Deutschen Roten Kreuzes nennenswert beteiligten, so wurde ihnen doch keine Affinität zum russischen Gegner unterstellt (tatsächlich hegten diese Kreise in ihrer Mehrheit viel eher wachsende Sympathien für die westlichen Ententemächte). Schon wegen ihrer Sprachkompetenz kamen außerdem zahlreiche preußische Polen – v.a. solche mit höherer Bildung, die sich bzw. ihren Söhnen derart häufig eine „u.k.“-Stellung verschafften – ab 1915 in der deutschen Besatzungsverwaltung im Osten zum Einsatz. Vor allem aber erwiesen sich die *Masuren*, trotz der unschönen und vor allem überflüssigen Germanisierungspolitik der Vorkriegsjahre, unverändert als preußisch und deutsch gesinnt. Sie wirkten hauptsächlich in den unmittelbar angrenzenden Gebieten Mittelpo-

²⁵ Ebenda, f. 274-279: Abschrift einer Mitteilung des Landrats Kr. Schwetz vom 10.1.1915 an Innenministerium.

lens bzw. Masowiens als zuverlässige Gewährsleute der deutschen Kriegsinteressen, was die wirtschaftliche Ressourcenausbeutung ebenso einschloss wie die Anwerbung polnischer Zivilarbeiter, die de facto häufig Zwangsarbeiter waren.²⁶ Die zu Kriegsbeginn in Preußen befindlichen polnischen Saisonarbeiter russischer Staatsangehörigkeit waren ohnehin gleich zwangsweise im Lande behalten worden, um angesichts der eingezogenen Wehrpflichtigen die eigene Agrarproduktion zu sichern und zugleich dem russischen Gegner einen Teil der Rekruten im westlichen Grenzgebiet zu entziehen.²⁷

Nach dem erfolgreichen Ablauf der Mobilmachung taten die anfänglichen deutschen Erfolge ein Übriges, um etwaig vorhandene Loyalitätsschwankungen auf Seiten der Minderheiten nicht hervortreten zu lassen. Erst allmählich komplizierte die Kriegsentwicklung auch bestimmte Aspekte der inneren Heerespolitik wie z.B. die Frage der Minderheiten. So regten sich nach der Besetzung Russisch-Polens und Litauens im Frühjahr und Sommer 1915 in der Heeresführung gewisse Überlegungen dahingehend, ethnische Polen vorrangig im Westen einzusetzen, um ‚Fraternisierungen‘ zu vermeiden. Jedoch wurde diese Politik keineswegs konsequent umgesetzt; aus Einzelangaben polnischer Soldaten wird deutlich, dass sie – wie alle anderen – je nach Kriegslage an allen Frontabschnitten eingesetzt wurden. Von späteren Forderungen mancher Kommandeure nach einer gezielten bzw. selektiven Verwendung der Polen wird im Kontext der Desertionsfrage noch die Rede sein.

Was im Felde, besonders auf den unteren Befehlsebenen, wie schon im Frieden allerdings vorkam, waren herablassende bzw. diskriminierende Bemerkungen von Kommandierenden gegenüber Sprechern von Minderheitensprachen bzw. direkte Sprachverbote. Diesbezügliche Beschwerden erreichten Vertreter der preußischen und Reichsbehörden von Seiten polnischer Honoratioren. So gab es im Mai 1915 einen Schriftwechsel zwischen dem Polizeipräsidenten bzw. dem Oberpräsidenten in Posen und dem Innenministerium betreffend „das angebliche Verbot des Gebrauchs der polnischen Sprache beim

²⁶ Für diese Information danke ich Robert Traba (Berlin/Warschau).

²⁷ Vgl. etwa eine Verordnung des Stellvertretenden Kommandierenden Generals des II. (pommerschen) AK, Frhr. v. Vietinghoff, vom 17.8.1914, in: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BA B-L), Bestand R 1501, Reichsamt des Innern, Rechtsabteilung, Militaria, Generalia, Nr. 11: Das Mobilmachungswesen, Adh. 9: Der Kriegszustand, Adh. 9a: Anordnungen der stellv. Generalkommandos – II. Armeekorps, f. 6. Ausführlicher zu den Zwangsbestimmungen s. die Specialakten Nr. XII: „Akten betr. polnische Arbeiter“ (23.2.1915–13.11.1918), in: HStA Dresden – Kriegsarchiv, Stellvertretendes Generalkommando des XII. (1. K.S.) Armeekorps, Abt. I c [Abwehr], Nr. 12241.

Heere“. Auslöser war eine Beschwerde des Posener Prälaten Józef Kłos, der von seinem an der südlichen Ostfront dienenden Bruder Stanislaus (Stanisław) einen Brief erhalten hatte, in dem dieser mitteilte, in seinem Bataillon sei zweimal ein formales Verbot des Polnischgebrauchs verlesen worden. Der betreffende Offizier wurde folgendermaßen zitiert: „Wir sind deutsches Militär und Preussen und keine Polaken.“ Obwohl der Oberpräsident betonte, dass es sich bei dem Prälaten Kłos um einen bekannten nationalpolnischen Agitator handle,²⁸ empfand er die Angelegenheit als wichtig genug, um sie nach Berlin weiterzuleiten; zugleich unterstrich er, es gebe seitens der Militärbehörden kein solches Sprachverbot und er werde über die berichteten Vorfälle mit dem zuständigen Oberbefehlshaber Ost sprechen.²⁹ Fast gleichzeitig und zum selben Thema wandte sich der damals – wegen seiner guten Kontakte in katholisch-konservative polnische Kreise – als Polenbeauftragter der Reichsregierung tätige Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger am 20. Mai 1915 an den preußischen Innenminister. Ihm hatte unter Hinweis auf verschiedene Klagen aus der polnischen Bevölkerung über Sprachbeschränkungen der bekannte polnische Redakteur Wiktor Kulerski geschrieben, der vor 1914 ein scharfer Kritiker der preußischen Polenpolitik gewesen war, jetzt aber im Krieg gegen Russland die Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden suchte. Kulerski hatte angesichts der militärischen Briefzensur und dem Zwang, auf Deutsch zu schreiben, angemerkt: „Die Leute können doch meistens nicht genügend Deutsch, daran ist ja das wahnsinnige Unterrichtssystem selbst schuld. Die Angehörigen verstehen erst recht kein Deutsch.“³⁰

Nicht nur polnische, sondern auch deutsche Bildungsexperten sahen diesen negativen Zusammenhang mit der seit der Reichsgründung in Preußen betriebenen assimilatorischen Schulpolitik. Infolge dieser pädagogisch noch mehr als politisch destruktiven Maßnahmen wiesen viele Schüler nichtdeutscher Muttersprache große

²⁸ Józef Albin Kłos (1870–1938), Priester und bis 1915 sowie erneut ab 1924 Redakteur der nationalkatholischen Zeitung „Przewodnik Katolicki“ in Posen; vgl. Jerzy Kozłowski, Wielkopolska pod pruskim zaborem w latach 1815–1918 [Großpolen unter preußischer Herrschaft in den Jahren 1815–1918]. Poznań 2004, S. 251.

²⁹ GStAPK, I. HA, Rep. 77, Titel 863a: Weltkrieg, besonders Polenfrage, Nr. 8: Gebrauch der polnischen Sprache im Ortsfernsprechverkehr und beim Heere (1915), f. 5: Polizeipräs. Posen vom 2.6.1915 an Innenmin. und f. 6: Übersetzung eines Briefes des Landsturmmannes Stanislaus Kłos, 1. Komp., Feld-Btl. Süd, Inf.Rgt. Runge, Corps Dickhuth, an seinen Bruder, den Prälaten Kłos in Posen, gegeben zu Chudrynk, den 29.5.1915.

³⁰ Brief Erzberger vom 20.5.1915 an Innenministerium sowie Abschrift des Briefes von Wiktor Kulerski vom 3.5.1915 an Erzberger, in: Ebenda, f. 7 bzw. f. 8-11.

Sprachmängel auf und wussten sich weder auf Deutsch noch in ihrer Muttersprache korrekt auszudrücken.³¹ Tatsächlich hatte auch die Armee mit den Folgen dieser ‚zivilen‘ Politik zu kämpfen, und die ‚Verstreung‘ der nichtdeutschen Rekruten in heimatferne Gebiete hatte ein wesentliches Motiv ebendarin, sie zur Annahme eines funktional notwendigen Minimums an deutscher Sprachkompetenz zu nötigen.

Entsprechend ihrer Überzeugung, die – mindestens formale – Loyalität der Polen (und aller anderen nicht zum politisch-gesellschaftlichen Kern des Reiches zählenden Gruppen) allein durch eine erfolgreiche Kriegführung sichern zu können, wies die Reichsleitung schon unter dem vergleichsweise moderaten Bethmann-Hollweg Forderungen gerade auch konservativer Kreise, die Polen durch Konzessionen z.B. in der Sprachenpolitik enger an die kämpfende deutsche Nation zu binden, zurück. Auch nachdem sich die Hoffnung auf einen schnellen Sieg nicht erfüllt hatte, zeigte die Regierung in der inneren „Polenfrage“ keinerlei Elastizität, während sie im besetzten Russisch-Polen schrittweise eine Polonisierung begünstigte, die in der Proklamation des „Königreichs Polen“ am 5. November 1916 gipfelte.³² Angesichts dessen schrieb unter anderem der schon erwähnte Wiktor Kulerski im März 1917 einen weiteren, von Enttäuschung über die Starrheit der preußischen Polenpolitik geprägten Brief an Erzberger, den dieser an den damals schon weitgehend machtlosen Bethmann-Hollweg weiterleitete.³³

Weder diese allgemeinen innenpolitischen Gegebenheiten noch Vorkommnisse wie die oben genannten Diskriminierungen im Heer, die übrigens nicht verallgemeinert werden sollten,³⁴ beeinträchtigten jedenfalls die Funktionsfähigkeit der militärischen Strukturen merklich. Inwieweit sie die innere Einstellung der betroffenen Soldaten veränderten bzw. zu einer Politisierung oder gar Nationalisierung ih-

³¹ Vgl. Eva Rimmele, *Sprachenpolitik im Deutschen Kaiserreich vor 1914. Regierungspolitik und veröffentlichte Meinung in Elsass-Lothringen und den östlichen Provinzen Preußens*. Frankfurt a.M. 1996, S. 83-127.

³² Vgl. H. Lemke, *und Rivalität. Die Mittelmächte und Polen im Ersten Weltkrieg*. Berlin [Ost] 1977.

³³ Brief Erzberger an Bethmann-Hollweg vom 9.3.1917, in: BA B-L, Bestand R 43 (Alte) Reichskanzlei, I. Stammakten, Gr. 28: Parteien, 1. Politische Parteien, 1/5: Polen, 8 Bde. (1900–1918), Bd. 8 (1916–1918), f. 106; die Denkschrift Kulerskis als Anhang in f. 107-113.

³⁴ Von Soldaten polnischer Abstammung sind aus dieser Zeit durchaus unterschiedliche Erfahrungen überliefert. Neben mehreren negativen Zeugnissen schildern andere Soldaten eine – bei allem Misstrauen gegenüber der polnischen Minderheit – korrekte Behandlung durch ihre Ausbilder; alle diese Dokumente in der Biblioteka Kórnicka, Oddział w Poznaniu (Abt. in Posen), Sign. BK 11055 bzw. BK 12158/I und BK 12158/II.

res Denkens beitragen, lässt sich nur schwer einschätzen. Dass der unerwartet lang dauernde Weltkrieg mit seiner Mobilisierung und somit ‚In-Frage-Stellung‘ der überkommenen Ordnung generell zu einer Politisierung machtferner Schichten beitrug, ist bekannt – und ebenso, dass die exilpolitischen Führungskreise der „staatenlosen Völker“ mit fortschreitender Dauer des Krieges sich auf beiden Seiten der Front für eine Neuordnung in ihrem Sinne starkmachten. Für die die Masse der Bevölkerung stellenden Unterschichten an Front und Heimatfront war die Perspektive aber nicht unbedingt die gleiche. In mehreren im Polen der Zwischenkriegszeit erschienenen Erinnerungen ehemaliger preussischer Soldaten schildern diese, wie sie entweder schon vor dem Krieg oder – so die Mehrheit – während des Krieges zu einer nationalpolnischen Einstellung gelangt seien und in vielen Fällen auf eine Gelegenheit gewartet hätten, sich dem Kriegsdienst im deutschen Heer zu entziehen. Danach hätten sie sich in der Heimat versteckt gehalten und sich später am Großpolnischen Aufstand (ab dem 27. Dezember 1918) beteiligt.³⁵

An den Angaben über Einsatzorte und -zeiten sowie eventuelle Verwundungen und an anderen, dort genannten Fakten gibt es keinen Grund zu zweifeln. Auch die Aussagen über die Formen von Wehrpflichtentzug bzw. von Umgehungen der Dienstpflicht, sei es schon im Zuge der Musterung und Aushebung – hier oftmals unterstützt durch falsche Atteste polnischer Musterungsärzte – sind nachvollziehbar; und ebenso ist das Untertauchen desertierter Soldaten im Heimatgebiet dokumentiert.³⁶ Bei der hier zitierten Dokumentensammlung springt jedoch durchweg ein triumphierend-nationalistischer Unterton ins Auge, der suggeriert, die Sprecher hätten den gesamten Krieg mit einer sich aus einem klaren polnischen Nationalbewusstsein gespeisten inneren Distanz gegenüber dem „deutschen“ Krieg und „dem Gedanken an ein unabhängiges Polen“ zugebracht. Nun ist eine solche Haltung sogar bei dem bildungsbürgerlichen Autor einer gleichnamigen, 1978 veröffentlichten Briefsammlung³⁷ nicht in dieser Eindeutigkeit erkennbar. Grundsätzlich sollte man – wohlgemerkt ohne die Sachaussagen solcher Ego-Dokumente in Zweifel zu ziehen –

³⁵ Ebenda.

³⁶ Für Westpreußen vgl. Paweł Kosiński, *Prusy Zachodnie 1914 – Pomorze 1920* [Westpreußen 1914 – Pomorze 1920]. Warszawa 2002, S. 41 f.

³⁷ Józef Iwicki, *Z myślą o Niepodległej... Listy Polaka-żołnierza armii niemieckiej z okopów I wojny światowej 1914–1918* [Mit dem Gedanken an das Unabhängige (Polen)... Briefe eines Polen als Soldat der deutschen Armee aus den Schützengräben des Ersten Weltkriegs 1914–1918]. Wrocław 1978.

eine gewisse Vorsicht gegenüber den dort in auffällig gleichklingender Weise genannten patriotischen Motiven als Bekundungen einer gut vaterländischen Gesinnung *ex post* walten lassen, umso mehr, wenn sie, wie in diesem konkreten Fall, beinahe ein halbes Jahrhundert später verfasst wurden. Die oben genannten Erinnerungen entstanden nämlich im Zuge eines *oral-history*-Projekts der Universität Posen im Jahre 1963, das erkennbar einer Art gedächtnispolitischer Konsolidierung dienen sollte. So schrieb beispielsweise der ehemalige Soldat Wincenty Grzeœkowiak: „Es gab eine ungeheure Zahl von uns aktiven preußischen[!] Kriegern, die der unbezähmbare Wunsch beherrschte, um die Befreiung Großpolens aus den Ketten der preußischen[!] Unfreiheit zu kämpfen.“³⁸

Sehr pauschal und ohne die nötige Distanz erscheint auch die folgende Aussage des Posener Historikers Marcelli Kosman: „Unter den Soldaten und Kadern [d.h. Offizieren und Unteroffizieren; J. B.] der kaiserlichen Truppen befanden sich – nach der Mobilmachung – Hunderttausende Polen, die auf eine Gelegenheit warteten, in eine wiedergeborene Armee im eigenen Land einzutreten (...)“.³⁹

Sein Kollege Roman Wapiński bezweifelt hinsichtlich der meisten damaligen Soldaten polnischer Nationalität, dass sie vor 1918 überhaupt eine klare politische Orientierung hatten, und sieht bei ihnen vielmehr eine pragmatisch-opportunistische Haltung: „[D]ieselben als Soldaten in der preußischen Armee dienenden Polen, die sich in ihrer entschiedenen Mehrheit bis zum Sommer 1918 loyal den Befehlen unterwarfen, bildeten in den letzten Monaten dieses Jahres den hauptsächlichsten Rückhalt der Aufstandsvorbereitungen.“⁴⁰

Gewiss änderte sich Laufe des Weltkriegs das politische Bewusstsein vieler Polen. In den Jahrzehnten davor jedoch dürften die meisten von

³⁸ „Była nas dzielnych wojaków pruskich spora liczba, którym tak samo jak mnie przewodziła nieodparta cheć walki o wyzwolenie Wielkopolski z pęt niewoli pruskiej.“ Wincenty Grzeœkowiak, Powstanie Wielkopolskie jak je widzialem i mój udział w walkach powstańczych 1918/19 r. [Der Großpolnische Aufstand, wie ich ihn sah, und mein Anteil an den Aufstandskämpfen 1918/19; verfasst Dezember 1963], in: Biblioteka Kórnicka, Oddział w Poznaniu, Sign. BK 12158/I, S. 1.

³⁹ „Wśród żołnierzy i kadry oficerskiej wojsk cesarskich znajdowali się – po mobilizacji wojennej – setki tysięcy Polaków, którzy czekali na okazję, by wstąpić do odrodzonej armii we własnym kraju (...)“ Marcelli Kosman, Powstanie Wielkopolskie na tle walk o przetrwanie narodoœe pod zaborem pruskim [Der Großpolnische Aufstand vor dem Hintergrund der Kämpfe um das nationale Überleben unter preußischer Herrschaft]. Poznań 1993, S. 46.

⁴⁰ „[C]i sami Polacy-żołnierze armii niemieckiej, którzy w zdecydowanej większości do lata 1918 r. lojalnie poddawali się rozkazom, w ostatnich miesiącach tego roku stanowili główne oparcie przygotowań powstańczych.“ Roman Wapiński, Świadomość polityczna w Drugiej Rzeczypospolitej [Politisches Bewusstsein in der Zweiten Republik]. Łódź 1989, S. 195.

ihnen die Haltung des „Poznański“ geteilt haben: Dieser wies 1891/92 mehrfach die Unterstellung deutscher Zeitungen zurück, die Polen könnten Interesse an einem großen Krieg haben. Denn schon aus Gründen der Geografie würden sie dabei als Schlachtfeld zu dienen und die größten Opfer zu bringen haben.⁴¹ Hinzu kam die für viele Polen beklemmende Vorstellung, eventuell als gegnerische Soldaten – in der deutschen, österreichischen bzw. russischen Armee – aufeinander schießen zu müssen. So beschwor selbst der nationalpolnische Posener Aktivist Karol Rzepecki im Jahre 1912, als der Weltkrieg nahe schien, diese Gefahr: „Wie viele von uns[,] heute noch gesund und rüstig[,] können in wenigen Stunden, mit dem deutschen Waffenrock bekleidet, die Erde unserer Väter, unser höchstes Gut, mit ihrem eigenen Blute tränken. Wie viele von uns sollen oder werden die Waffe gegen ihre eigenen Brüder erheben müssen.“⁴²

Ganz ähnliche Bedenken hegten übrigens auch viele Soldaten aus Elsass-Lothringen, die Verwandte im französischen Heer hatten.⁴³ Es ist daher, und auch vor dem Hintergrund des allgemeinen neueren Forschungsstandes zum Ersten Weltkrieg, nicht sehr wahrscheinlich, dass die Angehörigen nationaler Minderheiten in ihrer Mehrzahl (d.h. unterschieden von der relativ kleinen intellektuellen Schicht politischer Aktivisten) nach 1914 einer durch nationalpolitische Hoffnungen motivierten positiven Deutung des Krieges angehangen haben sollten. Erst rückblickend, also nach den 1919 vorgenommenen Grenzänderungen zugunsten Polens, Dänemarks und Frankreichs – im polnischen Fall kam dazu noch der mehrjährige „Kampf um die Grenzen“ unter Führung Piłsudkis –,⁴⁴ hat sich wohl eine kollektive Erinnerung mit den angedeuteten teleologischen und zugleich selektiven Zügen herausbilden können.

Zitiert werden soll in diesem Zusammenhang noch aus einem anderen preußisch-polnischen Erinnerungswerk der Zwischenkriegszeit, dem 1930 verfassten, aber erst 1971 veröffentlichten „Eigenhändigen

⁴¹ Vgl. Ted Kaminski, *Polish Publicists and Prussian Politics*. Stuttgart 1988, S. 137 f.

⁴² Polizeibericht über zwei Versammlungen polnischer Vereinsleiter im Hotel „Bazar“ in Krotoschin am 5. und 6.12.1912, in: Archiwum Państwowe [Staatsarchiv] Poznań, Bestand 294 – Polizeipräsidium Posen, Sign. 5014: Acta betr. Polnisch Allgemeines [Polenbewegung], Bl. 6 f.

⁴³ Vgl. Christoph Jahr, *Gewöhnliche Soldaten. Desertion und Deserteure im deutschen und britischen Heer 1914–1918*. Göttingen 1998 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft. 123), S. 266.

⁴⁴ Vgl. zur Wirkungsgeschichte Heidi Hein, *Der Piłsudski-Kult und seine Bedeutung für den polnischen Staat 1926–1939*. Marburg 2002 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropaforschung. 9).

Lebenslauf eines Arbeiters“ von Jakub Wojciechowski.⁴⁵ Dieser Erzähler schildert seine Dienstzeit im Heer vor und im Weltkrieg im Kern als ein, gegen teils „polenfresserische“ Ausbilder, mit Witz und Bauernschläue überstandenes Abenteuer. Bemerkenswert daran ist ganz allgemein das Fehlen des bei vielen anderen Autoren üblichen scharfen (und humorlosen) Nationalismus; darüber hinaus findet sich konkret zum Thema der Minderheitensituation eine Episode aus der Kriegszeit, die eine plausible Erklärung für eine Distanzierung vom „deutschen“ Krieg liefert als die üblichen nationalpolitischen Abstraktionen. Wojciechowski erzählt, dass die Zerstörung von Heiligenfiguren in einem Haus im besetzten Belgien durch deutsche Soldaten in ihm als Katholiken ein Gefühl der Solidarität mit den gleichfalls katholischen Belgiern und zugleich eine Entfremdung von der ‚gottlosen‘ preußisch-protestantischen Armee hervorgerufen habe.⁴⁶ Unabhängig von der Beurteilung der hier zum Tragen kommenden Stereotypisierung erscheint ein solcher Zusammenhang namentlich für Angehörige der Unterschichten der damaligen europäischen Gesellschaften durchaus glaubwürdig. Der Soldat Wojciechowski entkam den Schützengräben letztlich dadurch, dass er im Ruhrgebiet im Kohlebergbau eine kriegswichtige zivile Beschäftigung fand. An Desertion scheint er hingegen trotz der geäußerten Abneigung gegen den Krieg nie gedacht zu haben.

Tatsächlich war aber die Politik gegenüber Fahnenflüchtigen bzw. der Illoyalität verdächtigter Soldaten ein Gebiet, auf dem sich die preußisch-deutsche Minderheitenpolitik während des Weltkrieges besonders markant niederschlug. Schon im Frieden galt Fahnenflucht bzw. Gestellungsverweigerung, angesichts einer tendenziell die gesamte personelle und materielle Infrastruktur des Reiches erfassenden militärischen Planung, als schwere Straftat. In Abstimmung mit den Militärbehörden überprüfte das Auswärtige Amt bei Ausreise- bzw. Auswanderungswünschen von Männern im wehrfähigen Alter deren Status und suchte sie ggf. an der Ausreise zu hindern.⁴⁷ Bei vollzogener Fahnenflucht waren sowohl gegen den Delinquenten selbst als auch gegen seine Familie massive rechtliche und fiskalische Schritte möglich; diese reichten von der Aberkennung des Anrechts auf

⁴⁵ Jakub Wojciechowski, *Życiorys własny robotnika* [Eigenhändiger Lebenslauf eines Arbeiters]. Poznań 1971.

⁴⁶ Ebenda, S. 448 f.

⁴⁷ Vgl. die „Maßregeln gegen das heimliche Auswandern von Militärpersonen“, in: BA B-L, Bestand R 901: Auswärtiges Amt – Rechtsabteilung – Auswanderung, Allgemeines (1868–1931), Nr. 11 (4 Bde.).

den Einjährig-Freiwilligen-Dienst über den Entzug von Familienunterstützung bis zur Ausbürgerung.⁴⁸ In der entsprechenden Statistik hatten nach 1871 lange Zeit die zivil-individualistisch und ergo weitgehend ‚unpreußisch‘ denkenden Elsass-Lothringer die höchsten Werte aufzuweisen. Erst ab 1900 glichen sich die Zahlen dem Reichsdurchschnitt an. In den östlichen Bezirken lagen die entsprechenden Zahlen anfangs im pommerschen II. Armeekorps recht hoch – das auch Bromberg und den Norden der Provinz Posen umfasste –, gingen aber dort ebenfalls zurück. Das V. Armeekorps (südliche Provinz Posen sowie Niederschlesien) und vor allem das oberschlesische VI. Armeekorps mit ihren erheblichen polnischen Bevölkerungsteilen zeigten dagegen durchgängig relativ niedrige Zahlen.⁴⁹

Im Kriege wurde die Desertion in dem Moment zu einem militärisch und politisch relevanten Thema, als die Rückschläge im Westen zu einer Verlängerung des Krieges und einer Verstetigung der Front, also zum Stellungskrieg führten. Sowohl den Befehlshabern als auch den Soldaten stellten sich in der Folge – neben allgemeinen Problemen wie der militärischen Disziplin, der Versorgung oder der ‚Sinnfrage‘ – unerwartete „politische“ Fragen, die man im Frieden gerade in Preußen weitgehend aus der Armee herausgehalten hatte, wie die nach nationaler Identität und Loyalität. Bei der sich in den kommenden Jahren entwickelnden Politik der Armeeführungen gegenüber dem „Volk in Waffen“ sind nicht nur die zugrundegelegten Kategorien, Stereotypen und Mutmaßungen interessant, sondern besonders die dabei zu beobachtende Parallelität zwischen den preußisch-deutschen Militärbehörden und ihren Pendanten auf der anderen Seite der Front, besonders in der französischen Armee. Alle Minderheiten waren davon betroffen; allerdings legen die überlieferten militärischen Akten⁵⁰ die Vermutung nahe, dass die damaligen Maßstäbe offenbar

⁴⁸ Vgl. Jahr, *Gewöhnliche Soldaten* (wie Anm. 43), S. 87.

⁴⁹ Vgl. die Zahlen der „wegen unerlaubter Auswanderung gerichtlich verurteilt[en]“ Rekruten (in %) für die Rekrutenjahrgänge 1878 und 1889, in: *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich*. Berlin 1 (1880) und 11 (1890), jeweils XIV. Kriegswesen, Haupt-Resultate nach Armeekorps, S. 150 bzw. S. 154, sowie Jahr, *Gewöhnliche Soldaten* (wie Anm. 43), S. 265 f.

⁵⁰ Hauptsächlich im Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA) in Freiburg i.Br. und in den Kriegsarchiven der drei Kontingentstaaten mit eigener Militärverwaltung Bayern, Sachsen und Württemberg. Ich selbst habe Akten der Hauptstaatsarchive (HStA) in Dresden und Stuttgart eingesehen; bzgl. der bayerischen Akten stütze ich mich auf deren Auswertung bei Benjamin Ziemann, *Fahnenflucht im deutschen Heer 1914–1918*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 55 (1996), H. 1, S. 93–130, sowie bei Jahr, *Gewöhnliche Soldaten* (wie Anm. 43). Bei allem Folgenden ist der grundsätzliche Vorbehalt zu beachten, dass die Überlieferungssituation für die westlichen Armeekorps besser ist als für die östlichen: Wegen der Zerstörung des deutschen Reichsarchivs (Heeresarchivs) beim britischen Luft-

primär anhand der Erfahrungen an der Westfront entwickelt wurden. Weiterhin scheint es, dass dabei besonders die Elsass-Lothringer im Visier der Behörden standen und an ihrem Beispiel ein Muster entwickelt wurde, das dann auch auf die anderen Minderheiten Anwendung fand.

In Elsass-Lothringen war es, ähnlich wie in den polnischen Gebieten, nach der Verhängung des Belagerungszustands am 31. Juli 1914 zu zahlreichen prophylaktischen Verhaftungen gekommen, die aber offenbar umfangreicher und härter durchgeführt wurden als im Osten. Eine wichtige Rolle spielte dabei neben dem generischen Misstrauen der Behörden gegenüber der Bevölkerung der Umstand, dass das Reichsland grenznahe Operationsgebiet war und dies im Unterschied zu den Ostprovinzen auch bis 1918 blieb. Viele Landsturmmänner – die, abgesehen von einem möglichen Einsatz im Festungsdienst, einen Hauptteil der Ersatzreserve bildeten – wurden „präventiv“ aktiviert, um ihre vermeintlich drohende Desertion über die schweizerische Grenze zu verhindern.⁵¹ Durchweg zeigt sich, dass den Soldaten aus dieser Region eine profranzösische Einstellung und folglich, bei entsprechender Gelegenheit, eine besonders hohe Neigung zum Überlaufen auf die französische Seite unterstellt wurde – und zwar sowohl von der deutschen als auch von der französischen Heeresführung.

Im Frühjahr und Sommer 1915 begannen die deutschen Militärbehörden aufgrund zunächst vager Meldungen über sich häufende Desertionen mit ersten Erhebungen. Die zeitlich frühesten dieser Nachrichten – nach Maßgabe des hier zugrundegelegten Materials – betrafen polnische Soldaten. So hatte schon im Februar 1915 das im Westen stehende mobile Generalkommando des V. Armeekorps das Stellvertretende Armeekorps in Posen darum ersucht, bei zukünftigen Ersatzaushebungen aus dem Heimatbezirk die Zahl „geborener Polen“ dabei „auf ein Mindestmaß“ zu reduzieren. Es sei nämlich unter den schwer zu überschauenden Verhältnissen des Stellungskrieges wiederholt zum Überlaufen gerade polnischer Soldaten gekommen.⁵² Daraufhin bat das Stellvertretende Generalkommando im März 1915 das

angriff auf Potsdam im April 1945 sind, abgesehen von Dubletten in den Beständen der genannten Landesarchive, Informationen über die östlichen Armeekorps praktisch nur noch in zivilen Archiven wie dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz oder dem Staatsarchiv Posen (Poznań) zu finden.

⁵¹ Vgl. Jahr, *Gewöhnliche Soldaten* (wie Anm. 43), S. 258.

⁵² Bericht des Stellv. Gen.-Kdo. des V. AK vom 4.3.1915 an Kriegsministerium, in: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Titel 863a: Weltkrieg, besonders Polenfrage, Nr. 2b: Preußische Polenpolitik. Verhalten der Polen im Kriege 1914/18, f. 342.

für das reichsweite Ersatzwesen zuständige preußische Kriegsministerium, bei der bevorstehenden Einberufung des Rekrutenjahrgangs 1915 die im Bezirk des V. Armeekorps ausgehobenen polnischen Soldaten auf alle im Westen stehenden Einheiten zu verteilen, da ihr Einsatz im Osten „aufgrund königlicher Erlasse“ nicht möglich sei.⁵³ Dass letztere Angabe nicht ganz stimmig gewesen sein kann, zeigt sich daran, dass fast gleichzeitig das schon einmal erwähnte, dem II. Armeekorps zugehörige Korps Dickhut – eine damals bei Płock in Russisch-Polen kämpfende Sondereinheit – das Stellvertretende Generalkommando in Stettin um die Ablösung mehrerer „unzuverlässiger“ Unteroffiziere und Mannschaften polnischer Abstammung ersuchte.⁵⁴ Von dem gleichen Verhalten berichtete im Mai 1915 das Oberkommando der Armee-Abteilung von Strantz, der das V. Armeekorps unterstellt war; so bestätigte es die Desertion polnischsprachiger Angehöriger des Grenadierregiments Nr. 6 im Februar 1915. Außerdem verwies es auf in französischen Beutedokumenten gefundene Verhörprotokolle einiger vermisster Soldaten, aus denen hervorgehe, dass polnische Militärgeistliche – d.h. solche auf deutscher Seite – die Soldaten zu ihrem Handeln motiviert hätten.⁵⁵ Sowohl der Kriegs- als auch das Innenministerium sahen sich genötigt, in dieser Sache nach einer Klärung zu suchen; besonders letzterer unterstrich, verlässliche Informationen über das Verhalten der Polen im Felde seien von großer Bedeutung für eventuelle Schritte in der Polenpolitik.⁵⁶

Inwieweit die angeführten Fälle tatsächlich einem Muster folgten, lässt sich von heute aus schwer beurteilen; die Berichte schienen aber bei vielen Amtsträgern bestehende Vorstellungen über die „nationale Unzuverlässigkeit“ der Minderheitenangehörigen zu bestätigen. Unklar waren sich die Korrespondenten unter anderem darüber, ob es sich bei solchen Desertionen um eigenständige Entschlüsse der betreffenden Soldaten handelte oder um das Resultat gezielter französischer Propaganda.

Ungefähr zur selben Zeit, seit März 1915, begannen bei den deutschen Militärbehörden erste Nachrichten über eine unter den in Frankreich internierten deutschen Kriegsgefangenen von den Franzosen systematisch betriebene Selektion einzulaufen, deren Ziel es

⁵³ Bericht Gen.-Kdo. des V. AK. vom 26.2.1915 an stellv. Gen.-Kdo. in Posen, in: Ebenda, f. 341.

⁵⁴ Abschrift vom 28.6.1915 eines Telegramms des Korps Dickhut II b No. 31, stehend bei Plock, an das Stellv. Gen.-Kdo. des II. AK vom 23.6.1915, in: Ebenda, f. 343.

⁵⁵ Bericht Ober-Kdo. der Armee-Abteilung von Strantz vom 17.5.1915, in: Ebenda, f. 339 f.

⁵⁶ Schreiben des Innenministers vom 23.9.1915 an Kriegsminister, in: Ebenda, f. 304.

offensichtlich war, die Minderheitenangehörigen durch eine Bevorzugung von den ‚echten‘ Deutschen zu trennen und eventuell sogar zum Kampf auf Seiten der Entente zu bewegen.⁵⁷ Auch Meldungen in der neutralen Auslandspresse bestätigten die gesonderte Unterbringung und Besserbehandlung der Polen, Dänen und Elsässer in bestimmten französischen Lagern. Während die Elsässer von dieser Offerte angeblich vollen Gebrauch machten, verhielten sich jedoch besonders die Polen meist ablehnend, mutmaßlich aus Furcht vor Bestrafung nach ihrer Rückkehr nach Preußen.⁵⁸ Der als Gegner jeder unnötigen Zuspitzung bekannte damalige Posener Oberpräsident v. Eisenhart-Rothe suchte in einem Schreiben an den Innenminister sowie an seine eigenen Posener Spitzenbeamten derartige Meldungen besonders bezüglich der polnischen Soldaten differenziert zu werten:

„Die Bestrebungen der Franzosen, die Polen durch falsche Nachrichten, bessere Behandlung, Überwachung u. dergl. für sich zu gewinnen und gegen die Deutschen aufzuhetzen, seien [nach Aussagen ausgetauschter Verwundeter] verschiedentlich erfolgreich gewesen, mehrfach sei aber auch die abgesonderte bessere Behandlung von den Polen abgelehnt worden. (...) Mit welcher Vorsicht alle Angaben über das Verhalten der Polen im Felde zu behandeln sind, geh[e] z.B. daraus hervor, dass, wie hier polizeilich festgestellt [sei], ein Teil der als Überläufer gemeldeten Polen sich ruhig noch bei seinem Truppenteil befinde[.]“⁵⁹

Zur Verfolgung solcher Meldungen ersuchte jedenfalls das preußische Kriegsministerium im August 1915 die stellvertretenden Generalkommandos, bei den mobilen Generalkommandos eine Umfrage „[z]ur Gewinnung einer Übersicht über den Umfang der Wehr- und Dienstpflichtentziehung seitens der französisch, polnisch oder dänisch ge-

⁵⁷ Vgl. Beglaubigte Abschrift des Gerichts des X. Reserve-Korps, gegeben zu O.U. Montaignu, 2.3.1915, über eidliche Aussage des San.-Uffz. d.L. Heinrich Strüber, 3./R.D.6, zur Behandlung von Gefangenen in Frankreich, in: GStAPK, Nr. 16: Reichsangehörige Polen und Elsässer in der frz. Armee und Verhalten der zur Armee gehörigen Polen (1915–17), ohne Foliierung.

⁵⁸ So z.B. der Artikel „Die Polen in französischer Gefangenschaft“ (im Original wohl: „Polacy w niewoli francuskiej“) im „Dziennik Berliński“ vom 20.5.1915 unter Berufung auf die „Neue Zürcher Zeitung“ als Quelle (deren Datum nicht genannt), in: Ebenda.

⁵⁹ Schreiben Oberpräsident Posen, von Eisenhart[-Rothe], vom 8.9.1915 an Innenminister – weitergereicht an Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten Posen – über Meldungen zur Besserbehandlung der polnischen und elsässischen Gefangenen in Frankreich, in: Ebenda.

sinnigen Teile der Grenzbevölkerung (...):⁶⁰ Auf dieser Basis fertigte es offenbar ab Oktober 1915 monatliche Listen von „angeblich zur französischen“ bzw. „russischen Armee übergelaufenen Deutschen“ an⁶¹ – „angeblich“, weil eine Verifizierung dieser Angaben ja nur unter bestimmten Umständen möglich war, etwa beim Austausch von Gefangenen bzw. Verwundeten, durch die Feststellung ehemals eigener Soldaten unter feindlichen Gefangenen, ggf. durch gezielte Spionage usw. Diese Listen gingen zum einen an das preußische Innenministerium, zum anderen an alle Stellvertretenden Generalkommandos sowie an die Kriegsministerien Bayerns, Sachsens und Württembergs.

Bezeichnend ist, dass auch dort, wo die Listen juristisch korrekt von „Deutschen“ bzw. „Reichsangehörigen“ sprechen, die Aktenführung eindeutig auf die nationalen Minderheiten im Heer rekurrierte, in erster Linie auf die Polen und Elsässer bzw. Lothringer. Dementsprechend enthalten die Listen ganz überwiegend polnische Namen bzw. solche, die zwar deutsch sind, aber aufgrund begleitender Faktoren dem Reichsland als Herkunftsgebiet zugeordnet wurden. Zugleich jedoch enthüllen die Listen einschließlich der Randbemerkungen auch zahlreiche Fälle unklarer nationaler Zuordnung; hier flossen letztlich – ob den Bearbeitern bewusst oder unbewusst – die stets wiederkehrenden Probleme subjektiver bzw. objektiver Nationsbestimmung ein. Hinzu kam, dass die deutschen Behörden alle Fälle von Desertion grundsätzlich auf eine bestimmte, politisch-abstrakte – „russenfreundliche“, „profranzösische“, „deutschfeindliche“ usw. – Gesinnung der Soldaten zurückführten. Diese Zuschreibungen widersprachen nicht nur dem zuvor stets gehegten (und auf viele Mannschaftsangehörige gewiss auch zutreffenden) Bild des „unpolitischen“ Untertans, sondern sie erschwerten es den Behörden auch, eben die häufig „niederen“, „unpolitischen“, individuellen Beweggründe zu erkennen, die einer solchen Entscheidung zugrunde liegen konnten⁶² – wie wohl etwa schlicht der Wunsch, den „Stahlgewittern“ lebend zu entkommen. Hieran sieht man, wie der Weltkrieg das Denken in (vermeintlich) klaren Kategorien förderte.

⁶⁰ Abschrift Preußisches Kriegsministerium vom 27.8.1915 an alle stellvertretenden Gen.-Kdos., in: HStA Stuttgart, Württembergisches Kriegsarchiv, Bestand M 77/1: Stellvertretendes Generalkommando XIII. Armeekorps (1914–1918), Nr. 825: Wehr- und Dienstpflichtentziehungen, militärischer Landes- und Kriegsverrat ([1913] Oktober 1915 – Januar 1918), ohne Folierung.

⁶¹ Solche Listen liegen für verschiedene Daten der Jahre 1915 bis 1918 in den Aktenbeständen des stellvertretenden Gen.-Kdos. des XIII. AK vor.

⁶² Vgl. Jahr, *Gewöhnliche Soldaten* (wie Anm. 43), S. 192.

Auffällig ist in den meisten Listen die gegenüber den polnischen Delinquenten ungleich größere Zahl von Überläufern aus Elsass-Lothringen. In diesem Kontext als rückblickende Bewertung interessant sind – gewiss pauschale – Aussagen wie die des Posener Genossenschaftsdirektors und Deutschtumsaktivisten der Zwischenkriegszeit Friedrich Swart, dem zufolge es unter den Polen „viel weniger (...) Fahnenflüchtige (...) als unter den aus Elsaß-Lothringen stammenden Soldaten“ gegeben habe. Die polnischen Soldaten hätten sich, aus konservativer Gesinnung, zu weiten Teilen bis Ende 1918 an ihren Eid auf den Kaiser gebunden gefühlt.⁶³ Absolute Zahlen für die verschiedenen Gruppen sind wohlgeerntet aus den erhaltenen Unterlagen nicht festzustellen – monatlich werden dort einige Dutzend Deserteure aufgezählt. Der genannte relative Befund jedoch stand mit hoher Wahrscheinlichkeit damit in Verbindung, dass die französische Seite für die Elsass-Lothringer das ‚nationalpolitische‘ Angebot bereithielt, durch Bekenntnis nahtlos in eine andere Nation eintreten zu können (was nach 1919 allerdings zu einem neuen Assimilationsdruck führen sollte).

Die wohl bedeutendsten erhaltenen Aktenbestände zum Thema besitzt das württembergische Kriegsarchiv im Hauptstaatsarchiv Stuttgart; sie stammen sowohl vom damals im Felde stehenden Generalkommando des XIII. Armeekorps als auch von seinem in Stuttgart verbliebenen Stellvertreter. Das mobile Generalkommando legte seit Juni 1915 einen Aktenvorgang unter dem Titel „General-Akten betreffend Elsaß-Lothringer. Israeliten. Schleswig-Holstein[ische] Dänen“ an;⁶⁴ auffällig ist daran sowohl das Fehlen der offenbar im Bereich des XIII. Armeekorps weniger bedeutenden Gruppe der Polen als auch die Hinzunahme der „Israeliten“, also der Juden. Letzteres stand im Kontext der sich 1916 entspinneenden Diskussion um den Anteil der Juden an der deutschen Wehrleistung.

Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit standen hier jedenfalls eindeutig die elsässisch-lothringischen Soldaten; die herrschende Atmosphäre soll hier im Überblick gezeichnet werden. Mehrfach wurde von Kommandeuren diskutiert, ob man jene nicht ausschließlich im Osten einsetzen solle, also fern der ‚verführerischen‘ West-

⁶³ Friedrich Swart, *Diesseits und jenseits der Grenze. Das deutsche Genossenschaftswesen im Posener Land und das deutsch-polnische Verhältnis bis zum Ende des zweiten Weltkrieges.* Leer 1954, S. 58.

⁶⁴ HStA Stuttgart, Württembergisches Kriegsarchiv, Bestand M 33/2: Mobiles Gen.-Kdo. des XIII. AK (1914–1918), Nrn. 681 (Anfangen 30.6.1915. Beendigt: 13.9.1918) und 682 (Anfangen 17.10.1916. Beendigt: 11.7.1918), beide ohne Folierung.

front. In einer summarischen Stellungnahme unterstrich das preußische Kriegsministerium im Januar 1916 die Notwendigkeit einer differenzierten Herangehensweise, brachte aber zugleich einen generellen Spionageverdacht zum Ausdruck. So sollten zwar nur „nachweislich unzuverlässige“ Elsass-Lothringer im Osten eingesetzt werden; generell aber seien alle Soldaten aus dem Reichsland „aus dem Militär-Verwaltungsdienst und aus anderen militärischen Stellungen im Rücken des Westheeres zu entfernen, in denen sie Gelegenheit haben, Einblicke in die Kriegsgliederung oder in sonstige militärisch wichtige Einrichtungen und Maßnahmen zu gewinnen.“⁶⁵

Im Oktober 1916 ließ das Armeeoberkommando (AOK) 4 seinen elsässisch-lothringischen Soldaten mitteilen, sie hätten ihre Feldpost künftig ausschließlich auf Deutsch abzufassen (dies sollte, zusammen mit einer verschärften Kontrolle des Postverkehrs ins Reichsland, der erleichterten Zensur dienen, brachte aber kaum Ergebnisse⁶⁶); zugleich wies es die Korps- und Divisionschefs an, die Zahl der ihnen unterstellten Elsass-Lothringer zu ermitteln und mitzuteilen.⁶⁷ Dass auch Polen und Dänen im Visier der Militärbehörden standen, zeigt eine Mitteilung des preußischen Kriegsministeriums an das württembergische vom Februar 1917. Der Meldung „einer Division“ an der Westfront zufolge setzte sich demnach „die *an sich geringe* Zahl der Überläufer *nach wie vor in der Hauptsache aus Polen*, neuerdings aber auch aus schleswig-holsteinischen Dänen zusammen (...)“. Da eine „Agitation dänischer Kreise in Nordschleswig“ unter den auf Heimaturlaub befindlichen Soldaten vermutet wurde, ersuchte man darum, vorläufig „dänische Deutsche nicht zu beurlauben“.⁶⁸ Wiederum auf die reichsländischen Soldaten richtete sich eine Weisung des Chefs des Generalstabs (Ludendorff) an die AOKs vom März 1917, wonach aus dem Urlaub zurückkehrende Elsass-Lothringer „längere Zeit zu beobachten“ seien, da ihre (angeblich) unter dem Einfluss der Heimat erhöhte Desertionsneigung mit der Zeit nachlasse, „wenn die Elsaß-Lothringer lediglich unter deutsch fühlenden Kameraden stehen.“ Dazu seien sie „möglichst voneinander zu trennen“.⁶⁹ Das

⁶⁵ Mitteilung des preußischen Kriegsministeriums vom 11.1.1916 über „Entfernung elsäß-lothringischer Militärpersonen aus dem Westen“, in: Ebenda, Nr. 681.

⁶⁶ Vgl. Jahr, *Gewöhnliche Soldaten* (wie Anm. 43), S. 260 f.

⁶⁷ AOK 4 [nördliche Westfront] vom 9.10.1916 an unterstellte Truppen, in: HStA Stuttgart, Württembergisches Kriegsarchiv, Bestand M 33/2: Mobiles Gen.-Kdo. des XIII. AK (1914–1918), Nr. 681.

⁶⁸ Preuß. Kriegsministerium vom 9.2.1917 an Württ. Kriegsministerium (weitergeleitet an AOK 1 und Gen.-Kdo. XIII), in: Ebenda; kursive Hervorhebungen im Text von J. B.

⁶⁹ Chef des Generalstabs des Feldheeres vom 8.3.1917 an die AOK pp., in: Ebenda.

Vorhandensein „deutsch fühlender“ Elsass-Lothringer erschien der 3. OHL offenbar nicht (mehr) realistisch.

Kurz darauf ordnete dann das preußische Kriegsministerium einige zentrale Maßnahmen an: Zunächst befahl es im April 1917 die grundsätzliche Ermittlung wegen Verdachts der Beihilfe zum Landesverrat gegen Angehörige fahnenflüchtiger Elsass-Lothringer, Dänen und Polen; gegen andere Staatsangehörige – ‚echte‘ Deutsche also – fand dieses Sonderrecht keine Anwendung. (Ein im November 1916 von der 3. OHL unternommener Versuch, die Angehörigen in Beugehaft zu nehmen, war allerdings gescheitert.)⁷⁰ Im Mai 1917 verfügte das preußische Kriegsministerium eine Änderung bei der militärischen Verwendung der Elsass-Lothringer: In Abkehr von der bisherigen Praxis, „unzuverlässige“ Elsass-Lothringer bzw. „Franzosenfreunde“ nach dem Osten, d.h. zu den Stellvertretenden Generalkommandos I, II, XVII und XX abzuschicken,⁷¹ sollte jetzt deren direkte Zuweisung an bestimmte Armeeabteilungen erfolgen, und zwar „im Austauschverfahren gegen altdeutsche und polnische Mannschaften möglichst der gleichen Jahrgänge“. Ziel sei ihre weitgehende Entfernung aus dem Westen und möglichst gleichmäßige Verteilung auf die deutschen Ostarmeen; das gelte auch für den zukünftigen Ersatz.⁷² Dass dies logistisch und psychologisch nicht ganz einfach von staten ging, zeigt die folgende, wenig später nachgereichte Mitteilung des Kriegsministeriums: „Durch diese Überweisungen werden nun einzelne Ostarmeen leicht in einer Weise mit solchen Mannschaften durchsetzt, die sie nicht nur anderen Armeen gegenüber benachteiligt, sondern die auch eine ernste Gefahr für die Disziplin und den Kampfwert der Truppe darstellt.“ Daher sei die Verteilung der Elsass-Lothringer auf die östlichen Truppenteile zentral durch den Oberbefehlshaber Ost vorzunehmen.⁷³

Es wirft überdies etwas Licht auf die inneren Zustände wenigstens mancher Einheiten, wenn das Ministerium sich im August 1916 zu betonen genötigt sah, die genannte, gleichsam aus höheren Motiven

⁷⁰ Vgl. Jahr, *Gewöhnliche Soldaten* (wie Anm. 43), S. 258 f.

⁷¹ D.h. in die Bezirke Königsberg, Pommern, Westpreußen und Masuren, nicht aber nach Posen (V. AK).

⁷² Preuß. Kriegsministerium vom 18.5.1917 an alle AOKs über „Verwendung der Elsass-Lothringer“, in: HStA Stuttgart, Württembergisches Kriegsarchiv, Bestand M 33/2: Mobiles Gen.-Kdo. des XIII. AK (1914–1918), Nr. 681; im Zweifel sah man offenbar die Polen als verlässlicher an.

⁷³ Abschrift einer Meldung des Preuß. Kriegsministeriums vom 2.6.1917 an AOK 2 über „Verwendung von Elsass-Lothringern“, in: Ebenda, Nr. 682.

erlassene Verfügung vom Mai stelle keine Rechtfertigung für eine „ungerechte und verletzende“ Behandlung von Elsass-Lothringern durch „untere Dienstgrade“ dar; vielmehr sei das „Gerechtigkeitsgefühl der Leute“ zu achten.⁷⁴ Eine kaum zu bewältigende Aufgabe stellte in diesem Zusammenhang der Kommandierende General des XIII. Armeekorps im Januar 1918 seinen Kompanieführern, indem er sie anwies, im Sinne gerechter Behandlung zunächst die „Gesinnung jedes Einzelnen“ herauszufinden. Dies tat er im Kontext weiterer Maßnahmen gegen die bei den Elsass-Lothringern antizipierte Desertionsgefahr, wie z.B. die Verfügung, diese vor der Front nie einzeln, sondern nur als Doppelposten zusammen mit einem „zuverlässigen Reichsdeutschen“ Wachdienst tun zu lassen.⁷⁵ Wie konjunkturabhängig diese ganze Politik war, belegt die gleichzeitige Aufhebung der besagten Verfügung vom Mai 1917; jetzt, d.h. angesichts des deutschen Teilsieges im Osten und im Vorfeld der Frühjahrsoffensive im Westen, wirke eine ausschließliche Verwendung dort wie eine „Belohnung für die Unzuverlässigkeit von Elsaß-Lothringern“.⁷⁶ Der Generalverdacht wurde also aufrechterhalten und ebenso die allgemeinen Sicherheitsmaßnahmen. Zur Koordinierung richtete man noch im Juni 1918 eine zentrale Erfassungsstelle beim Oberkommando der Heeresgruppe Herzog Albrecht ein.⁷⁷

Diese Angaben aus den Unterlagen des mobilen Generalkommandos des XIII. Armeekorps betrafen die innere Situation der deutschen Armee. Die Aktenbestände des Stellvertretenden Generalkommandos in Stuttgart liefern hingegen neben den schon genannten Überläuferlisten einige Fakten über die oben erwähnten französischen Anstrengungen zur Trennung der Minderheitenangehörigen von den übrigen deutschen Soldaten, mit denen die Maßnahmen der deutschen Militärbehörden im Zusammenhang zu sehen sind. Aus erbeuteten Dokumenten erfuhren diese, dass die französische Armee kooperationswillige und daher als „gut“ (bons) eingestufte Elsass-Lothringer und Polen (sowie teils auch Dänen) von den ‚Deutschen‘ getrennt und in Vorzugslager (aus deutscher Sicht „Verräterlager“) gebracht würden – die Elsass-Lothringer hauptsächlich in das Lager Monistrol-sur-Loire, die Polen in das Lager Le-Puy-en-Velay und die Dänen nach Auril-

⁷⁴ Preuß. Kriegsministerium vom 23.8.1917 an alle Gen.-Kdos., in: Ebenda, Nr. 681.

⁷⁵ Befehl Kommandierender General des XIII. Armeekorps – Gruppe Caudry – vom 28.1.1918, in: Ebenda, Nr. 682.

⁷⁶ Preuß. Kriegsministerium vom 12.1.1918 an alle Gen.-Kdos., in: Ebenda, Nr. 681.

⁷⁷ Preuß. Kriegsministerium vom 21.6.1918 an alle Gen.-Kdos. „Betr. Einheitliche Bearbeitung des gesamten Materials über Elsass-Lothringer“, in: Ebenda.

lac (später kamen noch einigere kleinere Lager hinzu). Außerdem gab es für alle Gruppen zusammen ein Vorzugslager im englischen Feltham. Dass dabei auf die betreffenden Soldaten ein erheblicher Druck ausgeübt wurde, belegte der Umstand, dass für diejenigen, die sich – trotz scheinbar ‚natürlicher‘ Eignung dazu – der Anwerbung verweigerten, eigene Straflager (aus deutscher Sicht „Lager für Treugesinnte“) eingerichtet wurden, und zwar in Gerzat-Chagnat, Moulins/Montlucon sowie in Mons-par-le-Puy (wie die Vorzugslager im Zentralmassiv bzw. im Bourbon gelegen).⁷⁸

In einer für die preußisch-deutschen Militärbehörden nicht untypischen autoritären Mischung aus Milde und Strenge bemühten sie sich, neben schweren Strafandrohungen gegen potenzielle Deserteure und ihre Familien, auch konstruktiv darum, der Desertierten im Interesse der eigenen Wehrkraft wieder habhaft zu werden. So setzte das preußische Kriegsministerium im September 1916 ein aufwändiges Geheimunternehmen zur Ermittlung von Deserteuren unter den gefangenen Soldaten der Gegner, zunächst vor allem der französischen Armee, in Gang. Speziell geschulte und sprachlich dazu geeignete Offiziere jedes Korpsbezirks wurden in die Gefangenenlager geschickt, um dort unter den nominell französischen Gefangenen deutsche Staatsbürger und somit Wehrpflichtige herauszufinden – etwa durch Vergleiche der Personalangaben, das Studium ihres Verhaltens, Schriftproben, Französischkenntnisse, die Überprüfung angeblicher Ortskenntnis in Frankreich usw. Dabei galt zwar das Hauptaugenmerk wiederum den Elsass-Lothringern, jedoch sei, „soweit die Sprachkenntnisse der Hilfskräfte es gestatte[te]n und die sonstigen Umstände es naheleg[t]en, (...) auch nach Fahnenflüchtigen polnischer und dänischer Zunge zu forschen.“⁷⁹ Der leitende Offizier betonte erneut die Notwendigkeit genauer Differenzierung und ging

⁷⁸ Angaben zusammengestellt aus: Württ. Kriegsministerium vom 16. Juni 1916 an Stellvertretendes Generalkommando des XIII. Armeekorps – Betreff: Wehr- und Dienstpflichtentziehung, in: HStA Stuttgart, Württembergisches Kriegsarchiv, Bestand M 77/1: Stellvertretendes Generalkommando XIII. Armeekorps (1914–1918), Nr. 825: Wehr- und Dienstpflichtentziehungen, militärischer Landes- und Kriegsverrat ([1913] Oktober 1915 – Januar 1918), ohne Foliierung; Preuß. Kriegsministerium vom 2.10.1917 an Württ. Kriegsministerium – Verhalten kriegsgefangener Elsaß-Lothringer, Polen und Dänen. Vorzugslager in Frankreich, in: Ebenda, Nr. 933: Akten betr.: Verdächtige deutsche Kriegs- und Zivilgefangene und Ueberläufer (4.12.1917–19.9.1918), f. 4.; Preuß. Kriegsministerium vom 19.9.1918 an alle Befehlshaber, in: Ebenda, f. 14.

⁷⁹ Kriegsministerium vom 28.9.1916 an alle stellvertretenden Gen.-Kdos. – Geheim. Betr.: Ermittlung deutscher Fahnenflüchtiger (Elsaß-Lothringer, Polen, Dänen) unter den Kriegsgefangenen, in: Ebenda, Nr. 924: Akten betr.: Ermittlung fahnenflüchtiger Deutscher (28.9.1916–2.11.1918), f. 1.

zugunsten der Betroffenen – sowie im Einklang mit zahlreichen Berichten von der anderen Seite – davon aus, dass von den Deserteuren „die große Mehrzahl nur einem sehr starken völkerrechtswidrige[n] Zwange (...) Folge geleistet ha[be].“⁸⁰ Dies bestätigte auch ein in England gefangen gewesener deutscher Offizier, der aussagte, dass dort mit ihm gefangene „Elsaß-Lothringer, Posener, Oberschlesier und Dänen“ gezwungen worden seien, „gegen ihren Willen in das Ueberläuferlager überzusiedeln“.⁸¹

Wie viele Deserteure auf diese Weise letztlich gefunden wurden, geht aus den vorliegenden Akten nicht hervor. In jedem Fall kann als sicher gelten, dass die meisten Soldaten, gleich welcher ethnischen Zuordnung, bis zum Sommer 1918 ihren Dienst taten. Das Phänomen der Desertion war im deutschen Heer (im Unterschied etwa zum französischen) nie ein Problem, das die Kampfkraft wesentlich beeinträchtigt hätte. Erst als sich im August/September 1918 das Heer im Westen zurückzuziehen begann und sich nach dem Überschreiten des Rheins auflöste, dürfte sich einer größeren Zahl von Minderheitenangehörigen die neue nationale Option aufgedrängt haben. Die Elsass-Lothringer sahen sich faktisch bereits mit dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 in einem neuen Staat aufgehoben; dadurch hatten sie zwar kaum Spielraum für eigene politische Ideen, andererseits war der Übergang – getragen durch den Mythos der „Befreiung“ – für sie sehr bequem. Nachdem ihre Angehörigen in den preußischen Ostprovinzen, die schon seit der Proklamation des „Königreichs Polen“ am 5.11.1916 immer unverhohlener nationalpolnische Forderungen aufgestellt hatten und hierin durch eine konziliatorische Politik der preußischen Regierung bestärkt worden waren, fühlten sich viele polnische Soldaten jetzt vor allem durch die bekanntwerdenden Inhalte der „Vierzehn Punkte“ von Präsident Woodrow Wilson ermutigt und behielten bei der Rückkehr in die Heimat – anders als die meisten Deutschen – ihre Waffen, die dann beim schon erwähnten Großpolnischen Aufstand zum Einsatz kamen. Ihnen half es psychologisch, dass sie sich durch die Arbeit ihrer Exilpolitiker im Lager der Sieger befanden und der Krieg gleichsam in elfter Stunde einen Sinn

⁸⁰ Denkschrift von Dr. Pohlmann, Leutnant und Nachrichtenoffizier, „Über deutsche Wehrpflichtige im französischen Heere und über die Ermittlung solcher Wehrpflichtiger in unseren Kriegsgefangenenlagern“, in: Ebenda, f. 1a.

⁸¹ Rundschreiben Stellvertretendes Gen.-Kdo X. AK, Obere Leitung in Sachen der Ermittlung deutscher Fahnenflüchtiger unter den Kriegsgefangenen, Tagebuch-No. 3925, vom 16.7.1918 an die Leiter des Ermittlungsdienstes bei sämtlichen stellvertretenden Gen.-Kdos. oder Inspektionen der Gefangenenlager, in: Ebenda, f. 22a.

erhielt, während er den Deutschen verlorenging. Außerdem standen sie durch ihre konservative Haltung der sozialistischen Revolution, die das Reich erschütterte, gleichgültig gegenüber und trachteten allein danach, diese innere Krise Deutschlands für die eigene nationale Sache auszunutzen. Aber diese Einstellung war bei den meisten weniger Ausdruck einer lebenslang gepflegten Überzeugung als vielmehr eine Folge ihrer Kriegserfahrung.

Begegnungen mit dem Osten. Kulturelle Erfahrungen in der Kownoer Etappe¹

von Michael Klees

„Die Etappe ist die Mutter der Armee. Mag man noch so auf sie schimpfen, ist sie nicht intakt, dann funktioniert auch vorne nichts. Die vielen Heereskommandostellen, vom Kompaniestab ab, Bataillonsstab, Regimentsstab, Brigadestab, Divisionsstab, Armeekorps, Armeekorps, Armeekorps, Armeekorps, Armeekorps und schließlich die Oberste Heeresleitung sind alle notwendig, es ist alles wie ein großes Uhrwerk und jede Kommandostelle ist ein Rädchen in demselben, während die Zeiger die Angriffstruppen sind.“²

Auf Grund ihres hohen Mobilmachungsgrads marschierten russische Truppen bereits kurz nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs in Ostpreußen ein, zur Überraschung der deutschen Obersten Heeresleitung. Die Schlacht von Gumbinnen,³ gefolgt von der Schlacht bei Allenstein – die unter ideologischen Gesichtspunkten schnell in Schlacht von Tannenberg umbenannt und darunter bekannt wurde –, die Schlacht bei den Masurischen Seen und die so genannte Winterschlacht in Masuren beendeten den russischen Vormarsch. Der Durchbruch bei Gorlice-Tarnów Anfang Mai 1915 wendete schließlich den Kriegsverlauf und zwang die zarischen Armeen in die Defensive. Im Rahmen des nun erfolgenden deutschen Vormarschs wurde am 18. August 1915 die Garnisons- und Festungsstadt Kowno, das heutige Kaunas, durch Truppen unter Führung von Generaloberst v. Eichhorn und General Karl Litzmann⁴ erobert.

Im offiziellen Heeresbericht heißt es dazu: „Die Festung Kowno mit allen Forts und unzähligen Material, darunter weit mehr als 400 Geschütze, ist seit heute nacht in deutschem Besitz. Sie wur-

¹ Der vorliegende Beitrag wurde zuerst als Vortrag während des Seminars „Europa der Regionen: Land an der Memel“ der Academia Baltica am 18. November 2006 gehalten.

² Carl A.G. Otto, Im Osten nichts Neues. Das Buch des Krieges wie er war. Zirndorf/Nürnberg 1929, S. 205.

³ 19./20. August 1914.

⁴ Litzmann sollte im hohen Alter bekanntlich noch in der NSDAP aktiv werden.

de trotz zähesten Widerstandes mit stürmender Hand genommen.“⁵ Zum Herbst 1915 wurde daraufhin der Stab der Heeresgruppe von Hindenburg in das als russische Garnisonsstadt gut ausgebaute Kowno verlegt; später wurde dort auch der Sitz des inzwischen gebildeten militärischen Verwaltungsgebiets Ober Ost eingerichtet: „Ob.-Ost umfing also im Wesentlichen Kurland, Litauen, Nordpolen – Getreideboden, Waldland, Steppe, Sumpf; Kartoffeln, Geflügel, Vieh; geringe Bodenmineralien, Landstädte, Festungen, Dörfer (...)“.⁶

Auf die langfristige Besetzung und Ausbeutung der eroberten Gebiete angelegt, wurde durch die Militärverwaltung Ober Ost dort bald auch eine Presseabteilung eingerichtet: „Mehr als in allen früheren Feldzügen wurde im ersten Weltkrieg die Presse in den Dienst der Kriegsführung gestellt und gerade bei den Mittelmächten führte ausgedehnte Besetzung feindlicher Gebiete auf Jahre hinaus zu der Begründung von Zeitungen für Beeinflussung der feindlichen Bevölkerung und Vertretung der deutschen Interessen.“⁷

Neben der Versorgung der deutschen Truppen und der örtlichen Bevölkerung mit Zeitungen⁸ gehörte zu den Aufgaben der Presseabteilung vor allem aber auch die Kontrolle und Durchführung der Zensurbestimmungen⁹ sowie die Bereitstellung von Pressematerial für die Printmedien im Reich.¹⁰

I. Der „Kownoer Intellektuellenclub“

Hans Frentz, einem Adjutanten im Stab Ludendorffs, der als Generalquartiermeister der Verwaltungsmaschinerie für Ober Ost vorstand, ist es zu verdanken, dass zahlreiche Literaten, bildende Künstler und

⁵ Zit. nach: <http://www.stahlgewitter.com/15-08-18.htm> (letzter Zugriff: 10. April 2009).

⁶ Arnold Zweig, *Der Streit um den Sergeanten Grischa*. Berlin 2004, S. 69.

⁷ Friedrich Bertkau, *Das amtliche Zeitungswesen in Ober Ost. Beitrag zur Geschichte der Presse im Weltkrieg*. Leipzig 1928, S. 12.

⁸ In der Folge gab die Presseabteilung Zeitungen für alle Bevölkerungsgruppen in Ober Ost in den jeweiligen Muttersprachen heraus. Bertkau spricht in seiner Rückschau auf die Presselandschaft in Ober Ost zwar von der ‚feindlichen Bevölkerung‘, gerade aber der Umstand, dass die Bevölkerungsteile in ihrer ethnischen und sprachlichen Individualität wahrgenommen wurden, deutet bereits darauf hin, dass langfristig an eine Zersplitterung und Loslösung der besetzten Gebiete vom zaristischen Russland gedacht war, abgesehen davon, dass damit natürlich die umfassende Information der Bevölkerung im Sinne der Besatzungspolitik beabsichtigt wurde.

⁹ Zur deutschen Zensurpolitik im Ersten Weltkrieg vgl. u.a. Kurt Koszyk, *Pressepolitik im Ersten Weltkrieg*. Düsseldorf 1968, bes. S. 20-24.

¹⁰ Etwa die Korrespondenz B. Vgl. dazu Bertkau, *Zeitungswesen* (wie Anm. 7).

Publizisten in diese Pressestelle versetzt und so vor dem gefährlichen und psychisch zermürbenden Frontdienst gerettet wurden. „Zum Glück wird sein Einfluß [gemeint ist der zuvor bereits zitierte Bertkau, Leiter der Pressestelle; M. K.] nach oben etwas abgedämmt durch seinen Vertreter, den aktiven Oberltnt. Fr. [Frentz; M. K.] Das ist ein ganz bezauberndes Kerlchen, (...) Seiner Fürsorge ist es vornehmlich zu danken, dass die Kownoer Zensurstelle ein Unterschlupf für einige Künstler von Zukunftswert wurde“.¹¹

Diesem Frentz, der später Hermann Sudermanns Schwiegersohn werden sollte, ist außerdem der vermutlich umfassendste Bericht über das intellektuelle Zusammenleben in Kowno zu verdanken. Sein Buch „Über den Zeiten. Künstler im Kriege“¹² enthält die detailliertesten Beschreibungen darüber und ist gleichzeitig eine Hommage an etliche seiner Freunde: „Die Presseabteilung beim Oberbefehlshaber Ost war für frontungeeignete aber schöpferische Geister, die sich hier immer zusammenfanden, in dieser eigenartig bunten Umwelt zwischen den östlichen Fremdvölkern ohne Zweifel eines der bedeutsamsten Kriegsunterschlupfe.“¹³

Frentz weist in „Über den Zeiten“, aber auch in seinen anderen zeitgeschichtlichen Büchern immer wieder – rechtfertigend – auf die Rolle Ludendorffs in diesem Zusammenhang hin, dem er sich menschlich und z.T. auch politisch verpflichtet fühlte: „Man darf nicht auslassen, dass gerade Ludendorff es war, der ohne geistige Voreingenommenheit den Künstlern, die darum baten, Einlass gewährte – den warnenden Berichten der Heimgenerale zum Trotz.“¹⁴ Es entsprach dem Kalkül des Pragmatikers Ludendorff, dieses intellektuelle Potenzial, den Fähigkeiten entsprechend, aber kanalisiert für die Kriegsmaschinerie zu nutzen, und damit wesentlich effektiver als im bloßen Fronteinsatz.

Zu den vor Ort tätigen Malern und Grafikern zählten insbesondere Karl Schmidt-Rottluff,¹⁵ Hermann Struck¹⁶ und Magnus Zeller.¹⁷

¹¹ Richard Dehmel, *Zwischen Volk und Menschheit*. Kriegstagebuch. Berlin 1919, S. 456.

¹² Hans Frentz, *Über den Zeiten. Künstler im Kriege*. Freiburg i.Br. 1931.

¹³ Ebenda, S. 7.

¹⁴ Ebenda, S. 8.

¹⁵ Karl Schmitt Rottluff (1884–1976), bedeutender Vertreter des deutschen Expressionismus, Mitbegründer der Künstlergruppe „Die Brücke“.

¹⁶ Hermann Struck (1876–1944), geboren als Chaim Aaron ben David, Radierer, Kupferstecher, Lithograf, früher Zionist, gilt als ‚künstlerische Seele Israels‘; zusammen mit Arnold Zweig, *Das ostjüdische Antlitz*. Wiesbaden 1988 (Reprint der Auflage von 1922). Die Ostjuden verkörperten für ihn den Geist der Diaspora.

¹⁷ Magnus Zeller (1888–1972), Mitglied der Berliner und der Freien Sezession; aus den Kriegs-

Zu den Literaten und Publizisten vor Ort gehörten Richard Dehmel¹⁸ – vornehmlich Lyriker – sowie Herbert Eulenberg – Essayist und Dramatiker (beide heute kaum noch bekannt, damals jedoch zur Avantgarde zählend, der eine Kriegsfreiwilliger, trotz seines schon hohen Alters, der andere eingezogen, aber ohne Überzeugung), Viktor Klemperer, der auf Betreiben seines älteren Bruders Felix Klemperer, der als Stabsarzt ebenfalls in Kowno Dienst tat, zu einem Intermezzo nach Ober Ost versetzt wurde, bevor er nach Leipzig zur Zensurbehörde wechselte, und Sammy Gronemann, Rechtsanwalt und Publizist, sowie ab 1917 Arnold Zweig, der seine Kownoer Erfahrungen insbesondere in den Romanen „Der Streit um den Sergeanten Gri-scha“, „Junge Frau von 1914“ und „Einsetzung eines Königs“ verarbeitet hat.

Daneben war in Kowno bzw. an anderen Einsatzorten in Ober Ost noch eine Vielzahl damals renommierter Journalisten, Publizisten, Philologen und Theaterleute für die Militärverwaltung tätig. Alle aufzuführen würde den Rahmen des Beitrages sprengen; festzuhalten bleibt: Über militärische Rangunterschiede hinweg entstand in der verhältnismäßig ruhigen Etappe bald ein reges und regelmäßiges kulturelles Leben: „Neuerdings hat man sich sogar zu einem wöchentlichen Vortragsabend aufgeschwungen, nachdem ein Kreis von ‚intellektuellen‘ Landsturmlenten (meist Zionisten) mit gutem Beispiel vorangegangen war.“¹⁹

In seinem „Curriculum Vitae“ erinnert sich Klemperer an ein Gespräch mit Magnus Zeller, der ihn, den Neuankömmling in Kowno, zu diesen Begegnungen einlädt: „Ich muss Sie in unseren Klub der Intellektuellen einführen, da verkehrt alles, was Kultur hat und keine patriotischen Scheuklappen trägt, Offiziere und Mannschaften. Wir kommen wöchentlich zusammen, es wird geplaudert, es werden Vorträge gehalten, neue Bilder gezeigt, neue Verse und Geschichten vorgelesen.“²⁰

Viele der Mitglieder waren jüdischen Glaubens und standen der zionistischen Bewegung nahe, woraus sich das besondere Interesse für die ostjüdische Kultur vor Ort erklärt, auf das später noch eingegangen wird. Aus dem engen Verhältnis etlicher der Künstler begründete sich in einigen Fällen intensive schöpferische Zusammenarbeit über

erfahrungen heraus erschienen 1920 die Mappen „Entrückung und Aufruhr“ (entstanden 1917/18) und „Revolutionszeit“.

¹⁸ Zweig, Struck, Antlitz (wie Anm. 16).

¹⁹ Dehmel, Volk (wie Anm. 11), S. 454.

²⁰ Viktor Klemperer, Curriculum vitae. Erinnerungen 1881–1918. Bd. 2, Berlin 1996, S. 477.

das Ende des Ersten Weltkriegs hinaus. Im vollen Einverständnis der Verwaltung Ober Ost, die ihn dafür sogar für Erkundungsreisen freigestellte, veröffentlichte Herbert Eulenberg noch 1916 einen Essay-Band „Skizzen aus Litauen, Weißrußland und Kurland“,²¹ der von Hermann Struck bebildert wurde und für den deutschen Markt gedacht im Berliner Verlag Stilke erschien. Eine ähnliche Zusammenarbeit entwickelte sich zwischen Arnold Zweig und Hermann Struck. 1920 veröffentlichten sie das aus heutiger Perspektive apologetisch wirkende „ostjüdische Antlitz“,²² zu dem die Illustrationen bereits 1918 fertig gestellt worden waren.

Nahezu alle soeben erwähnten Personen publizierten darüber hinaus, häufig anonym, auch in der „Kownoer Zeitung“²³ oder den anderen im Auftrag der Militärverwaltung herausgegebenen Zeitungen.

II. Begegnung mit Litauen

Die literarische Auseinandersetzung mit der Kultur und den Eigenheiten der okkupierten Gebiete erfolgt neben der Verarbeitung in Prosa wie bei Zweig vor allem in autobiografischen Texten. Bemerkenswert ist, wie sehr bzw. dass vielleicht zum ersten Mal mit dieser Breitenwirkung die kulturelle Eigenständigkeit und Differenziertheit der besetzten Landstriche und seiner Bewohner in Abgrenzung zu Russland hervorgehoben wird. Betont werden sowohl ethnische Eigenständigkeit als auch kulturelle Leistungen. Beides entspricht den Erfahrungen vor Ort, gleichzeitig aber auch der offiziellen Politik, deren erklärtes Ziel nicht zuletzt die Schaffung von Vasallenstaaten am östlichen Rand des Deutschen Reichs war.²⁴

Das Gesehene wird zur besseren Veranschaulichung dabei oft mit Bekanntem verglichen und häufig – unbewusst – qualitativ untergeordnet. So schreibt Dehmel über Kowno, dass die Bauwerke eher an Hessen oder Frankreich erinnerten, und weiter: „Auch sonst sieht

²¹ Herbert Eulenberg, *Skizzen aus Litauen, Weißrußland und Kurland*. Mit 60 Steinzeichnungen von Hermann Struck. Berlin 1916.

²² Vgl. Anm. 16.

²³ Zur Kownoer Zeitung vgl. Michael Klees, „... hat auch die Kownoer Zeitung das Neueste aus aller Welt“. Ein Beispiel deutschsprachiger Kriegspresse im Verwaltungsgebiet Ober Ost während des Ersten Weltkriegs, in: *Deutschsprachige Zeitungen in Mittel- und Osteuropa. Sprachliche Gestalt, historische Einbettung und kulturelle Tradition*, hrsg. v. Jörg Riecke u. Britt-Marie Schuster, unter bes. Mitarb. v. Natallia Savitskaya. Berlin 2005, S. 125-140.

²⁴ Zweigs „Einsetzung eines Königs“ (1937) thematisiert beispielsweise diese Politik. Vgl. Arnold Zweig, *Einsetzung eines Königs*. Berlin/Weimar 1967.

man wenig Russentum, weder in den Schaufenstern, noch auf dem Krammarkt; einheimischen Eigenwert haben nur die sehr geschmackvollen litauischen Webereien und Töpfereien.“²⁵ Die Betonung des Volkstümlichen soll die kulturelle Individualität untermauern, die einhergehende Exotik, der Reiz des ‚Unbekannten‘ tritt dabei oftmals in den Vordergrund:

„Bald aber merkte ich, dass die Litauer (sehr im Unterschied zu den Letten) ein mehr germanischer als slawischer Stamm sind. Für ihre selbständige Dauerkraft spricht auch die Tatsache, dass sie noch eine starke Volkskunst haben, vor allem ein wirklich noch lebendiges Volkslied, das sich nicht durch die Schule und Vereine, sondern im freien Verkehr fortpflanzt, nicht bloß im überlieferten Wortlaut, sondern in steter Neudichtung oder wenigstens Ummodellung; in Wilna hörte ich Frauen am Webstuhl solche Variationen singen. Meist sind es rein idyllische Lieder, doch gibt es auch eine ganze Anzahl mit sozialem oder politischem Einschlag.“²⁶

Als Dichter ist Dehmels Interesse an Volkslied und Lyrik verständlich, ebenso wie die Referenz auf die vermeintlich germanische Abstammung der Litauer kulturelle Nähe zu Deutschland erzeugen bzw. verdeutlichen soll, seine Betrachtungen rücken das Gesehene dennoch in den Bereich des Naiv-Idyllischen.

In Zweigs „Grischa“-Roman wird diese Tendenz noch deutlicher, da er dort ein direktes Gegensatzpaar aufzeigt: die bürokratisierte und technisierte deutsche Militärverwaltung auf der einen und die ursprüngliche, ländliche, romantisierte litauische, aber auch russische oder weißruthenische Bevölkerung auf der anderen Seite, die in ihrer vermeintlich ursprünglicheren, bäuerlichen, gutmütigen, mythengläubigen Lebensweise in Opposition dazu dargestellt wird – Topoi, die ähnlich auch in Hermann Sudermanns „Litauischen Geschichten“ von 1917 zu finden sind.²⁷

Neben solchen romantisierenden, idyllisierenden und mythisierenden Schilderungen rückt vor allem schnell die scheinbar überall augenfällige Armut ins Zentrum der Beobachtung, die für viele der Be-

²⁵ Dehmel, *Zeiten* (wie Anm. 11), S. 450.

²⁶ Ebenda, S. 451 f.

²⁷ Vgl. Hermann Sudermann, *Litauische Geschichten*. Stuttgart 1917. Für Sudermann bildet die Memel die märchenhafte Grenze zwischen archaischer und industrialisierter Welt.

trachter tatsächlich schockierend gewesen sein dürfte. Gemessen wird dabei mit deutsch-mitteleuropäisch geschultem Auge, in Erwartung gewohnter Standards. So schreibt Klemperer über die nach anderen Maßstäben sicher ordentlich ausgebaute Garnisonsstadt Kowno:

„Alle Stadtteile, auch der bedeutendste mit der Kathedrale und den Regierungsbauten, mit der Hauptstraße, die jetzt Kaiser-Wilhelm-Straße hieß und unter deren Bäumen das deutsche Militär promenierte und die eingeborene Eleganz, die männliche ein bisschen im Stil des Operettenbalkans, die weibliche stark geschminkt und ihr Feuer betonend – durchweg alle Stadtteile trugen den Stempel der Ärmlichkeit. Verließ man die Hauptstraße, so geriet man rasch und fast überall vom Ärmlichen ins Jämmerliche. Die Privathäuser besaßen zumeist nur ein Stockwerk, oft waren es elende Holzbaracken, die Straßen waren mangelhaft oder gar nicht gepflastert. Gab es einen Bürgersteig, so bestand er häufig aus sehr alten schlüpfrig-schmutzigen Brettern.“²⁸

Ähnlich abfällig und deklassierend berichtet er auch über Lebensstil und kulinarische Angebote im – durch das Kriegsgeschehen vermutlich eingeschränkten – Gastgewerbe: „Ich habe einmal mit Zeller und Ewers zusammen mit in einer kahlen litauischen Gaststube gegessen; die Fenster hatten keine Vorhänge, die Tische keine Tischtücher, die Servietten und der gedielte Fußboden waren schmutzig. Das Fleisch und die Klöße triefen vor Fett, wurden aber von mir und Zeller als ‚ethnologischer Fraß‘ bewältigt und nachher durch einen starken Schnaps unschädlich gemacht.“²⁹

Weniger chauvinistisch als entsetzt von den ärmlichen Verhältnissen schreibt Sammy Gronemann über einen Besuch in Wilna (Vilnius):

„Entsetzlich sind die Höfe, die mit allem unbrauchbaren Material angefüllt sind und in denen Menschen eng zusammengepresst hocken. Auf schmutzigen ausgetretenen Stufen steigt man weit unter das Straßenniveau und findet dort luft- und lichtlose Löcher, ohne jede Spur von Mobiliar, in denen mehrere Familien zusammen wohnen, darunter Frauen, die nicht

²⁸ Klemperer, Curriculum (wie Anm. 20), S. 486.

²⁹ Ebenda, S. 483.

so viele Lumpen haben um ihre Blößen so weit zu bedecken, dass sie sich auf die Straße wagen könnten – Menschen, die im Schmutz und Elend verkommen und erblindet sind. Ich weiß von einer Familie, die nur durch das eine sechsjährige Mädchen ernährt wurde, das den Lebensunterhalt im Laufe des Tages zusammenbettelte.“³⁰

Obwohl den Autoren dieser Zitate in der Regel kein übersteigerter Nationalchauvinismus nachgesagt werden kann,³¹ kristallisieren sich dennoch einige charakteristische Sichtweisen auf die litauische Etappe bzw. die besetzten Gebiete heraus: Die Begegnung mit den Verhältnissen vor Ort führt zunächst tatsächlich zu einer differenzierten Anerkennung der kulturellen Eigenständigkeit im Vergleich zum zaristischen Russland. Konstituierend hierfür sind etwa Kunsthandwerk, Musiktradition und Mythologie. Gleichzeitig bewirkt das Erlebte vor Ort ausgeprägte Fremdheitserfahrungen. Im unweigerlich täglichen direkten Vergleich mit der eigenen heimischen Lebenswelt müssen die Verhältnisse jedoch den Anschein von Unterentwicklung, Zurückgebliebenheit und Armut annehmen – eine Armut, die mit Sicherheit und gerade durch das Kriegsgeschehen stark ausgeprägt war. In der Betrachtung und Beschreibung dessen werden unfreiwillig Stereotype von der kulturellen Überlegenheit Deutschlands bzw. der kulturellen Unterlegenheit der Länder im Osten bedient. Das vor Ort Erfahrene und Gesehene gewinnt darüber hinaus einen besonderen exotischen Reiz:

„Natürlich sind all diese dreckigen Kerle mit ihrem urigen Haar- und Bartwuchs das Entzücken unserer Maler, deren hier mehrere als Landsturmeute hier ein Pöstchen beim Stabe ‚bekleiden‘. Weniger malerisch ist die weibliche Einwohnerschaft, fast lauter kurzbeinige, dicke Nudeln mit Stülpnasen und Wabbellippen; selbst die Jungfrauen sehen wie Ammen aus, deren Reize nicht mehr verführerisch sind. Struck behauptet zwar, es gebe ein paar reizende Jüdinnen, aber das sagt er wohl bloß als Zionist, ich wenigstens habe keine entdeckt.“³²

³⁰ Sammy Gronemann, *Hawdloh und Zapfenstreich. Erinnerungen an die ostjüdische Etappe 1916–1918*. Königstein i.Ts. 1984, S. 77.

³¹ Am konservativsten dürfte Richard Dehmel einzuordnen sein.

³² Dehmel, *Volk* (wie Anm. 11), S. 451.

III. Begegnung mit dem Ostjudentum

Ähnlich differenziert muss die Begegnung mit der ostjüdischen Bevölkerung und dem traditionellen Ritus gesehen werden. Besonders unter den zionistischen Intellektuellen, die durchweg assimiliert waren, herrschte ein reges Interesse an den exotisch scheinenden Lebensgewohnheiten der Glaubensbrüder vor Ort. Der schon erwähnte Sammy Gronemann beschreibt seine Begegnungen mit der jüdischen Kultur sowohl mit neugierigem Interesse als auch mit distanzierter Ironie (wie er auch seine Tätigkeit für die Presseabteilung aus einer pazifistischen Haltung heraus mit skeptischer Ironie kommentiert).

„Fasten und Trauern versteht man eben halb und halb auch im Westen, aber die richtige Freude, die Freude an der Lehre, die Freude am Gesetz, die kennt man nur dort. Ich sehe noch den kleinen Scherenschleifer von der Ecke der Litzmannstraße in Kowno vor mir, wie er im Tempel herum lief, um immer wieder jede einzelne Gesetzesrolle zu küssen; eine unglaubliche Seligkeit war über sein lachendes, zahnloses Gesicht ausgegossen. Worüber freut sich der Mensch? Worüber jubeln alle diese Leute? Was ist schließlich diese Thora, deren Fest man feiert? Ein Gesetz, das unzählige Gebote und Verbote enthält, alle Lebensgenüsse beschränkt und große Steuern auferlegt!“³³

In dieser Betrachtung wird die Entmythologisierung des Glaubens aus aufgeklärter, westlicher Sicht deutlich, ebenso die Profession des Juristen, und dies, obwohl Gronemann erklärter Zionist war, wofür ihn Klemperer in seinem „Curriculum Vitae“ später kritisiert.³⁴ Gronemanns Verwunderung gilt ebenso der Institution wie der Nutzung der Synagoge: „Die Synagoge im Osten dient eben ganz anderen Zwecken als der Tempel des Westens. Sie ist das, was der Name bedeutet – griechisch: ‚Synagoge‘, hebräisch: ‚Beth haknesseth‘ – das Versammlungshaus! – Es ist das eigentliche jüdische Klublokal, eine Stätte an die man nicht kommt, um den lieben Gott zu besuchen, sondern vor allem, um alle öffentlichen Angelegenheiten und seine eigenen Sorgen zu erörtern.“³⁵

³³ Gronemann, Hawdloh (wie Anm. 30), S. 64.

³⁴ Vgl. Klemperer, Curriculum (wie Anm. 20), S. 481.

³⁵ Gronemann, Hawdloh (wie Anm. 30), S. 65.

Auch für Arnold Zweig ist die Begegnung mit den jüdischen Lebensverhältnissen vor allem in Wilna – auch das ‚Jerusalem des Ostens‘ genannt – so prägend, dass er zusammen mit Hermann Struck den bereits erwähnten Band „Das ostjüdische Antlitz“ veröffentlicht, der – besonders unter dem Eindruck polnischer Pogrome unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkriegs – zu Verklärungen und Pauschalierungen tendiert:

„(...) und dann vergleiche man, dann vergleiche der Westen, der so oft vergleicht, diesen jüdischen Mann in Männergesellschaft mit Nichtjuden gleicher Klasse. Es kommt gottlob oft zu drolligen Derbheiten, aber es kommt nie zur Zote, zu jener geistlosen, stinkenden Zote, die den deutschen Stadt- und Landarbeiter auszeichnet (Anmerkung eines Armierers). Der Jude beherrscht das Geschlecht; die Frau ist ihm nie das wandelnde Geschlechtsorgan wie dem anderen, sondern ein Mensch. Hier ist die Reinheit des Empfindens allgemein.“³⁶

Ähnlich typisierte Bilder von Menschen jüdischen Glaubens in Ober Ost finden sich auch in Zweigs „Grischa“-Roman: „Juden im langen, altdeutschen Rock – schwarz, denn was anderes ziemt sich für die Söhne Jaakobs? – denen unter der schwarzen Schirmmütze die Schläfenlocken vor den Ohren hängen, wie sie schon auf Reliefs in hethitischen Tempeln das Volk der Schrift kennzeichnen.“³⁷ – eine Darstellung und Zuschreibung, die sich auch in der Figur des Schreiners Tävje spiegelt, der für den inhaftierten Grischa einen wichtigen Bezugspunkt und ruhenden Pol darstellt.

Die Frage der Darstellung jüdischer Figuren bei Zweig insgesamt kann an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden. Bezüglich des „Grischa“-Romans, der – 1927 erschienen – die Flut an Weltkriegsliteratur zusammen mit dem heute weitgehend vergessenen Roman „Soldat Suhren“ von Georg von der Vring³⁸ ursprünglich ausgelöst hat, wäre zudem zu untersuchen, wie sich die zeitliche Distanz zum Erlebten auf die literarische Darstellung ausgewirkt hat, wie zeitgeschichtliche Ereignisse nach 1918 die Texte beeinflusst haben. Darstellung jüdischen Lebens und jüdischer Menschen bei Zweig ist darüber hinaus u.a. auch Bestandteil der „Jungen Frau von 1914“ (1931), wor-

³⁶ Zweig, Struck, Antlitz (wie Anm. 16), S. 79.

³⁷ Zweig, Streit (wie Anm. 6), S. 75-78.

³⁸ Georg von der Vring, Soldat Suhren. Berlin 1927.

auf an anderer Stelle noch kurz eingegangen wird, und in „Einsetzung eines Königs“ (1937).

IV. Pressearbeit in Ober Ost

Neben der autobiografisch-literarischen und der fiktionalen Verarbeitung der in Ober Ost gewonnenen Eindrücke, die in der Regel nach dem Ersten Weltkrieg nur mit zeitlicher Verzögerung einem Lesepublikum zugänglich wurden, ist von einer Fülle zeitnaher Augenzeugenberichte auszugehen, die entweder mündlich während Fronturlauben oder per Feldpost Verbreitung fanden und die heute nicht mehr zu rekapitulieren sind, für die die literarischen Zeugnisse aber streckenweise beispielhaft sein dürften. Die eingangs erwähnte Pressestelle war in Ober Ost zwar hauptsächlich für die Zensur zuständig und sorgte für die propagandistische Verbreitung von rund 15 Zeitungen in deutscher Sprache für die Soldaten in der Etappe und an der Front bzw. in den Sprachen der ortsansässigen Bevölkerung (Litauisch, Lettisch, Weißruthenisch, Hebräisch, Jiddisch usw.).³⁹ Daneben recherchierte und verlegte die Presseabteilung allerdings auch etliche z.T. sehr umfangreiche Reiseführer bzw. Länderkunden mit historischen, ethnografischen, kulturellen, wirtschaftlichen Fakten und nicht zuletzt auch mit Informationen über die Arbeit der deutschen Militärverwaltung, die – für die Kriegszeit aufwändig gestaltet und bebildert – direkt für eine Leserschaft im Reich bestimmt waren.

Zu nennen sind an erster Stelle die „Bilder aus Litauen“,⁴⁰ die mehrere Auflagen erreichten und sich an eine breitere interessierte Öffentlichkeit richteten, und „Das Land Ober Ost. Deutsche Arbeit in den Verwaltungsgebieten Kurland, Litauen und Bialystok-Grodno“,⁴¹ das für ein wissenschaftlich orientiertes Publikum gedacht

³⁹ Dies wurde von der einheimischen Bevölkerung nicht ohne Spott aufgenommen, die solche Indoktrinationsversuche unschwer durchschaute. Anschauliche Beispiele hierfür sind etwa die Karikaturen des litauischen Zeichners Šilietis, alias Jaroslavas Rimkus, der die deutsche Besatzung in einer Weise karikiert, die in ihren Schrecknissen fast an den Zweiten Weltkrieg erinnert und auch vor der litauischsprachigen Zeitung der Besatzer „Darbartis“ nicht Halt macht. Vgl. *The German Occupation in Lithuania 1915–1919 related in pictures and short descriptions*, hrsg. v. J. Šilietis. Šiauliai 1999.

⁴⁰ *Bilder aus Litauen*. Im Auftrage des Chefs und unter Mitarb. zahlreicher Herren der Militärverw. Litauen bearbeitet von Dr. R. Schlichting u. [Hans] Osman. Kowno [Kaunas] 1917.

⁴¹ *Das Land Ober Ost. Deutsche Arbeit in den Verwaltungsgebieten Kurland, Litauen und Bialystok-Grodno*, hrsg. i. Auftrage des Oberbefehlshabers Ost, bearb. v.d. Presseabteilung Ober Ost. Kowno [Kaunas]/Berlin 1917.

war. Die beteiligten Redaktionen waren dementsprechend hochkarätig besetzt. An der Schrift „Bilder aus Litauen“, einer Mischung aus Länderbericht und Bildband, wirkte u.a. Erich Zechlin mit, promovierter Historiker und später bis 1940 letzter deutscher Botschafter in Kaunas.⁴²

Neben der Betonung der deutschen Aufbauleistungen in Wirtschaft, Gesundheitswesen und Kultur tauchen einige Topoi immer wieder besonders auf: die scheinbar unendliche Weite des Landes, das, nur unzureichend genutzt, noch einer systematischen und effektiven land- und forstwirtschaftlichen Erschließung harrt, gleichzeitig die Schönheit und Attraktivität des Landes, das Fehlen ‚deutscher Ordnung‘, aber auch die Exotik der einheimischen Bevölkerung und z.T. die ethnische Nähe zu Deutschland.

Gerichtet an ein anspruchsvolles Lesepublikum, stellen die beiden genannten Handbücher nur die hochwertigere, wissenschaftlichere Zusammenstellung dessen dar, was mittels des eigenen Pressedienstes auch in zahlreichen kleineren Reise-, Sprach- und Kulturführern für die vor Ort eingesetzten Truppen verarbeitet wurde.

Zudem fungierte die Pressestelle Ober Ost tatsächlich als Nachrichtenagentur, die über die so genannte „Korrespondenz B“ kontinuierlich, unauffällig und nahezu tagesaktuell Informationen in den heimischen Zeitungsmarkt einspeiste. Bertkau, in Friedenszeiten Chefredakteur einer Zeitung des Ullstein-Verlags,⁴³ nach dem der Pressedienst benannt wurde, beschreibt dies in folgenden Worten:

„Trotz den in ihrer Aufklärungsarbeit für das Reich recht rüh- rigen Zeitungen muß der ‚Oberbefehlshaber Ost‘ von dem Erfolg nicht sehr überzeugt gewesen sein, denn er schritt im Oktober 1916 zur Herausgabe einer eigenen Korrespondenz, der Korrespondenz B, in deren erstem Empfehlungsschreiben an die Schriftleitungen der deutschen Zeitungen es hieß: ‚Für den deutschen Zeitungsleser ist das Ob.Ost-Gebiet so gut wie Neuland. Um so mehr dürfte es für ihn von Interesse sein, ständig darüber unterrichtet zu werden, wie sich das Leben im deutschen Sinne hier weiter entwickelt (...)‘“⁴⁴

⁴² Vgl. auch Erich Zechlin, *Die Bevölkerungs- und Grundbesitzverteilung im Zartum Polen*. Berlin 1916.

⁴³ Vgl. Dehmel, *Volk* (wie Anm. 11), S. 456. Bertkau war später auch als Zeitungsforscher aktiv.

⁴⁴ Bertkau, *Zeitungswesen* (wie Anm. 7), S. 113.

Über das Streuverfahren durchdrang die „Korrespondenz B“ alle Bereiche der Gesellschaft und konnte so u.a. annexionistischen Positionen leicht das Wort reden, wie sie etwa von Matthias Erzberger und in Bezug auf den Osten besonders radikal von Heinrich Claß⁴⁵ in der Kriegszieldebatte 1914 und von anderen Vertretern der Alldeutschen Partei gefordert worden waren, deren Hauptabsicht in der Schaffung einer politischen und wirtschaftlichen Hegemonialstellung des Deutschen Reichs auf dem Kontinent lag. Die auf dem östlichen Kriegsschauplatz anfänglich errungenen Siege, gefolgt von Eroberungen und die späteren vermeintlichen Aufbauleistungen sowie der aufkeimende Hindenburg-Kult ließen sich – anders als das Geschehen im Westen – zudem propagandistisch wirkungsvoll ausschlichten.

V. Ideologische Vorwegnahmen

Der Einfall zaristischer Truppen nach Ostpreußen zu Kriegsbeginn und die einhergehenden Verwüstungen trugen – medial gesteuert – wesentlich zur Schürung des Bildes vom ‚barbarischen Russen‘ bei – eine Vorstellung, die trotz ihrer Negativität dennoch ein Abstraktum blieb. Erst der vermehrte und individualisierte Informationsfluss aus den im Osten besetzten Gebieten heraus, der einer breiten Öffentlichkeit zugänglich wurde, trug dazu bei, bestimmte Bilder, Klischees und Stereotype im kollektiven Bewusstsein zu festigen. Abgesehen davon, dass verstärkt die ethnische, kulturelle und historische Eigenständigkeit der Völker zwischen dem Deutschen Reich und dem eigentlichen russischen Kernland transportiert wurde, was durchaus positiv zu werten ist, werden in den Berichten – größtenteils unbewusst und unbeabsichtigt – negative Bilder gepflegt, wie etwa die Unterlegenheit der Kulturleistungen vor Ort, Unsauberkeit, Schmutz, Desorganisation, Faulheit (im Gegensatz zu den ‚deutschen Tugenden‘) usw. Darüber hinaus werden bestimmte Menschenbilder tradiert, etwa das der nach althergebrachten Riten und Vorstellungen lebenden Juden in schwarzen Gewändern und mit Schläfenlocken, ebenso wie der Topos vom weiten Land bedient wird, das nur auf Kolonialisierung warte.

⁴⁵ Eine radikale Annexionsposition formulierte Claß, der in seiner Denkschrift große Gebiete im Osten forderte, in denen die ansässige Bevölkerung vertrieben werden sollte, um eine deutsche Hegemonie in Osteuropa zu schaffen. Die Kosten dafür hätten die besiegten Kriegsgegner gezahlt. Claß ließ seine Schrift in einer Auflage von 2000 Exemplaren drucken und verteilen.

Für die offizielle, durch die Militärverwaltung Ober Ost gesteuerte Pressearbeit mag dies einer Politik und Systematik entsprechen, bezogen auf die literarischen Auseinandersetzungen (und zum Teil mit Sicherheit auch auf mündliche Berichte) liegt hierin eine unverkennbare Tragik. Denn obwohl die Autoren alles andere als nationalistische Propaganda beabsichtigen, transportieren sie vielfach doch die skizzierten Bilder und Sichtweisen. So finden sich auch vielfältige Hinweise darauf, dass die besetzten Gebiete nach Kriegsende teilweise annektiert oder in der einen oder anderen Form unter die Hegemonialstellung des Deutschen Reiches gebracht werden sollten. Victor Klemperer etwa beschreibt eine der Diskussionen folgendermaßen:

„Ich fragte, ob es gewiß sei, dass Ober Ost zum Reich komme – ,Ganz gewiß. Wir müssen bald Frieden schließen, und einen ungünstigen Kompromissfrieden, wir behalten wahrscheinlich gar nichts von unseren Eroberungen im Westen. Aber im Osten wird uns das meiste bleiben. Und das ist auch gut so, für die Bevölkerung ebenso gut wie für uns. Denn hier sind wir fraglos Kulturbringer! Dem stimmte ich überzeugt und sehr gerne zu – ich war ja gestern durch ehemals russisches Gebiet gereist, ich hatte heute schon einige Bekanntschaft mit Kowno gemacht.“⁴⁶

Arnold Zweig nimmt in der „Jungen Frau von 1914“ in gewisser Weise sogar das Geschick der jüdischen Bevölkerung vorweg, wenn auch nicht in der vollen und furchtbaren nationalsozialistischen Konsequenz, aber doch in ähnlicher Tragweite. Im Buch werden drei Industrielle von Schieffenzahn, dem Romanabbild Ludendorffs, „zu einer Besprechung nach Kowno“⁴⁷ geladen, bei der es sich wahrscheinlich „um die neue Darlehnskasse Ost [handelt], die aufgezogen werden soll wie eine Notenbank, um die Geldbedürfnisse der besetzten Gebiete zu befriedigen, ohne den deutschen Umlauf zu belasten“,⁴⁸ wie die Herren vermuten. Geschmeichelt, dem Kaiserreich ‚dienen‘ zu dürfen, voller Stolz und im bürgerlichen Selbstverständnis bestärkt, treten die drei die Reise an. Statt um lukrative Geschäfte geht es in der Kownoer Beratung dann allerdings um Pläne zur menschenverachtenden, gefährlichen Deportation größerer

⁴⁶ Klemperer, Curriculum (wie Anm. 20), S. 467.

⁴⁷ Arnold Zweig, Junge Frau von 1914. Berlin 1931, S. 256.

⁴⁸ Ebenda, S. 257.

Teile der jüdischen Bevölkerung per Schiff nach Amerika, um das Versorgungs- und Ernährungsproblem vor Ort in Ober Ost zu lösen, wobei die jüdischen Geschäftsmänner mit ihren Kontakten behilflich sein sollen.⁴⁹ Ernüchtert reisen die Herren vorzeitig ab.

Zweig ordnet den Ursprung dieser Pläne, die die Möglichkeit des massenhaften Todes der zu deportierenden jüdischen Bevölkerung gewissenlos einkalkulieren, da die Schiffe, in denen die Menschen aufs offene Meer geschleppt und dort ohne Brennstoff zurück gelassen werden sollen, der Militärverwaltung Ober Ost zu. In welchem Ausmaß solche oder ähnliche Ideen wirklich existierten, ist nur schwer nachzuvollziehen; es ist jedoch anzunehmen, dass die literarische Fiktion auf einer gewissen Realität fußte. Das betreffende Kapitel in Zweigs „Junger Frau von 1914“, „Verstand ist die beste Vaterlandsliebe“, verdeutlicht besonders den absolutistisch-technokratischen Herrschaftscharakter und -anspruch der Schieffenzahn-Figur im Buch. Gemessen an der Tragweite und der Bedeutung der für die Romanhandlung geschilderten Pläne, Entscheidungen und Ereignisse gewinnt Ober Ost den Status eines autonomen Staatsgebildes und Kaunas den Charakter seiner Hauptstadt.

VI. Schlussbemerkung

Vergleicht man den Verlauf der östlichen Front gegen Ende des Ersten Weltkriegs und auf dem Höhepunkt des Russlandfeldzugs während des Zweiten Weltkriegs, sind die Kampflinien annähernd übereinstimmend. Im militärischen Verwaltungsgebiet Ober Ost hatte Kowno über lange Zeit hauptstadtähnlichen Status, und auch im Zweiten Weltkrieg war Kaunas, oder im damaligen deutschen Sprachgebrauch Kauen, ein bedeutender militärischer Knotenpunkt. Der von den Nationalsozialisten propagierte ‚Lebensraum im Osten‘ hatte ideologische Vorbilder u.a. in den Plänen der Annexionisten des Ersten Weltkriegs. Wenn auch nicht nur vor rassistisch-religiösem Hintergrund, sondern auch aus anderen Motiven scheint die jüdische Bevölkerung schon damals als besonders schwache und Befremden weckende Bevölkerungsgruppe Ziel für eine schlechte Behandlung gewesen zu sein.

Die mittels der hier untersuchten autobiografischen und fiktionalen Texte aufgezeigten Erfahrungen, Klischees und Bilder spiegeln in

⁴⁹ Vgl. ebenda, S. 270-279.

hohem Grade die Eindrücke wider, die, potenziert und z.T. mit noch größeren Fremdheitsgefühlen und -erfahrungen verbunden, von den Soldaten nach Hause übermittelt wurden. Hinzu kommt eine in und aus Ober Ost gesteuerte offizielle Pressearbeit, deren Ziel die Sensibilisierung der deutschen Bevölkerung für annexionistische Ideen und für eine auf Ausbeutung angelegte Politik war. Vor diesem Hintergrund wurde die kulturelle Eigenständigkeit der in Ober Ost lebenden Ethnien besonders unterstrichen.

Wohl nie zuvor sind die in Ober Ost zusammengefassten Bevölkerungsgruppen, Nationalitäten und kulturellen Traditionen in ihrer Individualität sowie Eigenständigkeit gegenüber dem zaristischen Russland so differenziert zur Kenntnis genommen, untersucht, hervorgehoben und einer breiten deutschen Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht worden. Die unverkennbare Tragik liegt darin, dass gerade auch jene Künstler und Publizisten, deren Auseinandersetzung mit dem Gesehenen und Erlebten vor Ort am wenigsten auf die Stützung einer offiziellen, nationalchauvinistischen und expansionistischen Politik ausgerichtet war, oft dennoch Vorstellungen, Bilder, Klischees und Stereotype transportierten, die den Boden für den Erfolg bestimmter nationalsozialistischer Ideen und der damit einhergehenden Propaganda bereiteten.

**„Für uns ist jeder Krieg ein Unglück.“
Die Auswirkungen des Ersten Weltkriegs
auf die Welt der osteuropäischen Juden**

von Frank M. Schuster

Im August 1914 konnte die jüdische Bevölkerung Osteuropas noch nicht einmal ahnen, was es bedeuten sollte, dass der Erste Weltkrieg sich genau in den Gebieten abspielen sollte, in denen sie lebte, im Westen des Russischen Reiches und im Nordosten der österreichisch-ungarischen Monarchie. Plötzlich waren die Juden auf verschiedenen Seiten der Front. Die Grenzen, die zum Teil quer durch jüdische Familien verliefen, wurden zu Fronten. Juden kämpften gegen Juden – eine traumatische Erfahrung. Der Schriftsteller, Journalist und Ethnograf S. Ansky (1863–1920), der am Krieg auf russischer Seite teilnahm, bekam etwa ein dutzend Mal an den verschiedensten Orten die Wandersage von einem Juden zu hören, der im Nahkampf einen feindlichen Soldaten ersticht. Als dieser sich als Jude herausstellt, weil er sterbend „Shma Isroel...“, die Anfangsworte des letzten Gebets, ausruft, verzweifelt derjenige, der ihn getötet hat, an der Erkenntnis, dass er nicht nur gegen das fünfte Gebot: „Du sollst nicht töten!“ verstoßen, sondern auch noch einen anderen Juden umgebracht hat.¹ Es war ein Krieg, in dem Juden Gefahr liefen, Juden zu töten. Für die jüdische Zivilbevölkerung sollte sich dieser Krieg allerdings noch katastrophaler auswirken.²

Niemand wusste, was kommen würde. Gerade die ältere, stärker religiöse Generation teilte die Euphorie der jüngeren nicht. Der aus Galizien stammende Schriftsteller Manès Sperber (1905–1984) beschreibt in seinen Jugenderinnerungen die Reaktion seines Vaters auf

¹ Vgl. S. Ansky, *The Enemy at his Pleasure, A Journey Through the Jewish Pale of Settlement During World War I*, hrsg. v. Joachim Neugroschel. New York 2002, S. 23 f.

² Zu den osteuropäischen Juden während des Ersten Weltkriegs siehe etwa: *Mirovoj krizis 1914–1920 godov i sud’ba vostočnoevropejskogo evrejstva* [Die Weltkrise 1914–1920 und das Schicksal der osteuropäischen Juden], Red. O.V. Budnickij, O.V. Belov, V.E. Kel’ner i V.V. Močalov. Moskva 2005; Konrad Zieliński, *Stosunki polsko-żydowskie na ziemiach Królestwa Polskiego w czasie pierwszej wojny światowej* [Polnisch-jüdische Beziehungen auf dem Gebiet des Königreichs Polen während des Ersten Weltkriegs]. Lublin 2005, sowie meine eigene Untersuchung: Frank M. Schuster, *Zwischen allen Fronten, Osteuropäische Juden während des Ersten Weltkrieges (1914–1919)*. Köln (u.a.) 2004. Allgemein zur Situation der osteuropäischen Juden siehe immer auch: Heiko Haumann, *Geschichte der Ostjuden*. 4. Aufl., München 1998.

die Nachricht vom Kriegsausbruch, die ein junger Mann, der bald darauf Soldat werden würde, ihm überbrachte:

„Es ist ein furchtbares Unglück“, sagte mein Vater und wandte sich von Max ab, der (...) antwortete: „Warum ein Unglück? Der Kaiser wird siegen, der Zar wird so geschlagen werden, daß er es niemals mehr wagen wird, irgendeinen seiner Untertanen zu unterdrücken.“

„Für uns ist jeder Krieg ein Unglück“, sagte der Vater, „niemand weiß, wer von denen, die jetzt in diesem Zimmer sind, den Frieden erleben wird.“³

Zumindest unter den jüngeren österreichischen Juden sahen etliche in dem Krieg gegen Russland einen Heiligen Krieg, der ihre Glaubensbrüder von der zaristischen Unterdrückung befreien würde. Auch deshalb erklärten die meisten bei Kriegsbeginn ihre Loyalität mit ihrem Vaterland. Die Juden in Russland allerdings taten, sofern sie in der Lage waren, sich öffentlich zu äußern, das Gleiche in der Hoffnung, dadurch nach dem Krieg vom Zaren mehr Rechte zu erhalten.⁴ Beide Gruppen sollten eine böse Überraschung erleben.

Statt Russland zu befreien, musste sich die österreichisch-ungarische Armee zurückziehen, als Mitte August 1914 russische Truppen unerwartet in Ostgalizien und der Bukowina einmarschierten. Besonders für die jüdische Zivilbevölkerung war dies ein Schock. Das Vertrauen und die Hoffnungen, die die meisten von ihnen in ihren Beschützer, Kaiser Franz Joseph, gesetzt hatten, der für sie trotz des extremen Nationalismus die Kraft und Stärke der Habsburger-Monarchie symbolisierte, erwiesen sich als trügerisch. Mehr als die Hälfte der jüdischen Bevölkerung Galiziens war gezwungen zu fliehen oder wurde von der eigenen Armee evakuiert bzw. deportiert.⁵ Was dies im

³ Manès Sperber, *Die Wasserträger Gottes, All das Vergangene...* Bd. 1, Frankfurt a.M. 1993, S. 115.

⁴ Vgl. Schuster, *Fronten* (wie Anm. 2), S. 112-122. Zur Reaktion der österreichischen Juden siehe auch Marsha L. Rozenblit, *Reconstructing a National Identity. The Jews of Habsburg Austria during World War I.* Oxford (u.a.) 2001, S. 39-58; zu der der russischen Juden: Louis Greenberg, *The Jews in Russia. The Struggle for Emancipation.* Vol. II, hrsg. v. Mark Wischnitzer. New Haven, CT 1951, S. 94 f.; Jakov G. Frumkin, *Iz istorii russkogo evrejstvo* [Aus der russischen Judenheit], in: *Kniga o russkom evrejstva. Ot 1860-ch godov do revolucii 1917 g.* [Das Buch von der russischen Judenheit. Von den 1860er Jahren bis zur Revolution 1917], Izdano pod Ja.G. Frumkina, G.A. Aronsona, A.Ja. Goldenweiser. New York 1960, S. 27-117, hier S. 85 ff.

⁵ Vgl. Jonas Kreppel, *Juden und Judentum von heute.* Zürich (u.a.) 1925, S. 65 f. Zur Zahl der Flüchtlinge und dem Problem genauer Schätzungen siehe Walter Mentzel, *Kriegsflücht-*

Einzelnen bedeutete, beschreibt Walter Menzel in seiner Arbeit über die Flüchtlinge im österreichischen Kriegsgebiet und im Hinterland während des Ersten Weltkriegs:

„So konnte man aus Ostgalizien durch die russische Besatzung oder durch die Kriegseinwirkungen vertrieben worden sein und wenige Tage später aus dem Zufluchtsort in einer der Städte Galiziens von der k.u.k. Armee evakuiert werden. Ebenso konnte man auf der Flucht aus dem unmittelbaren Kriegsgebiet von Angehörigen der eigenen Armee inhaftiert und als Spionageverdächtiger im Hinterland interniert werden, und von dort, nachdem sich die Verdachtsmomente als unbegründet herausstellten, als ‚Flüchtlinge‘ in ein Lager abgeschoben werden. Man konnte [wegen; F. M. S.] einer ‚strategischen‘ Evakuierung im Rahmen der ‚Politik der verbrannten Erde‘, um der heranrückenden russischen Armee keine Arbeitskräfte zu hinterlassen, in das Etappengebiet evakuiert werden, von dort aufgrund der sanitären Gefährdung für die Armee oder wegen der Überlastung der Gemeinden und Approvisionierungsschwierigkeiten im Etappengebiet in das Hinterland abgeschoben werden, um dort als ‚Flüchtling‘ denunziert zu werden.“⁶

Diese ‚Flüchtlinge‘ wurden der Illoyalität verdächtigt und vielfach als potenzielle Spione für den russischen Feind betrachtet. Obwohl nur Zivilisten, sahen die Armee und später auch andere Feiglinge in ihnen, da sie nicht im Kriegsgebiet verblieben waren, um ihr Vaterland zu verteidigen. Allerdings waren die orthodoxen, überwiegend chassidischen Juden nicht diejenigen, denen man in Galizien am meisten misstraute. Vor allem die Ruthenen, die ukrainischen Untertanen der Doppelmonarchie, wurden von großen Teilen der österreichischen Armee als russophile Slaven angesehen. Deshalb wurden sie für die militärischen Niederlagen verantwortlich gemacht, zu Sündenböcken gestempelt und massenweise als Spione erhängt.⁷ Die Juden waren dagegen weniger gefürchtet und verdächtig, zumindest im Kriegsgebiet selbst. In der Etappe, im Hinterland allerdings sah die Situation schon anders aus. Die Bevölkerung im Innern der Doppelmonarchie war,

linge in Cisleithanien im Ersten Weltkrieg. Unpublizierte Dissertation, Wien 1997, insbes. S. 4-7, und Beatrix Hoffmann-Holter, „Abreisendmachung“, Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923. Köln (u.a.) 1995, S. 31-74, 143-159 und bes. Tabelle S. 283.

⁶ Menzel, Kriegsflüchtlinge (wie Anm. 5), S. 11.

⁷ Vgl. etwa Schuster, Fronten (wie Anm. 2), S. 240 ff.

vor allem in Städten wie Wien, Prag, Budapest und anderswo, weit davon entfernt, die Menschen, die meist fast alles außer dem nackten Leben verloren hatten, mit offenen Armen zu empfangen – dies galt besonders für Juden. Die Verwaltung und schließlich auch die Bevölkerung fürchteten zunehmend die Verbreitung von Epidemien im ganzen Land durch diese armen, „verlausten und schmutzigen Elemente“ vom Rande der Monarchie und damit vom Rande der Zivilisation.⁸ Die Stimmung wurde in Österreich-Ungarn während des Krieges immer antisemitischer.

Für diejenigen, die in den russisch besetzten Gebieten zurückgeblieben waren, war die Situation keineswegs besser.⁹ Manès Sperber beschrieb die Situation in Ostgalizien während der russischen Besetzung in seinen Kindheitserinnerungen folgendermaßen:

„Die Bevölkerung war von der Welt abgeschnitten. Der Postverkehr mit dem unbesetzten Teil der Monarchie blieb unterbrochen, und auch aus den neutralen Ländern erreichte selten ein Lebenszeichen das Städtel. Viele Familien hatten von den wenigen Dollars gelebt, die ihre Verwandten aus Amerika immer wieder mit den Briefen schickten, in denen sie gewöhnlich Schiffskarten ankündigten und ein baldiges Wiedersehen in New York. Nun blieben Briefe und Dollars aus; die Armut wurde zur drückenden Not, aus der es keinen Ausweg mehr gab.“¹⁰

Es wurde sogar noch schlimmer, als sich unter der armen, hungernen Bevölkerung Epidemien zu verbreiten begannen, denen diese nichts entgegenzusetzen hatte. Baruch Milch (1907–1989), der den Krieg ebenfalls als Kind in Galizien erlebte, beschreibt in seinen Memoiren die Situation in Podhejce, nachdem russische Soldaten die *Asiatische Cholera* eingeschleppt hatten:

⁸ Vgl. beispielsweise die Berichte des galizischen Statthalters Hermann von Korytowski: Österreichisches Staatsarchiv, Wien (weiterhin: ÖStA), Allgemeines Verwaltungsarchiv (weiterhin: AVA), Ministerium des Inneren (weiterhin: MdI), Präs. 19/3 Zl. 453/15 und ÖStA Kriegsüberwachungsamt Zl. 7617, sowie im Einzelnen: Schuster, Fronten (wie Anm. 2), S. 122-160 u. 239-249. Zur Situation der jüdischen Flüchtlinge in Österreich, nachdem sie das Kriegsgebiet verlassen hatten, vgl. Rozenblit, Identity (wie Anm. 4); Mentzel, Kriegsflüchtlinge (wie Anm. 5); Hoffmann-Holter, Abreisendmachung (wie Anm. 5); auch David Rechter, *The Jews of Vienna and the First World War*. Oxford 2000.

⁹ Vgl. zum Folgenden: Schuster, Fronten (wie Anm. 2), S. 169-195.

¹⁰ Sperber, Wasserträger (wie Anm. 3), S. 132.

„Die Pest breitete sich überall aus, vor allem in Galizien und es gab jeden Tag etwa ein Dutzend Tote. Es hat nicht lange gedauert, 2-3 Tage und wenn jemand in einer Familie krank war, hatten alle übrigen auch keine Chancen mehr. In der Stadt war nur ein Arzt, es gab keine Medikamente; überall herrschte nur Totenstille, nur von Zeit zu Zeit konnte man einen Schrei hören.

Die Armee, die an die Front ging (...), mied die Stadt. Überall herrschte nur der Tod, alle trugen Knoblauch um den Hals gebunden, wie eine Kette, alle aßen auch viel davon. Alle Speisen wurden kontrolliert und gut gekocht, sogar das Wasser. Wir hatten glücklicherweise eigene Milch, also mussten wir nicht auf die Straße, denn jeder hatte Angst vor dem Kontakt mit einem anderen. Mein Vater und ein paar Bewohner bildeten eine spezielle sanitäre Hilfsgruppe, um dem Arzt zu helfen. Den ganzen Tag liefen sie durch die Stadt, um Hilfe zu leisten, wo sie gebraucht wurde. Mein Vater durfte uns nicht berühren, schlief und aß getrennt von uns, und meine Mutter passte auf alles auf und dank ihr wurden wir nicht krank. Die russische Regierung kümmerte sich nicht um uns, obwohl die Pest sowohl die jüdische als auch die russische Bevölkerung betraf. (...) Trotz verschiedener prophylaktischer Maßnahmen konnte die Pest nicht gestoppt werden. Dann probierte man auf Zureden des örtlichen Rabbiners andere Sachen aus, ein paar Aberglauben vor allem: Zuerst heirateten zwei arme Waisen aus dem Ort, die Ehe feierte man neben der Synagoge mit Musik und allem Pomp; dann machte man eine Puppe aus Wachs, man legte ihr Schlüssel in die Hand, veranstaltete ein normales Begräbnis und begrub sie auf einen Ehrenplatz auf dem Friedhof. Trotzdem half alles nichts.“¹¹

Kein Wunder also, dass viele galizische Juden zwar versuchten, sich mit den russischen Besatzern zu arrangieren, um zu überleben, so gut es eben ging, aber insgeheim Österreich gegenüber loyal blieben. Dadurch sahen aber die russischen Generäle ihr Misstrauen gegenüber den Juden und ihren Verdacht, dass diese Verräter seien, nur bestätigt.

¹¹ Baruch Milch, Barucha Milcha galicyjskie wspomnienia wojenne 1914–1920 [Baruch Milchs galizische Kriegserinnerungen 1914–1920], in: *Biuletyn żydowskiego Instytutu Historycznego* 172-174 (4/94-2/95), S. 123-133, hier S. 128 f. Siehe auch ders., *Testament*. *Z Archiwum żydowskiego Instytutu Historycznego* [Testament. Aus dem Archiv des Jüdischen Historischen Instituts]. Warszawa 2001, S. 16 ff.

Deshalb begann man, sie nach Russland zu deportieren, was aber schon bald verboten wurde, da man der Meinung war, in Russland ohnehin zu viele Juden zu haben.¹² Daher beschränkte man sich zunehmend darauf, nur noch Geiseln zu nehmen, deren Erschießung angedroht und z.T. auch durchgeführt wurde, wenn die Juden des Ortes nicht friedlich und gehorsam blieben.¹³ In Einzelfällen trieb man sie sogar auf gegnerisches Gebiet und nahm in Kauf, dass sie dabei in die Kämpfe gerieten.¹⁴ Man kann also von einer konsequent antijüdischen Politik der russischen Besatzung sprechen. Diese wurde schließlich sehr schnell auch auf die russischen Juden ausgedehnt, da deren Unzuverlässigkeit schließlich für die russischen Generäle schon vor dem Krieg festgestanden hatte.¹⁵ Russland führte Krieg gegen seine eigenen Untertanen.¹⁶ In diesem Krieg gegen den ‚inneren Feind‘ war die lokale christliche Bevölkerung oft involviert, auch wenn sie sich nicht immer und überall an den Pogromen und antijüdischen Maßnahmen der Armee beteiligte, die der Ausweisung oft vorausgingen. Gelegentlich mussten auch die Christen den Ort verlassen. So heißt es beispielsweise in einem Bericht von 1915: „Am 4. Mai ist die ganze Bevölkerung aus Wyśmierzyce ausgewiesen worden. Eine Woche darauf hat man der polnischen Bevölkerung das Zurückkehren in die Stadt gestattet, den Juden die Erlaubnis aber verweigert. Inzwischen haben die Polen die jüdischen Läden und Wohnungen besetzt.“¹⁷

¹² Vgl. z.B. Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (weiterhin: CAHJP), Polen (weiterhin: PL) 97; Kreppel, Juden (wie Anm. 5), S. 75, siehe auch Schuster, Fronten (wie Anm. 2), S. 180 f.

¹³ Vgl. etwa Schuster, Fronten (wie Anm. 2), S. 185-188.

¹⁴ Vgl. ebenda, S. 182 ff.

¹⁵ Vgl. dazu beispielsweise die Antworten auf den 1912 vom Kriegsministerium zum Thema Juden an 50 hochrangige Generäle verschickten Fragebogen: Rossijskij Gosudarstvennyj Voenno-Istoričeskij Archiv, Moskva, f. 400, op. 19, d. 37; CAHJP Jerusalem, HM2 8279.6.

¹⁶ Zu Russlands Vorgehen gegen seine eigenen Untertanen siehe Eric Lohr, *Enemy Alien Politics within the Russian Empire during World War I*. Ph.D. Diss., Cambridge/MA 1999 (Druck Ann Arbor/MI); Eric Lohr, *Nationalizing the Russian Empire. The Campaign against Enemy Aliens during World War I*. Cambridge, MA/London 2003; Daniel W. Graf, *The Reign of the Generals. Military Government in Western Russia 1914-1915*. Unpubl. Ph.D. Dissertation, University of Nebraska, Lincoln, NE 1972, und insbes. zu den Juden Eric Lohr, *The Russian Army and the Jews. Mass Deportation, Hostages, and Violence during World War I*, in: *The Russian Review* 60 (2001), S. 404-419; Semion Goldin, *Deportation of Jews by the Russian Military Command 1914-1915*, in: *Jews in Eastern Europe* (Spring 2000), S. 40-73; ders., *Russkoe komandovanie i evrei vo vremja Pervoj mirovoj vojny: pričiny formirovanija negativnogo stereotipa* [Das russische Oberkommando und die Juden im Ersten Weltkrieg: Grundlagen eines negativen Stereotyps], in: *Krizis* (wie Anm. 2), S. 29-46 und Schuster, Fronten (wie Anm. 2), S. 161-233.

¹⁷ M.F. Seidmann, *Spezielle Korrespondenz für die jüdische Tageszeitung ‚Forward‘*. Central Zionist Archives Jerusalem, Z 140 bzw. 173, S. 9.

Ähnlich war die Situation auch in Grodzisk, als die zuvor ausgewiesenen jüdischen Bewohner ungefähr zur selben Zeit in den Ort zurückkehrten:

„Es ist interessant, daß man nicht nur die Häuser zerstört und die Möbelstücke zertrümmert hat. Man hat in den Häusern auch die Fußböden herausgerissen, denn man suchte dort verborgene Schätze. Auch die jüdischen Synagogen, Bade- und andere Gemeindegemeinschaften sind vollständig zerstört. Es befinden sich jetzt in Grodzisk etwa 40 jüdische Familien. Alle waren früher wohlhabend. Jetzt sind sie arm, verhungert und ohne Obdach. Die jüdischen Läden, die nicht Opfer des Feuers oder der Zerstörung geworden sind, sind von den Polen mit Beschlagnahme belegt worden. Einen Teil der Waren haben sie verkauft, und sie wollen weder das Geld noch die Geschäfte freiwillig zurückgeben.“¹⁸

Die polnische Bevölkerung war also vielerorts durchaus auf ihren Vorteil bedacht, wobei ökonomische Gründe sicher eine Rolle spielten. Die gegen die Juden erhobenen Vorwürfe wurden außerdem meist geglaubt, da sie nur zu gut in das stereotype Judenbild passten, weshalb sie von den meisten in gutem Glauben weiter getragen wurden. Doch gab es auch Menschen, die diese Gerüchte bewusst verbreiteten, um von ihrem eigenen Verhalten abzulenken.¹⁹

Allerdings waren, wie im Falle der österreichischen Armee, die Juden nicht die einzigen Schuldigen. Auch die Deutschen, die überwiegend schon seit Jahrhunderten in Russland lebten und sich vor allem als gute russische Untertanen sahen, wurden in der aufgeheizten, allgemein deutschfeindlichen Atmosphäre nach Kriegsausbruch zu Feinden, denen nicht zu trauen war – besonders dann nicht, wenn sie in der westlichen Grenzregion lebten. Sie wurden deportiert und ihr Grundbesitz konfisziert.²⁰ Wie schon bei den Juden entbehrte auch hier der kollektiv erhobene Vorwurf der Spionage für den Feind jeglicher realen Grundlage, aber es galt, Sündenböcke für das überwiegend durch mangelnde Kommunikation bedingte eigene Versagen

¹⁸ Ebenda, S. 36.

¹⁹ Vgl. Frank Golczewski, *Polnisch-jüdische Beziehungen 1881–1922. Eine Studie zum Antisemitismus in Osteuropa*. Wiesbaden 1981, S. 128, sowie allgemein zum polnisch-jüdischen Verhältnis während des Krieges: Zieliński, *Stosunki* (wie Anm. 2).

²⁰ Vgl. Lohr, *Nationalizing* (wie Anm. 16), insbes. S. 88–120.

zu finden. Auch wenn die Situation der Deutschen im Russischen Reich mit der der Juden durchaus vergleichbar erscheint, die Methoden gegen die russischen Juden unterschieden sich von denen, die gegenüber anderen Minderheiten angewendet wurden:

„First, mass deportation orders covering large territories well behind the front were only attempted for a brief period, then abandoned in favor of deporting only from areas where the army was present. Thus, the troops played a larger direct role in implementing the deportations and expulsion of Jews than for other groups. A second and related feature is that the deportations were far less organized, and much more often accompanied by violence, looting, and popular participation than was the case for other groups. Railroad transport was provided far less often, and areas were more often cleared of Jews through direct expulsion order terror-induced mass refugee movements. Under a condition of a wave of pogroms and local orders to Jewish communities to leave regions under army control, the difference between Jewish deportees, expellees and refugees became less distinct than for other groups.“²¹

Begrenzte Evakuierungen der jüdischen Bevölkerung aus dem direkten Kampfgebiet wandelten sich schon bald in Massendeportationen im großen Stil. Nur wusste man nicht, wohin mit ihnen, denn das Operations- und Kriegsgebiet, in dem die Generäle das Sagen hatten und die Juden loswerden wollten, war fast identisch mit dem Gebiet, in dem die Juden im Russischen Reich leben durften. Deshalb sah sich die Regierung schließlich im August 1915 gezwungen, um das Problem von Tausenden vertriebenen Juden unter ihre Kontrolle zu bringen, den Juden zu erlauben, auch in den Teilen Russlands zu leben, in denen es ihnen bisher verboten war. Der russische Landwirtschaftsminister Aleksandr Vasil'evič Krivošein (1857–1921) machte die Zwangslage, in der sich die Regierung befand, ganz deutlich, als er erklärte: „Man kann keinen Krieg mit den Deutschen und mit den Juden führen.“²² Zu dieser Zeit allerdings hatte sich der russische

²¹ Lohr, *Enemy* (wie Anm. 16), S. 136, siehe auch ders., *Nationalizing* (wie Anm. 16), S. 138.

²² A.N. Jachontov, *Tjaželye dni. Sekretneye zasedanija soveta Ministrov 16 Ijulja – 2 Sentjabrja 1915 g.* [Schwere Tage. Die geheimen Sitzungen des Ministerrates vom 16. Juli – 2. September 1915], in: *Archiv Russkoi Revolucii*. Bd. XVIII, Berlin 1926, S. 15-136, hier S. 49.

Generalstab bereits in die Vergangenheit geflüchtet und versuchte erfolglos, die 100 Jahre früher gegen Napoleon so erfolgreiche Strategie des ‚Großen Rückzugs von 1812‘ zu kopieren. Dabei wurden die an Juden und Deutschen erprobten Methoden auch gegen andere ethnisch nicht-russische Untertanen des Zaren angewandt. Die Folge war schließlich, dass sich ab 1915 Millionen Menschen innerhalb des Russischen Reiches in Bewegung befanden.²³

Mit der Rückeroberung Ostgaliziens und der Bukowina und der Eroberung Kongresspolens und Litauens durch Deutschland und Österreich-Ungarn sollte sich die Situation der osteuropäischen Juden ändern, denn die Mehrheit befand sich nun unter der Herrschaft der Mittelmächte.²⁴ Die erhoffte Befreiung, von der die neuen Herren selbst immer wieder gesprochen hatten, fand allerdings nicht statt. Stattdessen wurden die eroberten, aber auch die rückeroberten Gebiete unter Militärverwaltung gestellt und rücksichtslos ausgebeutet. Litauen und Kurland betrachtete man quasi als Kolonie.²⁵ Es stimmt zwar, dass Juden nun nicht mehr in ständiger Gefahr lebten, vertrieben oder deportiert zu werden, und nicht mehr permanent um ihr Leben fürchten mussten, dennoch war die Situation gerade für die jüdische Bevölkerung weiterhin nicht leicht. Der als deutscher Soldat ab 1917 in Litauen stationierte Schriftsteller Arnold Zweig (1887–1968) brachte in einem seiner Werke das Verhalten der deutschen Besatzer und die Situation der Ostjuden folgendermaßen auf den Punkt:

„Vor dem Kriege lagen Handel und Industrie in ihren Händen. Sie lebten erträglich, wie wohl mager. Seit dem Kriege – ich rede nicht von den russischen Maßnahmen vor unserem Einmarsch – haben wir die Bewirtschaftung aller Landesprodukte selbst übernommen und die Juden völlig ausgeschaltet. Es gibt keinen Handel mehr außer dem Kleinkram, den unsere Soldaten kaufen. Und es gibt keine Industrie mehr. Die eine Hälfte

²³ Vgl. Peter Gatrell, *A Whole Empire Walking: Refugees in Russia during World War I*. Bloomington, IN 1999.

²⁴ Siehe dazu im Folgenden Schuster, *Fronten* (wie Anm. 2), S. 235-418.

²⁵ Vgl. etwa Werner Basler, *Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914–1918*. Berlin (Ost) 1962; Gerd Linde, *Die deutsche Politik in Litauen im Ersten Weltkrieg*. Wiesbaden 1965; Aba Stražas, *Deutsche Ostpolitik im Ersten Weltkrieg: der Fall Ober-Ost 1915–1917*. Wiesbaden 1993; Vejas Gabriel Liulevičius, *War Land on the Eastern Front. Culture, National Identity, and German Occupation in World War I*. Cambridge/London 2000.

haben die Russen ins Innere verpflanzt, die andere haben wir zu einem Drittel in eigene Regie übernommen, zu zwei Dritteln zerstört – wir brauchten das Kupfer der Maschinen.“²⁶

Chane Kahan, ein 13-jähriges Mädchen aus Siedlce, beschreibt die Situation 1914 nach der Eroberung der Stadt durch die Deutschen in ihrem Tagebuch ähnlich:

„The Germans take everything they can lay their hands on. Prices are sky high and there’s no work. People are starving. You cannot earn anything, or do business with the Germans. They don’t need merchants or artisans. They take the raw materials and manufacture things in Germany. A pound of dark bread costs ten kopecks. In Warsaw bread is 25 kopecks a pound. You have to stand in line for hours to get it. No kerosene at all. Since Candles are used instead of lamps, the prices of candles trebled. A poor quality of sugar costs 60 kopecks per pound. There is almost no meat or fat. The outlook for the future is grim. It won’t get better, but worse. Everything is restricted, prohibited, forbidden. Not at all what we expected!“²⁷

Den Juden in dem von Deutschen besetzten Teil Polens ging es sogar manchmal etwas besser als in dem unter österreichischer Herrschaft, da die Deutschen auf Juden als Dolmetscher bei der Verständigung mit der übrigen Bevölkerung angewiesen waren.²⁸ Der 1901 in Jankowlewo geborene Joseph Levinovič beispielsweise wurde zum Dolmetscher und Faktotum des deutschen Kreischefs Tannhauser. Dieser habe ohne ihn, meint der Dolmetscher in seinen Erinnerungen, in der Öffentlichkeit kaum noch einen Schritt getan. Sie seien, meint Levinovič, sich in einem Interview Jahrzehnte später an seine Jugend zurückerkennend, sogar sehr gute Freunde geworden.²⁹ Wegen sei-

²⁶ Arnold Zweig, *Einsetzung eines Königs*, bearbeitet von Holger Brohm. Berlin 2004 (Berliner Ausgabe. I/6), S. 102.

²⁷ Anne Kahan, *The Diary of Anne Kahan, Siedlce, Poland, 1914–1916*, in: *YIVO Annual of Jewish Social Science* 18 (1983), S. 141–371, hier S. 312.

²⁸ Vgl. Schuster, *Fronten* (wie Anm. 2), S. 291–294.

²⁹ Vgl. die Transkription eines Tonband-Interviews mit Joseph Levine vom 18.7.1992 ff. YIVO Institute for Jewish Research, New York (weiterhin: YIVO), Territorial Collection RG 116, Russia, Box 16, Folder 210, Tape 5/7.

ner Sprachkenntnisse wurde ein Jude sogar Bürgermeister von Nowy Dwór, obwohl er erst 15 Jahre alt war.³⁰

Die Österreicher setzten dagegen in der Hoffnung auf eine enge Verbindung Polens mit Österreich polnische Beamte aus Galizien in den besetzten Gebieten in der Verwaltung ein. Das führte zu vermehrten Problemen, je größer die Chance auf ein unabhängiges Polen wurde, wodurch nicht nur der polnische Nationalismus offenkundiger wurde, sondern auch der Antisemitismus. Die jüdische Bevölkerung wurde weiterhin als unzuverlässiges Element angesehen und der Spionage verdächtigt – diesmal für Russland. Das Bild, das sich in den österreichischen Berichten über das Verhalten der jüdischen Bevölkerung während der russischen Besetzung spiegelt, ist hochgradig ambivalent:

„Die Judenschaft hing mit Leib und Seele an Österreich und haßte die russische Herrschaft. Trotzdem kamen hie und da Fälle von sklavischer Untertänigkeit den Russen gegenüber vor. Die armen Teufel wollten durch übertriebene Loyalität die Russen milder stimmen. Dabei wurden von jüdischen Geschäftsleuten mit den russischen Beamten unsaubere Geschäfte gemacht. Viele Juden auch aus der Intelligenz waren bei der Ochraha [russische Geheimpolizei; Anm. d. Red.] tätig. Die krassen Gegensätze und Widersprüche der jüdischen Psyche kamen auch hier zum Vorschein.“³¹

Solch stereotype Sichtweisen finden sich auch in anderen Berichten. Nicht nur hochrangige österreichische Militärs oder Verwaltungsbeamte misstrauten der jüdischen Bevölkerung grundsätzlich, sondern auch die nach der Rückeroberung Galiziens neu aufgebaute lokale Bürokratie.³² Ein Beamter der Bezirkshauptmannschaft Dolina erklärte den in ihre Heimatstadt zurückgekehrten jüdischen Flüchtlingen sogar ganz offen: „Warum seid ihr zurückgekommen? Wir brauchen

³⁰ Vgl. Sarah Garber, *A Memoir, Recollections*, S. 22, in: YIVO, RG 126, Genealogy & Family History, Box 37, Folder 332.

³¹ ÖStA, Haus-, Hof-, und Staatsarchiv PA I 831 Liasse Krieg 3d. Zl. 398/15, S. 7 f. Ähnliche Aussagen finden sich in anderen Berichten, beispielsweise im Bericht des galizischen Statthalters Hermann von Korytowski: ÖStA, AVA Mdl Präs. 22. Zl. 4703/15, S. 7, oder in einem Bericht von General von Riml: ÖStA, AVA Mdl Präs. 19/3. Zl. 17256/15, S. 17. Siehe auch Schuster, *Fronten* (wie Anm. 2), S. 242-249.

³² Vgl. CZA, Z3 155, wo viel Material zur antisemitischen Einstellung der galizischen Bürokratie zu finden ist.

euch hier nicht. Wir waren froh, dass wir euch los sind.“³³ Die Wiedereroberung Galiziens erwies sich keineswegs als die Befreiung, die sich die galizischen Juden erhofft hatten.

Im von Österreich besetzten Südteil des ehemals russischen Teils Polens, dem Militärgeneralgouvernement Polen in Lublin,³⁴ sah die Situation nicht viel anders aus,³⁵ wie das folgende Beispiel aus Čyćów zeigt: Der dortige k.u.k. Kreiskommandant Oberst v. Żaba hatte am 9. Juni 1916 unter der Überschrift „Verwarnung“ auf Plakaten verkündet: „Da durch die hiesige jüdische Bevölkerung beunruhigende Nachrichten über Truppenbewegungen in spekulativer Absicht verbreitet wurden, wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, dass all jene, die sich einer solchen Übertreibung schuldig machen, der strengsten Bestrafung unterliegen und außerdem die jüdische Kultusgemeinde mit einer *Kontribution im Betrage von 25.000 Kronen belegt werden würde*.“³⁶

Am 21. Juni 1916 wurden daraufhin drei Männer wegen Verbreitung beunruhigender Nachrichten zu Arreststrafen verurteilt, von denen aber nur einer Jude war. Trotzdem blieb die Kontributionsforderung bestehen. Daraufhin wandte sich die jüdische Gemeinde in einem Schreiben an das Militärgeneralgouvernement in Lublin, in dem es unter anderem heißt:

„Wie diese Kundmachung auf die ländliche Bevölkerung, die durch die bekannte Boykotttätze, die unter den Russen Orgien getrieben hat, und Agitatoren jetzt gehetzt wird, gewirkt hat, *läßt sich kaum ein Bestreben zu ruhigem und friedlichem Beisammenleben nennen, aber strafbar ist es geradezu, wenn die Behörde das Vergehen eines Individuums auf die ganze Gemeinschaft generalisiert, denn das reizt die Instinkte der Massen und kann zu traurigen Folgen zeitigen*.“³⁷

³³ Ebenda, Beilage D, S. 2.

³⁴ Vgl. zum MGG Artur Hausner, Die Polenpolitik der Mittelmächte und die österreichisch-ungarische Militärverwaltung in Polen während des Weltkriegs. Wien 1935; Jan Lewandowski, Królestwo Polskie pod okupacją austriacką 1914–1918 [Das Königreich Polen unter österreichischer Besatzung 1914–1918]. Warszawa 1980.

³⁵ Vgl. Schuster, Fronten (wie Anm. 2), S. 288–291, sowie Konrad Zieliński, Żydzi Lubelszczyzny 1914–1918 [Juden im Lubliner Gebiet 1914–1918]. Lublin 1999.

³⁶ Vgl. Archiwum Główne Akt Dawnych w Warszawie (AGAD), Militärgeneralgouvernement Polen in Lublin (MGG) 205, Beilage zu A, Präs. Zl. 11451/16. Hervorhebung im Original.

³⁷ Ebenda, A, Präs. Zl. 10751/16. Hervorhebung im Original.

Der Protest war letztlich erfolgreich, wie aus einem handschriftlichen Vermerk des damaligen Militärgeneralgouverneurs Karl von Kuk (1853–1935) hervorgeht:

„Es gibt nur eine *Kultus*gemeinde, man darf sich auf diese nur in *Kultus*angelegenheiten berufen. Immer muß aber Gerechtigkeit herrschen. Die Androhung der Kontribution war gesetzwidrig und unpolnisch.

Mit solchen Ungeschicklichkeiten kann der Kreiskommandant in einem Tag mehr schaden, als die systematische Arbeit des MGG in Wochen wieder gutmachen könnte.“³⁸

Obwohl man sich beim Militärgeneralgouvernement offensichtlich auf höchster Ebene bemühte, solche antisemitischen Auswüchse zu verhindern, blieb die jüdische Bevölkerung weiterhin antijüdischen Maßnahmen der lokalen k. u. k. Verwaltung ausgesetzt und hatte so unter der propolnischen Politik Österreichs zu leiden.

Das soll aber nicht heißen, dass unter den deutschen Besatzern Antisemitismus weniger verbreitet war. Viele Deutsche, vor allem Offiziere, fühlten sich generell der einheimischen Bevölkerung kulturell und sozial überlegen und benahmen sich dementsprechend. Arnold Zweig gibt in einem noch in Litauen konzipierten Roman den Blick eines solchen preußischen Offiziers auf das jüdische Shtetl treffend wieder:

„Brettschneider durchritt die Judenstadt. Mit immer erneutem Ekel sah er die Kinder, großäugig und viel zu klug, vor seinem Pferde in die Eingänge der Häuser zurückweichen. Die Häuser aus Balken wandten die Giebelseite zur Straße, dann öffneten sich weite Hofeingänge voller Grün mit verwitterten Pfählen und Schildern in hebräischen Zeichen. Er kam nicht drauf, dies könne als eigene Sprache gelten, zu bekannten Zeiten vom Deutschen abgespalten, etwa dem Holländischen vergleichlich. Unter dem Diktat tiefer Angewidertheit sah er in den jüdischen Worten lediglich ein vermauscheltes Deutsch, besonders seit man die Kaufleute veranlaßt hatte, ihre Schilder auch in lateinischen Lettern zu schreiben, ohne ihnen zugleich auch den Geist der verwickelten deutschen Rechtschreibung einimpfen

³⁸ Ebenda, A, Präs. Zl. 11451/16. Hervorhebung im Original. Die Kontribution wurde nicht verhängt. Vgl. ebenda, A, Präs. Zl. 13109/16.

zu können. Statt Barbier las man Perückenmacher; Äpfel ward mit E und fp geschrieben: Efplen. Zwischen Griefß und Grüte schwebte ein Wort, das kaum wer erraten konnte: Grüste, und der Name Intriligator über dem Laden eines Lederhändlers erboste ihn immer wieder, denn ein katholischer Feldgeistlicher hatte ihn belehren dürfen, dies Wort habe nichts mit Spülapparaten zu tun, sondern bezeichne einfach einen Buchbinder. Die Frauen lehnten, die Umschlagtücher ums Gesicht und über die Schultern gezogen, auch an diesem leuchtenden Septembormorgen, in den Haustüren und vor den Läden und sahen ihm ruhevoll nach. Männer erblickte man nur von fern, da sie durch Oberbefehl gezwungen waren, ihn mit Hutabnehmen zu grüßen, trotzdem sollte es eine Menge Mannschaften und selbst Offiziere geben, die sich mit Juden in Verkehr einließen. Komischer Geschmack, dachte der Rittmeister. (...)“³⁹

Auch die Deutschen sahen ihre Vorurteile vom faulen, dreckigen, verlausten Juden bestätigt, oder – wie im Zitat nur angedeutet – von der sich freiwillig prostituierenden Jüdin, ohne zu erkennen oder erkennen zu wollen, dass dies nicht der Normalzustand war, sie mit ihrer Ausbeutung zu Hunger und Krankheiten beitrugen und die Sauberkeit nicht gerade förderten.

Doch all das sahen Armee und Verwaltung nicht, oder wollten es nicht sehen. Für etliche von ihnen lagen die Gründe dafür, dass man der Probleme nicht Herr werden konnte, nicht in der Ausnahme-situation des Krieges oder in der totalen Ausbeutung der eroberten Gebiete, sondern zum wiederholten Male einzig und allein bei den Juden und ihrer sturen Weigerung, selbst die einfachsten Hygieneregeln zu beachten. So schrieb beispielsweise Wolfgang von Kries (1868–1945), der Verwaltungschef des Generalgouvernements Warschau,⁴⁰ d.h. dem von den Deutschen besetzten Teil Kongresspolens, in seinem offiziellen Bericht vom April 1916 über die Ausbreitung von Fleckfieber:

³⁹ Arnold Zweig, *Der Streit um den Sergeanten Grischa*, bearbeitet von Frank Hörnigk, Berlin 2006 (= Berliner Ausgabe I/2), S. 285.

⁴⁰ Vgl. zum Generalgouvernement Warschau Paul Roth, *Die politische Entwicklung in Kongreß-Polen während der deutschen Okkupation*. Leipzig 1919; Werner Conze, *Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg*. Köln/Graz 1958; Imanuel Geiss, *Der Polnische Grenzstreifen 1914–1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg*. Lübeck/Hamburg 1960; Basler, *Annexionspolitik* (wie Anm. 25).

„Die Krankheit befiel zu mehr als 90% die jüdische Bevölkerung. Die im Lande für Fleckfieber gebrauchte Bezeichnung ‚Judenfieber‘ kennzeichnet diese Beobachtung zur Genüge. Der namenlose Schmutz in den engen und dunklen Wohnungen, die massenweise Anhäufung von Gerümpel und Lumpen, das Ungeziefer aller Art und die persönliche widerwärtige Unsauberkeit geben eine erschreckend wirksame Unterlage für diese Verbreitung der Seuche gerade in der armen jüdischen Bevölkerungsschicht.“⁴¹

Noch eineinhalb Jahre später, im Herbst 1917, warf er den Juden fehlendes Verständnis für Sauberkeit vor:

„Die an sich nicht von Vorliebe und Verständnis für die Reinhaltung des Körpers, der Kleidung und der Wohnung durchdrungene Bevölkerung, v.a. der jüdische Teil derselben (Sind doch selbst bei Rabbinern Läuse gefunden worden!), hielt Fenster und Türen andauernd geschlossen. Die engen, meist aus ein oder zwei winzigen Räumen bestehenden Wohnungen, wurden kaum gefegt, viel weniger gescheuert. Das Reinigen der Kleider und Wäschestücke war, noch dazu mit dem Mangel an Seife und Waschgelegenheiten, mehr als mangelhaft. Der Schmutz wurde durch alte, zerlumpte, schmutzige Tücher, sorgfältig eingewickelt und der Nährboden zur Vermehrung der Läuse geschaffen. Der im Winter entstandene Läusesamen ging nun im Frühjahr und Sommer reichlich auf (...).“⁴²

Diese unterstellte generelle Unsauberkeit hatte auch eine moralische Komponente. Im Januar 1916 wurden zum Beispiel alle deutschen Truppen im Militärbezirk Lukow vor jüdischen Prostituierten gewarnt, nicht nur aus hygienischen Gründen, auch weil „sich unter den Dirnen oftmals Fraunspersonen befinden, die der Spionage dienen, indem sie die Mannschaften des Etappen- oder Operationsgebietes über die Vorgänge an der Front aushorchen, und ihre Spionagergebnisse dem Feind vermitteln.“⁴³

⁴¹ AGAD, Niemieckie władze okupacyjne na terenie byłego Królestwa Polskiego, Cesarsko-Niemieckie Generał Gubernatorstwo w Warszawie, Szef Administracji przy Generalnym Gubernatorze Warszawskim [Die deutsche Herrschaft auf dem Gebiet des ehemaligen Königreichs Polen, Kaiserlich Deutsches Generalgouvernement Warschau, Verwaltungschef beim Generalgouvernement Warschau], Sygn. 5, S. 15 f.

⁴² Ebenda, Sygn. 10, S. 32.

⁴³ Archiwum Państwowe w Lublinie, Kaiserlich Deutsches Kreisamt Lukow 60.

Auch die Mittelmächte verdächtigten also die Juden der Spionage, nur beschuldigten sie sie nicht *in corpore* und machten sie nicht *per se* für ihre eigenen Fehler verantwortlich. Doch die Grundlage für die Einstellung den Ostjuden gegenüber war, so scheint es, ein bei allen am Krieg Beteiligten weit verbreiteter, tief verwurzelter Antisemitismus. Die Mehrheit der russischen Generäle und Offiziere war ebenso wenig wie etliche ihrer Gegenspieler auf Seiten der Mittelmächte gewillt oder in der Lage, in den Juden, denen sie sich gegenüber sahen, etwas anderes als ihr vorgefertigtes antisemitisches Bild von Juden zu erkennen. Statt Armut, Seuchen und den täglichen Kampf der Juden ums Überleben vor allem als Folge des Krieges und ihrer eigenen Politik und Einstellung gegenüber den Juden zu verstehen, sahen viele in der jeweiligen russischen, österreichischen oder deutschen Armee und Verwaltung ihre antisemitischen Vorurteile vom parasitären, Seuchen verbreitenden Juden bestätigt. Dabei liegen die bekannten antisemitischen Stereotypen von den Juden als Verrätern und Zersetzern zugrunde, die die Völker, unter denen sie leben, und die Staaten, in denen sie leben, zerstören wollen, um die Weltherrschaft zu erlangen. Da sich dies teilweise zudem noch mit antisemitischen Vorstellungen zumindest eines Teils der lokalen nicht-jüdischen Bevölkerung deckte, sahen sich die Eroberer in ihren Ängsten und Vorurteilen zusätzlich bestätigt.

Nur relativ wenige Nichtjuden wie der Schriftsteller Herbert Eulenberg (1876–1949) versuchten, das, was sie sahen, zu hinterfragen. Eulenberg schreibt in seinen „Skizzen aus Litauen, Weißrußland und Kurland“ zur Zeichnung eines jüdischen Gepäckträgers ironisch:

„Ein Jüdischer Gepäckträger. ‚Ach was! So etwas gibt es wirklich? Juden sind doch nur reiche Leute. Leute, die Geld zusammenscharren oder schon soviel haben, daß sie es ausleihen. Natürlich nur gegen hohe Zinsen!‘ Also spricht der ‚Westler‘, der zum ersten Mal in den Osten nach Rußland kommt und schaut sich den alten Kerl, der seinen Koffer von dem Zuge zur Droschke schleppt, auf der natürlich ein jüdischer Kutscher sitzt, noch einmal von der Seite an. Richtig! Es kann stimmen im Profil. Aber er sieht garnicht [sic] wie ein Großkapitalist aus. ‚He! Alter Freund, wieviel nehmt ihr ein jeden Tag?‘

‚Wieviel ich einnehme?‘ wiederholt der Alte nach hiesiger Art die Frage und wischt sich unter seiner Last die Stirn. ‚Nuh! Wie Gott gibt! Amol zwei Mark, amol drei Mark, amol gar

nischt! ‚Und amol auch mehr, nicht wahr?‘ ‚Eso wahr soll ich gesund sein, wie isch nischt mehr verdiene als drei Mark‘, be-
teuert der Alte.

‚Gott wird Dich gesund sein lassen. Hier habt ihr fünfzig Pfen-
nig und noch einen Groschen dazu. Ihr nehmt doch deutsches
Geld?‘ ‚Daitsches Geld! Warum nicht! Gott soll Aich behieten
vor allem Bösen und Aier Weib und Aier Kinderleben dazu
gutter Herr!‘

Der Wagen klappert davon. Der Alte blickt ihm nach wie dem
Leben, das an ihm vorüberfährt. Dann schaut er auf das Geld in
seiner Hand. ‚Was für Fragen ain Goi tun kann!‘ denkt er und
geht seufzend gemächlich wieder an seine Arbeit zurück.“⁴⁴

Eulenberg kontrastiert den Mythos des *per se* reichen kapitalistischen jüdischen Ausbeuters mit der Realität des armen jüdischen Gepäckträgers, die so gar nicht mit der westlichen Vorstellung übereinstimmt, und lässt dadurch das Stereotyp erkennbar werden. Antisemitismus und wirtschaftliche Ausbeutung waren nämlich nur die eine Seite der österreichischen bzw. deutschen Besatzung.

Die Wiederherstellung einer Ordnung, auch wenn sie diktatorische Züge hatte, ermöglichte es der jüdischen Bevölkerung schließlich, wieder ein politisch-kulturelles Leben aufzubauen, vor allem nachdem das Presseverbot aufgehoben und die Bildung von Vereinen und Parteien erlaubt worden war.⁴⁵ Die Situation war paradox, wie schon Chane Kahan im März 1916 in ihrem Tagebuch feststellte: „Imagine! In such a dreadful, critical time, the Jewish people built all kind of cultural institutions. That’s what it means to live in the twentieth century!“⁴⁶

Wie die neuen kulturellen Institutionen aussahen, beschrieb beispielsweise Sammy Gronemann (1875–1952), ein Anwalt und später bekannter Schriftsteller und Zionist, der unter anderem in Białystok das jüdische Kulturleben beobachtete und aktiv mitgestaltete, aus der Sicht eines deutschen Juden:

„Außer dem Kulturverein gab es in Białystok noch eine große Anzahl von Vereinen aller Art, die alle eins gemeinsam hat-

⁴⁴ Herbert Eulenberg, ‚Jüdischer Gepäckträger‘, in: Ders., *Skizzen aus Litauen, Weißrußland und Kurland*. Berlin 1916, n.p.

⁴⁵ Vgl. Schuster, *Fronten* (wie Anm. 2), S. 235-418, zum Folgenden bes. S. 359-418.

⁴⁶ Kahan, *Diary* (wie Anm. 27), S. 347.

ten: unendlich ausgedehnte Debatten. Der russische Jude ist der geborene Redner, aber ihm fehlt jede Fähigkeit sich zu beschränken und so werden die besten Reden durch ihre Länge oft um ihre Wirkung gebracht. Da es im zaristischen Rußland ja kaum ein rechtes Vereinsleben geben konnte, ist es begreiflich, daß man sich im Osten nur schwer und allmählich an die im Westen längst bekannten parlamentarischen Notwendigkeiten zu gewöhnen vermag; (...) Fast alle Vereine haben irgendeinen parteimäßigen Einschlag.“⁴⁷

Für die polnischen und litauischen Juden stellte sich angesichts der Umstände die Frage, ob man Einheit und Glauben in der Diaspora gegen alle Widerstände aufrecht erhalten sollte und konnte oder ob die althergebrachten Traditionen angesichts der Herausforderungen, Möglichkeiten und Chancen der modernen Welt aufgegeben werden sollten. Es galt, ein jüdisches Selbstverständnis, eine jüdische Identität in der sich rapide verändernden Welt Osteuropas zu bewahren oder zu entwickeln. Sichtbar wurde dies vor allem in den Bestrebungen, sich politisch zu organisieren. ‚Zionisten‘, die von einer Zukunft und einem jüdischen Nationalstaat in Palästina träumten, ‚Folkisten‘, denen eine nationale Autonomie innerhalb der einzelnen Länder Osteuropas vorschwebte, der sozialistische ‚Bund‘ oder ‚Agudat Israel‘, die Vereinigung der religiösen Orthodoxie, versuchten, der jüdischen Bevölkerung eine neue Orientierung zu vermitteln. Während der Besetzung durch die Mittelmächte wurden auch jüdische Gemeinden und das Schulwesen reorganisiert, und in den meisten Städten wurden Stadträte gewählt, in denen überwiegend auch Juden vertreten waren.⁴⁸ Dabei deuteten sich allerdings bereits Konflikte mit den polnischen bzw. den litauischen Parteien an, aber auch innerjüdische Differenzen, und zwar über die Frage, wie die Zukunft aussehen sollte.

Denn nicht nur Juden hatten die Möglichkeiten genutzt, die sich ihnen boten. Auch die polnische Nationalbewegung war gestärkt worden, da man sich in Österreich wie in Deutschland von Anfang an

⁴⁷ Sammy Gonnemann, *Hawdloh und Zapfenstreich. Erinnerungen an die ostjüdische Etappe. 1916–1918*. Berlin 1924; Reprint Frankfurt a.M. 1984, S. 177 f.

⁴⁸ Vgl. neben Schuster, *Fronten* (wie Anm. 2), S. 401–405, zu Warschau: Roth, *Entwicklung* (wie Anm. 40), S. 35 f., und zu Łódź Marcos Silber, *Ruling Practices and Multiple Cultures – Jews, Poles, and Germans in Łódź During World War I*, in: *Jahrbuch des Simon Dubnow Instituts* 5 (2006), S. 189–208.

darüber im Klaren war, dass es über kurz oder lang wieder einen polnischen Staat geben würde. Am 5. November 1916 wurde deshalb von beiden Kaisern schließlich ein *Königreich Polen* ausgerufen, allerdings ohne einen König zu benennen oder die Staatsform und Staatsgrenzen festzulegen.⁴⁹ Die Entscheidung, auch in Litauen einen – zumindest formal – unabhängigen Staat zu errichten, fiel dagegen erst 1917, führte aber auch dort zu einer ähnlichen Stärkung des nationalen Selbstbewusstseins, zumal die nationalen Bewegungen bis dahin – anders als in Polen – kaum politisch aktiv werden durften.⁵⁰ Auch wenn es nach den Revolutionen in Russland im Februar (März) und Oktober (November) 1917 und dem am 3. März 1918 unterzeichneten Friedensvertrag von Brest-Litovsk mit Sowjetrußland⁵¹ so aussah, als stünden die Mittelmächte im Zenit ihrer Macht, machten sich bereits Auflösungserscheinungen bemerkbar, und nur sieben Monate später sollte nicht nur ihre Herrschaft in Mitteleuropa zusammenbrechen, sondern die Kaiserreiche selbst auseinanderfallen. Mit der staatlichen Unabhängigkeit der daraus entstehenden Länder sollten nun auch die Nationalitätenkonflikte offen ausbrechen. Dabei sah es zunächst so aus, als werde es ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen Konfessionen, Ethnien und Nationalitäten in den neu entstehenden Staaten geben, zumal Repräsentanten der jüdischen Bevölkerung in den Parlamenten und in Litauen sogar in der Regierung saßen.⁵² Schon bald kam es aber zu antijüdischen Ausschreitungen bis hin zu Pogromen. Wirtschaftliche Schwierigkeiten und der wachsende Nationalismus bei den Kontroversen um die Staatenbildung führten zu einem Kampf gegen das ‚Fremde‘ und damit vor allem gegen die Juden. Die Auswirkungen vertraute die 1903 ge-

⁴⁹ Vgl. zum Folgenden etwa Zieliński, *Stosunki* (wie Anm. 2), S. 291-345.

⁵⁰ Vgl. bspw. Linde, *Politik* (wie Anm. 25).

⁵¹ Vgl. etwa Helmut Altrichter, *Russland 1917. Ein Land auf der Suche nach sich selbst*. Paderborn 1997.

⁵² Vgl. Isaac Lewin, *The Political History of Polish Jewry, 1918–1919*, in: *A History of Polish Jewry during the Revival of Poland*, hrsg. v. dems. New York 1990, S. 5-220; Golczewski, *Polnisch-jüdische Beziehungen* (wie Anm. 19), S. 181-240, bes. S. 185-205; Henry Abramson, *A Prayer for the Government. Ukrainians and Jews in Revolutionary Times 1917–1920*. Cambridge, MA 1999; Nathan Gelber, *The National Autonomy of Eastern-Galician Jewry in the West-Ukrainian Republic 1918–1919*, in: *History* (wie Anm. 52), S. 223-326; Szymon Rudnicki, *Żydzi w parlamencie II Rzeczypospolitej* [Juden im Parlament der 2. Polnischen Republik]. Warszawa 2004; Šarūnas Liekis, *A State within a State? Jewish Autonomy in Lithuania 1918–1925*. Vilnius 2003; Paul Shaul Radenski, *Der ministerium far jidishe eninim un di jidishe nacinale ojtonomie in Lite 1919–1923* [Das Ministerium für jüdische Angelegenheiten und die jüdische nationale Autonomie in Litauen 1919–1923], in: *YIVO Bleter*, Nije serie band II. New York 1994, S. 127-146.

borene Marta Müller aus einem bei Krakau gelegenen Shtetl am 1. Dezember 1918 ihrem Tagebuch an:⁵³

„Seit Wochen lebt man in ewiger Angst um das Leben. Seit die Friedensverhandlungen dauern, seit man das Wort Friede ausgesprochen, ist soviel verschiedenes Überwältigendes in Europa vorgefallen, daß es seit Jahren nicht war. Vor allem Polen wurde wieder ein selbständiges Land, dann Kaiser Karl Franz Josef mußte abdanken, Kaiser Wilhelm auch, ebenso der italienischer [sic] König, der bulgarischer, der rumänischer, und einige andere von denen ich kaum mich erinnern kann. Mit entstehen [sic] des Polenlandes werden in Galizien die Juden von der neusten Regierung und nämlich den Bauern und Bolschewicken [sic] wirtschaftlich und peknnier [sic] gänzlich ruiniert.“⁵⁴

Zu den traditionellen antisemitischen Stereotypen trat noch die Angst vor den Kommunisten hinzu, die die Revolution verbreiten wollten, und die mit den Juden vielfach gleichgesetzt wurden. Während der Konflikte der neu entstehenden Nationalstaaten untereinander kam es nach dem Ende des Ersten Weltkriegs schließlich vor allem in Polen und der Ukraine zu einer Gewalterruption gegen Juden, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellte.⁵⁵ Wie schon 1914 verbreitete sich unter den galizischen, aber auch den polnischen, ukrainischen und litauischen Juden zunehmend eine Untergangsstimmung. In Marta Müllers bereits zitiertem Tagebucheintrag vom 1. Dezember 1918 heißt es dazu:

„Ganze Städte werden zu Grunde gerichtet. Es erscheint keine deutsche oder polnische Zeitung um nicht von den Judenpogroms [sic] zu schreiben. Was man dieserzeiten [sic] (...) erlebt ist nicht zu schildern. Einfach gesagt es ist ein Ansturz [sic] der Welt. Wer hätte es gehant, daß ein derartiges Ende kommen ist. Und ob es überhaupt das Ende ist? Wer weiß es? Was wird man noch zum Sehen bekommen. Bis um genug grauenhaftes. Gan-

⁵³ Marta Müller: Tagebuch Marta Müller. CAHJP PL 476a-F4.

⁵⁴ Ebenda, S. 76 f.

⁵⁵ Vgl. neben den in Anm. 52 genannten Titeln außerdem Oleg V. Budnickij, *Rossijskie evrei meždu krasnymi i belymi (1917–1920)* [Die russischen Juden zwischen Roten und Weißen (1917–1920)]. Moskva 2005; Matthias Vetter, *Antisemiten und Bolschewiki. Zum Verhältnis von Sowjetsystem und Judenfeindschaft 1917–1939*. Berlin 1995, S. 25–62 u. 63–93.

ze Züge mit Obdachlosen fahren in größern Städte. Reiche geachtete Kaufleute haben heute kein Hemd zum umziehen. Bis jetzt hörte man zwar nur von Raub und Diebstählen, aber jetzt wird gemordet, beim hellen Tag geschiesst [sic] (...).⁵⁶

Die Pogrome der Jahre 1918–1921 ließen die Jahre 1914–1918 wie eine gute alte Zeit aussehen, zumindest für die meisten Juden.

Die in Galizien als Salcia Passweg geborene Schriftstellerin und Journalistin Salcia Landmann (1911–2002) beispielsweise behauptet in ihrem Erinnerungsbuch ausdrücklich: „Keiner von uns hatte unter der russischen Besatzung zu leiden.“⁵⁷ Doch die Autorin schränkt selbst ein: „Allerdings trugen verschiedene glückliche Umstände hierzu bei.“⁵⁸ Bezogen auf ihre eigene Familie trifft dies wahrscheinlich sogar zu, doch auch ihr Großvater gehörte 1915 zu denjenigen, die mit den abziehenden russischen Truppen als Geiseln nach Russland deportiert werden sollten. Es gelang ihm allerdings noch rechtzeitig, durch Bestechung zu entkommen. Seine Enkelin berichtet darüber hinaus sogar noch von einigen Fällen, in denen Juden auf Grund von ‚Missverständnissen‘ nicht nur unter russischer Brutalität zu leiden hatten, sondern auch umkamen.⁵⁹ Sie erkennt die Widersprüche in ihren Aussagen offensichtlich nicht. Eigene Erinnerungen an die Ereignisse kann die Autorin nicht haben, da sie damals zu jung war und ihre Eltern mit ihr bereits nach Wien geflohen waren. Sie überliefert die von den Großeltern ausgehende Familientradition. Angesichts der späteren Ereignisse und Pogrome zu Beginn der polnischen Herrschaft, die für den Großvater der Grund zur Auswanderung wurden, kam es bereits bei ihm zu einer Verklärung, wie die Enkelin unbewusst selbst zugibt: „Sooft Großvater von den Schrecknissen im jungen polnischen Staat erzählte, den er nur in seinen ersten Anfängen miterlebt und dann verlassen hatte, stellte er Vergleiche mit der ‚feindlichen‘ russischen Besatzung an, die er soviel besser ausgehalten und überstanden hatte.“⁶⁰

Erinnerung ist immer durch späteres Wissen bestimmt, weil der Mensch Ereignisse in der Erinnerung zu anderen in Beziehung setzt. Dadurch ändert sich in der Erinnerung nicht nur ihre Bedeutung,

⁵⁶ Müller, Tagebuch (wie Anm. 53), S. 77.

⁵⁷ Salcia Landmann, *Erzählte Bilderbogen aus Ostgalizien*. München 1975, S. 26.

⁵⁸ Ebenda.

⁵⁹ Vgl. ebenda, S. 26 ff.

⁶⁰ Ebenda, S. 41.

sondern auch das Ereignis an sich.⁶¹ Erst vor dem Hintergrund der Ereignisse der Jahre 1918–1921 konnte die Zeit der russischen Herrschaft oder die der deutschen zu einer ‚guten Zeit‘ werden. Verglichen mit dem Chaos jener Jahre war die Zeit davor fast noch eine Epoche der Ordnung und Normalität gewesen. Rückkehr zur Normalität war gerade im jüdischen Kontext wichtig, sonst wären das eigene bisherige Leben, Tradition, Glauben und Ideale in Frage gestellt worden.

Langfristig sollte diese Verklärung katastrophale Folgen für die osteuropäischen Juden haben, denn das Bild, das die Beteiligten voneinander bei der nächsten Begegnung 1939 hatten, war zwischen 1914 und 1921 entstanden. Als deutsche und sowjetische Truppen 1939 in Polen einmarschierten, fürchteten sich viele Juden auf Grund der Erinnerungen an die Erfahrungen ein Vierteljahrhundert zuvor eher vor Russen und Polen als vor Deutschen (und Österreichern). Aber auch die Deutschen wussten, was sie erwartete, denn schließlich hatte sich das antisemitische Bild vom gefährlichen Ostjuden aus ihrer Sicht schon 1914/15 als zutreffend erwiesen, und diesmal, das wussten sie, sollten die Juden keine Möglichkeit erhalten, die deutsche Armee zu schwächen und um den Sieg zu bringen. Die Propaganda der Nationalsozialisten machte dies in dem berüchtigten antisemitischen Propagandafilm „Der Ewige Jude“ 1940 ganz unmissverständlich deutlich: „Die zivilisierten Juden, welche wir aus Deutschland kennen, geben uns nur ein unvollkommenes Bild ihrer rassischen Eigenart. Dieser Film zeigt Original-Aufnahmen aus den polnischen Ghettos, er zeigt uns die Juden, wie sie in Wirklichkeit aussehen, bevor sie sich hinter der Maske des zivilisierten Europäers verstecken.“⁶²

Diesem dem Film vorangestellten Text folgen Filmaufnahmen aus Bałuty, dem jüdischen Armenviertel in Łódź, in dem die Deutschen kurz darauf Tausende Juden im Ghetto zusammenpferchen sollten. Zu den Bildern wird, explizit unter Bezugnahme auf die Erfahrung im Ersten Weltkrieg, folgender Kommentar abgegeben:

„Der Feldzug in Polen hat uns Gelegenheit gegeben, das Judentum in seiner Niststätte kennenzulernen. Millionen Juden leben hier in Polen. (...) Wir Deutschen haben schon vor 25 Jahren einmal Gelegenheit gehabt, einen Blick in das polnische

⁶¹ Vgl. Harald Welzer, *Das kommunikative Gedächtnis: Eine Theorie der Erinnerung*. 2. Aufl., München 2005.

⁶² Vgl. Stig Hornshøj-Møller, ‚Der Ewige Jude‘: Quellenkritische Analyse eines antisemitischen Propagandafilms. Göttingen 1995, S. 43 f.

Ghetto zu werfen. Diesmal aber ist unser Blick durch die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte geschärft. Wir sehen nicht mehr wie 1914 bloß das Groteske und Komische an diesen fragwürdigen Gestalten, wir erkennen, daß hier ein Pestherd liegt, der die Gesundheit der arischen Völker bedroht.“⁶³

Während die osteuropäischen Juden damals noch als Menschen gesehen wurden, wenn auch als angeblich dreckige, gefährliche und Seuchen verbreitende, waren sie im Zweiten Weltkrieg für die Mehrheit der Deutschen nur noch abstoßende ‚Parasiten‘, die vernichtet werden mussten.⁶⁴

⁶³ Ebenda, S. 44-47.

⁶⁴ Vgl. Klaus Latzel, *Tourismus und Gewalt. Kriegswahrnehmungen in Feldpostbriefen*, in: *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944*, hrsg. v. Hannes Heer und Klaus Naumann. 2. Aufl. Hamburg 1995. S.451-468, sowie außerdem darüber hinaus: ders., *Deutsche Soldaten - nationalsozialistischer Krieg? Kriegserlebnis - Kriegserfahrung 1939-1945*. 2. Aufl. Paderborn usw. 2000.

Stiefsöhne des Vaterlands. Die polnischen Veteranen des Ersten Weltkriegs und die Debatte um ihre Versorgung, 1918–1939¹

von Julia Eichenberg

In der Oktoberausgabe 2005 der polnischen populärwissenschaftlichen Geschichtszeitschrift „Mowia wieki“ veröffentlichte der Historiker Piotr Szlanta unter dem Titel „C.K. dezertrzy?“ (K.u.K. Deserteure) einen Artikel über die Moral der Armee der Habsburger Monarchie im Ersten Weltkrieg.² Allein das Erscheinen dieses Artikels an solcher Stelle ist bemerkenswert, denn statt eines „Großen Krieges“, wie in Frankreich und Großbritannien, ist der Erste Weltkrieg heute in Polen weithin ein „Vergessener Krieg“,³ der kaum mit Aufmerksamkeit bedacht wird. Dies gilt auch für die Forschung. Ein Blick auf die Historiografie der polnischen Geschichte wie auch auf die der Geschichte des Ersten Weltkriegs macht deutlich, dass beide ein erstaunlich geringes Interesse aneinander zeigen. Nach den Kriterien einer Geschichtsschreibung von Nationalstaaten war Polen, als Territorium zwischen Deutschland, Österreich und Russland aufgeteilt, praktisch nicht in den Ersten Weltkrieg involviert, besaß es doch zum fraglichen Zeitpunkt weder Staat noch Armee. Der Blick von außen blieb lange desinteressiert: In vielen Gesamtüberblicken über den Ersten Weltkrieg sind genaue Zahlen und Angaben zu Polen gar nicht oder nur spärlich vorhanden. Dies ist auch ein genereller Ausdruck des Umgangs der Ersten-Weltkriegs-Forschung mit der „Vergessenen Front“ im Osten, die erst seit kurzem als aufarbeitenswert neu entdeckt wurde.⁴ Diese geringe Aufmerksamkeit gegenüber den Kriegs-

¹ Dieser Aufsatz behandelt Aspekte der inzwischen abgeschlossenen Dissertation „Kämpfen für Frieden und Fürsorge. Polnische Veteranen des Ersten Weltkriegs und ihre internationalen Kontakte, 1918–1939“ (Tübingen 2008). Die Arbeit wird 2010 in der Reihe „Studien zur Internationalen Geschichte“ des Oldenbourg-Verlags veröffentlicht.

² Piotr Szlanta, C.K. dezertrzy? Morale armii monarchii naddunanskiej podczas pierwszej wojny światowej [K.u.K. Deserteure? Von der Moral der Armee der Habsburger Monarchie während des Ersten Weltkrieges], in: *Mowia Wieki* (2005), Nr. 10, S. 22-27.

³ Robert Traba, Zapomniana Wojna. Wydarzenia 1914–1918 w polskiej i niemieckiej pamięci zbiorowej [Der Vergessene Krieg. Die Ereignisse 1914–1918 im polnischen und deutschen kollektiven Gedächtnis], in: Ders., *Kraina tysiąca granic. Szkice o historii i pamięci [Land der tausend Grenzen. Skizzen zu Geschichte und Gedächtnis]*. Olsztyn 2003, S. 155-162.

⁴ Vgl. *Die vergessene Front. Der Osten 1914/15. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung*, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. v. Gerhard P. Groß. Paderborn 2006.

folgen in den wieder- und neu entstandenen Staaten Südost- und Osteuropas erstaunt angesichts der Tatsache, dass der Krieg doch in Westeuropa als ein maßgeblich beeinflussender Faktor für die Politik der Zwischenkriegszeit gilt. Grund für die vernachlässigende Behandlung des Ersten Weltkriegs in Polen selbst ist, dass seine Bedeutung in der nationalen Erinnerung überdeckt und verdrängt wurde. Die Wiedererlangung der Unabhängigkeit 1918, die folgenden Unabhängigkeits- und Grenzkriege und schließlich die Erfahrung der Schrecken des Zweiten Weltkriegs ebenso wie der folgende sowjetische Einfluss auf die polnische Geschichtsschreibung lenkten jegliche Aufmerksamkeit vom Ersten Weltkrieg ab. Der Artikel Szlantas aber stieß 2005, mehr als 90 Jahre nach Beginn dieses Krieges, auf große Aufmerksamkeit. Im Leserforum der Internetpräsenz von „Mowia Wieki“ finden sich unzählige Einträge zu diesem Beitrag.⁵ Das Interesse am Ersten Weltkrieg scheint neu erwacht.

Daneben lohnt sich aber auch, den Aufhänger des Artikels genauer zu betrachten. „C.K. Dezerterzy“ (K.u.K. Deserteure) ist, wie der Autor vermerkt, „eine Kultkomödie“ aus dem Jahre 1986. In dem von Janusz Majewski verfilmten zweiteiligen Fernsehfilm dreht sich die Handlung um eine Gruppe von Habsburger Soldaten, die aus ihrer Kaserne entkommen, desertieren und sich mit Witz und Tricks durchs Land schlagen. Dabei repräsentiert die Soldatentruppe die Minderheiten der Habsburger Armee; neben der Hauptrolle des Polen Kania sind seine engsten Begleiter der Ungar Benedek, der jüdische Wiener Haber, dazu gesellen sich Chudej, ein Tscheche, und schließlich sogar Baldini, ein italienischer Kriegsgefangener. Der Film zeichnet ein Bild von der Habsburger Armee als chaotischer Haufen rebellierender Minderheiten, kommandiert von dümmlichen, laut Befehle schreienden Deutsch-Österreichern. Das aktuelle Bild des polnischen Soldaten in den Armeen der Teilmächte scheint also geprägt von der idealisierten Vorstellung des gewitzten Polen, eine Art Personifizierung des polnischen nationalen Selbstverständnisses voller Widerstandsgeist und pfiffiger Überlegenheit gegenüber den stupiden Besatzern. Diese Interpretation der polnischen Soldaten in

Als Grundstein für die neue Erforschung der Ostfront im Ersten Weltkrieg insbesondere in der deutsch- und englischsprachigen Historiografie kann die Arbeit von Liulevicius gesehen werden: Vejas Gabriel Liulevicius, *War Land on the Eastern Front. Culture, National Identity and German Occupation in World War I*. Cambridge 2000 (Studies in the Social and Cultural History of Modern Warfare. 9).

⁵ Vgl. Leserforum zum Artikel unter <http://wiadomosci.onet.pl/1252701,1292,kioskart.html>.

den Reihen der Teilungsmächte ist umso interessanter, als sie lange Zeit um ihre Anerkennung in Polen schwer kämpfen mussten, galten sie doch während der Zwischenkriegszeit im schlimmsten Fall als Söldner, Kollaborateure und Verräter, im besten aber immer noch als Menschen, die sich ohne allzu großen Widerstand in den Dienst der Besatzer gestellt hatten und damit gegenüber „polnischen Soldaten“, also jenen des polnischen Heeres und der Polnischen Legionen, moralisch unterlegen waren.

Diese gesellschaftlichen Urteile über die Polen in fremden Diensten lassen sich auch an den Debatten im Sejm ablesen, die sich in der Zwischenkriegszeit um die Versorgung der polnischen Veteranen des Ersten Weltkriegs entspannen. In ihrem Mittelpunkt steht die Diskussion um diejenigen polnischen Soldaten, die als Berufsmilitärs oder als Wehrpflichtige (aber auch als Freiwillige) in den Reihen der Armeen der ehemaligen Teilungsmächte gekämpft hatten – eigentlich also eine Gruppe von Soldaten wie die Protagonisten der oben erwähnten Fernsehserie. Doch als Helden galten sie nicht. Durch die beginnende Diskussion um die Verdienste und Ansprüche der Veteranen wurden die Veteranen, die (nur) in den Armeen der Teilungsmächte gedient hatten, als „zaborcy“ gekennzeichnet. Dieser Begriff entstammt dem polnischen Wort „zabór“ für die Teilungsgebiete. „Zaborcy“ bezeichnete dementsprechend diejenigen, welche in den Reihen der Teilungsmächte gekämpft hatten, und beinhaltete eine offen pejorative Bewertung dieses Kriegsdienstes. Diese Bezeichnung stand in klarem Gegensatz zum positiv konnotierten „polnischen Soldaten“ wie etwa den Soldaten der polnischen Armee oder der Polnischen Legionen.

Zwar entsprachen die verschiedenen Uniformen, in denen die polnischen Soldaten von den Schlachtfeldern zurückkehrten, dem Bild der Zersplitterung, den das ganze Land nach dem Ende des Ersten Weltkriegs bot. Nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit 1918 waren Integration und Vereinheitlichung die größte Herausforderung der Zweiten Polnischen Republik. Bevölkerung, Institutionen und Traditionen der früheren drei Teilungsgebiete mussten nun in eine neue nationale Einheit gegossen werden. Dies erwies sich als umso schwieriger, als 1918 nicht nur das Land geteilt war: Es gab sechs gültige Währungen, vier Kommandosprachen in der Armee, drei Rechtssysteme und mehrere Regionen unter separater Verwaltung. Dennoch schienen die verschiedenen Uniformen mehr Probleme als die anderen Unterschiede zu verursachen. Ein Teil der Zurückkehrenden zog direkt wieder in den Krieg, um die neuen nationalen Grenzen im Kampf gegen beinahe jeden der Nachbarstaaten

zu verteidigen.⁶ Es gab jedoch auch andere polnische Soldaten, die aus verschiedenen Gründen nicht mehr an diesem nun „polnischen“ Krieg teilnahmen, etwa aufgrund von Verletzungen bzw. Invalidität oder weil sie sich noch in Kriegsgefangenschaft bzw. noch auf dem Weg von der Front nach Hause befanden. Oder vielleicht auch ganz einfach aus dem Grund, weil vier Jahre voll von Kriegsgräueln und Kämpfen ihnen jegliche Motivation genommen hatten, erneut in den Krieg zu ziehen, für welches Ziel auch immer – und sei es auch ein polnischer Nationalstaat.

Die Situation der polnischen Weltkriegsveteranen, die 1918/19 in das polnische Heer übertraten, gestaltete sich relativ einfach: öffentliche Anerkennung und eine allgemeine Bereitschaft ihrer Versorgung war ihnen als Dank für die Verteidigung der Grenzen und den Einsatz des eigenen Lebens im Dienste des Staates in den Grenzkriegen gewiss. Der Kriegsdienst führte hier zu einem Anspruch auf Versorgung, da er als „Arbeit“ für den Staat bzw. die Nation angesehen wurde. Dies entspricht dem Muster, welches Michael Geyer in seiner vergleichenden Analyse der Kriegsopferversorgung in Frankreich, Deutschland und Großbritannien nach dem Ersten Weltkrieg herausarbeitete.⁷ Komplizierter dagegen gestaltete sich die Situation bei jenen polnischen Weltkriegsveteranen, die in den Reihen der Teilmilitären, aber nicht mehr in den Grenzkriegen gekämpft hatten. Sie hatten zwar ebenfalls ihr Leben riskiert, jedoch größtenteils nicht für den Staat, in dem sie nun lebten und an den sie Ansprüche stellten. Durch die Wehrpflicht war ihnen aber zum Teil auch keine Wahl gelassen worden.

Bei der Untersuchung der polnischen Veteranen ergeben sich daraus Besonderheiten im Vergleich zu Veteranen, die nach dem Krieg dem Staat gegenüber standen, für den sie auch gekämpft hatten. In der Historiografie werden Veteranen meist als Paradebeispiel einer Gruppe angeführt, die in engem Bezug zum Nationalstaat steht. Als Soldaten kämpften sie für ihn, nach dem Krieg führte der Militärdienst zu Ansprüchen und Anrechten auf eine Unterstützung der Veteranen

⁶ Vgl. u.a. Norman Davies, *White Eagle, Red Star. The Polish-Soviet War 1919–1920 and the „Miracle on the Vistula“*. London 2003; Bohdan Królikowski, *Ułańskie lato. Od Krechowic do Komarowa. Szkice do dziejów jazdy polskiej w latach 1917–1921 [Ulanensommer. Von Krechowic nach Komarowa. Skizzen zur Geschichte der polnischen Kavallerie in den Jahren 1917–1921]*. Lublin 2005; Agnieszka Knyt, *The year 1920: The War between Poland and Bolshevik Russia*. Warsaw 2005.

⁷ Michael Geyer, *Ein Vorbote des Wohlfahrtsstaates. Die Kriegsopferversorgung in Frankreich, Deutschland und Großbritannien nach dem Ersten Weltkrieg*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983), S. 230–277, hier S. 236.

durch den Staat. Dennoch gibt es in der Ausformung einer Gruppe der Veteranen maßgebliche Gemeinsamkeiten auch mit ehemaligen Kriegsteilnehmern „älterer“ Nationalstaaten im westlichen Europa. Denn mehr als durch die bloße Kriegsteilnahme definiert und formt sich die Gruppe der Veteranen durch ihre Beziehung mit der nationalen Gemeinschaft und dem Staat nach dem Krieg. Dies konnte bereits in zahlreichen Arbeiten belegt werden, von denen hier stellvertretend die grundlegende Arbeit von Antoine Prost zu den *anciens combattants*⁸ und der französischen Gesellschaft sowie Benjamin Ziemanns Untersuchung deutscher Veteranen⁹ genannt werden sollen. Diese Wechselbeziehung ist umso wichtiger für die polnischen Veteranen, die kein gemeinsames Kriegserlebnis verband. Da sie an verschiedenen Fronten gekämpft hatten, konnten sie erst nach dem Krieg in Polen zu einer eigenen Gruppe werden. Das Wechselverhältnis zwischen Veteranen und dem Staat beruht dabei insbesondere auf dem Aufbau von Verantwortlichkeiten zwischen dem Staat als administrativem Vertreter der Nation und den von ihm Versorgten.

Das Wechselverhältnis von sozialen Gruppen und dem Staat lässt sich am Beispiel der Veteranen besonders gut zeigen, da sie eine Gruppe sind, die rechtlich vom Staat definiert wird, auf soziale Beihilfen seitens des Staates angewiesen ist und deren Definition von Inklusion und Exklusion einen großen Einfluss auf die Konzepte von Nation und Nationalität hat.¹⁰ Ein mit den *imagined communities* bei Benedict Anderson vergleichbares Gemeinschaftsgefühl und Sozialverwaltung sind auf dem Weg zu einer nationalen Gemeinschaft durch die Manifestierung von Inklusion und Exklusion eng miteinander verbunden.

Im Falle der polnischen Veteranen gilt dabei besondere Aufmerksamkeit der Frage nach der Deutung des Krieges und der Bedeutung von Kriegserfahrung.¹¹ Die Deutung des Ersten Weltkriegs sowie die

⁸ Antoine Prost, *Les Anciens Combattants et la société française, 1914–1939*. 3 Bde., Paris 1977 ff.

⁹ Benjamin Ziemann, *Die Konstruktion des Kriegsveteranen und die Symbolik seiner Erinnerung 1918–1933*, in: *Der verlorene Frieden: Politik und Kriegskultur nach 1918*, hrsg. v. Jost Dülffer. Essen 2002, S. 101–118.

¹⁰ Siehe zu diesem Ansatz die Untersuchung von Gérard Noiriel von Immigranten in Frankreich: *Gérard Noiriel, État, nation et immigration*. Paris 2001.

¹¹ Zum Konzept der Kriegserfahrung vgl. *Die Erfahrung des Krieges. Erfahrungsgeschichtliche Perspektiven von der Französischen Revolution bis zum Zweiten Weltkrieg*, hrsg. v. Nikolaus Buschmann u. Horst Carl. Paderborn 2001 (Krieg in der Geschichte. 9), aufbauend auf der Theorie von Peter L. Berger, Thomas Luckmann, *The social construction of Reality*. New York 1966.

Teilnahme von Polen an ihm hatten starken Einfluss auf die Ausbildung von Identitäten und Loyalitäten in der Zwischenkriegszeit sowie auf die Debatten um die Versorgung der Weltkriegsveteranen.

Die Diskussion innerhalb der und über die Veteranenverbände war zunächst klar von „Primärinteressen“ bestimmt. Dringende Themen wie Demobilisation, Sozialhilfe für die überlebenden Angehörigen und für Invaliden sowie Reintegration in den Arbeitsmarkt und Beihilfen und Renten für Veteranen waren Motivation zum Beitritt in die Veteranenverbände. Die Diskussion dieser Themen war insbesondere während der verfassungsgebenden Phase des Sejm („Sejm ustawodawczy“) zwischen 1919 und 1921 von Bedeutung, in der die ersten grundlegenden Gesetze erlassen wurden. Diese Phase war, unmittelbar nach der neu erlangten Unabhängigkeit, stark geprägt vom Willen nach Abgrenzung und Misstrauen gegenüber den ehemaligen Teilungsmächten. Dieses Misstrauen durchdrang auch jede Diskussion, die sich mit dem Erbe der Teilungsarmeen und ihrer Veteranen auseinandersetzte. Im März 1919 etwa reichte der Abgeordnete Rączkowski einen Antrag auf die Gründung einer polnischen Invalidenkommission ein, die alle Invaliden erneut untersuchen und kategorisieren sollte. Seine Sorge war, dass derzeit viele „Nichtkatholiken“ ungerechtfertigt Ansprüche geltend machten, während Polen leer ausgingen, was daher rühre, „dass die Ärzte im österreichischen Heer vor allem Juden, Deutsche und Ungarn waren, welche unaufhörlich ihren Hass gegenüber den Polen zum Ausdruck brachten und den polnischen Soldaten bewusst Leid zufügten.“¹²

Die Konstruktion einer sozialen Hierarchie der Soldaten und Veteranen schlug sich später in der tatsächlichen Gesetzgebung nieder. In der polnischen öffentlichen Meinung stach der Trumpf der Teilnahme an den polnischen Unabhängigkeitskriegen bei weitem den Kriegsdienst in den Reihen der Teilungsmächte. An der Spitze der Hierarchie standen jene Veteranen, die in der Lage waren, militärische Verdienste in den Reihen der polnischen Armee vorzuweisen, wie auch eine Übereinstimmung mit dem Konzept von „polskość“. Dieses Konzept beinhaltet verschiedene Aspekte, die als Bestandteile eines „polnischen Nationalcharakters“ angesehen wurden, insbesondere die polnische Sprache, kulturelles Erbe und Zugehörigkeit zur katholi-

¹² Sejm Rzeczypospolitej Polskiej, Kadencja 0 (1919–1922), Druk Nr. 198 (Sejm der Republik Polen, 0. Amtszeit (1919–1922), Druck Nr. 198) (RP II / 0 / 198), Antrag des Abgeordneten J. Rączkowski u.a. des Klub Posłów P.S.L. Piastowców.

schen Religion.¹³ Am untersten Ende der Hierarchie standen solche Veteranen, die nur in den Armeen der Teilungsmächte gekämpft hatten. Im schlimmsten Fall gehörten sie gleichzeitig einer der ethnischen oder religiösen Minderheiten an, die während der Zweiten Polnischen Republik der subversiven Tätigkeiten verdächtigt wurden, des Verfolgens ausschließlich eigener nationaler Interessen und des Unterlaufens und Zersetzens des polnischen Staates. Im besten Falle konnten die so genannten „zaborcy“, die Veteranen der Teilungsmächte, 75% der Pension erlangen, die den Veteranen der polnischen Armee mit gleichen Voraussetzungen vergönnt war.¹⁴

Demgegenüber erlangten die Invaliden der Teilungsmächte zumindest den Gesetzen nach eine eher gleichberechtigte Anerkennung, die jedoch in ihrer Umsetzung lange auf sich warten ließ. Vorläufige Verordnungen noch während der andauernden polnischen Grenzkriege befassten sich ausschließlich mit der polnischen Armee sowie den Polnischen Legionen und brachten somit die ideelle wie materielle Vernachlässigung der „zaborcy“ zum Ausdruck. Bereits im Mai 1919 war ein Gesetz über die vorübergehende Versorgung von Witwen und Waisen erlassen worden, dieses betraf aber nur Angehörige der polnischen Armee und der Legionen. Der Abgeordnete Herman Lieberman, selbst Weltkriegsveteran, kritisierte in einer Sejm-Debatte im Mai 1919, dass die Versorgung der Veteranen der Teilungsarmeen gegenüber den rein polnischen Formationen zu sehr unter dem Vorwand vernachlässigt werde, jene seien doch von diesen Armeen abgesichert. In Wirklichkeit aber seien die Veteranen und Hinterbliebenen der sich in Auflösung und Umformung befindenden Teilungsstaaten zu Tausenden auf sich selbst gestellt.¹⁵ Wiederholt wurden ab 1919 Anträge gestellt, derartige Unterscheidungen auszugleichen; erst mit der Rückkehr der „polnischen Soldaten“ jedoch nahm die Gesetzgebung langsam Form an. Ab 1921 galten nun Invaliden des Weltkriegs den Invaliden des polnischen Heeres als gleichgestellt, sofern ihr Dienst in den Armeen der Teilungsstaaten in den Zeitraum vom 1. August 1914 bis zu einem bestimmten Datum im Jahre

¹³ Christoph Mick, *Kriegserfahrung in einer multiethnischen Stadt. Lemberg 1914–1950*. Habil. Tübingen 2003, S. 298.

¹⁴ RP II / 1 / Druk Nr. 673, *Sprawozdanie Komisji Budżetowej o projekcie ustawy o zaopatrzeniu emerytalnym funkcjonarjuszów państwowych i zawodowych wojskowych* (Druk Nr. 500), 23 lipca 1923 r. Vorgetragen vom Vorsitzenden der Kommission Mączyński im Plenum: RP II / 1 / Sitzung 58, 27.7.1923, LVIII/9-79, hier S. 11-16.

¹⁵ RP II / 0 / Sitzung 33, S. 35 f., Herman Lieberman am 6. Mai 1919.

1918 fiel¹⁶ und sie im Besitz der polnischen Staatsangehörigkeit waren.¹⁷ Die Umsetzung des Gesetzes jedoch wurde immer wieder verschoben, erst ab 1925 kam es zu ersten Auszahlungen, die zudem immer wieder ausgesetzt wurden.¹⁸ Außerdem kam es, wie bereits in den vorhergegangenen Jahren, zur Einforderung einer Gesetzgebung, zu öffentlichen, teils blutigen Demonstrationen der Veteranen und Invaliden, die sich weiter hinzogen, um gegen den langsamen Gesetzgebungsprozess, die noch langsamere Umsetzung der faktischen Auszahlung von Unterstützung und erneute Diskussionen von Kürzungen der knappen Mittel zu protestieren.¹⁹ Regelmäßige Anfragen und parlamentarische Eingaben nicht nur seitens der Vertreter der Minderheiten im Sejm während der gesamten Zwischenkriegszeit dokumentieren, dass in der Realität die gering bemessenen Beihilfen kaum je ausgezahlt wurden.

Trotz dieser Schwierigkeiten hatten die Forderungen der Veteranen nach Pensionen und Beihilfen durchaus ihre Unterstützer in den Debatten des Sejm. Dieser Haltung einer Reihe von Mitgliedern des Parlaments lagen verschiedene Motive zugrunde, die sich in zwei Gruppen zusammenfassen lassen: Zum einen ging es dabei um eine generell positive und wohlwollende Einstellung gegenüber Veteranen und ihren Verdiensten. Sie speiste sich oft aus moralischen Beweggründen: Die Veteranen des Ersten Weltkriegs (inklusive der „zaborcy“) hatten ihre Ansprüche auf Renten und Beihilfen dieser Ansicht nach durch ihre Teilnahme am Kampf für die Unabhängigkeit verdient. Andere Beweggründe waren Solidaritätsgefühle und eine moralische Verpflichtung zur Sozialfürsorge aufgrund der Gleichheit aller Polen und der Verantwortung des polnischen Staates gegenüber allen seinen Bürgern: „sie kämpften zwar in den feindlichen Armeen und fielen bisweilen im Bruderkrieg, aber ihnen allen schwebte die gleiche Liebe zum Vaterland vor.“²⁰ Eine wichtige Rolle spielten als Vermittlungspersonen dabei auch Parlamentsabgeordnete, die selbst aktiv am

¹⁶ Für die deutsche Armee bis zum 27. Dezember 1918, für die österreichische bis zum 1. November 1918 und für die russische nur bis zum 1. März 1918.

¹⁷ Ustawa o zaopatrzeniu inwalidów wojennych i ich rodzin z dnia 18 marca 1921 r. [Gesetz über die Versorgung von Kriegsinvaliden und ihrer Familien vom 18. März 1921].

¹⁸ Vgl. Marek Jabłonowski, *Sen o potędze Polski. Z dziejów ruchu byłych wojskowych w II Rzeczypospolitej 1918–1939* [Der Traum von der Macht Polens. Die Geschichte der Veteranenbewegung in der II. Republik 1918–1939]. Olsztyn 1998, S. 252–262.

¹⁹ RP II / 0 / Sitzung 273, S. 39 f., Anfrage des Abgeordneten Reger nach den Fortschritten der Gesetzgebung anlässlich der Invalidendemonstrationen der letzten Wochen vom 14. Dezember 1921.

²⁰ RP II / 0 / Sitzung 42, S. 20, Matakiewicz vom 27. Mai 1919.

Weltkrieg teilgenommen hatten – wie zum Beispiel Tomasz Arciszewski, Herman Lieberman u.a. – und sich in der Zwischenkriegszeit in den Parlamentsdebatten oder in den zuständigen Kommissionen zugunsten der Veteranen und Invaliden einsetzten.²¹

Zur zweiten Gruppe zähle ich Motive, die klarer an bestimmte politische Notwendigkeiten und Ziele gebunden waren. Dabei spielten die Angst vor sozialen Unruhen, Revolution, und das Ziel, politische Stabilität aufrecht zu erhalten, eine entscheidende Rolle. In manchen Punkten lassen sich diese Ziele jedoch präzisieren: Ein faires Rentensystem für Veteranen wurde auch als Motivation für die gegenwärtig noch kämpfenden Soldaten angesehen. Hinzu kam, als wahrscheinlich einer der wichtigsten Gründe, der Glaube an den eventuellen Einfluss eines gerechten Rentensystems auf das Ergebnis der Plebiszite in territorial umstrittenen Gebieten. „Mit Hinblick auf das Plebiszit wäre es gut, wenn die Unterstützung der Oberschlesier den Unterstützungen angeglichen werden würden, die die deutschen Soldaten in Oberschlesien erhalten.“²² Ein weiterer Abgeordneter rechnete vor: „Allein in der schlesischen Region um Cieszyń befinden sich etwa 6 000 organisierte Invaliden und noch weitere 3 000 Gefallenenswitwen. Diese fast 10 000 Stimmen würden für Polen sprechen, wenn sie wüssten, dass ihnen hier Gerechtigkeit widerfährt.“²³ Darüber hinaus wurde eine umfassende Gesetzgebung als beste Repräsentation des polnischen Staates in der internationalen Gemeinschaft angesehen. Durch die Übernahme von Verantwortungen beim Ausbau staatlicher Beihilfen wollte der polnische Sejm auch seine Reputation als „Saisonstaat“ widerlegen.

In der Debatte um die polnischen Weltkriegsveteranen sind dabei nicht allein die Aktivitäten der Veteranen auf nationaler Ebene und ihre Auseinandersetzung mit und in den Debatten des Sejm von Bedeutung. Vervollständigt wird das Bild durch ihre internationalen Kontakte. Aus der Zusammenarbeit von Veteranen des Ersten Weltkriegs aus verschiedenen, überwiegend europäischen, Ländern entstand ein Netzwerk der Kontakten und des Transfers, die sich in internationalen Veteranenorganisationen und einer entstehenden trans-

²¹ Posłowie i Senatorowie Rzeczypospolitej Polskiej 1919–1939. Słownik biograficzny [Abgeordnete und Senatoren der Polnischen Republik 1919–1939. Biografisches Wörterbuch], hrsg. V. Andrzej Krzysztof Kunert. Warszawa 1998.

²² RP II / 0 / Druck Nr. 1132, Antrag J. Trzeciński (Narodowe Zjednoczenie Ludowe) vom 4. November 1919.

²³ RP II / 0 / Druck Nr. 1262, Antrag von W. Michalak (Nar. Zw. Rob.) (1920).

nationalen Infrastruktur manifestierten.²⁴ Soldaten, die kurz zuvor noch auf entgegengesetzten Seiten der Front gegeneinander gekämpft hatten, nahmen nun teil an gemeinsamen Gedenkfeiern und einem gemeinsamen Kampf für die Interessen der Veteranen. In dieser Hinsicht dienen die Aktivitäten der polnischen Veteranen als Beispiel für die in jüngster Zeit diskutierten wechselseitigen Prozesse des „Nationalen“ und des „Transnationalen“.²⁵ Polen ist ein besonders gutes Beispiel für diese Prozesse, da der neu- bzw. wieder-gegründete Staat in der Zwischenkriegszeit noch eine Phase der Re-Nationalisierung durchlief.

Für die polnische Diskussion waren diese Einflüsse und Transfers aus sowie Kontakte mit dem Ausland von besonderer Bedeutung. Dies liegt zum Teil in dem Bestreben sowohl der Veteranen als auch des polnischen Parlaments begründet, sich bei Ideen und Konzepten für eine staatliche Versorgung von Veteranen und Invaliden am Ausland zu orientieren. In den Zeitschriften der Veteranen wie auch in den Debatten des Sejm werden Beispiele und Vergleiche aus dem Ausland häufig angeführt. Bereits 1919 fiel im Sejm der Vorschlag, man solle doch seitens der Komisja Wojskowa (Militärkommission) eine Abordnung nach Frankreich schicken, um sich dort über Versorgung von Invaliden und deren Reintegration in den Arbeitsmarkt zu informieren.²⁶ Dieser Vorschlag entsprach dem Vorgehen bei der Rekonstruktion der polnischen Armee, die sich in großen Teilen an Frankreich orientierte.

Ihr Engagement für Renten und Sozialleistungen verfolgten die polnischen Veteranen dementsprechend nicht nur auf nationaler, sondern auch auf internationaler Ebene. Insbesondere zwei Dachorganisationen von Veteranen des Ersten Weltkriegs, FIDAC und CIAMAC, wurden zu einer wichtigen Plattform für den Austausch von Kontakten und Informationen. Beide im Folgenden vorzustellenden Dachverbände entstanden auf französische Initiative hin, konnten jedoch

²⁴ Dieter Rucht, Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten in neuen sozialen Bewegungen, in: *Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert*, hrsg. v. Hartmut Kaelble, Martin Kirsch u. Alexander Schmidt-Gering. Frankfurt a.M./New York 2002, S. 327-351, hier S. 338.

²⁵ Sebastian Conrad, *Globalisierung und Nation im Deutschen Kaiserreich*. München 2006; Noiriel, *État* (wie Anm. 10); Kirian Klaus Patel, Überlegungen zu einer transnationalen Geschichte, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 52 (2004), H. 7, S. 626-645; Deborah Cohen, Maura O'Connor, *Comparison and History. Europe in Cross-National and Comparative Perspective*. New York/Oxford 2004.

²⁶ RP II / 0 / Sitzung Nr. 15, S. 826, Vorschlag des Abgeordneten Chudy am 18. März 1919.

Mitgliedsverbände aus vielen verschiedenen Ländern vorweisen. Die Ausrichtung ihrer Interessen und Tätigkeiten auf ein gemeinsames Kriegsgedenken sowie der Kampf für bessere staatliche Versorgung von Invaliden und Veteranen und gegen einen neuen Krieg einte die beiden Verbände, die, obwohl eng durch diese Interessen und teils auch Personal miteinander verknüpft, sich doch nie zu einer Fusion entschließen konnten. Der Grund hierfür findet sich vor allem in ihrer Gründungsgeschichte. Angeregt durch französische *anciens combattants*, wurde 1920 die FIDAC²⁷ als eine Kooperation der Veteranen gegründet, die früher in den alliierten Armeen gekämpft hatten. Die FIDAC wollte ein Forum bieten, in dem ein gemeinsames inter-alliiertes Gedenken an den Krieg und an die Gefallenen stattfinden konnte, und somit die interalliierte Kameradschaft der Veteranen erhalten.²⁸ Die CIAMAC²⁹ dagegen sah ihr Ziel in einer Vereinigung der Veteranen und Kriegsinvaliden jeglicher nationaler Zugehörigkeit, einschließlich der ehemaligen Feindstaaten Deutschland, Österreich und Bulgarien. Die Idee und das Engagement für ihre Gründung kamen von Seiten der französischen Veteranen.³⁰ Als diese sich um Unterstützung bei der Gründung einer internationalen Veteranenorganisation an Albert Thomas, Generalsekretär der International Labour Organisation (ILO), wandten, stießen sie offene Türen ein. Die ILO, ebenso wie der Völkerbund allgemein, unterstützte die CIAMAC bei ihrer Gründung, wobei sie bei der Förderung dieses Netzwerkes auch den möglichen Nutzen für sich selbst und ihre eigenen Institutionen im Auge hatte.³¹ Ihr Hauptziel sah die CIAMAC „im

²⁷ Fédération Interalliée des Anciens Combattants (Interalliierte Föderation ehemaliger Kriegsteilnehmer). Vgl. Prost, *Combattants* (wie Anm. 8); Elliott Pennell Fagerberg, *The „Anciens Combattants“ and French Foreign Policy*. Genf (u.a.) 1966.

²⁸ Archiwum Akt Nowych we Warszawie (Archiv der Neuen Akten, Warschau, AAN), FPZOO Sekcja Polska FIDAC 340 / 381: CIAMAC [Conférence Internationale des Associations de Mutilés de guerre et Anciens Combattants]. Struktura organizacyjna i działalność – organizowanie Manifestacji pokojowych. Udział przedstawicieli polski CIAMAC. Sprawa potwierdzenia przez CIAMAC nienaruszalności granic i traktatów. Rezolucje, korespondencja, Biuletyn, Wycinki Prasowa. 1930–1939: 340 / 381 / 41 Artikel von Smogorzewski in „La voix du Combattant“ (U.N.C.).

²⁹ Conférence Internationale des Associations de Mutilés et Anciens Combattants [Internationale Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Kriegsoffer und Kriegsteilnehmer]; vgl. Prost, *Combattants* (wie Anm. 8).

³⁰ Archives de la Société des Nations, Genève (Archiv des Völkerbunds, Genf, SdN): Registre 40 / 23984 / 17591: Invalides de Guerre. Dossier concernant la collaboration du Secrétariat à une Conférence des Représentants des Associations de mutilés de Guerre et d'anciens combattants et avec les différentes associations d'anciens combattants.

³¹ SdN, R. 40 / 23984 / 17591: „Die Verbände der Invaliden und Veteranen scheinen mir eine sehr effektive Möglichkeit zu bieten, Propaganda des Völkerbunds und der Internationalen

Schutze der materiellen und moralischen Interessen der Kriegsoffer und Kriegsteilnehmer“.³² Materielle Interessen bedeuteten dabei staatliche Unterstützung und Pensionen, die moralischen standen für ein aktives Engagement gegen einen weiteren Krieg. Polnische Veteranen waren, obwohl sie ihre staatliche Unabhängigkeit und damit auch eigene Nationalität (Staatsangehörigkeit) erst nach dem Ersten Weltkrieg wiedererhielten, frühe Mitglieder der beiden Organisationen, im Falle der CIAMAC sogar Gründungsmitglieder.³³

Die gemeinsame Identität der „Waffenbrüder“ und die gemeinsame Kriegserfahrung schufen die Basis für eine intensive Zusammenarbeit. Die in FIDAC und CIAMAC vereinigten Veteranen nutzten ihre internationalen Verbände, um gemeinsam soziale Versorgung und staatliche Unterstützung für Invaliden, Witwen und Waisen sowie Beihilfen, Renten und Reintegration in den Arbeitsmarkt für die ehemaligen Kriegsteilnehmer allgemein zu propagieren. FIDAC und CIAMAC sammelten Daten und Statistiken über die Situation von Veteranen und Hinterbliebenen der einzelnen Mitgliedsstaaten und konnten daher nützliche Hintergrundinformationen für Ansprüche in den eigenen Ländern bieten. Vertreter der polnischen Veteranen- und Invalidenverbände zählten zu denjenigen, die regelmäßig zu diesem Thema in den Berichten der CIAMAC und FIDAC veröffentlichten. Die Versorgungs- und Wohlfahrtspolitik im Ausland zu verfolgen war für sie von besonderem Interesse, da Polen als neu gegründeter Staat keine eigene Tradition in der Bereitstellung von staatlicher Sozialversorgung und Wohlfahrt besaß. Indem die Veteranen Unterstützungen und Beihilfen international miteinander verglichen, sollte die jeweilige Verhandlungsposition zu Hause gestärkt werden – dies wurde explizit von den internationalen Organisationen empfohlen. In einem Bericht zu „Renten und Heilfürsorge“ des Jahrestreffens der CIAMAC von 1937 heißt es ausdrücklich:

„Unser Ziel ist es, die Gesetzeslektüre innerhalb der einzelnen Länder durch den Vergleich zu erleichtern. Auf diese Weise

Organisation für Arbeit zu verbreiten. Sie zählen mehr als 10 Millionen Mitglieder, sie sind bestens organisiert, sie besitzen eine regelmäßige Presse, die von allen Mitgliedern mit größter Aufmerksamkeit gelesen wird“. Brief vom 7. Oktober 1922 von Albert Thomas an Sir Eric Drummond, Generalsekretär des Völkerbunds.

³² CIAMAC, Annual Assembly, 9.–12. September 1937. Bericht Nr. 3 „Renten und Heilfürsorge“, General Marco Nikiforov (Bulgarien), „Die Entwicklung der Renten für Kriegsoffer im Jahre 1936–37“, S. 91–140, hier S. 91.

³³ Prost, *Combattants* (wie Anm. 8), Bd. 2, S. 140.

können zahlreiche Organisationen in den verschiedenen Ländern ihre Ansprüche kombinieren. Sollten diese Forderungen gewährt werden, könnten wir entsprechende Gesetze in verschiedenen Ländern erreichen. Hier sind die Mittel, eine pan-europäische Gesetzgebung zu erreichen. (...) Bis jetzt haben Kriegsoffer wiederholt Ansprüche gestellt mit Verweis auf ähnliche Ansprüche in anderen Ländern. Diese Vorgehensweise hat sich als erfolgreich erwiesen.“³⁴

In den 30er Jahren verloren internationale Kontakte jedoch zunehmend an Einfluss auf die öffentliche Meinung. In Polen, wie auch in den meisten anderen europäischen Ländern, gewannen betont nationale Einstellungen die Oberhand in den öffentlichen Debatten, so auch in denen der Veteranen. In Polen wurde dies verstärkt durch die Etablierung des autokratischen Sanacja-Regimes von Piłsudski. In den folgenden Jahren wurde ein nationaler Kult um Piłsudski und seine Polnischen Legionen gepflegt und zu einem politischen Gründungsmythos erhoben.³⁵ Dies brachte ein erneutes Interesse am Ersten Weltkrieg mit sich, denn Piłsudski wurde als „Baumeister des Vaterlandes“ gefeiert, der Polens Chancen auf eine erneuerte Unabhängigkeit im rechten Moment erkannt und ergriffen habe. Dieses Interesse am Ersten Weltkrieg beschränkte sich jedoch vor allem auf seine Person, seine Legionen und ihre „Verdienste an der Nation“ und bot keinen Platz für die „zaborcy“, die Veteranen der Teilungsmächte. Anstatt ihre Situation zu verbessern, wurde sie durch die neue, durch den Piłsudski-Kult geschürte nationalisierte Atmosphäre eher noch kritischer. Öffentliche Meinung und Sejm bezogen Position für „polnische Soldaten“. Das soziale Prestige des Militärdienstes vor 1918 wurde nun mehr denn je beschränkt auf diejenigen, deren Dienste eindeutig als Opfer für die polnische Nation und ihre Unabhängigkeit ausgelegt werden konnten. Dementsprechend war es eben diese Argumentation, welche die „zaborcy“ aufgriffen. Als zu Beginn und in der Mitte der 30er Jahre eine erneute Diskussion um Pensionen und Unterstützung im Sejm entstand – dieses Mal noch nationaler –, verteidigten sie ihren Militärdienst in den Reihen der Teilungsmächte als Teil des polnischen Unabhängigkeitskampfes. Die Zeitschrift des

³⁴ CIAMAC, Annual Assembly, 1937. Report 3, General Marco Nikiforov (Bulgarien), „Die Entwicklung der Renten für Kriegsoffer im Jahre 1936–37“, S. 91–140, hier S. 92 f.

³⁵ Heidi Hein, *Der Piłsudski-Kult und seine Bedeutung für den polnischen Staat 1926–1939*. Marburg 2002 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung. 9).

polnischen Kriegsinvalidenverbands „Inwalida“ schrieb 1936: „Es gibt keine Invaliden der Teilungsmächte (inwalidów zaborczych), ebenso wie es keine Pensionäre der Teilungsmächte gibt. Wir sind Kinder eines Polens. Das blutige Opfer, erbracht von polnischen Soldaten, ohne Rücksicht darauf, in welcher Uniform er diente, war im Weltkrieg unerlässlich für das Erringen der sehnlichst erwarteten Unabhängigkeit.“³⁶

1928 wurde der Piłsudski-nahe Veteranendachverband „Federacja“ gegründet. Der volle Name des Verbandes lautete „Federacja Polskich Związków Obrońców Ojczyzny“, also „Föderation der Polnischen Verbände der Verteidiger des Vaterlandes“. Seine Arbeit stand unter dem Motto „Alles für den Staat, seine Entwicklung, seine Sicherheit und seinen Großmachtstatus in der Welt“. Laut ihrer Verfassung war die Federacja offen für alle ehemaligen Kriegsteilnehmer, die sich diesem Motto anschlossen. Angehörige der Minderheiten oder Veteranen der Teilungsarmeen wurden nicht vom Beitritt ausgeschlossen, aber die Federacja war deutlich vom Ideal der „polskość“ als Verkörperung eines polnischen Nationalcharakters durchdrungen. Obwohl die Federacja nie ihr proklamiertes Ziel erreichte, alle polnischen Veteranen zu vereinigen, wurde sie sehr einflussreich und prägte die weitere Entwicklung der polnischen Veteranenbewegung deutlich. Zu ihren Vorteilen zählten einflussreiche Mitglieder, unter ihnen Mitglieder des Parlaments und andere bedeutende Persönlichkeiten, wie z.B. ihr Präsident Dr. Roman Górecki.

Geboren 1889 in Stara Sol in Galizien, trat Górecki früh in die Polnischen Legionen Piłsudskis ein, die an der Seite der Mittelmächte aufgestellt wurden. Im Jahre 1917 nach der so genannten „Eidkrise“ („kryzys przysięgowy“) wurde die 2. Brigade, die hauptsächlich aus österreichischen Staatsbürgern bestand und der auch Górecki angehörte, wieder der K.u.K. Armee eingegliedert und als polnisches Hilfskorps an die Ostfront geschickt.³⁷ Beim Versuch der Fahnenflucht erappt, wurde er gefangen genommen und zuerst zum Tode verurteilt, bis das Oberste Kriegsgerichtes das Urteil in eine Haftstrafe umwandelte. Nach der Niederlage der Mittelmächte befreit, arbeitete Górecki an der Reorganisation der polnischen Armee mit. In dieser Funktion reiste er auch im offiziellen Auftrag nach Frankreich, um sich dort über den Aufbau und die Struktur der französischen

³⁶ Inwalida (1936), Nr. 6, S. 11.

³⁷ Jerzy Holzer, Jan Molenda, Polska w Pierwszej Wojnie Światowej [Polen im Ersten Weltkrieg]. Warszawa 1973, S. 309 f.

Armee zu informieren. 1927 zog sich Górecki aus dem militärischen in ein ziviles Leben zurück. Doch er blieb öffentlichen Positionen treu. Seine zivile Karriere trat er als Präsident einer großen Bank des polnischen Staates an: der Bank der Nationalen Wirtschaft (Bank Gospodarstwa Narodowego).

Eine zweite Karriere jedoch sollte Górecki als nationaler und internationaler Vertreter der polnischen Veteranen bestimmt sein. Im Jahre 1928 trafen sich Vertreter verschiedener polnischer Veteranen- und Invalidenverbände, um einen nationalen Dachverband zu gründen. Die beiden ersten Zusammentreffen im Februar reichten aus, um die verschiedenen Vertreter auf zwei maßgebliche Entscheidungen einzuschwören: den Namen³⁸ des Verbandes und (bei einem zweiten Treffen) den Wunsch, Roman Górecki als Präsident zu gewinnen. Górecki, der zwar ehemaliger Legionär war, aber bisher nie als Aktivist der Veteranen in Erscheinung getreten war, wurde von Władysław Chmielewski, Vertreter des Związek Legionistów (Legionistenverbands) mit der Begründung vorgeschlagen, „dass die Person Górecki nicht zum Gegenstand von Attacken irgendeines Verbandes werden kann und vermutlich auch ein später zur Federacja hinzutretender Verband nichts gegen ihn einzuwenden haben könnte.“³⁹ Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen, und bereits das dritte Treffen kaum zwei Wochen später fand unter dem Vorsitz Góreckis statt.⁴⁰ Unter seiner Führung konnte sich die Federacja national wie international trotz vieler Widrigkeiten und Streitigkeiten behaupten. Obwohl erst 1929 (und damit viel später als andere polnische Veteranenverbände) der FIDAC beigetreten, übernahm die Federacja bald eine Art Repräsentantenrolle der polnischen Veteranenverbände auf internationaler Ebene. Dies hatte auch damit zu tun, dass sie sich aufgrund ihres vergleichsweise großen Budgets die Kosten internationaler Korrespondenz und Fernreisen leisten konnte. Ihr Ziel, einzige polnische Vertretung in FIDAC und CIAMAC zu sein, konnte sie dennoch nie völlig umsetzen. Insbesondere der Polnische Kriegsinvalidenverband und seine Vertreter waren ebenso aktiv und beharrten auf einer eigenen Vertretung. Für Górecki ergänzten sich in der Zwischenzeit die Erfolge als Präsident der Nationalbank und als Präsident

³⁸ „Federacja Polskich Związków Obrońców Ojczyzny“ [Föderation Polnischer Verbände der Verteidiger des Vaterlands]. AAN, FPZOO Z.G. Sekretariat: 340 / 26: Księga Protokółów – Zarządów Głównych Federacji PZOO za czas od dnia 9 II 1928 r. do dnia 24 XI 1929 r.; Protokół Nr. 1, dn. 9. II. 1928.

³⁹ Ebenda, Protokół Nr. 2, dn. 14. II. 1928.

⁴⁰ Ebenda, Protokół Nr. 3, dn. 25. II. 1928.

der Federacja, und seine Karriere machte weitere Fortschritte. Auf dem 12. Kongress der FIDAC in Lissabon 1932 wurde Górecki zum Präsidenten der gesamten FIDAC gewählt. Im Herbst 1935 berief ihn Marjan Zydrum Kościalkowski, Ministerratspräsident und ebenfalls aktiv in der FIDAC, als Industrie- und Handelsminister in sein Kabinett. Im Jahre 1937 wurde er ein weiteres Mal zum Präsidenten der FIDAC gewählt.⁴¹ Der Aufstieg der Federacja steht für und ist verbunden mit dem Anstieg nationalisierter Einstellungen innerhalb der Veteranenbewegung. Ihre Einstellungen und Äußerungen erreichten nie den Schärfegrad der öffentlichen Diskussionen, aber waren eindeutig eine Reaktion auf diese und beeinflusst durch diese.

Schlussfolgerungen

Soldaten werden erst nach einem Krieg zu Veteranen, durch die Reaktion von Staat und Gesellschaft auf ihre Bedürfnisse, die durch den Krieg verursacht wurden, d.h. medizinische Versorgung, Reintegration in den Arbeitsmarkt, Pensionen, Renten und Unterstützungen für Hinterbliebene und Invaliden. Um diese Beihilfen zu erhalten (und natürlich aus anderen Gründen wie etwa das gemeinsame Gedenken etc.), schließen sie sich zu Organisationen und Verbänden zusammen, um ihre gemeinsamen Bedürfnisse und Ansprüche zu artikulieren. Mit der Gründung solcher Veteranenverbände wiederum akzeptieren sie ihr Auftreten als neue soziale Gruppe, eben als Veteranen. Durch diese Organisationen agieren sie als Interessengruppe, um ihre Interessen zu vertreten. Gegebenenfalls können sie auch ihren Einfluss nutzen, um ihre schwächsten Mitglieder, wie in diesem Falle die „zaborcy“, Invaliden und Veteranen der ehemaligen Teilungsarmeen, zu verteidigen.

Gleichzeitig hatte die Ausformung der Veteranengruppe ihre Rückwirkungen auf die Re-Konstruktion und Konsolidierung der polnischen Nation wie auch auf die Ausgestaltung des polnischen Staates. Die Probleme und Debatten, die in dieser Abhandlung präsentiert wurden, stellten die sich integrierende polnische Nation vor schwerwiegende Probleme. Bei diesen Themen stand vor allem die Frage nach dem Umgang mit dem Erbe der Teilungsmächte im Mittelpunkt, welches durch die „zaborcy“ personifiziert wurde, die, obwohl Polen, freiwillig oder verpflichtet in den Armeen der ehema-

⁴¹ Revue de la FIDAC XIII (1937), Nr. 11, S. 12.

ligen Besatzer gekämpft hatten. Das zweite große Problem war das der Rolle der Minderheiten in der Zweiten Polnischen Republik. Insgesamt konfrontierte die Debatte um Kriegsgedenken und staatliche Unterstützung für Veteranen die polnische Nation mit dem Problemfeld von Inklusion und Exklusion, welches gleichzeitig konstitutiv und kritisch für eine neu gegründete Nation ist. Darüber hinaus belegt die Debatte die Bedeutung von Einfluss und Transfer von Wissen und Ideen in die sich in der Zwischenkriegszeit weiter konsolidierende polnische Gesellschaft. All dies führt zu meiner Schlussfolgerung, dass enge Verbindungen zwischen dem Staat und den Veteranen bestehen, die im Falle von Polen zu einer „wechselseitige Konstruktion“ führten, denn die Auseinandersetzung von Staat und Veteranenverbänden miteinander beeinflusste beide Seiten. Der neu gegründete Staat hatte in seiner Reaktion auf die Forderungen der sozialen Gruppe der Veteranen Verantwortlichkeiten zu beweisen. Gleichzeitig wurde die Gruppe der (Weltkriegs-)Veteranen erst durch ihre Auseinandersetzung mit dem Staat und ihren Forderungen an ihn als solche definiert. Da beide Seiten sich noch in einer Phase der Ausformung und Transformation befanden, prägte sie diese Auseinandersetzung miteinander maßgeblich. Der Prozess weist somit klare Merkmale der Ausbildung einer nationalen Gemeinschaft durch soziale Bindungen und Verantwortlichkeiten auf.⁴² In einer Art Konkurrenz um Deutungshoheit setzten sich beide Seiten zudem mit dem Verständnis und der Interpretation von Krieg (Weltkrieg) und Nation auseinander, ihrem jeweils eigenen und dem der anderen Seite.

Die Analyse der Debatten über polnische Veteranen kann somit tiefere Einblicke in die Verbindungen zwischen Nation und sozialen Gruppen bieten. Diese sind geprägt von einem Wechselspiel zwischen Mythen und materiellen Interessen. Im Fall der ehemaligen Kriegsteilnehmer bezog sich dies vor allem auf die Erfahrung und Deutung des Krieges und auf den Kampf um Unterstützung und Versorgung. In dieser Hinsicht ist Polen ein Paradigma. Beziehungen zwischen Veteran und Nationalstaat gab es überall, aber in Polen erwiesen sie sich als besonders einflussreich, da der Staat noch nicht gefestigt war. Entsprechend der These der Bedeutung von verknüpften Verantwortlichkeiten für die Konstruktion des Nationalstaats wuchs der polnische Staat mit seinen Verantwortlichkeiten gegenüber den Veteranen – und scheiterte zum Teil an ihnen.

⁴² Vgl. Noiriel, *État* (wie Anm. 10), S. 192-205.

Die gemeinsamen, spezifischen Veteranen-Interessen führten zur Ausbildung einer transnationalen Gemeinschaft. Grundstein und tragendes Element dieser Gemeinschaft aber war die Gemeinsamkeit der Kriegserfahrung der ehemaligen Teilnehmer des Ersten Weltkriegs. Diese Gemeinschaft blieb hinter den nationalen Bindungen zurück, hatte aber große Bedeutung.

Transnationale Kontakte und Transfers waren höchst einflussreich für die polnische Diskussion. Während andere Länder (Frankreich, Deutschland, Großbritannien) sich über ihre eigene nationale Geschichte und Traditionen definierten und nach dem Krieg auf diese zur Reintegration der Gesellschaft zurückgriffen, sahen Teile der polnischen Gesellschaft Kontakte mit und Transfers aus dem Ausland als bedeutenden Bezugspunkt an. Sogar in den 30er Jahren, als das Pendel zu einer nationalisierteren Einstellung zurückschwang, blieben die internationalen Kontakte für die „junge Nation“ bedeutsam. Letztlich soll noch einmal die Bedeutung der Kriegserfahrung betont werden, die sich als grundlegend in der Entstehung nationaler und transnationaler Loyalitäten erwies.

Dies führt zu weiteren Überlegungen: Die Plattform der Veteranentreffen diente den polnischen Veteranen in zweifacher Hinsicht bei der Ausbildung einer gemeinsamen Identität: Die gemeinsamen Treffen und Interessenartikulation im Verbund mit Weltkriegsveteranen anderer Länder boten den polnischen Weltkriegsveteranen im eigenen Land eine Möglichkeit, als Teil einer globalen Bewegung von Weltkriegsveteranen angesehen zu werden. Die in der Gemeinschaft der Weltkriegsveteranen erlangte Akzeptanz und Anerkennung bildet so ein symbolisches Kapital⁴³, welches u.a. in die Form von staatlichen Renten und Unterstützungen umgesetzt werden konnte. Dies ist umso wichtiger, als die Stellung der Weltkriegsveteranen in Polen stark umstritten war. Die Polen nutzten die transnationale Gemeinschaft als Rückhalt unter Gleichgesinnten zur Steigerung des Ansehens im eigenen Land.

Gleichzeitig dienten die Treffen einem nationalisierenden Identifikationsprozess der polnischen Veteranen. Auf internationaler Ebene waren die Veteranen in nationalen Gruppierungen organisiert. Polnische Veteranen galten als einheitliche Vertretung wie jede andere Nation auch. Wichtige Konfliktlinien, die die polnische Diskussion bestimmten (Abstammung aus den drei verschiedenen ehemaligen Tei-

⁴³ Pierre Bourdieu, *Raisons pratiques. Sur la théorie de l'action*. Paris 1994, S. 187-200.

lungsgebieten, Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit, Kriegsdienst in der Uniform des Besatzers oder des Befreiers), wurden auf internationaler Ebene nicht thematisiert. Obwohl ein Teil der hier vertretenen ehemaligen polnischen Kriegsteilnehmer wohl eher Seite an Seite mit den anwesenden Deutschen, Österreichern oder Franzosen gekämpft hatte, fungierten sie nun als nationale Gruppe. In der Repräsentation nach außen wurden sie die „polnischen Veteranen“. Dies wiederum hatte seine Rückwirkungen auf den Aufbau und die Verfestigung der polnischen Nation.

Durch die Teilnahme an den internationalen Veteranentreffen wurden also maßgeblich zwei Identitäten gestärkt: die des Weltkriegsteilnehmers und gleichzeitig das eigene nationale Zugehörigkeitsgefühl in der Abgrenzung von anderen. Diese Abgrenzung gegen „das Andere/Fremde“ lässt sich wiederum auf die nationale Debatte über Veteranen rückbeziehen, denn das Motiv von Inklusion und Exklusion ist ein maßgeblicher Faktor im Prozess der Ausbildung und Konsolidierung einer Nation.⁴⁴

Die Tatsache, dass heute der Pole Kania als Habsburger Soldat Held einer „Kultkomödie“ sein kann, scheint zu zeigen, dass sich Polen im Laufe der Zeit mit seinem ungeliebten Erbe, den Veteranen der Teilungsarmeen, ausgesöhnt hat. Das Ausmaß der Diskussion um Szlantas Artikel wiederum beweist, dass es noch viel Diskussionsbedarf zur so lange vernachlässigten polnischen Geschichte des Ersten Weltkriegs gibt.

⁴⁴ Vgl. hierzu Dieter Gosewinkel, *Einbürgern und Ausschließen. Die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit vom Deutschen Bund bis zur Bundesrepublik Deutschland*. Göttingen 2001 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft. 150), S. 15 ff.

Der Erste Weltkrieg zwischen Erinnerungskultur und Politik in Polen am Beispiel der Stadt Lublin (1918–1939)*

von Christhardt Henschel

Eine Szene, die sich um 1915 in Warschau ereignet haben soll, beschreibt einen kleinen Jungen, der beim Anblick eines Offiziers der Polnischen Legionen seine Mutter fragt, was dies für ein Herr sei. Die Antwort lautete: „Dieser Herr, das ist einer, der auf deinen Papa schießt...“¹ Damit ist der Grundkonflikt benannt, der sowohl den Ersten Weltkrieg selbst als auch dessen spätere Erinnerung durchzieht: Polen kämpften an allen möglichen Kriegsfronten und damit oft genug direkt gegeneinander. Sie konnten sich dabei ihrer jeweiligen Armee durchaus loyal verbunden fühlen, was die Landsleute auf der anderen Seite des Schützengrabens zu einer Art Verräter stigmatisierte. Insgesamt dienten rund 3,5 Millionen Soldaten aus dem Territorium der späteren Polnischen Republik in den Armeen der drei Teilungsmächte, wovon an die 2,3 Millionen ethnische Polen gewesen sein müssen.²

Im Verhältnis dazu kämpfte nur eine geringe Zahl junger Männer in Militärformationen, die sich dem unmittelbaren polnischen Unabhängigkeitskampf verschrieben hatten. Auf Seiten der Mittelmächte standen die Polnischen Legionen („Legiony Polskie“), die Polnische Wehrmacht („Polska Siła Zbrojna“), das Polnische Hilfskorps („Polski Korpus Posiłkowy“) sowie nach deren Bruch mit Berlin und Wien die

* Diese Arbeit basiert auf einer 2007 an der Universität Leipzig eingereichten Magisterarbeit unter dem Titel „Die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg in Polen (1918–1939). Das Beispiel der Stadt Lublin“, die von Prof. Dr. Michael G. Müller (Halle-Wittenberg) und Prof. Dr. Wolfgang Höpken (Leipzig) betreut wurde.

¹ Hier zit. nach Józef Buszko, *Dezintegrujące i integrujące czynniki w kształtowaniu polskiej tożsamości narodowej w latach 1914–1920* [Desintegrierende und integrierende Faktoren bei der Herausbildung einer nationalen Identität in den Jahren 1914–1920], in: *Spółczesność polskie w dobie I wojny światowej i wojny bolszewickiej 1920 roku* [Die polnische Gesellschaft während des Ersten Weltkriegs und des bolschewistischen Kriegs von 1920], hrsg. v. Ryszard Kołodziejczyk. Kielce 2001, S. 133–147, hier S. 133.

² Es finden sich Angaben von zwischen 1,5 Millionen (Alexander) bis drei Millionen Polen (Halecki, Jabłonowski) in den imperialen Armeen; Oskar Halecki, *A History of Poland*. London/Henley 1978, S. 276; Marek Jabłonowski, *Sen o potęgę Polski. Z dziejów ruchu byłych wojskowych w II Rzeczypospolitej 1918–1939* [Der Traum von Polens Macht. Aus der Geschichte der Bewegung der ehemaligen Militärangehörigen in der Zweiten Republik 1918–1939]. Olsztyn 1998, S. 5; Manfred Alexander, *Kleine Geschichte Polens*. Stuttgart 2003, S. 261; Buszko, *Dezintegrujące i integrujące czynniki* (wie Anm. 1).

im Untergrund operierende Polnische Militärorganisation („Polska Organizacja Wojskowa“). Für die Entente trat die Polnische Armee in Frankreich („Armia Polska we Francji“, „Haller-Armee“) an, auf russischer Seite neben einigen anderen die Puławy-Legion („Legion Puławski“ oder „Legion Gorczyńskiego“), die Polnische Schützenbrigade („Brygada Strzelców Polskich“) sowie vier polnische Korps („Korpusy Polskie“). In den Polnischen Legionen dienten 1915 etwa 15 000-20 000 Soldaten, in der Haller-Armee zu deren Blütezeit 60 000-100 000. Die Stärke der Korps im Osten bewegte sich in Größenordnungen von je etwa 3 000-20 000 Mann.³ All diese Einheiten waren, überspitzt formuliert, militärische Arme der sich befehdenden politischen Lager, deren internationale Bündnispartner auf den gegnerischen Seiten der beiden internationalen Machtblöcke standen.

Im neu gegründeten polnischen Staat setzte unmittelbar nach 1918 die Diskussion um die Verdienste der Einheiten bei der Erlangung der Unabhängigkeit ein. In dieser Arbeit soll skizziert werden, welche nationalen Debatten um die Bewertung der Ereignisse im Ersten Weltkrieg geführt wurden und welche Gedächtniskollektive um einen Platz in der öffentlichen Wahrnehmung rangen. Es geht ferner darum zu zeigen, wie mit dem Piłsudski-Putsch von 1926 die konsequente Implementierung eines einheitlichen nationalen Narrativs vorgenommen wurde, die bis heute nachwirkt. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Frage, inwieweit lokale Faktoren bei der Weltkriegserinnerung eine Rolle spielen konnten. Theoretisch basiert die Arbeit auf den Überlegungen zum kollektiven Gedächtnis,⁴ die gerade auch für die Forschungen zum Ersten Weltkrieg fruchtbare Erkenntnisse lieferten.⁵

³ Historia Polski w liczbach [Geschichte Polens in Zahlen], hrsg. v. Andrzej Jeziński. Bd. 1: Państwo i społeczeństwo [Staat und Gesellschaft]. Warszawa 2003, S. 159 f.; Piotr Boroń, Polscy jeńcy wojenni we Francji podczas I wojny światowej [Polnische Kriegsgefangene in Frankreich während des Ersten Weltkriegs], in: *Annales Uniwersytetu Marii Curie-Skłodowskiej Sect. F 56* (2001), S. 133-147, hier S. 141. Zu den Verlusten der Legionäre die Gefallenenliste mit ca. 3 000 Namen: Janusz Cisek u. Kamil Stepan, *Lista strat Legionów Polskich 1914-1918* [Die Gefallenenliste der Polnischen Legionen 1914-1918]. Kraków 2006 (Biblioteka Centrum Dokumentacji Czynu Niepodległościowego. 28).

⁴ Aufgrund der überaus umfangreichen Literatur sei hier nur folgende konzise Zusammenfassung der Diskussion erwähnt: Christoph Cornelißen, Was heißt Erinnerungskultur? Begriff – Methode – Perspektiven, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 54 (2003), H. 10, S. 548-563.

⁵ Zu den historiografischen Entwicklungen der letzten Jahre siehe v.a. Gerhard Hirschfeld, Der Erste Weltkrieg in der deutschen und internationalen Geschichtsschreibung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (2004), B 29-30, S. 3-12. Als Beispiele für die Gedächtnisforschung zum Ersten Weltkrieg stellvertretend: *Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918*, hrsg. v. Jost Dülffer u. Gerd Krumeich. Essen 2002 (Schriften der

Die Wahl eines unmittelbaren Untersuchungsgegenstands fiel auf das auf halbem Weg zwischen Warschau und Lemberg gelegene Lublin, der heute größten polnischen Stadt östlich der Weichsel. Während der Teilungszeit russische Gouvernamentstadt, wurde sie 1915 Sitz des k.u.k.-General-Gouvernements. Neben Warschau als Hauptstadt des deutsch besetzten General-Gouvernements wurde Lublin zum zweitwichtigsten Machtzentrum des ehemals russischen Kongresspolen.⁶ Die österreichische Okkupationsverwaltung zog viele Politiker an, sodass hier alle wichtigen politischen Orientierungen ihre Vertreter hatten. In Reichweite der Stadt fanden bei Jastków verlustreiche Gefechte statt, als sich im Sommer 1915 Einheiten der Polnischen Legionen und der österreichischen Armee schwere Kämpfe mit der russischen Armee lieferten.⁷ 1918 war hier der Sitz der Provisorischen Volksregierung, die Polen am 7. November zur unabhängigen Volksrepublik erklärte. Trotz dieser relativ wichtigen Position in der Formierungsphase der Zweiten Republik kam Lublin selbst als Wojewodschaftssitz nur eine nachgeordnete Rolle im Konzert der polnischen Großstädte zu.

Bibliothek für Zeitgeschichte N.F. 15); Krieg und Erinnerung. Fallstudien zum 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. v. Helmut Berding, Klaus Heller u. Winfried Speitkamp. Göttingen 2000 (Formen der Erinnerung. 4); Susanne Brandt, Vom Kriegsschauplatz zum Gedächtnisraum: Die Westfront 1914–1940. Baden-Baden 2000 (Düsseldorfer kommunikations- und medienwissenschaftliche Studien. 5); Jay Winter, Sites of Memory, Sites of Mourning. The Great War in European Cultural History. Cambridge 1995.

⁶ Mieczysław Ryba, Obóz narodowy w Lublinie na początku I wojny światowej [Das nationale Lager in Lublin zu Beginn des Ersten Weltkriegs], in: Rocznik Humanistyczny 50 (2002), Nr. 2, S. 137–147; Bogusław Kasperek, Pasywiści lubelscy 1915–1918 [Die Lubliner Passivisten 1915–1918], in: Albin Koprucki, Lublin i lubelskie w dobie porzobiorowej. Społeczna i gospodarcza aktywność społeczeństwa [Lublin und dessen Region während der Teilungszeit. Die soziale und wirtschaftliche Aktivität der Gesellschaft]. Lublin 1996, S. 164–183. Zur Verwaltungsstruktur siehe Marian Kallas, Historia ustroju Polski X–XX w. [Geschichte der Staatsform Polens vom 10.–20. Jahrhundert]. 4. Aufl., Warszawa 2001, S. 285–290. Zur politischen Landschaft in Kongresspolen nach 1914 siehe Włodzimierz Suleja, Orientacja austro-węgierska w latach I wojny światowej (do aktu 5 listopada 1916 roku) [Die österreich-ungarische Orientierung während des Ersten Weltkriegs (seit der Deklaration vom 5. November 1916)]. Wrocław 1992 (Akta Universitatis Wratislaviensis. 1421; Historia. 53); Jan Lewandowski, Królestwo Polskie wobec Austro-Węgier [Das Königreich Polen und Österreich-Ungarn]. Warszawa 1986.

⁷ Jan Konefał, Jastków 1915. Historia i pamięć [Jastków 1915. Geschichte und Gedächtnis]. Lublin 2003 (Towarzystwo Naukowe Katolickiego Uniwersytetu Lubelskiego, Źródła i monografie. 240); ders., Legiony Polskie w Lubelskiem 1914–1918 [Die Polnischen Legionen in der Lubliner Region 1914–1918]. Lublin 1999.

Der Erste Weltkrieg

Die Kriegsbilanz Lublins verdeutlicht, dass der Weltkrieg in Ostmitteleuropa als mindestens ebenso dramatischer Einschnitt wirkte wie im Westen des Kontinents, zumal er vom zweijährigen „gigantischen Epilog“ (Traba) der Grenzkriege im Osten abgelöst wurde.⁸ Zwar blieb die Stadt selbst – im Gegensatz zur gleichnamigen Wojewodschaft – von Zerstörungen im Großen und Ganzen verschont, doch war die Produktionskapazität der Industrie nach den Demontagen der Russen und der Raubwirtschaft der Österreicher um ein Drittel im Vergleich zu 1912 zurückgegangen.⁹ Auch die Bevölkerungsstruktur war gründlich in Bewegung geraten. Zwischenzeitlich hatte Lublin fast 30% seiner Einwohner verloren, 1921 lebten noch immer knapp 15% weniger Menschen in der Region als vor dem Krieg.¹⁰

Die lokalen politischen Akteure hatten den Krieg und die Vorkriegszeit als Zeit tiefer Brüche und Verwerfungen entlang ideologischer Linien erlebt. Die Auseinandersetzung zwischen den „passivistischen“ Nationaldemokraten und dem „aktivistischen“ sog. „Unabhängigkeitslager“ bildete eine der Grundkonstanten polnischer Politik.¹¹ Die

⁸ Robert Traba, *Der vergessene Krieg 1914–1918*, in: *Deutsche und Polen. Geschichte – Kultur – Politik*, hrsg. v. Andreas Lawaty u. Hubert Orłowski. München 2003, S. 53-60, hier S. 59.

⁹ Tadeusz Radzik, *W latach dwudziestolecia międzywojennego* [In der Zwischenkriegszeit], in: *Lublin. Dzieje miasta* [Lublin. Geschichte der Stadt], hrsg. v. dems., Wiesław Śladkowski, Grzegorz Wójcikowski u. Włodzimierz Wójcikowski. Bd. 2: XIX i XX wiek [19. und 20. Jahrhundert]. Lublin 2000, S. 173-226, hier S. 180 f. Zur Kriegsbilanz Polens vgl. auch die weiter grundlegende, vom Carnegie Endowment for International Peace in Auftrag gegebene Studie: *La Pologne. Sa vie économique et sociale pendant la guerre*, hrsg. v. Marceli von Handelsman. Bd. 1 (nur auf frz.) und 2, Paris/New Haven 1933 u. 1938 (*Histoire Économique et Sociale de la Guerre. Série Polonaise*), auf Polnisch erschienen unter dem Titel: *Polska w czasie wielkiej wojny* [Polen während des großen Kriegs]. Bd. 2-4, Warszawa 1932, 1936 u. 1939 (Biblioteka Historyczna Towarzystwa Badania Zagadnień Międzynarodowych).

¹⁰ Józef Marczuk, *Samorząd miasta Lublina w latach 1915–1918* [Die Selbstverwaltung der Stadt Lublin 1915–1918], in: *Kwartalnik Historyczny* 86 (1979), Nr. 2, S. 281-296, hier S. 282; Jan Lewandowski, *Zmiany w strukturze narodowościowej i wyznaniowej ludności Lubelszczyzny w czasie I wojny światowej* [Änderungen in der nationalen und konfessionellen Struktur der Bevölkerung der Region Lublin im Ersten Weltkrieg], in: *Annales Uniwersytetu Marii Curie-Skłodowskiej Sect. F* 46/47 (1991/1992), S. 309-342; Alicja Głaz, *Evakuacja ludności cywilnej z Lublina latem 1915 r.* [Die Evakuierung der Zivilbevölkerung aus Lublin im Sommer 1915], in: *Annales Uniwersytetu Marii Curie-Skłodowskiej Sect. F* (2001), Nr. 56, S. 113-131.

¹¹ *Więcej niż niepodległość. Polska myśl polityczna 1918–1939* [Mehr als Unabhängigkeit. Der polnische politische Gedanke 1918–1939], hrsg. v. Jan Jachymek u. Waldemar Paruch. 2. Aufl., Lublin 2001; Jan Molenda, *Piśsudczycy a narodowi demokraci* [Die Piłsudskisten und die Nationaldemokraten]. Warszawa 1980.

Ausdifferenzierung der Lager war 1918 weitestgehend abgeschlossen. Von Beginn an war die politische Debatte von einer großen sprachlichen Schärfe geprägt, gespickt von Stereotypen und aggressiven Phrasologien.¹² Das „linke“ Unabhängigkeitslager um den charismatischen Sozialisten-Führer Józef Piłsudski, das durch eine aktive und v.a. militärische Zusammenarbeit mit den Mittelmächten den Weg zur Restituierung der alten *Rzeczpospolita* erzwingen wollte, war in Kongresspolen wenig bekannt und populär. Als Nukleus einer zukünftigen Armee wurden die 1914 von euphorisierten Galiziern gegründeten Polnischen Legionen betrachtet, die sich an der Seite der beiden kaiserlichen Armeen „in die Unabhängigkeit schlagen“ sollten. Die Nationaldemokratie mit Roman Dmowski an der Spitze setzte hingegen auf die evolutionäre Verbesserung der Verhältnisse Polens, die über eine Zusammenarbeit mit dem zaristischen Regime sowie die konsequente „organische Arbeit“ unter den Polen erreicht werden sollte. Deutschland galt ihnen als ärgster Feind eines polnischen Nationalstaats. Roman Dmowski verlegte sich nach dem Zusammenbruch der russischen Herrschaft in Kongresspolen auf den Aufbau diplomatischer Beziehungen zu den Westmächten. Sein Nationalkomitee war es, das im Exil von der Entente schrittweise als legitime polnische Vertretung akzeptiert wurde.

Die Lubliner Bevölkerung war fast durchweg russophil und damit eher den Nationaldemokraten zugewandt, weshalb die wenigen seit 1914 aktiven Gruppen der Piłsudski-Anhänger es sehr schwer hatten, Sympathien zu finden. Die Hoffnungen der vornehmlich in Galizien ansässigen Protagonisten Piłsudskis auf eine Volkserhebung gegen den Zaren im Kriegsfall beruhten auf falschen Informationen und Fehleinschätzungen. Als sich die russische Verwaltung in den letzten Julitagen 1915 zurückzog, verließ auch, getragen von einer Panikstimmung in der Partei und der Angst vor deutschen Gräueltaten, das Gros der nationaldemokratischen Politiker die Stadt.¹³ Die Stim-

¹² Irena Kamińska-Szmaj, *Judzi, zohydza, ze czci odziera. Język propagandy politycznej w prasie 1919–1923* [Aufwiegeln, schlecht reden und der Ehre berauben. Die Sprache der politischen Propaganda in der Presse 1919–1923]. Wrocław 1994.

¹³ Kasperek, *Pasywiści lubelscy* (wie Anm. 6), S. 165; Krzysztof Latawiec, *Ewakuacja cywilnej administracji ogólnej szczebla powiatowego z guberni lubelskiej latem 1915 roku* [Die Evakuierung der allgemeinen Zivilverwaltung auf Kreisebene aus dem Gouvernement Lublin im Sommer 1915], in: *Wschodni Rocznik Humanistyczny* 1 (2004), S. 157–170; ders., *Ewakuacja organów administracji ogólnej wyższego i niższego szczebla guberni lubelskiej w sierpniu 1915 roku* [Die Evakuierung der Organe der allgemeinen Verwaltung der höheren und unteren Ebene des Lubliner Gouvernements im August 1915], in: *Radzyński Rocznik Humanistyczny* 2 (2002), S. 43–55.

mung der Bevölkerung ist in diesen Tagen anscheinend gegen den Zaren gekippt, denn die Ankunft der Polnischen Legionen wurde lebhaft begrüßt, was später noch thematisiert werden wird. Von nun an spielte auch das Unabhängigkeitslager eine wichtige Rolle, obgleich sich seine Gegner schnell wieder formierten und beispielsweise bereits im September 1915 der führende Lubliner Nationaldemokrat Jan Stecki in einem Presseartikel gegen die Polnischen Legionen polemisierte. Er bezichtigte Piłsudski mit seinem militärischen Engagement eines unnötigen Bruderkriegs, dessen Sinn in einem wirkungslos zur Schau gestellten Sterben („śmierć na pokaz“) der mit demagogischen Parolen verführten Soldaten liege. Einige Anhänger des Unabhängigkeitslagers reagierten auf diese Äußerung mit dem Versuch, die Redaktion der nationaldemokratischen Tageszeitung „Głos Lubelski“ („Lubliner Stimme“) zu demolieren.¹⁴ Nach der Entwaffnung der österreichischen und deutschen Soldaten im November 1918 war Lublin eines der polnischen Machtzentren; hier rief der Sozialist Ignacy Daszyński am 7. November die Volksrepublik Polen aus. Nach der Rückkehr Piłsudskis aus der Magdeburger Gefangenschaft übergab die Volksregierung die Macht in seine Hände.¹⁵

Die Ausgangslage für die Formierung einer kollektiven Kriegserinnerung gestaltete sich also sowohl auf nationaler polnischer als auch lokaler Lubliner Ebene äußerst differenziert, da unterschiedliche Loyalitäten, Denkweisen und politische Präferenzen der Durchsetzung eines einheitlichen Narrativs zunächst im Wege standen. In den folgenden Abschnitten sollen schlaglichtartig zunächst wichtige erinnerungspolitische Konfliktlinien der Anfangsjahre der Zweiten Republik skizziert werden, um dann die Durchsetzung des unifizierenden piłsudskistischen Entwurfs in der staatlichen Erinnerungskultur zu beschreiben.¹⁶

¹⁴ Kasperek, *Pasywiści lubelscy* (wie Anm. 6), S. 167 f.

¹⁵ Andrzej Ajnenkiel, *The Establishment of a National Government in Poland, 1918*, in: *The Reconstruction of Poland, 1914–1923*, hrsg. v. Paul Latawski. London 1992, S. 133–143; Wojciech Roszkowski, *The Reconstruction of the Government and State Apparatus in the Second Polish Republic*, in: Ebenda, S. 158–177; vgl. auch *Manifest Tymczasowego Rządu Ludowego Republiki Polskiej* [Das Manifest der Provisorischen Regierung der Volksrepublik Polen], hrsg. v. Jan Lewandowski. Lublin 1978 (*Dokumenty z naszej tradycji*).

¹⁶ Bei der Recherche konnten wichtige Aspekte nur am Rande beachtet werden, wie etwa die Rolle der Kirche oder die Verfasstheit der jüdischen Erinnerungskultur. In diesem Aufsatz können nur einige ausgewählte Gesichtspunkte vorgestellt werden.

Invaliden und Kombattanten zwischen Erinnerung, sozialer Frage und Interessenpolitik

Die ersten Gruppen, die eine Weltkriegserinnerung öffentlich pflegten und einforderten, waren die Invaliden und Kombattanten. Die Brüche und Rivalitäten in deren Kollektivgedächtnissen bilden die Grundlage der in dieser Arbeit beschriebenen Erscheinungen, weshalb sie zu Beginn behandelt werden sollen. Es zeigte sich, dass für die Kriegsteilnehmer an die Bewertung und Erinnerung des Ersten Weltkriegs unmittelbar eine existenzielle soziale Frage geknüpft war: Es ging für sie um die Anerkennung als Invalide oder Kombattant und somit um nichts weniger als um die Frage der sozialen Verantwortung von Staat und Gesellschaft ihnen gegenüber. Die wirtschaftliche Lage der Weltkriegsveteranen Polens war in der Nachkriegszeit mindestens so angespannt wie in den übrigen europäischen Ländern.¹⁷ Die staatliche Hilfe für sie war äußerst gering. Bis 1922 waren etwa 770 000 Mann, rund zwei Drittel der Kriegsstärke der Polnischen Armee, aus der Armee ausgeschieden, ohne dass ihnen Eingliederungshilfen zustanden geschweige denn die Rentenfrage geklärt gewesen wäre.¹⁸ Viele der Heimkehrer konnten keine Ausbildung nachweisen, andere hatten Probleme, sich im zivilen Alltagsleben zurechtzufinden, oder betrachteten einige Tätigkeiten schlicht als unter ihrer Würde. Die wachsende Verbitterung entlud sich Ende 1920 zunächst in einer großen, von der Polizei zerschlagenen Demonstration demobilisierter Arbeitsloser in Warschau. In der Folge gründeten ehemalige Soldaten eine Vielzahl von Veteranenvereinen, die nach dem Selbsthilfeprinzip Genossenschaften oder Firmen gründeten, um ihre Mitglieder in Lohn und Brot zu bringen. Aus vielfältigen Gründen scheiterten die

¹⁷ Zu den Kombattanten und Veteranen in anderen europäischen Ländern u.a. Petra Schulz, *Veteranenverbände*, in: *Enzyklopädie Erster Weltkrieg*, hrsg. v. Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich u. Irina Renz. 2. Aufl., Paderborn (u.a.) 2003, S. 947 ff.; Jean-Jacques Becker, *Die Präsenz des Krieges in den zwanziger Jahren in Frankreich*, in: *Der verlorene Frieden* (wie Anm. 5), S. 39-50; Deborah Cohen, *The War Comes Home. Disabled Veterans in Britain and Germany, 1914-1939*. Berkeley (u.a.) 2001; Benjamin Ziemann, *Die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg in den Milieukulturen der Weimarer Republik*, in: *Kriegserlebnis und Legendenbildung. Das Bild des „modernen“ Krieges in Literatur, Theater, Fotografie und Film*, hrsg. v. Thomas F. Schneider. Bd. 1: *Vor dem Ersten Weltkrieg; Der Erste Weltkrieg*. Osnabrück 1999 (Krieg und Literatur. 3/4 [1997/1998]), S. 249-270; Antoine Prost, *In the Wake of War. „Les Anciens Combattants“ and French Society 1914-1939*. Providence/Oxford 1992.

¹⁸ Piotr Wróbel, *„Kombatanci kontra politycy“. Narodziny i początki działania Związku Legionistów Polskich 1918-1925 [„Kombattanten contra Politiker“. Die Geburt und Anfänge des Verbandes der Polnischen Legionäre 1918-1925]*, in: *Przegląd Historyczny* 76 (1985), Nr. 1, S. 77-111, hier S. 84.

meisten dieser Neugründungen. Der Anteil von Vereinen, die sich auch politisch positionierten, war hoch, da viele ehemalige Soldaten ihre politische Einflussnahme als ein durch den Militärdienst begründetes Recht ansahen.

Die wichtigste und am besten funktionierende Organisation war bis Mitte der 20er Jahre der Verband der Kriegsinvaliden der Republik Polen („Związek Inwalidów Wojennych RP“ – ZIW). Er operierte seit 1919 auf der Grundlage nationaler, konfessioneller und politischer Neutralität seiner Mitglieder, die sich neben Kombattanten auch aus Witwen, Waisen und den Familien der Soldaten zusammensetzten.¹⁹ Mit seinen rund 100 000 Mitgliedern war er der mitgliederstärkste und finanzkräftigste Verband und spielte eine wichtige Rolle bei der Regelung der Invalidenrenten. Der ZIW verstand sich als Fürsprecher der wirtschaftlichen, moralischen und politischen Interessen seiner Mitglieder und ging davon aus, dass die polnische Gesellschaft den Invaliden – gleich welcher Armee sie angehört hatten – Hilfe schuldig war. Er engagierte sich aber auch bei der Gewinnung von Rekruten für den Krieg gegen Sowjetrussland oder bei der Alphabetisierung von Invaliden. Die wirtschaftlichen Initiativen erstreckten sich auf den Aufbau von Firmen und Fabriken, in denen die Invaliden beschäftigt werden sollten. Trotz seiner deklarierten neutralen politischen Haltung tendierte der Verband zum rechten Lager, was ihm die Gegnerschaft der einiger Armeeminister einbrachte. Der Mangel an politischer Unterstützung der Regierung führte beispielsweise zum finanziellen Scheitern der Invaliden-Bank.²⁰ Gleichwohl konnte der ZIW einige politische Erfolge für sich verbuchen, die sich in der Invalidengesetzgebung niederschlugen.²¹ Auch auf dem

¹⁹ Marek Jabłonowski, Elżbieta Kossewska, Piłsudski na łamach prasy byłych wojskowych (1926–1939) [Piłsudski in der Presse der ehemaligen Armeeingehörigen (1926–1989)], in: Piłsudski na łamach i w opiniach prasy polskiej 1918–1989 [Piłsudski auf den Seiten und in den Meinungen der polnischen Presse 1918–1989], hrsg. v. dens. Warszawa 2005, S. 121–149; Jabłonowski, Sen (wie Anm. 2), S. 30.

²⁰ Jabłonowski, Sen (wie Anm. 2), S. 34.

²¹ Seit März 1921 definierte ein Gesetz den Kriegsinvaliden als eine Person, deren Gesundheit durch Kriegseinwirkung aufgrund des Dienstes in der Armee in Mitleidenschaft gezogen worden war, sowie deren Hinterbliebene (Witwen, eheliche und anerkannte uneheliche Kinder, Eltern): Ustawa o zaopatrzeniu inwalidów wojennych i ich rodzin oraz o zaopatrzeniu rodzin po poległych i zmarłych, których śmierć znajduje się w związku ze służbą wojskową [Gesetz über die Versorgung der Kriegsinvaliden und ihrer Familien sowie über die Versorgung der Familien von Gefallenen und Gestorbenen, deren Tod in Zusammenhang mit dem Militärdienst steht], in: Dziennik Ustaw (fortan Dz. U.), Nr. 32 vom 12. April 1921, S. 414–422. Das Gesetz wurde in regelmäßigen Abständen novelliert, vgl. u.a. Dz. U., Nr. 67 vom 22. August 1922, Pos. 608, S. 1195 f.; Dz. U., Nr. 20 vom 1. März 1923, Pos. 132, S. 221–236. – Vorherige Regelungen in folgenden Gesetzen: Ustawa z dnia 26 marca 1920

freien Arbeitsmarkt sollten die Invaliden unterstützt werden, indem Firmen per Gesetz verpflichtet wurden, pro 50 Mitarbeiter einen Invaliden einzustellen.²² Die Frage der Versorgung der demobilisierten Veteranen und ihrer Familien wurde gesetzlich geregelt, wenn auch nie zur Zufriedenheit der Betroffenen.²³ Umstritten war die Notwendigkeit einer Invaliden- und Veteranengesetzgebung nie, doch der Konflikt um die Frage der Anerkennung aller Soldaten als Kombattanten blieb virulent. Der ZIW wehrte sich beständig gegen Bestrebungen, die „polnischen“ Kombattanten und jene der Teilungsarmeen bei der Berechnung sozialer Zuwendungen unterschiedlich zu behandeln. Die Soldaten der ehemals russischen Armee stießen bei der Anerkennung ihrer Ansprüche auf zusätzliche Schwierigkeiten, da sie oft nicht über Nachweise ihrer Armeezugehörigkeit verfügten.²⁴ Aufgrund seines gesamtnationalen Anspruchs musste sich der ZIW immer wieder gegen Bestrebungen positionieren, die „polnischen“ Soldaten und insbesondere die ehemaligen Polnischen Legionäre besser zu stellen:

roku w przedmiocie nadzwyczajnego dodatku do tymczasowych zasiłków dla inwalidów wojennych [Gesetz vom 26. März 1920 bezüglich der außergewöhnlichen Zulage zu den vorläufigen Beihilfen für Kriegsinvaliden], in: Dz. U., Nr. 31 vom 12. April 1920, Pos. 182, S. 484 f.; Ustawa z dnia 9 lipca 1920 roku w sprawie uzupełnienia ustawy z dnia 26 marca 1920 r. w przedmiocie nadzwyczajnego dodatku do tymczasowych zasiłków dla inwalidów wojskowych [Gesetz vom 9. Juli 1920 über die Vervollständigung des Gesetzes vom 26. März 1920 bezüglich der vorläufigen Beihilfen für Kriegsinvaliden], in: Dz. U., Nr. 61 vom 24. Juli 1920, Pos. 385, S. 1058 f. Die entsprechenden Durchführungsbestimmungen des Armeeministers in: Dz. U., Nr. 83 vom 28. August 1920, Pos. 558, S. 1537-1540; Dz. U., Nr. 99 vom 26. Oktober 1920, Pos. 662, S. 1786; sowie Dz. U., Nr. 114 vom 16. Dezember 1920, Pos. 755, S. 2014 f. – Bereits früher waren den Veteranen der nationalen Aufstände von 1831, 1848 und 1863 Renten zugebilligt worden; Dz. U., Nr. 65 vom 14. August 1919, Pos. 397, S. 701 f., und Dz. U., Nr. 2 vom 9. Januar 1920, Pos. 4, S. 20 f.

²² Dz. U., Nr. 94 vom 2. Dezember 1921, Pos. 699, S. 1765 f., sowie Nr. 96 vom 6. Dezember 1921, Pos. 707, S. 1814.

²³ Es wurden anerkannt: Angehörige der Polnischen Armee, der von Polen anerkannten polnischen Einheiten in fremden Armeen, der Armeen der Teilungsmächte, insofern sie den Dienst polnischer Staatsbürger zwischen August 1914 und 1918 betrafen, der Teilnehmer an den „bewaffneten Kämpfen gegen die Teilungsmächte und feindlichen Staaten für die Unabhängigkeit Polens nach dem 1. August 1914“. Schon 1919 war die Definition der Kriegswaisen fixiert worden: Ustawa z dnia 27 maja 1919 r. o tymczasowym zaopatrzeniu wdów i sierot Wojska Polskiego [Gesetz vom 27. Mai 1919 über die vorläufige Versorgung der Witwen und Waisen der Polnischen Armee], in: Dz. U., Nr. 43 vom 1919, Pos. 308, S. 509 f. Nach diesem Gesetz sind Kriegswaisen Kinder von Gefallenen der Polnischen Armee, Polnischen Legionen, des Polnischen Hilfskorps („Polski Korpus Posiłkowy“), der Polnischen Wehrmacht („Polska Siła Zbrojna“), des I.-III. Polnischen Korps („I-III Korpus Polski“) sowie der Truppen in Frankreich und Italien. Auch Ukrainer aus den Einheiten, die 1918/19 auf Seiten Polens kämpften, wurden als Invaliden anerkannt (Dz. U., Nr. 18 vom 7. März 1934, Pos. 141, S. 296).

²⁴ Inwalida Polski 1 (1919), Nr. 5, S. 6 f.

„Man kann doch den Soldaten heute nicht dafür verantwortlich machen, dass er kein Prophet war und nicht vorhersah, welche [politische; C. H.] Orientierung gewinnt. (...) Kann man denn heute einen armen Waisen dafür beschuldigen und bestrafen, dass sein Vater die Grenzen Polens im Jahr 1920 nicht verteidigen konnte (...)?“²⁵

Dieser Konflikt wurde bis zum Ende der 1930er Jahre immer wieder neu ausgetragen. Noch 1937 heißt es in einer Resolution des mittlerweile regimetreuen ZIW-Vorstands:

„Im Namen aller Mitglieder des Bunds der Kriegsinvaliden der Republik Polen (...) protestieren wir aufs entschiedenste gegen die Trennung der Invaliden in polnische und solche der Teilungsarmeen [*zaborczy*]. Da die gleiche Einteilung bei den Rentnern aufgehoben werden soll, fordern wir umso mehr die Aufhebung der moralisch und materiell unrichten Aufspaltung der Kriegsinvaliden, die nicht aus freien Stücken, sondern unter Zwang als Soldaten in den Okkupationsarmeen dienten.“²⁶

Aufgrund des Krieges mit dem sowjetischen Nachbarn war es erst 1921 wieder zu einer neuen Gründungswelle von Veteranenverbänden gekommen. Es ist aufgrund der schiereren Zahl der Organisationen nicht mehr feststellbar, wie viele Kombattanten in den 1920er Jahren Mitglieder von Verbänden wurden, besonders da Doppelmitgliedschaften gang und gäbe waren. Die aktivsten Organisationen waren der „Dowbór-Bund“ („Związek Dowborczyków“) und der „Haller-Bund“ („Związek Hallerczyków“).²⁷ Die „Dowborczycy“, also die Veteranen des I. Polnischen Korps in Russland unter General Dowbór-Muśnicki, waren bereits 1918 übereingekommen, sich jährlich am 11. März zum Jahrestag ihrer Vereidigung zu treffen. 1919 fand die erste große Versammlung statt, in den beiden darauf folgenden Jahren nahmen auch Piłsudski und dessen Vertrauter Sosnkowski daran teil, was später politisch undenkbar wurde.²⁸ Nach der Entlassung Dowbórs

²⁵ L. Stachecki, Inwalidzi polscy a inwalidzi „Polacy“ [Polnische Invaliden und „Polen“-Invaliden], in: Inwalida 5 (1923), Nr. 2, S. 22 f.

²⁶ Okólnik Nr. 3 Zarządu Głównego vom 27.1.1937 [Rundschreiben Nr. 3 des Hauptvorstands], in: Archiwum Państwowe w Lublinie [Staatliches Archiv in Lublin, APL], ZIW, sygn. 298, S. 39.

²⁷ Wróbel, „Kombatanci“ (wie Anm. 18), S. 85-88.

²⁸ Vgl. auch die Reden Piłsudskis auf den Versammlungen der Dowborczycy vom 11. März

aus dem aktiven Armeedienst kam es 1921 zum Zerwürfnis mit diesen als „kaiserlich-königliche Kanaillen aus dem österreichischen Hundezwinger“ und „dreistes Judentum“ beschimpften Politikern.²⁹ Der Haller-Bund vereinte die ehemaligen Soldaten der Haller-Armee, unter denen die Unzufriedenheit über die Arbeitslosigkeit ebenfalls groß war. Viele der polnisch-amerikanischen Soldaten konnten aus finanziellen Nöten nicht in die USA zurückkehren. Außerdem fühlte man sich bei der Vereinigung der Polnischen Armee benachteiligt, insbesondere was die Stellung General Józef Hallers anbelangte. Da sich der Bund als überparteiliche, nationale Organisation und als Gegengewicht zur Linken und den Legionären verstand, wurden die Aufnahmebedingungen sehr breit ausgelegt. Es bestanden enge Verbindungen zum Roten Kreuz („Polski Czerwony Krzyż“ – PCK), dem Sokół-Turnverband und den Pfadfindern. Der Bund arbeitete darauf hin, dass der 4. Oktober als „Tag der Haller-Soldaten“ („Dzień Hallerczyków“) begangen wurde.³⁰ Viele andere Organisationen wie auch der schwächer werdende Dowbór-Bund gerieten schließlich in den Einflussbereich des Haller-Bunds.

Die Beobachtung, dass die Kombattanten ihre Geschichtsinterpretation sowohl auf der politischen als auch symbolischen Ebene zu verbreiten suchten, trifft besonders auf die ehemaligen Legionäre zu. Die Theorie der „bewaffneten Tat“, wie sie ihren Kampf um die Unabhängigkeit Polens bezeichneten, schien ihre politischen Ansprüche moralisch zu rechtfertigen. Erst relativ spät schufen sie sich mit dem „Bund der Polnischen Legionäre“ („Związek Legionistów Polskich“ – ZLP) eine eigene, gesamtpolnische Veteranenorganisation, die von Beginn an auch als politisches Instrument konzipiert war.³¹ Am 6. Au-

1921, in: Józef Piłsudski, *Pisma zbiorowe* [Gesammelte Schriften]. Warszawa 1937, Bd. 5, S. 193 f., sowie der Konferenz der ehemaligen östlichen Korps vom 24. April 1919, in: Ebenda, S. 195 f.

²⁹ Wróbel, „Kombatanci“ (wie Anm. 18), S. 85-88, Zitat S. 86.

³⁰ Tomasz Chinciński, *Związki kombatanckie w województwie pomorskim w okresie międzywojennym wobec rocznic odzyskania niepodległości* [Kombattantenverbände in der Wojewodschaft Pommern in der Zwischenkriegszeit und die Jahrestage der Erlangung der Unabhängigkeit], in: *Drogi do niepodległości. Ziemia polska w dobie odbudowy Państwa Polskiego* [Wege zur Unabhängigkeit. Die polnischen Gebiete in der Zeit des Wiederaufbaus des polnischen Staates], hrsg. v. Zbigniew Karpus u. Mieczysław Wojciechowski. Toruń 2003, S. 127-134; Mirosław Golon, *Obchody rocznic odzyskania niepodległości na Pomorzu od lat dwudziestych do dziewięćdziesiątych XX wieku* [Die Feierlichkeiten zur Erlangung der Unabhängigkeit in Pommern von den 20er bis in die 90er Jahre des 20. Jahrhunderts], in: Ebenda, S. 217-229.

³¹ Wróbel, „Kombatanci“ (wie Anm. 18), S. 89 f.; Jan Konefał, *III Zjazd Związku Legionistów Polskich 9-10 sierpnia 1924 roku w Lublinie* [Der III. Kongress des Verbands der Polnischen Legionäre vom 9.-10. August 1924 in Lublin], in: *Rocznik Humanistyczny* 50 (2002),

gust 1922 fand zum 8. Jahrestag des Abmarschs der sog. Ersten Kaderkompanie („Pierwsza Kadrówka“), der Keimzelle der Legionen, in Krakau die erste große Legionärversammlung statt, auf dem die Gründung des ZLP beschlossen wurde. Dies geschah vor den Sejmwahlen 1922, als das zersplitterte politische Milieu um Piłsudski um seinen Einfluss fürchtete. Stand der 6. August 1914 für den Beginn des bewaffneten Kampfs um Polen, so sollte der 6. August 1922 den Beginn der Friedensarbeit markieren. Zwar gab es auch Vorschläge, sich dem Andenken der Gefallenen und den sozialen Belangen der Überlebenden zu widmen, doch stand im Vordergrund, gemeinsam mit der piłsudskistischen Frauenliga („Liga Kobiet“) und den Veteranen der Polnischen Militärorganisation („Polska Organizacja Wojskowa“ – POW) den ehemaligen Staatschef politisch zu unterstützen. Ein bezeichnendes Detail ist die Tatsache, dass bei der Legalisierung des ZLP durch das Innenministerium im Statut die Bezeichnung „polnische Legionäre“ in die neutrale Formulierung „Legionäre, die in den Jahren 1914–1918 gegen Russland kämpften“, umgewandelt werden musste. Die Empörung der Legionäre über diese demonstrative Korrektheit des Ministeriums war groß, da sie der festen Überzeugung waren, auch gegen die Mittelmächte angetreten gewesen zu sein.³²

Die Stimmung im Legionärsmilieu war von einer großen Frustration geprägt, entstanden aus dem Gefühl, vom Vaterland und seiner passiven Bevölkerung keinen Dank und Respekt für das Geleistete zu erhalten. Die durch ihr eigenes Sendungsbewusstsein verstärkte Enttäuschung über die Schwächen und Unzulänglichkeiten des unabhängigen Polen führte zu einer Vorliebe dieser jungen Idealisten für radikale politische Lösungen und der Sehnsucht nach einer starken Führungspersönlichkeit. Andrzej Strug lässt in seinem Roman „Die Generation des Marek Świda“ (1925), in dem er die Gefühlslage der Kombattanten beschreibt, folgende Worte fallen:

Nr. 2, S. 187-210, hier S. 190. Zu den lokalen Vorgängervereinen siehe Tadeusz Bogalecki, Stowarzyszenia byłych legionistów polskich w latach 1918–1930 [Die Vereine ehemaliger Legionäre in den Jahren 1918–1930], in: Nad Bałtykiem. W kręgu polityki, gospodarki, problemów w narodowościowych i społecznych w XIX i XX wieku [An der Ostsee. In der Sphäre von Politik, Wirtschaft, Nationalitäten- und sozialen Problemen im 19. und 20. Jahrhundert], hrsg. v. Zbigniew Karpus, Jarosław Kłaczek u. Mariusz Wołos. Toruń 2005, S. 257-267.

³² Wróbel, „Kombatanci“ (wie Anm. 18), S. 93. In diesem Sinne auch Waław Lipiński, Dzień 6 sierpnia w świetle historii [Der 6. August im Lichte der Geschichte], in: Wiarus (1932), S. 32, hier zit. nach Piotr Cichoracki, „Z nami jest On“. Kult Marszałka Józefa Piłsudskiego w Wojsku Polskim w latach 1926–1939 [„Er ist mit uns“. Der Kult um den Marschall Józef Piłsudski in der Polnischen Armee in den Jahren 1926–1939]. Wrocław 2001, S. 98 ff.

„Die Unabhängigkeit – sie ist schon da, sie ist da. Wir haben all das, was es auch anderswo gibt, worum wir die anderen so beneideten. Es gibt die einheimische Bestechlichkeit, Eigennutz, Protektion, Herrschaft des Pöbels, hohe Kreise, große Vermögen und das Geschäft, vor allem das Geschäft. Schon herrscht Verachtung für die Armee, Hetze gegen die ‚Soldateska‘. Es gibt alles. So hoch belohnt die demokratische Gesellschaft den Soldaten für sein Opfer, seine Eroberungen.“³³

In den Anfangsjahren des ZLP sind keine größeren Aktivitäten zu verzeichnen. 1924 schloss er sich der Kampagne für die politische Rückkehr Piłsudskis an. Den verschiedenen Regierungen wurde unterstellt, nicht selbst für die Unabhängigkeit gekämpft zu haben und nun Polen in den Abgrund zu treiben. Die Vorstände des ZLP bestanden seit 1924 aus Anhängern Piłsudskis wie seinem engen Vertrauten Walery Sławek, die versuchten, aus dem ZLP endgültig eine effektive politische Organisation zu formen. Die Etablierung eines eigenen Parlamentarierklubs scheiterte. Indes sah ein Teil der Mitglieder keinen Sinn in dieser Politisierung und der Rückkehr Piłsudskis ins politische Alltagsgeschäft. Auf regionaler Ebene kam es zu vielen Unstimmigkeiten, was sich auf die Effektivität des ZLP niederschlug, der zudem an einer zahlenmäßigen Unterlegenheit und politischen Unerfahrenheit seiner Mitglieder litt.

Die Gründung von Ortsgruppen der Kombattantenvereine verlief regional sehr unterschiedlich. Die Lebensdauer und Aktivität der Lubliner Ortsvereine war oft sehr gering. Leider ist die Quellenlage besonders für die 1920er Jahre äußerst schlecht. Der Kreis der in Lublin lebenden, aufgrund des Krieges auf finanzielle Hilfe angewiesenen Personen muss hingegen groß gewesen sein. In einer kommunalen Statistik von 1920/21 wurden 2 141 Familien verzeichnet, die aufgrund des Militärdienstes des Mannes in der russischen Armee Beihilfen erhielten. In einem Dokument von Ende 1918 sind 323 unterstützte Familien von Reservisten aufgelistet, die sich im russischen Militärdienst oder Gefangenschaft befanden. 1923 lebten allein in der Staatlichen Erziehungsanstalt für Kriegswaisen („Państwowy Zakład Wychowawczy dla Sierot Wojennych“) in der Dominikańska-

³³ Andrzej Strug, *Pokolenie Marka Świdy* [Die Generation des Marek Świda]. Warszawa 1984, S. 55.

Straße 150 Mädchen.³⁴ Die Bildung des Lubliner Ablegers des ZIW erfolgte spätestens 1921. Im Jahr 1925 wird von 1 000 Mitgliedern berichtet.³⁵ Die Mehrzahl von ihnen waren Soldaten des Zaren gewesen. Daneben beschäftigte sich der ZIW mit der Unterstützung von Einzelpersonen bei den Rentenanträgen und der Verteidigung der Tabakkonzessionen seiner Mitglieder.³⁶ Die Lubliner Invaliden beobachteten die ständigen Querelen um ihre Renten zwar mit steigender Sorge und Frustration, blieben aber ruhig und drückten ihren Protest nur schriftlich aus. Ohne Vertrauen in die Regierung forderte ein Teil von ihnen die politische Rückkehr Piłsudskis, während besonders die ehemaligen russischen Soldaten „sich überhaupt nicht in die Politik einmischen wollen“, da sie „außer, dass es [ihnen] materiell nicht gut geht, nichts interessiert“.³⁷ Auch das sich im Jahr vor Piłsudskis Putsch immer mehr elektrisierende politische Klima führte nicht zu direkten Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Der Haller-Bund war in Lublin 1922 entstanden und befand sich seit 1926 in offener Opposition zum regierenden piłsudskistischen Sanacja-Lager.³⁸ Bereits im Frühjahr 1923 wurde auch in Lublin eine Abteilung des ZLP gegründet. Sie verfügte weder über Finanzmittel noch ein Büro, und es wurden auch keine Aufzeichnungen über die eigene Tätigkeit geführt. Wie auf der Landesebene, so zeigte sich der ZLP auch auf lokaler Ebene besonders aktiv im Bereich des symbolischen historischen Gedenkens. Die wichtigsten Daten waren der Namenstag Piłsudskis (18. März), der Jahrestag des Abmarschs der ersten Kaderkompanie (6. August) sowie der Unabhängigkeitstag (11. No-

³⁴ APL, Akta Miasta Lublina [Akten der Stadt Lublin, fortan AML] (1918–1939), sygn. 2345, 2194. Vgl. auch sygn. 2346.

³⁵ Inwalida 7 (1925), Nr. 5, S. 7 f. Diese hohe Zahl bezieht sich auf die Stadt und nicht den Kreis Lublin. In einem Bericht der Politischen Polizei wird die Zahl der Lubliner Mitglieder auf rund 600, davon 200 zahlende, beziffert, später ist von 1 000 (Stadt) bzw. fast 4 000 Mitgliedern (Kreis) die Rede. An gleicher Stelle wird auch eine gewinnbringend wirtschaftende Genossenschaft erwähnt sowie das Bauvorhaben für ein „Haus des Invaliden“; APL, Ekspozytura Policji Politycznej w Lublinie [Expositur der Politischen Polizei, fortan EPP], sygn. 29, S. 82–86 u. 96; sygn. 30, S. 82. Siehe auch Jabłonowski, Sen (wie Anm. 2), S. 104 u. 112.

³⁶ Die Vergabe der Konzessionen zum Tabakverkauf war eines der wichtigsten Themen des ZIW, denn hier sollten Invaliden bevorzugt behandelt werden, um ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Regelmäßig prangerte der ZIW Fälle an, wo diese Regelung unterlaufen wurde. APL, ZIW, sygn. 245, 295 und 296.

³⁷ APL, EPP, sygn. 29, S. 88–94.

³⁸ Siehe beispielsweise das Informationsbulletin des Warschauer Zentralkomitees, APL, Urząd Wojewódzki Lubelski – Wydział Spraw Społecznych [Wojewodschaftsamt Lublin – Abteilung für gesellschaftliche Angelegenheiten, fortan UWL-WSP (1919–1939)], sygn. 2432, S. 10–28.

vember). Im sozialen Bereich gab es zunächst kaum Aktivitäten, sieht man vom Protest gegen die Einstellungspraxis der Lubliner Stadtverwaltung ab, durch die sich die Legionäre benachteiligt fühlten. Der erste öffentliche Auftritt des ZLP war die Namenstagsfeier Piłsudskis 1923, die zusammen mit der POW, der Gewerkschaft der Eisenbahner („Związek Zawodowy Kolejarzy“ – ZZK), dem Bund der Reserveoffiziere und dem Schützenverband ausgerichtet wurde.

Es war eine völlig überraschende und für die Mehrzahl der Legionäre unverständliche Entscheidung Piłsudskis, das 3. Legionärstreffen anlässlich des 10. Jahrestages des Abmarschs aus Krakau in Lublin abzuhalten. Die Vorbereitung oblag der örtlichen Sektion des ZLP, die Schwierigkeiten hatte, die Finanzierung des Treffens und die Unterbringung der Teilnehmer zu sichern.³⁹ Ein wichtiger Programmpunkt war das Gedenken der Gefallenen von Jastków, wobei die nationaldemokratische Presse süffisant darauf hinwies, dass „die Gefallenen in Jastków nur den Vorwand bildeten, unter dem die ‚Enkel‘ fleißig die Parole von der Rückkehr des verlorenen ‚Großvaters‘ an die Macht verbreiteten.“⁴⁰ Tatsächlich war das Treffen als politische Manifestation angelegt, mit der die Rückkehr Piłsudskis in staatliche Funktionen gefordert wurde, aus denen er unrechtmäßig entfernt worden sei. Die Beschlüsse des Lubliner Treffens waren maßgebend für das weitere Vorgehen des Piłsudski-Lagers bis 1926. Piłsudski, der zwar Ehrenvorsitzender des ZLP war, doch immer auf einen gebührenden Abstand achtete, war beim Treffen selbst anwesend, konnte aber aufgrund einer Erkrankung nur an wenigen Programmpunkten teilnehmen. Ein zweiter Schwerpunkt der Lubliner Legionäre war die Sammeltätigkeit für den Bau einer Schule in Jastków als Denkmal für die Gefallenen. Dies brachte dem ZLP trotz erheblicher finanzieller Unregelmäßigkeiten Aufmerksamkeit und Anerkennung ein. Schließlich kam es aber doch zum Eklat, als im Oktober 1926 in einer Sondersitzung das Finanzgebaren des Vorstands kritisiert wurde. In den folgenden Jahren scheint sich der Verein konsolidiert zu haben und widmete sich nun auch verstärkt dem oft schwierigen Lebensalltag der Kombattanten.⁴¹

³⁹ Konefał, III Zjazd (wie Anm. 31); ders., Lubelski oddział Związku Legionów Polskich [Die Lubliner Abteilung des ZLP], in: *Rocznik Humanistyczny* 46 (1998), Nr. 2, S. 187-205.

⁴⁰ Konefał, III Zjazd (wie Anm. 31), S. 208. Die Formulierung „Enkel“ und „Großvater“ sind eine Anspielung auf die Gepflogenheit der Legionäre, Piłsudski „Dziadek“ (Großvater) zu nennen. Dies war Teil des spezifischen, für Außenstehende teilweise schwer verständlichen Legionär-Jargons, der hier leider nicht näher erläutert werden kann.

⁴¹ APL, UWL-WSP 1919-1939, sygn. 2431, S. 73, 101 u. 120-154; APL, ZLP, sygn. 2. Es gab

Die Auflistung der Aktivitäten der Kombattantenorganisationen erweckt den Eindruck, es habe sich um ungewöhnlich aktive und außenwirksame Verbände gehandelt. Das mag für einige Ortsgruppen zutreffend gewesen sein, doch war der umgekehrte Fall mehr die Regel denn die Ausnahme. Oft begrenzte sich die Betriebsamkeit auf gemeinsame Treffen, Jahrestage und Denkmalseinweihungen. Ein Krakauer Vereinsvorsitzender stellte fest, dass „es sich in der öffentlichen Meinung festsetzte, dass wenn ‚in der Vereinigung was gemacht wird, dann sicher irgendeine Parade‘“ veranstaltet würde.⁴² Nach dem Maiputsch, als eine Mitgliedschaft zunehmend opportun wurde, gab es eine Vielzahl nicht aktiver Ortsgruppen, die nur auf dem Papier existierten.⁴³ Dies wirkte sich auch auf die Finanzkraft der chronisch unterfinanzierten Verbände aus, die zudem mit einer schlechten Zahlungsmoral ihrer Mitglieder zu kämpfen hatten.⁴⁴ Eine Gemeinsamkeit aller Verbände ist deren Streben nach einer eigenen Fahne. Hatte die jeweilige Ortsgruppe gute Beziehungen zu den politischen Kreisen, war die Finanzierung dieses kostspieligen Unterfangens kein Problem. Zudem konnte man mit einer Fahnenweihe sehr viel Geld in die Vereinskasse spülen, da man alle relevanten Einrichtungen, Institutionen und Organisationen in die Finanzierung einband. Dies geschah mit Hilfe von Nägeln oder Beschlägen für den Fahnenstift: Jede angeschriebene Person oder Institution wurde angehalten, einen oder mehrere der beigefügten Nägel zu einem festgesetzten Preis zu erwerben und an den Verein zurückzusenden. Auf diese Weise gelang es beispielsweise dem Krakauer ZLP, zweimalig eine Fahnenweihe abzuhalten. Uniformen waren nur für die größten Organisationen eine zu schulternde Anschaffung. Auch hier waren die Vereine jedoch einflussreich. Der Lubliner ZLP versuchte anlässlich der Denkmalsweihe in Jastków allerdings vergeblich, die Wojewodschaftsverwaltung zur Übernahme der Kosten für eine Ausstattung mit Uniformen zu bewegen.⁴⁵ Eine weitere Gemeinsamkeit ist die nach der anfangs zur

offenbar auch konkrete Planungen zum Aufbau einer Genossenschaft der Legionäre für Technik und Bau. Leider konnten keine Hinweise zu deren Umsetzung gefunden werden; APL, Spółdzielnia Techniczno-Budowlana b. Legionistów [Technische und Baugenossenschaft der ehemaligen Legionäre], sygn. 1.

⁴² Janusz Z. Mierzwa, *Kombatancki Kraków 1918–1939* [Das Krakau der Kombattanten 1918–1939]. Kraków 2002, S. 50.

⁴³ Jabłonowski, Sen (wie Anm. 2), S. 129.

⁴⁴ Stellvertretend: Komunikat Nr. 4/1934 Koła Czwartaków Zarząd Główny [Mitteilung Nr. 4/1934 des Hauptvorstands des Kreises der „Vierer“], in: APL, ZLP, sygn. 4.

⁴⁵ APL, Urząd Wojewódzki Lubelski – Wydział Ogólny [Wojewodschaftsamt Lublin – Allgemeine Abteilung, fortan UWL-WO (1919–1939)], sygn. 19.

Schau getragenen Überparteilichkeit der Verbände später klar zu Tage tretende politische Orientierung, die sich immer mehr auch in einem entsprechenden Engagement manifestierte.⁴⁶

1926 schienen die Legionäre am Ziel: Wichtige Positionen im Staat wurden durch sie besetzt, und ihre Version der Geschichte Polens wurde schleichend zur neuen Staatsdoktrin. Nach 1926 waren sieben von neun Premiers, 15 Minister, acht Vizeminister, 23 Wojewoden und 32 höhere Beamte des Außenministeriums ehemalige Militärs, meist Legionäre.⁴⁷ Das entscheidende Merkmal der Legionäre ist weniger in ihrem Organisationsgrad oder ihrer politischen Effektivität zu suchen, sondern in ihrem hohen Maß an Sendungsbewusstsein gegenüber der eigenen Nation. Piłsudskis Ausspruch „1914 waren wir die polnische Armee und gleichzeitig Neuerer (*nowatorzy*) für unser Volk“, hat in diesem Sinne durchaus Bekenntnischarakter.⁴⁸ Diese starke ausgeprägte Gruppenidentität ergriff alle drei Brigaden der Legionen erst in dem Maße, indem sie enttäuscht von der neuen Ordnung die Rückkehr „ihres“ Kommandanten Piłsudskis herbeisehnten. Zuvor hatten Konkurrenzdenken und Missgunst das Verhältnis zwischen der ersten und den beiden anderen Brigaden bestimmt, die doch für die gleiche Sache gekämpft hatten. Verantwortlich dafür machten die Zeitgenossen in erster Linie den übersteigerten Stolz der Soldaten der I. Brigade.

Die Suche nach einem nationalen Erinnerungsort: Totentrauer und Heldenkult

Am Beginn aller Erinnerung an den Krieg stehen die Totenbestattung und die Suche nach einer angemessenen Ausdrucksform der Trauer.⁴⁹ Angemessene Orte sind zunächst die Soldatenfriedhöfe und Kriegsgräber, doch entwickelten die Gesellschaften, deren Gefallene außerhalb des eigenen Territoriums ruhten, eigene Repräsentationsformen von Trauer. Die Friedhöfe waren zugleich Ausgangspunkt eines Heldenkults der Nachgeborenen, die sich auf diese Weise eine sinnstif-

⁴⁶ Mierzwa, *Kombatancki Kraków* (wie Anm. 42), S. 25-30 u. 62-69; Jabłonowski, *Sen* (wie Anm. 2).

⁴⁷ Jerzy Kochanowski, Horthy und Piłsudski – Vergleich der autoritären Regime in Ungarn und Polen, in: *Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa 1919–1944*, hrsg. v. Erwin Oberländer. Paderborn (u.a.) 2001, S. 19-94, hier S. 66 f.

⁴⁸ Piłsudski, *Pisma* (wie Anm. 28), Bd. 6, S. 61.

⁴⁹ Winter, *Sites of Memory* (wie Anm. 5).

tende Erklärung des Todes konstruierten. Lublin war weniger Bestattungsort einheimischer Soldaten, sondern beheimatete mehrere Soldatenfriedhöfe aus der Zeit von 1914–1918, deren Einteilung nach den kriegführenden Armeen zunächst keine ethnischen Zuschreibungen erlaubte. Auf vier konfessionell und national getrennten Friedhöfen wurden mehrere tausend Gefallene bestattet.⁵⁰ Unmittelbare Bedeutung für die Stadt hatte auch der Friedhof von Jastków; er befand sich lange in einem beklagenswerten Zustand und musste „häufig Zerstörungen durch die national nicht besonders aufgeklärten örtlichen Bauern“ über sich ergehen lassen.⁵¹ An Jastków lässt sich die Nationalisierung des Totengedenkens nach 1918 ablesen. War der erste Friedhof noch gemeinsam für die in Jastków gefallenen österreich-ungarischen Soldaten und polnischen Legionäre angelegt worden, funktionierte man ihn mit der Zeit zu einer zentralen Ruhestätte für die Legionäre um, während die 153 k.u.k. Soldaten exhumiert und nach Garbów umgebettet wurden.⁵² Gedenkfeiern wurden zu den Jahrestagen des Gefechts und zu Allerheiligen seit dem Jahr 1916 abgehalten.

Friedhöfe und Kriegsgräber waren Orte, welche den Soldatentod in einen übergeordneten Sinnzusammenhang rücken konnten und damit auch sinnstiftend für die Überlebenden wirkten. Der Übergang zur Heroisierung der Gefallenen als heldenhafte Kämpfer für das eigene Kollektiv ist dabei fließend. Diese Heroisierung wurde in Polen von den Polnischen Legionen am effektivsten und nachhaltigsten betrieben. Sie stilisierten sich zu Erben der romantischen Tradition des adligen Aufständischen und nationalen Märtyrers. Allerdings überwandern sie als neue Generation die bisherige tragische Abfolge heldenhafter Niederlagen und „moralischer Siege“:

„Denn sagen wir: Konföderation von Bar, erblickt ihr einen feurigen Adligen (...) vor euch. Sagen wir: Kościuszko, dann

⁵⁰ Marcin Dąbrowski, *Cmentarze wojenne z lat I wojny światowej w dawnym województwie lubelskim* [Kriegsfriedhöfe aus dem Ersten Weltkrieg in der ehemaligen Wojewodschaft Lublin]. Lublin 2004 (Prace Wydziału Historyczno-Filologicznego Towarzystwo Naukowe Katolickiego Uniwersytetu Lubelskiego. 107), S. 52 u. 120-124. Siehe auch den Bericht der Kriegsgräberinspektion 1928: APL, Urząd Wojewódzki Lubelski – Wydział Komunikacyjno-Budowlany [Wojewodschaftsamt Lublin – Abteilung Verkehr und Bauwesen] (1919–1939), sygn. 3188, S. 158-185. Auf dem jüdischen Soldatenfriedhof, der dem Gemeindefriedhof vorgelagert war, lagen vor allem Soldaten der russischen und österreichischen Armee begraben; Majer Balaban, *Die Judenstadt von Lublin*. Berlin 1919, S. 100.

⁵¹ Konefał, *Jastków 1915* (wie Anm. 7), S. 134.

⁵² Dąbrowski, *Cmentarze* (wie Anm. 50), S. 48.

seht ihr den von der Lanze eines Kosaken durchbohrten Wams des Oberbefehlshabers. Hört ihr: 1830/31, dann seht ihr eine äußerst tapfere, doch führerlose Fußtruppe.

Und wenn sie sagen: 1863, dann hörst du die Schmerzenslaute eines fast hilflosen Märtyrertums.

Doch wenn ich dir sage: Weltkrieg in Polen, 1914 und 1916, dann erhebt vor deinem Auge ein junger Soldat, grau und feurig, klug und leichten Muts, dank seines Führers unter der Übermacht Tausender feindlicher Brigaden seines Sieges sicher.“⁵³

Neben den Heldenmut tritt nun eine bisher nicht gekannte selbstsichere Siegesgewissheit und damit optimistische Grundhaltung. Vielleicht wurde dies dadurch möglich, dass der Legionär nicht als durch Traditionen und fest gefügte Handlungsweisen gebremster „halber Ritter“ und damit als Vertreter eines untergegangenen Stands porträtiert wurde, sondern als junger, dynamischer, positiver und umsichtiger Kämpfer, dessen graue Uniform ihn nicht von den gleichgestellten Kameraden unterschied. Seine Armut und Ausharren in primitiven Verhältnisse im Felde – er kämpfte „in miserablen Drillich“ und „ohne Schuhe“ – waren Teil des zur Tugend stilisierten „Werkes von Mut, Liebe und äußerster Kühnheit“,⁵⁴ doch blieb er bei all dem anonym. Das Feld individueller Ehre blieb vornehmlich dem genialen Feldherrn Piłsudski überlassen, der umso strahlender erschien, je weniger sich die „Feldgrauen“ untereinander unterschieden und je mehr die Unabhängigkeit als „Wunder“ verklärt wurde. In folgendem Zitat aus dem Gästebuch der als „lebendiges Denkmal“ konzipierten Schule in Jastków verbindet sich auf eigentümliche Weise das Heldentum der namenlosen Soldaten mit der sommerlichen Atmosphäre und lässt keinen Raum für den Schrecken des Todes und die Grausamkeit des Krieges:

„Anfang August 1915. – Die Felder in Jastków sind bedeckt von goldenem Weizen – sie bieten ein wunderliches und unheimliches Bild – graue Wesen – schweißgebadet – mit dem polnischen Adler an den Mützen – in der Hitze des Augusttags rücken sie zügig in Richtung Krasienin vor. Der Himmel

⁵³ Juliusz Kaden-Bandrowski, Przedmowa [Vorwort], in: Waclaw (Socha) Lipiński, Szlakiem I Brygady. Dziennik żołnierski [Auf dem Pfad der I. Brigade. Soldatentagebuch]. 3. Aufl., Warszawa 1935 (1. Aufl. 1927; 2. Aufl. 1927), S. XI.

⁵⁴ Ebenda, S. X.

ist trotz des schönen Tags von Wolken verhangen – jenen der explodierenden Geschosse – der durchdringende Lärm der Maschinengewehre stört die Auguststille – viele Stellen, an denen die Felder sich röten – ist das Mohn – gefallen im Blutbad der Schnitter? – nein – das ist das Herzblut der grauen Legionärssoldaten – welche unter der Führung des ärmlich-grauen Kommandanten – des Großvaters – Józef Piłsudskis – in den Kampf zogen (...).⁵⁵

Dieser sich kollektiv und entindividualisiert präsentierende Heldenkult projizierte die Erinnerung zunehmend auf Piłsudski als Kollektivhelden. Auch herausragende Individuen wie der zum Helden stilisierte jüdisch-polnische Legionär Bronisław Mansperl repräsentierten das kollektive Ideal einer ganzen Generation und nicht die Heldentaten eines Einzelnen.⁵⁶ Dieser Heldenkult spitzte sich in dem ausgeprägten Führerkult der Kombattanten zu, der an dieser Stelle nur erwähnt werden kann. Zwar gelang dies im Falle Piłsudskis am eindrucksvollsten, doch schufen seine Opponenten Haller und Dowbór durchaus vergleichbare Heldenkulte um ihre Person.⁵⁷

Den tiefen Brüchen des Weltkriegsgedenkens versuchten die Regierungen vor 1926 einen gesamtnationalen Erinnerungsort an die Seite zu stellen, der als Versuch verstanden wurde, das fragmentierte Gedächtnis der Polen auf ein kollektives Symbol zu fixieren: den Kult des „Unbekannten Soldaten“. Dieser ist untrennbar mit dem Totengedenken nach dem Ersten Weltkrieg verbunden und in nahe-

⁵⁵ APL, Publiczna Szkoła Powszechna w Jastkowie [Öffentliche allgemeine Schule in Jastków], sygn. 1, S. 1.

⁵⁶ Bronisław Mansperl, ein im Lubliner Raum geborener Legionär, wurde nach seinem Tod 1915 im Feld und seiner Auszeichnung mit dem Orden Krzyż Virtuti Militarii als Kollektivheld eines neuen jüdischen Polentums inszeniert. Etwa 10% der Legionäre waren Juden. Norbert Getter, Jakub Schall, Zygmunt Schipper, Żydzi bojownicy o niepodległość Polski. Ilustrowana monografia w opracowaniu zbiorowym [Die jüdischen Kämpfer für die Freiheit Polens. Illustrierte Monografie in kollektiver Bearbeitung]. Lwów 1939, S. 86 (Nachdr. Warszawa 2002); Władysław Konic, Żydzi w legionach (1914–1917) [Juden in den Legionen (1914–1917)], in: Ignacy Schiper, A. Tartakower u. Aleksander Hafftko, Żydzi w Polsce odrodzonej. Działalność społeczna, gospodarcza, oświatowa i kulturalna [Die Juden im wiedergeborenen Polen. Gesellschaftliche, wirtschaftliche, Bildungs- und kulturelle Aktivitäten]. Bd. 1, Warszawa [nach 1933], S. 542-550; Jan Mleczak, Żydzi w Legionach 1915–1916 [Juden in den Legionen 1915–1916], in: Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego 119 (1985), Nr. 3-4, S. 161 ff.; Katrin Steffen, Jüdische Polonität. Ethnizität und Nation im Spiegel der polnischsprachigen jüdischen Presse 1918–1939. Göttingen 2004 (Schriften des Simon-Dubnow-Instituts. 3), S. 112 ff.

⁵⁷ Heidi Hein, Der Piłsudski-Kult und seine Bedeutung für den polnischen Staat 1926–1939. Marburg 2002 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropaforschung. 9).

zu allen kriegsteilnehmenden Ländern in Europa und Übersee anzutreffen.⁵⁸ Das Hauptmerkmal all dieser Denkmäler ist, dass sie nach Koselleck „Hilflosigkeit durch Pathos zu kompensieren“ versuchten, da die numerische Dimension des Soldatentods einen „Begründungszwang [hinterließ], der mit überkommenden Bildern und Begriffen schwer einzulösen war.“⁵⁹ Die Sinnstiftung des Denkmals erfolgt allerdings nicht durch die Toten, sondern die Überlebenden. Es bietet ein Identifikationsangebot, das die Verstorbenen als Helden, Opfer, Sieger usw. erscheinen lässt und das die Betrachter für sich selbst übernehmen können oder sollen. Die Denkmäler verweisen so auf eine gemeinsame Identität der Handlungsgemeinschaft, denn die „Toten verkörpern eine vorbildliche Haltung, sie starben für eine Aufgabe, mit der sich die Überlebenden im Einklang befinden sollen, um die Gefallenen nicht umsonst gefallen sein zu lassen.“⁶⁰ Die Bestattung eines „Unbekannten Soldaten“ war eine neue Form der nationalen Gedenkkulturen, deren Affinität zum Ablauf von Staatsbegräbnissen und monarchischen Gedenkpraktiken auffällt. Von zentraler Bedeutung war hierbei die scheinbare Eigenschaftslosigkeit des ausgewählten Leichnams und dessen „korrekte“ nationale Zugehörigkeit, ging es doch um die Repräsentation der gesamten Nation. Deswegen wurden komplizierte Auswahlverfahren angewandt, die diese Bedingungen sicherstellen sollten.

Kosellecks Feststellung, dass in den Kriegerdenkmälern des Ersten Weltkriegs angesichts des Massensterbens der eigenen Hilflosigkeit mit Pathos entgegengetreten werden sollte, muss für Polen etwas modifiziert werden. Denn hier wurde nicht der Hilflosigkeit der Soldaten, Opfer und Hinterbliebenen des Ersten Weltkriegs ein Denkmal gesetzt, nicht der Versuch unternommen, der schrecklichen Weltkriegsmaschinerie einen Sinn oder Trost abzugewinnen. Die Menschen litten im Ersten Weltkrieg nicht *für* ihre nationale Sache, sondern *unter* dem Kampf der kontinentalen Imperien in diesem Raum. Doch wurde dies keineswegs thematisiert. Das polnische Grab des

⁵⁸ Einführend Rainer Rother, Der unbekannt Soldat, in: Die vergessene Front. Der Osten 1914/15. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, hrsg. v. Gerhard P. Groß. Paderborn (u.a.) 2006, S. 353-371 (Zeitalter der Weltkriege. 1); Ken S. Inglis, Grabmäler des Unbekannten Soldaten, in: Die letzten Tage der Menschheit. Bilder des Ersten Weltkrieges, hrsg. v. Rainer Rother. Berlin 1994, S. 409-422.

⁵⁹ Hier und im Folgenden Reinhart Koselleck, Kriegerdenkmale als Identitätsstiftungen der Überlebenden, in: Identität, hrsg. v. Odo Marquard u. Karlheinz Stierle. 2. Aufl., München 1996 (Poetik und Hermeneutik. 8), S. 255-275. Vgl. auch ders., Die Transformation der politischen Totenmale im 20. Jahrhundert, in: Transit 22 (2002), S. 59-86.

⁶⁰ Koselleck, Kriegerdenkmale (wie Anm. 59).

Unbekannten Soldaten stellt indessen – in nationalgeschichtlicher Perspektive die einzig schlüssige Interpretation – die Tradition des eigenen nationalen Aufbegehrens (*zryw*) in den Mittelpunkt.⁶¹ Um jedoch als gesamt nationales Denkmal gelten zu können, musste der zeitliche Schwerpunkt des Gedenkens auf die Gefallenen der Jahre 1918–1920 vorverlegt werden, weil die „Unabhängigkeitskämpfer“ vor 1914 eine verschwindende Minderheit im Meer der polnischen Soldaten darstellten, die unter deutscher, österreichischer und russischer Flagge kämpften.⁶² Da sich das neue Polen als Ergebnis und Lohn des eigenen Unabhängigkeitskampfes verstand, konnte es kein Soldat in fremder Uniform sein, der im Grab des Unbekannten ruhte. Gleichzeitig hätte die Auswahl eines vor 1918 gefallenen Unabhängigkeitskämpfers einen innenpolitischen Dauerkonflikt heraufbeschworen. Die Entscheidung, einen Gefallenen des polnisch-ukrainischen Grenzkriegs auszuwählen, stellte einen für alle politischen Kräfte tragfähigen Kompromiss dar. Somit übertünchte das neue Denkmal einerseits die innerpolnischen Brüche und Gräben des vorangegangenen Jahrzehnts, raubte aber jenen endgültig die Stimme, die in diesen Jahren nicht in der „richtigen“ Uniform gesteckt hatten. Bemerkenswert ist, dass sich die Regierung des Nationaldemokraten Władysław Grabski dieser Asymmetrie durchaus bewusst war. Denn einerseits informierte sie über den Vorgang des „festlichen Begräbnisses des Leichnams des ‚Unbekannten Polnischen Soldaten‘, der 1918–1920 im Kampf für die Freiheit des Vaterlands gefallen ist“, verwies aber zum anderen in einem gesonderten Schreiben auf die Rollenverteilung, die ihr offensichtlich in der Weltkriegserinnerung vorschwebte:

⁶¹ Im politischen Spektrum wies dieses Bild freilich Schattierungen auf. Beispielsweise bezeichnete die Zeitung „Ziemia Lubelska“ den Unbekannten Soldaten als „Soldaten der Arbeiterklasse“, „Sohn eines Bauern“, „Kind eines Arbeiters“ oder „Liebling des arbeitenden Intelligenzlers“. Ziemia Lubelska Nr. 265 vom 1. November 1925, S. 1. Vgl. auch ähnliche Tendenzen in Italien: Oliver Janz, Zwischen Trauer und Triumph. Politischer Totenkult in Italien nach dem Ersten Weltkrieg, in: Der verlorene Frieden (wie Anm. 5), S. 61-75, hier S. 65.

⁶² Zu den Einzelheiten der Auswahl und des Bestattungszeremoniells siehe Christoph Mick, Der Kult um den Unbekannten Soldaten in der Zweiten Polnischen Republik, in: Nationalisierung der Religion und Sakralisierung der Nation im östlichen Europa, hrsg. v. Hartmut Schulze Wessel. Stuttgart 2006, (Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa. 27), S. 181-200; ders., Der vergessene Krieg: Die schwierige Erinnerung an den Ersten Weltkrieg in Osteuropa, in: Der Weltkrieg 1914–1918. Ereignis und Erinnerung, hrsg. v. Rainer Rother. Berlin/Wolfratshausen 2004, S. 74-81. Vgl. auch Nieznanemu Żołnierzowi. Album Pamiątkowe [Dem Unbekannten Soldaten. Erinnerungsalbum]. Warszawa [1925].

„Im Zusammenhang mit der Bestattung der Gebeine des Unbekannten Soldaten in der Hauptstadt beschloss die Regierung der Republik, jene Gemeinden, welche Erinnerungstafeln anlässlich dieses feierlichen Symbols stifteten, aufzufordern diese den öffentlichen Museen zu übergeben. Nach Überzeugung der Regierung kann nur das auf Kosten der Republik in der Hauptstadt errichtete Denkmal als würdiges Symbol der opferbereiten Anstrengung des Volkes bei der Verteidigung der eigenen Staatlichkeit dienen. Die Selbstverwaltungen der Gemeinden können und sollten hingegen die Erinnerung ihrer gefallenen Söhne durch das Aufstellen bescheidener Denkmäler oder Erinnerungstafeln mit den eingravierten Namen der Bürger dieses Ortes ehren, die während des letzten Krieges sowohl in den polnischen Militärformationen als auch in den Reihen der ehemaligen Teilungsarmeen fielen.“⁶³

Um was es hier geht, ist mehr als nur eine Aufgabenteilung. Die Zentralregierung wurde sicher auch weniger von der Absicht geleitet, alleinige Gralshüterin der „staatlichen“ Erinnerung zu werden. Es hätte in diesem Falle im Gegenteil im Interesse der Regierung gelegen, so viel Kontrolle wie möglich auf die lokale Gedenkpraxis auszuüben. Wahrscheinlicher erscheint es, dass hier bewusst ein staatlich gelenktes Gedenkritual, losgelöst von regionalen und politischen Empfindlichkeiten, als ein gesamtpolnischer Erinnerungsort etabliert werden sollte, um gleichzeitig das politisch aufgeladene Weltkriegsgedenken auf die lokale Ebene zu verweisen. Damit entzog sich die staatliche Gedenkpraxis den Kalamitäten des erinnerungspolitischen Gegeneinanders der politischen Lager und ermöglichte im gleichen Zug den lokalen Gemeinschaften und Gemeinden, ihrer Opfer in der ihnen angemessen erscheinenden Form zu gedenken. Die angestrebte Rollenteilung zwischen Staat und Gemeinde blieb allerdings nur Episode, da bereits im Februar 1926 die Aktion aufgrund der „bedeutenden Kosten“ gestoppt wurde und bald darauf das Kabinett die Gedenktafeln für den Unbekannten Soldaten wieder „als Denkmäler zur Ehrung der für Polen gefallenen Einwohner der jeweiligen Gemeinde“ empfahl.⁶⁴

⁶³ Schreiben des Innenministeriums an die Wojewodschaft vom 25. Oktober 1925. APL, UWL-WO (1919–1939), sygn. 151.

⁶⁴ Ebenda.

Auch auf dem Lubliner Plac Litewski war in der Nacht vom 3. zum 4. August 1925 eine horizontal liegende Gedenkplatte für den „Unbekannten Soldaten von 1914–1920“ eingeweiht worden.⁶⁵ Dies war wie in anderen Städten eine Reaktion auf eine im Dezember 1924 vor dem Warschauer Poniatowski-Denkmal eingelassene ähnliche Tafel, welche durch einen Verein erfolgt war. Die unterschiedliche Bewertung der Einweihung der Lubliner Gedenktafel wird deutlich, wenn man die Berichterstattung der Lokalpresse vergleicht. Während der nationaldemokratische „Głos Lubelski“ sich jeden Kommentars enthält, ist in der konkurrierenden „Ziemia Lubelska“ zu lesen, dass auf der Sandsteinplatte

„der polnische Legionsadler [eingemeißelt ist], was ein unbekannter Stifter zu Recht vornahm, denn jene in den grauen Uniformen unter dem Befehl des geliebten Kommandanten Józef Piłsudskis nahmen als erste die Parole des Kampfes um Freiheit und Unabhängigkeit auf, benetzten als erste mit ihrem Blut die Erde des Vaterlands, indem sie ihr junges Leben für Es opferten“.⁶⁶

Das Denkmal scheint unter den Vertretern des vormaligen Unabhängigkeitslagers auf große Resonanz gestoßen zu sein, was aufgrund der eben beschriebenen Ikonografie nahe liegt. Am 6. August fand an diesem Ort ein gemeinsamer festlicher Zapfenstreich und Kranzniederlegung der traditionell Piłsudski nahen Eisenbahnergewerkschaft und des Schützenverbandes statt.⁶⁷

In die im November des gleichen Jahres stattfindende gesamtpolnische Ehrung des Unbekannten Soldaten war Lublin ebenso involviert. Auf seinem Weg von Lemberg nach Warschau gab es am 1. November einen 15-minütigen Zwischenstopp des Zuges auf dem Lubliner Bahnhof. Bei dessen Halt erklang die Nationalhymne, ansonsten herrschte Stille. Anwesend waren ein Empfangskomitee sowie eine Offizierswache. Der Lubliner Bischof besprengte den Sarg, während der Stadtpräsident einen Kranz am Sarg niederlegte. Der Kranz war im Namen der Stadtverwaltung, Vereine und Bürger erworben wor-

⁶⁵ Głos Lubelski Nr. 213 vom 5. August 1925, S. 3.

⁶⁶ Ziemia Lubelska Nr. 190 vom 5. August 1925.

⁶⁷ Im Rahmen dieser Untersuchung konnte nicht geklärt werden, wer die Platte stiftete und wie es dazu kommen konnte, dass ein Denkmal in dieser Form an solch zentraler Stelle in einer von Nationaldemokraten mitregierten Stadt genehmigt werden konnte.

den. Die Vereine waren gehalten, anstelle eigener Kränze das dafür vorgesehene Geld dem „Haus des Soldaten“ zu spenden.⁶⁸ Neben dem Sarg kniete eine Soldatenmutter mit Namen Lambachowa, deren Sohn Stefan gefallen war, nieder. Der mitreisende General Thully richtete an sie die Worte: „Die Polnische Armee erweist Ihrem Sohn die Ehre“ und übergab ihr ein Blatt des metallenen Kranzes, den Soldaten auf dem Sarg niedergelegt hatten.⁶⁹

Die zentrale Zeremonie fand in Anwesenheit der höchsten staatlichen Würdenträger sowie der Militärattachés der Siegermächte schließlich am 2. November 1925 auf dem Warschauer Plac Saski statt. Die lokale Hauptmesse wurde in der Lubliner Kathedrale gelesen. Hier war ein leerer geschmückter Sarg aufgebahrt, der von Vertretern der Innungen und „patriotischen Vereine“ mit ihren jeweiligen Standarten gesäumt wurde. Für die Bevölkerung fanden auf dem Platz vor der Kathedrale sowie in mehreren anderen Kirchen Gottesdienste statt. Danach erwies die Schuljugend dem Unbekannten Soldaten vor der geschmückten und mit einer Ehrenwache versehenen Gedenkplatte auf dem Plac Litewski die Ehre.⁷⁰

Aufs Ganze betrachtet, war der Kult des Unbekannten Soldaten ein wichtiger und in Teilen auch gelungener Versuch, die Zersplitterung des Weltkriegsgedächtnisses aufzuhalten, ohne den verschiedenen Gruppengedächtnissen eine alleingültige Sichtweise aufdrängen zu wollen. Die Zeitschrift des Invalidenverbands erkannte diese Leistung mit den Worten an: „Jeder kann hier seinen Angehörigen beweinen. (...) Alle finden hier denjenigen, den sie suchen. Darin besteht praktisch die Bedeutung des Grabs des Unbekannten Soldaten.“⁷¹

⁶⁸ Das „Haus des Soldaten“ war neben Schulen u.ä. eine der Erscheinungsformen des „lebendigen Denkmals“ (*żywy pomnik*), wie Objekte genannt wurden, die neben ihrer symbolischen und Erinnerungsfunktion auch praktischen Zwecken dienen sollten. Dieses Phänomen kann an dieser Stelle nicht weiter besprochen werden. Vgl. einführend Stanisław Piekarski, *Domy Żołnierza Polskiego* [Die Häuser des Polnischen Soldaten]. Warszawa 1997.

⁶⁹ *Głos Lubelski* Nr. 299 vom 31. Oktober 1925; Nr. 300 vom 2. November 1925; Nr. 301 vom 3. November 1925; APL, UWL-WO (1919–1939), sygn. 151.

⁷⁰ *Głos Lubelski* Nr. 301 vom 3. November 1925, S. 1; Wanda Mazanowska, *Geneza Symbolu i przewiezienie zwłok Nieznanego Żołnierza* [Die Genese des Symbols und die Überführung der Gebeine des Unbekannten Soldaten], in: *7599 dni Drugiej Rzeczypospolitej* [Die 7599 Tage der Zweiten Republik], hrsg. v. Ewa Sabelanka u. Kazimierz Koźniewski. Warszawa 1983, S. 112–121; Mick, *Kult* (wie Anm. 62), S. 199.

⁷¹ *Inwalida* 7 (1925), Nr. 36, S. 5.

Der „Einzug nach Lublin“ als lokaler Erinnerungsort

Die bislang thematisierten Beispiele polnischer Weltkriegserinnerung zeigen, wie national bedeutsame Praktiken und Inhalte sich auf der lokalen Bühne niederschlugen. Nun soll es um ein Phänomen gehen, das ein spezifisch lokales ist, obgleich es in das kollektive Gedächtnis der Legionäre eingebettet bleibt. Es handelt sich um den Einmarsch der Polnischen Legionen in Lublin Ende Juli 1915.

Die österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen rückten im Juli 1915 in Richtung Lublin vor. In deren Gefolgschaft befanden sich die I. Brigade und das 4. Regiment der Polnischen Legionen. Beide Einheiten nahmen an den Kämpfen bei Jastków vor den Toren Lublins teil (31. Juli bis 3. August 1915). Wie zuvor in anderen Städten wollte die österreichische Armeeführung verhindern, dass polnische Einheiten vor den habsburgischen Truppen in Lublin einmarschierten. Sie betraute die Polen deshalb mit der Eroberung der russischen Verteidigungsstellungen, was diese gezwungen hätte, westlich an der Stadt vorbeizuziehen. Doch die polnische Führung ignorierte diese Anweisungen und schickte am 30. Juli 1915 einige Trupps in die Stadt, das erste wichtige städtische Zentrum östlich der Weichsel. Sehr verwirrend gestaltet sich die Frage, welche Einheit zuerst in Lublin auftauchte – das 1. Ulanenregiment der I. Brigade (nach ihrem Kommandanten Władysław Belina-Prażmowski als „Belinacy“ bezeichnet) oder das 2. Ulanenregiment der II. Brigade (nach ihrem Befehlshaber Juliusz Ostoja-Zagórski als „Ostojacy“ bekannt). In der Geschichtsschreibung und den Überlieferungen wurde meist ersteren diese Ehre eingeräumt, was sich daraus erklärt, dass die I. Brigade Piłsudski unterstand. Tatsächlich waren es jedoch die „Ostojacy“, die wenige Minuten vor den „Belinacy“ als erste die Stadt betraten.⁷²

Die Stimmung der Bevölkerung war nach anfänglichem Zögern sehr positiv, ja sogar enthusiastisch.⁷³ In den Erinnerungen der Le-

⁷² Jan Konefał, *Wkroczenie jazdy Legionów Polskich do Lublina* [Der Einmarsch der Kavallerie der Polnischen Legionen in Lublin], in: *Na przełomie stuleci. Naród – kościół – państwo w XIX i XX wieku. Księga jubileuszowa dedykowana profesorowi Ryszardowi Benderowi* [An der Jahrhundertwende. Nation – Kirche – Staat im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift gewidmet Prof. Ryszard Bender], hrsg. v. Mirosław Piotrowski. Lublin 1997, S. 247-253; ders., *Legiony Polskie* (wie Anm. 7), S. 58-62. Vgl. hingegen Janusz Łaszczyc-Olszamowski, *Zajęcie Lublina (1915 r.)* [Die Einnahme Lublins (1915)], in: *Wspomnienia legionowe. Materiały z dziejów walk o niepodległość* [Legionserinnerungen. Materialien aus der Geschichte der Kämpfe um die Unabhängigkeit], hrsg. v. Stanisław Falkiewicz u. Janusz Jędrzejewicz. Warszawa 1924/25, S. 72-82.

⁷³ Die „Ziemia Lubelska“ gestand 1921 ein, dass nicht alle Zeitgenossen angesichts der Er-

gionäre spielt dieses Motiv immer wieder eine Rolle, hatten sie doch in anderen Städten und Gegenden eine diametral andere Erfahrung machen müssen, bis hin zur offenen Ablehnung durch die Bevölkerung.⁷⁴ Hinzu kommt, dass Lublin nicht in einem blutigen Kampf erobert werden musste, sondern zuvor von der russischen Armee geräumt worden war. In einem umso helleren Licht erschien der freundliche Empfang in Lublin, den ein Teilnehmer wie folgt schilderte:

„Wir kommen in die Stadt – und auf die Straßen strömen uns grüßende Menschenmengen. In der Krakauer Vorstadt gingen die Pferde schon durch Spaliere. Fröhliche Ausrufe und *Vivats* mischten sich mit den Tränen jener, die offensichtlich sich nicht erträumt hätten, dass ihre Augen jemals polnische Ulanen sehen würden. Aus den Fenstern ergossen sich Blumen auf uns, wehten Tücher. (...) Jeder Ulan zitterte vor Ergriffenheit. Wir waren so etwas nicht gewöhnt. Wir trafen meist wenn nicht auf Unwillen, so doch auf Unverständnis.“⁷⁵

Auch andere Zeitzeugen wussten Ähnliches zu berichten.⁷⁶ „Die Einstellung zu uns ist voller Sympathie. Die Organisation geht voran, der Rekrut drängt sich in die 1. Brigade“, schrieb ein Legionär.⁷⁷ Tatsächlich stieß noch am gleichen Tag ein Freiwilligenbataillon aus Lublin zu Piłsudski nach Jastków. Für viele Legionäre war dieser Empfang das erste positive Erlebnis seit langem und auch auf lange Sicht, bedenkt man die ablehnende Haltung großer Teile Kongresspolens, die Verweigerung des Einmarschs im gleichfalls skeptischen Warschau durch die Deutschen, die ständige Zurücksetzung durch das österreichische Oberkommando oder das beständige Gefühl, ei-

eignisse von Freude erfasst waren. W szóstą rocznicę [Am sechsten Jahrestag], in: Ziemia Lubelska Nr. 243 vom 30. Juli 1921, S. 2. Schließlich kamen gemeinsam mit den Legionen die neuen Besatzer.

⁷⁴ Ausführlich und mit vielen Textbeispielen Krzysztof Stępnik, *Legenda Lublina (30 lipca 1915 roku)* [Die Legende Lublins (30. Juli 1915)], in: *Pierwsza wojna światowa w literaturze polskiej i obcej. Wybrane zagadnienia* [Der Erste Weltkrieg in der polnischen und fremdsprachigen Literatur. Ausgewählte Aspekte], hrsg. v. dems. u. Eugenia Łoch. Lublin 1999, S. 27-37. Vgl. auch die Erinnerungen von Bolesław Sekutowicz, *Kartka z pamiętnika* [Eine Seite aus dem Tagebuch], in: *Życie Lubelskie* Nr. 6 vom 30. Juli 1915, S. 4-8.

⁷⁵ Michał Tadeusz Brzęk-Osiński, *Ze wspomnień legionisty i piłsudczyka 1905-1939* [Aus den Erinnerungen eines Legionärs und Piłsudskisten 1905-1939], hrsg. v. Piotr A. Tusiński. Warszawa/Radom 2003, S. 91.

⁷⁶ Lipiński, *Szlakiem* (wie Anm. 53), S. 185; Władysław Orkan, *Dzieła* [Werke]. Bd. 13: *Drogą Czwartaków i inne wspomnienia wojenne* [Auf dem Weg der „Vierer“ und andere Kriegserinnerungen]. Kraków 1972, S. 65 f.

⁷⁷ Konefał, *Wkroczenie* (wie Anm. 71), S. 252 f.

gentlich nicht für die eigene Sache zu kämpfen. Ein Teilnehmer der Kämpfe gegen Russland, der die Entfremdung der Legionen beschrieb, sprach von einer „schrecklichen Leere“ der Soldaten, und beklagte, dass das Volk, das eigentlich „hinter uns stehen sollte“, nur gleichgültig blieb.⁷⁸

Für die Legionen war die Kunde vom „Einzug in Lublin“ („wjazd do Lublina“) ein willkommenes Propaganda- und literarisches Motiv, das sie endlich als von der Bevölkerung akzeptierte und unterstützte polnische Truppen erschienen ließ. Das mutige und herzliche Lublin wurde gern dem passiven und kühlen Warschau gegenübergestellt und erschien als Stadt, welche ihre „russische Eigenschaft“ ablegte und sich als „ehrlich polnisch“ erwies. Piłsudski selbst bediente diese Erzählung gern. Auf einem Bankett in Lublin am 3. August 1915, also kurz nach dem Einmarsch, formulierte er seine Eindrücke:

„Der Soldat, ohne Unterstützung seines Volkes und in der Fremde zerlumpt, hatte kein Vaterland. Der polnische Soldat, zurückgewiesen oder kühl empfangen, fühlte nicht, dass er im Vaterland war. Erst in Lublin spürten wir, dass das Vaterland in und um uns ist, und deshalb danke ich Euch, Lubliner (...), ihr habt mit eurer Herzlichkeit dem polnischen Soldaten das Vaterland gegeben.“⁷⁹

Bei seinem Besuch im Januar 1920 wurde er auch an der Katholischen Universität empfangen, von deren Rektor er zu einer erneuten Stellungnahme aufgefordert wurde:

„Wir haben eine Bitte an Dich: lenke doch wenigstens einen kleinen Teil der Liebe auf uns, die du für die Stefan-Batory-Universität in Wilna empfindest. Unsere Hochschule ist immerhin die Universität jener Stadt, in der Polen Litauen im Akt der Union [1569; C.H.] die Hand reichte und mit der viele Erinnerungen Deiner bewaffneten Kämpfe verbunden werden.“⁸⁰

⁷⁸ Zit. nach Stępnik, *Legenda Lublina* (wie Anm. 73), S. 30.

⁷⁹ Ze wspomnień lubelskich. Jak Lublin witał Brygadiera Piłsudskiego w roku 1915 po wejściu Legjonów [Aus Lubliner Erinnerungen. Wie Lublin den Brigadier Piłsudski im Jahr 1915 nach dem Einmarsch der Legionen begrüßte], in: *Ziemia Lubelska* Nr. 131 vom 20. März 1920, Beilage Nr. 15. Es handelt sich um Textausschnitte aus dieser Zeitung von 1915.

⁸⁰ Naczelnik Państwa w Lublinie [Der Staatschef in Lublin], in: *Ziemia Lubelska* Nr. 16 vom 12. Januar 1920, S. 1 f.

Auf diese Rede konnte Piłsudski wohl nicht anders antworten, als bei einem späteren Toast im Rathaus geschehen:

„Einer der mich begrüßenden Redner erinnerte heute an meine Schwäche für die [mir] nahestehende Stadt Wilna und bat um ähnliche Gefühle für Lublin. Und eben aus zwei Gründen ist mir Lublin besonders teuer: Lublin begrüßte mich und meine armen Jungs, mit denen ich – obgleich an der Seite einer fremden Armee – unter eigenen Fahnen in den Kampf zog, als wir unbedeutend und arm waren. Die während dieses großen Kriegs gesammelten Eindrücke sind unauslöschlich, so wie im Herzen eines erwachsenen Mannes die erste Jugendliebe nicht verwischt.

Ebenso wenig lässt sich die herzliche Aufnahme, die uns heimatlosen Soldaten damals hier gewährt wurde, aus der Erinnerung löschen.“⁸¹

Piłsudski scheint seine emotionalen Worte durchaus ehrlich gemeint zu haben, da er nicht die historische Hauptstadt Krakau, die zudem Schauplatz der Ereignisse war, sondern Lublin zum Austragungsort des 3. Legionärstreffens anlässlich des 10. Jahrestages des Abmarschs der Kaderkompanie im Jahr 1924 bestimmte. Der Abgeordnete Polakiewicz erklärte dies mit der Absicht, auch außerhalb Galiziens ein solches Treffen abzuhalten, sowie der

„Überzeugung des Marschalls Piłsudski, den mit Lublin ein besonderes Sentiment verbindet. Auch die Legionäre kommen gern in diese Stadt. Auch sie erinnern sich herzlich daran, dass sie die einzige [Stadt] in Kongresspolen war, die sofort die Legionsidee fühlte und verstand, dass sie den polnischen Soldaten vor sich hat“.⁸²

Der Mythos der besonderen Rolle Lublins bei der nationalen Wiedererweckung der Polen im Ersten Weltkrieg ist, wie sich zeigte, untrennbar an den Personenkult um Piłsudski und dem Narrativ der „bewaffneten Tat“ der Legionen geknüpft. So nimmt es kaum Wunder, dass Lublins Rolle als vorübergehende Hauptstadt und Sitz der

⁸¹ Naczelnik Państwa w Województwie Lubelskiem [Der Staatschef in der Wojewodschaft Lublin], in: *Głos Lubelski* Nr. 13 vom 13. Januar 1920, S. 1-4.

⁸² *Ziemia Lubelska* Nr. 216 vom 9./10. August 1924, S. 8 f.

ersten provisorischen polnischen Regierung im November 1918 nicht mehr gewürdigt wurde, zumal es sich um ein Projekt des politisch linken Lagers (Sozialisten, linke Bauernpolitiker) gehandelt hatte. Mit den Regierungsvertretern verschwand auch die breite öffentliche Erinnerung an die „Volksrepublik Polen“ aus der Stadt. Nur hin und wieder wurde sie noch in Presseartikeln besprochen und sehr häufig negativ bewertet als „politische Farce mit einigen gewissen, leider geradezu tragischen Erscheinungen“.⁸³ Es wurde sogar von einem „Lubliner Umsturz“ („zamach lubelski“) geschrieben, da es am 7. November in der Stadt bereits nur noch polnische Behörden gegeben habe. Erst in der Ära nach 1926 erfolgte eine Relativierung dieses negativen Urteils. Piłsudski selbst hatte 1920 herausgestellt, dass Lublin „obwohl anfangs von Hauptstadtambitionen getragen, jedoch von seinen Bestrebungen zurücktrat und die Parole zur Vereinigung [Polens] ausgab“.⁸⁴ Er meinte damit die Übergabe der Macht in seine Hände durch die Lubliner Volksregierung. Die „Ziemia Lubelska“ formulierte nach dem Maiumsturz die verbindliche Sichtweise der Piłsudski-Anhänger auf die Lubliner Ereignisse von 1918:

„Lublin zeigte als erste Stadt den anderen Teilen Polens, dass es ohne eine eigene Regierung keine Freiheit gibt. Hier in unseren Mauern entstand die Erste Regierung der Republik, welche die in ihren Händen befindliche Macht dem Ersten Bürger der Republik übergab.“⁸⁵

Die administrative Erinnerungskultur nach 1926

Die soziale Rahmung sowie die politische und zeitliche Gebundenheit von Kollektivgedächtnissen ziehen es nach sich, dass sich deren Inhalte und Formen mit der Zeit wandeln und geformt werden. Konnte man unmittelbar nach Kriegsende im Kombattantenmilieu eine gewisse Euphorie und versöhnliche Stimmung ausmachen, die sich etwa in der Ehrenmitgliedschaft Piłsudskis in verschiedenen, sich später anfeindenden Verbänden äußerte, so konnte davon zehn Jahre später keine Rede mehr sein. Die Fronten der Gruppengedächtnisse

⁸³ Prowokacyjne uroczystości tragikomicznej rocznicy [Die provozierenden Feiern eines tragikomischen Jahrestags], in: Ziemia Lubelska Nr. 464 vom 8. November 1919, S. 2.

⁸⁴ Naczelnik Państwa (wie Anm. 80), S. 1-4.

⁸⁵ Ziemia Lubelska Nr. 309 vom 11. November 1927, S. 3.

hatten sich verhärtet, weil das politische Alltagsgeschäft direkt auf die Gedenkpraxis durchschlug. War General Haller noch 1919 in Lublin euphorisch als Held gefeiert worden, nahm 1937 außerhalb der rechten Presse kaum jemand von seinem Aufenthalt Notiz.⁸⁶

Dieser Wandel setzte spätestens mit der Machtübernahme Piłsudskis im Mai 1926 ein, doch waren derlei Tendenzen bereits in den Vorjahren zu spüren. Allerdings versuchte Piłsudski trotz seines immer autoritärer werdenden Regierungsstils seinen politischen Gegnern erinnerungspolitische Brücken zu bauen. Unbestritten war jedoch die Dominanz des administrativ unterstützten Legionen- und Piłsudski-Kults.⁸⁷ Piłsudski war der unangefochtene „Erbauer des unabhängigen Polen“, der nun versuchte, sich auch mit den Kombattanten eine politische Hausmacht aufzubauen. Die Politik des Sanacja-Regimes verfolgte die Integration und den Wandel des bislang pluralen Weltkriegsgedenkens zum nicht hinterfragbaren Ritual und Instrument der Beschwörung der Einheit der Nation.

Die organisatorische Umsetzung der neuen Ideen sollte über die Schaffung der Föderation der Verbände der Polnischen Vaterlandsverteidiger („Federacja Związków Polskich Obrońców Ojczyzny“ – FPZOO) erreicht werden, die als Kombattantendachverband zugleich als zukünftige politische Massenorganisation der Piłsudskisten ausersehen war.⁸⁸ Der Föderation gehörte auch der ZLP an. Auf der Gegenseite formierte sich mit weitaus geringerem Erfolg die Legion der Polnischen Republik („Legion Rzeczypospolitej Polskiej“ – LRP), der beispielsweise der Haller-Bund oder der ZIW beitraten.⁸⁹ Das Sanacja-Regime übte großen Druck auf die Kombattantenvereine aus und brachte sie so unter seinen Zugriff oder marginalisierte sie.

Ebenso wenig überließ die neue Staatselite die Organisation wichtiger Feiertage dem Zufall oder einzelnen Gruppen, sondern legte sie in die Hände der Verwaltungsorgane bzw. ihr vorgeschalteter Festkomitees. Diese bemühten sich, möglichst umfassend Vertreter von Konfessionen, Presse, Verbänden, Wirtschaft usw. in die Vorbereitun-

⁸⁶ Der Besuch Hallers in Lublin steht in Zusammenhang mit dessen gescheitertem Bemühen, hier mit Hilfe seiner Anhänger eigene Feiern zum Jubiläum der Polnischen Armee in Frankreich zu organisieren, da das Regime ihn bei der zentralen Veranstaltung in Warschau nicht einbezogen hatte. Allerdings wollten sich die Lubliner Kombattanten nicht gegen Warschau und die ablehnende Lokalverwaltung stellen, was zum Eklat und zur Abreise Hallers führte, der nun über keinen Rückhalt im eigenen Kombattantenmilieu verfügte. APL, UW-WSP, sygn. 188, S. 138; sygn. 2432.

⁸⁷ Hein, *Der Piłsudski-Kult* (wie Anm. 57).

⁸⁸ Ausführlich Jabłonowski, *Sen* (wie Anm. 2), S. 118-142.

⁸⁹ Ebenda, S. 58-61.

gen einzubinden, was in einigen Fällen gelang, häufig jedoch auch nicht. Schließlich wurde es zur Norm, dass zentrale Regierungsstellen die Koordination der Feiern übernahmen und die entsprechenden Anweisungen auf dem Dienstweg bis zu den Bürgermeistern gelangten. Dies betraf die äußere Form der Programme, wie auch deren inhaltliche Aussagen.

Am deutlichsten erkennbar war der Wandel bei den Feiertagen, die direkt oder indirekt Piłsudski betrafen. Wurden seine Namensfeier in Lublin bislang von Kreisen seiner Sympathisanten organisiert, machte sich 1928 ein straff organisiertes kommunales Organisationskomitee des Magistrats an diese Aufgabe. Nach den Worten des Vize-Stadtpräsidenten Stefan Choma sollten nicht mehr nur „jene gesellschaftlichen Organisationen, welche in tiefer geistiger und ideeller Verbindung mit der Person des Marschalls“ standen, sondern auch der Magistrat in dieser Sache Verantwortung übernehmen und für die „Teilnahme möglichst breiter Gesellschaftsschichten“ werben.⁹⁰ Letzteres wurde vorrangig über die Einbindung der Institutionen und Vereine in die Feiern vorangetrieben. Gleichwohl versäumte es der Magistrat, den ZIW als bisherigen Mitorganisator zu den Vorbereitungen einzuladen, was von dessen Vorstand mit Verbitterung aufgenommen wurde. Das Programm erstreckte sich über den 18. und 19. März und reichte von Paraden der Armee und paramilitärischen Organisationen über Leichtathletikwettkämpfe bis hin zu „Akademien“ und Abendveranstaltungen verschiedener Institutionen mit Reden, Deklamationen und Musik. Die Traditionspflege der Legionen nahm dabei einen wichtigen Platz ein, wenn beispielsweise der Chor der Politischen Polizei Legionärslieder aufführte. Ein weiterer Programmpunkt, der sich in die Weltkriegserinnerung einfügt, war die Totenehrung der Gefallenen von Jastków. Der Namenstag trug damit nicht nur den Charakter eines politischen Manifests, sondern transportierte auch eine klare historische Botschaft: die Hervorhebung der Verdienste der Legionäre im Kampf um die Unabhängigkeit während des Ersten Weltkriegs. Der nächste wichtige Anlass waren die Feiern zum 10. Jahrestag der staatlichen Unabhängigkeit am 11. November 1928.

Die zunehmende staatliche Lenkung nationaler Gedenktage erstreckte sich auch auf die übrige nationale Festkultur.⁹¹ Jubiläen und

⁹⁰ APL, AML (1918–1939), sygn. 295, S. 1 f.

⁹¹ Erwähnt sei neben dem Verfassungstag (3. Mai) und dem jährlichen Gedenken an den November- und Januaraufstand nur der 400. Geburtstag des polnischen Königs Stefan

festliche Anlässe wurden dienstbar gemacht, indem man den Piłsudski-Kult in ein Netz historischer Bezugs- und Legitimationspunkte einband, die ebenfalls von einem nationalen Festkomitee vorbereitet wurden, von entsprechenden Gremien auf lokaler und Wojewodschaftsebene unterstützt. Auch „zwischen“ den Feiertagen waren die Komitees aktiv, so im Falle der Zehnjahresfeier des Sieges über Sowjetrussland. Nachdem ein mit entsprechenden Vollmachten ausgestatteter Vertreter die Durchführung der Feiern in jedem Kreis überwacht hatte, initiierte das Komitee die Verstärkung des Totengedenkens, indem es alle Gemeinden, Konfessionen, Institutionen, Verbände und Vereine zur Stiftung von Gedenktafeln mit den Namen der Gefallenen bzw. einer festgelegten Aufschrift anregte. Die entsprechend gestalteten Gedenktafeln waren direkt beim Komitee zu beziehen, um dessen ästhetischen Ansprüchen gerecht zu werden. Zudem wurde ein Entwurf für Festreden vorgelegt, in welchem der Sieg Polens über die Bolschewiki beschrieben und glorifiziert wurde. Die verwaltungsmäßige Steuerung der Erinnerungskultur ermöglichte es, durch die Verknüpfung und den Vergleich der Leistungen Piłsudskis mit Persönlichkeiten und Ereignissen der polnischen Vergangenheit (die Aufständischen von 1863, Stefan Batory, Jan Sobieski usw.) den Führungsanspruch Piłsudskis plausibel zu legitimieren.⁹²

Aufgrund der Häufigkeit der Feiertage und Jubiläen wurden die Festkomitees in ständige Gremien umgewandelt, sowohl auf lokaler als auch nationaler Ebene. Nach jeder Feier wurde dem zentralen Komitee Bericht erstattet. Allein das Lubliner städtische Komitee zur Durchführung staatlicher und nationaler Feiern („Komitet Wykonawczy Obchodu Uroczystości Państwowych i Narodowych“) unter Leitung des Stadtpräsidenten, zu dem auch die Vorstände der Veteranen-, Invaliden- und paramilitärischen Verbände eingeladen wurden, richtete von Oktober 1935 bis Juni 1938 20 Feierlichkeiten aus⁹³ und beschäftigte sich selbst mit Details wie dem Missstand, dass man in den „chaotisch“ angeordneten Schaufensterauslagen zu den Festtagen in der zweifelhaften „Nachbarschaft von Verkaufsartikeln wie Schu-

Batóry (1933) sowie der 250. Jahrestag des Entsatzes von Wien (1933). Siehe u.v.a. APL, AML (1918–1939), sygn. 297, 3962–3964; UWL-WO 179.

⁹² Auf eine Gegenüberstellung der einzelnen Persönlichkeiten mit Piłsudski muss hier leider verzichtet werden. Als Beispiel siehe L. R-ch, Marszałek Piłsudski i wodzowie narodu [Marschall Piłsudski und die Führer der Nation], in: *Żołnierz Polski* (1935), Nr. 7, hier zit. nach Cichoracki, „Z nami jest On“ (wie Anm. 32), S. 104 f. Vgl. auch Hein, *Der Piłsudski-Kult* (wie Anm. 57), S. 121–228.

⁹³ APL, AML (1918–1939), sygn. 3978, S. 36–40.

hen, Unterwäsche usw. angebrachte Wappen oder Porträts unserer Staatsmänner und Nationalhelden beobachten“ könne.⁹⁴

Die zentralisierten Organisationsformen beeinflussten auch die äußeren Formen der Erinnerung. Immer bewusster wurde auf Massenmedien zurückgegriffen, bis hin zu öffentlichen Live-Radioübertragungen aus Warschau. Flugblätter, Bildchen der militärischen Führer und andere Accessoires bildeten das Repertoire des national und medial arrangierten Gedenkens, das seinen Teilnehmern auch immer größere finanzielle Aufwendungen zumutete. Zugleich bildete sich ein immer starrer Formenkanon von Gedenkritualen heraus, der kaum zu durchbrechen war. Bei der Vorbereitung der Lubliner 100-Jahrfeier des Novemberaufstands wurde beispielsweise Kritik am „jährlich schablonenhaft organisierten“ Festprogramm geübt. Vielmehr müsse das Jubiläum mit mehr Aktionen in den Schulen und „an den Peripherien der Stadt“ begangen werden, „damit auch das ärmere Publikum teilnehmen“ könne. Der Vize-Wojewode Włoskowicz entgegnete darauf, und dies war sicher mehr als eine billige Rechtfertigung, dass „das Programm (...) von oben durch das Hauptkomitee in Warschau aufgezwungen“ werde.⁹⁵

Die Teilnahme an den Gedächtnisritualen war zwar nicht obligatorisch, doch konnte man seine nationale Zuverlässigkeit mit seiner Teilnahme demonstrieren. Für die Schüler gab es meistens keine Möglichkeit, sich den Feiern zu entziehen. Für die Vereine war es eine Frage des Prestiges, wie viele Vertreter jeweils zu den zentralen Veranstaltungen geladen wurden. Der ZIW beklagte sich, dass er nicht in die Vorbereitungen des 10. Jahrestags der Unabhängigkeit involviert war.⁹⁶ Im gleichen Zusammenhang wies der ZLP das ihm zur Festveranstaltung zugeteilte Eintrittsbillet erbost zurück, da man von einer größeren Anzahl ausgegangen war. Aus demselben Grund verweigerte der *Sokół*-Turnverein die Annahme von nur zwei Billets.⁹⁷ Dieser Ehrenrührigkeit in Fragen der angemessenen Repräsentation am Festtag stand eine oft nur sporadische Teilnahme an den Sitzungen der Komitees und ihrer Sektionen gegenüber, was von Seiten der Organisatoren auf Kritik stieß.⁹⁸ Auch bei der Teilnehmerzahl der Feiern wünschten sich einige eine größere Beteiligung.⁹⁹

⁹⁴ Ebenda, sygn. 3981.

⁹⁵ Ebenda, sygn. 3964. Vgl. auch APL, UWL-WO (1919–1939), sygn. 27.

⁹⁶ APL, AML (1918–1939), sygn. 295, S. 27 f.

⁹⁷ Ebenda, sygn. 293, S. 34.

⁹⁸ Ebenda, sygn. 3981.

⁹⁹ Ebenda, sygn. 3965, S. 57.

Schluss

In den 30er Jahren schienen die großen erinnerungspolitischen Schlachten zunehmend ausgefochten, so dass moderatere Stimmen Druck aus der Debatte nehmen konnten. Selbst der ehemalige Legionär und Piłsudski nahe stehende Wacław Lipiński besprach in seiner Monografie „Walka Zbrojna“ 25 unterschiedliche polnische Kampfverbände des Weltkriegs, die nicht alle dem Unabhängigkeitslager nahe standen, wobei er Piłsudskis „Tat“ weiterhin als Nukleus der Unabhängigkeit darstellte.¹⁰⁰ Die piłsudskistische Version des Unabhängigkeitskampfes hatte sich im öffentlichen Gedenken endgültig als die dominante etabliert, sodass Zugeständnisse an die politischen Gegner in Bezug auf deren patriotische Absichten in den Jahren 1914–1918 diese Position nicht gefährden konnten. Die direkte Konfrontation mit den Nationaldemokraten wurde in dieser Frage vermieden. Damit war der Weg frei für die Sedimentierung dieses Narrativs im kulturellen Gedächtnis der Polen, was durch die Erfahrung des Widerstands unter nationalsozialistischer Herrschaft und der gegenläufigen Geschichtsinterpretation unter sozialistischer Herrschaft beschleunigt wurde. Nach dem Tod Piłsudskis diente die Erinnerung an die Zeit des Weltkriegs zum einen als systemstabilisierende Legitimierung des Regimes, zum anderen wurden die Gedenkrituale angesichts der zunehmend prekären außenpolitischen Lage Polens zur Beschwörung der Kampfbereitschaft der Polen genutzt.

¹⁰⁰ Wacław Lipiński, *Walka zbrojna o niepodległość Polski w latach 1905–1918* [Der bewaffnete Kampf um die Unabhängigkeit Polens in den Jahren 1905–1918]. Warszawa 1931 (Nachdr. Warszawa 1990). Linke Publizisten unterstrichen in Abgrenzung zum piłsudskistischen Narrativ stärker die Rolle des „historischen Prozesses“ (Adam Próchnik), der Oktoberrevolution in Russland (Julian Marchlewski) oder der Volksmassen (Julian Brun); Czesław Czubiński, *Spory o II Rzeczpospolitą. Ewolucja poglądów publicystyki i historiografii polskiej na temat przyczyn odbudowy i znaczenia niepodległego państwa dla narodu polskiego* [Konflikte über die Zweite Republik. Die Entwicklung der Ansichten der polnischen Publizistik und Historiografie über die Gründe der Wiedererrichtung und der Bedeutung des unabhängigen Staats für die polnische Nation]. Poznań 1988, S. 11–17. Vgl. auch Hein, *Der Piłsudski-Kult* (wie Anm. 57).

Building Nationalism: Monuments, Museums, and the Politics of War Memory in Inter-War Lithuania

by Vėjas Gabriel Liulevičius

I. Introduction

In the last decade, historians have begun to focus much attention on the role of monuments and other forms of commemoration (such as rituals and museums) in the development and operation of nationalism. This particular focus grew most of all out of a dynamic historiography on the First World War, exploring its status as a cultural breaking point and a defining moment of modernity.¹ It is a sign of the maturation of this field that now revisions and reconsiderations have also been advanced, notably by Jay Winter, in his “Sites of Memory, Sites of Mourning”.² The preeminent scholar working in this field was the late George Mosse, whose “Fallen Soldiers: Reshaping the Memory of the World Wars” is a defining work, setting the terms of later research.³ Benedict Anderson’s work on nationalism, “Imagined Communities”, considered museums and constructed memory as attributes of modern nationalist consciousness.⁴ Mosse’s work, though concentrating on Germany, also addressed a broader European context, while Anderson’s studies considered East Asian nationalisms as case studies. American conventions of memorialization are explored over three centuries in Piehler’s “Remembering War the American Way”.⁵ There have also been burgeoning studies of Irish commemoration of the Great War, in all its ambivalence, given that Irish soldiers fought for what Irish nationalists saw as a foreign imperial power.⁶

¹ Paul Fussell, *The Great War and Modern Memory*. London 1975; Modris Eksteins, *Rites of Spring. The Great War and the Birth of the Modern Age*. New York 1989.

² Jay Winter, *Sites of Memory, Sites of Mourning. The Great War in European cultural history*. Cambridge 1995.

³ George L. Mosse, *Fallen Soldiers. Reshaping the Memory of the World Wars*. New York 1990.

⁴ Benedict Anderson, *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. Rev. ed., London 1991.

⁵ G. Kurt Piehler, *Remembering War the American Way*. Washington, D.C. 1995.

⁶ Nuala C. Johnson, *The spectacle of memory: Ireland’s remembrance of the Great War, 1919*, in: *Journal of Historical Geography* 25 (1999), no. 1, pp. 36-56; Jane Leonard, *Facing “the Finger of Scorn”. Veterans’ Memories of Ireland after the Great War*, in: *War and Memory in the Twentieth Century*, ed. by Martin Evans and Ken Lunn. Oxford 1997, pp. 59-72.

The works of Gaynor Kavanagh on the social history of museums in Great Britain during and after World War I and especially on the Imperial War Museum provide a fascinating case paralleling the topic under discussion here.⁷ The increasing geographic and temporal scope of all these studies offers the possibility of valuable comparisons. This paper aims to open a consideration of the Baltic case of the Republic of Lithuania between the wars and attempts there to build nationalism through memorialization.

The case of memorialization in interwar Lithuania is interesting because it highlights three particular issues. It reveals how World War I and its aftermath took on very different meanings in Eastern Europe, compared to the ways in which the Great War was understood and memorialized in the West (which has been studied in detail in a very rich cultural historiography of the last three decades, compared to a remarkable paucity of studies on the East). Second, it underlines important characteristics of Lithuanian nationalism, in particular its conscious relation to historical memory and, as an incidental corollary, yet again demonstrates the paramount significance of the city of Vilnius, the historical capital, to nationalist consciousness. Finally, it points to the uneasy relationship of Lithuanian nationalism with the state.

To appreciate how memorialization serves as a barometer gauging complicated interactions of state and society, it is necessary to address in turn the significance of the wars of independence, the uneasy challenge of statehood for the young Republic, what the interwar era's monuments reveal of nationalist ambitions, ambiguities, and tensions of this context, the role of museums as monuments, and finally to focus on one central exemplar of these issues, the War Museum in Kaunas.

II. Wars of Independence

In the aftermath of the First World War (an experience of modern, industrial "total war" which left ten million dead and twice that number injured or maimed, with corresponding numbers of wid-

⁷ Simon Jones, *Making Histories of Wars*, in: *Making Histories in Museums*, ed. by Gaynor Kavanagh. London 1996, pp. 152-162; Gaynor Kavanagh, *Museum as Memorial: The Origins of the Imperial War Museum*, in: *Journal of Contemporary History* 23 (1988), p. 77-97; idem., *Museums and the First World War. A Social History*. London 1994.

owed, orphaned, and bereaved civilians on the home front), both victors and the vanquished would seek to make sense of this man-made disaster. For Great Britain and France, victory had come at such a great cost that it called the purpose of the entire war into question for many, who spoke of a “Lost Generation”.⁸ War poets’ bitterness could be heard in Wilfred Owen’s denunciation of “the old Lie: *Dulce et decorum est pro patria mori.*” With repeated protestations of disillusionment, men like Robert Graves bade “Goodbye to All That”—the certainties and values of the Victorian age. Paul Fussell argues that the English language itself would never be the same, acquiring an ironic mode, so that words like honor and duty could never again be spoken without a skeptical inflection. In Germany, the memory of the Great War bore the additional burden of humiliating defeat, which needed to be given some redemptive meaning.⁹ Throughout Europe, a “Cult of the Fallen Soldier” grew up in response to these mournful imperatives, often centered on a national “Tomb of the Unknown Soldier”, a democratic and anonymous figure standing in for the nation. In the case of Germany, projects for monumental *Totenburgen*, “castles of the dead” (for instance, the Reich monument at Tannenberg, with its central crypt for Hindenburg, to lie surrounded by his soldiers) put the accent on collective sacrifice, in rituals that would later be taken up by the Nazis.¹⁰

Yet the Great War had a different significance in Eastern Europe, where it often was understood as the penultimate act before a national resurrection, whether in Pilsudski’s Poland, in Hungary, or Ukraine’s brief independence. The same was true of Lithuania in the Baltic region, where the passive experience of 1914–1918 was followed by the active engagement of the Wars of Liberation from 1918–1920. Four years of war had imposed great hardships on Lithuania under German military occupation, in the military state of Ober Ost, and the often wrenching experience of finding soldiers of Lithuanian descent fighting each other, in the Tsar’s army or in the German Kaiser’s army (in the case of Lithuanians from East Prussia). Lithuanian national activists had declared independence while under German occupation on February 16, 1918, but had not been allowed active political roles. With the collapse of Germany’s war effort and revolu-

⁸ Robert Wohl, *The Generation of 1914*. Cambridge, Mass. 1979.

⁹ Bernd Hüppauf, Langemarck, Verdun, and the Myth of the *New Man* in Germany after the First World War, in: *War and Society* 6 (September 1988), no. 2, pp. 70-103.

¹⁰ Sabine Behrenbeck, *Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole 1923 bis 1945*. Vierow b. Greifswald 1996.

tion in Berlin, the Lithuanian government under President Antanas Smetona began to form in earnest from November 11, 1918. The new democratic Republic faced formidable military challenges: the advancing Red Army, German *Freikorps* mercenary freebooters under commander Bermond, and strife with Lithuania's larger southern neighbor Poland. The formation of a Lithuanian army was announced on November 23, 1918 (after a brief and strange interlude of Wilsonian delusion when Lithuanian activists hoped that Lithuania would not require a large army in a world now made "safe for democracy" after the "war to end all wars") and 3,000 volunteers rallied, especially motivated by the promise of land reform and land grants. Even after orders for mobilization and conscription, the "volunteer-creator" (*savanoris-kūrejas*) became an archetypal figure in the nationalist pantheon, and perhaps even occupied the mythic, sacral status elsewhere accorded to the "Fallen Soldier" described by Mosse (substituting a "Myth of the Living Volunteer" for the "Myth of the Fallen Soldier").

With Allied assistance, Bolshevik forces were expelled by late 1919 and the Peace of Moscow signed on July 12, 1920, while the *Freikorps* marauders also were thrown back into East Prussia by December 1919. Soon after however, Lithuania and Poland clashed in a conflict which would deeply affect Lithuanian politics for the coming decades, battling over Vilnius-Wilno, which fell to General Zeligowski's Polish troops in October 1920. Poland claimed Wilno as the "Pearl in the Polish Crown", while Lithuania claimed Vilnius as the historical capital of the medieval Grand Duchy of Lithuania and saw the ruined castle tower of Gediminas rearing up over the city as the focus of their attempts to link their new statehood to ancient glories. Bitterness over the loss of Vilnius was an abiding, determining, and radicalizing factor in Lithuanian politics, domestic and international, for all the interwar period, as Poland and Lithuania continued their tense confrontation. Kaunas, in Lithuania's center, was made the Republic's emphatically "temporary" capital. Frustrated by these events, insurgents coordinated by Lithuania's government seized the Prussian port city of Memel (renamed Klaipėda) from Allied troops in January 1923 to gain access to the Baltic and "compensate" for the perceived injustice.

Many viewed the conflicts of 1918 to 1920 and 1923 as "Wars of Liberation" and a baptism of fire for independence and statehood, though the outcome had been a bitter one in the case of Vilnius for many Lithuanians. The new army remained an important factor

in society and politics. In society, the army understood itself as the school of the nation, teaching recruits and vowing to eliminate the initially high rate of illiteracy (15-20%) by a program of education (indeed in the late 1930s, the incidence was down to less than 1%). Courses in history and geography, army libraries, and visits to the War Museum as the most popular site for army field trips, were parts of this ambition. Socially, the volunteer organization of the Riflemen's Union (Šaulių sąjunga) was an important fixture of the new Republic. Politically, the army's role was an ambivalent one, to say the least. On December 17, 1926, army officers overthrew the democratic government and installed leaders of the increasingly marginal nationalist party, the "Lietuviu tautininkų sąjunga" or "Tautininkai". The earlier democratic president Antanas Smetona now was declared *Tautos Vadas*, the "leader of the nation", and an authoritarian regime was built up (from the 1930s taking on the outward signs of the fascist totalitarian aesthetic, but remaining essentially a conservative regime). The army's role remained an uncertain one, for in the coming years and especially in the 1934 coup attempt involving the army's chief of staff, the potential for another coup remained, as the more radical authoritarian figure of Augustinas Voldemaras found adherents among more junior officers. In 1939, however, after ultimatums from Poland and Nazi Germany and consequent revelations of Lithuania's weakness in foreign affairs, it was the army that pushed the dictator Smetona towards the formation of a coalition of national unity under General Černius, which many hoped presaged a return to democracy and liberalization. In fact, the country was soon overtaken by the storms of the coming World War II and Soviet and Nazi occupations.

III. Nationalism, the Past, and the State

Another factor in the formation of the new state and a consciousness of citizenship in that state was the distinctive character of the nationalist movement. The two chief defining characteristics of developing Lithuanian nationalism before the war had been an emphasis on the Lithuanian language (and education), and an especially emphatic stress on historical continuities to the medieval state of the Grand Duchy and a preceding mythic, prehistoric epoch of tribalism. Moreover, this cultivation of continuities was not unconscious, but articulated clearly by intellectuals. One contemporary Lithuanian study of "Prehistoric Archaeology and National Consciousness"

declared that historical research had awakened the people, playing a crucial role: "Then came the year 1918. The historians of the land could carry into the new age the awareness that they had not only written history, but had also fulfilled a historical task."¹¹ While these were traits obviously shared with the cultural and political nationalisms of surrounding Eastern European ethnic groups, the way in which they functioned in counterpoint to one another was distinctive. In a sense, these two defining characteristics existed in tension with one another. The emphasis on the medieval state (centered on the Vilnius of the Grand Dukes) in particular set Lithuanian self-understanding off from that of their Latvian and Estonian neighbors, whose pasts were dominated instead by memories of Baltic German overlordship. Yet on the other hand, the emphasis on language was curiously in counterpoint – the ethnic marker of the archaic Lithuanian language had been preserved among the peasantry, the poor, far removed from any participation in statehood, more given to rural populism. It was also largely from this class of independent farmers that the new nationalist elites came.

This dialectic within the national movement produced a recurring ambivalence about governmental authority and an uneasy relationship with the state. Volker Blomeier's study of Lithuanian politics in the interwar period examines the challenges of new statehood under the rubric of difficulties of a "modernization process".¹² The presumptive elites of Lithuanian politics lacked experience in modern democratic politics of compromise as well as in centralized, technocratic bureaucratic organization. The ambivalence toward state authority could be traced in the social history of interwar Lithuania. The 1926 coup was symptomatic of this tension, frustrated with parliamentary democracy. Also symptomatic of this deep-seated tension was what followed the coup: the relative ineffectiveness of the *Tautininkai* regime's artificial attempts at creating a myth of the state which would command enthusiastic allegiance, as well as social constraints (whether from the Catholic church or civil society at large) on the regime's coercive power or claims to central authority.

Perhaps one curious iconographic detail illuminates this tension between the nation and the state present in Lithuanian nationalist

¹¹ J. Puzinas, *Vorgeschichtsforschung und Nationalbewusstsein in Litauen*. Kaunas 1935, p. 104.

¹² Volker Blomeier, *Litauen in der Zwischenkriegszeit. Skizze eines Modernisierungskonflikts*. Münster 1998 (*Arbeiten zur Geschichte Osteuropas*. 6).

tradition and thought. The official flag of the Lithuanian Republic (as it is today) is the tricolor of yellow-green-red. This flag was criticized, however, for what some called its nonstandard and informal colors, lacking in decorousness. Thus, another new flag gained currency at official functions, called the “State Flag”, though it did not have legal standing (the tricolor was the official state flag) – this was a red banner with two medieval emblems: the white *Vytis* emblem of a charging knight on horseback on one side and the pillars of Grand Duke Gediminas on the other. In popular parlance, then, the tricolor came to be called the “national” flag (*tautinė*), used in conjunction with the “state flag” (*valstybinė*), uneasily expressing the distinction between nation and state. This dilemma can also be traced in the monuments and rituals in interwar Lithuania.

IV. Monuments

Monuments to the Wars of Liberation, viewed as the capstone to the Great War in Europe, adopted forms often taken up from Western models, but often turned them to other uses. The central example here would be that of the Tomb of the Unknown Soldier. France had interred an unknown poilu at the Arc de Triomphe on November 11, 1920. Great Britain and the United States emulated the French example in following years. In Lithuania, by contrast, where the numbers of fallen volunteers had been small (sources cite more than 4,000 dead in the Wars of Liberation) relative to the vast bloodletting of Flanders, Verdun, and the Somme, it seemed more urgent to instead memorialize all the known fallen, rather than a hauntingly anonymous archetypal figure.¹³ At the temporary capital, Kaunas, the “Monument to the Fallen in the Wars of Independence” was erected on October 16, 1921, according to a project of the architect J. Zikaras. It would be, as a recent study points out, the archetype or model for other monuments built around the country.¹⁴ Standing six meters high, it was of pyramid form, built up out of large, rough rocks gathered up from the fields of individual battles, and topped with a half-meter high metal

¹³ Steponas Gečas, Vytauto Didžiojo Karo Muziejui – 75 metai [75 Years of the Vytautas the Great War Museum] (a series of articles), in: *Diena* (November 25, 1995), Nr. 269 (398).

¹⁴ Adomas Butrimas, Denkmäler in Westlitauen: Errichtung (1928–1944), Zerstörung (1945–1954) und Wiederaufbau (1988–1991), in: *Nordost-Archiv N.F. VI* (1997), H. 1: Das Denkmal im nördlichen Ostmitteleuropa im 20. Jahrhundert. Politischer Kontext und nationale Funktion, ed. by Sven Ekdahl, pp. 167-183.

cross. At its base was an inset bronze plaque, situated inside a portal opening, showing a grieving young woman laying flowers at the grave of a soldier. A motto read, “1921 – For Those Who Fell For Lithuania’s Freedom.” The structure was surrounded by a ponderous metal chain and planted about with cypress trees and roses (provided by United States embassy officials, they were cuttings from the grave of George Washington). Nearby stood seven wooden crosses, intricately worked folk art, each brought from a different corner of the country. This monument was situated in the garden of the future War Museum, which would be turned into a ceremonial complex. Throughout Lithuania, independence monuments imitated the one in Kaunas, adding variations to highlight its symbolism.¹⁵ A recent study counts more than 20 such imitations, sometimes more regular pyramids and sometimes executed in concrete, which seemed at the time a modern and attractive medium.¹⁶

One particular aspect of this monumental enthusiasm is puzzling, however, and that is the pyramidal form, which seems quite foreign to the Lithuanian context. In fact, it might be more proper to call this form not pyramidal, but that of the pagan altar, the “*aukurai*” of Romantic literature and visual arts, represented as a rough jumble of uncut field stones. Likewise, these stone structures also seem to echo the form of the Gediminas castle tower over the coveted and lost capital of Vilnius (one indeed bore a relief showing the Vilnius castle with a rising sun and admonished, “In the most difficult struggle for existence, O Lithuanian, do not forget Vilnius!”), while others included iconographic or verbal mention of Vilnius along with Klaipėda and other battle sites.¹⁷

The most elaborate national shrine in the form of a pyramid was the monument at Taučiūnai village, where the first Lithuanian volunteer casualty, Povilas Lukšys, had been killed in a firefight with Bolshevik soldiers. The monument was built in 1929 at local initiative and according to a plan by architect Landsbergis-Žemkalnis (the father of Vytautas Landsbergis, the former Lithuanian president and Sąjūdis leader during the independence movement 1988–1991), who has been called the “Frank Lloyd Wright of Lithuania” for his influence and ubiquity. The structure seemed a ziggurat-stepped pyramid,

¹⁵ Paminklai, in: *Lietuvių enciklopedija* [Lithuanian Encyclopedia]. Vol. 21, Boston 1960, pp. 457 f.

¹⁶ Butrimas, *Denkmäler* (see footnote 14), p. 169.

¹⁷ *Ibidem*, p. 171.

an unlikely set of shapes in the Lithuanian context until one recalls that it imitates the symbolist paintings of Konstantinas Čiurlionis, which sought a monumentality in the otherwise modest forms of folk art, transposed by the artist into Romantic dreamscapes. A further point to note in this context is that the ways in which monuments or projects for monuments were represented or their images manipulated can also be significant. Contemporary photographs of the Lukšys pyramid try to make it as monumental as possible, shot from low vantages and set against backdrops of chiaroscuro clouds. One photographic montage showed a ghostly face in a steel helmet in the clouds hovering over the monument. In this case, the Lithuanian photographer had adapted a convention of German monuments, which showed the hardened face of a front fighter in a steel helmet, the “New Man” of industrial battles like Verdun, forged in “storms of steel.” In this Lithuanian context, the same figure had to bear other connotations, of watchfulness, vigilance, and guarding. Transposition of conventions of memorialization and mourning from countries to the west could change their meanings in the process.

Local initiative produced many more monuments, not professionally designed or executed in suitable materials. Indeed, in the case of the allegoric Freedom Statue in Plungė, the statue’s arm bearing a sword fell off. An official committee of architects and engineers was established in 1925, the Society to Beautify Lithuania, to rein in such enthusiasm, but these attempts did testify to popular initiative. Many more monuments sprang up in 1928 and 1938 at the anniversaries of independence, as well as in vast festivities of the year 1930, which was officially designated the “Year of Vytautas the Great,” marking the 500 year anniversary of the Grand Duke’s death and again accenting continuities to the medieval past.

V. Museums

Museums could not be overlooked as media for accenting nationalist messages of continuity with the past. Museums had been important to the national movement before 1914. The Kaunas city museum administered and fostered by Tadas Daugirdas, established in 1897, was a prominent site for activists. In the years before 1914, national activists in Vilnius planned a grandiose Lithuanian national museum and center of culture to be built there, the “Tautos Namai”, the “House of the Nation”, in which “all the cultural and artistic life

and work of a Lithuania returning to life would concentrate themselves.”¹⁸ In addition, there was also a sense that museums were necessary attributes of a modern country of the twentieth century, and thus efforts were soon underway to establish museums. If museums were, as the name suggests, homes to the inspiring muses, they had their uses for nationalist creation of the state and nationalists hoped a national spirit would inhabit them. Ten years after independence, the art historian Galaunė recorded the number of museums which had been established, but wished to see more, and complained that it seemed “as if some fatality persecutes attempts to found Lithuania’s museums”. Galaunė also tersely noted one museum that seemed not purely a museum. In his overview he observed laconically, “We will not speak here of the War Museum, which without doubt has a truly great significance in our society’s life because of its specific rituals and solemnities, but not purely of the nature of a museum, seeking its own purposes”.¹⁹

VI. The War Museum in Kaunas

This mysterious statement referred to what was the paramount institution memorializing the Wars of Independence, the War Museum in Kaunas. While it was a military museum, it was also more broadly a ceremonial complex, surrounded by smaller monuments, where rituals were performed. The garden of the War Museum in particular can be called, without any exaggeration, a nationalist pantheon, with a proliferation of symbolic objects, flags, busts of notables, and allegorical statues. President Smetona’s speeches referred to it as the “temple of the nation”.²⁰

Efforts to found the War Museum, remarkably, began even in the turmoil of the Wars for Independence, and testified to a will to give permanence and mythic significance to what was at the time “current events”. The Defense Ministry, under Gen. Liatukas, issued an order on Dec. 15, 1919, authorizing Dr. Nagevičius, of the military medical service, to organize a museum and begin collecting artifacts. On January 22, 1921, a further order from Gen. Žukas authorized

¹⁸ Paulius Galaunė, *Lietuvos muziejai* [Lithuania’s Museums], in: *Pirmasis nepriklausomos Lietuvos dešimtmetis 1918–1928*. Kaunas 1990, pp. 359–366, esp. p. 359.

¹⁹ *Ibidem*, p. 366.

²⁰ Antanas Smetona, *Pasakyta parašyta* [Written and Spoken]. Kaunas 1935, p. 41.

a military history seminar to help with the work of the museum and enunciated the intention behind these initiatives. The goal was “to create for coming generations an eternal monument” of the nation’s struggle for freedom. Democratically, it was also intended that “every service to the Fatherland, whether that of an officer or of an enlisted man, would be properly recognized” therein. The museum was called “our common monument.”²¹

The as-yet quite small museum was opened on Independence Day, February 16, 1921. Thereafter, it continued to grow more elaborate, aided by funds from the Lithuanian diaspora in the United States as well as government subsidies. At first, the museum was housed in the former regimental quarters of the III Don unit, and a former Russian Orthodox chapel annexed to it. The cupola of the chapel’s tower was removed and the architect Dubeneckis worked to redesign it to resemble a castle tower, with crenelated battlements, more evocative of a medieval past.²² Inside, exhibits were devoted to: history until independence; independence; the dead; army branches and units; the Riflemen’s Union.

Outside, a ceremonial complex arose at the War Museum, near the Unity Square (as it was renamed – earlier this was “Horse Market”). This was sometimes referred to as a national pantheon or a “Forum Lithuanum, the Lithuanian school of statehood”.²³ The monument to the fallen was installed in 1921. Lithuanian-Americans sent a Lithuanian Liberty Bell in 1922, bearing the motto: “O ring through the ages for the children of Lithuania / That he is not worthy of freedom who does not defend it!” The bell was hung in the museum tower and rung on ceremonial occasions, first inaugurated by a national hero and an invalid of the wars. Significantly, the occasions on which it would be rung included events that were political, anniversaries of military historical events, cultural anniversaries, and social and economic events, but not religious events. The distance between the state and the predominant Roman Catholic church remained. Once again, the symbolism of the Liberty Bell invited a territorial imagination of the nation. This included the diaspora; the official proclamation of thanks read, “I beg to announce to America’s Lithuanian society.

²¹ Quoted in: Vincentas Liulevičius, *Lietuvos muziejų istorija (1812–1933)* [The History of Lithuania’s Museums (1812–1933)]. Diploma Thesis, Kaunas 1937, pp. 63 f.

²² Akiras, *Karo Muziejus* [The War Museum]. Kaunas 1930, p. 19.

²³ Quoted in: Gečas, Vytauto Didžiojo (see footnote 13), in: *Diena*, Nr. 22 (448) (January 27, 1996).

Our dear brother Americans...”.²⁴ It also included the irridenta, as the proclamation continued, “the Liberty Bell which has been cast by your donations has been temporarily housed in the tower of the War Museum in Kaunas, until it can firmly establish itself atop Gediminas Hill in Vilnius”.²⁵ The tower’s clock was outfitted with radio signals to match the exact time broadcast from the Eiffel Tower in Paris, a symbol of the linkage of the country with Europe and the West.²⁶

The presence of invalids, damaged war heroes, was a significant part of the museum’s image. President Smetona referred to them as “our living monuments”.²⁷ A troop of them, “more suited to the museum’s guarding and most needing shelter”, were attached to the museum.²⁸ They were outfitted in blue and red uniforms and steel helmets bearing the double-sparred *Vytis* cross. The invalids were a recurring feature in the elaborate, yet small scale rituals which evolved around the ceremonial complex. Every morning at 7 am and every evening at sunset, a troop of war invalids wearing steel helmets, bearing lances as well as canes and crutches marched out from the museum to the garden and the monuments. A band played the hymn, “Marija, Marija”, a sacred song with nationalist significance, and then, to the sound of a march (often marches could be retooled folk songs), the three different flags would be raised – the national flag, the state flag, and yet another flag with the *Vytis* cross. When the flags were lowered in the evenings, the monument’s electric cross was illuminated along with a message on the wall of the museum: “Having stood on guard for ages, we won freedom through sacrifice and dedication”.²⁹ In addition, flames rose from the pagan altar before the monument, “making it appear like a cemetery”. In a blend of Christian and pagan imagery, according to one account, “smoke rising from the altar to the heavens carries our prayers to the Most High for our brothers who fell for Lithuania’s freedom”.³⁰ This practice specifically emulated that performed in Paris and seemed a further stamp of legitimacy. On special occasions, the ceremony grew more complicated still, with funeral marches, laying of wreaths, and ringing of the Liberty Bell.

²⁴ Akiras, *Karo Muziejus* (see footnote 22), p. 27.

²⁵ *Ibidem*.

²⁶ *Ibidem*, p. 28.

²⁷ Smetona, *Pasakyta parašyta* (see footnote 20), p. 47.

²⁸ Akiras, *Karo Muziejus* (see footnote 22), p. 18.

²⁹ *Ibidem*, p. 30.

³⁰ *Ibidem*, p. 32.

The presence of invalids was significant, as a social message for and about the living. A contemporary account stated, “Looking from the side, it appears that a War Museum is not possible without the invalids, just as the invalids are not possible without a War Museum. One is intimately related to the other and together they make one remarkable document witnessing Lithuania’s crusades”. It avowed that it was especially the presence of the invalids which seemed to endow the rituals of honoring the state flag with meaning for the civilian population.³¹

In 1928, a Freedom Statue, designed by sculptor Zikaras, was erected upon a tall pedestal in the garden. It showed a female angel with wings carrying a flag, and trailing behind her broken chains. At the base of the slender column, the monument bore the motto, “To the Warriors,” and the names of famous battles of the Independence Wars: “Širvintos Giedraičiai 1920”, “Panevėžys Dauguva Radviliškis 1919”, and “Klaipėda 1923”. In an ode “Before the Freedom Statue”, published in a booklet about the museum, this site and the Liberty Bell were linked to the “longing to knock at the gates of VILNIUS”, ending, “God! Return Lithuanians’ living heart – Vilnius! O, Heaven hears our prayer!”³²

Even as the museum grew during the 1920s, its collections expanding, its physical facilities began to fall apart, “not having received help”. It is unclear why the building was neglected, but this perhaps reflected the same turning away by ordinary citizens from the immediate memory of war recorded by Kavanagh in the case of London’s Imperial War Museum, which fell on hard times and disrepair in this period. The museum in Kaunas “began to fall apart: the windows bent, the roof burst, and the floors began to break. The floors were attacked by fungus. For this reason, it was necessary to temporarily close the museum in 1924”.³³ It was resolved to build a new structure for the museum. According to the plans it “should stand in a beautiful spot and its style should characterize the uniqueness of the Lithuanian soul and should be tied to Lithuania’s past”.³⁴ The nature of the museum as memorial was now stressed more emphatically: “Because the War Museum’s content reflects Lithuanians’ struggles for independence, the request was added, that the future building’s exterior

³¹ Ibidem.

³² Ibidem, p. 4.

³³ Ibidem, p. 19.

³⁴ Ibidem.

appearance should also be a monument to that fight”.³⁵ The planning committee unanimously determined that it should be “built in the style of an ancient Lithuanian castle, with characteristic walls, towers, and so on.” In 1930, during the anniversary year of Grand Duke Vytautas the Great, the foundations for a new museum were laid (a document placed in the cornerstone pledged to “renew the brave will of the victors of Tannenberg, to regain Lithuania’s capital, Vilnius”).³⁶

In 1936 the renamed Vytautas the Great War Museum reopened in a new building, designed by Dubeneckis, which it had to share with the distinct Vytautas the Great Museum of Culture, headed by art historian Galaunė. The two separate museums were run by different ministries – the Defense Ministry and the Ministry of Education. Relations between the museums seem to have been not uniformly cordial, as the War Museum refused to turn over to the Culture Museum archaeological artifacts which in fact it had no legitimate right to keep. This expedient of shared quarters was felt to be unsatisfactory, but earlier plans to build a large castle-formed structure for the War Museum alone had been shelved. An official report from the Culture Museum complained bitterly, “Here one must recall the attempts of the Vytautas the Great War Museum officials to occupy as much space as possible for the activity of the Vytautas the Great War Museum, totally leaving out of account the most essential and minimal requirements of the Vytautas the Great Culture Museum in regards to space.”³⁷

The new building was built in a modern style, but nonetheless appeared to have crenelations recalling the battlements of medieval fortifications as well (other sources suggest its facade was to imitate the nationalist symbol of the Gates of Gediminas).³⁸ Some authorities had suggested giving the entire building to the War Museum, but the compromise was effected, and in 1936 a museum law was promulgated, allocating respective responsibilities.³⁹ An overarching

³⁵ Ibidem, p. 19 f.

³⁶ Gečas, Vytauto Didžiojo (see footnote 13), in: *Diena*, Nr. 22 (448) (January 27, 1996).

³⁷ V. Kuprevičius, Vytauto Didžiojo Kultūros Muziejaus 1936.XI.1-1939.XII.31 darbų apyskaita [Record of the Work of the Vytautas the Great Culture Museum, November 1, 1936 – December 31, 1939], in: *Vytauto Didžiojo Kultūros Muziejaus Metraštis I*, ed. by Povilas Karazija. Kaunas 1941, pp. 331-391, esp. p. 332.

³⁸ Gečas, Vytauto Didžiojo (see footnote 13), in: *Diena*, Nr. 22 (448) (January 27, 1996).

³⁹ Vytauto Didžiojo Kultūros Muziejus [Vytautas the Great Culture Museum], in: *Lietuvių enciklopedija* (see footnote 15), Vol. 34, Boston 1966, pp. 391 f.

Vytautas the Great Museum consisted of the War Museum and the Culture Museum, whose purpose was “to cultivate national consciousness [*susipratimą*], love of the fatherland, and the determination to defend Lithuania’s independence”.⁴⁰ The 1936 law retained the awkward arrangement of shared quarters and control divided between the Defense Ministry and the Ministry of Education. Perhaps in a recognition of continuing friction, the law added that the distribution of bequests to the institution and of space within the building between the two parts of the museum would be made by the cabinet of ministers.

The War Museum apparently was popular with visitors. During seven months in 1924, some 90,000 visitors were reported. In 1938, the estimate ran to 67,973 visitors. In 1930, the museum contained more than 1,300 artifacts. Some of them underlined irredentist themes: photographs of the “rebels of Klaipėda”, pictures of the former border between Lithuania and the parts of East Prussia known as Lithuania Minor, and an allegorical figure made of plaster apparently representing “Lithuanian-Polish struggle”. In the garden, busts of national heroes proliferated: Basanavičius, Kudirka, Lukšys, historian Daukantas, Maironis, Žukauskas, and others. Statues of archetypal figures from the national movement were erected. The bust of Basanavičius, known as the “Father of the Lithuanian Rebirth”, was set up in 1923 by the army, cast from “cartridge shells, which had been shot at Lithuania’s enemies” and placed on “a rock, which divided Lithuania Major and Lithuania Minor”, brought from the former Russian-German border between Palanga and Klaipėda.⁴¹ In 1930, a black monument, the “Vilnius Mourning Monument” (also called “The Black Stone”) was added to remind visitors of the historical capital city.⁴² Transparently, this irredentism, and Smetona’s frequent punctuation of his speeches, laden with pretensions to philosophy, with the assurance that Vilnius would be regained, were meant to integrate society under the leadership of the authoritarian state. Yet these incantations could also call the state into question, precisely because sovereignty was understood as still incomplete and imperfect. In one

⁴⁰ Text of law reprinted in: Kuprevičius, Vytauto Didžiojo (see footnote 37), p.386.

⁴¹ Akiras, Karo Muziejus (see footnote 22), p. 21.

⁴² Liulevičius, Lietuvos muziejų istorija (see footnote 21), p. 68; Karo muziejus [War Museum], in: Lietuvių enciklopedija (see footnote 15), Vol. 11, Boston 1957, pp. 73-76; Nukentėję paminklai [Damaged Monuments], ed. by Marija Skirmantienė and Jonas Varnauskas. Vilnius 1994, p. 54.

speech, Smetona observed, "Until we will be in the capital of Gediminas, we will be not fully free, the worm of unease will gnaw at our consciences".⁴³ This contradiction was not resolved, but overtaken by world historical events.

With growing international stresses and crises in Europe in the 1930s, nationalist ceremonies around the War Museum grew more elaborate still, apparently to reinforce a flagging sense of national confidence. In 1934, long after other Western countries, Lithuania interred an unknown soldier next to the monument to the fallen. He was awarded the Vytis Cross, Third Class, and his resting place was dedicated by the dictator, President Smetona, and two bishops. Smetona's dedication speech ended, "Moreover, we will not forget Vilnius".⁴⁴ In 1937, the so-called Bells of Battle were installed in the complex, a carillon of 35 bells, each christened with the name of a battle of the Independence Wars or of a military hero or medieval Grand Duke.⁴⁵ The museum also established a Crypt of the Fallen inside the museum, in 1938. This was a room furnished with walls imitating black marble and covered with bronze lettering to list the names of fallen heroes, dimly visible in the light of flickering lights, studded with national imagery.⁴⁶ The door before the Crypt is topped with a steel-helmeted face of a soldier, eyeless and turned upward (a common trope in German war monuments).

VII. Conclusions

In general, what seems notable about the nationalist mobilization of monuments and memorial institutions in Lithuania is its comparatively modest scale, relative to the gigantism of totalitarian architecture abroad, in Nazi Germany, Stalin's Soviet Union, or Fascist Italy. This tentative note perhaps reflects the ambivalence in the society-state relationship already present in the broader nationalist movement. Likewise, a sense of irresolution or impermanence might derive from the sense that Kaunas was considered the temporary capital, militating against pretensions to monolithic permanence expressed in architecture or monument.

⁴³ Smetona, *Pasakyta parašyta* (see footnote 20), p. 43.

⁴⁴ *Ibidem*, p. 51.

⁴⁵ Gečas, *Vytauto Didžiojo* (see footnote 13), in: *Diena*, Nr. 22 (448) (January 27, 1996); *Karo muziejus* (see footnote 42).

⁴⁶ Gečas, *Vytauto Didžiojo* (see footnote 13), in: *Diena*, Nr. 22 (448) (January 27, 1996).

With the loss of independence in 1940, the new Soviet regime moved to change the monuments and institutions to its own propagandistic uses, a process completed after the war. The War Museum was changed to celebrate the Red Army's successes. One of its former directors was shot in the repressions. Throughout the country, monuments to independence or other historical monuments were destroyed. A recent study estimates that 90% of historical monuments were destroyed by the communists. The most active phase of this iconoclasm was from 1951–1954, but it had begun in 1945 and would continue into the 1980s. The Freedom Statue was toppled, and the grave of the unknown soldier and the Monument to the Fallen were both demolished in 1950, replaced by statues of Lithuanian communist leader Vincas Mickevičius-Kapsukas and the Cheka leader, Felix Dzerzhinsky.⁴⁷

Curiously, a coda needs to be added to this episode. Many of the monuments of the interwar period, built then with state funds or for the purposes of the state, were rebuilt by citizens' initiative groups in the Sąjūdis period leading up to independence in 1991.⁴⁸ The meaning of these monuments has been transmuted by this act of civil initiative from the population at large, without the direction of a centralized authority – indeed, in opposition to it. The Freedom Statue and the Monument to the Fallen have been rebuilt and are now prominent settings for state ceremonies. The War Museum today still has significance, but it has drastically changed. The museum's own transition to independence was not easy, due to problems of financial support and a question of its mission. Many displays remain the same as they were in previous decades, but with captions altered. The facade of the museum is crumbling in places. Museum administrators explain that Vilnius is now being built up into a “city of presentation”, the official image of the present nation-state, leaving fewer funds for the museum at present. But significantly, the ceremonial complex outside was rebuilt to recreate the interwar reality, as well as the crypt inside. Crucially, no Black Stone of mourning for lost territories is included. The site is valued now for the often idealized memory of the interwar period. On Lithuanian currency, the 20 litas bill, the museum is featured as an attribute of history and earlier statehood. The museum

⁴⁷ Nežinomo kareivio kapas [The Tomb of the Unknown Soldier], in: Lietuvių enciklopedija (see footnote 15), Vol. 20, Boston 1960, pp. 303 f.; Nukentėję paminklai (see footnote 42), p. 47.

⁴⁸ Nukentėję paminklai (see footnote 42), p. 49.

itself is now a historical artifact, the object of a new politics of memory. As a final note, the building of new monuments today in Lithuania continues at what seems to be a feverish pace. This wave of memorialization is part of a larger imperative, of facing a violent and difficult past in the twentieth century. The historian's task of "problematizing" monuments and their meanings and uses can ensure that the monuments' presence opens up fruitful discussion, rather than freezing the past.

Der Kult des Unbekannten Soldaten in Litauen

von Darius Staliūnas

Der Erste Weltkrieg stellte viele europäische Staaten vor die neue, schwere Aufgabe, dem Massensterben einen Sinn zu verleihen.¹ So verlor während der Deutschen Einigungskriege (1864, 1866, 1870/71) jede Gemeinde ungefähr 2-3% ihrer Einwohner. Dagegen waren infolge des Ersten Weltkriegs in fast jedem Haushalt Gefallene zu beklagen. Während dieses Krieges verloren etwa 2 Millionen Deutsche ihr Leben.² Um die Tragik dieses Massensterbens zu kompensieren, war man einerseits bemüht, es zu sakralisieren und andererseits jeden einzelnen umgekommenen oder gestorbenen Soldaten zu ehren. Dieser als eine Demokratisierung begreifbare Prozess lässt sich bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen. Die Auffassung, dass jeder Soldat ein eigenes Grab und einen eigenen Gedenkstein verdiene, wurde zum ersten Mal während des nordamerikanischen Bürgerkriegs gesetzlich geregelt. Es war der „Totenkult“ dieses Krieges, der auch für Europa zum Modell dafür wurde, wie man dem massenhaften gewaltsamen Tod einen Sinn verleihen konnte. Doch es setzte sich erst im Laufe des Ersten Weltkriegs durch.³

Diese Probleme ergaben sich auch in Litauen. Aber hier standen nicht die Toten des Ersten Weltkriegs, sondern die Gefallenen in den Kämpfen für die staatliche Unabhängigkeit (1918–1920) im Zentrum des Interesses. In diesem Artikel soll gezeigt werden, wie die Ehrung der Kriegstoten in Litauen politisch instrumentalisiert wurde. Außer-

¹ In diesem Artikel wird der Kult des Unbekannten Soldaten in Litauen nur bis zum Zweiten Weltkrieg behandelt. Die Wiederbelebung dieses Kults nach 1990 fand bereits unter völlig anderen Umständen statt, und daher war auch seine symbolische Bedeutung größtenteils eine andere.

² M. Lurz, *Kriegerdenkmäler in Deutschland*. Bd. 4: Weimarer Republik. Heidelberg 1983, S. 13.

³ R. Koselleck, *Kriegerdenkmale als Identitätsstiftungen der Überlebenden*, in: *Identität*, hrsg. v. O. Marquard u. K. Stierle. München 1979, S. 271; G.L. Mosse, *Gefallen für das Vaterland. Nationales Heldentum und namenloses Sterben*. Stuttgart 1993, S. 59; S.-M. Grant, *Raising the dead: war, memory and American national identity*, in: *Nations and Nationalism* 11 (2005), Nr. 4, S. 509-529. In der Historiografie wird gleichfalls festgestellt, dass die neue Ehrung der Toten auch mit der veränderten Kriegsführung verbunden war. Vorher waren Schlachten von vergleichsweise kurzer Dauer gewesen, und die Truppen bewegten sich weiter voran. In der Zeit des Ersten Weltkriegs war es bereits anders: Die Front hielt sich lange Zeit an einer Stelle. Siehe Thomas W. Laqueur, *Memory and Naming the Great War*, in: *Commemorations. The Politics of National Identity*, hrsg. v. John R. Gills. Princeton 1994, S. 159.

dem soll die Symbolik der den Gefallenen gewidmeten Zeremonien und Denkmäler analysiert werden. Wir werden untersuchen, wie in den Ritualen zur Ehrung der Toten die christliche Liturgie und andere Symbole genutzt wurden. Zur Erforschung der Evolution des Kults in Litauen wird die Situation in anderen europäischen Staaten vergleichend herangezogen.

Über Bestattungen während der Kampfhandlungen wissen wir nur sehr wenig. Man begrub die Toten einfach auf dem Schlachtfeld oder auf nahe gelegenen Friedhöfen und stellte Kreuze auf, auf denen Name und Vorname des Gefallenen angegeben waren. Es gab viele Kreuze, auf denen stand, dass hier ein unbekannter Soldat begraben sei. In dieser Hinsicht unterschied sich die Situation grundlegend beispielsweise von Deutschland, denn hier erließ das Kriegsministerium bereits 1915 einen Befehl über die systematische Pflege von Soldatengräbern. In den ersten Jahren der Litauischen Republik, d.h. vor 1927, als die „Kommission zur Pflege der Kriegsgräber“ (im Folgenden: die Kommission) entstand, kümmerte man sich nur selten um die Gräber von Gefallenen. Der junge Staat hatte auch sonst Probleme genug, und in der Gesellschaft fanden sich nur wenige, einzelne Enthusiasten oder Vereine, die sich für diesen Aspekt der Kulturlandschaft engagierten. Das bedeutet nicht, dass die Gesellschaft sich für dieses Problem nicht interessierte. In der Zeitschrift „Karys“ (deutsch: „Der Soldat“) erschienen oft Artikel, in denen an die Gesellschaft appelliert wurde, sich um die Gräber der „für Litauen“ Gefallenen zu kümmern, und vorgeschlagen wurde, eine Kommission⁴ einzuberufen, die sich dafür einsetzen sollte, die gefallenen Soldaten gemeinsam zu bestatten⁵ u.ä. Mancherorts, wie z.B. im Landkreis Širvintai des Bezirks Ukmergė, wurden die Kriegsgräber gepflegt: Es wurden Kreuze aufgestellt und die Gräber eingezäunt.⁶ In manchen Orten kümmerten sich Garnisonen der Armee um die Gräber.

In den Aufbaujahren des litauischen Staates, d.h. etwa bis 1927, wurden nur wenige Denkmäler für gefallene Soldaten gebaut. Doch in dieser Zeit, am 16. Oktober 1921, wurde im Garten des Kriegsmuseums [in Kaunas; C. S.] das Denkmal „Den Gefallenen für Litauens Freiheit“ eingeweiht. Dieses Denkmal war aus Steinen von den Schlachtfeldern des Unabhängigkeitskampfes errichtet und von

⁴ J. G-nas [?], Karių kapų sutvarkymo reikalai [Zur Angelegenheit der Kriegsgräberpflege], in: Karys (1925), Nr. 39; J. Kaunickas, Susirūpinkim karžygių kapais [Kümmern wir uns um die Heldengräber], in: Ebenda (1926), Nr. 44, S. 361.

⁵ Jd.[?], Neuzmirškime žuvusiųjų [Vergessen wir die Toten nicht], in: Karys (1922), Nr. 47.

⁶ Karys (1927), Nr. 2.

der Gestalt einer abgeschnittenen Pyramide. Im unteren Teil befand sich eine quadratische Nische, die der Feuerstelle eines Kamins glich – die Imitation eines Portals. Auf ihrem Grund war ein Basrelief aus Bronze mit einer trauernden Litauerin, die einen Blumenstrauß auf das Grab ihres Bruders legt. Über der Nische war eine Platte mit der Aufschrift: „Den Gefallenen für Litauens Freiheit, 1921“, darüber befand sich ein Schild mit dem Vytis-Kreuz [d.h. dem Lothringer Kreuz auf dem als „Vytis“ bezeichneten Reiter im litauischen Staatswappen; C. S.]. Auf dem Denkmal war ein Kreuz angebracht. Diesem Denkmal schenken wir nicht nur deswegen besondere Aufmerksamkeit, weil damals daneben, im Garten des Kriegsmuseums, ein ganzer Pantheon⁷ des Volkes in der Entstehung begriffen war, sondern auch, weil es der Prototyp für viele Denkmäler an anderen Orten Litauens ist.⁸

Damals galt der 15. Mai, d.h. der Jahrestag des Gründungssejms [von 1920; Anm. C. S.], als wichtigster Gedenktag für die gefallenen Soldaten. Doch es gab auch einen Tag der Streitkräfte. Der 15. Mai war gewählt worden, weil es am 23. November, dem Tag, an dem [im Jahre 1918; Anm. C. S.] der Befehl ergangen war, eine litauische Armee zu gründen, nach Ansicht der Staatsführung zu kalt für Militärparaden sein könne. Bereits damals wurde in der Presse vorgeschlagen, einen gesonderten Gedenktag für den „Gefallenen Soldaten“⁹ einzuführen, doch fand der Gedanke keine Zustimmung.

Die Lage begann sich 1927/28 radikal zu ändern. Zu der Zeit wurde die schon erwähnte Kommission einberufen, und 1928 erwies sich als das fruchtbarste Jahr hinsichtlich der Errichtung von Kriegerdenkmälern.¹⁰ Eine weitere für den Kult der gefallenen Soldaten bedeutende Episode bestand in der Beisetzung des Unbekannten Solda-

⁷ Mehr über das Kriegsmuseum als nationales Pantheon der Litauer s. den Artikel von Vėjas Gabriel Liulevičius in diesem Heft, S. 230-247.

⁸ J. Varnauskas, Karo muziejaus sodelis [Der Garten des Kriegsmuseums], in: Nukentėjų paminklai [Zerstörte Denkmäler]. Vilnius 1994, S. 49; A. Butrimas, Denkmäler in Westlitauen: Errichtung (1828–1944), Zerstörung (1945–1954) und Wiederaufbau (1988–1991), in Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte N.F. VI (1997), H. 1: Das Denkmal im nördlichen Ostmitteleuropa im 20. Jahrhundert. Politischer Kontext und nationale Funktion, S. 168 f.

⁹ „Es wurde vorgeschlagen, einen Feiertag für den ‚Gefallenen Soldaten‘ einzuführen“, in: Karys (1925), Nr. 10, S. 79.

¹⁰ Genaue Angaben, welche dieser Denkmäler auf das Jahr 1928 zurückgehen, sind kaum möglich. Von einigen Denkmälern ist nicht bekannt, wann sie errichtet wurden. Überdies wechselte die Bestimmung von Denkmälern häufig oder ihre symbolische Bedeutung war sogar von Anfang an nicht eindeutig. Andererseits waren viele Denkmäler, die an das erste Jahrzehnt der staatlichen Unabhängigkeit erinnerten, zugleich auch Denkmäler für gefallene Soldaten. Außer Zweifel aber steht, dass es das Jahr 1928 war, in dem der Bau von Kriegerdenkmälern seinen Höhepunkt erreichte.

ten neben dem Denkmal „Den Gefallenen für Litauens Freiheit“ am 23.11.1934.¹¹ Später, 1937, wurde im Kriegsmuseum eine Abteilung der Gefallenen eingerichtet, in der die Namen und Vornamen der Toten verzeichnet waren.¹²

Die systematische Pflege der Kriegsgräber begann erst 1927, als der Verteidigungsminister auf Initiative des Leiters der Bildungsabteilung der Militärwissenschaftlichen Führung eine Kommission einsetzte, die ausschließlich aus Militärs bestand.¹³ Diese Kommission versuchte, so viele Informationen wie möglich über die Pflege von Kriegsgräbern in den westeuropäischen Staaten zu sammeln. Zunächst kümmerte sich die Kommission um die Kriegsgräber in Kaunas, später nahm sie sich derselben Arbeit in anderen Regionen Litauens sowie auf lettischem Boden an. Der Staat gewährte dafür jährlich 5 000 Litai, zusätzliche Mittel kamen aus Spenden von Militärangehörigen und von der Zivilbevölkerung. Die Pflege der Gräber übernahmen nicht nur Soldaten, sondern auch der Schützenverband (lit.: „Šauliai“), verschiedene Jugendorganisationen (der katholische Jugendverband „Pavasaris“, d.h. „Frühling“, und „Jaunoji Lietuva“, d.h. „Junges Litauen“, der Jugendverband der Nationalpartei) und Geistliche. Die Kommission setzte die Gräber instand und beauftragte dann Einheiten der Armee, oder – wenn es in der Umgebung keine gab – örtliche Organisationen, Schulen oder Einzelpersonen mit ihrer Pflege. Bisweilen war es schwierig, eine solche Organisation oder Person zu finden, weil die Kommission keine Mittel zur Vergütung dieser Tätigkeit hatte.¹⁴

¹¹ Die Urheber dieses Projekts waren die Mitglieder der Kommission, die sich an den Direktor des Kriegsmuseums wandten, der seinerseits an den Chef des Generalstabs schrieb, s. Karo muziejaus viršininko 1934 m. lapkričio 3 d. raportas Nr.651 Vyriausio štabo viršininkui [Rapport des Direktors des Kriegsmuseums an den Leiter des Generalstabs, Nr.651 vom 3.11.1934], in: Lietuvos valstybės centrinis archyvas (Litauisches zentrales Staatsarchiv, LVCA), b. 1764, ap. 1., b. 209, 1.55.

¹² Atidarytas žuvusiųjų skyrius V.D. Karo Muziejuje [Die Abteilung der Gefallenen im V.D. Militärmuseum ist eröffnet], in: Karys (1937), Nr. 49, S. 1417.

¹³ Kaip Kaune buvo tvarkomi karių kapai [Wie in Kaunas die Kriegsgräber gepflegt wurden], in: Karys (1927), Nr. 51 f., S. 487 f.

¹⁴ Žuvusių karių kapams tvarkyti komisija [Die Kommission für die Kriegsgräberfürsorge], in: Karys (1927), Nr. 20, S. 194; Kaip Kaune buvo tvarkomi karių kapai (wie Anm. 13); J. [P. Jakštas], Ką veikė 1928 m. karių kapams tvarkyti komisija. [Womit sich die Kommission für die Kriegsgräberfürsorge 1928 beschäftigte], in: Karys (1929), Nr. 4, S. 57 f.; Nr. 5, S. 75 f.; Vyr. lt. Jakštas, Lietuvos karių kapų lankymas Latvijoje [Ein Besuch bei litauischen Kriegsgräbern in Lettland], in: Ebenda (1929), Nr. 27, S. 459 f.; ders., Mūsų karių kapai [Unsere Kriegsgräber], in: Ebenda (1929), Nr. 43, S. 720; Nepamirškim savo karžygių kapų [Lasst uns unsere Heldengräber nicht vergessen], in: Ebenda (1931), Nr. 10, S. 194; Kpt. Jakštas, Karių kapų tvarkymas 1935 m. [Die Kriegsgräberpflege 1935], in: Ebenda (1936), Nr. 7, S. 158 ff. passim.



Abb. 1: Der Sarg des Unbekannten Soldaten vor dem Gefallenen-Denkmal. Q: Kardas (1934), Nr. 48



Abb. 2: Die Grablegung des Unbekannten Soldaten. Die Andachtsfeier hält Erzbischof Karevičius, ihm assistieren der Bischof des östlichen Ritus Bučys und der Priester Sabaliauskas. Foto: Šulcas. Q: Kardas (1934), Nr. 23



Abb. 3: Der Sarg des Unbekannten Soldaten und die sterblichen Überreste. Q: Naujoji Romuva (1934), Nr. 204

Im Auftrag der Kommission schuf der Künstler Antanas Aleksandraičius das Modell eines kleinen Kreuzes, das Adomas Varnas, ein anderer Künstler, durch einen Strahlenkranz ergänzte, der den „litauischen Charakter der Kreuze unterstrich“. Die Kreuze wurden zunächst von

Reservisten hergestellt, später stellte der Leiter des Militärgefängnisses dafür Arbeitskräfte zur Verfügung. Es ist auch wesentlich, dass es nur einen Typ von Kreuzen gab. Das bedeutete, dass – von einigen Ausnahmen abgesehen – die einfachen Soldaten in der gleichen Weise geehrt wurden wie die Offiziere.

So wurde in Litauen am Ende der 20er und am Anfang der 30er Jahre intensiv die Schaffung eines Kults der Kriegsgefallenen betrieben. Warum aber wurde er genau zu jener Zeit so wichtig? Einerseits steht außer Zweifel, dass die Pflege der Kriegsgräber und der Bau von Denkmälern von den entsprechenden finanziellen Mitteln abhängt. Der Staat war gefestigt, und die Portemonnaies seiner Bürger füllten sich, so dass das nötige Geld für diese Angelegenheit zur Verfügung stand. Doch gab es sicher auch andere Gründe. Nach dem Staatsstreich vom 17. Dezember 1926, der mit Hilfe der Armee herbeigeführt wurde, musste man ihr die entsprechende Anerkennung verschaffen. Gerade zu dieser Zeit wurden die Feierlichkeiten anlässlich des Jahrestags der Gründung der Streitkräfte am 23. November sehr pompös. Auch die Verschärfung der internationalen Lage zeitigte Wirkung. Die Situation in der Region wurde immer angespannter, besonders nachdem in Deutschland die Nazis an die Macht gelangt waren und sich zusehends schärfer über die Memellandfrage äußerten. So musste man auf mögliche Erschütterungen gefasst sein, d.h. den Patriotismus in der Gesellschaft stärken. In den 30er Jahren wurde in den Festreden anlässlich der Feierlichkeiten am 23. November die Zuspitzung der internationalen Lage oft erwähnt.

Der Einfluss der außenpolitischen Situation auf die Intensivierung des Gefallenenkults in Litauen verdient genauere Betrachtung. Es ist bekannt, dass fast alle europäischen Staaten nach dem Ersten Weltkrieg solche Denkmäler errichteten (wobei es sich mancherorts nur um ein symbolisches Grab, d.h. ohne sterbliche Überreste, handelte).¹⁵ Meist wurde das Grab des Unbekannten Soldaten in den Hauptstädten aufgestellt. Vermutlich ist das Zögern des litauischen Staates und der Gesellschaft auf den Glauben zurückzuführen, dass es irgendwann möglich sein würde, das Denkmal in der litauischen Hauptstadt Vilnius zu erbauen, die damals zu Polen gehörte. Vielleicht führten die für Litauen ungünstigen Veränderungen der inter-

¹⁵ Es steht außer Zweifel, dass litauische Politiker von der Förderung des Kults des Unbekannten Soldaten in Westeuropa wussten und sich bei seiner Schaffung in Litauen von westlichen Vorbildern leiten ließen. Siehe Ltn. St. Danilevičius, *Nežinomo kareivio kapas* [Das Grab des Unbekannten Soldaten], in: *Kariūnas* (1934), Nr. 13 f., S. 82; Mjr. Zibavičius, *Skriaudžiamas paminklas* [Das gekränkte Denkmal], in: *Kardas* (1937), Nr. 11, S. 269.

nationalen Lage Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre die Politiker zur Überzeugung, dass Vilnius mindestens in der nahen Zukunft nicht zurückgewonnen werden könne und deshalb das Denkmal des Unbekannten Soldaten in Kaunas errichtet werden könnte. Es besteht kaum ein Zweifel, dass dies kein Politiker offen eingestand und sich daher kaum Dokumente finden lassen, die das bestätigen.

Darüber hinaus verdient noch ein weiterer Umstand Aufmerksamkeit. Ohne Übertreibung lässt sich sagen, dass ganz Litauen 1930 den 500. Todestag des Großfürsten Vytautas und 1932 das Jubiläum des Großfürsten Kęstutis feierte. Die Vytautas-Feierlichkeiten gestalteten sich mit einer im Litauen der Zwischenkriegszeit unübertroffenen Opulenz (die höchstens noch durch den 60. Geburtstag des „Führers des Volkes“, d.h. des Präsidenten Antanas Smetona, im Jahre 1934 noch übertroffen wurde). Damals hätte man meinen können, dieser Feiertag würde von nun an, wenn auch etwas weniger aufwändig, alljährlich wiederholt. Doch dann deklarierte man den 8. September (den Tag der ausgebliebenen Krönung von Vytautas) zum „Tag des Volkes“ und brachte 1934 den Unbekannten Soldaten ins Pantheon des Volkes. Es scheint, dass die Gegenwart, d.h. ein Held aus einer noch lebenden Generation, für die politische Erziehung besser geeignet war. So drängt sich der Vergleich mit der Situation in der Schweiz geradezu auf, in der der politische Totenkult gleichfalls stark an Bedeutung gewann, obwohl dieses Land von den Schrecken des Krieges, d.h. dem Massensterben, verschont geblieben war. Die Forschung erklärt diese auf den ersten Blick paradoxe Situation damit, dass jede Generation ihre Helden brauche.¹⁶

Den konkreten Anstoß zur Errichtung eines Grabs des Unbekannten Soldaten gab wahrscheinlich die Rede des Präsidenten Smetona anlässlich der Feierlichkeiten zum Tag der Armee am 23. November 1933: „Das Denkmal der Krieger, die für die Freiheit ihres Landes gefallen sind, ist ein Nationalheiligtum. Alt und Jung, Groß und Klein finden sich an ihm zur frommen Besinnung ein. Es ist ein Grab des Unbekannten Soldaten, ohne Namen und ohne Vornamen, und wir verneigen uns vor ihm, wie die Griechen sich verneigten vor der Opferstätte eines unbekanntes Gottes.“¹⁷ Es ist bemerkenswert, dass es dort zu jener Zeit noch kein Grab des Unbekannten Soldaten gab.

¹⁶ G. Kreis, Gefallenendenkmäler in kriegsverschontem Land. Zum politischen Totenkult der Schweiz, in: *Der politische Totenkult: Kriegerdenkmäler in der Moderne*, hrsg. v. R. Koselleck u. M. Jeismann. München 1994, S. 131.

¹⁷ Valstybės Prezidento kalba prie Laisvės paminklo lapkričio 23 d. [Ansprache des Staatspräsidenten am Freiheitsdenkmal am 23. November], in: *Karys* (1933), Nr. 48, S. 975.

Also ist anzunehmen, dass die Bemerkung des Präsidenten ein hinreichendes Motiv für seine Untergebenen war, das nationale Pantheon durch ein neues Element zu ergänzen.

In der historischen Literatur ist öfter bemerkt worden, dass das Gedenken an die Kriegsgefallenen ein dreifaches Identifizieren ermöglicht.¹⁸ Wie G. Kurt Piehler bemerkte, war die Instrumentalisierung des Kults der gefallenen Krieger für die Staatsführung von großem Vorteil: „(...) the war dead were still being passed into service by their governments. In the postwar era, as revolution swept across Europe, the fallen were portrayed as bulwarks of stability who transcended class divisions. Since they were silent, the war dead could offer their complete allegiance to the nation“.¹⁹ Eine ähnliche Situation herrschte auch in Litauen.

Die gefallenen Krieger wurden in erster Linie als Gefallene geehrt. Das Smetona-Regime in Litauen musste sich nicht nur der politischen Loyalität der Bevölkerung gewiss sein, sondern überdies auch ihre Nationalisierung forcieren. Bestimmte Werte lassen sich am besten verankern, wenn sie mit dem Tod in Verbindung gebracht werden. Etwas metaphorisch ausgedrückt haben vom Tod geprägte Werte höchsten Rang.

Andererseits wurden die gefallenen Krieger im Litauen der Zwischenkriegszeit meistens als Helden, Heroen, Brüder usw. geehrt. Das Heldentum der Gefallenen hob man nicht nur in den Reden hervor, die anlässlich der Zeremonien gehalten wurden, sondern auch an den Kriegerdenkmälern. Eine Analyse der Symbolik von Kriegerdenkmälern in Deutschland ergab, dass sie nach dem Ersten Weltkrieg fast niemals moderne Waffen darstellten, sondern an ihrer Stelle das Schwert abgebildet wurde. Es symbolisiert bekanntlich den Tod durch Menschenhand. Nur der Kampf Mann gegen Mann galt als wirklich heldenhaft.²⁰ In Litauen ist eine ähnliche Tendenz zu verzeichnen. Auch hier wird neben modernen Waffen – meist einfachen Gewehren – oft das Schwert dargestellt, wie z.B. auf den Soldatenfriedhöfen in Šančiai und in Skriaudžiai (Kreis Prienai). Auf dem

¹⁸ Koselleck, Kriegerdenkmale (wie Anm. 3), S. 256; A. Maas, Politische Ikonografie im deutsch-französischen Spannungsfeld. Die Kriegerdenkmäler von 1870/71 auf den Schlachtfeldern um Metz, in: Der politische Totenkult (wie Anm. 16), S. 195 f.; G. Schneider, Militarisierung des Bewusstseins und nationale Konsensstiftung – Kriegerdenkmäler in Hannover 1919 bis 1933, in: Historisches Bewusstsein und politisches Handeln in der Geschichte, hrsg. v. J. Topolski. Poznań 1994, S. 76.

¹⁹ G. Kurt Piehler, The War and the Gold Star: American Commemoration of the First World War, in: Commemorations (wie Anm. 3), S. 168.

²⁰ Mosse, Gefallen für das Vaterland (wie Anm. 3), S. 126.

Soldatenfriedhof von Kaunas hatte das Denkmal die Gestalt eines stilisierten, in den Boden gerammten Schwerts, das zugleich auch eine Art Kreuz darstellte. Auch die Krypta der Gefallenen im Militärmuseum wurde mit einem Schwert geschmückt.

Diese Tendenz, die Trauer zu eliminieren und das Heldentum hervorzuheben, lässt sich auch feststellen, wenn man die symbolische Sprache der Denkmäler auf eine etwas andere Weise liest. Beim Vergleich von Kriegerdenkmälern in Deutschland und Frankreich stellte man fest, dass im Unterschied zu Frankreich in Deutschland selten das Abbild einer Frau oder anderer Symbole des zivilen Lebens zu finden sind.²¹ In Litauen gibt es mehrere Kriegerdenkmäler, die vor 1931 errichtet wurden und eine trauernde Frau zeigen: Am Denkmal „Den Gefallenen für Litauens Freiheit“ in Kaunas ist eine trauernde Litauerin dargestellt, die am Grab eines Gefallenen Blumen niederlegt. Das 1927 in Širvintai errichtete Denkmal zeigt eine stehende Litauerin überlebensgroß, die einen liegenden Krieger auf ihren Armen trägt. Das aus dem Jahr 1931 stammende Denkmal in Biržai zeigte eine junge Frau, die an einem massiven stilisierten Kreuz steht und einen Kranz hält. Später wurde die Trauer ganz von den Denkmälern verdrängt. Diese Eliminierung der Trauer läßt sich auch am Funktionswandel der erwähnten Denkmäler feststellen. Sowohl in Biržai als auch in Širvintai wurde für sie in den 30er Jahren die Bezeichnung „Birutė-Denkmal“ eingeführt.²² Birutė sollte damals das Ideal der Mutter symbolisieren, die ihre Kinder patriotisch erzieht. Das heißt, je mehr Zeit nach dem Krieg vergangen war, umso weniger Raum blieb für Schmerz und Trauer, die von der Apotheose des Heldentums verdrängt wurden.

Eine andere Art, den heldenhaften Tod hervorzuheben, war die besondere Form der Pflege der Kriegsgräber. Eine der Aufgaben der Kommission bestand darin, die Gestaltung der Kriegsgräber zu vereinheitlichen. Dies dürfte wenig erstaunlich sein. George L. Mosse bemerkt, dass die Soldatengräber aller Völker stets nahezu identisch sind.²³ Also ist es nicht verwunderlich, dass man bestrebt war, die Kriegsgräber auf dem Territorium eines Staates zu vereinheitlichen. In Litauen bemühte man sich auch, die gefallenen Soldaten und Offiziere gemeinsam an einem Ort zu bestatten (wenngleich diese Vor-

²¹ M. Jeismann, R. Westheider, Wofür stirbt der Bürger? Nationaler Totenkult und Staatsbürgertum in Deutschland und Frankreich seit der Französischen Revolution, in: *Der politische Totenkult* (wie Anm. 16), S. 30.

²² Nukentėje paminklai [Die versehrten Denkmäler]. Vilnius 1994, S. 19 u. 174.

²³ Mosse, *Gefallen für das Vaterland* (wie Anm. 3), S. 104.

gabe nicht streng eingehalten wurde). Häufig wurde in der Mitte des Gräberfelds ein Denkmal errichtet, und man legte die Gräber in Reihen an, d.h. „wahrhaft soldatisch“, während die Gräberreihen in Aukštieji Šančiai die Form der Gediminas-Säulen [lit.: „Gedimino stulpai“, heraldisches Symbol der litauischen Großfürsten, das einem Dreizack ähnelt; Anm. C. S.] nachbildeten.²⁴ Die gemeinsame Bestattung der gefallenen Krieger und eine zusätzliche Errichtung einheitlicher Denkmäler sollte ihre Einigkeit im Kampf symbolisieren, ihre Abgrenzung von anderen Gräbern sollte dem Tod auf dem Schlachtfeld einen besonderen Sinn verleihen, durch den die Gefallenen eine herausragende Stellung in der Gesellschaft einnahmen. Der abgegrenzte Raum, der oft am Bestattungsort der Gefallenen geschaffen wurde, und die Gräberreihen ließen keinen Raum für die Wahrnehmung von individuellem Leiden. Die persönliche Tragödie schien gering im Vergleich mit den Belangen von Volk oder Staat.

Überdies war man, wie bei allen erfundenen Traditionen, bemüht, auch diesem Kult tiefe Wurzeln zu verleihen,²⁵ weshalb es nicht überrascht, dass die gefallenen Krieger als Nachfolger der militärischen Traditionen des Litauischen Großfürstentums im 13.–15. Jahrhundert präsentiert wurden. Die ununterbrochene Verbindung zur Vergangenheit des Großfürstentums wurde nicht nur dadurch bekräftigt, dass man die zeitgenössischen Krieger als Erben von Vytautas, Kęstutis, Margiris (dem Fürsten von Pilėnai) und anderen Herrschern darstellte, sondern auch durch Betonung der Tradition des einstigen Heldengedenkens.

Und schließlich werden bei der Ehrung von gefallenen Kriegern stets auch die Forderungen der Gegenwart formuliert. Am häufigsten appellierte man wohl an die Einigkeit des Volkes: „Und wenn das Volk keine solchen Helden hätte, dann hätten die Menschenmassen nicht diesen unsichtbaren, doch mächtigen Zement, der sie festigt und der aus ihnen Völker macht und der die Grundlage des Staatswesens bildet.“²⁶ Wenn von der sozialen Logik der imaginierten Gesellschaft (des Volkes) die Rede ist, d.h. von der Beziehung zwischen Individuum und Gemeinschaft, so wird dem Volk und nicht seinen Segmenten zweifellos der Vorrang gegeben: „Was könnte es Erhabeneres geben als sein teuerstes Gut, das Leben, nicht für die Familie,

²⁴ Kap. Jakštas, Karių kapų tvarkymas 1929 m. [Die Kriegsgräberpflege 1929], in: Karys (1930), S. 11.

²⁵ E. Hobsbawm, Introduction: Inventing Traditions, in: *The Invention of Tradition*, hrsg. v. dems. u. T. Rang. Cambridge 1984, S. 1.

²⁶ J. Senkus, Karių vėlinės [Die Seelen der Krieger], in: Karys (1935), Nr. 44, S. 1027.

nicht für einzelne ihrer Mitglieder, sondern für das ganze Volk zu opfern!“²⁷ (Antanas Smetona)

Die Armee verkörperte monolithische Einheit. Am 23. November, aber auch aus anderen Anlässen wurde erklärt, dass die Armee gleichsam die Elite des Volkes sei oder, anders ausgedrückt, die Staatsführung erblickte in ihr eine Art Modell für das zukünftige Volk: „Wie das Leben, so die Armee, umso mehr da sie der beweglichste, empfindlichste und lebendigste Teil im Organismus des Volkes ist.“²⁸

Die Ehrung der gefallenen Krieger ist der günstigste Zeitpunkt für die Nennung der Feinde des Volkes oder des Staates. Dies geschah in Artikeln aus aktuellem Anlass, in feierlichen Reden oder direkt in den Inschriften von Denkmälern (häufig wurde auf Grabsteinen erwähnt, durch welchen Feind ein Soldat fiel). Es besteht nicht der geringste Zweifel daran, dass das Bild des Polen als ewiger Feind dabei am häufigsten zur Anwendung kam: „Wer weiß, ob es irgendwo sonst auf der Welt noch zwei Nachbarvölker gibt, deren Beziehungen in ihrem jahrhundertelangen Zustand eine Analogie zu den Beziehungen der Litauer mit den Polen bilden könnten. In diesem jahrhundertelangen Zustand erfuhren die Litauer bis in die Gegenwart von den Polen nur Tücke, Blutrünst, Raub und Betrug.“²⁹

Das Vilnius-Problem wurde gleichfalls anlässlich jedes Totengedenkens aktualisiert. Es gilt nahezu als sicher, dass es leichter war, die Mitbürger ohne rationale Argumente – d.h. ohne Verweise auf historisches oder internationales Recht oder auf demokratische Entscheidungsfindung – davon zu überzeugen, dass Vilnius zurückerobert werden müsse, sondern stattdessen durch den Appell an die Pflicht jedes verständigen Litauers, die begonnenen Heldentaten der gefallenen Brüder zu vollenden: „Lasst uns die in den Kämpfen gefallenen Helden ehren und nicht weichen vom Ufer der Neris, das mit ihrem Blut getränkt ist.“³⁰ Die feierlichen Ansprachen anlässlich der Einweihung von Kriegerdenkmälern endeten häufig mit dem Aufruf, „gen Vilnius zu ziehen“. Antipolnische Akzente im Gefallenenkult der Zwischenkriegszeit in Litauen wurden auch aus Anlass der Beiset-

²⁷ Kaip praėjo kariuomenės šventė [Wie die Feier der Armee verlief], in: Lietuvos aidas (1928), Nr. 244.

²⁸ Mjr. Balčiūnas, Mūsų kariuomenės šventės turinys ir prasmė [Der Gehalt und Sinn unseres Armeefeiertags], in: Karys (1935), Nr. 47, S. 1125.

²⁹ P. Š. [?], Lietuva atgimė, kai atgimė Lietuvos kariuomenė. Keli legendinių dienų bruožai [Litauen ward wiedergeboren, als Litauens Armee wiedergeboren wurde. Einige Züge legendärer Tage], in: Lietuvos aidas (1937), Nr. 535.

³⁰ Dieser Aufruf erschien in der Zeitschrift „Karys“ (1923), Nr. 18.

zung des Unbekannten Soldaten unterstrichen: Die Messe bei diesem Zeremoniell am 23. November 1934 hielt Titularbischof Pranciškus Karevičius. Damals herrschte die weit verbreitete Meinung, die Polen hätten sich an ihm für die Lituanisierung der Kirche, die er zu Beginn des 20. Jahrhunderts vorangetrieben hatte, im Jahr 1926 gerächt, als die gesonderte Kirchenprovinz Litauen gegründet wurde. So wurde nicht Karevičius zum Erzbischof von Kaunas ernannt, sondern sein Mitarbeiter Juozapas Skvireckas.³¹ Keine Persönlichkeit war für eine demonstrative antipolnische Geste allein durch ihre bloße Teilnahme an diesem Ritual besser geeignet.

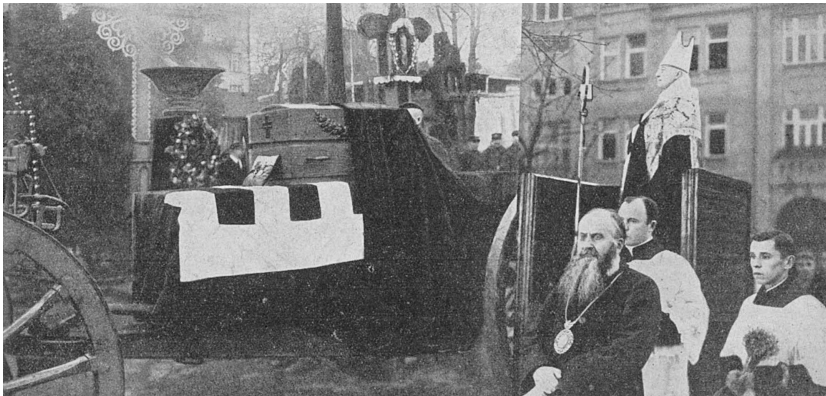


Abb. 4: Erzbischof Karevičius predigt auf dem Platz des Museums des Großfürsten Vytautas beim feierlichen Begräbnis des Unbekannten Soldaten; daneben steht der Bischof des östlichen Ritus, Bučys, hinter dem Sarg des Unbekannten Soldaten. Foto: Šulcas. Q: Karys (1934), Nr. 48

So wurde das Gedenken für die gefallenen Krieger in Litauen wie in fast allen anderen Staaten Europas politisch instrumentalisiert. Die politische Gesellschaft, in diesem Fall der Staat, übernimmt von der Religion die Funktion des Jüngsten Gerichts. Er postuliert, dass die Kriegsteilnehmer, die ihr Leben auf dem Schlachtfeld ließen oder später ihren Verwundungen erlagen, nicht umsonst gestorben seien. Keine andere als die politische Gesellschaft³² gestattet sich die kühne

³¹ P. Jakštas, Amžinybės vainikas [Der Kranz der Ewigkeit], in: *Nemunas* (1989), Nr. 2, S. 14.

³² Es muss konstatiert werden, dass auch die Angehörigen anderer Nationalitäten, die im Unabhängigkeitskampf fielen, in gleicher Weise geehrt wurden wie die Litauer. Aber auch an diesem Kult lässt sich deutlich ablesen, dass die Litauer die dominierende nationale Gruppe in Litauen waren. Beispielsweise verwies die Kommission bei ihrem Vorschlag für

Behauptung „wer im Kampf starb, der wird ewig leben“.³³ Im Fall des Kults der Kriegstoten begegnen wir einer ganz bestimmten Form der säkularisierten Religion. Der christliche Glaube mit seiner jenseitigen Erlösung der Seelen wird der politischen Gesellschaft übertragen, die seither für das Gedenken an jeden Toten verantwortlich ist. Der Glaube an das Leben im Jenseits wird abgelöst durch die Hoffnung auf eine (bessere) Zukunft. Was früher eine Angelegenheit der christlichen Messen war, d.h. die Fürbitte im Gebet um Erlösung der Seelen im Jenseits, übernimmt nun die politische Gesellschaft, die den Sinn des Todes im Diesseits bestimmt: Der Tod des Gefallenen ist in dem Maße gerechtfertigt, in dem er die weitere Existenz der politischen Gesellschaft ermöglicht. Wie auch anderswo wurden die Gefallenenfriedhöfe oder das spezifische Grab des Unbekannten Soldaten zu einer Art Ersatz für die Pilgerstätte, d.h. zu jenem Ort, zu dem jeder mindestens einmal im Jahr aufbrechen musste und an dem die wichtigsten Feierlichkeiten stattfanden.³⁴

Doch das bedeutet keineswegs, dass diese neue, säkularisierte Religion ganz und gar neu erfunden ist. Sie kann ohne das Christentum nicht auskommen. Die „Teilnahme“ der traditionellen – im Fall Litauens katholischen – Religion am Ritual des Kults der gefallenen Krieger drückt sich nicht nur darin aus, dass an ihm fast immer Geistliche teilnehmen und die Messe ein wichtiger Bestandteil fast aller Zeremonien ist, sondern auch auf andere Arten.

Für diesen Zusammenhang sind in erster Linie die Kriegerdenkmäler aufschlussreich. Fast alle vereinen in sich nationale und religiöse Motive. Eines der wenigen Denkmäler ohne religiöse Motive ist das Denkmal für Povilas Lukšys, das erste Opfer des Krieges in der litauischen Armee im Landkreis Kėdainiai.³⁵ An vielen Denkmälern wird

ein Grab des Unbekannten Soldaten im Garten des Militärmuseums in Kaunas darauf, dass es sich um einen Litauer handeln müsse: *Karo muziejaus viršinininko* (wie Anm. 11).

³³ Plk. ltn. Burokas, *Rugpiučio 15-ji Širvintuose* [Der 15. August in Širvintai], in: *Karys* (1927), Nr. 34, S. 310.

³⁴ Grant, *Raising the dead* (wie Anm. 3), S. 510; Zibavičius, *Skriaudžiamas paminklas* (wie Anm. 15), S. 269. Dieser Gedanke klang auch deutlich in der Rede von Präsident Smetona anlässlich der Beisetzung des Unbekannten Soldaten an: „Wir kommen oft hierher, um in einer ernsten Seelenverfassung uns lebendiger zu erinnern, wenn wir manchmal ein wenig vergessen haben, wem wir es verdanken, dass Litauen frei ist. Und wir werden nicht müde, uns an dieses Nationalheiligtum zu begeben, so wie fromme Menschen nicht müde werden, heilige Stätten zu besuchen, an denen Gott ihre Bitten besser erhört und lebenswürdiger ihren Dank für die Gnade, die er gewährt, empfängt.“, in: *Valstybės Prezidento kalba* (wie Anm. 17), S. 996.

³⁵ Das Denkmal wurde von Vytautas Landsbergis entworfen. Es handelt sich um ein 2,5 m hohes und 9 m breites Dreieck von der Gestalt des Emblems der Freiwilligenverbände. Drei

das Kreuz dargestellt oder ein Kruzifix. In Rozalimas (Kreis Pakruojis) steht ein Unabhängigkeitsdenkmal, das auch als Denkmal für die gefallenen Krieger fungierte und im oberen Teil der Vorderfläche des Sockels eine Inschrift mit den Namen von sechs Einwohnern von Rozalimas trägt, die für die Freiheit fielen. Es handelt sich um die Skulptur eines Engels aus Gips, die auf einem Sockel aus Granit und einer Erhebung aus Beton errichtet wurde. Das Denkmal auf dem Militärfriedhof von Šančiai hatte die Form eines Altars, auf dem eine strahlende Vase – das Symbol des ewigen Lebens – stand, während auf der Frontseite ein Kreuz mit Strahlen und einem Kruzifix zu sehen war. In Radviliškis war zunächst ein Denkmal zu Ehren der Gefallenen in Gestalt einer kleinen Kapelle vorgesehen mit den Gediminas-Säulen an der Spitze, doch dieser Plan wurde verworfen.³⁶

Überdies wurde bei den Zeremonien zu Ehren der Kriegstoten die Heilige Schrift zitiert;³⁷ man verglich die Gefallenen, d.h. die „Helden“, mit Kirchenheiligen³⁸ und die Ehrung der Toten mit „religiöser Demut“.³⁹

Im litauischen Kult der gefallenen Krieger zwischen den Weltkriegen wurde auch, wie in einigen anderen Staaten Europas, das Dogma der Auferstehung Christi adaptiert. Die Gefallenen wurden oft mit Christus verglichen: Das sinnerfüllte Leiden verleiht in beiden Fällen Hoffnung auf Auferstehung. Auf diese Weise wird gezeigt, dass der Heldentod nicht endgültig ist. Nicht nur in Deutschland oder in Frankreich, sondern auch in Litauen erfüllen Soldaten, und besonders häufig explizit *unbekannte* Soldaten, die von den Toten auferstehen, verschiedene wichtige Funktionen. So erzählt der Deutsche Walter Flex, wie die Begegnung mit der Seele eines unbekanntes Soldaten eine Mutter und ihr Kind vor dem Selbstmord be-

Treppen aus Beton stellen die drei Nationalfarben dar, auf denen ein Tetraeder aus Granit ruht. In das Tetraeder ist ein von Eichenzweigen umranktes Vytiskreuz eingemeißelt, und es trägt an der Vorderseite die Inschrift „Am 9. Februar 1919 starb hier im Kampf mit der russischen Roten Armee der Kriegsfreiwillige Povilas Lukšys – das erste Opfer für die Unabhängigkeit Litauens.“

³⁶ Žuvusiųjų už nepriklausomybę pagerimas [Die Ehrung der für die Unabhängigkeit Gefallenen], in: Karys (1925), Nr. 29, S. 231.

³⁷ P. Jurgelevičius, Paminklas pirmajai Lietuvos kariuomenės aukai [Das Denkmal für das erste Opfer unter den litauischen Streitkräften], in: Karys (1929), Nr. 38, S. 628.

³⁸ Valstybės Prezidento kalba (wie Anm. 17), S. 996.

³⁹ Laisvė, ginklu įgyta, ginklu ir išsaugojama. Respublikos Prezidento Antano Smetonos kalba, pasakyta Karo Muziejuje per iškilmingą Vyčio Kryžiaus kavaliarių posėdį š. m. lapkričio 23 d. [Freiheit, errungen mit der Waffe, wird auch mit der Waffe bewahrt. Ansprache des Präsidenten der Republik im Militärmuseum aus Anlass der Festsitzung der Träger des Vytis-Kreuzes am 23. November diesen Jahres], in: Lietuvos aidas (1938), Nr. 534.

wahrt.⁴⁰ Ein ähnliches Sujet finden wir auch in Litauen: Hier veranlasst der Geist eines unbekanntes Soldaten einen jungen Mann dazu, sich auf seine Pflichten gegenüber dem Vaterland zu besinnen, der den Kriegsdienst verweigert wollte und schon im Begriff war, die Demarkationslinie zu überschreiten, d.h. eigentlich schon bereit war, die Heimat zu verraten.⁴¹

Ein nicht weniger bedeutsamer Bestandteil des Gefallenekults waren auch die Rituale, mit denen versucht wurde, eine möglichst hohe emotionale Spannung zu erzeugen, um bestimmte Werte verankern zu können. Der beste Weg, um dieses Ziel zu erreichen, war die Erschaffung historischer Authentizität. Diesem Ziel sollten Ort, Zeit und selbstverständlich auch die passenden Teilnehmer des Rituals dienen.

Der am besten geeignete Ort zur Evokation der inszenierten Erinnerung war natürlich das Schlachtfeld. So wurden beispielsweise 1929 mit großen Feierlichkeiten die Denkmäler für den ersten gefallenen Soldaten, Povilas Lukšys, in der Nähe von Taučiūnai eingeweiht, einem Dorf, das heute zum Landkreis Kėdainiai gehört. Doch der bedeutendste Ort des Gefallenekults war das bereits erwähnte Grab des Unbekannten Soldaten in Kaunas, das ein Symbol für alle Gräber der Kriegstoten war.⁴² Das Grab des Unbekannten Soldaten ließ sich am leichtesten für diese Zwecke nutzen, denn, so schrieb ein aktiver Teilnehmer dieser Festlichkeiten „jeder Landsmann, der an diesem Grab steht, kann sich vorstellen, hier läge sein Vater, sein Sohn, sein Bruder, ein Verwandter (...)“.⁴³ Das Grab des Unbekannten

⁴⁰ G.L. Mosse, Soldatenfriedhöfe und nationale Wiedergeburt. Der Gefallenekult in Deutschland, in: Kriegserlebnis. Der Erste Weltkrieg in der literarischen Gestaltung und symbolischen Deutung der Nationen, hrsg. v. K. Vondung. Göttingen 1980, S. 246; ders., Gefallen für das Vaterland (wie Anm. 3), S. 95 u. 132.

⁴¹ Jūrų Duktė [?], Nežinomo kareivio dvasia [Der Geist des unbekanntes Soldaten], in: Karys (1930), Nr. 45, S. 903 f.

⁴² Visa Lietuva mini kariuomenės šventę [Ganz Litauen begeht den Feiertag der Armee], in: Lietuvos aidas (1936), Nr. 540.

⁴³ Jakštas, Amžinybės vainikas (wie Anm. 31), S. 12. Eine bewusste Ambivalenz bei der Bestattung des unbekanntes Soldaten wurde in vielen europäischen Staaten geschaffen. Man versuchte, bei der Sammlung der sterblichen Überreste völlige Anonymität zu erreichen. Ähnlich war es auch in Litauen. Hier wies die Kommission zunächst nur an, die Überreste sollten von einem *litauischen* Soldaten sein. Doch wenn man Petras Jakštas, einem Teilnehmer und Organisator dieser Zeremonie, Glauben schenkt, so bestand im Fall Litauens eine andere Anonymität. Die Überreste, die zum Symbol des Unbekanntes Soldaten werden sollten, wählte die Kommission in Lettland, unweit von Eglainė aus. Die Gebeine fand man auf dem Gehöft eines Litauers, der behauptete, dass „auf seinem Feld ein litauischer Soldat bestattet sei, der dort nachts umgeht.“ Darüber hinaus gab es – soweit sich aus diesen Erinnerungen schließen lässt – keine „Beweise“, dass es sich um die sterblichen Überreste eines litauischen Soldaten handelt.

Soldaten wurde zu einem Nationalheiligtum. Die sakrale Dimension dieses Orts wurde durch die Umgebung stark angereichert: den Garten des Militärmuseums, der, wie es damals hieß, zum „Pantheon des Volkes“⁴⁴ geworden war. Die Aufnahme des Unbekannten Soldaten in das „Pantheon des Volkes“ entsprach ebenfalls allen für ein solches Ritual charakteristischen Regeln: Am 23. November 1934 fand im Rahmen des Rituals zunächst eine Messe in der Garnisonskirche statt, danach die Beisetzungszeremonie, bei der auch der Präsident eine Ansprache hielt. So wurde die Aufnahme des Unbekannten Soldaten in das „Pantheon des Volkes“ sowohl durch die Kirche als auch durch den Hohepriester der säkularisierten Religion, den „Führer des Volkes“, sanktioniert. Auch der Zeitpunkt der Durchführung des Rituals war nicht dem Zufall überlassen. Die wichtigsten Ehrenbezeugungen für die Kriegstoten fanden in den 30er Jahren am 23. November statt, d.h. aus Anlass des Jahrestags der Gründung der Litauischen Armee.



Abb. 5: Bilder von den Feierlichkeiten am 23. November: Vorbeizug einer Artillerieseinheit und Abordnungen von Verbänden. Q: Karys (1934), Nr. 48

Ein besonderer Rang unter den Teilnehmern des Rituals kam den Invaliden zu, die während der Festlichkeiten Ehrenplätze einnahmen. Sie waren das wichtigste Bindeglied zwischen den Kriegstoten und den Lebenden, die beim Ritual durch die Teilnehmer ver-

⁴⁴ Die Wahrnehmung der Sakralität des Orts illustriert eine Episode aus etwas späterer Zeit, als der Stadtrat von Kaunas 1937 beschloss, die Genehmigung für den Bau eines Palasts des Handels, Gewerbes und Handwerks neben dem Denkmal „An die Gefallenen für Litauens Freiheit“ zu erteilen. Dieser Beschluss wurde vermutlich wegen der Unzufriedenheit, den er in der Bevölkerung hervorrief, wieder zurückgenommen („wenn der erwähnte Beschluss verwirklicht würde, stünde das bescheidene kleine Denkmal im Schatten des neuen Bauwerks und sein Anblick wäre noch stärker beeinträchtigt; es wäre für uns eine große Schande...“).

treten waren. Selbst ein so rationaler Mensch wie der berühmte litauisch-polnische Politiker und Rechtswissenschaftler Mykolas Romeris (Michał Römer) verlieh bereits 1922 in der Beschreibung einer Feier am Denkmal „Den Gefallenen für Litauens Freiheit“ der Teilnahme der Kriegsinvaliden besondere Bedeutung, weil sie die Verbindung zu den Kriegstoten herstellten: „Mit ihrem Leben sind sie mit den Lebenden verbunden, mit dem Verlust der Gesundheit in den Kämpfen für die Freiheit aber sind sie mit den gefallenen Helden der Unabhängigkeit verbunden, für die an dieser Stelle das symbolische Denkmal errichtet wurde. Sie, diese Invaliden, sind mystische Mittler zwischen dem Blut der Toten und dem lebenden Blut des Volkes, dem Blut, das mit ihrem Blut vergossen wurde. Es sind die Freunde der Toten, es ist der Akt derer, deren Leben zerstört und deren Tod hinausgezögert wurde.“⁴⁵ Das Ritual, so kann man sagen, vereint die Teilnehmer in einer zeitweiligen Gemeinschaft, die aber nicht zufällig ist: „Am Grab des Unbekannten Soldaten war ganz Litauen vertreten.“⁴⁶ Anders ausgedrückt wurde während des Rituals ein Modell der Nation inszeniert. Welches sind die grundlegenden Züge dieses Modells? Im Zentrum des Rituals stehen die Armee und die Führer des Staates. Die letztgenannten erfüllen gemeinsam mit den Geistlichen die wichtigsten Funktionen des Rituals: sie legen Kränze nieder, halten Reden u.ä. Diese Hierarchie wird überdies in den Festreden untermauert: „Die Armee ist die Macht des Volkes. Um sie muss sich bei drohender Gefahr das ganze Land scharen, und seine Führung ist der Wille des Volkes, dem alle gehorchen müssen, denen es zukommt.“⁴⁷ Ein weiterer wichtiger Akzent bestand darin, dass alle aktiven Teilnehmer des Festakts nicht einfach Mitbürger waren, sondern alle bestimmte Organisationen vertraten und so das Primat des Kollektivs hervorgehoben wurde, das bei Feierlichkeiten der Armee ohnehin sehr stark war. Während einer solchen Feier ist die Armee das zentrale Symbol des Volkes und ihr Kult wird konstruiert, und andererseits wird auch das Volk dargestellt als einheitliche, organisierte und kämpfende Gemeinschaft.

Die Authentizität wurde auch durch den feierlichen Inhalt der Festreden gesteigert, in denen von einzelnen Episoden der Kämpfe berichtet wurde. Natürlich war die Imitation der historischen Wahr-

⁴⁵ M. Römeris, Dienoraštis [Tagebuch], 1922 m. liepos 8 d. Irašas [Eintragung vom 8. Juli 1922], in: Kultūros barai (1990), Nr. 5, S. 73. Für diesen Hinweis danke ich Dr. G. Rudis.

⁴⁶ Vytauto Didžiojo muziejaus sodelyje [Im Garten des Museums von Vytautas dem Großen], in: Karys (1935), Nr. 48, S. 1186.

⁴⁷ Valstybės Prezidento kalba (wie Anm. 17), S. 975.

heit selektiv – akzentuiert wurden nur die heldenhaften Taten der litauischen Soldaten, ihr Mut, ihre Geschicklichkeit usw.

Alle diese Bestandteile des Rituals sollten während des Festakts einen konkreten historischen Mikrokosmos mit klaren Akteuren und Werten erschaffen: „Während [des Festakts am 23. November; C. S.] wurden für unsere Augen wieder die Bilder der Unabhängigkeitskämpfe sichtbar und stellten sich in unserem Gedächtnis wieder klarer die Siege der Vergangenheit dar und ihr Wert für unser Volk.“⁴⁸

Benedict Anderson bemerkte sehr richtig, dass die Idee, ein Denkmal beispielsweise für den Unbekannten Marxisten oder für den Gefallenen Liberalen zu errichten, absurd wäre. Zugleich finden wir in vielen Staaten Denkmäler für den Unbekannten Soldaten. Man kann sagen, dass Anderson den wesentlichen Unterschied zwischen evolutionistischen Weltanschauungen oder Ideologien und dem Nationalismus treffend dargestellt hat: Nur die Weltanschauung des Nationalismus liefert Antworten auf existenzielle Fragen.⁴⁹ Aus diesem Grund war der Nationalismus so stark. Im Fall des Kults der gefallenen Krieger übernimmt er von der Religion die Funktion des Jüngsten Gerichts und entscheidet, welcher Tod sinnvoll ist und wer das ewige Leben verdient. Andererseits – so zeigt auch diese Untersuchung – adaptiert der Nationalismus, um seinen Einfluss zu stärken, das traditionelle religiöse Weltbild, seine Symbole und Rituale. Die Aufnahme christlicher Symbole in die Gedenkrituale der rustikalen Gesellschaft (wie Litauen der Zwischenkriegszeit) sollte bezeugen, dass diese Tradition sehr alt, genauer gesagt ewig ist.

Aus dem Litauischen übersetzt von Claudia Sinnig, Berlin

⁴⁸ Laisvė, ginklu įgyta, ginklu ir išsaugojama (wie Anm. 39).

⁴⁹ B. Anderson, *Die Erfindung der Nation*. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. Frankfurt a.M./New York 1993, S. 18 f.

Russlands Erster Weltkrieg. Erfahrungen, Erinnerungen, Deutungen

von Nikolaus Katzer

Anfang des Jahres 2008 starb in Deutschland und in Frankreich der jeweils letzte Veteran des Ersten Weltkrieges im Alter von 107 bzw. 110 Jahren. Die Pressemeldungen erinnerten daran, dass das längst vergangene Geschehen noch immer in die Gegenwart hineinragt. Während die Generation der Zeitzeugen endgültig abtritt und verstummt, verzeichnet die historische Forschung über die Jahre 1914 bis 1918 seit geraumer Zeit eine deutliche Belebung. Letzteres steht nicht nur für die wiederholte Überprüfung der großen Fragen nach der Schuld am Ausbruch des Krieges und nach seinen Folgen für das 20. Jahrhundert. Jenseits des Bestrebens jeder Generation, überkommene Wissensbestände zu revidieren und im Licht gegenwärtiger politischer Erfahrung neu auszuhandeln und zu deuten, scheint es, als werde der Erste Weltkrieg erstmals in seiner Vielfalt und Widersprüchlichkeit wahrgenommen. An die Stelle von Synthesen, die beanspruchen, das Geschehen umfassend darzustellen, treten mehr und mehr Spezialstudien, deren Facettenreichtum ein einheitliches Gesamtbild kaum noch zulässt. Bereits die unterschiedliche Würdigung der erwähnten letzten Veteranen unterstreicht die Heterogenität der Erfahrungen, Erinnerungen und Deutungen. Mit dem letzten französischen Soldaten der „grande guerre“ verließ in Frankreich – anders als im deutschen Fall – ein Nationalheld stellvertretend für das nicht minder heroisierte Millionenheer die historische Bühne und erhielt vom Präsidenten ein Nationalbegräbnis zugesprochen. Das Einzelschicksal fand also eine späte, aber nachdrückliche Würdigung. Hingegen war der deutsche Veteran nur eine Pressenotiz wert.

In Russland wäre ein vergleichbarer Vorgang schlechterdings nicht vorstellbar. Was in Frankreich, Deutschland und anderen Ländern als „Großer Krieg“ oder auch als „Trauma“ und „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts erinnert wird, hat in Russland keinen Platz im kollektiven Gedächtnis gefunden. Welche Friedhöfe, Jahrestage oder Gedenkstätten verweisen auf das welthistorische Ereignis, in das Russland als ein Hauptakteur verwickelt war? In den russischen Geschichtsbüchern besaß der Erste Weltkrieg bis in die postsowjetische Zeit den Rang einer Episode, die ihre Schatten auf das Zarenreich zurückwarf, nicht aber die folgenden Jahrzehnte präfigurierte.

Russlands Teilhabe an der Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts ergab sich demnach allein aus der Revolution des Jahres 1917 und dem aus ihr geborenen Bürgerkrieg. Die Revolution schuf aus russischer Sicht die Parallellogik einer Weltgeschichte, die des Ersten Weltkrieges nicht bedurfte, um die Ursachen des Zweiten zu erklären. Nicht die unbewältigten Konflikte und Erfahrungen des Ersten Weltkrieges, sondern der Gegensatz ideologisch aufgeladener, unvereinbarer Gesellschaftsformationen führten in ein neues Zeitalter der Gewalt und der Machtpolitik. Wie nachhaltig diese Verschiebung das historische Gedächtnis in Russland beeinflusste, lässt sich besonders an der russischen Historiografie der beiden letzten Jahrzehnte ablesen. Denn die wissenschaftlichen Bemühungen, den „vergessenen“ Krieg entsprechend der internationalen Gewohnheit an den Jahrestagen des Kriegsbeginns und des Kriegsendes (1988, 1994, 1998, 2004) durch Symposien, Sammelbände und mediale Aufbereitung ins historische Gedächtnis zurückzuholen, stieß an unübersehbare sachliche und mentale Grenzen. Nicht die zeitliche Distanz erschwerte die Rückbesinnung auf das epochale Geschehen, sondern die zunächst fehlende materielle Ausgangsbasis und die fehlende diskursive Kontinuität. Jahrzehntelang war eine akademische und öffentliche Debatte unterblieben. Was über den Ersten Weltkrieg in der Bevölkerung erinnert, bewahrt und tradiert wurde, war weitgehend unbekannt. Die seit Ende der 1980er Jahre vorgelegten Arbeiten der russischen Forschung hatten Pioniercharakter. Sie handelten vom russischen Kriegspatriotismus im Jahre 1914, vom Frontalltag russischer Soldaten, von den traumatischen Folgen der verheerenden Niederlagen an der Ostfront oder von den Stereotypen der Feindbildkonstruktion und den Mustern der Kriegswahrnehmung bei der einfachen Bevölkerung. Auf der Grundlage bislang unbeachteter, umfangreicher und noch kaum erschlossener Quellenbestände revidierten solche Studien das in der Sowjetzeit vermittelte Geschichtsbild gründlich. Nicht zuletzt ergänzten sie die internationale Weltkriegsforschung um wesentliche Aspekte.

Allerdings fand dieser historiografische Kraftakt in Russland selbst vergleichsweise wenig Resonanz. Die Arbeiten erschienen oft in geringer Auflage von wenigen hundert Exemplaren in kleinen Verlagen fern der Hauptstädte. Einerseits mangelte es dem öffentlichen Bewusstsein offenkundig an einem Sensorium, die unbekanntes Kapitel in die „vaterländische Geschichte“ des 20. Jahrhunderts zu integrieren. Gegen die über Generationen erzählten Heldenepen der Revolutions- und Bürgerkriegszeit oder gegen das Pathos des Über-

lebenskampfes im Zweiten Weltkrieg verblassten die rekonstruierten Mythen der Jahre 1914 bis 1917/18. Andererseits behinderte die Rückorientierung der Geschichtspolitik seit den 1990er Jahren auf die Grundlinien des sowjetischen Geschichtsbildes eine breite Auseinandersetzung mit den historiografischen Brächen des 20. Jahrhunderts.

Institution und Gedächtnis

Die professionell-historiografische Beschäftigung mit dem Ersten Weltkrieg kam im nachrevolutionären Russland frühzeitig zum Erliegen. Die am 13. August 1918 durch das Kriegskommissariat gebildete Militärhistorische Kommission (Voenno-istoričeskaja komissija) beim Allrussländischen Hauptstab der Roten Armee folgte noch den zahlreichen gleichnamigen Vorbildern der Zarenzeit, die seit dem Russisch-türkischen Krieg von 1877/78 befristet eingesetzt wurden, um offizielle Kriegsgeschichten zu verfassen.¹ Auch die Nachfolgeeinrichtung hatte die Aufgabe, die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges zu bilanzieren, zu erforschen und für die Anwendung aufzubereiten. Mehrfach umbenannt, war die Einrichtung seit 1921 auch für die Erforschung des Bürgerkrieges zuständig, legte die Grundlagen für das Archiv der Roten Armee und wurde in den Bestand des Obersten militärischen Redaktionsrats überführt. Unter den ersten Mitarbeitern waren M.D. Bonè-Brueviè, A.M. Zajonèkovskij, D.P. Parskij, A.A. Sveëin, A.E. Snesarev, R.Ju. Vipper, V.N. Klembovskij und S.I. Gusev.²

Nach dem Ende des Bürgerkrieges übernahm die Kommission für die Geschichte der Oktoberrevolution und der Russischen Kommunistischen Partei (Bol'sheviki) (bekannt geworden unter dem Kürzel

¹ Graždanskaja vojna i voennaja intervencija v SSSR. Enciklopedija [Bürgerkrieg und Militärintervention in der UdSSR. Eine Enzyklopädie]. Moskva 1983, S. 103; A.V. Avtokratov, Naučno-izdatel'skaja dejatel'nost' voenno-istoričeskich komissij i voenno-istoričeskich arhivov dorevoljucionnoj Rossii [Wissenschaftliche Verlagstätigkeit der militärhistorischen Kommissionen und militärhistorischen Archive im vorrevolutionären Russland], in: Izdanie istoričeskich dokumentov v SSSR. Voprosy istorii, teorii i metodiki. Sbornik naučnych trudov [Die Edition historischer Dokumente in der UdSSR. Fragen der Geschichte, Theorie und Methodik. Sammelband wissenschaftlicher Arbeiten], hrsg. v. O.F. Kozlov. Moskva 1989, S. 27.

² Zu den wichtigsten Publikationen zählten *Kratkij strategičeskij očerk vojny 1914–1918 gg.* [Kurzer Abriss der Kriegsstrategie 1914–1918] (in zwei Lieferungen), *Strategičeskij očerk vojny 1914–1918 gg.* [Abriss der Kriegsstrategie 1914–1918] (in sieben Teilen) und vier Ausgaben des *Voenno-istoričeskij sbornik* [Militärgeschichtlicher Sammelband].

„Istpart“) die führende Rolle in der frühsowjetischen Historiografie.³ Lenin hatte am 20. August 1920 die Anweisung gegeben, zunächst beim Staatsverlag, später beim Volkskommissariat für Aufklärung eine Abteilung für Parteigeschichte einzurichten, und damit die Verdrängung der Weltkriegsforschung eingeleitet. Führende Mitglieder der rasch wechselnden Leitungsgremien waren M.S. Ol'minskij, V.V. Adoratskij, N.N. Baturin, A.S. Bubnov, V.I. Nevskij, S.A. Piontkovskij, M.N. Pokrovskij und D.B. Rjazanov. Am Institut der Roten Professur, gegründet 1921, wurden neue Kader von Historikern ausgebildet, die in der Oktoberrevolution und im Bürgerkrieg bzw. in der Parteigeschichte und in der Geschichte der Roten Armee die Schlüssel für eine neue Geschichtsschreibung der jüngsten Vergangenheit sahen. Der Marginalisierung der „Militärspezialisten“, d.h. der Offiziere der russischen Weltkriegsarmee, in der öffentlichen Wahrnehmung entsprach die Abkehr von der vorrevolutionären historiografischen Tradition.⁴

Beispielhaft für die neue Elite von Geschichtsschreibern und die von ihr vorgenommene Verschiebung der Perspektive ist die außerordentlich erfolgreiche Karriere des 1896 in Odessa geborenen und 1991 in Moskau verstorbenen Historikers Isaak I. Minc.⁵ Minc, Bürgerkriegskommissar, Akademiemitglied und Stalinpreisträger, war maßgeblich an der stalinistischen Vergangenheitskonstruktion und ihren Nachwirkungen bis in die spätsowjetische Zeit hinein beteiligt. Als es in den ersten Jahren nach Stalins Tod so schien, als sollte die sowjetische Militärgeschichtsschreibung neu ausgerichtet und auf eine solidere empirische Basis gestellt werden, änderte dies nichts an der konzeptionellen Festschreibung des Ersten Weltkrieges als dem letzten Krieg des Alten Russlands bzw. als dem „imperialistischen Weltkrieg 1914–1918“.⁶

³ Frederick C. Corney, *Telling October. Memory and the Making of the Bolshevik Revolution*. Ithaca/London 2004, S. 97-125.

⁴ Lutz-Dieter Behrendt, *Historikerausbildung am Moskauer Institut der Roten Professur (1921–37)*, in: *Wissenschaftsgeschichte und Geschichtswissenschaft. Aspekte einer problematischen Beziehung*, hrsg. v. Stefan Jordan u. Peter Th. Walther. Waltrop 2002, S. 374-399; Michael David-Fox, *Revolution of the Mind. Higher Learning among the Bolsheviks, 1918–1929*. Ithaca/London 1997, S. 133-191; V.D. Solovej, *Institut krasnoj professury. Podgotovka kadrov istorikov partii v 20–30-e gody* [Das Institut der Roten Professur. Die Kaderausbildung von Parteihistorikern in den 20er und 30er Jahren], in: *Voprosy istorii KPSS* (1990), Nr. 12, S. 87-98.

⁵ Elaine MacKinnon, *Writing History for Stalin. Isaak Izrailevich Mints and the Istoriia grazhdanskoi voiny*, in: *Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History* 6 (2005), Nr. 1, S. 5-54.

⁶ Ljubomir G. Beskrovnyj, *Očerki po istočnikovedeniju voennoj istorii Rossii* [Skizzen zur Quellenkunde der Militärgeschichte Russlands]. Moskva 1957, S. 3.

Während den vorrevolutionären Militärhistorikern vorgeworfen wurde, Kriegsgeschichte als Ergebnis des Wirkens von Zaren und Heerführern zu schreiben, war nun keineswegs ein Perspektivwechsel auf die Masse der Soldaten bzw. auf die Bevölkerung insgesamt intendiert. Vielmehr verschwanden individuelle Schicksale und kollektive Erfahrungen hinter den „objektiven Gesetzmäßigkeiten“ bei der „Entwicklung der Kriegskunst“.⁷

Angesichts dieser Fortschreibung einer tendenziell anonymisierten Militärgeschichte konnte es auch für die öffentliche Gedenkkultur nach dem Ende der Sowjetunion keinen Koordinatenwechsel geben. Beim Versuch, Versäumtes nach Jahrzehnten nachzuholen, zeigte sich, wie widersprüchlich die fragmentarischen Vorstellungen vom Ersten Weltkrieg geblieben waren. Beispielhaft kann die wechselvolle Geschichte des 1915 gegründeten Moskauer Bräderfriedhofs für Gefallene des Ersten Weltkrieges den Erinnerungsverlust vor Augen führen. In den 1920er Jahren verfallen und später überbaut, sollte er auf Betreiben einer Initiativgruppe in den 1990er Jahren wiedererrichtet werden.⁸

Wie in einem Brennglas bündeln sich im Streit um diesen Gedächtnisort die Ursachen und Motive für das Verdrängen und Vergessen des fernen Kriegsgeschehens. Sowohl der wenig ruhmvolle Kriegsverlauf und das letztlich schmachvolle Ausscheiden mit dem Friedensschluss von Brest-Litovsk, der einer Kapitulation und Niederlage gleichkam, als auch die Fortdauer der Kämpfe in dem sich anschließenden verheerenden Bürgerkrieg und der auf ihn zurückgeführte Staatsgründungsmythos der Bol'seviki, den viele Zeitgenossen bald zu teilen begannen, verdrängten die Erfahrungen des Weltkrieges aus den öffentlichen Gedächtnisräumen.⁹ Ob und in welcher Intensität Erfahrungsbestände in der individuellen biografischen Erinnerung und in der Kommunikation von Gruppen mündlich bzw. schriftlich tradiert wurden oder aber dem Vergessen anheim fielen, ist weithin unerforscht. Aus der Befragung von Zeitzeugen bäuerlicher Abkunft

⁷ Ebenda, S. 450.

⁸ Kristiane Janeke, Die verdrängte Erinnerung. Zur Geschichte des Moskauer Bräderfriedhofs, in: Die vergessene Front – Der Osten 1914/15. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, hrsg. v. Gerhard P. Groß. Paderborn 2006 (Zeitalter der Weltkriege. 1), hier S. 335-352.

⁹ Lesley Milne, Novyi Satirikon, 1914–1918: The Patriotic Laughter of the Russian Liberal Intelligentsia during the First World War and the Revolution, in: Slavonic and East European Review 84 (2006), Nr. 4, S. 639-665, hier S. 663; Igor Narskij, Bürgerkrieg – zur Konstruktion eines Gründungsmythos im frühen Sowjetrußland (Ural 1917–1922), in: Der Krieg in den Gründungsmythen europäischer Nationen und der USA, hrsg. v. Nikolaus Buschmann u. Dieter Langewiesche. Frankfurt a.M./New York 2004, S. 320-330.

zu Beginn der 1990er Jahre sind zumindest Erinnerungsspuren an die Zeit „vor dem Krieg“ und an die Einberufung naher Verwandter, die in den Kämpfen fielen, erhalten.¹⁰

Das traditionelle Totengedenken erfuhr eine radikale Umdeutung, die Bestattungskultur wurde säkularisiert und die öffentliche Erinnerung exklusiv an Helden der Revolution und des Bürgerkrieges gekoppelt, die ihr Leben im Kampf gegen jene inneren und äußeren „Imperialisten“ geopfert hatten, denen die Schuld am Weltkrieg angelastet wurde.¹¹ Nicht die Schauplätze des Weltkrieges – sofern sie nach dem Krieg überhaupt noch auf dem Territorium Sowjetruslands lagen –, sondern die der Revolution und des Bürgerkrieges markierten die Gedächtnisorte der neuen Zeit. Sie lagen nicht nur an der westlichen und südlichen Peripherie, wo die Frontlinien des Weltkrieges verlaufen waren, sondern verteilten sich über das gesamte Sowjetreich. Selbst nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1970er Jahre hinein entstanden noch Denkmale in Chabarovsk, Vladivostok, Taškent, Riga, Tallinn, Èita, Baku, Cherson oder Erevan für „Helden des Bürgerkriegs“ und „Kämpfer für die Sowjetmacht“. Unverkennbar haftete dieser Gedächtniskultur der imperiale Gestus des auf den Trümmern des Zarenreiches errichteten Sowjetimperiums an.¹²

Zu den Jahrestagen des russischen Weltkriegseintritts 1924 und 1934 erschienen noch Erinnerungen und Gedenkartikel in der sowjetischen Presse. Sie dienten allerdings vordringlich der Unterstützung der jeweils aktuellen Auseinandersetzung mit der „kapitalistischen Einkreisungspolitik der imperialistischen Mächte“.¹³ Michail N. Po-

¹⁰ Golosa krest'jan: Sel'skaja Rossija XX veka v krest'janskich memuarach [Stimmen der Bauern: Das dörfliche Russland des 20. Jahrhunderts in bäuerlichen Memoiren]. Moskva 1996, S. 197. Die bäuerlichen Familiengeschichten wurden im Rahmen eines russisch-englischen Befragungsprojekts Anfang der 1990er Jahre unter der Leitung von Teodor Shanin aufgezeichnet. Vgl. Irina Kosnowa, Geschichte von unten. Die beiden Weltkriege als Schwellenwert und Zeitgrenze in der Erinnerung der russischen Bauernschaft, in: Verführungen der Gewalt. Russen und Deutsche im Ersten und Zweiten Weltkrieg, hrsg. v. Karl Eimermacher u. Astrid Volpert. München 2005 (West-Östliche Spiegelungen Neue Folge. 1), S. 795-847; Aleksandr B. Astašov, Russkij krest'janin na frontach Pervoj mirovoj vojny [Der russische Bauer an den Fronten des Ersten Weltkriegs], in: Otečestvennaja Istorija (2003), Nr. 2, S. 72-86.

¹¹ Daniel Orlovskij [Orlovsky], Velikaja vojna i rossijskaja pamjat' [Der große Krieg und das russländische Gedächtnis], in: Rossija i pervaja mirovaja vojna. (Materialy meždunarodnogo naučnogo kollokviuma) [Russland und der Erste Weltkrieg (Materialien eines internationalen wissenschaftlichen Kolloquiums)]. St. Peterburg 1999, S. 49-57, hier S. 49; Catherine Merridale, War, death, and remembrance in Soviet Russia, in: War and Remembrance in the Twentieth Century, hrsg. v. Jay Winter u. Emmanuel Sivan. Cambridge 1999, S. 61-83, hier S. 67.

¹² Siehe den Bildteil in: Graždanskaja vojna (wie Anm. 1), zwischen S. 304 und 305.

¹³ B.D. Kozenko, Otečestvennaja istoriografija pervoj mirovoj vojny [Die Vaterländische His-

krovskij erklärte unumwunden, der Weltkrieg verdiene keine gesonderte Bearbeitung durch die sowjetische Historiografie.¹⁴ Seine These, der russische Imperialismus und die zaristische Diplomatie trügen eine beträchtliche Mitschuld am Ausbruch des Krieges, kollidierte allerdings mit dem wenig später unter Stalin forcierten Konzept des Sowjetpatriotismus und konnte deshalb nicht stilbildend wirken. Dennoch entsprach Pokrovskijs Argumentation der Logik des instrumentellen Vergessens. Im Unterschied zu den anderen Kriegsmächten bedurfte Sowjetrußland keiner Memorialkultur des Weltkrieges, hatte es doch als einziges Land den „Imperialismus“ innerhalb seiner Grenzen überwunden, d.h. mit der vorrevolutionären Vergangenheit gebrochen.¹⁵ Pokrovskij lieferte damit eine Begründung für die vielfach bestätigte These, dass die sowjetische Gedächtniskultur im internationalen Vergleich eine markante Ausnahme bilde.¹⁶ Es handelte sich um eine Variante des Bestrebens, dem jungen Sowjetstaat eine eigene legitimatorische Grundlage und eine unverwechselbare Identität zu verschaffen. Sie sollte seiner Singularität entsprechen und die russländische Vergangenheit vorerst ruhen lassen.

Ganz anders verhielt sich dies in der Gedächtniskultur der Emigration. Bei aller politischen und ideologischen Heterogenität verlangte die Ablehnung des Bolschewismus und des Sowjetregimes nach einem Festhalten an der vorrevolutionären Geschichte. Der Weltkrieg

torografie des Ersten Weltkrieges], in: *Novaja i novejšaja istorija* (2001), Nr. 3, S. 3-27; Olga Nikonova, „... Der Kult des Heldenmutes ist für den Sieg notwendig...“ Sowjetisches Militär und Erfahrungen des Ersten Weltkrieges, in: *Kriegsniederlagen. Erfahrung – Erinnerung*, hrsg. v. Horst Carl, Hans-Henning Kortüm, Friedrich Lenger u. Dieter Langewiesche. Gießen 2004, S. 185-200; Ol'ga Nikonova, Instrumentalizacija voennogo opyta v SSSR v mežvoennyj period [Die Instrumentalisierung der Kriegserfahrung in der UdSSR in der Zwischenkriegszeit], in: *Čelovek i vojna. Vojna kak javlenie kul'tury* [Mensch und Krieg. Der Krieg als kulturelle Erscheinung], hrsg. v. Igor' V. Narskij u. Ol'ga Ju. Nikonova. Moskva 2001, S. 376-398. Eine in diesem Sinne legitimatorische Funktion hatte auch der umfangreiche Eintrag über den Ersten Weltkrieg in der ersten Auflage der Großen Sowjetenzyklopädie (*Pervaja mirovaja imperialističeskaja vojna [1914–1918]* [Der erste imperialistische Weltkrieg (1914–1918)], in: *Bol'shaja Sovetskaja Enciklopedija* [Große Sowjet-Enzyklopädie]. Bd. 44, Moskva 1939, Sp. 509-758). Vgl. dazu Brian Kassof, *A Book of Socialism. Stalinist Culture and the First Edition of the Bol'shaia Sovetskaia Entsiklopediia*, in: *Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History* 6 (2004), Nr. 1, S. 55-95.

¹⁴ M.N. Pokrovskij, *Imperialističeskaja vojna. Sbornik statej, 1915–1927* [Der imperialistische Krieg. Eine Sammlung von Aufsätzen, 1915–1927]. Moskva 1928, S. 7.

¹⁵ Vgl. dazu Orlovskij, *Velikaja vojna* (wie Anm. 11), S. 51 f.

¹⁶ Janeke, *Die verdrängte Erinnerung* (wie Anm. 8), S. 345. Vgl. Christoph Mick, *Der vergessene Krieg. Die schwierige Erinnerung an den Ersten Weltkrieg in Osteuropa*, in: *Der Weltkrieg 1914–1918. Ereignis und Erinnerung*, hrsg. v. Rainer Rother. Berlin 2004, S. 74-82, hier S. 75, 78 f.

stellte einen integralen Bestandteil des Geschichtsbildes dar. Insbesondere bedurfte es einer historischen Auseinandersetzung mit den Ursachen für den Untergang des Zarenreiches. Daneben gehörte der Widerstand gegen die Oktoberrevolutionäre im Bürgerkrieg zu den konstitutiven Elementen des historischen Gedächtnisses. Zugespitzt formuliert, lief die Anklage gegen die Usurpatoren der Macht vom Oktober 1917 und Unterzeichner des Vertrages von Brest-Litovsk auf eine russische Dolchstoßlegende hinaus.¹⁷ Analoge Deutungen finden sich auch in der postsowjetischen Debatte unter Historikern der älteren Generation. Beispielsweise wird die These abgelehnt, Russland habe den Krieg „verloren“. Vielmehr sei es „auf den Schlachtfeldern unbesiegt“ geblieben, habe neben „schwerwiegenden Misserfolgen“ auch „große Erfolge“ errungen und sei „vor allem durch Kräfte im Innern bezwungen worden, die an seiner Schwächung und an der Zersetzung von Armee und Flotte interessiert waren“.¹⁸ Allerdings lässt sich das historische Gedächtnis der russischen Emigration nicht auf politische oder geschichtsphilosophische Deutungen reduzieren, wie sie etwa die konservativen „Eurasier“ oder die liberalen „Westler“ vertraten, die meinten, der Ausbruch des Krieges zeuge von der mangelnden „Europäisierung“ Europas.¹⁹ Friedhöfe, Gedenkveranstaltungen, Periodika, Veteranenverbände, Militärbünde und Offiziersvereinigungen waren Ausdruck einer multiplen Rückbesinnung auf die Urgründe des Exils und des Untergangs der Kaiserlichen Armee. Aus der Kohorte der Offiziere, Generäle und Professoren der Akademien des Generalstabes, der Armee und der Flotte, die das militärhistorische Gedächtnis der Emigration bildeten, ragt Nikolaj N. Golovin (1875–

¹⁷ Aaron J. Cohen, Oh, That! Myth, Memory, and the First World War in the Russian Emigration and the Soviet Union, in: *Slavic Review* 62 (2003), S. 69-86, hier S. 74 f.

¹⁸ So etwa A.G. Kavtaradze im Rahmen eines „Runden Tisches“ russischer Historiker: *Pervaja mirovaja vojna i ee vozdejstvie na istoriju XX v.* [Der Erste Weltkrieg und seine Einwirkung auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts], in: *Novaja i novejšaja istorija* (1994), Nr. 4-5, S. 115. V.S. Vasjukov forderte eine Rehabilitierung der Generalität und des Offizierkorps. Die „glänzende Plejade bedeutender russischer Militärführer“ im Weltkrieg sei zu sehr mit „schwarzer Farbe“ gezeichnet worden (ebenda).

¹⁹ Zur „metaphysischen“ Bedeutung von Erstem Weltkrieg, Revolution und Bürgerkrieg sowohl für die eurasische Ideologie als auch für die Bewältigung individueller Tragödien durch einzelne Verfechter siehe Stefan Wiederkehr, *Die eurasische Bewegung. Wissenschaft und Politik in der russischen Emigration der Zwischenkriegszeit und im postsowjetischen Russland*. Köln (u.a.) 2007, S. 126 f., 156 ff., 190. Beispielhaft für die liberale Kritik an den vermeintlich pseudobolschewistischen Eurasiern waren Aleksandr A. Kizevetter und Pavel N. Miljukov; vgl. M.G. Vandalkovskaja, *Istoričeskaja nauka rossijskoj emigracii. „Evrazijskij soblazn“* [Die Geschichtswissenschaft der russländischen Emigration. „Die eurasische Versuchung“]. Moskva 1997, S. 241, 326-330.

1944) hervor. Der Generalleutnant, Militärschriftsteller und Reform der Akademi ebildung verfasste zahlreiche und umfängliche historische Arbeiten, darunter maßgebliche über den Ersten Weltkrieg und den Bürgerkrieg. Er zählt zu den Begründern der russischen Militärpublizistik im Ausland und zu den Schlüsselfiguren beim Aufbau von Militärschulen.²⁰

„Vaterländischer Krieg“

Wie das „Volk“ (narod) des Zarenreiches den Ausbruch des Krieges wahrnahm und wie sich die Einstellungen der sozialen Klassen und Schichten zu seiner Fortsetzung wandelten, ist eine erst jüngst aufgeworfene Frage der wissenschaftlichen Forschung. Sicherlich wurden auch Teile Russlands im August 1914 von patriotischer Begeisterung erfasst. Diese lässt sich bis weit ins zweite Kriegsjahr hinein verfolgen. Allerdings zeigte dieser Enthusiasmus wesentliche Abstufungen und Besonderheiten. Seit der Jahrhundertwende befand sich Russland in einem „Jubiläumssieber“.²¹ Wichtiger noch als der vermeintliche Höhepunkt, die Dreihundertjahrfeier des Hauses Romanov im Jahr 1913, erwies sich die Nachwirkung der Feierlichkeiten zum hundertjährigen Jubiläum der Schlacht bei Borodino im Jahr 1912. Was lag in der aufgeheizten Atmosphäre des Sommers 1914 näher, als die Bedrohung durch das Deutsche Reich als Neuauflage der glorreichen Zeit des „Vaterländischen Krieges“ auszugeben. Wie damals sollte die Bevölkerung Russlands als unüberwindliche Einheit auftreten, alle sozialen, ethnischen und religiösen Unterschiede vergessen machen und sich vertrauensvoll um den Thron des Herrschers scharen.²² Allerdings war die Gesellschaft des Zarenreiches auf diesen ganz anderen und größeren Krieg psychologisch nicht vorbereitet. Erst nach Ausbruch der Kämpfe setzte eine Debatte über den Platz

²⁰ Dazu die faktenreiche, in der Anlage stark traditionalistische Sammlung zeitgenössischer Materialien, historischer Skizzen und Übersichten *Voennaja mysl' v izgnanii. Tvorčestvo russkoj voennoj emigracii* [Militärdenken in der Verbannung. Das Werk der russischen militärischen Emigration]. Moskva 1999. Zur Heterogenität der Erinnerungspflege in der Emigration Janeke, *Die verdrängte Erinnerung* (wie Anm. 8), S. 346 ff.

²¹ Konstantin Tsimbaev, *Die Orthodoxe Kirche im Einsatz für das Imperium. Kirche, Staat und Volk in den Jubiläumsfeiern des ausgehenden Zarenreichs*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 52 (2004), H. 3, S. 323-340, hier S. 355.

²² Kurt Schneider, *100 Jahre nach Napoleon. Russlands gefeierte Kriegserfahrung*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 49 (2001), S. 45-66.

und das Potenzial Russlands bzw. seiner Gegner ein.²³ Unter Arbeitern stand zunächst die Verteidigung des Vaterlandes durchaus hoch im Kurs. Mit ihr verband sich eine affektiv-spontane Verbundenheit mit der Heimat. Sie korrespondierte aber nur entfernt mit den ideellen Argumenten sozialistischer Parteiführer, Russland müsse seine Kulturwerte gegen den deutschen Imperialismus schützen. Vielmehr beteiligten sich Arbeiter an patriotischen Kundgebungen, Kreuzprozessionen und Gebeten in Kirchengemeinden.²⁴ Hingegen lässt sich unter der Bauernschaft, die die Hauptlast des Krieges zu tragen hatte (von den insgesamt 15,8 Mio. Rekruten stammten über 12,8 Mio. vom Land), kein vergleichbares Echo feststellen. In traditionellen Vorstellungen von einer natürlichen und göttlichen Ordnung verhaftet, blieben den Bauern die in der öffentlichen Debatte namentlich der politischen und intellektuellen Eliten verhandelten Ursachen, Ziele und Begründungen des Krieges uneinsichtig.²⁵

Nach den wiederholten Niederlagen und in den folgenden längeren Kampfpausen stellte sich daher umgehend die Frage nach dem Sinn einer Fortsetzung des Krieges und eines siegreichen Abschlusses in besonderer Schärfe. Als Folge davon brachen in der russischen Kriegsgesellschaft die alten sozialen Gräben wieder auf. Neue Konflikte kamen hinzu. Sowjetische Historiker wollten in der kriegsbedingten Legitimationskrise ausschließlich ein wiedererwachtes revolutionäres Bewusstsein von Arbeitern und Bauern sehen.²⁶ Die erst jüngst und noch unvollständig in die wissenschaftliche Forschung einbe-

²³ Dies vermerkten bereits Weltkriegsgeneräle in ihren Memoiren. Vgl. Aleksej A. Brusilov, *Moi vospominanija* [Meine Erinnerungen]. Moskva/Leningrad 1929, S. 70; Nikolaj N. Golovin, *Voennye usilija Rossii v mirovoj vojne* [Die militärischen Anstrengungen Russlands im Weltkrieg]. Bd. 1, Paris 1939, S. 120 f.

²⁴ Ol'ga S. Poršneva, *Krest'jane, rabočie i soldaty Rossii nakanune i v gody Pervoj mirovoj vojny* [Die Bauern, Arbeiter und Soldaten Russlands am Vorabend und in den Jahren des Ersten Weltkriegs]. Moskva 2004, S. 133.

²⁵ Ebenda, S. 88, 148 f.

²⁶ Siehe etwa K. Sidorov, *Rabočee dviženie v Rossii v gody imperialističeskoj vojny (1914–1917 gg.)* [Die Arbeiterbewegung in Russland in den Jahren des imperialistischen Krieges (1914–1917)], in: *Očerki po istorii Oktjabr'skoj revoljucii* [Skizzen zur Geschichte der Oktoberrevolution]. Bd. 1, Moskva/Leningrad 1927; Stanislav V. Tjutjukin, *Vojna, mir, revoljucija. Idejnaja bor'ba v rabočem dviženii Rossii 1914–1917 gg.* [Krieg, Frieden, Revolution. Der ideologische Kampf in der Arbeiterbewegung Russlands 1914–1917]. Moskva 1972; vgl. ders., *Pervaja mirovaja vojna i revoljucionnyj process v Rossii (rol' nacional'no-patriotičeskogo faktora)* [Erster Weltkrieg und revolutionärer Prozess in Russland (Die Rolle des nationalen und patriotischen Faktors)], in: *Pervaja mirovaja vojna. Prolog XX veka* [Der Erste Weltkrieg. Prolog des 20. Jahrhunderts]. Moskva 1998, S. 240; Jurij I. Kir'janov, *Byli li antivoennye stački v Rossii v 1914 godu?* [Gab es 1914 Antikriegsstreiks in Russland?], in: *Voprosy Istorii* (1994), Nr. 2, S. 43–52.

zogenen Feldpostbriefe, Zensurprotokolle, Soldatenlieder, Bittschriften oder Statistiken des Medizinischen Dienstes erzählen andere Geschichten.²⁷ Seit den 1920er Jahren hatten sich vereinzelt meist russische Schriftsteller mit diesem Erbe befasst. Ihre Bemühungen um eine Einbeziehung der authentischen „Stimmen“ aus der Mitte der Bevölkerung wurden aber von der etablierten Historiografie ignoriert.²⁸ Hier liegen die ersten, später verschütteten Wurzeln für eine sozialgeschichtliche, kultur- und psychohistorische Herangehensweise an die individuellen und gruppenspezifischen Erfahrungshorizonte russischer Bauern, Arbeiter und Soldaten.

Angesichts der bei diesem Material nicht überraschenden Häufung widersprüchlicher Details sind Verallgemeinerungen mit Vorsicht zu behandeln.²⁹ Unter dem periodischen massiven Beschuss moderner Waffen zerbrach die robuste Widerstandskraft der überwiegend bäuerlichen Rekruten. Die Kriegspropaganda versuchte gegenzusteuern, indem sie Analogien zwischen den Zyklen der Feldarbeit und dem Kriegshandwerk zog. Bilderbögen (*lubki*) illustrierten, wie Bauernsoldaten scheinbar leichthändig „pflügend“ und „mähend“ die Reihen der Gegner lichteten. Pflug, Sense und Heugabel symbolisierten Gewehr und Bajonett oder wurden lediglich durch diese ersetzt.³⁰ Doch verurteilten die überwältigenden Artillerieattacken die Verteidiger oftmals zur Untätigkeit. Der folkloristisch umgedeutete Kriegsalldag hörte in Wirklichkeit auf, berechenbar zu sein. Erschöpfung und Niedergeschlagenheit förderten die Selbstmordneigung unter den

²⁷ Erste Eindrücke von der Qualität des Materials vermitteln die veröffentlichten, thematisch aber begrenzten Zeugnisse: *Soldatskie pis'ma 1917 goda* [Soldatenbriefe des Jahres 1917], hrsg. v. Ol'ga N. Čadaeva. Moskva/Leningrad 1927; *Soldatskie pis'ma v gody mirovoj vojny (1914–1917 gg.)* [Soldatenbriefe in den Jahren des Weltkrieges (1914–1917)], eingel. v. Ol'ga N. Čadaeva, in: *Krasnyj archiv* (1934), Bd. 4-5, S. 118-163; „Soldaty smotrjaj na vojnu kak na ogromnoe nesčast'e“ (Soldatskie pis'ma s frontov Pervoj mirovoj vojny) [„Die Soldaten schauen auf den Krieg wie auf ein großes Unglück“ (Soldatenbriefe von den Fronten des Ersten Weltkrieges)], in: *Echo vekov* (1998), Nr. 3-4, S. 177-184.

²⁸ Vgl. die literarischen Bearbeitungen: Lev N. Vojtolskij, *1914 i 1915. (Po sledam vojny) [1914 und 1915. (Auf den Spuren des Krieges)]*. Leningrad 1928; ders., *Po sledam vojny: Pochodnye zapiski 1914–1917 [Auf den Spuren des Krieges: Marschaufzeichnungen 1914–1917]*. Leningrad 1925; Sof'ja Z. Fedorčenko, *Narod na vojne. Frontovye zapisi [Das Volk im Krieg. Frontaufzeichnungen]*. Kiev 1917 (Nachdruck Moskva 1990); Valentin P. Kataev, *Junoškij roman [Jugendroman]*. Moskva 1983 (deutsch unter dem Titel: *Die Bekenntnisse meines alten Freundes Sascha Pischolkin. Roman einer Jugend*. Berlin 1984).

²⁹ Grundlegend und wegweisend Elena S. Senjavskaia, *Psichologija vojny v XX veke. Istoričeskij opyt Rossii [Kriegspsychologie im 20. Jahrhundert. Die historische Erfahrung Russlands]*. Moskva 1999; Poršneva, *Krest'jane* (wie Anm. 24).

³⁰ Stephen N. Norris, *A War of Images. Russian Popular Prints, Wartime Culture, and National Identity, 1812–1945*. DeKalb 2006, S. 135-163.

Rekruten, auch wenn die überaus selektive Militärzensur aus der Korrespondenz der Soldaten mit ihren Angehörigen Siegeszuversicht und Enthusiasmus herauslesen wollte.³¹

Als wichtiges Untersuchungsfeld hat sich jüngst die Bedeutung religiöser Überzeugungen bei der Bewältigung der existenziellen Notlagen des Kriegszustandes aufgetan. Dabei geht es etwa um die Bemühungen von Militärgeistlichen, Zuversicht und Kampfmoral unter den Soldaten zu fördern oder aufrecht zu erhalten, etwa indem sie sich selbst als Patrioten präsentierten, Heilige zu Vorbildern gottgefälliger Opferbereitschaft stilisierten, das Schlachtfeld als Bewährungsprobe für Glaubenskrieger und den Krieg als Stifter nationaler und spiritueller Identität ausgaben.³² Offenbar konnte dieser Beistand nicht verhindern, dass Frömmigkeit und Kirchengläubigkeit ihre Bindekraft einbüßten und die intellektuelle Losung des Jahres 1914 vom „Krieg, an den wir glauben“ rasch verhallte.³³ Die vom Episkopat postulierte abstrakte Einheit zwischen Zar, Volk, Vaterland und Orthodoxie vermochten die desillusionierten Soldaten an der Front und die Verwundeten in der Etappe nur schwer mit den eigenen Erfahrungen in Einklang zu bringen. Nur entfernt klangen die Nöte des Kriegsalltags in den Zeugnissen der Militärseelsorge an. Ebenso wenig reflektierten diese die politischen und sozialen Konflikte sowie die materiellen und psychischen Nöte im Hinterland. Der Krieg forderte das Amtsverständnis der Geistlichkeit in extremer Weise heraus.

³¹ Irina Davidian, *The Russian Soldier's Morale from the Evidence of Tsarist Military Censorship*, in: *Facing Armageddon. The First World War Experienced*, hrsg. v. Cecil Hugh u. Peter Liddle. London 1988, S. 425-433.

³² Scott M. Kenworthy, *The Mobilization of Piety: Monasticism and the Great War in Russia, 1914–1916*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 52 (2004), H. 3, S. 388-401. Auf der Basis von Jahresberichten der Diözesanverwaltungen an den Hl. Synod relativiert der Autor die Ansicht, die Orthodoxie insgesamt habe im Krieg dramatisch an Popularität verloren. Zumindest die Klöster seien, unbeschadet der Kritik an den Kirchenoberen, an der theologischen Rechtfertigung des Krieges oder an den Skandalen um Rasputin, Kristallisationspunkte des Volksglaubens geblieben. Vgl. Aleksandr S. Senin, *Armejskoe duhovenstvo Rossii v Pervuju mirovuju vojnu* [Die Militärgeistlichkeit Russlands im Ersten Weltkrieg], in: *Voprosy Istorii* (1990), Nr. 10, S. 159-165.

³³ Dietrich Beyrau, *Projektionen, Imaginationen und Visionen im Ersten Weltkrieg: Die orthodoxen Militärgeistlichen im Einsatz für Glauben, Zar und Vaterland*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 52 (2004), H. 3, S. 402-420; Vladimir V. Noskov, „Vojna, v kotoruju my verim“: načalo Pervoj mirovoj vojny v vosprijatii duchovnoj elity Rossii [„Der Krieg, an den wir glauben“: Der Beginn des Ersten Weltkriegs in der Wahrnehmung der geistlichen Elite Russlands], in: *Rossija i pervaja mirovaja vojna* (wie Anm. 11), S. 326-337. Vgl. dagegen Sergej L. Firsov, *Russkaja cerkov' nakanune peremen (konec 1890-ch – 1918 gg.)* [Die Russische Kirche am Vorabend der Veränderungen (Ende der 1890er Jahre bis 1918)]. St. Peterburg 2002, der Bezüge zum Weltkrieg ausblendet.

Zugleich beschleunigte er den Wandel der Glaubenspraktiken des Kirchenvolks und veränderte die religiös imprägnierten Deutungen der Realität. Was in der Revolution von 1905 seinen Anfang genommen hatte, setzte sich unter dem Eindruck der Schrecken der Front, der Zerrüttung der militärischen, staatlichen und kirchlichen Strukturen und der Ohnmacht gegenüber der Anonymität der gewaltigen Kriegsmaschinerie fort: Die Kluft zwischen Klerus und Amtskirche einerseits sowie „Volk“ und gesellschaftlichen Institutionen andererseits vertiefte sich.³⁴ Dabei bestätigen sich Einsichten über Episoden an der Westfront: Bei unmittelbarer Berührung mit dem Gegner konnte es vorkommen, dass die massive Feindbildpropaganda ins Leere zielte. Nicht nur, wenn die „rechtgläubigen“ Soldaten auf der anderen Seite der Front Glaubensbrüder vermuteten, sondern grundsätzlich beim Herannahen der großen christlichen Festtage Weihnachten und Ostern kam es zu Verbrüderungen.

Der Krieg unterbrach abrupt, was in Russland seit der Bauernbefreiung an sozialer Emanzipation, zivilgesellschaftlicher Transformation, technologischem Fortschritt und ökonomischer Dynamik erreicht worden war. Das multiethnische Millionenheer durchlief in wenigen Jahren eine Sozialisation in den Techniken der Massenmobilisierung und der Gewalt. Wenn die Soldaten sich ihren dörflichen und städtischen Herkunftsmilieus auch nicht vollkommen entfremdeten, so erzeugte der Einsatz fern der Heimat doch ein Gefühl von Distanz und Entwurzelung. Während einerseits die Vereinsamung in der Menge zu einer ungewohnten, intensiven Erfahrung wurde, wuchs andererseits der Wunsch nach kompensatorischen Formen der Vergemeinschaftung, die imstande waren, den Belastungen und der ständigen Gefahr zu trotzen.³⁵ Da weder Regierung noch Geistlich-

³⁴ Für die Vorkriegszeit anhand regional- und lokalgeschichtlicher Beispiele: Gregory L. Freeze, *A Pious Folk? Religious Observance in Vladimir Diocese, 1900–1914*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 52 (2004), H. 3, S. 323–340; Page Herrlinger, *Raising Lazarus: Orthodoxy and the Factory Narod in St. Petersburg, 1905–1914*, in: *Ebenda*, S. 341–354. Vgl. Tsimbaev, *Orthodoxe Kirche (wie Anm. 21)*, S. 355–370; Werner Benecke, *Zur Rolle der russisch-orthodoxen Militärgestlichkeit vor 1914. Assoziationen und Konnotationen*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 52 (2004), H. 3, S. 371–387; Sergej L. Firsov, *Pravoslavnaja cerkov' i gosudarstvo v poslednee desjatiletie suščestvovanija samoderžavija v Rossii* [Orthodoxe Kirche und Staat im letzten Jahrzehnt des Bestehens der Autokratie in Russland]. St. Peterburg 1996, S. 536–568.

³⁵ Zum Problem der Rekonstruktion subjektiver Wahrnehmungen, zum Mangel an „simultanen“ Selbstzeugnissen russischer Soldaten bzw. zu der oft nur mittelbaren Kenntnis aus den ebenfalls seltenen Berichten von Offizieren und Befehlshabern: Igor Narskij, *Kriegswirklichkeit und Kriegserfahrung russischer Soldaten an der russischen Westfront 1914/15*, in: *Die vergessene Front (wie Anm. 8)*, S. 249–261, hier S. 249 f. Über die Versuche, durch Orden, Ehrentitel oder einen patriotischen Feiertag die Vorstellung von einer „Nation un-

keit in der Lage waren, den Sinn der Entbehrungen und des Sterbens für die Wohlfahrt des Landes überzeugend zu erklären, gewannen die konfliktträchtigen Partikularinteressen der Vorkriegszeit in neuer Schärfe die Oberhand. Unter der Anspannung des Krieges fehlten den geschwächten staatlichen Instanzen die Mittel, die wachsende Unruhe beherrschbar zu halten.³⁶

Kulturkrieg

Symptomatisch für die Überformung und Umdeutung des Ersten Weltkriegs im russischen historischen Gedächtnis war die konsequente Ausblendung der kulturellen Produktion der Jahre 1914 bis 1917. Die zeitgenössische Auseinandersetzung von Schriftstellern, Künstlern, Philosophen, Soziologen, Theologen und Publizisten mit dem „Krieg der Völker“, dem Massensterben an der Front und dem gesellschaftlichen Ausnahmezustand im Hinterland bildet einen Speicher heterogener Wahrnehmungsweisen und Erfahrungswelten im Krieg.³⁷ Von der Rekonstruktion dieses Materials darf ein facettenreiches Panorama des „Kulturkrieges“ erwartet werden, wie es bereits für die Mitte und den Westen Europas teils nationalstaatlich, teils auch komparatistisch erstellt worden ist.³⁸

ter Waffen“ zu befördern: Melissa K. Stockdale, *United in Gratitude. Honoring Soldiers and Defining the Nation in Russia's Great War*, in: *Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History* 7 (2006), Nr. 3, S. 459-485.

³⁶ Unter mentalitätsgeschichtlicher Perspektive Poršneva, *Krest'jane* (wie Anm. 24). Vgl. die Synthese zu Kriegsgesellschaft und Kriegswirtschaft bei Peter Gatrell, *Russia's First World War. A Social and Economic History*. London 2005.

³⁷ Als erste Orientierung für den russischen Fall Richard Stites, *Days and Nights in Wartime Russia: Cultural Life, 1914-1917*, in: *European Culture in the Great War. The Arts, Entertainment, and Propaganda, 1914-1918*, hrsg. v. A. Roshwald u. R. Stites. Cambridge 1999, S. 8-31; Nikolaj Plotnikov, Modest Kolerov, „Den inneren Deutschen besiegen“. Nationalliberale Kriegsphilosophie in Rußland 1914-1917, in: *Verführungen der Gewalt* (wie Anm. 10), S. 31-70; Wladimir Jessakov, *Die Petersburger Akademie der Wissenschaften und der Umbruch in den russisch-deutschen Wissenschaftsbeziehungen 1914-1917*, in: Ebenda, S. 531-549. Wegweisend für die weitere Forschung in diesem Bereich: *Kollegen – Kommilitonen – Kämpfer. Europäische Universitäten im Ersten Weltkrieg*, hrsg. v. Trude Maurer. Stuttgart 2006; dies., *Der Krieg der Professoren. Russische Antworten auf den deutschen Aufruf „An die Kulturwelt“*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* (2004), Bd. 1, S. 221-247.

³⁸ Erwähnt seien Alan Kramer, *Dynamic of Destruction. Culture and Mass Killing in the First World War*. Oxford 2007; Vincent Sherry, *The Great War and the Language of Modernism*. Oxford 2003; *European Culture* (wie Anm. 37); *Kultur und Krieg: Die Rolle der Intellektuellen, Künstler und Schriftsteller im Ersten Weltkrieg*, hrsg. v. Wolfgang J. Mommsen. München 1996; Modris Eksteins, *Rites of Spring. The Great War and the Birth of the Modern Age*. Boston 1989 (deutsche Ausgabe 1990).

Die partielle Beteiligung der Geisteseliten an der patriotischen Kriegspropaganda des Zarenreiches³⁹ diente der sowjetischen Geschichtsschreibung als Vorwand, die gesamte russische Kriegskultur unter Generalverdacht zu stellen und ihre Marginalisierung zu rechtfertigen. Unter Verweis auf die vermeintlich umfassende Kriegszensur wurde unterstellt, die zugelassenen Erzeugnisse repetierten lediglich offizielle Standpunkte, huldigten einem monotonen Militarismus oder seien bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt.⁴⁰ Zur Entstehung der Forschungslücke zwischen der Kultur des Silbernen Zeitalters und der Revolutionskultur trug indes auch bei, dass der Vorabend des Weltkrieges als Höhepunkt und Abschluss einer beispiellosen Aufwärtsentwicklung der russischen Zivilisation interpretiert wurde.⁴¹ Was Künstler und Schriftsteller als „Katastrophenzeit“, als Wechselbad von Zukunftsfreude und Endzeitstimmung, als Widerspruch zwischen Prosperität und Dekadenz empfanden, wurde als „Epochenende“ und „Epochenwende“ interpretiert.⁴²

Stichproben bestätigen jedoch, dass die russische Kriegskultur Bestandteil einer Sattelzeit ist, die im weiteren Sinne 1904/05 mit dem Russisch-Japanischen Krieg und der ersten Revolution, im engeren Sinne mit dem Kriegseintritt Russlands 1914 beginnt und 1921/22 mit dem Bürgerkrieg endet. Im Unterschied zu den anderen kriegführenden Ländern verhielt sich der russische Staat im Kultursektor eher passiv. Entweder misstraute er den Folgewirkungen einer massiv in die Gesellschaft hineingetragenen Kriegspropaganda oder unterschätzte das darin ruhende mannigfaltige Mobilisierungspotenzial.⁴³ Es blieb deshalb der Initiative von Verlegern, Schriftstellern, Publizisten, Künstlern und Gelehrten überlassen, individuell und in spontanen Gruppenbildungen oder im Rahmen von Verbänden und Vereinigungen das Kriegsgeschehen publizistisch, literarisch oder künstlerisch zu verarbeiten und zu medialisieren.⁴⁴ Die funktionalen Bei-

³⁹ Dazu Hubertus F. Jahn, *Patriotic Culture in Russia during World War I*. Ithaca/London 1995.

⁴⁰ Zum Erfahrungshorizont der Bolschewiki in Welt- und Bürgerkrieg Dietrich Beyrau, *Der Erste Weltkrieg als Bewährungsprobe. Bolschewistische Lernprozesse aus dem „imperialistischen“ Krieg*, in: *Journal of Modern European History* 1 (2003), Nr. 1, S. 96-123; vgl. oben die Literaturangaben in Anm. 13.

⁴¹ Felix Philipp Ingold, *Der große Bruch. Rußland im Epochenjahr 1913. Kultur, Gesellschaft, Politik*. München 2000.

⁴² Ebenda, S. 19-23.

⁴³ Vgl. Stites, *Days* (wie Anm. 37), S. 9.

⁴⁴ Vgl. Nikolaj N. Smirnov, *Vojna i rossijskaja intelligencija* [Krieg und russländische Intelligencija], in: *Rossija i pervaja mirovaja vojna* (wie Anm. 11), S. 257-270; Ben Hellman,

träge zur Hebung der Kampfmoral an der Front, zur Unterstützung der Armee im Hinterland oder zur Besänftigung des wachsenden Unmuts in der Bevölkerung bildeten nur einen Bruchteil des Repertoires. Aufschlussreicher ist es zu ergründen, wie die im Zuge der Staatskrise wachsenden Freiräume der Öffentlichkeit genutzt wurden, über die offiziellen Feindbilder der ersten Kriegsmonate hinaus Stereotypen von „Feinden im Innern“ zu verbreiten und damit die Gewaltbereitschaft gegen Teile der russischen Gesellschaft bzw. einzelne ethnische Gruppen zu lenken. Friedensappelle, Klagen über Verluste und defätistische Manifestationen signalisierten, dass sich die Reihen der Kriegsgesellschaft im Zarenreich auflösten. Die zunehmend scharfe Kritik am Luxus der Hofgesellschaft, an einzelnen Ministern und Generälen und schließlich die Skandalisierung der Zarenfamilie begleiteten den rapiden Verfall der innenpolitischen Stabilität und der Loyalität zu Kriegsbeginn.⁴⁵ Sie liefen den aufmunternden Gedichten der Boulevardpresse, der Plakatwerbung für Kriegsanleihen und den patriotischen Vortragsveranstaltungen der „Vaterlandsverteidiger“ den Rang ab. Während die Folgen des Kampfgeschehens an der Front ins öffentliche Bewusstsein gehoben wurden, bildeten sich die Konfliktlinien innerhalb und zwischen einzelnen Segmenten der Gesellschaft heraus.⁴⁶ Dabei prallten patriotische und defätistische Gesinnung, das Bestreben nach nationalkultureller Abschottung oder das nach kosmopolitischer Öffnung und der Hass der Frontsoldaten gegen Deserteure, „Verräter“, Drückeberger und Profiteure aufeinander.

In den literarischen und künstlerischen Bildern der Kriegsjahre gewinnt die sich hier abzeichnende menschliche Tragödie scharfe Konturen.⁴⁷ Neben der Belletristik für das gebildete Publikum fanden Kopekenliteratur und nationalistische Erbauungsprosa den Weg zum

Poets of Hope and Despair. The Russian Symbolists in War and Revolution (1914–1918). Helsinki 1995; ders., *Kogda vremja slavjanofil'stvovalo. Russkie filosofy i pervaja mirovaja vojna* [Als die Zeit slavophil wurde. Russische Philosophen und Erster Weltkrieg], in: *Studia russica helsingiensia et tartuensia*, hrsg. v. L. Bückling u. P. Pesonen. Bd. 1, Helsinki 1989, S. 211–239; Elaine Rusinko, *The Theme of War in the Works of Gumilev*, in: *Slavic and East European Journal* 21 (1977), Nr. 2, S. 204–213.

⁴⁵ Boris Kolonitskii, *The Desacralization of the Monarchy: Rumors and ‚Political Pornography‘ during World War I*, in: *Language and Revolution. Making Modern Political Identities*, hrsg. v. Igal Halfin. London/Portland 2002, S. 47–81.

⁴⁶ Exemplarisch S'juzan Morrissi (Susan Morrissey), *Meždu patriotizmom i radikalizmom: petrogradskie studenty v gody Pervoj mirovoj vojny* [Zwischen Patriotismus und Radikalismus: Die Petrograder Studenten in den Jahren des Ersten Weltkriegs], in: *Rossija i pervaja mirovaja vojna* (wie Anm. 11), S. 288–302.

⁴⁷ Anatolij I. Ivanov, *Pervaja mirovaja vojna v russkoj literature 1914–1918 gg.* [Der Erste Weltkrieg in der russischen Literatur 1914–1918]. Tambov 2005.

Massenleser, der auch im Krieg eher Zerstreuung als Aufklärung suchte.⁴⁸ In den Dörfern wurde ein wachsendes Interesse an Zeitungen, gemeinsamer Lektüre in Zirkeln und Lesestuben registriert. Dabei erfreuten sich Erzählungen aus dem Leben Jesu nicht minderer Beliebtheit wie die verkündeten Heldentaten des allbekanntesten, fintenreichen kosakischen Volkshelden Kuz'ma Kruèkov, der die Deutschen mit einer Lanze das Fürchten lehrte.⁴⁹ Besonders eindringlich fielen solche Heldengeschichten oder die antideutschen und antihabsburgischen Feindstereotypen in den populären kolorierten Bilderbögen aus.⁵⁰ In den hier niedergelegten Feindbildkonstruktionen begegnen uns Motive, die sich in der nachfolgenden Gewaltgeschichte Russlands fortsetzten.⁵¹

Die Schlagworte von „Volk“, „Vaterland“ und „Glauben“ konnten die ethnischen und religiösen Gegensätze des Imperiums nicht länger überspielen. Vielmehr setzten die schriftlichen, mündlichen und visuellen Mittel des „Kulturkrieges“ Mechanismen der Inklusion und Exklusion in Gang. Wer nationale, kulturelle und religiös-konfessionelle Gleichberechtigung im Inneren forderte, geriet in Gegensatz zu den Verfechtern des „einen, unteilbaren Russlands“. Diese mochten sich noch an Thron, Regierung oder Orthodoxer Kirche orientieren, doch attackierten sie die nicht-russischen und andersgläubigen Teile der Bevölkerung zunehmend spontan. Ein „Verrat an der Rechtgläubigkeit“ konnte als „Verrat am Volk“ ausgelegt werden.⁵² Für non-

⁴⁸ Werner Benecke, Kopekenliteratur für Rußlands Wehrpflichtige. Die „Soldatskaja Biblioteka“ 1896–1917, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 50 (2002), H. 2, S. 246–275; Jeffrey Brooks, *When Russia Learned to Read. Literacy and Popular Literature, 1861–1917*. Princeton 1985, S. 29, 351.

⁴⁹ Jahn, *Patriotic Culture* (wie Anm. 39), S. 24, 87; Brooks, *Russia* (wie Anm. 48), S. 32 f.

⁵⁰ Norris, *War of Images* (wie Anm. 30); Ben Chellman (Hellman), *Pervaja mirovaja vojna v ljubočnoj literature* [Der Erste Weltkrieg in der Bilderbogen-Literatur], in: *Rossija i pervaja mirovaja vojna* (wie Anm. 11), S. 303–314.

⁵¹ Elena S. Senjavskaja, *Protivniki Rossii v vojnach XX veka. Evoljucija „obraza vraga“ v soznanii armii i obščestva* [Die Gegner Russlands in den Kriegen des 20. Jahrhunderts. Die Evolution des „Feindbildes“ im Bewusstsein von Armee und Gesellschaft]. Moskva 2006; Klaus Waschik, *Metamorphosen des Bösen. Semiotische Grundlagen deutsch-russischer Feindbilder in der Plakatpropaganda der 1930er bis 1950er Jahre*, in: *Verführungen der Gewalt* (wie Anm. 10), S. 297–339; Larissa Korowina, *Munition ohne Patronen. Antideutsche Stimmungen und Propaganda in der russischen Armee während des Ersten Weltkriegs*, in: Ebenda, S. 243–266; Tatjana Filippowa, *Von der Witzfigur zum Unmenschen. Die Deutschen in den Kriegsausgaben von „Nowyj Satirikon“ und „Krokodil“*, in: Ebenda, S. 267–296.

⁵² So ein Artikel der *Izvestija po Kazanskoj Eparchii* aus dem Jahre 1916 (zit. nach Beyrau, *Militärgeistliche* [wie Anm. 33], S. 410). In die Propaganda gegen den äußeren Feind mischte sich ebenfalls eine konfessionelle Nuance. In den Deutschen sahen Militärgeistliche vorwiegend nur noch die „Protestanten“, die weder Tradition noch Hierarchie achteten.

konforme Haltungen und Überzeugungen wurde der Begriff des „inneren Deutschen“ geprägt. Darunter fielen neben „Deserteuren“ und „Defätisten“ immer häufiger Juden und Angehörige anderer nationaler Minderheiten wie die deutschen Kolonisten und die Polen.⁵³ Gegen die „Fremden“ innerhalb der russischen Reichsgrenzen oder an der westlichen Peripherie richtete sich der Verdacht, insgeheim mit dem äußeren Gegner zu kollaborieren. Er diente zur Rechtfertigung von Pogromen, Deportationen und Vertreibungen. Ethnische Kategorien bestimmten darüber, welche Gruppen als potentielle Verbündete gelten und zeitweilig oder dauerhaft mobilisiert werden konnten und welche zu Opfern wurden.⁵⁴ Was als Suche nach Schuldigen und Sündenböcken für das ausbleibende Kriegsglück und für die Misere an der Heimatfront begann, entwickelte sich zur schwer kalkulierbaren Sprengkraft für das Imperium.

Das literarische Gedächtnis

Einen gesonderten Erinnerungsstrang bzw. mehr oder weniger in sich geschlossene Kapitel russischer Rückblenden auf den Ersten Weltkrieg bilden einzelne literarische Zeugnisse, die erst nach Stalins Tod und teilweise zunächst nur im Ausland erscheinen konnten. Unter diesen singulären Wegmarken eines insgesamt fragmentarischen litera-

Ihr Kaiser erschien ihnen als „Antichrist“ und Wegbereiter des Heidentums; siehe S.D. Bogoslovskij, *Vojna i christianstvo* [Krieg und Christentum]. Moskva 1915, S. 7 ff., 18 ff., zit. ebenda.

⁵³ Ludmila Gatagowa, „Chronik der Exzesse“. Die Moskauer Pogrome von 1915 gegen die Deutschen, in: *Verführungen der Gewalt* (wie Anm. 10), S. 1085-1112. Vgl. Oleg V. Budnickij, *Mirovoj krizis 1914–1920 godov i sud’ba vostočnoevropejskogo evrejstva* [Die Weltkrise 1914–1920 und das Schicksal des osteuropäischen Judentums]. Moskva 2005; Alexander V. Prusin, *Nationalizing a Borderland. War, Ethnicity, and Anti-Jewish Violence in East Galicia, 1914–1920*. Tuscaloosa 2005; ders., *The Russian Military and the Jews in Galicia, 1914–15*, in: *The Military and Society in Russia 1450–1917*, hrsg. v. Eric Lohr u. Marshall Poe. Leiden 2002, S. 525-544; Frank M. Schuster, *Zwischen allen Fronten: Osteuropäische Juden während des Ersten Weltkrieges (1914–1919)*. Köln 2004; Aleksandra Ju. Bachturina, *Okrainy Rossijskoj imperii. Gosudarstvennoe upravlenie i nacional’na politika v gody Pervoj mirovoj vojny (1914–1917 gg.)* [Die Randgebiete des russländischen Imperiums. Staatsverwaltung und nationale Politik in den Jahren des Ersten Weltkriegs (1914–1917)]. Moskva 2004; Eric Lohr, *Nationalizing the Russian Empire. The Campaign Against Enemy Aliens During World War I*. Cambridge 2003.

⁵⁴ Joshua A. Sanborn, *Drafting the Russian Nation. Military Conscription, Total War, and Mass Politics, 1905–1925*. DeKalb 2003, S. 204 f.; Eric Lohr, *The Russian Army and the Jews. Mass Deportations, Hostages, and Violence during World War I*, in: *Russian Review* 60 (2001), Nr. 3, S. 404-419; Peter Gatrell, *A Whole Empire Walking. Refugees in Russia During World War I*. Bloomington/Indianapolis 1999, S. 141-170.

rischen Gedächtnisses stechen drei Romane hervor. Zwei davon sind überwiegend autobiografisch motiviert, der dritte weist zumindest partiell familiengeschichtliche Bezüge auf. Obwohl sie also Zeichen setzten und in ihrer Zeit ein stärkeres oder schwächeres Echo unter Lesern und Literaturkritikern fanden, konnten sie keine öffentliche Geschichtsdebatte in Russland über den Ersten Weltkrieg stimulieren. Erst recht erreichten sie die professionellen Historiker nicht.

Am Anfang dieser losen Reihe poststalinistischer Romane über die Jahre des Ersten Weltkrieges stand Konstantin G. Paustovskij's Werk „Unruhige Jugend“ (*Bespokojnaja junost'*) aus dem Jahre 1955. Es handelt sich um den zweiten Teil der sechsbändigen autobiografischen „Erzählung vom Leben“ (*Povest' o žizni*), der von der Studentenzeit in Kiev am Vorabend des Weltkrieges bis in das Revolutionsjahr 1917 reicht.⁵⁵ Im Mittelpunkt der Erinnerung stehen die Erfahrungen als Sanitäter, Straßenbahner, Rüstungsarbeiter, Fischer und Provinzreporter an wechselnden Schauplätzen des russischen Kernlandes und der westlichen und südlichen Peripherie. Unmittelbar mit den Schicksalen unzähliger Bauern und Soldaten, Ärzten und Offizieren, Gastwirten und Prostituierten konfrontiert, durchläuft der autobiografische Erzähler den schmerzhaften Prozess von jugendlicher Unbefangenheit bei Kriegsausbruch, über den Anblick und das Erleben extremen menschlichen Leids bis hin zur überzeugten Kriegsgegnerschaft. Durch Zufall erfährt er vom Tod der Brüder, die beide am selben Tag fielen. Paustovskij leistet mit diesem Werk einen wesentlichen Beitrag zur Abkehr vom Heldenkult der Stalinzeit. Was übrige Autoren der „Tauwetter“-Periode am Beispiel anderer Epochen und Stoffe vollzogen – die Abkehr von den großen Gesten und den monumentalen Lebensentwürfen –, gelingt Paustovskij mit der Darstellung der Wirren des Weltkrieges. Die Individuen sind Getriebene eines unbändigen Geschehens, das bis tief in ihre Privatsphäre und in ihre Gefühlswelt eindringt. Auf diese Weise verschaffte das Werk den noch zahlreichen „Mitlebenden“ (Hans Rothfels) der Weltkriegszeit einen literarischen Spiegel und den nachgeborenen Generationen überhaupt erstmals die Möglichkeit zur Imagination einer entscheidenden Zäsur der russischen Geschichte des 20. Jahrhunderts.

1971 erschien in Paris Aleksandr I. Solženicyns historischer Roman „August 1914“ (*Avgust četyrnadcatogo*) als erster Teil der monumen-

⁵⁵ *Bespokojnaja junost'* erschien 1955 zunächst in der Zeitschrift „Novyj Mir“, zwei Jahre später als dritter Band einer sechsbändigen Werkausgabe. Ins Deutsche wurde das Werk erstmals 1962 übertragen.

talen literarischen Chronik der russischen Revolution „Das Rote Rad“ (Krasnoe koleso). Der Weltkrieg wird einerseits als Drehscheibe der russischen Geschichte gedeutet. Andererseits ist die ausgeprägt funktionelle Ausrichtung der Ereignisse auf das Jahr 1917 unübersehbar. Solženicyn schwankte bei der Konzeption des Romans zwischen historischer Dokumentation, familienbiografischer Rückschau und multiperspektivischem literarischen Experiment. Sein teils ethischer, teils geschichtsphilosophischer Deutungsanspruch wiederum ist einem der Literatur und nicht der Historiografie vorbehaltenen Privileg zur Erfassung der „wahren“ Vergangenheit verpflichtet, steht aber in Konkurrenz mit einem ausgeprägten religiös-patriotischen Gestus. Schließlich bedient er sich schematischer Wechsel zwischen nüchternfaktischer Darstellung und fiktionalen Elementen, konventioneller militärischer Operationsgeschichte und personalisierenden Entscheidungssituationen, zivilem Leben und Frontgeschehen. Nicht zuletzt diese Unentschiedenheit sowie die fehlende Geschlossenheit verhinderte, dass das Werk wenigstens im Ausland eine nachhaltige Wirkung erzielte und dem vernachlässigten Thema eine Bresche für weitere Bearbeitungen schlug. In der Sowjetunion konnte der Roman erstmals 1990 gedruckt werden.⁵⁶

In Valentin P. Kataevs Spätwerk „Jugendroman“ von 1981 schließlich sind neben autobiografischen Elementen des Autors auch Soldatenbriefe des Jahres 1916 über den Alltag im Stellungskrieg verarbeitet. Ungeachtet dieses aufschlussreichen authentischen Materials blieb dem Roman eine breite Rezeption verwehrt.⁵⁷

Sofern die Ansicht Gültigkeit besitzt, die russische Literatur habe seit dem 19. Jahrhundert nicht nur die Funktion einer Ersatzöffentlichkeit übernommen, sondern auch menschliche Erfahrung verarbeitet und konserviert, sei also zu einem Archiv historischer Erinnerung

⁵⁶ Aleksandr I. Solženicyn, *Av gust četjrnadcatogo. 10-21 avgusta*. Paris 1971. Eine erheblich erweiterte und überarbeitete Fassung erschien in Paris 1983 in zwei Bänden. Vgl. die Folgebände „Oktober 1916“ („Oktjabr' šestnadcatogo“) (1984) und „März 1917“ („Mart semnadcatogo“) (1986–1988). Deutsche Übersetzungen der Neufassung des ersten Teils bzw. der gesamten Trilogie erschienen zwischen 1987 und 1990. Zur Entstehungsgeschichte und Einordnung des Werks Birgit Menzel, August 1914. Aleksandr Solženicyn und die russische Literatur zum Krieg in den ersten Kriegsjahren, in: *Die vergessene Front* (wie Anm. 8), S. 231-248, hier S. 241-248.

⁵⁷ Kataev, *Junošeskij roman* (wie Anm. 28). Als weiterer Autor, der nähere Betrachtung verdiente, weil er als junger Mann Tagebuch führte und seine Weltkriegserfahrungen später literarisch aufarbeitete, ist Vsevolod V. Višnevskij (1900–1951) zu nennen. Zur ersten Orientierung Wladimir Neweshin, *Das Feindbild eines Kombattanten*. Der Schriftsteller Wsewolod Wischnewskij in den Weltkrieg, in: *Verführungen der Gewalt* (wie Anm. 10), S. 681-707.

geworden, muss die fiktionale Gestaltung des Weltkriegsthemas insofern als Abweichung oder sogar Ausnahme gelten, als dies wohl nur für die zeitgenössischen Werke zutrifft. Hingegen konnten die wenigen retrospektiven und exklusiven Bearbeitungen dieses Sujets weder angesammelte Wissensbestände akkumulieren und verdichten noch sie im Sinne historischer Bewusstseinsbildung fortentwickeln oder eine Denktradition begründen. Deshalb blieb ein ansonsten verdienstvolles Werk aus den 1930er Jahren über die Weltkriegsliteratur, das eine erste Bestandsaufnahme versuchte, ohne nachhaltige Resonanz.⁵⁸ Nach dem Ende der Sowjetunion war es kaum noch möglich, an diese Vorleistung anzuknüpfen. Vielmehr mussten zunächst eigene Standards gefunden werden, um trotz der fehlenden textlichen und interpretatorischen Bindeglieder zu dem fernen historischen Stoff neue Deutungsmöglichkeiten zu erschließen.

„Siebenjähriger Krieg“

Der Weltkrieg war nicht Vorspiel, sondern Wesensbestandteil und Vorbedingung der revolutionären Transformation des Zarenreiches.⁵⁹ Doch gab es über die Implikationen dieser These zwischen den Historikern in Ost und West kein Einvernehmen. Die Formel von der „Geburt der Revolution aus dem Kriege“,⁶⁰ die einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem modernen Völkerkrieg und den durch ihn ausgelösten gesellschaftlichen Massenbewegungen herstellt, widerspricht der von den Bol'seviki bzw. der sowjetischen Historiografie postulierten Neukonstruktion der Weltgeschichte. Die in die Zukunft weisenden sozialen, ökonomischen und kulturellen Umwälzungen entsprangen demnach der russischen Sonderentwicklung des Jahres 1917. Folgerichtig musste der Weltkrieg zur Rahmenhandlung des „revolutionären“ Bürgerkrieges umgedeutet werden. Wenngleich die Naherwartung, der „Große Oktober“ werde den globalen Klassenkrieg entfesseln, enttäuscht wurde, betrachteten die Sieger von 1921

⁵⁸ Orest V. Cechnovicer, *Literatura i mirovaja vojna 1914–1918 gg.* [Literatur und Weltkrieg 1914–1918]. Moskva 1938.

⁵⁹ Eine instruktive, Russland und die Sowjetunion bedauerlicherweise ausklammernde Geschichte der Historiografie zum Ersten Weltkrieg, die nicht nur die Jahre 1914 bis 1918, sondern auch Vorgeschichte und Nachwirkungen umfasst, bieten Jay Winter, Antoine Prost, *The Great War in History. Debates and Controversies, 1914 to the Present.* Cambridge 2005. Das französische Original erschien 2004.

⁶⁰ Erwin Hölzle, *Lenin 1917. Die Geburt der Revolution aus dem Kriege.* München 1957.

die Durchsetzung der weltweiten sozialen Revolution als Vermächtnis und Auftrag. Im Unterschied zum „imperialistischen Krieg“ zielte der Weltbürgerkrieg vordergründig nicht auf territoriale Gewinne, siegreiche Schlachten von Armeen und eine Verschiebung des Staatensystems, sondern auf die Übertragung der revolutionären politischen und sozialen Ordnung auf alle Staaten der Erde. Allerdings war diese messianisch-eschatologische Perspektive der Bol'sheviki eine Analogiebildung zur „Nationstheologie“ orthodoxer Militärseelsorger im Weltkrieg. Auf den revolutionären Prozess übertragen bedeutete sie, „Erlösung“ von den materiellen Übeln der Gegenwart verspreche erst die Schaffung eines „Neuen Menschen“ und einer „Neuen Gesellschaft“ in naher oder fernerer Zukunft.⁶¹ Im säkularen Kontext gewannen die heilsgeschichtlichen Versprechungen der Weltkriegsjahre einen veränderten Sinn. Während das Kriegsglück die Zarenarmee mehr und mehr verließ, verschoben sich die Prioritäten und Wertvorstellungen von Bauern, Arbeitern und Soldaten. Unter dem Eindruck wachsender Entbehrungen und Enttäuschungen erwarteten die desillusionierten Kämpfer für „Gott“, „Zar“ und „Vaterland“ zählbare, wägbare und messbare Entschädigungen in Form von Sold, Brotrationen oder urbarem Boden. Diese egalitär-materiellen Erwartungen nahmen radikale Aktivisten, Gruppierungen und Parteien auf. Jetzt konnte die aktuelle Losung „Frieden“ mit den alten bäuerlichen Forderungen „Land“ und „Freiheit“ verkoppelt werden und jene sozialen Energien freisetzen, welche die Provisorische Regierung nach dem Sturz des Zaren nicht zu steuern und die Bol'sheviki für ihre Zwecke zu nutzen verstanden.⁶²

In der jüngeren Forschung wird das revolutionäre Potenzial des Weltkrieges intensiv unter veränderten Blickwinkeln erforscht. Vor allem liegt ein Schwergewicht auf den ersten Kriegsjahren. Dadurch treten die tief greifenden gesellschaftlichen Veränderungen schärfer in Erscheinung, die bereits der Krieg und nicht erst Revolution und Bürgerkrieg anstießen. Mittels sozial-, wirtschafts- und kulturgeschicht-

⁶¹ Beyrau, *Militärgeistliche* (wie Anm. 33), S. 413, 418, 420. Zum „Roten Ostern“, zu den „Feiertagen der Freiheit“ und zur religiösen Symbolik der Revolutionszeit Boris I. Kolonickij, *Simvoly vlasti i bor'ba za vlast: k izučeniju političeskoj kul'tury rossijskoj revoljucii 1917 goda* [Symbole der Macht und Kampf um die Macht: Zur Erforschung der politischen Kultur der russländischen Revolution 1917]. St. Peterburg 2001, S. 56-79. Vgl. die Begründung der These von der „Geburt der Religion aus dem Geiste des Atheismus“ bei Michail Ryklin, *Kommunismus als Religion. Die Intellektuellen und die Oktoberrevolution*. Frankfurt a.M./Leipzig 2008, S. 13-50.

⁶² Vgl. Poršneva, *Krest'jane* (wie Anm. 24), S. 116, 173 f., 214.

licher Fragestellungen werden nun auch für das Russland im Weltkrieg Felder erschlossen, die bislang fast ausschließlich der Revolutionsgeschichte vorbehalten waren.⁶³ Die gewöhnlichen Soldaten und damit die Bauern und die Arbeiter kehren in die Kriegsgeschichte zurück. Ihre Erfahrungen in den Schützengräben und Kriegsgefangenenlagern, als Frontkämpfer und als Deserteure, als Adressaten der politischen Propaganda und als Briefschreiber, als Täter und als Opfer verdichten sich allmählich zu einer Geschichte des Krieges „von unten“ und zu einem vielstimmigen Chor persönlichen Erlebens. Im Anschluss an die internationale Forschung zum Deutschen Reich und zu den Westmächten wird danach gefragt, wie der einfache Soldat die Kämpfe wahrnahm, warum er so lange durchhielt und auf welche Weise er die Traumata von Gewalt und Zerstörung bewältigte. Allmählich treten auch die Frauen und Kinder, die Stadtbewohner und die bäuerliche Familie unter den Einwirkungen des Krieges aus dem Schatten. Dieser Paradigmenwechsel verändert auch die bislang dominanten Formen der Militärgeschichte, wenngleich diese für das Zarenreich, entsprechend der allgemeinen Marginalisierung des Weltkrieges, durchaus noch empirischen Nachholbedarf haben. So wäre etwa die Diplomatiesgeschichte der Jahre 1914 bis 1917 auf eine erheblich erweiterte Quellengrundlage zu stellen, bevor sie in eine umfassende Geschichte der internationalen Beziehungen einzubetten wäre, in der Politiker und Diplomaten als Akteure in komplexen Handlungsfeldern auftreten und die von ihnen ausgelösten Ereignisse eine eigene Dynamik entwickeln.⁶⁴ Was wir etwa über die Entscheidungsmacht einzelner Generäle wissen, reicht noch keineswegs aus, ihren Anteil an den kausalen Zusammenhängen des Kriegsverlaufs befriedigend zu benennen. Um die heroisierende russisch-nationale Weltkriegsgeschichte, wie sie in der Emigration vertreten wurde und im postsovjetschen Russland neue Ausformungen erfährt, auf breiter Basis mit der anderer Länder vergleichen zu können, bedürfte es erheblicher Forschungsanstrengungen. Ähnliches gilt für das Wechselverhältnis

⁶³ Grundlegend, allerdings ohne Russlandbezug, Jay Winter, *Sites of memory, sites of mourning. The Great War in European cultural history*. Cambridge 1995.

⁶⁴ Vgl. den Konzeptentwurf von Ursula Lehmkuhl, *Diplomatiesgeschichte als internationale Kulturgeschichte. Theoretische Ansätze und empirische Forschung zwischen Historischer Kulturwissenschaft und Soziologischem Institutionalismus*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 27 (2001), S. 394-423 sowie die exemplarische Analyse des Friedensschlusses zwischen Russland und Japan im Jahre 1906 von Susanne Schattenberg, *Die Sprache der Diplomatie oder Das Wunder von Portsmouth. Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Außenpolitik*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 56 (2008), S. 3-26.

von Einzelbiografien und den Mechanismen der militärischen und politischen Apparate.⁶⁵ Schließlich verdienten die Untersuchungen über Geschäftsleute, Industrielle und Bankiers systematischer Fortsetzung, um das Wissen über die „Politökonomie des Krieges“ weiter zu vertiefen. Über die wirtschaftlichen Kriegsziele, über die strukturellen Zwänge der seit dem Ende des 19. Jahrhunderts im Umbruch befindlichen Wirtschaft des Zarenreiches und über die Auswirkungen von unterbrochenen Handelsnetzen verspräche ein vergleichender Ansatz ebenfalls neue Aufschlüsse.⁶⁶

Eine erneuerte und zu den Kulturwissenschaften hin offene Sozialgeschichte kann somit für die alte Frage nach dem Verhältnis von Krieg und Revolution neues Interesse wecken. So ließen sich etwa die spezifischen Verlaufsformen des Wandels in Russland mit denen in anderen Krieg führenden Ländern vergleichen. Welche Faktoren waren dafür verantwortlich, dass der Krieg im Zarenreich eine umfassende Revolution auslöste, wohingegen sie anderswo ausblieb oder verhindert werden konnte.⁶⁷ Während die oppositionellen Parteien, die Bauernschaft und die Arbeiterbewegung, Verbände und weitere gesellschaftliche Organisationen der Vorkriegszeit bzw. der Revolutionsjahre recht gut erforscht sind, wäre es an der Zeit, die durch den Krieg ausgelöste Krise der politischen Kultur Russlands und ihre Folgen für langfristige zivilgesellschaftliche Prozesse oder für die Stabilität staatlicher Strukturen noch einmal zu beleuchten. Dies würde klären helfen, wie die „Massen“ und die „Klassen“, die Arbeiter, Bauern und Soldaten, die nach dem Bürgerkrieg im Lande verbliebenen „Ehemaligen“, d.h. die Adeligen, Offiziere, Selbständigen, Kleinbürger und die alte Intelligenz, auf Erfahrungen der Jahre 1914 bis 1917 zurückgriffen, um das Überleben im Bürgerkrieg, im jungen Sowjetstaat, unter dem Stalinismus und vor allem im Zweiten Welt-

⁶⁵ Oleg R. Ajrapetov, *Generalj, liberalj i predprinimatelej. Rabota na front i na revoluciju (1907–1917)*. [Generäle, Liberale und Unternehmer. Die Arbeit für die Front und für die Revolution (1907–1917)]. Moskva 2003.

⁶⁶ Peter Gatrell, *Poor Russia, poor show: mobilising a backward economy for war, 1914–1917*, in: *The Economics of World War I*, hrsg. v. Stephen Broadberry u. Mark Harrison. Cambridge 2005, S. 235–275; Eric Lohr, *Russian Economic Nationalism during the First World War: Moscow Merchants and Commercial Diasporas*, in: *Nationalities Papers* 31 (2003), Nr. 4, S. 471–484; *Predprinimatel'stvo i predprinimateli Rossii. Ot istokov do načala XX veka* [Unternehmertum und Unternehmer Russlands von den Ursprüngen bis Anfang des 20. Jahrhunderts], hrsg. v. Valerij I. Bovykin. Moskva 1997.

⁶⁷ Martin Malia, *History's Locomotives: Revolutions and the Making of the Modern World*. New Haven 2007, S. 1–10; *Reinterpreting Revolution in Twentieth-Century Europe*, hrsg. v. Moira Donald u. Tim Rees. London 2001.

krieg zu sichern.⁶⁸ Welche Praktiken des Kriegsalltags fanden eine habituelle Fortsetzung oder Wiederaufnahme? Wie wirkten sie auf die Geschlechterverhältnisse und das Generationengedächtnis ein?⁶⁹ Auf welche Weise wirkten Massensterben und Gewalt, Invalidität und Obdachlosigkeit, Elternverlust und Vaterlosigkeit, Männermangel und Frauenarbeit zunächst auf die Nachkriegs- und Nachrevolutionszeit und schließlich auf die Gesellschaft Russlands im 20. Jahrhundert ein? Was vermitteln die Rituale öffentlicher, kollektiver oder individueller Trauer der sowjetischen Zeit noch über die Bewältigung unwiederbringlicher Verluste oder über den Umgang mit psychischen Traumata der Weltkriegszeit?⁷⁰ Was entschied letztlich darüber, welche Erfahrungen tradiert wurden, nach welchen Kriterien erinnert, verdrängt oder vergessen wurde?

Da Russland zwischen Weltkrieg, Revolution und Bürgerkrieg keine Friedensphase erlebte, steht die Historiografie vor der schwierigen Aufgabe, den „Siebenjährigen Krieg“ zwischen 1914 und 1921, der dem rückschauenden Betrachter kein einheitliches Bild bietet, sondern seine Facetten wie in einem zerbrochenen Spiegel mehrfach reflektiert, als Epoche zu fassen, ohne den je spezifischen Charakter der drei Perioden als eigenständige bzw. „offene“ Geschichten zu vernachlässigen.⁷¹ Die Besonderheiten der langen, beweglichen Ostfront, die Komplexität der ethnisch-nationalen Verhältnisse in der breiten umkämpften Zone sowie die unterschiedlichen Folgen der Weltkriegsjahre für die Großregion Osteuropa insgesamt bzw. für die einzelnen Nachfolgestaaten der untergegangenen Großreiche sowie Russland im Besonderen verlangen ein Zweifaches: Zum einen bedarf es einer verstärkten Integration in die internationale Weltkriegs-

⁶⁸ Nikolaus Katzer, Räume des Schreckens. Leben und Überleben im russischen Bürgerkrieg, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 10 (2006), H. 1, S. 55-90.

⁶⁹ Oleg Rjabov, „Rossija-matuška“. Nacionalizm, gender i vojna v Rossii XX veka [Mütterchen Russland. Nationalismus, Gender und Krieg im Russland des 20. Jahrhunderts]. Stuttgart 2007, S. 146-166; Karen Petrone, Family, Masculinity, and Heroism in Russian Posters of the First World War, in: Borderlines: Genders and Identities in War and Peace, 1870-1930, hrsg. v. Billie Melman. New York 1998, S. 95-119.

⁷⁰ Vek pamjati, pamjat' veka. Opyt obraščeniija s prošlym v XX stoletii. Sbornik statej [Jahrhundert des Gedenkens, Gedächtnis des Jahrhunderts. Versuch eines Umgangs mit der Vergangenheit im 20. Jahrhundert. Aufsatzsammlung], hrsg. v. I.V. Narskij, Ju.Ju. Chmelevskaja, O.S. Nagornaja, O.Ju. Nikonova. Čeljabinsk 2004; Catherine Merridale, Night of Stone. Death and Memory in Twentieth Century Russia. New York 2001; dies., War, Death, and Remembrance in Soviet Russia, in: War and Remembrance (wie Anm. 11), S. 61-83.

⁷¹ Vgl. den konzeptionellen Versuch, der Epoche der totalen Mobilmachung vom Weltkriegsbeginn bis zum militärischen Sieg der Bolschewiki im russischen Bürgerkrieg eine innere Logik beizumessen: Peter Holquist, Making War, Forging Revolution. Russia's Continuum of Crisis, 1914-1921. Cambridge 2002.

forschung, zum anderen einer Intensivierung der Mikrogeschichtsschreibung auf breiter empirischer Basis.

Was Russland betrifft, machen postsowjetische russische Arbeiten deutlich, dass die nachholende Aufarbeitung des reichen Quellmaterials nicht immer in den Dienst wissenschaftlichen Erkenntnisgewinns gestellt wird. Vielmehr wird Russlands Erster Weltkrieg aus großer Distanz und unter den Diskursbedingungen einer noch immer nach Orientierung suchenden Historiografie mit geschichtsphilosophischer Verve oder lediglich patriotischer Voreingenommenheit interpretiert. Unter dem Eindruck der späten Perestrojka, des Zusammenbruchs der Sowjetunion, des Jahrzehnts der weitgehend regellosen ökonomischen Transformation und gesellschaftlichen Polarisierung sowie schließlich einer teilweise neosowjetischen Wende in den Geisteswissenschaften droht sich der Blick auf den in den 1980er Jahren „wiederentdeckten“ Weltkrieg zu verengen, bevor dessen Dimensionen hinreichend erfasst sind.⁷² Indiz für diesen auf Geschichtspädagogik zielenden, bereits in die Lehrwerkkonzepte ausgreifenden Vorgang sind nicht zuletzt Vereinnahmungstendenzen gegenüber der einschlägigen historiografischen Tradition der russischen Emigration.⁷³ Vordergründig hat es den Anschein, als würde das parallele Geschichtsbild des „Russlands jenseits der Grenzen“ „heimgeholt“ und mit dem sowjetischen historiografischen Erbe versöhnt. Besser wäre es aber zu prüfen, inwiefern überhaupt eine Lesart, die den Weltkrieg als Wegscheide der globalen Geschichte des 20. Jahrhunderts versteht, mit einer Deutung vereinbar sein kann, die Revolution und Bürgerkrieg als Zäsuren eines genuin „nationalen“ Geschichtsverständnisses mit gleichwohl weltweitem Gültigkeitsanspruch wahrnimmt.

⁷² Zum Kontext Isabelle de Kéghel, *Die Rekonstruktion der vorsowjetischen Geschichte. Identitätsdiskurse im neuen Russland*. Hamburg 2006; Kathleen E. Smith, *Mythmaking in the New Russia. Politics and Memory during the Yeltsin Era*. Ithaca 2002; *Kultur und Krise. Russland 1987–1997*, hrsg. v. Elisabeth Cheauré. Berlin 1997; *Rußland, wohin eilst du? Perestrojka und Kultur*, hrsg. v. Karl Eimermacher, Dirk Kretschmar u. Klaus Waschik. Teil I-II, Dortmund 1996.

⁷³ Siehe beispielsweise V.A. Avdeev, *Pervaja mirovaja vojna glazami russkogo zarubež'ja* [Der Erste Weltkrieg mit den Augen der Russen im Ausland], in: *Poslednjaja vojna Rossijskoj imperii. Rossija, mir nakanune, v chode i posle Pervoj mirovoj vojny po dokumentam rossijskich i zarubežnych archivov. Materialy Meždunarodnoj naučnoj konferencii Moskva, 7–8 sentjabrja 2004 goda* [Der letzte Krieg des Russländischen Imperiums. Russland und die Welt am Vorabend, im Verlauf und nach dem Ersten Weltkrieg nach Dokumenten russländischer und ausländischer Archive. Materialien einer Internationalen wissenschaftlichen Konferenz, Moskau, 7.–8. September 2004]. Moskva 2006, S. 39–48, hier S. 48.

REZENSIONEN

Gail Braybon, *Evidence, History and the Great War: Historians and the Impact of 1914–18*. Oxford: Berghahn Books 2005, 248 S.

The title of this book is rather misleading. “Evidence” as such does not feature, and what the reader is presented with is a series of ten stimulating essays on differing aspects of World War One, loosely, but not exclusively, linked around the theme of the role played by women. As such it is an important collection, which has already gone into a second printing. While some of the essays sum up the current state of play after decades of historical controversy, others are pioneering ventures, opening up new areas for further research. As the editor says quite accurately in her introduction (p. 8): “the essays in this book bring something fresh to debates about the war”.

In “‘Though in a Picture Only’: Portrait Photography and the Commemoration of the First World War”, Catherine Moriarty discusses three major initiatives to commemorate those who died on the British side. She compares the public war memorials erected in every town and village; the work of the Imperial War Graves Commission, and a much less well known project by the Imperial War Museum to collect a photograph of every soldier who had been killed. The three forms of commemoration were very different. War memorials were usually funded by public subscription and involved press debate and public meetings; the work of the Imperial War Graves Commission was state-funded and regimented, identical headstones on which families were allowed only sixty six characters of text; the Imperial War Museum’s photograph project, while over-ambitious and only partly successful, began in July 1917 and, according to Moriarty (pp. 43 f.), “evokes the loss of ‘lives’ with unparalleled power (...) encouraging us to imagine the many thousands of photographs that remain in family albums”. In “Making Spectaculars: Museums and how we remember Gender in Wartime” Deborah Thom addresses a related issue, looking at how exhibitions staged during the war became the basis for post-war exhibitions; she singles out the work of Agnes Conway, daughter of the first director of the Imperial War Museum, in assembling the Women’s Work Collection.

Adrian Gregory turns the reader’s attention to the often repeated claim that the outbreak of war was greeted with enthusiasm

in Britain. His "British 'War Enthusiasm' in 1914: a Reassessment" makes very clear that this was in fact far from the case. Many of the crowds thronging London that day were simply there to enjoy the bank holiday, while in Wales the war was opposed not only by the South Wales Miners, but also the strong Welsh speaking Methodist Church. Anti-war demonstrations appear to have been larger than pro-war ones, and the provincial press, unlike the majority of the national press, was in favour of Britain remaining neutral and taking no part in the "continental" war. Opposition to the war was strongest among socialist groups and the non-conformist churches, but Gregory's most interesting point is that this mood changed quite dramatically at the end of August 1914 after the defeat at Mons and the publication in "The Times" of the Mons Despatch. Fear of imminent defeat prompted a genuine "rush to the colours" as volunteers joined the army in their thousands, and even the South Wales miners voted to work an extra hour a day for the war effort.

In "Winners or Losers: Women's Symbolic Role in the War Story" Gail Braybon considers questions of historiography, especially historical writing on the way the war impacted on women. Braybon is incensed by much of the male writing about the war. She believes that women, through their personal and collective efforts, did much to win their political rights and establish economic equality and thus rails against those who argue that improvements in the lot of women were somehow a beneficial by-product of the war. Her initial target is Arthur Marwick, who in her view is responsible for embedding in the public consciousness the view that the war was "a watershed" for women: Marwick stresses how the war gave women the vote and access to employment, but he also notes "the new female self-confidence" which this brought. Braybon's next target is those historians who moved from comments on female self-confidence to assertions about new sexual freedoms unleashed by the war, assertions for which there is precious little evidence. Finally Braybon considers recent cultural historians who have seen the war as "a crisis of masculinity". She excoriates the writing of Sandra Gilbert for suggesting that, as men lost their manhood in the trenches so women, "these formerly subservient creatures", became ever more powerful on the home front. Gilbert, and others like her, while taking a feminist perspective, in practice revert to Marwick's "watershed" approach.

The question of how much gender relations changed during the course of the war is the theme of two more essays. In "Liberating Women?: Examining Gender, Morality and Sexuality in First World

War Britain and France” Susan Grayzel stresses that there was no stunning reversal of gender roles. Her first example is the public attitude to women and drink. Early in the war the British establishment began to panic that the money it gave to the wives of serving soldiers to compensate for the loss of their husband’s earnings was being spent on drink. Despite the fact that contemporary surveys showed clearly that the only women to drink away their state benefits were women who had formerly drunk their husband’s wages, this moral panic continued and women were under great social pressure to conform. Similar moral panics about the increasing number of illegitimate children proved to be unfounded, but again the social pressure resulting from such concerns pushed women towards conforming to traditional roles rather than licence. Such pressures forced some women who had been unfaithful to risk illegal abortions rather than face the wrath of a returning husband. For Grayzel (p. 125) this was not “women’s sexual freedom but men’s”. James McMillan draws similar conclusions in “The Great War and Gender Relations: the Case of French Women and the First World War Revisited”, although this essay is also in part a plea for a return to traditional social history. In a detailed discussion of the role played by nurses, McMillan stresses that, for all their exposure to a world into which they would never before have ventured un-chaperoned, the young ladies who volunteered as nurses carried out an essentially feminine function, reminding casualties of their mothers, sisters and fiancées. He concludes that there was no crisis of gender relations, just the continuation of the existing gender system.

The question of gender relations also comes to the fore in Laurinder Stryker’s “Mental Cases: British Shellshock and the Politics of Interpretation”. Stryker is keen to demolish the suggestion made by Elaine Showalter that shellshock was a product of a crisis in masculinity. The code of masculinity required heroic actions, while the reality of trench warfare was the soldiers were condemned to almost eternal inactivity; trapped, like middle class women in a Victorian home, they became hysterical in “a ‘suppressed rebellion’ against the code of manliness” (p. 157). Stryker shows conclusively that, in the treatment of shellshock, there was never any suggestion that patients were (p. 159) “effeminate, homosexual or cowardly” and argues that shellshock was considered to be an illness from which recovery was quite possible and for which the treatment was quite humane.

So far the essays considered in this collection have dealt with Britain and France, and have responded to existing historiographical debate.

The final three essays are more pioneering in their approach. Keith Allen considers the home front in Berlin. "Food and the German Home Front: Evidence from Berlin" raises two important and unstudied questions, the creation of municipal kitchens and the organisation of bread rationing. In both the Berlin authorities proved more imaginative than might have been expected. The administration of municipal kitchens was made the task of Hedwig Heyl, a well-known woman philanthropist, who in winter 1917 was feeding 152,000 people each day. As to rationing, from the start of the war, Lord Mayor Adolf Wermuth agreed to meet labour leaders every Saturday morning to discuss rationing strategy, and worked closely with women philanthropists to ensure speedy distribution. Wermuth also took care to ensure as many workers as possible were allocated supplementary rations.

Simonette Ortaggi's "Italian Women during the Great War" is a pioneering study of the role played by women in leading the protest movements of 1917 and 1918.

Peter Gatrell's "The Epic and the Domestic: Women and War in Russia, 1914-17" is the only essay to deal with an area of specific interest to the Nordost Institute. Its main novelty is the discussion given to refugees, primarily from the Baltic region. Gatrell shows how the care of refugees became a major concern for women philanthropists. On the long journey to the interior some women were forced into prostitution in order to survive, but the press believed something more sinister was going on: young men would befriend young refugee girls and then lure them into a life of shame. To reduce the chances of this happening, ladies circles established kitchens and canteens, funded by voluntary appeals; such charitable agencies also did their best to find women suitable employment. As Gatrell notes, however, (p. 211) such "energetic fundraising or social work did not qualify women for anything other than subordinate status on the home front; for the most part educate women were employed as volunteers whose role (like that of the military nurse) might be liberating in the personal sense but which was accommodated within existing concepts of gender".

Geoffrey Swain, Glasgow

Patrice M. Dabrowski, *Commemorations and the shaping of modern Poland*. Bloomington, In.: Indiana University Press 2004, XV, 312 S., 23 Abbildungen.

In den letzten Jahren hat die Welle der historischen Forschung zum kollektiven Gedächtnis und zu Erinnerungsorten auch Polen erfasst. Angesichts des kaum zu beschränkenden Raums, den die Geschichte in öffentlichen Diskursen in Polen einnimmt, kann das kaum überraschen, eher müsste man sich fragen, warum eigentlich erst jetzt. Eine erste Antwort könnte lauten, dass die namentlich in Krakau sichtbare nationale Erinnerungskultur um die Wende zum 20. Jahrhundert stets ein Teil des polnischen kollektiven Gedächtnisses war, sie aber erst nach 1989 mit dem Bedürfnis nach Reinterpretation konfrontiert wurde, als die Differenz zwischen dem ethnischen Polen der Gegenwart und der polyethnischen Adelsrepublik der Frühen Neuzeit politische Bedeutung gewann. Vor diesem Hintergrund ist Patrice Dabrowskis Buch angesiedelt, das aus einer 1999 in Harvard zunächst unter dem Titel „Reinventing Poland“ eingereichten Dissertation hervorgegangen ist.

Das Buch thematisiert öffentliche Erinnerungsfeiern im Zeitraum von 1879 bis 1914, von der Feier für den Schriftsteller Ignacy Kraskewski bis zur Erinnerung an den Tod Józef Poniatowskis in der Leipziger Völkerschlacht. Dabrowski geht zunächst von Eric Hobsbawms mittlerweile inflationär verbreiteter „invention of traditions“ aus und spricht von einem Zeitalter der Erinnerung in Europa. Im geteilten Polen mussten sich Formen kollektiver Erinnerung vor allem auf aus der Gesellschaft kommende Initiativen stützen und konnten sich in den ersten Jahrzehnten nach dem Januaraufstand zunächst auch nur im habsburgischen Teilungsgebiet entfalten. Daher steht Krakau im Mittelpunkt der Studie, daneben kommen Warschau ab 1893 und partiell auch Lemberg in den Blick. Im Vordergrund stehen Erinnerungsfeiern sowie die Kristallisation der Erinnerung in Grabstellen, Denkmalen und Gemälden, weniger dagegen in Historiografie und Publizistik.

Die Studie besteht aus drei Teilen, die die Jahre 1879–1883, das letzte Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts sowie die Zeit von 1910 bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs behandeln. Den Beginn einer öffentlichen nationalen Erinnerungskultur verortet Dabrowski im 50-jährigen Jubiläum der schriftstellerischen Tätigkeit von Ignacy Kraskewski, das an zahlreichen Orten begangen wurde und seinen Höhepunkt in Krakau im Herbst 1879 fand. Dort, wie auch bei vielen der folgen-

den Feiern, zeigte sich ein doppeltes Spannungsverhältnis: einerseits zur katholischen Kirche und andererseits zur Obrigkeit der Habsburgermonarchie einschließlich ihrer polnischen Repräsentanten in Galizien. Die Feierlichkeiten für Kraszewski mündeten zudem in weiterreichendem gesellschaftlichem Handeln durch die Gründung der „macierz szkolna“.

1883 wurde Jan III. Sobieskis Sieg bei Wien gegen das Osmanische Reich gefeiert, diesmal mit aktiver Beteiligung der Krakauer Konservativen, die sich bei Kraszewski zurückgehalten hatten. Die Feiern und Ausstellungen in Krakau waren zugleich verbunden mit dem 25-jährigen Jubiläum des Schaffens von Jan Matejko. Dieser ließ jedoch sein Gemälde des Siegs von Sobieski als Akt nationaler Gemeinschaftsstiftung nicht für Krakau, sondern als Geschenk an den Vatikan ankaufen. Die hier zu erkennende internationale Dimension kollektiver Erinnerung prägte auch eine zeitgleiche Marienkrönung in Krakau, die vor dem Hintergrund der Auflösung des unierten Bistums Chołm 1875 zu sehen ist.

Im zweiten Teil geht die Verfasserin auf zwei Mickiewicz-Feiern sowie das Jubiläum des Kościuszko-Aufstands ein. 1890 wurden Mickiewicz' Gebeine aus Frankreich nach Krakau überführt und in der Krypta der Kathedrale auf dem Wawel beigesetzt. Die Idee dazu stammte bereits aus den 1860er Jahren und war 1879 bei der Feier für Kraszewski wiederbelebt worden. Die politischen Konfliktlagen waren ähnlich der bei der Kraszewski-Feier, angesichts der ablehnenden Haltung Franz Josephs gegen eine Translozierung und einer Ansprache von Ernest Renan bei der Exhumierung in der Nähe von Paris kam es zu schärferen Kontroversen in Krakau. Zum 100. Geburtstag von Mickiewicz wurden 1898 dann Statuen in Krakau und Warschau errichtet, die – beide Male auf dem Marktplatz platziert – deutlich monumentaler ausfielen als die bisherigen Denkmale.

Im Anschluss an die Translozierung Mickiewicz' folgten die 100. Jahrestage des Endes der Adelsrepublik. Dabei stieß das Gedenken an den 3. Mai einmal mehr auch in Österreich auf Widerstand von Seiten der Behörden einschließlich des Statthalters Badeni. In Warschau führte das Gedenken an die Mai-Verfassung zur ersten öffentlichen Manifestation seit 1863. Beteiligt an ihr war auch Roman Dmowski, der dafür anschließend für drei Jahre nach Mitau verbannt wurde. Das Gedenken an den Kościuszko-Aufstand hatte nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Kampfes gegen die Teilungsmächte eine deutlich höhere politische Bedeutung, die auch im preußischen Teilungsgebiet zu spüren war. Verfestigt wurde die Erinnerung durch das 1794

zunächst auf der Gewerbeausstellung in Lemberg gezeigte Panorama der Schlacht von Racławice.

Die Erinnerungsfeiern unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg hatten nicht nur historische militärische Bezüge, sondern ließen durch die Einbindung der „Falken“-Turnvereine auch polnische militär-ähnliche Organisationen in Erscheinung treten. Die Erinnerung an Grunwald/Tannenberg betraf primär das Verhältnis zu Preußen, das seit den 1880er Jahren von scharfen Auseinandersetzungen um die anti-polnische Germanisierungspolitik geprägt war. Das öffentliche Gedenken an 1410 setzte bereits 1900 ein mit Henryk Sienkiewicz' 25-jährigem Schriftsteller-Jubiläum und der Fertigstellung des Romans „*Krzyżacy*“. Die Vorbereitungen für das Grunwald-Jubiläum begannen dann 1907 in Krakau. Mit ca. 150 000 Teilnehmern sowie 40 000 „Falken“ war es die größte polnische Erinnerungsveranstaltung vor 1914. Durch das von Ignacy Paderewski gestiftete Denkmal trat nun das erinnerungspolitische „nation building“ in den Vordergrund.

Die Gedenkfeiern des Jahres 1913 hatten dann noch deutlichere militärische Bezüge: In den Erinnerungen an den Januaraufstand von 1863 formierten sich die polnischen Schützenverbände, zum zentralen Erinnerungsort wurde der Łyczakowski-Friedhof in Lemberg mit den Gräbern von Führern des Aufstands. Im Oktober 1913 wurde schließlich dann Józef Poniatowskis Tod in der Leipziger Völkerschlacht gedacht, untermauert durch Szymon Askenazys Historiografie, der den bewaffneten Kampf für die Unabhängigkeit Polens in den Vordergrund stellte.

In ihrer Zusammenfassung hebt Dabrowski grenzübergreifende, vertikale und temporale Integrationsprozesse sowie die Formulierung eines symbolischen Vokabulars als zentrale Leistungen dieser Gedenkfeiern heraus, zudem hätten sie die internationale Aufmerksamkeit für die polnische Nation erhöht und seien zugleich Bühnen für das politische Führungspersonal seit 1914 gewesen. Diesen Zusammenhängen zwischen Geschichtspolitik und „nation building“ ist zweifellos zuzustimmen, ebenso wie Dabrowskis kritischer Haltung zum Paradigma der „Invention“. Zweifelsohne verdankte sich der Erfolg dieser Gedenkfeiern der Tatsache, dass es sich nicht um Erfindungen *ex nihilo* handelte oder um Ereignisse, die größerer interpretatorischer Anstrengungen zur Umdeutung bedurften, sondern dass man auf bereits abrufbare Bilder zurückgreifen konnte. Wenn die Verfasserin auch den Begriff „reinventing“ aus dem ursprünglichen Titel für die Veröffentlichung aufgegeben hat, dann spiegelt sich darin die mangelnde Kompatibilität für Polen im untersuchten Zeitraum.

Schwieriger gestaltete sich für die Verfasserin offensichtlich eine Antwort auf die Frage, inwieweit sich in den betrachteten Manifestationen kollektiver Erinnerung der Wandel vom Vorbild der multiethnischen Adelsrepublik zum ethnischen Polen spiegelt. Die Indizien, die sie anführt, stammen eher aus dem Bereich der Vereinskultur, und auch die Erörterungen zu nationalen Divergenzen bei der Grunwald-Feier 1910 überzeugen nicht ganz. Hier wäre es erforderlich gewesen, Gegenerinnerungen, etwa litauischen oder ukrainischen, nachzugehen. Möglicherweise hielten sich gerade auf dem Feld kollektiver Erinnerung noch Gemeinsamkeiten, die in den zeitgenössischen sozialen und ethnischen Konfliktlagen nicht mehr anzutreffen waren. Ungeachtet dieses Einwandes hat Dabrowski ein interessantes und zu weiteren Arbeiten auf dem Feld kollektiver Erinnerung anregendes Buch vorgelegt.

Jörg Hackmann, Stettin/Chicago

Deutsche und Deutschland aus russischer Sicht. 19./20. Jahrhundert: Von den Reformen Alexanders II. bis zum Ersten Weltkrieg, hrsg. v. Dagmar Herrmann, redaktionelle Bearbeitung Mechthild Keller, Maria Klassen u. Karl-Heinz Korn. München: Wilhelm Fink Verlag 2006, 1287 S., zahlr. Abbildungen (West-östliche Spiegelungen. B 4).

Es klingt wie ein Schlusswort zu einer Jahrhunderte langen Beziehungsgeschichte, was Vater Ioann Bazarov, Geistlicher am Hof Ol'ga Nikolaevnas, der Königin von Württemberg, am Ende seines größtenteils in Deutschland verbrachten Lebens in seinen Erinnerungen festhielt: der deutsche Charakter sei der absolute Antipode des russischen. Zwar könne der Russe niemals zu einem Deutschen werden, erklärte Vater Ioann, aber doch, „wenn er viel Gutes vom Deutschen übernommen“ und „viele seiner eigenen nationalen Unzulänglichkeiten verloren“ habe, zu einem anständigen Menschen. Von allen möglichen „Verschmelzungen verschiedener Nationalitäten“ ergebe seiner Überzeugung nach gerade die deutsch-russische das beste Resultat. Eine derartige Harmonisierung des oft so widersprüchlichen russischen Deutschlandbilds findet sich auf Seite 1225 im abschließenden Beitrag des vierten Bandes der von Lev Kopelev Mitte der 1980er Jahre angeregten Reihe B der „West-östlichen Spiegelungen“ über das Bild, das sich Russen vom damals unmittelbaren westlichen Nachbarn in der Zeit zwischen den Reformen Aleksandrs II. und dem Ersten Welt-

krieg gemacht haben. So sehr ein Rezensent auch an diesem oder jenem herumäkeln mag, legt dieses umfangreiche Werk doch ein beeindruckendes und beredtes Zeugnis der russischen Auseinandersetzungen mit Deutschland und den Deutschen, ihrer Geschichte, ihrer Gegenwart, ihren Ideen und Werken sowie letzten Endes aber auch mit Russland selbst ab.

34 Artikel, zuweilen an die 50 Seiten lang, sowie das Nachwort von Karl Eimermacher zu Kopelevs Vermächtnis – eine adäquate Würdigung jedes einzelnen Beitrags sprengte jeden vernünftigen Rahmen einer Rezension. Die hier auf ihr spezielles Deutschlandbild untersuchten Russen – außer Marina Cvetaeva in der Tat nur Männer – vertreten allerdings zum großen Teil genau den Ausschnitt der russischen Geistesgeschichte, der durch Übersetzungen auch im deutschsprachigen Raum bekannt ist: Turgenev, Gončarov, Aleksej und Lev Tolstoj, Leskov, Saltykov-Ščedrin, Dostoevskij, Čechov, Blok, Belyj, Madel'stam, Čajkovskij oder Kandinsky. Aleksandr Benois, Afanasij Fet, Vladimir Solov'ev, Vjačeslav Ivanov, Valerij Brjusov und Ėmilij Metner, denen ebenfalls eigene Kapitel gewidmet sind, dürften hingegen nur einem kleineren Kreis bekannt sein, was umso mehr für auch in Russland heute vergessene, aber seinerzeit höchst angesehene Schriftsteller wie etwa Petr Boborykin gilt. Es gehört zu den lobenswerten Facetten dieses Kompendiums, dass man sich eben nicht nur auf die Plejade der „großen Russen“ des 19. Jahrhunderts konzentriert hat, auch wenn jene den Schwerpunkt bilden. Die Betrachtung individueller Deutschlandbilder berühmter Russen wird hier eingrahmt durch einen einleitenden Block von Texten über verschiedene Richtungen der russischen Presse sowie von einigen abschließenden Beiträgen über das „Repertoire des Gebrauchswissens“, in denen so unterschiedliche Medien wie Satiren, Schulbücher, „vergessene Literaten“ oder Memoirenliteratur zur Sprache kommen. So wird dem individuellen Bild, das unter Umständen über die jeweilige Biografie hinaus wenig Aussagekraft besitzt, eine breitere gesellschaftliche Perspektive gegenübergestellt.

Wenn es in den folgenden Notizen vor allem um den speziellen Aspekt der baltischen Deutschen in russischen Augen gehen soll, dann ist dies in erster Linie dem geografischen Raum zu verdanken, mit dem sich das „Nordost-Archiv“ beschäftigt, und spiegelt in zweiter Linie das Forschungsinteresse des Rezensenten wider. Freilich ist es schade, dass man zu diesem Thema nicht Sergej Isakov (Tartu) in den erlauchten Autorenkreis gebeten hat, der sich ja immer wieder mit dem speziell Baltischen im russischen Deutschenbild

auseinandergesetzt hat. Dafür setzt der Band ein mit einer interessanten Abhandlung über die Hochzeit der „baltischen Frage“ in den 1860er Jahren aus der Feder von Olga Majorova, der vor allem eines zeigt: Die erregten Debatten über die Sonderrolle der Ostseeprovinzen im Russischen Reich, bei denen die berühmt-berüchtigte Kontroverse zwischen Jurij Samarin und Carl Schirren nur den vorläufigen Höhepunkt bildete, waren aus russischer Perspektive eben auch ein eminent wichtiger Teil der innerrussischen Reformdebatte:¹ Letztere sei mit Blick auf die Deutschbalten (und vor dem Hintergrund des vorangegangenen polnischen Aufstands) in eine Diskussion „über die nationale Wahl, die Rußland in der Epoche der Reformen zu treffen“ hatte, gemündet (S. 86).

Wenn Majorova aber am Ende ihrer Betrachtungen der „baltischen Frage“ folgert, dass das öffentliche Denken in Russland „in einem – politischen wie kulturellen – Wettstreit mit Deutschland“ gestanden habe (S. 101), dann fragt man sich als Leser des Bandes, warum diese „Russkaja Germanija“ an der Ostsee nicht häufiger angesprochen wird. War nicht der baltisch-deutsche Spiegel des Imperiums in gewisser Weise unmittelbarer als der sozusagen reichsdeutsche, den Aaron J. Cohen in seinem Beitrag zur Tageszeitung „Russkoe slovo“ so betont (S. 265)? Wenn Ende der 1860er Jahre nach dem Zeugnis Majorovas das Motiv der deutschen Bedrohung (aus dem bzw. über das Baltikum) „mythische Dimensionen“ (S. 97) angenommen hatte, dann hätte sich leichter ein Bezugsgeflecht zur generellen Verschlechterung des Deutschlandbildes im Zuge des deutsch-französischen Kriegs finden lassen, welche ja nicht nur in den einschlägigen Beiträgen von Svetlana Obolenskaja und Andrea von Knoop konstatiert wird. So hätte deutlicher werden können, welche nach innen gerichteten Überlegungen hinter der öffentlichen Verringerung der Sympathien für ein sich auf nationaler Grundlage vereinigendes Deutschland gestanden haben mögen.

Man musste nicht nach Deutschland fahren, um „Romantik“ zu genießen: In den Ostseeprovinzen gab es Burgen und „westliche“ Altertümer in Hülle und Fülle. Zudem begann man seit Ende der 1820er Jahre, die Ostseeküste touristisch zu erschließen, sodass es keine Anekdote ist, wenn wir aus dem Beitrag von Karla Hielscher erfahren, dass Čechov in der Erzählung „Eine langweilige Geschichte“

¹ Siehe hierzu freilich bereits Andreas Renner, *Russischer Nationalismus und Öffentlichkeit im Zarenreich 1855–1875*. Köln (u.a.) 2000 (Beiträge zur Geschichte Osteuropas. 31).

seinen Ich-Erzähler sich „an die Geschichte mit dem verstorbenen Professor Nikita Krylov“ erinnern ließ, „der mit Pirogov in Reval badete“ (S. 632). Tatsächlich waren Revaler (Hapsaler, Arensbürger, später auch Dubbelner und Marienhofer) Badefreuden, die Faddej Bulgarin bereits Mitte der 1830er Jahre in den höchsten Tönen gepriesen hatte,² zunehmend zu einer allgemeinen Erfahrung gerade derjenigen Hauptstädter geworden, die sich keine aufwändigen Auslandsreisen leisten konnten. Deutschlandbilder wurden in der Tat bereits im eigenen Land geprägt, und das nicht nur durch den heimlichen Helden dieses Buches, Tolstojs Lehrer Karl Ivanovič (der leider im Register übergangen wird), nicht nur durch Handwerker und Ärzte und nicht nur durch die Stolzens (Gončarov) und Švachkopfs (Saltykov-Ščedrin) der Literatur, sondern eben auch durch Ferien an der Ostsee. In Nebensätzen erfahren wir, dass Ivan Gončarov einen kurländischen Bediensteten hatte und in Dubbeln die Sommerfrische genoss (S. 352), Marina Cvetaevas Großvater aus dem Baltikum stammte (S. 850) und Aleksander Benois noch 1889 von der Revaler Romantik begeistert war.³ Leider hören wir nichts über die Begeisterung des Ostseesommerfrischlers Petr Čajkovskij, von dem ja immerhin die Klaviersuite „Souvenir de Hapsal“ stammt (woran heute ein Denkmal im estnischen Haapsalu erinnert), aber immerhin werden Boborykins Erinnerungen an seine Studentenzeit in Dorpat ausführlich gewürdigt (S. 1158 f.). Überhaupt wäre auch die Rolle dieser deutschsprachigen Lehranstalt als geistiges Diffusionszentrum für Russland, die auch in der hier besprochenen Phase nicht völlig abbrach, worauf Nikolaj Plotnikov und Modest Kolerov in ihrem Beitrag über „Deutschland aus sozialliberaler Sicht“ hinweisen (S. 207), durchaus eine eingehendere Betrachtung wert gewesen.

Erneut ist es Majorova, die in ihrem Beitrag über Nikolaj Leskov dessen Erzählungen „Der eiserne Wille“ und „Der Revaler Ehegatte“ vor dem Hintergrund der „baltischen Frage“ in den 1860er Jahren bzw. als Polemik gegen Aleksandrs III. zum Scheitern verurteilte „Russifizierungspolitik“ deutet. Leider begnügen sich (im Gegensatz zu Majorova) manche Autoren mit einer zuweilen reichlich

² Faddej Venediktovič Bulgarin, Revel' letom 1835 goda [Reval im Sommer 1835], in: Ders., Sočinenija [Werke]. T. 3, Sanktpeterburg 1836, S. 266-292.

³ Zur Rolle Revals/Tallinns in der russischen Kulturgeschichte siehe den feinen Sammelband „Tallinskij tekst“ v russkoj kul'ture. Sbornik v čest' prof. I.Z. Belobrovcevoj – k 60-letiju so dnja roždenija [Der „Tallinner Text“ in der russischen Kultur. Sammelwerk zu Ehren von Prof. Irina Z. Belobrovceva zum 60. Geburtstag], hrsg. v. Sergej Docenko. Tallinn 2006 (Baltijskij archiv. Russkaja kul'tura v Pribaltike. 11).

essayistischen, im wissenschaftlichen Plauderton gehaltenen Aneinanderreihung von mehr oder weniger aussagekräftigen Zitaten. So ist der schöne Satz von Vasilij Rozanov, den Vladimir Kantor in einer Anmerkung zitiert: „Die Deutschen werden Ordnung bei uns einführen ‚wie in Riga‘ [und uns] den russischen Patriotismus beibringen“, natürlich auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass nach Ansicht Rozanovs in Riga selbst die Altgläubigen zu Protestanten geworden waren – freilich im tiefsten Glauben an ihr wahres Rus-sentum.⁴ Erneut geht es hier also um die Frage der baltischen Realitäten im Kontext des russischen Selbstverständnisses, der man etwas mehr Aufmerksamkeit gewünscht hätte. Aber leider ist die Zahl der auf diesem Gebiet forschenden Spezialisten recht gering, sodass auch russische Kollegen die Ostseeprovinzen etwas aus den Augen verlieren. Offensichtlich ist aber auch der Redaktion diese Region etwas fremd, denn bei allem Lob für die sprachlich und formal meist einwandfreien Beiträge ist es doch verstörend, wenn es im Beitrag von Rainer Goldt über den Dichter Afanasij Fet heißt, der Junge sei in die Kümmerische Lehranstalt „in Verro (heute Vyru, Estland)“ geschickt worden, wobei die Stadt Werro (estn. Võru) später auch noch einmal als „Vyro“ bezeichnet wird, wie es nicht einmal die für die erste Variante verantwortliche Umschrift aus dem Russischen verlangt (S. 401 f.).

So bleibt nach der Lektüre der freilich nicht überraschende Schluss, dass auch nach über 1 200 Seiten noch längst nicht alles zum Thema gesagt worden ist. Was aber hier vorgetragen wird, ist beeindruckend in seiner Vielfalt, die sich unserer Neugier auf Stereotypen oft zu entziehen scheint. Neben Germanophilen gab es in der russischen Geisteselite eben auch hartnäckige Germanophobe sowie Persönlichkeiten à la Čechov, denen derartige Vorurteile grundsätzlich fremd waren. Was bleibt, sind die zahlreichen womöglich typischen Details. Sind vielleicht Fahrräder etwas in russischen Augen typisch Deutsches? Wie der Maler Igor' Grabar' sich erinnerte, wurde er bei seiner Ankunft in München 1896 von bereits länger in der bayerischen Metropole weilenden Landsleuten angewiesen, sich schnellstmöglich einen „Drahtesel“ zu besorgen: „Es gibt keinen Maler in ganz München, der keinen Drahtesel hätte“ (S. 978). Und noch in der sowjetischen Literatur galt nach Angaben des estnischen Literaturwissenschaftlers Vadim

⁴ V.V. Rozanov, Fedoseevcy v Rige [Die Altgläubigen der Fedoseever Richtung in Riga], in: *Novoe Vremja* v. 27.8.1899.

Semenov das Fahrrad als „Attribut der westlichen Gesellschaft“.⁵ Vielleicht tut sich hier ein neues Forschungsprojekt auf, dessen bescheidenerer Rahmen im Vergleich zu den „West-östlichen Spiegelungen“ eben den Details systematischere Aufmerksamkeit schenken könnte.

Karsten Brüggemann, Tallinn

⁵ Vadim Semenov, *Obrazy èstoncev i Èstonii v sovetskoj chudožestvennoj literature 1960–70-ch godov* [Bilder von den Esten und Estland in der sowjetischen Belletristik der 1960er und 1970er Jahre], in: *Kultuuridevahelised kontaktid: ajalugu, metodoloogia, pragmatika* [Interkulturelle Kontakte: Geschichte, Methodik, Pragmatik], hrsg. v. dems. Narva 2006 (Acta et commentationes collegii Narovenssis. 4), S. 91-103, hier S. 97.

Stefan Dyroff, Erinnerungskultur im deutsch-polnischen Kontaktbereich. Bromberg und der Nordosten der Provinz Posen (Wojewodschaft Poznań) 1871–1939. Osnabrück: fibre 2007, 479 S., Abbildungen (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau. 19).

Der *cultural turn* hat nunmehr auch die polnisch-deutsche Kontaktgeschichte fest im Griff. Nach den Arbeiten von Thomas Serrier¹ und Torsten Lorenz² ist diese von Stefan Dyroff 2006 an der Viadrina-Universität Frankfurt/Oder eingereichte Dissertation die in kurzer Abfolge dritte Monografie, die sich unter kulturellen Gesichtspunkten mit der Provinz Posen/Wojewodschaft Poznań im ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhundert beschäftigt. Ähnlich wie zuvor Lorenz, grenzt auch Dyroff sein Betrachtungsgebiet auf eine Teilregion ein, in seinem Fall den Nordosten der Provinz mit den preußischen Landkreisen Bromberg/Bydgoszcz, Inowrazlaw/Inowrocław und Strelno/Strzelno, die innerhalb der umfassenderen historischen Regionen Kujawien bzw. Netzedistrikt lagen.

Dyroff treibt den kulturalistischen Ansatz ein gutes Stück weiter als die beiden Vorgängerarbeiten. Denn er konzentriert sich ganz auf die „Erinnerungskultur“, deren legitimatorische Funktionen er in dem

¹ Thomas Serrier, *Provinz Posen, Ostmark, Wielkopolska. Eine Grenzregion zwischen Deutschen und Polen 1848–1914*. Marburg 2005 [frz. 2002]; siehe meine Rezension in: *Nordost-Archiv XVI* (2007): National-Texturen. National-Dichtung als literarisches Konzept in Nordosteuropa, hrsg. v. Jürgen Joachimsthaler u. Hans-Christian Trepte, S. 634-639.

² Torsten Lorenz, *Von Birnbaum nach Międzychód. Bürgergesellschaft und Nationalitätenkampf in Großpolen bis zum Zweiten Weltkrieg*. Berlin 2005; siehe meine Rezension in: *Ebenda*, S. 600-606.

nationalpolitisch zwischen Polen und Deutschen umstrittenen Gebiet untersucht. Erinnerungskultur teilt er dabei in Anlehnung an die bekannten systematisierenden Vorüberlegungen Jan Assmanns in einen „textuellen, bildlichen und rituellen Bereich“ auf (S. 20 f.). Die Kapitelgliederung des Buches folgt aus pragmatischen Gründen einer Modifikation dieser Struktur, indem sie die Institutionen dem textuellen Bereich zuordnet und diesen weiter „in gesellschaftliche Eliten und breite Schichten“ unterteilt. Deshalb werden Archäologie und Museen, obwohl sie vordergründig Artefakte der visuellen Kultur aufarbeiten und präsentieren, der textuellen Elitenkultur zugeschlagen. Die visuelle Kultur ist vornehmlich in einem Kapitel zur „Kodierung des öffentlichen Raumes“ untergebracht, innerhalb dessen neben den Denkmälern, Baudenkmalern und historisierenden Neubauten allerdings auch nicht primär auf visueller Ebene wirkende erinnerungspolitische Fakten wie die Diskussion und Vergabe von Ortsnamen abgehandelt werden, die sich an einer Schnittstelle zwischen Textkultur und Traditionspflege befinden. Dem Ritual ist schließlich ein Kapitel über „Jubiläen, Feste und Traditionspflege“ gewidmet.

Nach einer etwas zu ausführlichen theoretischen Einleitung wird in insgesamt vier empirischen Kapiteln ein außerordentlich weites Spektrum soziokultureller Erscheinungen und Institutionen in den Blick genommen, die in ihrer Gesamtheit eine Zusammenschau dessen ergeben, was sich überhaupt in den Quellen als „Erinnerungskultur“ festmachen lässt. Das Vereinswesen, darunter vor allem die historischen Gesellschaften, die (Trivial-)Literatur als „Medium des regionalen Gedächtnisses“ und das Theater, die schulische und nachschulische Erziehung und Ausbildung ebenso wie der Umgang mit dem historischen Erbe, das sich in Boden- und Baudenkmalern niederschlägt, und seine Fortentwicklung in der Stadt- und Dorfarchitektur werden allesamt im Hinblick auf ihre erinnerungskulturelle Dimension untersucht – daneben selbstverständlich die erinnerungskulturellen Artefakte schlechthin, nämlich Denkmäler, Gedenkinschriften und Tafelbilder, aber auch die damals junge Disziplin der historischen Ortsnamenskunde mit ihren Diskussionen über die germanische oder slawische Herkunft von Fluss-, Städte- und Gemarkungsnamen. Schließlich werden auch öffentliche Rituale und Feste einbezogen, bei denen man bestimmter, als konstitutiv wahrgenommener Ereignisse der jeweiligen Nationalgeschichte gedachte oder Persönlichkeiten der eigenen Geschichte und Gegenwart huldigte. Es ist einem altbekannten und Dyroff sehr bewussten Quellenproblem geschuldet, dass trotzdem immer noch Lücken in einer so rekonstruierten, gesamtheitli-

chen Erinnerungskultur bleiben. Denn die Quellen sagen sehr viel über die Programme und Absichten der erinnerungspolitischen Akteure, aber meist sehr wenig über die Rezeption ihrer Anstrengungen durch die Gesellschaft im Allgemeinen. So wird beispielsweise die innerfamiliäre Traditions- und Brauchtumpflege und all das, was sich vielleicht als „private“ im Unterschied zu „öffentlicher“ Erinnerung kennzeichnen ließe, von Dyroff nur punktuell berührt. Generell äußert er sich zur weniger gut erforschten und erforschbaren Rezeptionsgeschichte nur zurückhaltend.

Stellvertretend sei aus der Fülle des dargebotenen Materials eine Reihe von Einzelbeobachtungen genannt, die vielleicht besonders aus historischer Sicht von Interesse sind. Das 19. Jahrhundert brachte allerorten historische Vereine hervor, die sich der Geschichte der jeweiligen Region oder Lokalität widmeten und sie über Publikationen, aber auch über die Heimatkunde an den Schulen und im Rahmen von Vortragsveranstaltungen einem breiteren Publikum vermittelten. Mit der „Historischen Gesellschaft für den Netzedistrikt zu Bromberg“ entstand ein solcher Verein 1880 innerhalb des Untersuchungsgebiets bereits fünf Jahre vor der „Historischen Gesellschaft für die Provinz Posen“, die sich im Laufe ihrer Entwicklung in einem regelrechten Konkurrenzverhältnis zu der Bromberger Institution wiederfand. Dyroff arbeitet heraus, dass die führenden Historiker der ersten Generation innerhalb der Bromberger Gesellschaft, die Regionalhistoriker Erich Schmidt und dessen Schüler Franz Lüdtke, sich zwar innerhalb des zeittypischen deutschtumspolitischen Diskurses bewegten, aber durchaus bereit waren, die polnische Vergangenheit der Region und historische Leistungen der Polen anzuerkennen. Das änderte sich mit der immer stärker deutschnationalen und völkischen Ausrichtung der Politik, und im Nachgang auch der Historiografie etwa seit den 1890er Jahren. Interessant ist Dyroffs Feststellung, dass es vor allem Historiker aus der Provinzhauptstadt Posen oder aus den Binnenprovinzen des Reichs waren, die die regionale Historiografie auf den verschärften nationalitätenpolitischen Diskurs ausrichteten; „der zunehmende Deutschtumsblick wurde (...) eindeutig von außen herangetragen“ (S. 65).

Die Zensur wurde in preußischer Zeit in Bezug auf die Erinnerungskultur nicht so restriktiv gehandhabt, wie vielleicht zu erwarten gewesen wäre. Denn die Gesetzgebung ermöglichte nicht einfach ein pauschales Verbot erinnerungskulturell wichtiger polnischer Nationalsymbole, sondern zwang dazu, in jedem Einzelfall zu prüfen, ob ein strafrechtlich relevanter Angriff auf die Majestät, den Staat

und seine Organe oder eine Störung der öffentlichen Ordnung vorlag. Mangelnde polnische Sprachkenntnisse in den Behörden traten erschwerend hinzu, so dass die Zensur bis 1918 nach Dyroffs Auffassung nie wirklich effektiv bei der Unterdrückung von Bekundungen der polnischen Nationalbewegung war. Zudem wichen polnische Autoren gern auf äsopische Formen wie Legenden, Märchen u.ä. aus, um ihre Intentionen zu verklausulieren; den deutschen Beamten fehlte wiederum die Kenntnis der polnischen Nationalkultur, um diese Codes entschlüsseln zu können. Für die Zeit nach der Wiedererlangung der polnischen Unabhängigkeit hält Dyroff fest, dass die deutsch-polnische erinnerungskulturelle Konkurrenz gegenüber der tagesaktuellen Politik in den Hintergrund trat. Dabei wurden seit 1926 Stimmen der Opposition gegen das Sanacja-Lager in der polnischen Presse genauso zensiert wie etwa deutsche Veröffentlichungen, welche die polnische Abstammung von Nikolaus Kopernikus oder Veit Stoß in Frage stellten. Anders als vor 1918 der polnischen Minderheit, waren den Deutschen im wiedergegründeten Polen durch den Versailler Minderheitenschutz nationalkulturelle Rechte garantiert. Die polnische Haltung in Bezug auf die Minoritäten war nicht geschlossen und reichte von sehr repressiven Vorstellungen der in Großpolen dominanten Nationaldemokratie zu der eher entgegenkommenden Haltung des Piłsudski-Lagers. Insgesamt attestiert Dyroff den polnischen Behörden einen gelasseneren Umgang mit erinnerungskulturellen Fragen, weil die Zugehörigkeit des Gebiets zu Polen für so selbstverständlich gehalten worden sei, dass sie nicht eigens durch teilweise abwegige historische und sprachgeschichtliche Konstrukte legitimiert werden musste, zu denen die deutschen erinnerungspolitischen Akteure zuvor gegriffen hatten.

Als weiteres Beispiel der erinnerungspolitischen Konkurrenz sei die Gestaltung öffentlicher Bauten genannt. Die Zuschreibung eines historischen Bauwerks als „polnisch“ oder „deutsch“ und die davon abgeleitete Konstruktion eines „nationalen Baustils“ kannte keine allgemein akzeptierten Vorgaben, sondern wurde in Anpassung an die jeweiligen lokalen Sehgewohnheiten vorgenommen. In einer Zeit, in der „deutsch“ praktisch mit der evangelischen und „polnisch“ mit der katholischen Konfession gleichgesetzt wurde, gab den Ausschlag dafür, ob ein Stil nun als typisch „deutsch“ oder „polnisch“ wahrgenommen wurde, in dem die jeweilige Gemeindekirche gebaut war. Im Allgemeinen lasse sich der besonders rückblickend nach 1918 erhobene Vorwurf nicht aufrechterhalten, so Dyroff, dass die preußische Baupolitik eine „Germanisierung“ der vormals polnischen Ar-

chitekturlandschaft betrieben habe, vielmehr hätten die preußischen Denkmalschutzgesetze mit gewissen Ausnahmen für eine unvoreingenommene Bemühung um die Erhaltung der historischen Substanz gesorgt. Zwar gab es Versuche deutscher Historiker, eine Bautätigkeit des Deutschen Ordens in Kujawien nachzuweisen, diese blieben jedoch ohne Folgen für die Präferenzen der Denkmalpflege. Umgekehrt gingen die polnischen Behörden nach 1918 pragmatisch mit den baulichen Hinterlassenschaften der preußischen Verwaltung um, die sie in der Regel vorbehaltlos weiternutzten, allein schon weil die Mittel zu radikalen Um- und Neubauten fehlten. Dagegen war die Schleifung der deutschen historischen Denkmäler nach 1918 für die neue Verwaltung ausgemacht. Gleichwohl legt Dyroff am Beispiel des 1913 in Bromberg errichteten monumentalen Bismarckturms dar, wie sich eine Diskussion um seine Umwidmung zu einem „Denkmal der deutschen Unterdrückung“, seine Umnutzung als Aussichtsturm, seine fehlende bauästhetische Qualität und seine künstlerische Umgestaltung entspann. Die Debatte wurde schließlich 1928 mit dem Beschluss des Bromberger Stadtrates zur Sprengung des Turms beendet, für die seine angebliche Baufälligkeit als Vorwand dienen musste, da offenbar keine alle Standpunkte ausgleichende und zugleich finanzierbare Alternativlösung gefunden werden konnte.

Obwohl der Autor selbst in einem abschließenden Kapitel ein „Fazit“ seiner Studie zieht, ist es nicht gerade leicht, sich eine Sichtschneise durch die Fülle des empirischen Materials zu schlagen. Zentrale Befunde Dyroffs bestätigen am regionalen Fallbeispiel im Wesentlichen die Ergebnisse früherer Forschung: Lieferte die staatliche Erinnerungspolitik der frühen Zeit des wilhelminischen Reiches mit ihrer Abstellung auf die national neutrale Dynastie und den gemeinsamen Kampf gegen Frankreich (Stichwort: Sedantage) der polnischen Bevölkerung noch Anknüpfungspunkte für eine Teilhabe am öffentlich zelebrierten Gedenken, so wurde sie in dem Maße davon ausgeschlossen, wie gegen Ende des 19. Jahrhunderts ein deutschnationales Bürgertum bestimmenden Einfluss auf die Erinnerungspolitik gewann und die Polen als staatspolitisch nicht mehr relevante Minderheit zu marginalisieren versuchte. Die polnische Nationalkultur wurde in dieser Zeit zu einem Untergrund- und Nischendasein gezwungen, in dem es ihr dennoch erstaunlich wirkungsvoll gelang, die Erinnerung an die staatliche Selbstständigkeit und die eigenen kulturellen Leistungen wachzuhalten (Stichwort: „organische Arbeit“). Der nach 1918/20 über den Versailler Minderheitenschutz zur Duldung seiner deutschen Minderheit gezwungene polnische Staat

machte, im Gegensatz zum Deutschen Reich, gar keine Anstrengungen mehr in Richtung auf eine nationalkulturelle Assimilation. Es war schließlich mehr die allgemein autoritäre politische Entwicklung nach 1926 und besonders nach 1935, welche die erinnerungskulturellen Spielräume der Deutschen (und der anderen Minoritäten) zunehmend einengte.

Der immense Sammlerfleiß, mit dem Dyroff Material aus acht regionalen und zentralen Archiven sowie weiteren Quellenbeständen in Bibliotheken und Museen zusammengetragen hat, prägt seine Studie sehr deutlich. Es spricht für sich, dass er darüber hinaus die gesamte Region abgefahren hat, um die Kirchen in ihrem heutigen baulichen Zustand zu katalogisieren und fotografisch zu dokumentieren – zahlreiche Beispiele dieser Aufnahmen sind in dem Band abgedruckt. Vor allem beeindruckt die ungeheure Fülle der zeitgenössischen Publizistik, die den wichtigsten Pfeiler seiner Quellenbasis bildet. So imposant dieses Materialstudium ist, so stellt sich dem geneigten, aber streckenweise etwas strapazierten Leser die Frage: Wäre dies nötig gewesen, um die Grundthesen der Arbeit zu entwickeln und zu belegen? Vermutlich hat die schiere Masse des Faktenmaterials dazu geführt, dass die Arbeit über weite Passagen in der Umsetzung der eingangs entwickelten Konzeption, aber auch in der analytischen Durchdringung nicht vollständig überzeugen kann. Nur zwei Beispiele dafür seien genannt. Es ist nicht wirklich zwingend, die biografischen Daten der zeitgenössischen Akteure zusammenzustellen, um sie ohne erkennbares System im Fließtext oder in den Fußnoten anzuführen. Eine solche Materialsammlung wäre konzeptionell nur dann sinnvoll, wenn sie als sozialhistorisches Sample der kulturpolitischen Entscheidungsträger fruchtbar gemacht würde, was aber abseits der Fragestellung der Arbeit lag; auch im Einzelfall ist nicht einsichtig, welche Relevanz die biografischen Daten für die Analyse besitzen sollen. Ähnliches ließe sich über die ausufernde Aufzählung der einzelnen Bauwerke und der Details ihrer Baugeschichte sagen; diese Textteile lesen sich eher wie ein architekturhistorischer Katalog der regionalen Baudenkmäler, treiben aber die Darstellung nicht voran. Gleiches gilt für den kompilativen Umgang mit der Aufstellung von Denkmälern, der Begehung von Jahrestagen und Vereinsfestlichkeiten etc. Hier und andernorts wäre mehr Mut zu exemplarischer Vorgehensweise, Kürzung, Synthese und Konzentration auf das Wesentliche notwendig gewesen.

Vermutlich liegt es an dem zu schematischen Aufbau von Teilen der Arbeit, dass das Buch die historische Genese der erinnerungskul-

turellen Wechselbeziehungen nicht plastischer herausarbeitet. So erscheint etwa die Behauptung zu wenig differenziert, dass zwar sowohl der preußisch-deutsche Staat bis 1918 als auch der polnische Staat nach 1918 ein autoritäres Erziehungsverständnis hatten, die deutsche erinnerungspolitische Schulerziehung dagegen mehr den „Staat“, die polnische dagegen die „Kultur“ in den Mittelpunkt gestellt hätten (S. 145); das ließe sich bei näherer Betrachtung für die autoritärstaatliche Entwicklung Polens nach 1926 kaum bestätigen. Zudem wird umgekehrt im Zusammenhang von Literatur, Publizistik, Historiografie und Schulerziehung ganz zutreffend geschildert, dass für die deutschnationale Legitimierung der Zugehörigkeit der Region zum deutschen Staat zentral war, die zivilisatorische Leistung der deutschen Siedler zu betonen und das Ideologem der „Überlegenheit“ der deutschen gegenüber der polnischen Kultur zu entwickeln. Die entscheidende Zäsur von 1918/20 wird allzu einseitig als Austausch des staatlichen Akteurs behandelt, der eine erinnerungspolitische Kehrtwende mit sich brachte. Es fehlen aber die ergänzenden, harten sozialhistorischen Fakten, die im Gefolge der neuen Staatsbildung eintraten. So bleibt z.B. undiskutiert, welche Auswirkungen der Fortzug eines großen Teils der deutschen bildungsbürgerlichen Bevölkerung auf erinnerungskulturell wirksame Institutionen wie die deutschsprachigen Theater, Literatur und Tagespresse hatten, die eben nicht nur mit veränderten politischen Rahmenbedingungen, sondern auch mit einem dramatisch schrumpfenden Publikum zu tun hatten.

Soll abschließend eine zentrale Kritik an dem Buch formuliert werden, so wäre es etwa diese: Die Arbeit ist zu sehr in ihrem theoretischen Paradigma gefangen, verharrt zu einseitig auf der Metaebene der Erinnerungskultur, während die historischen, darin verhandelten Ereignisse, Gestalten, Zusammenhänge selbst ganz konturenlos bleiben. Die Folge davon ist, dass die in der jeweiligen nationalen Erinnerungskultur vorgenommenen historisch-politischen Selektionen und die jeweils gewählten Perspektiven letztlich gleichberechtigt nebeneinander stehen. Als Historiker möchte man jedoch ungern darauf verzichten, die Frage nach dem Ideologiecharakter von Erinnerungskultur zu stellen, d.h. letztlich nach der Manipulation von und mit Geschichte. Anders formuliert: Sollte die Forschung über Erinnerungskultur die Frage nach dem „Realitätsgehalt“ dessen, woran eine Gesellschaft sich in einer bestimmten Weise erinnert, so völlig aufgeben? Daraus ergibt sich die Gefahr des Präsentismus (aus der Perspektive der jeweils untersuchten gesellschaftlichen Gegenwart), die Gefahr der Nichterkennung von Ideologemen im interessen geleiteten

Umgang mit Geschichte und damit die Gefahr der Selbstaufgabe der historischen Forschung an und für sich.

Diese Kritikpunkte ließen sich jedoch genauso gegen einige Richtungen der „neuen Kulturgeschichte“ im Allgemeinen wenden und nicht so sehr gegen die hier vorzustellende Arbeit im Speziellen. Es bleibt eine ungeheure Fleißarbeit anzuzeigen, die unsere Kenntnisse über Erinnerungskultur und Kulturpolitik einer der historisch am heftigsten zwischen Polen und Deutschen umstrittenen Grenzregionen sicherlich sehr erweitert und vertieft.

Andreas R. Hofmann, Leipzig

Barbara Korte, Ralf Schneider, Claudia Sternberg, Der Erste Weltkrieg und die Mediendiskurse der Erinnerung in Großbritannien. Autobiographie – Roman – Film (1919–1999). Würzburg: Königshausen & Neumann 2005, 383 S.

Mit ihrer Veröffentlichung „Der Erste Weltkrieg und die Mediendiskurse der Erinnerung in Großbritannien. Autobiographie – Roman – Film (1919–1999)“ haben die drei Autoren Barbara Korte, Ralf Schneider und Claudia Sternberg einen gelungenen Überblick über die Präsenz des ‚Großen Krieges‘ (*Great War*) in britischen Medien vorgelegt. Der Band ist beinahe eher eine gemeinsame Veröffentlichung als ein Sammelband, denn in weiten Teilen des Buches ist eine enge Zusammenarbeit zwischen den drei Autoren offensichtlich. Alle drei sind Literaturwissenschaftler, mit ihrer Konzentration auf die Erinnerungskultur zum Ersten Weltkrieg haben sie sich jedoch auch eines geschichtswissenschaftlichen Themas angenommen. Die Leitfragen der Untersuchung, die u.a. besonderen Wert auf die historische Einordnung des Diskurses und seiner Kumulationsphasen legt, verlaufen im Grenzbereich beider Disziplinen.

In den Mittelpunkt ihrer Untersuchung stellen die Autoren die Frage, welche Rolle die Produkte der behandelten Mediengattungen im Prozess der Mythenbildung um den Ersten Weltkrieg spielen. Der lange Zeitraum der Untersuchung soll verschiedene „Kumulationsphasen“ des britischen Erinnerungsdiskurses aufzeigen und darlegen, inwieweit und aus welcher Motivation heraus in diesen Phasen neue Aspekte der Kriegererinnerung hinzukommen oder alte aufgegriffen und variiert werden. Schließlich, auf einer stärker literatur- und medienwissenschaftlichen Ebene, sollen die genutzten „formalästhetischen und medialen Möglichkeiten“ zur Konstruktion der Kriegs-

erinnerung betrachtet werden (S. 32). Das Heranziehen verschiedener Mediengattungen zur Analyse soll die Spezifika der jeweiligen Gattung herausarbeiten sowie die wechselseitigen Bezüge der Medien aufeinander offen legen. Dadurch wird auch die Einflusskraft der Medien bei der Konstruktion eines kollektiven Gedächtnisses herausgestellt, denn durch die Kanonisierung bestimmter Texte, Filme und damit Deutungsweisen des Weltkriegs wird dessen Bild im kollektiven Gedächtnis mitbestimmt. Dies trifft im Laufe der Zeit umso mehr zu, da die direkt kommunizierte Erinnerung durch das Sterben der Zeitzeugen langsam verblasst, während die nachfolgenden Generationen ihre Informationen über den Krieg mehr und mehr aus dessen medialer Verarbeitung beziehen. Weil die Medienprodukte dabei immer auch selbst in einem bestimmten gesellschaftlichen und historischen Kontext stehen, von dem sie beeinflusst werden, erkennen Korte, Schneider und Sternberg ein „zirkuläres Verhältnis von Kriegsereignis, Kriegserinnerung und Medialisierung“ (S. 16).

Die zentrale Rolle des ‚Großen Krieges‘ in der britischen Erinnerungskultur erklären die Autoren mit der Tatsache, dass der Erste Weltkrieg Großbritanniens erster Krieg gewesen sei, „der die gesamte Nation involvierte“ (S. 19). Diese starke Erfahrung des Verlustes durch den zuvor unbekanntem Massentod britischer Soldaten führte in Verbindung mit durch den Krieg katalysierten Veränderungen in der britischen Gesellschaft, v.a. des Klassensystems und des Geschlechterverhältnisses, zur intensiven Beschäftigung mit dem Krieg und damit auch zu einer hohen Ausbildung an Mythen. Zu deren stärksten gehört der Mythos eines sinnlosen Krieges (*futility myth*). Diese Lesart interpretierte den Weltkrieg gegen Ende der 1920er Jahre als ein sinnloses Opfer einer *lost generation*¹ und ging einher mit einem neuen Aufkommen pazifistischer Tendenzen. Ihrer Grundannahme folgend, dass sich die verschiedenen Medialisierungen des Ersten Weltkriegs wiederum gegenseitig beeinflussten und die Ausbildung der Erinnerungskultur prägten, belegen die Autoren, wie sich durch die Kanonisierung einiger weniger Werke in allen drei Mediengattungen diese bestimmte Deutung des Ersten Weltkriegs durchzusetzen vermag.

¹ Vgl. zu Persistenz und Wahrheitsgehalt dieses Mythos: Jay Winter, Die Legende von der ‚Verlorenen Generation‘ in Großbritannien, in: Kriegserlebnis. Der Erste Weltkrieg in der literarischen Gestaltung und der symbolischen Deutung der Nationen, hrsg. v. Klaus Vondung. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1980, S. 115-240.

Nach einer gemeinsamen Einleitung umfasst der Hauptteil des Buches aufeinander verweisende, jedoch eigenständige Analysen der drei Mediengattungen, in denen der Erinnerungsdiskurs in der Autobiografie von Ralf Schneider, im Roman von Barbara Korte und in Spielfilm und Fernsehspiel von Claudia Sternberg untersucht wird.

Nach Ralf Schneider wurden und werden Kriegsautobiografien in Großbritannien gelesen, um den „Bedarf an Erzählungen angesichts eines ansonsten ‚körperlosen‘ Gedenkens“ zu befriedigen (S. 40). In der britischen Erinnerungskultur bilden dabei bis heute Autobiografien von Siegfried Sassoon, Edmund Blunden, Robert Graves und Vera Brittain den Kanon der Kriegsautobiografie. Diese Texte verkörpern, so Schneider, das Narrativ des vorwiegend maskulinen Krieges, die Mythen der Westfront und der Sinnlosigkeit des Krieges, die auch in der Mehrheit der Autobiografien vorherrschen. Zwischen dem Kriegsende und dem massiven Einsetzen von Erinnerungsliteratur gegen Ende der 1920er Jahre klaffte eine *ten year gap* (S. 37). Entgegen der These, dies liege in erst zu überwindender Verdrängung und Traumatisierung begründet, vertritt Schneider die Ansicht, dass ökonomische Faktoren wie Markt und Interesse bzw. Kaufbereitschaft der Leserschaft einen großen Einfluss auf diese Entwicklung hatten. Neu an der Kriegsautobiografie war, dass die Verfasser bereits in vergleichsweise jungen Jahren die Kriegserfahrung als prägendsten Teil ihres Lebens bewerteten. Sie verwenden hierzu häufig nicht nur gleiche Interpretationsmuster, sondern zudem einen hohen Anteil an standardisierten Szenen, die die Kriegsautobiografie zu einem gewissen Grad ihrer Individualität entkleidet und ihre Verhaftung in einem festen Erinnerungsdiskurs deutlich macht. Dabei sind die frühen Kriegsautobiografien bis in die 1940er Jahre am deutlichsten von dem Deutungsmuster des *futility myth* und einer Stimmung der Desillusionierung geprägt. In der Selbstpositionierung der Autobiografen lasse sich auch erkennen, dass sich die Verfasser selbst als Beitragende zu einem Erinnerungsdiskurs wahrnahmen. Die Bandbreite der Autobiografien zeige entgegen des durch den Kanon weiter getragenen einheitlichen Narratives eine Anzahl parallel existierender, konkurrierender Erinnerungskulturen auf (S. 100 f.). Die Kriegsautobiografien von den 1940ern bis in die 1970er Jahre zeugen von einer zunehmenden zeitlichen Distanz zum Ereignis: Die Texte positionieren sich selbst in dem sich verändernden Erinnerungsdiskurs und fühlen sich bereits in der Pflicht, durch Glossare mit „Weltkriegsvokabular“ die Generationslücke zur vermuteten Leserschaft zu schließen. Insgesamt sind die Autobiografien in diesem Zeitraum in einem neuen, kriegs-

kritischeren gesellschaftlichen Klima situiert, in das dann schließlich auch die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges mit einfließen. In der letzten betrachteten Phase, der 1990er Jahre, komme es schließlich mit den Kategorien Jan Assmanns zu einem Übergang vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis, in dem bereits aus generationellen Gründen die Bedeutung der Autobiografien vor allem in ihren Neuauflagen und Bearbeitungen durch Roman und Film liegt.

Die Kriegserinnerungen im Roman, betrachtet von Barbara Korte, eröffnen die Möglichkeit, den Krieg „qua Fiktion für Leser gegenwärtig werden lassen“, und tragen so durch Themenauswahl, Perspektive und Deutung zu einer bestimmten Auswahl von Erinnerungselementen im kollektiven Gedächtnis bei (S. 146 f.). Dabei lehnen sie sich oft an die in Autobiografien etablierten Narrative an. Der maßgebliche Unterschied zur Autobiografie liege vor allem in dem durch die Wahl der Gattung beim Leser hervorgerufenen Realitätsglauben. Auch im Roman liege aber die unhinterfragte Dominanz des Westfront- und Sinnlosigkeitsmythos v.a. in der Kanonisierung einiger weniger Texte begründet (S. 152). Nach überwiegend sinnstiftenden Versuchen der frühen Nachkriegsjahre setzten sich in den späten 1920er Jahren Narrative von Desillusionierung und Sinnlosigkeit des Krieges durch. 1928 bis 1930 kam es zu einem regelrechten *war books boom*, für dessen kriegskritische Erzählmotive beispielhaft Vernon Bartletts Roman „No Man’s Land“ (1930) steht. Die Welle der Antikriegsromane verläuft Ende der 1920er Jahre parallel zum Boom der Autobiographien nach der *ten year gap*. Korte sieht wie Schneider vor allem die Politik der Verleger und ein verändertes Leserinteresse als Grund für diese Entwicklung an (S. 185). Die zunehmende Kriegskritik stand im zeitlichen Kontext von Friedens- und Abrüstungspolitik des Völkerbunds sowie wirtschaftlicher Depression und politischer Instabilität in Großbritannien. Politik, Militär und Presse gerieten zunehmend in Kritik für ihre Instrumentalisierung und geringe Wertschätzung des einfachen Soldaten, dem nun in den Antikriegsbüchern die ihm zustehende Stimme verliehen wurde (S. 191). Zehn Jahre nach Kriegsende war der Erste Weltkrieg ein u.a. in der *war books controversy* „umstrittener Erinnerungsort“. Dennoch blieb die maskuline Fronterzählung auch in den Romanen dominant (S. 196). Während die 1960er Jahre die Kriegsliteratur und die *trench poetry* aus der Motivation einer allgemeinen pazifistischen Stimmung heraus antizipierten, entdeckten die 1980er Jahre im zeitlichen Kontext des Falklandkonfliktes und einer damit neuen Thematisierung von Krieg und Patriotismus den Ersten

Weltkrieg „in seiner Relevanz für die Definition englischer Identität“ (S. 216). In den 1990ern kommt es dann zu einem bis heute anhaltenden neuen *war books boom*. Nur ein Teil der Neuerscheinungen jedoch trug zur neuen Deutung des Krieges bei (etwa die Bücher von Pat Barker). Trotz neuer Variationen handelt es sich bei den neuen Kriegsdarstellungen oft um Spielarten der bereits vorhandenen Mythen. Korte spricht dem kriegserinnernden Roman die Kraft der „artifizielle[n] ‚Verlängerung‘ des kommunikativen Gedächtnisses“ zu (S. 239). Dennoch sei der Roman mit zunehmendem zeitlichen Abstand zum erzählten Ereignis immer stärker auf die bereits existierenden Erzählweisen angewiesen gewesen und damit stark von ihnen beeinflusst. Trotz Versuchen der Demystifizierung des Krieges hat so vor allem die Westfronterzählung mit ihren Spielarten *futility myth* und sinnloser Krieg der 1920er Jahre ihre Dominanz bis heute behalten. Der Roman trägt zwar zur Pluralität der Erinnerungskultur bei, ist jedoch auch stark von ihren dominanten Narrativen beeinflusst.

Claudia Sternberg widerspricht in ihrer Untersuchung des Erinnerungsdiskurses in Spielfilm und Fernsehspiel vor allem der These, der Erste Weltkrieg sei in der Erinnerungskultur ein *literary war* (Paul Fussell). Zwar handelt es sich bei den kanonisierten Filmen fast ausschließlich um Verfilmungen autobiografischer oder literarischer Vorlagen. Von Anfang an jedoch sei der Krieg auch ein *cinematic war* gewesen (S. 247), da Frontereignisse die Bevölkerung Großbritanniens meist nur als Medienprodukt in Form von Filmen und Fotos erreichten, z.B. durch den Film „The Battle of the Somme“ von 1916. Das Kino bot Deutungs- und Sinngebungsansätze, aber auch eskapistische Unterhaltungsangebote durch Liebes- und Spionagegeschichten. Der Spielfilm trug durch die Auswahl der verfilmten literarischen Vorlagen stark zur deren Kanonisierung und damit zur Ausbildung bestimmter Deutungsmuster in der britischen Erinnerungskultur bei. Ebenso wie im Roman der Nachkriegsjahre ging es zunächst um Legitimations- und Bewältigungsstrategien, die ‚moral‘-fördernd für das Publikum sein sollten, bevor sich in den späten 1920er Jahren die desillusionierte Interpretation eines sinnlosen Krieges durchsetzte. Die Filme (z.B. „All Quiet on the Western Front“ und „Journey’s End“) waren nun zunehmend „männer-, infanterie- und frontzentriert“, zeigten schonungslos grausame Verletzungen und die Begegnung mit dem Tod als Extremsituation, thematisierten erstmalig auch die psychischen Auswirkungen des Krieges auf den Einzelnen (S. 262). Die 1930er Jahre schwächten diese grausame Darstellung des Krieges wieder etwas ab, indem der Krieg mehr als Folie für Beziehungsme-

lodramen oder Spionagegeschichten verwendet wurde. Grundsätzlich bilden diese ersten 25 Jahre filmischer Umsetzung „Basis für alle Topoi, Figurenkonstellationen, kriegsspezifische Narrative und Diskurse, die die spätere Erinnerung beeinflussen“ (S. 279 f.).

Nach dem Zweiten Weltkrieg nahm sich die Filmindustrie im Rahmen des *Age of War Epic* (nach Ivan Butler, S. 289) auch wieder vermehrt des Ersten Weltkriegs an (z.B. „Lawrence of Arabia“, 1962). Während der Soldat oder Frontoffizier weiterhin als „Erinnerungs-subjekt und Fokalisierungsinstanz“ (S. 291) im Mittelpunkt stand, wurde dabei der Anteil an Darstellungen von aktivem Kampf, Massenszenen und Gewalt stark erhöht, was Sternberg durch die inhaltliche und ästhetische Ausrichtung an Kriegsfilmern zum Zweiten Weltkrieg erklärt. Dabei war der Deutungsansatz der Filme aber meist kriegskritisch. Aktuelle politische Diskussionen und Kritik etwa an der militärischen Führung spiegelten sich zunehmend in den Filmen wieder. Gleichzeitig wurde das Narrativ des sinnlosen Krieges auch bewusst entmythisiert. Von den 1970er Jahren ab weitete sich durch zunehmende gesellschaftliche Kritik an „kapitalistischen und militaristischen Strukturen“ (S. 317) auch der Blickwinkel der Filmdarstellung auf weibliche Kriegserfahrungen und zuvor unbeliebte, weil nicht dem maskulinen Westfrontmythos entsprechende Themenfelder wie Kriegsneurosen als die „entmännlichende“ Seite des Krieges. Gesellschaftlicher Wertewandel führte damit laut Sternberg auch zu einer „Revision der Erinnerungskultur“ an den Ersten Weltkrieg in Film und Fernsehen.

In ihrem gemeinsam verfassten, leider jedoch sehr kurz geratenen Schluss (er umfasst nur knapp drei Seiten) betonen die Autoren, dass der Vergleich der Medien Gemeinsamkeiten wie Unterschiede aufdecke. Allen sei eine Dominanz des Westfrontnarratives gemeinsam, die jedoch durch die verschiedenen medialen und erzähltechnischen Möglichkeiten von Autobiografie, Roman und Film auf verschiedene Weise umgesetzt wurden. In allen drei Aspekten des Mediendiskurses komme es zur Kanonisierung einiger weniger Werke, welche wiederum weitere in ihrer Deutung maßgeblich beeinflussen. Allen Kapiteln liegen parallele Erinnerungsdekaden zugrunde, in deren Kumulationsphasen 1928–1930, 1960er Jahre, 1990er Jahre bis heute (90. Jahrestag) sich eine besondere Beschäftigung mit dem Ersten Weltkrieg nachweisen lasse. Diese Schlussfolgerungen bleiben jedoch, auch zwangsläufig angesichts ihrer Kürze, sehr vage. Eine Veröffentlichung, der ganz offensichtlich eine sehr intensive Kooperation dreier Autoren zu verschiedenen Schwerpunkten zugrunde liegt, aber hätte, so

einer der wenigen Kritikpunkte dieser Rezension, ein ausführliches Fazit verdient, in dem auch die in der gemeinsamen Einleitung so zahlreich aufgeworfenen Fragen nun zusammenfassend hätten beantwortet werden können. Da die Autoren dies zwar über ihr Buch verteilt, leider jedoch nicht als Schlussbemerkung bieten, wird den starken wechselseitigen Bezügen der einzelnen Teile nicht gerecht. Die hier behandelten Mediendiskurse weisen ja durchaus, wie auch in der Einleitung als Grundthese behauptet, auf einen starken Dialog und gegenseitiges Zitieren hin, diese Rückbezüge hätten als Fazit noch einmal herausgearbeitet werden können und sollen.

Der gewählte Zeitraum von 1919 bis 1999 ist weit gesteckt und wird bei den Autoren in drei „Kumulationsphasen“ der medialen Auseinandersetzung mit dem Ersten Weltkrieg unterteilt. Dieses Vorgehen ist einerseits sinnvoll, insofern gewisse parallele Entwicklungen der einzelnen Mediengattungen so nachgewiesen werden können (s.o.), kann aber nicht konsequent eingehalten werden und wirkt so manchmal bemüht. Die Analyse des Erinnerungsdiskurses in der Autobiografie von Ralf Schneider muss zwangsläufig bereits aus generationellen Gründen ihren Schwerpunkt in der Zwischenkriegszeit setzen, während andererseits die von Claudia Sternberg untersuchte filmische Verarbeitung des Kriegs ihren Höhepunkt aus technischen Gründen später erreicht. Auch Barbara Kortess Analyse der Romane der Zwischenkriegszeit nimmt etwa doppelt soviel Raum ein wie die beiden folgenden Teile zu den 1960er Jahren bis heute zusammen. Die Theorie der Kulminationsphasen scheint also auf den ersten Blick nicht sehr überzeugend zu sein. Sie gewinnt jedoch an Deutungskraft, wenn man, wie die Autoren es im Text tun, nicht nur die Werke selbst, sondern die Medien in ihrer Einbettung und ihrem wechselseitigen Diskurs in der britischen Erinnerungskultur betrachtet. In diesem Sinne lassen sich dann auch neue positive Entscheidungen von Verlegern und Verlagen in den 70er Jahren aufgrund des gesteigerten Interesses am Themenkomplex des Ersten Weltkriegs wiederum als Kumulationsphase verstehen. Auch dies hätte in einem ausführlicheren Schlusswort besser erläutert werden können.

Das Thema Gender und Maskulinität der dominanten Kriegsnarrative wird in allen drei Kapiteln angesprochen. Leider aber fehlt bei allen Autoren gleichzeitig die Frage nach Erinnerungsdiskursen der Minderheiten, die sich angesichts des so oft betonten dominanten britischen Westfrontnarrativs geradezu aufdrängt. Wie wurde der Krieg abweichend erinnert? Was wurde in den Mediendiskursen nicht erinnert? Wo existier(t)en konkurrierende Erzählweisen? Dabei ergibt

sich ein weiteres Definitionsproblem: Die Autoren betonen die Bedeutung des Ersten Weltkrieges bei der Ausbildung einer „britischen Nationalidentität“ (zitieren dabei aber interessanterweise Barlow, der von „Englishness“ spricht) (S. 5). Zum einen erläutern die Autoren ihre eigene Definition von „britisch“ leider nicht (die sich ja im Laufe des von ihnen gesetzten Zeitrahmens allein durch den Zusammenbruch des Empires maßgeblich verändert), zum anderen wirkt die vorherrschende Verwendung der Bezeichnung „Britannien“, vermutlich als direkte Übersetzung des englischen „Britain“, ungeschickt: Unklar bleibt, ob die Autoren (außer Schneider, der ‚Großbritannien‘ verwendet) von Großbritannien als geografische Einheit oder einem britischen Sprach- und Kulturraum ausgehen (so werden etwa in Sternbergs Abschnitt über britische Filme nordamerikanische Produktionen neben britischen angeführt). Ebenfalls wird nicht thematisiert, inwieweit eine britische Erinnerungskultur nicht eine stark vom englischen Süden geprägte Erinnerungskultur ist. Regionale Besonderheiten der Erinnerung des Ersten Weltkriegs in Wales und Schottland, vor allem aber Irland, hätten, wenn schon nicht eigens behandelt, so doch zumindest kurz thematisiert werden sollen.²

Trotz dieser Einwände handelt es sich insgesamt jedoch um einen umfassenden Überblick über die Kontinuität des Ersten Weltkriegs in britischen Medien und dem kollektiven britischen Gedächtnis, der Literaturwissenschaftlern ebenso wie Historikern zur Lektüre empfohlen werden kann.

Julia Eichenberg, Dublin

² Vgl. Adrian Gregory, *The Silence of Memory. Armistice Day 1919–1946*. Oxford 1997, Introduction.

Kriegsniederlagen. Erfahrungen und Erinnerungen, hrsg. v. Horst Carl (u.a.). Berlin: Akademie Verlag 2004, 472 S., Abbildungen.

Die These, dass weiterreichende Einsichten in der Geschichte nicht von den Siegern, sondern von den Besiegten stammen (Reinhart Koselleck), hat in der Kulturgeschichte fruchtbare Explikationen gefunden.¹ Die-

¹ Reinhart Koselleck, *Erfahrungswandel und Methodenwechsel. Eine historisch-anthropologische Skizze* [Erstdruck 1988], in: Ders., *Zeitschichten. Studien zur Historik*. Frankfurt a.M. 2003, S. 27-77; vergleichend analysiert bei: Wolfgang Schivelbusch, *Die Kultur der Niederlage. Der amerikanische Süden 1865 – Frankreich 1871 – Deutschland 1918*. Berlin 2001.

se Überlegung bildet den Ausgangspunkt für einen aus zwei Tagungen der Sonderforschungsbereiche „Kriegserfahrungen“ (Tübingen) und „Erinnerungskulturen“ (Gießen) sowie der Forschergruppe „Krieg im Mittelalter“ (Regensburg) hervorgegangenen Sammelband, der systematisch die Erfahrungen und Erinnerungen an Kriegsniederlagen vom Mittelalter bis zur Gegenwart untersucht. Dabei steht die Frage, wie Nachkriegsgesellschaften mit Niederlagen umgehen, also die unmittelbare Erfahrungs- und Erinnerungsgeschichte in den nächsten ein bis zwei Generationen, im Zentrum des Interesses.

Die insgesamt 24 Beiträge sind in fünf Themenkreisen angeordnet, die im Rahmen einer Rezension nur exemplarisch vorgestellt werden können. In einem ersten Themenkreis zu „Historiographischen und literarischen Verarbeitungen“ geht es um Versuche, Niederlagen eine narrative Struktur zu verleihen. Nicht selten ist ein „Überlesen“ von Niederlagen, wie Edith Feistner und Michael Neecke am Beispiel der Rezeption des Rolandsliedes im Deutschen Orden zeigen. Sichtbar ist aber auch eine geschichtspolitische Rahmung in der Konstruktion eines „verhängnisvollen Sonderwegs“, ein Weg, auf den Dieter Langewiesche für die Niederlagenbewältigung deutscher Historiker nach zwei Weltkriegen verweist.

Unter der Überschrift „Lernprozesse und politische Instrumentalisierungen“ geht es um den konkreten gesellschaftlichen Umgang mit Niederlagen: Anhand der habsburgischen Erinnerung an die Schlacht bei Sempach und den Tod Herzog Leopolds III. auf dem Schlachtfeld (1386) zeigt Steffen Krieb, dass im 15. Jahrhundert Niederlagen im Totengedenken heroisiert und der Sieger moralisch entwertet werden konnte (Brutalität von Schweizer Bauern). Ganz anders hingegen erfolgte die Instrumentalisierung der Niederlage von Azincourt (1415) in der französischen Erinnerung, die Hans-Henning Kortüm beschreibt: Die Niederlage diente als Mittel, das französische Rittertum (*chevalerie*) auch gesellschaftlich zu delegitimieren und eine neue militärische Disziplin einzufordern.

Auch in der Moderne kann eine Ausrichtung auf ein Totengedenken und der Versuch, den Opfern einen Sinn zu geben, geradezu zu einer Geiselnahme der Überlebenden führen, wie Sonja Levsen in ihrer vergleichenden Beschreibung des Tübinger und Cambridger Gedenkens an die studentischen Opfer unter den Soldaten des Ersten Weltkriegs beschreibt: Die „Schuld“ der Überlebenden erforderte eine Sinngebung der Opfer durch einen neuen Krieg und Sieg. Diachron vergleicht Vanessa Conze den Umgang mit territorialen Grenzverlusten in Deutschland nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg: In

beiden Fällen war der Zeitraum einer Generation zur Akzeptanz der Niederlagen erforderlich, wobei die totale Niederlage und der neue Charakter der Grenze im Kalten Krieg den Deutschen nach 1945 die Akzeptanz der Niederlage erleichterte. Eine Konsequenz aus der Niederlage im Ersten Weltkrieg, nämlich die Forderung nach einer modernen Armee und eine Militarisierung, zeigt Olga Nikonova am Beispiel russischer Militärspezialisten aus dem Ersten Weltkrieg in der sowjetischen Armee.

Dass Niederlagen auch in „Religiösen Deutungsmustern“ erfahren und erinnert werden können, zeigen mehrere Beiträge. Anhand einer Detailanalyse der religiösen Semantik in der katholischen Reichsstadt Rottweil im Dreißigjährigen Krieg stellt Andreas Holzem dar, dass dort unter Anleitung des katholischen Rats vielfache Kriegskatastrophen als Ausdruck „göttlichen Zorns“ aufgefasst wurden, dem durch eine vertiefte Marienverehrung begegnet wurde. Gerade die Beharrungskraft religiöser Deutungsmuster von Krieg als „Strafe Gottes“ ist europaweit erheblich, wie Horst Carl am Beispiel der Deutung der Niederlagen gegen die Französische Revolution in Belgien und den Niederlanden zeigt. Eine Kontinuität gibt es aber auch in Vorstellungen einer chiliastisch gedachten „großen Revanche“: Die frühmittelalterliche Endkaiser-Weissagung des Pseudo-Methodius, die Friedrich-Erwartung im Reich wie die muslimische Mahdi-Erwartung sind Spielarten eines solchen Revanchedenkens, die Hannes Möhring analysiert.

„Diskurse um Geschlecht und Ehre“, denen oft das Ziel eines Bestreitens oder Bagatellisierens einer Niederlage zugrunde liegt, bilden den vierten Themenkreis. Birte Förster zeigt anhand des Luisenkultes, wie in Preußen das Jahr 1806 durch den Opfertod einer tugendvollen Königin als überwundene Niederlage konzeptionalisiert und die „preußische Ehre“ erhalten wurde. Gerade Ehrkonzeptionen ermöglichen Einheitskonstrukte nach Bürgerkriegen, wie Michael Hochgeschwendner am Beispiel des Umgangs mit den Besiegten nach dem amerikanischen Sezessionskrieg aufzeigt: Die diskursive Anerkennung der Ehre der besiegten Südstaaten wurde durch den Ausschluss der Schwarzen als „gewalttätig“ bis hin zu den Ritualen des „lynching“ abgesichert.

Abschließend werden „Mediale Verarbeitungen“ von Niederlagen behandelt. Nebeneinander stehen hier die Analyse von Niederlagen der Napoleonischen Kriege in der deutschen Militärmalerei des 19. Jahrhunderts (Susanne Parth) und die Darstellung der Soldaten des Ersten Weltkrieges in der bildenden Kunst (Annegret Jürgens-Kirchhof).

Insgesamt zeigt der Sammelband, dessen Beiträge durchweg forschungsnah konzipiert sind, wie vielfältig Kriegsniederlagen historisch konzeptionalisiert werden konnten. Lernprozesse, Instrumentalisierungen, ein „Vergessen“ der Niederlage bis hin zur Umdeutung zu einem Sieg stehen neben religiösen Bewältigungsstrategien und Revanchediskursen. Diese Vielfalt aufgezeigt zu haben, ist ein nicht geringer Verdienst der Beschäftigung mit „Kriegsniederlagen“.

Hans-Jürgen Bömelburg, Gießen

Jutta Nowosadtko, Krieg, Gewalt und Ordnung. Einführung in die Militärgeschichte. Tübingen: edition diskord 2002, 300 S. (Historische Einführungen. 6).

Ob die Militärgeschichte tatsächlich in Deutschland wieder „in Mode“ gekommen ist, wie manche ihrer Anhänger meinen, ist schwer zu bemessen. Das anhaltende Medieninteresse und eine zunehmende Zahl von Studien verschiedener Fachrichtungen, die Fragen der Militärgeschichte berühren, sprechen dafür. Sie ist immerhin die wohl älteste Form der Historiografie und war nach 1945 aus naheliegenden politischen Gründen in Misskredit geraten. Für Jahrzehnte repräsentierte das Militärgeschichtliche Forschungsamt der Bundeswehr einen Forschungszweig, der weitgehend auf den außeruniversitären Bereich beschränkt blieb. Der seit den 90er Jahren erkennbare fundamentale Wandel des Kriegsbildes, des Militärs und seiner Einsatzformen sowie seiner Rolle innerhalb der Gesellschaft ist durchaus geeignet, der Militärgeschichte neue Aufmerksamkeit zu verschaffen. Doch im Gegensatz etwa zur angelsächsischen Welt ist sie als eigenständige Teildisziplin der Geschichtswissenschaft in Deutschland noch immer nicht ihrer Bedeutung entsprechend etabliert. Es ist bezeichnend, dass die vorliegende Einführung in das Fach im Titel mit Begriffen wirbt, die auf Forschungsfelder anderer Disziplinen hinweisen.

Auch zwei andere moderne Einführungen in die Militärgeschichte, die in jüngster Zeit in Deutschland erschienen sind, spiegeln diese unentschiedene Orientierungssuche von Historikern wider, die in der Regel selbst kein Studium des Faches anbieten und sich im akademischen Umfeld auch nicht als „Militärhistoriker“ bezeichnen. Die Autorin vertritt das Fach Frühe Neuzeit an der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg und baut ihre Einführung auf diesen Erfahrungen auf. Da sich nach ihrem Eindruck die Militärgeschichte bereits so vielfältig und schon fast „uferlos“ entwickelt hat, hat sie

sich entschlossen, frühere Epochen und die internationale Perspektive weitgehend zu vernachlässigen. Auch bildet ihr Text den Inhalt der Militärgeschichte nur bedingt ab, sondern stellt über weite Strecken eine Geschichte des Faches sowie eine Einführung in moderne Methoden und Problemfelder der Forschung dar.

Mehr als die Hälfte des kleinen Bandes ist also den internen Querelen der Zunft gewidmet. Das Hauptgewicht liegt auf einer kritischen Abrechnung mit der älteren militärischen Forschung, die – als „Kriegsgeschichte“ verkürzt – aus früheren Feldzügen Lehren für die Offiziersausbildung gewinnen wollte. Daraus entwickelte sich im 19. Jahrhundert in Deutschland eine hoch spezialisierte „Generalstabs-geschichte“, die bis heute großes Ansehen genießt und deren Produkte auch von der Autorin als unentbehrliche Nachschlagewerke eingestuft werden. Gleichwohl sind sie durch ihr applikatorisches Anliegen, mehr noch nach 1945 durch die Einstufung als vermeintlich geistige Grundlagen eines deutschen „Militarismus“ in Verruf geraten. Ob bei diesen Arbeiten das Prädikat „wissenschaftlich“ angebracht ist oder nicht, folgt veränderlichen Konventionen. Das wird gerade unsere Zeit einräumen müssen, die dem applikatorischen Interesse einer weithin auch im akademischen Bereich propagierten Politikberatung frönt.

Wenn die Autorin dann dem vermeintlichen Gegensatz von „amtlicher“ und „akademischer Militärgeschichtsschreibung“ in Deutschland ihre besondere Aufmerksamkeit zuwendet, dann bleibt sie auch in ihrem zweiten großen Abschnitt dieser überholten fachinternen Kontroverse um Deutungshoheiten und Statusfragen verhaftet. Man wird es einem heutigen Studenten kaum vermitteln können, mit welcher teilweise verbissenen ideologischen Argumentation bis in die jüngste Vergangenheit hinein um die historiografische Tätigkeit von Offizieren gestritten worden ist. Das zeigt z.B. der von Nowosadtko skizzierte „Strategiestreit“, den der Berliner Universitätslehrer Hans Delbrück, der gemeinhin als Schöpfer einer modernen Militärgeschichte an der Wende zum 20. Jahrhundert gilt, ausgetragen hat. Letztlich verwahrten sich die Generale damals dagegen, von einem „Zivilisten“ belehrt zu werden. Wenn dieser zu Recht die stärkere Einbeziehung von politischen, ökonomischen und sozialen Aspekten in die Analyse der Kriegsgeschichte forderte, dann ebnete er damit aber zugleich einer politischen Inanspruchnahme den Weg, die über die nationalsozialistische „Wehrgeschichte“ mit ihren rassenideologischen und wehrgeografischen Komponenten bis hin zu einer „Militärgeschichte als Friedensforschung“ zum Ende des Jahrhunderts reicht.

Nützlicher für das Studium der Militärgeschichte als diese „Ver-

gangenheitsbewältigung“ einer Disziplin, die heute an den Universitäten nur das Dasein eines „Orchideenfaches“ fristet, dürften die beiden letzten kleineren Abschnitte der Einführung sein. Nowosadtko präsentiert hier zunächst die Militärgeschichte in der Gestalt von Varianten eines speziellen methodologischen Zugriffs, ohne sich letztlich darauf festlegen zu wollen, ob sie nun die Militärgeschichte als ebenso eigenständige Teildisziplin der Geschichtswissenschaft anerkennt wie die ausgewählten anderen Bereiche. Man kann die Brücken zur Politik-, Sozial-, Technik- und Kunstgeschichte schließlich von beiden Seiten betreten oder die Militärgeschichte als bloßes Themenfeld betrachten, auf dem sich die fest etablierten Teildisziplinen der Geschichtswissenschaft mit ihren jeweiligen Methoden und Fragestellungen hin und wieder Anregungen suchen. Die Autorin referiert aus dem Blickwinkel einer – als „wahres Chamäleon“ (S. 137) verstandenen – Militärgeschichte Forschungsbemühungen und Ergebnisse in den genannten Bereichen.

Immerhin einen originär militärhistorischen Bereich hat sie mit der Operationsgeschichte ausgemacht, der meist in Verbindung mit der älteren, diffamierten Generalstabsgeschichte gesehen wird. Auch hier bezieht Nowosadtko einen kritischen Standpunkt gegenüber der militärfachlichen Perspektive und Professionalisierung. Sie räumt allerdings ein, dass in jüngster Zeit eine erneuerte „history of battles and campaigns“ insbesondere durch angelsächsische Autoren Aufmerksamkeit gefunden hat und ein spezielles Interesse an der Erforschung von Kampfmotivation der Soldaten sowie der Effizienz von Armeen artikuliert. Die Autorin plädiert dafür, eine solche Geschichte soldatischer Erfahrungen und militärischer Operationen unbedingt an der allgemeinen Geschichte auszurichten, was eine Selbstverständlichkeit sein dürfte, als dezidierte Forderung aber vermutlich von der Sorge des „zivilen“ Historikers vor wissenschaftlichen Ansprüchen des militärischen Sachverständigen geprägt sein dürfte. Immerhin betrachtet sie es als nützlich, im Anhang ihres Buches einige formationsgeschichtliche Informationen wie Dienstgrade und Kommandostrukturen zu liefern. Dem Verständnis der Eigenarten des Militärs ist das sicherlich förderlich, aber ebensowenig ausreichend wie die umfangreiche Bibliografie des Bandes, deren Kurztitel in fast jeder dritten Zeile auftauchen und die Lektüre des Textes nicht eben erleichtern.

Der letzte kleine Abschnitt präsentiert eine Reihe von Problemfeldern der Forschung, die von dieser geforderten Bindung an andere Disziplinen zeugen. Das frühneuzeitliche Interesse an Fragen der Legitimität des Krieges führt die Autorin bis zu gegenwärtigen

Diskussionen der Politikwissenschaft um vermeintlich „neue Kriege“ und der aktuellen Bedrohung durch irreguläre Formen des Krieges. Sie diskutiert sodann die Frage, wie Krieg und Gewalt als anthropologische Grundkonstanten wahrgenommen worden sind, um sich dann den Problemen der soldatischen Disziplin zuzuwenden, die nicht zuletzt auf das lebhafteste Interesse der modernen Forschung an Deserteuren in deutschen Armeen rekurrieren. Bevor sie sich mit der unumgänglichen Geschlechtergeschichte beschäftigt, beschreibt sie zwei epochale Konzepte, von denen zahlreiche militärhistorische Arbeiten der letzten zwei Jahrzehnte beeinflusst worden sind. Zum einen handelt es sich um die These von Geoffrey Parker einer „militärischen Revolution“, die in der frühen Neuzeit den Lauf der Geschichte wesentlich geprägt hat, zum anderen um das Konzept des Totalen Krieges, das im 20. Jahrhundert zur höchsten Entwicklung getrieben worden ist.

Natürlich kann dieser Überblick zu den Problemfeldern nicht umfassend und erschöpfend sein. Meist steht dahinter ein spezieller Arbeitskreis, der sich jeweils kaum in der Vielfalt seiner Aktivitäten und Interessen angemessen berücksichtigt finden dürfte. Die verengte deutsche Sichtweise lässt außerdem jene Felder moderner Militärgeschichte außer Betracht, auf denen heute die spannendsten Untersuchungen vorgenommen werden. Damit ist vor allem die osteuropäische Zeitgeschichte gemeint, die einerseits in den ost- und mittelosteuropäischen Staaten das Erbe sowjetischer Geschichtspropaganda zu überwinden hat und mit raschen Schritten zu den westlichen Standards auch der Militärgeschichte vordringt; und andererseits mit der kritischen Aufarbeitung der Geschichte Osteuropas im Zeitalter der Weltkriege nicht nur ein gänzlich neues und methodisch innovatives Untersuchungsfeld aufschließt, sondern auch in der Lage sein dürfte, scheinbare Gewissheiten des deutschen Geschichtsbildes zu erschüttern.

Rolf-Dieter Müller, Potsdam

Gerhard Paul, Bilder des Krieges – Krieg der Bilder. Die Visualisierung des modernen Krieges. Paderborn (u.a.): Ferdinand Schöningh/München: Wilhelm Fink 2004, 526 S., zahlreiche Abbildungen.

„Der Eingriff der Medien in die außermediale Realität des Krieges hat diesen zunehmend als visuellen Kampfplatz konstituiert, wo-

durch dieser wiederum für die mediale Darstellung hin inszeniert wurde.“ (S. 471) Gerhard Paul zeigt in dem vorzustellenden Band den Weg, den Visualisierungen von Kriegen von den ersten Anfängen im Krimkrieg bis zum 11. September 2001 nahmen. Dabei ist allein die Vielzahl der Themenbereiche, die dabei abgedeckt werden, beeindruckend: neben Kriegsphotografien werden auch Kriegsfilme, Fernsehen und schließlich das Medium Internet behandelt; es geht also um den Begriff ‚Visualisierung‘ im weitesten Sinn. Zudem versucht Paul die Sichtweisen (im wahrsten Sinne des Wortes!) und Interpretationen der jeweiligen Kontrahenten und die Rezeption nach dem Ende der Auseinandersetzung vorzustellen. Diese vielfältigen, über historische Epochen hinwegreichenden Ansätze werden durch ein zentrales Erzählmotiv verbunden: „Bilder waren und sind nie nur Abbildungen von Realität; sie haben immer auch den historischen Prozess beeinflusst, indem sie bewusstseins- und meinungsbildend wirkten. Neben ihrer Doppelfunktion als Dispositiven der Wahrnehmung und Agenturen des kulturellen Gedächtnisses sind Fotografie, Film und Fernsehen im modernen Krieg selbst zu kriegerischen Akteuren geworden, die unsere Wahrnehmung des Krieges sowie unser Verhalten zum Krieg beeinflussen.“ (S. 15)

Den eben beschriebenen Wandel zeichnet Gerhard Paul in seinem Buch nicht nur mit Worten nach: besonders hervorzuheben bleiben die „Visual Essays“, die zu jeder Periode das im Text erwähnte Bildmaterial vorstellen. Dabei beschränkt sich der Autor dankenswerter Weise nicht auf kurze Bildunterschriften, sondern kommentiert noch einmal ausführlich die abgebildete Szenerie – man kann die visuellen Essays ohne oder unabhängig vom Textkorpus ‚lesen‘ und bekommt bereits damit einen tiefen Einblick in die ‚Bilder des Krieges‘.

Fast immer wurde Krieg bildlich als eine ‚saubere‘ Angelegenheit vermittelt; dazu gehörte die ‚ästhetisierte‘ Szenerie (S. 472) ebenso wie Bilder des Lebens der Soldaten hinter der Front („picknick-war“). Durch diese Motive wurden Deutungsmuster generiert, die bestimmte Eindrücke beim Betrachter evozieren sollten. Diese Kernmotive lassen sich vom Krimkrieg über den Amerikanischen Bürgerkrieg, die preußisch-deutschen Kriege 1864–1871 (S. 59-76) bis zum Ersten Weltkrieg (S. 103-152) aufzeigen. Spätestens im Zweiten Weltkrieg hatten alle Beteiligten die Macht der Bilder erkannt und ‚inszenierten‘ ihren Krieg, ob nun in der ‚Deutschen Wochenschau‘ oder in den amerikanischen ‚Newsreels‘ (S. 223-284). Das Vorspiel dazu hatte der Spanische Bürgerkrieg geliefert, dem Paul deswegen völlig zu Recht ein eigenes Kapitel widmet (S. 173-205). In der Tat bildet dieser

Krieg die eigentliche Wasserscheide zwischen den Verbildlichungen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts und den späteren Epochen. Neue technische Möglichkeiten paarten sich mit der Erkenntnis, dass in gewaltsamen Auseinandersetzungen der ‚Krieg der Bilder‘ als wichtiges Kriegsmittel für die Moral der ‚Heimatfront‘ und im internationalen Propagandawettstreit anzusehen sei.

Aus diesem Schema fällt der Vietnam-Krieg heraus (S. 311-344), der als erster ‚television war‘ eine mediale Zäsur bedeutete, zugleich aber wohl die einzige Auseinandersetzung bleiben wird, in der die Kontrolle über die Bilddarstellung ab einem gewissen Punkt verloren ging. Eben weil die amerikanischen Militärs ihr mediales Trauma in Vietnam erfahren hatten, zeigten der erste Golfkrieg und der Krieg in Afghanistan vor allem die Lehren, die die ehemaligen jungen Offiziere aus Vietnam als Generale am Golf und in Asien zogen, indem sie eine vollständige Kontrolle und Steuerung der bildlichen Information durchsetzten: Ästhetik, High-Tech und Computerspielgrafik statt Realität (S. 365-393; 433-456).

Mit dem 11. September 2001 wurde schließlich „ein neues Kapitel in der Geschichte des Krieges und dessen Visualisierung aufgeschlagen“ (S. 433), denn zum ersten Mal ermöglichte die mediale Globalisierung das, was Paul als „Angriff in Echtzeit“ bezeichnet: Der Krieg der Bilder wurde endgültig zur Waffe, symbolisch und schockierend eben deswegen, weil der Terroranschlag sofort in aller Welt bildlich ‚einschlug‘. Ohne die „erzwungene Komplizenschaft der Bildmedien“ (S. 436) hätten die Attentäter ihre Ziele nicht erreicht: „(...) erstmals in der Geschichte der visuellen Kriegsberichterstattung wurden sie (sc. die Zuschauer am Fernseher; J. T.) Zeuge eines Gewaltaktes im Augenblick seines Vollzuges“ (S. 436) und unterlagen zum ersten Mal der ‚televisuellen Konstruktion‘ (S. 438) eines Live-Massenmordes.

Einen darstellerischen Schwerpunkt legt Paul auf die Rezeption und Wahrnehmung der nachfolgenden Generationen; dies sind keineswegs überraschend die besten und anregendsten Passagen des Bandes: beispielsweise zeigt das Beispiel des Vietnamkrieges, der, wie bereits erwähnt, in vielfacher Hinsicht die visuellen Traditionen und Verschleierungen durchbrach, daher die Ausnahme von der Regel bildete und in negativer Hinsicht stilbildend für die High-Tech-Kriege des ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts wurde, klare Brüche zum aktuellen Verständnis und den Jahren bis 1975: ein schmutziger Krieg wurde nicht nur in der Rezeption ästhetisiert, sondern quasi nachträglich gewonnen: die Sequenz der mit Wagnermusik unterlegten Hubschrauberattacke in „Apocalypse Now“ zeigt dabei

den Deutungswandel viel differenzierter, sublimer und eindringlicher als die gewaltbereite, naiv-oberflächliche Revanche in „Rambo II“.

Natürlich stützt sich der Autor bei der Fülle der Themen vor allem auf Sekundärliteratur. Aber wie Paul trotz aller deskriptiven und chronologischen Zwänge das Material aufbereitet und in einer immer präzisen Sprache wiedergibt, ohne die benutzte Literatur zu verbergen, das macht einen Wert dieses Buches aus. Herausgekommen ist dabei quasi als Nebenprodukt ein Forschungsbericht: wer zu einzelnen Epochen weiterführende Informationen benötigt, findet sie problemlos in den dankenswerter Weise am jeweiligen Seitenende publizierten Annotationen; ein weiterer Vorzug des Buches, den zu erwähnen inzwischen ausdrücklich angebracht erscheint. Nicht zuletzt wegen dieser Details ist Pauls Buch als Handbuch zu bezeichnen – der einzige Vorwurf, der dem Autor gemacht werden kann, ist der des Zuviel: die rasante Fahrt durch historische Epochen und Zäsuren der vergangenen 150 Jahre vom Krimkrieg zu Nine Eleven, durch die Technikgeschichte der Visualisierung, durch Film- und Fotogeschichte über Fernsehen bis hin zu den neuen Medien macht die „Bilder des Krieges“ zu einem Band, dessen Aussagekraft und Materialfülle verarbeitet werden will. Man wird das Buch sicherlich nicht nur einmal zur Hand nehmen – und die vielen angegebenen Internetseiten reizen zudem zur Autopsie. In diesem Zusammenhang sei ausdrücklich auch auf den Anhang verwiesen, der neben einem systematischen Literaturverzeichnis eine Bibliografie zu Bilddokumentationen, eine Auflistung von (Dokumentar)filmen sowie ein Verzeichnis von Bildquellen im Internet enthält. (S. 487-494)

So bleiben wenige Desiderata, am gewichtigsten zweifellos das völlige Schweigen über den – ja keineswegs zufällig oft als sowjetisches Vietnam bezeichneten – Afghanistankrieg der Sowjetunion. Bilder und Rezeption dieses Krieges in der sowjetisch-russischen Gesellschaft wären allein schon deswegen interessant gewesen, weil sie gezeigt hätten, wie weit die Darstellung vor allem den ‚westlichen‘ Umgang mit Kriegsbildern wiedergibt. Bei den behandelten Kriegen werden zudem sowohl die japanische als auch die vietnamesische Seite eher cursorisch abgehandelt, so dass auch hier ein klarer Schwerpunkt auf der europäisch-nordamerikanischen Bildikonografie liegt. Dass Paul auf die spätestens ab dem Zweiten Weltkrieg als Massenphänomen auftretende private Knipserei nicht weiter eingeht, ist dagegen nur zu verständlich: eine fundierte wissenschaftliche Aufarbeitung ist nach Lage der Dinge praktisch nicht möglich, so dass sich bestenfalls einige Spekulationen anstellen ließen.

Bei der Materie des Bandes überrascht es nicht, dass ein Großformat gewählt wurde und festes Hochglanzpapier zum Einsatz kommt. Damit wird das Buch auch vom Äußeren her zu einem anspruchsvollen Band, der zum Blättern anregt.

Letztlich geht es in diesem beeindruckenden Buch um die Verbildlichung einer vermeintliche Realität, die aber in eineinhalb Jahrhunderten von Beginn an der Manipulation ausgesetzt war: Der Widerspruch zwischen der 1:1-Abbildung von ‚Wirklichkeit‘ (vor allem im Foto und im ‚Dokumentarfilm‘) und des manipulativen Potenzials von Visualisierungen ist der rote Faden, der den Band durchzieht. Insofern ist es vielleicht keineswegs ein Zufall, dass die beiden Fotos, die mehr als alle anderen in das kollektive Gedächtnis als Ikonografien für den Zweiten Weltkrieg eingegangen sind, gestellt sind: sowohl die GI's, die auf Iwo Jima das Sternenbanner hissen, als auch die Rotarmisten auf dem Dach des Reichstages sind Statisten in einer nachinszenierten Szene.

Joachim Tauber, Lüneburg

Rainer Pöppinghege, Im Lager unbesiegt. Deutsche, englische und französische Kriegsgefangenen-Zeitungen im Ersten Weltkrieg. Essen: Klartext 2006, 349 S.

Die Habilitationsschrift Rainer Pöppingheges ist ein historisch interessanter Beitrag zum Thema Kriegsgefangene und Lagerzeitungen in Deutschland, Frankreich und Großbritannien (inklusive britische Dominions) während des Ersten Weltkriegs (1914–1920). Pöppinghege betrachtet dabei die Kriegsgefangenenzeitungen sowohl als Gegenstand seiner Analyse als auch als Quellen, die über die Situation der Menschen in den Lagern anschaulich Auskunft geben. Sehr ausführlich geht er nicht nur auf die Zusammenhänge ein, in denen die Lagerzeitungen entstanden, sondern auch auf Aspekte der öffentlichen Kommunikation wie staatliche Propaganda und Zensur der Presse. Vielleicht aufgrund des von ihm als „ganzheitlich“ (S. 38) bezeichneten, breit angelegten Vorgehens der Untersuchung kann Pöppinghege aber letztlich von dem einleitend versprochenen kombinierten militär- und kommunikationsgeschichtlichen Ansatz nur den ersten Teil einlösen. Das deutliche Ungleichgewicht zwischen historischem Interesse an der Erschließung von Lagerzeitungen als authentischen Quellen der Zeitgeschichte und einem kommunikationswissenschaftlichen Interesse am Medium der Kriegsgefangenenzeitungen wird al-

lein durch einen Anteil von lediglich einem Drittel des Buches, das dem Titelthema des Buches gewidmet ist, sichtbar. Das gilt sowohl für Umfang und Inhalt als auch für den wissenschaftlichen Ansatz der Studie, denn sowohl kommunikationswissenschaftliche Theorie als auch methodisches Vorgehen bei Inhaltsanalysen erfahren nur eine sehr knappe bzw. ungenügende Reflexion.

Der eigentliche Schwerpunkt des Buches ist die Situation der Kriegsgefangenen im Ersten Weltkrieg. Einleitend werden kurz völkerrechtliche Bedingungen als „zivilgesellschaftliche Erfolgsstory“ beschrieben (S. 43). Es folgt eine Darstellung der Organisation und Verwaltung von internierten Menschen im Deutschen Reich, Großbritannien und Frankreich im Vergleich und des „weltweiten System[s] des Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenwesens[s]“, das sich schon kurz nach Kriegsbeginn etabliert hatte (S. 61). Pöppinghege führt hier und im weiteren Text nicht nur Zeugnisse aus den Untersuchungsländern auf, sondern auch aus Russland, den USA und Japan.

Das folgende, dritte Kapitel ist der Organisation der Kriegsgefangenenlager gewidmet. Es wird der Aufbau von Kriegsgefangenenlagern und ihre Ausstattung beschrieben sowie die durch den vor der Internierung eingenommenen beruflichen oder sozialen Status der Internierten determinierten Hierarchien in den Lagern (S. 74 ff.). Darüber hinaus thematisiert Pöppinghege zwei Aspekte der politischen Kommunikation in Bezug auf die Kriegsgefangenenlager im Ersten Weltkrieg: einerseits die Rolle der Kriegsgefangenen in der öffentlichen internationalen Auseinandersetzung zwischen den Ländern als Druckmittel und Thema der Propaganda (S. 78 ff.). Die Behandlung Kriegsgefangener im Ersten Weltkrieg hatte demnach große Bedeutung in der öffentlichen Wahrnehmung. Der zweite Aspekt betrifft die eingeschränkte Informationssituation der Lagerinsassen und speziell die Zensur von zugesandten Briefen und auch Büchern. Des Weiteren erläutert Pöppinghege ausführlich die Situation der Internierten: ihre psychische Lage, ihre Ernährung, die Arbeitseinsätze, die sie leisten mussten, und die auftretenden Formen der Selbstverwaltung von Kriegsgefangenen.

Noch ein weiteres Kapitel des Buches behandelt die Situation der Kriegsgefangenen und zwar ihre Rückkehr nach dem Ersten Weltkrieg, ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft und ihre Diskussion um Entschädigungen.

Das Kapitel über die Kriegsgefangenenzeitungen ist in fünf Abschnitte gegliedert. Im ersten Teil werden „Rahmenbedingungen“ behandelt (S. 183 ff.), die Entstehung von Kriegsgefangenenzeitungen,

die Redakteure, die technische Ausstattung zum Druck der Zeitungen und Widrigkeiten bei der Herstellung wie Papiermangel und Zensur. Im zweiten Teil werden „Titel, Ziele und Funktionszuschreibungen“ der Publikationen diskutiert (S. 223 ff.). Pöppinghege identifiziert dabei drei Typen von Namen der Kriegsgefangenenzeitungen: Namen in Anlehnung an zivile Titel, Namen mit Bezug zum Lager und satirische Namen (S. 224), und fünf Ziele der Lagerzeitungen: gemeinschaftsfördernd zu wirken, die Stimmung zu heben, die nationale Identität der Gefangenen zu stärken, eine positive Außenwirkung zu entfalten und die Situation in den Lagern für die Nachwelt zu dokumentieren (S. 227 f.).

Im dritten Teil des Kapitels (S. 236 ff.) werden die in einer quantitativen Inhaltsanalyse eruierten zentralen Themen aufgeführt, zu denen in Kriegsgefangenenzeitungen des Ersten Weltkriegs publiziert wurde, und es wird auch Leserkritik, die aber nur in geringem Umfang abgedruckt wurde, vorgestellt. Ausführlich und gesondert wird auf das zeitgenössische nationale Befinden (S. 251) und die nationale Selbstvergewisserung (S. 255) der Internierten eingegangen. Der letzte Teil beinhaltet sozialpsychologische Beobachtungen zur Funktion der Lagerpresse, es geht um das Bestreben nach Legitimität und Anerkennung in der Heimat als untätige Internierte gegenüber den Frontsoldaten und um den Umgang mit dem Tod von Lagerinsassen. Insgesamt sind in diesem Kapitel viele interessante Detailinformationen zu Kriegsgefangenenzeitungen und den Umständen ihrer Publikation zusammengestellt.

Zusammenfassend definiert Pöppinghege in der Schlussbetrachtung zwei Phasen von Sozialstrukturbildung in den Kriegsgefangenenlagern: In der ersten Phase, der „Integrationsphase“, die etwa ein halbes Jahr dauerte, kam es zur Ausbildung von formalen Gruppenstrukturen und einem kollektiven Bewusstsein; in der zweiten Phase, der „Formationsphase“, bildete sich ein System von Sozialstrukturen nach unterschiedlichen Interessen heraus (S. 306). Den Kriegsgefangenenzeitungen schreibt Pöppinghege eine übergreifende Rolle der Kommunikation zu, da sie sich an verschiedene soziale Gruppen wendeten. Die Kriegsgefangenen selbst sind in seinen Augen als eine „transnationale Öffentlichkeit“ zu verstehen, denn „ohne, dass zwischen den einzelnen Nationalitäten des Krieges Querverbindungen festzustellen wären, lässt sich eine kollektive Identität der Kriegsgefangenen identifizieren“ (S. 309). Diese Aussage stellt ein Missverständnis des Begriffs Öffentlichkeit dar. Öffentlichkeit als soziales Phänomen existiert in allen demokratietheoretischen Traditionen nicht ohne die

gesellschaftliche Wahrnehmung. Man kann allerdings von einer transnationalen Öffentlichkeit sprechen, die über den Vertrieb der Lagerzeitungen in die ferne Heimat der Internierten entstehen konnte.

Das Buch liefert reichhaltige, anschauliche Informationen zur Situation von Kriegsgefangenen und zu Kriegsgefangenenzeitungen sowie die Begleitumstände ihrer Entstehung, die jedoch etwas unsystematisch in ihrer Zusammenstellung sind. Beispielsweise werden seitensweise Pressepolitik und Zensurmaßnahmen der Tagespresse beschrieben (S. 204 ff.), obwohl diese überhaupt nicht auf die Lagerpresse angewendet wurden. Die sowohl methodisch als auch stilistisch unsystematische Aufbereitung der Fakten ist aus der Perspektive eines an der Materialvielfalt interessierten Lesers nicht tragisch, jedoch aus der Sicht eines wissenschaftlichen Lesers. Methodisch werden die Standards empirischer Sozialforschung nicht eingehalten. Leitfragen aufzuzählen und in einem Satz zu erwähnen, dass die Lagerzeitungen sowohl quantitativ als auch qualitativ durchgesehen wurden, reicht im Sinne des zentralen Qualitätskriteriums empirischer Forschung, der intersubjektiven Nachvollziehbarkeit des Forschungsprozesses zur Prüfung der Untersuchungsergebnisse, nicht aus. Stilistisch ist zu bemängeln, dass oft im Unklaren bleibt, worauf sich einzelne Beschreibungen beziehen (vor allem auf welche Länder) oder welche Reichweite die getroffenen Aussagen haben. Argumente der Analyse sind teilweise nicht begründet und Zitate lassen sich mit durch Anführungszeichen hervorgehobenen Begriffen verwechseln. Im Anhang werden nur die Lagerzeitungen im Deutschen Reich, Großbritannien und dem britischen Dominion sowie Frankreich aufgeführt, im Text werden aber auch russische Lagerzeitungen im Deutschen Reich und deutsche Lagerzeitungen in Japan herangezogen.

Indira Dupuis, Bochum

Die vergessene Front. Der Osten 1914/15. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, hrsg. v. Gerhard P. Groß. Paderborn (u.a.): Schöningh 2006, 416 S.

Das Militärgeschichtliche Forschungsamt in Potsdam hat sich in den letzten Jahren mit einer Reihe von Publikationen profiliert, die auf große internationale Tagungen zurückgehen. Den Tagungsbänden ist dabei gemeinsam, dass sie die Materie in verschiedene Unterthemen gliedern, denen „Einleitende Bemerkungen“ vorangestellt werden. Das bewährte Format findet auch im vorliegenden Band Verwen-

derung, der zugleich eine neue Reihe des Forschungsamtes eröffnet, die den Titel „Zeitalter der Weltkriege“ trägt.

Der Erste Weltkrieg hat in den letzten Jahren ein verstärktes Interesse gefunden, was nicht ausschließlich auf das 90-jährige ‚Jubiläum‘ der damaligen Ereignisse zurückzuführen ist. Je mehr der zweite globale Konflikt im 20. Jahrhundert ‚historisch‘ wird, desto klarer scheint der Krieg, der das ‚dunkle Jahrhundert‘¹ einleitete, in seiner Bedeutung erkannt zu werden. Das inzwischen inflationär gebrauchte, von George F. Kennan stammende Schlagwort von der „Urkatastrophe“ zeigt ja in aller Deutlichkeit, dass 1914 als eine fundamentale Epochenscheide zu verstehen ist.

Die Erinnerung und die Forschung haben sich in seltener Einmütigkeit nach 1918/19 fast ausschließlich auf die Westfront konzentriert, wofür es durchaus einleuchtende Gründe gab (und gibt): die Entscheidung des Krieges fiel in Flandern und Frankreich, ca. drei Viertel des deutschen Heeres standen an dieser Front, das ‚Bild‘ des industrialisierten Graben- und Abnutzungskrieges spiegelte vor allem die ‚Realität‘ im Westen wider. Zudem stand der Aufarbeitung des Geschehens im Osten zum einen die in Zeiten des Kalten Krieges schwierige Quellsituation entgegen, während zum anderen die Ereignisse zwischen 1914 und 1917 eher als Prélude für Revolution, Bürgerkrieg und Unabhängigkeitskampf verstanden wurden denn als zentraler historischer Forschungsgegenstand.

Deswegen ist es besonders zu begrüßen, dass in der zu besprechenden Publikation, die ‚vergessene Front‘ im Mittelpunkt steht, wobei drei Themenbereiche angesprochen werden: „Die Kampfhandlungen der Ostfront“, „Schlachtfelder der Vorstellungen – Vorstellung der Schlachtfelder. Die Ostfront im Ersten Weltkrieg und die Wahrnehmung des Feindes“ und abschließend „Die Gedenkkultur des Ersten Weltkrieges“.

Im ersten, strikt militärhistorisch orientierten Teil geht es um das eigentliche Kampfgeschehen und die Strategie der Protagonisten. Eben weil der Krieg im Osten in Vergessenheit geraten ist, sind die Beiträge, die sich den deutschen strategischen Planungen im Sommer 1914 (Terence Zuber) und der Wechselwirkung zwischen West- und Ostfront bis Ende 1915 (Gerhard P. Groß) widmen, aber auch auf die russische Seite (Boris Khavkin) und auf Österreich-Ungarn (Lothar Höbelt) sowie auf den Koalitionskrieg der Mittelmächte eingehen, von grundlegender Bedeutung.

¹ Mark Mazower, *Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert*. Berlin 2000.

Wesentlich umfangreicher und auf andere Vorarbeiten aufbauend stellt sich der zweite Teil dar, wobei der inzwischen schon klassisch zu nennende Wahrnehmungsdiskurs einen klaren Schwerpunkt bildet: sowohl ‚Germanen‘ (Hubertus F. Jahn) als auch ‚Slawen‘ (Peter Hoeres) als auch die Wirkung des Krieges auf die polnische Nation (Piotr Szlanta) werden behandelt, doch geht es auch um die „Erlebnis- und Erfahrungswelt der deutschen Militärs“ (Hans-Erich Volkmann) und die „Kriegswirklichkeit und Kriegserfahrung russischer Soldaten“ (Igor Narskij). Auch das literarische Vermächtnis der Ostfront scheint sich gegenüber der stilprägenden Darstellung des Grabenkampfes im Westen durch Ernst Jünger und Erich Maria Remarque weniger deutlich ausmachen zu lassen, obwohl natürlich mit Solženicyns „August 1914“ und Arnold Zweigs „Streit um den Sergeanten Grischa“ bedeutende Werke vorliegen: Eva Horn und Birgit Menzel haben sich der Thematik angenommen. Daneben geht es um die Kriegsgefangenen an der Ostfront (Reinhard Nachtigal) und die Frage nach der Kontinuität der deutschen Besatzungspolitik in Osteuropa, also „Von ‚Ober Ost‘ nach ‚Ostland‘?“, wie es Vejas Gabriel Liulevičius in der Überschrift seines anregenden Beitrages formuliert.

Insbesondere der dritte Teil zur Gedenkkultur zeigt, wie wenig bislang über die Ostfront unter neuen Fragestellungen geforscht wurde, denn die meisten Autoren müssen sich in ihrer auf den ‚Westen‘ fixierten Darstellung auf knappe Passagen zum ‚Osten‘ beschränken, wie etwa Christine Beil in ihrem Beitrag zu den Kriegsausstellungen oder Gundula Bavendamm in ihrer Recherche zum Ersten Weltkrieg im Internet. Einzig Kristiane Janeke beschäftigt sich ausschließlich, allerdings im sehr speziellen Umfeld des Moskauer Brüderfriedhofs, mit dem Vermächtnis des Krieges im Osten, während Rainer Rother in seinem interessanten Beitrag zum unbekanntem Soldaten sich ganz auf die Erinnerungspolitik Großbritanniens und Frankreichs konzentriert. Am Ende des Bandes greift Rüdiger Bergien das Kontinuitätsproblem aus der Sicht 1941–1944 nochmals auf.

Was den Sammelband auszeichnet, ist die relativ große Breite guter und interessanter Beiträge; eine bei Publikationen, die auf Vorträgen bei Tagungen basieren, durchaus nicht immer anzutreffende Gegebenheit. Mit dem vorliegenden Buch ist dem Herausgeber und den Autoren zweifellos gelungen, die Aufmerksamkeit einer historisch interessierten Öffentlichkeit auf das Geschehen in Ostmitteleuropa in den Jahren 1914 und 1915 zu lenken.

Joachim Tauber, Lüneburg

Thomas Wittek, *Auf ewig Feind? Das Deutschlandbild in den britischen Massenmedien nach dem Ersten Weltkrieg*. Munich: Oldenbourg Verlag 2005, 411 pp., Bibliography, Index (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London. 59).

The study is premised on the contention that the image of the Weimar Republic in Britain is uncertain and contradictory. True, the disproportionate attention given to the role of Germany in the immediate origins of both World Wars tended to leave the 1920s in comparative shadow as far as British writers were concerned. Equally, the viewing of that decade through the prism of the Third Reich made the Weimar Republic too often seem a mere ante-room to Hitler's Germany. That, it must be said, remains the case for too many historians of Nazism.

This doubtless explains why the extensive coverage of the Weimar Republic by the British media at the time has found little resonance in historical research. Wittek sets out to redress this by sampling the German coverage of a number of newspapers and also newsreels of the period. The papers selected are taken as representative of a range of political views. Thus the "Times" and the "Telegraph" are consulted for conservative viewpoints, the "Manchester Guardian" is taken as the voice of liberalism and the "Daily Herald" was chosen to illustrate working class attitudes. Finally, the "Daily Mail" stands in for the gutter press. The author also uses biographies, papers and memoirs of key correspondents, editors and newspaper owners.

The lengthy 'theoretical' sections in the early stages of the book are replete with stunningly obvious and banal points. For example, "Vorurteile basieren auf Stereotypen" (p. 27) and, surprise, surprise, opinions of another country often arise from "vereinfachten Bildern der Vergangenheit" (p. 31). Thankfully, the author is much more sensible when it comes to the actual historical evidence, when his analysis is broadly grouped round three main phases: the immediate post-war period from the Armistice to the signature of the Treaty of Versailles; the crisis of 1923 and, lastly, 1925, the year of the signature of the Treaty of Locarno. In addition there are interesting pages on Germany from the British perspective before World War One.

By 1914 British opinion had shifted, from seeing Bismarck's Germany as a useful balance to France, to a situation where the German threat to Britain's global position was uppermost. The book argues that the appointment of Beaverbrook as Information Minister and Northcliffe as Director of the Department for Enemy Propaganda

represented a highpoint of journalistic involvement in the official propaganda apparatus of the British government. By 1918, Wittek notes, "English public opinion had been convinced that the Germans were sub-human." (p. 97) How this image gradually changed by 1925 is the question central to the second part of the book.

This contains lively writing on a number of key personalities working in the British mass media during the interwar period. They included war correspondents, special correspondents (appointed at need) and permanent correspondents covering Germany. As to the attitudes of those individuals, Wittek claims to detect three broad types; idealists, realists and propagandists. Correspondents include the influential George Eric Rowe Gedye, Rhineland correspondent for the "Times," who wrote in 1923: "The general feeling here is that the French have made a big mistake in carrying out their plan of occupation and that their mistake is bound to have terrible effects on Europe." (p. 113) Such sympathy for Germany was also shown by F.A. Voigt, working for the "Manchester Guardian," a man well known in artistic circles in Berlin and a friend of Georg Grosz. His special interest was in the workers.

Others displaying good will towards Germany included George Lansbury, chief editor of the "Daily Herald." He had admired the country since his youth and his successor, Hamilty Fyfe, was equally critical of France's stance towards the Weimar Republic, as well as being in favour of strengthening the League of Nations. C.P. Scott, chief editor of the "Manchester Guardian," said of Germany, "a wise policy will treat her no longer as an enemy to be feared and destroyed, but as part of the Europe of which we ourselves form an integral part" (p. 146). At the other extreme, G Ward Price of the "Daily Mail" was convinced that the ruthlessness he detected in the old Prussian system lived on in the new Germany. The founder of this paper, Northcliffe, vehemently opposed the "be kind to Germany" movement (p. 148) Interestingly, although he also owned the "Times" from 1908, it generally retained its impartiality under the editorship of Geoffrey Dawson and subsequently Wickham Steeds.

To his patchwork of media responses to the German question Wittek adds material covering the political establishment in Whitehall and Westminster. The faction on the political right under Austen Chamberlain was anti-German but in office Chamberlain acted pragmatically. "If we withdraw from Europe I say without hesitation that the chance of permanent peace is gone" (p. 155). That did not prevent conservative isolationists like Churchill and Leo Amery seeing

England primarily as an imperial power. By contrast the majority of the Labour party favoured revising the Treaty of Versailles, a line that also appealed to key individuals within the Foreign Office's Political Intelligence Department. The most prominent political member of the moderate course, however, remained Lloyd George.

Compared with his treatment and use of the British press, Wittek's coverage of the newsreel evidence is less comprehensive and adds little to what he has already shown. Namely, that a broad twofold image of Germany persisted in the mass media. In conservative circles the feeling that Germans remained nationalist lingered long after the Kaiser had departed; Germans, it was felt in such quarters, were still longing for authoritarian rule. Labour and liberal sectors, however, welcomed the newborn German democracy after 1918. While Wittek has added little to the picture we already have of the nature and content of British policy on Germany, he has certainly succeeded in showing the importance of media for policy making in the age of the masses.

John Hiden, Bradford/Glasgow

Heike Anke Berger, Deutsche Historikerinnen 1920–1970. Geschichte zwischen Wissenschaft und Politik. Frankfurt/New York: Campus Verlag 2007, 348 S. (Geschichte und Geschlechter. 56).

Die Historiografieforschung scheint, zumindest was weite Zweige der Wissenschaft betrifft, langsam aus ihrem Dornröschenschlaf zu erwachen. Insbesondere den prägnantesten Zäsuren des letzten Jahrhunderts, 1933 und 1945, wird in diesem Zusammenhang eine neue Bewertung zuteil, indem sie in temporäre Entwicklungslinien eingebunden werden.¹

Ein Beispiel für diese Neuausrichtung bietet die Dissertation von Heike Anke Berger, die sich mit der vorliegenden Arbeit einer bislang wenig beachteten Disziplin widmet, der „Ostforschung“. Anders jedoch als die jüngst von Corinna R. Unger erschienene Monografie

¹ Als Beispiele genannt seien die im Juli 2007 veranstaltete Tagung des Deutschen Historischen Instituts Paris zum Thema „Die Rückkehr der deutschen Geschichtswissenschaft in die ‚Ökumene der Historiker‘ nach 1945“ oder die in Berlin im Januar 2008 stattgefundene Abschlusstagung der Forschergruppe zur „Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1920–1970“.

„Ostforschung in Westdeutschland“² zentriert Berger ihren Blick auf „Deutsche Historikerinnen“, um so die Perspektive auf Genderfragen zu lenken. Darüber hinaus unterlegt sie ihre Studie ganz gezielt mit einer Zeittangente, die in der Weimarer Republik ansetzt und in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik ausläuft; auf diese Weise erweitert sie die Fragestellung auf wissenschaftliche Laufbahnen in ihrem Kontext zwischen Geschlecht und Politik. Ein Hauptinteresse der Historikerin besteht dabei in der Untersuchung der Kategorie Geschlecht in der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik. Mit den Vergleichshorizonten der Wissenschaftspolitik in der Weimarer Republik und der Bundesrepublik nimmt die Autorin u.a. auch das Berufsbild des Historikers bzw. der Historikerin in Augenschein. Sie verfolgt dabei einen biografischen Ansatz, in dem „hierarchisierende In- und Exklusionsmechanismen“ innerhalb sich wandelnder politischer Strukturen herausgearbeitet werden (S. 14).

Wenig Erstaunen erweckt in diesem Kontext die von Berger aufgestellte Ausgangsthese, dass die Geschichtswissenschaft durch die Kategorie Geschlecht konstruiert und strukturiert wird. Diese in anderen Disziplinen und Berufssparten als selbstverständlich unterlegte Annahme jedoch zu belegen, bedurfte für die Osteuropäische Geschichtswissenschaft bis dato ihrer Beweisführung, die Berger in ihrer Arbeit erstmalig liefert.

Die zweite, von der Verfasserin angeregte These erweckt hingegen auf den ersten Blick Zweifel: Berger geht hier von dem Standpunkt aus, dass das Jahr 1933 für Wissenschaftlerinnen einen sehr viel weniger zäsiierenden Charakter besaß als weit verbreitet angenommen.

Im Zentrum der Analyse von Berger stehen die Historikerinnen Hedwig Fleischhacker (1906–1978), Irene Grüning (1900–1955), Ellinor von Puttkamer (1910–1999), Herta von Ramm-Helmsing (1900–1987) und Hildegard Schaefer (1902–1984). Sie bieten das biografische Material, das den Zeitraum von der Weimarer Republik bis zur Bundesrepublik abdeckt. Alle Historikerinnen eint ein abgeschlossenes Promotionsverfahren sowie eine Berufslaufbahn in der Osteuropafor-schung, wobei Berger zu Recht großen Wert darauf legt, die ausge-suchten Historikerinnen nicht als Repräsentantinnen ihrer „Gene-ration“ zu verstehen (S. 15). Der Erkenntnisgewinn der Arbeit liegt somit nicht in der Verallgemeinerung der Lebensläufe, sondern im

² Corinna R. Unger, *Ostforschung in Westdeutschland. Die Erforschung des europäischen Ostens und die Deutsche Forschungsgemeinschaft, 1945–1975*. Stuttgart 2007 (Studien zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft. 1).

Aufzeigen der Vielschichtigkeit beruflicher Laufbahnen von Historikerinnen.

Doch wie lässt sich die „Deutungsmacht von Geschlecht als Kategorie in Prozessen wissenschaftlichen Wandels“ (S. 113) belegen? Diese Fragestellung bleibt der zentrale und der am dichtesten zu diskutierende Punkt der Untersuchungsergebnisse von Berger. Einen Ansatzpunkt stellt die Suche nach Parallelen zwischen den untersuchten Lebensläufen dar. Hier findet die Verfasserin einige Anhaltspunkte, die sie als Spezifika ‚weiblicher‘ Erfahrungsräume einsortiert: der Kampf um wissenschaftliche Anerkennung, berufliche Etablierung und um wirtschaftliche Autonomie, wobei der letzte Punkt gerade im Alter mit dem Rechtsanspruch auf Rente verknüpft ist.

Berger kommt zu diesen Ergebnissen, indem sie sich auf die breite Fächerung ihrer Quellen stützen kann. Bei diesem Vorgehen nimmt die autobiografische Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus ein überaus spannendes Kapitel ein. Über die Auswertung von zeitgenössischen Dokumenten (Briefe u.a.) und Dokumenten aus retrospektiver Sicht (Lebenserinnerungen u.a.) werden Beziehungsknoten zu Diktatur, Kriegsbrutalität und Menschen-(Juden-)Vernichtung offenbar. Die Retrospektive verrät Deutungszusammenhänge und Erklärungsmuster für eigene wissenschaftliche Tätigkeiten und Kooperationen im Nationalsozialismus. Durch sie werden zugleich Fragen von persönlichen, beruflichen und politischen Zukunftsperspektiven deutlich. Der Biografie Schaeders wird in diesem Kontext besondere Aufmerksamkeit zuteil, denn als institutionell verankert arbeitende Historikerin bei gleichzeitigem Wirken als Mitglied einer Widerstandsgruppe der Bekennenden Kirche lässt sich an Schaeders Lebensweg darstellen, dass Verfolgung und Widerstand auf der einen Seite die Unterstützung bestimmter gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen in der Diktatur auf der anderen Seite nicht ausschlossen. Das Wechselspiel zwischen privater, religiös motivierter und wissenschaftlicher Arbeit führt Berger am Beispiel Schaeders sehr glaubwürdig auf eine „ambivalente mentale Verfasstheit deutscher, national-konservativer Protestanten“ zurück. Insbesondere diese, selbst der Verfolgung ausgesetzte Gruppe habe sich bemüht, so Berger, sich von anderen Opfergruppen abzusetzen, und habe auf diese Weise die menschenverachtenden Argumente des Hitler-Regimes übernommen (S. 228).

Die Gegenüberstellung von Fremd- bzw. Außen- und Eigenwahrnehmung ergab zudem, anders als zu vermuten, dass die Osteuropahistorikerinnen selbst zeit ihres Lebens die Orientierung an männ-

lichen Wissenschaftlern als Schülerinnen, Ehefrauen oder Töchter suchten – eine Zuordnungsperspektive, die bekanntlich auch ihre Außenwelt mit ihnen teilte.

Die Nachkriegszeit, die Frage nach dem Wiedereinstieg in die Wissenschaft wurde in diesem Zusammenhang maßgeblich durch Klärung der eigenen (auch wissenschaftlichen) Biografie im Nationalsozialismus beeinflusst. Wenngleich auch alle behandelten Forscherinnen in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik ihre Berufslaufbahnen fortsetzten, so verliefen diese Wege auf graduell sehr unterschiedlichen Ebenen, insbesondere bezüglich des jeweiligen arbeitsrechtlichen Status. Forscherinnen wie Fleischhacker, denen ein „lückenloser“ akademischer Lebenslauf nachzuweisen war, wurde als „politischen Wissenschaftlerinnen“ die Fortsetzung einer universitären Laufbahn verwehrt. Dieser wenig erstaunliche Karrierebruch gewinnt erst durch die Heranziehung der Kategorie Geschlecht an Bedeutung, wenn Kollegen mit ähnlichem wissenschaftlich-institutionellen Hintergrund wie Fleischhacker ihre Berufslaufbahnen an Universitäten über 1945 hinaus fortführen konnten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es Heike Anke Berger gelingt, auf der Basis von Wissenschaftsbiografien eine Institutionengeschichte der Osteuropageschichtsforschung über einen Zeitraum von 50 Jahren zu rekonstruieren. Mit ihrem Hauptaugenmerk auf der Kategorie Geschlecht belegt sie leichtfüßig ihr Postulat, dass die Geschichtswissenschaft als Teil der Gesellschaft durch Geschlecht konstituiert wurde und wird.

Dass selbst die Zäsur von 1933 mit ihren Auswirkungen auf die Habilitationspläne von Frauen nur als ein kurzer Bruch in den Wissenschaftsbiografien zu werten ist, kann Berger an allen biografischen Beispielen aufzeigen. Die (aus rein pragmatischen Gründen durchgesetzte) spätere Lockerung des Reichshabilitationsverfahrens lässt daher die Aufrechterhaltung der These nicht zu, der Nationalsozialismus habe zum Ausschluss von Forscherinnen geführt. Wenngleich auch die Kategorie Geschlecht im Untersuchungszeitraum wesentlich die Verteilung und Art der Arbeit bestimmt und damit eine „geschlechterregierende Arbeitsteilung“ bewirkt habe (S. 312), bleibt zu hinterfragen, inwieweit das Spannungsverhältnis zwischen Politik, Wissenschaft und Geschlecht auch über den gesamten Untersuchungszeitraum hinaus seine Wirksamkeit besitzt.

Anja Wilhelmi, Lüneburg

Per Brodersen, Die Stadt im Westen. Wie Königsberg Kaliningrad wurde. Göttingen: Verlag Vandenhoeck & Ruprecht 2008, 368 S., 30 Abbildungen.

Erinnerungsgeschichte hat Konjunktur, wobei insbesondere die städtische Erinnerung in Nordost- und Ostmitteleuropa nach dem Bevölkerungsaustausch des 20. Jahrhunderts und dem Wechsel staatlicher Zugehörigkeiten ein zuletzt intensiv bearbeitetes Forschungsgebiet bildet.¹ In diese Forschungslinie stellt sich auch die vorzustellende Studie: Die auf eine Düsseldorfer Dissertation aus dem Jahre 2006 zurückgehende Monografie von Per Brodersen widmet sich dem Erinnerungsdiskurs in Kaliningrad zwischen 1945 und 1970, durch den die städtische Identität der Kommune am Pregel und der Kaliningrader Neubürger neu geschaffen werden sollte. Sie kann dabei auf einer älteren Studie Bert Hoppes aufbauen, die vor allem die architekturgeschichtlichen und städtebaulichen Weichenstellungen nachgezeichnet hatte.² Deshalb findet sich bei Brodersen ein Verzicht auf eine Wiederholung der städtebaulichen Diskussionen, deren Symbol die Kontroversen um den Abriss der Schlossruine sind – diese sinnvolle Ausklammerung hätte in der Einleitung deutlicher benannt werden können.

Die Studie gliedert sich in zwei Teile: Zunächst wird die administrative, verkehrs- und migrationspolitische Grundlegung des Bezirks Kaliningrad in der Spannung zwischen zentralen sowjetischen und Moskauer Vorgaben einerseits und der Perspektive vor Ort nachgezeichnet (S. 23-90). Dabei werden auch die Erfahrungen sowjetischer Übersiedler, die sowjetische „Landnahme“ durch Umbenennungen und die Aussiedlungen verbliebener Deutscher behandelt. Im zweiten, umfangreicheren Teil geht es um die Erfindung Kaliningrads als eine sowjetische Stadt, den offiziellen Erinnerungsdiskurs, den Blick der sowjetischen Neusiedler auf die Kommune sowie die Positionierung der Stadt im Kalten Krieg. Aus dieser Disposition folgt, dass es sich über weite Strecken stärker um eine erinnerungsgeschichtliche Studie zum Gebiet (Oblast') Kaliningrad als zur Stadt Kaliningrad handelt, da etwa bei den Umbenennungen, der Konstruktion eines

¹ Vgl. Nordost-Archiv XV (2006): Die Aneignung fremder Vergangenheiten in Nordosteuropa am Beispiel plurikultureller Städte (20. Jahrhundert), hrsg. v. Thomas Serrier.

² Bert Hoppe, Auf den Trümmern von Königsberg. Kaliningrad 1946–1970. München 2000 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. 80).

„urslavischen Bodens“ im Spätstalinismus oder Moskaus Blick auf die Region der gesamte Bezirk behandelt wird.

Der von Brodersen analysierte sowjetische Erinnerungsrahmen setzte sich aus vier Komponenten der Regionalgeschichte zusammen, die systematisch als Referenzpunkte ausgebaut wurden: 1) Königsberg und Preußen im Siebenjährigen Krieg (1756–1763) unter russischer Besatzung, 2) die russischen Truppen in den Napoleonischen Kriegen – im Russischen der erste Vaterländische Krieg – in Königsberg, 3) dem Ersten Weltkrieg sowie 4) den Kämpfen auf ostpreußischem Boden im Großen Vaterländischen Krieg 1944/45 (S. 105–118). Von überragender Bedeutung blieb die Erinnerung an die Kämpfe 1945 und die Erstürmung Königsbergs, die zu einem Gründungsmythos wurde und auf die in zahlreichen städtischen Denkmälern und einem regelmäßigen Heldengedenken in Bildung und Publizistik Bezug genommen wurde (S. 119–143). Die Erinnerung an das deutsche Königsberg erwies sich dabei als sensibles und mit durchgängigen Erinnerungsverboten umstelltes Feld, ein Verbot, das nur durch den Rekurs auf als progressiv aufgefasste deutsche Persönlichkeiten (Kant, Schiller) teilweise aufgeweicht werden konnte. Ende der 1960er Jahre konnte die Gebietsführung erneut ihre Deutungshoheit über die Stadtgeschichte durchsetzen.

Angesichts dieser Tabuisierung hatten unproblematische Identitätskonstruktionen, etwa die Imaginierung Kaliningrads als Hafenstadt und „Meerestor“, verkörpert durch die Möwe als Stadtwappen, Konjunktur, wozu auch der sowjetischerseits geförderte Tourismus beitrug. Präsent blieb zugleich die allgegenwärtige Vorstellung von Kaliningrad als bedrohter Grenze, als – zumindest bis zum Vertrag zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland vom Mai 1972 – westlichster Vorposten gegen den „deutschen Revanchismus“ an der Ostsee. Brodersen gelingt es, durch zahlreiche Strichzeichnungen und Abbildungen auch die visuelle Erinnerung im sowjetischen Kaliningrad in der städtischen Publizistik, auf Stadtpanoramen, Postkarten, in der Ikonografie und auf Briefmarken gegenwärtig zu machen. „Fortschrittsglaube und Zukunftssehnsucht“ – unter diesen Begriffen fasst der Autor die spezifische Kaliningrader Identitätskonstruktion zusammen, in der die Vergangenheit ausgeblendet und eine sowjetische Utopie beschworen wurde. Eine Stärke der Studie liegt in der Rückbindung der Stadtgeschichte Kaliningrads an Imaginationen anderer sowjetischer Stadtgeschichten der 1950er und 1960er Jahre, wobei wiederholt Ähnlichkeiten und Differenzen benannt werden können.

Die Darstellung stützt sich zum größten Teil auf Materialien aus dem Gebietsarchiv Kaliningrad und dem Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF) in Moskau. Nur teilweise zugänglich waren die Akten des Kaliningrader Gebietsparteikomitees. Mit Blick auf die Archivsperrfristen wurde der Untersuchungszeitraum deshalb auch auf die Jahre 1945–1971 begrenzt, wobei ein Ausblick auf die wenig bekannte Brežnev-Epoche bis zu den öffentlichen Appellen von 1989 „Gebt uns unsere Geschichte zurück!“ leider fehlt. Insgesamt liegt mit der Darstellung Brodersens nun auch für Kaliningrad eine materialreiche, aus den Archivalien gearbeitete und sorgfältig strukturierte Studie vor, die jenseits der von oben verordneten Brüche und Neuanfänge die Kontinuität der Geschichte sowie wiederholt abgebrochene Prozesse kultureller und regionaler Aneignung städtischen Raums offen legt.

Hans-Jürgen Bömelburg, Gießen

Martin Cüppers, Wegbereiter der Shoah. Die Waffen-SS, der Kommandostab Reichsführer-SS und die Judenvernichtung 1939–1945. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2005, 464 S.; **Klaus Jochen Arnold, Die Wehrmacht und die Besatzungspolitik in den besetzten Gebieten der Sowjetunion.** Berlin: Duncker & Humblot 2005, 579 S.

Das erste vorzustellende Buch ist die überarbeitete Fassung der Dissertation von Martin Cüppers, die 2004 an der Universität Stuttgart abgeschlossen wurde. Im Mittelpunkt stehen diejenigen Waffen-SS Einheiten, die ab Frühjahr 1941 dem Kommandostab Heinrich Himmlers unterstanden und in dieser Funktion Massenmorde in den besetzten Teilen der Sowjetunion verübten. Cüppers' Studie zeichnet die Geschichte der beiden SS-Kavallerieregimenter und der motorisierten SS-Brigaden detailliert nach. Dabei kann sich der Autor auf „einen in weiten Teilen geradezu lückenlosen Quellenbestand stützen“ (S. 14), dessen Basis die heute in Prag liegenden Akten des Kommandostabes aus den Jahren 1941 und 1942 bilden.

Obwohl es inzwischen eine ganze Anzahl von ähnlich konzipierten Arbeiten gibt,¹ die die ‚Praxis‘ des Judenmordes vor Ort rekonstru-

¹ Vgl. etwa Christopher R. Browning, *Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die ‚Endlösung‘ in Polen.* Reinbek 1993; Andrej Angrick, *Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941–1943.* Hamburg

ieren, ist die Bannbreite an Brutalität, Gnadenlosigkeit, Ehrgeiz und Zynismus, wie sie in vielen Zeugnissen zum Ausdruck kommt, immer noch atemberaubend. So berichtete beispielsweise der Höhere SS- und Polizeiführer Russland-Mitte Curt von Gottberg einem SS-Kollegen im November 1943 von den geringen eigenen ‚Verlusten‘ bei einem als ‚Partisanenkampf‘ getarnten Vernichtungsunternehmen mit den Worten „Glück muß man haben.“ Zu den getöteten Juden meinte Gottberg: „Trotzdem ließen sie sich stellenweise regulär tot schlagen oder verbrennen. Das Wetter war gut, gelinder Frost, richtiges Treibjagdwetter.“ (S. 279)

Cüppers zeigt in denjenigen Kapiteln, die die Einsätze der dem Kommandostab unterstellten Einheiten schildern, die riesige Blutspur, die allein diese SS-Brigaden in den besetzten Gebieten hinterließen, und bestätigt damit ein weiteres Mal die seit einiger Zeit in der Forschung vertretene Meinung, dass nicht nur die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD für die Massenmorde hinter der Front verantwortlich gemacht werden können. Interessante Erkenntnisse kann der Autor zudem durch sozialgeschichtliche Untersuchungen gewinnen: In den von ihm untersuchten Einheiten der Waffen-SS ist eine klare Affinität zur nationalsozialistischen Ideologie erkennbar. Insofern widerlegt die Studie die in den 50er Jahren verbreitete Apologie, bei den Männern der Waffen-SS habe es sich um ‚Soldaten wie andere auch‘ gehandelt. „Das Gros der Brigadeangehörigen stand fest hinter der nationalsozialistischen Ideologie und identifizierte sich mit deren Zielen.“ (S. 353) Während die einfachen und niederen SS-Ränge sich hauptsächlich aus der unteren Mittelschicht ohne abgeschlossene Berufsausbildung zusammensetzten, stammten die Offiziere meist aus gehobenem bürgerlichen Milieu oder der Oberschicht (S. 75-97). Die SS-Einheiten repräsentierten „einen besonders radikalen, nationalsozialistisch gefestigten Teil der deutschen Gesellschaft“ (S. 123), was, wie der Autor zu Recht hervorhebt, als wichtiger Unterschied zu der von Christian Rass untersuchten 153 I.D. oder dem von Christopher Browning porträtierten Hamburger Reserve-Polizeibataillon 101 festzuhalten bleibt.²

Ein Blick auf die nach 1945 meist problemlos fortgesetzten Karrieren in der Bundesrepublik und die Ermittlungen der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg beschließt den

2003; Christoph Rass, „Menschenmaterial“: Deutsche Soldaten an der Ostfront. Innenansichten einer Infanteriedivision 1939–1945. Paderborn (u.a.) 2003.

² Vgl. Anm. 1.

gelungenen Band. Wie in vielen neueren Publikationen inzwischen leider üblich, hat sich der Verlag auch bei der Drucklegung dieser Dissertation entschlossen, den Anmerkungsapparat möglichst knapp im Anschluss an den Haupttext zu drucken. Diese Unsitte mindert die Handhabbarkeit des Buches außerordentlich und ist bei einer wissenschaftlichen Arbeit unangebracht.

Auch bei der Arbeit von Klaus Jochen Arnold handelt es sich um eine Dissertation, die mit über 500 eng bedruckten Seiten dem Leser eine gewisse Ausdauer abverlangt. Leider stehen die verschiedenen Kapitel und Unterkapitel teilweise völlig unverbunden nebeneinander, so dass oft der Eindruck entsteht, als lese man selbstständige Aufsätze. Eine starke Kürzung und stringente Gedankenführung auf die Kernthesen wäre für die Drucklegung unabdingbar gewesen. So verliert sich der Leser zusammen mit dem Autor in einem Wust von Details bzw. in der überlangen Darstellung und Rezeption der bisherigen Forschung (etwa die strategisch-operativen Motive Hitlers für den Überfall auf die Sowjetunion, die für das Thema nur indirekt eine Rolle spielen, oder die Passagen zur Entstehung der ‚verbrecherischen Befehle‘). Die Befürchtung, der Autor sei durch die Umfänglichkeit des Themas überfordert gewesen, drängt sich bereits in der Einleitung auf, die eine klare Fragestellung vermissen lässt. Arnold will zu viel: So versucht er beispielsweise eine Differenzierung zwischen einer ‚mechanischen‘ und einer ‚intentionalen‘ Radikalisierung, wobei jene für „eine kontinuierliche Brutalisierung durch die Umstände des Krieges“ steht, während diese „die bewußte Brutalisierung oder Ideologisierung der Kriegsführung“ bezeichnet (S. 32). Auf den folgenden 500 Seiten gehen jedoch die verschiedenen Formen der Radikalisierung völlig ineinander auf und die Bezeichnungen ‚Radikalisierung‘ und ‚Brutalisierung‘ werden geradezu synonym verwendet, so dass sich der Erkenntnisgewinn in engen Grenzen hält.

Das ist umso bedauerlicher, als der Verfasser viele interessante Details auf unterer und mittlerer Führungsebene darstellt, die auf seine umfassenden Quellenarbeiten im Bundesarchiv/Militärarchiv in Freiburg zurückzuführen sind. Eine Beschränkung auf einen Themenbereich oder eine Heeresgruppe bzw. Armeeekorps wäre hilfreich gewesen.

Überraschend ist auch die doch oft fragwürdige Interpretation der Geschehnisse. Natürlich ist die Kriegsführung der Sowjets ein Sachverhalt, den man für das Verhalten der deutschen Soldaten und Führung nicht gering veranschlagen sollte, aber Arnold geht viel zu weit, wenn er formuliert: „Für die Brutalisierung der deutschen Kriegsfüh-

rung im Sommer 1941 waren einerseits Überfälle von Truppenteilen der Roten Armee auf Wehrmachtverbände sowie Grausamkeiten, die an deutschen Soldaten begangen wurden, wesentlich.“ (S. 147)

Oft wird in den kurzen Zusammenfassungen zu den einzelnen Kapiteln der vorherige Befund partiell wieder zurückgenommen. In den Passagen zum Partisanenkrieg, in dem Arnold der Forschung eine „mißdeutende Einordnung der Partisanenbekämpfung“ (S. 474) vorwirft, wobei er vor allem damit argumentiert, die deutschen Verluste seien weit höher gewesen, da man die Verwundeten und Vermissten zu den Gefallenen hinzurechnen müsse, weswegen von einer „planmäßigen Ermordung der Zivilbevölkerung“ nicht die Rede sein könne (S. 480), heißt es unmittelbar zuvor im Gegensatz zu allen Ausführungen: „Ein einheitliches Bild der Partisanenbekämpfung durch die Wehrmacht entsteht somit nicht.“ (S. 479)

Insgesamt bleibt auffällig, dass der Autor seinem Forschungsobjekt relativ positiv gegenübersteht. So bezeichnet er das Oberkommando des Heeres (OKH) einmal als „Organ höchster Führungskraft“ (S. 235). Bei der Frage, weswegen die Wehrmacht den Massenmord an der jüdischen Bevölkerung nicht gestoppt habe, meint Arnold: „Dies hatte wiederum viele Ursachen, liegt jedoch vor allem in der Tatsache begründet, daß man anders als 1939 mit der Operationsführung vollauf beschäftigt war und den Feldzug zu verlieren drohte.“ (S. 526) Die Ursachen für das Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen „liegen in der Entwicklung des Feldzuges, an erster Stelle dem Zusammenbruch der Transportorganisation begründet.“ (S. 408) Bereits diese Zitate zeigen die Tendenz des Buches auf, die teilweise so weit geht, dass Widersprüche in der Argumentation entstehen: „Bei der Planung des ‚Unternehmens Barbarossa‘, der Vorbereitung der wirtschaftlichen Ausbeutung und den ‚verbrecherischen Befehlen‘ ist eine allgemeine Übereinstimmung zwischen Hitler und der führenden Generalität nicht feststellbar. Die in wesentlichen Teilen identische Beurteilung der Sowjetunion führte jedoch vor dem Hintergrund eines verbreiteten Antibolschewismus dazu, daß Hitlers Absichten zur weltanschaulichen Kriegführung mit den verbrecherischen Befehlen 1941 teilweise Verwirklichung fanden.“ (S. 532) Ähnlich die abschließenden Aussagen zur Versorgungspolitik: „Einen (...) befehlsmäßig und allgemeingültig festgelegten ‚Hungerplan‘ hat es nicht gegeben, wohl aber Absichten Hitlers und Backes, Millionen verhungern zu lassen.“ (S. 535)

Liegt damit eine Revision des bisherigen, eben in den letzten Jahren erweiterten Bildes der Wehrmacht vor? In gewissem Sinne fühlt

man sich in der Tat an die 50er Jahre erinnert, als vor allem Memoiren der deutschen Generale das Bild einer ‚anständigen‘ Wehrmacht zeichneten, die von den Verbrechen hinter der Front weder etwas wusste noch in welcher Form auch immer daran beteiligt war. Arnolds Arbeit steht in vielen Aussagen in dieser Tradition, auch wenn sich der Autor dessen nicht bewusst ist.

Joachim Tauber, Lüneburg

Andrew Ezergailis, Nazi/Soviet Disinformation about the Holocaust in Nazi-Occupied Latvia: *Daugavas Vanagi: Who are They? – Revisited*. Rīga: Latvijas 50 gadu okupācijas muzeja fonds 2005, XXIII, 215 pp.

Undoubtedly, Andrew (Andrievs) Ezergailis is one of the most prolific, widely recognized and respected Latvian historians of World War II. His research has focused primarily on the Nazi occupation and the Holocaust in Latvia, and his most well-known study is the impressive volume “Holocaust in Latvia, 1941–1944: The Missing Center” (United States Holocaust Memorial Museum, 1996). It serves as a definitive work on the Holocaust in Latvia and a notable attempt to get at arguably the most controversial topic in Latvian history of the 20th century – the role of Latvians in the destruction of Jews on Latvia’s territory during World War II. Ezergailis has diligently worked on amassing historical documentation to his claim that Latvians did take part in the Holocaust in Latvia, yet they followed Nazi orders and their involvement was strictly regulated and controlled by the Nazis. The book reviewed here “Nazi/Soviet Disinformation about the Holocaust in Nazi-Occupied Latvia: *Daugavas Vanagi: Who are They? – Revisited*” takes on the topic of the Latvian role in the Holocaust from a different point of view: it targets the information that was spread by the Soviet KGB in the West during the post-World War II period. Ezergailis aims to reveal the lies and propaganda contained in the Soviet publications, which the Westerners were willing to accept as reliable evidence when accusing and prosecuting alleged war criminals.

The focus of the book is one such Soviet “source” – the pamphlet “*Daugavas Vanagi: Who are They?*” that was published in 1962 in Soviet Latvia under the auspices of the KGB, translated into English and disseminated in the West through a variety of channels. The pamphlet was received surprisingly well in the West and was used by Nazi

hunters as a lead for identifying alleged war criminals among émigré Latvians and bringing them to court for lying on their immigration forms about their collaboration with the Nazi regime. Although, for example, the American investigators at the Office of Special Investigations vehemently denied it, the Baltic émigré organizations and lawyers who monitored these investigations noticed a trend where the Soviet Union would publish incriminating materials, distribute them in the West and then the investigation of the subjects mentioned in these materials would follow (on this see a very informative publication by Lithuanian defense lawyer Paul Zumbakis, *Soviet Evidence in North American Courts*. Chicago, 1986). Ezergailis in his book agrees that the prosecution of the alleged war criminals among the Baltic émigrés in the West, particularly the US and Canada, were obviously influenced by Soviet-produced pamphlets such as “Daugavas Vanagi: Who are They?”. This caused a lot of pain and shame in the Latvian exile community as it desperately tried to convince the West that the Soviet-provided evidence could not be trusted and that using information provided by one totalitarian regime about the other is inherently immoral. Several decades after these difficult events Ezergailis aims to uncover the true nature of this pamphlet, its impact and the reasons for its acceptance by Western legal institutions, activists and politicians. It becomes clear from his writing that the Westerners had been utterly misled by a skillfully concocted combination of Soviet and Nazi propaganda.

Ezergailis begins the book by exploring the question of why the Western nations “bought” the KGB-generated “evidence” about the Holocaust and he offers a number of quite plausible answers such as anti-Eastern European prejudices, a complete information vacuum about the Holocaust in the West during the 1960s, Soviet manipulation of terms such as “nationalism” and “fascism” (Ezergailis consistently uses these terms in quotation marks as he believes that they are vague and easy to manipulate for specific political gains), Westerners’ acceptance of the Soviet show trials of the alleged war criminals in 1960 and the gullibility of the academics who used the Soviet materials as scholarly sources. Chapter 2 gives an insight into the actual workings of the Nazi occupation regime in Latvia and shows that the Nazis strictly limited Latvian collaboration offers and carefully regulated Latvian involvement in the Holocaust. Although the Nazis intended to use Latvians as instruments, they did not trust the Latvian population and did not permit any sort of spontaneous action. Chapters 3 and 4 take a document-based look at the various

formations of Latvians within the Nazi military and discuss their role in the Holocaust. These parts are based on his earlier publications. His goal here is to make clear distinctions between the Latvian units that were or could have been involved in the genocide and the units that could not have been a part of it. Chapter 5 outlines the context of the emergence of the pamphlet “Daugavas Vanagi: Who are They?” and tells the story of its author, Pauls Ducmanis. Chapter 6 deals primarily with the history of the Holocaust in Latvia and again is largely drawn from Ezergailis’ earlier work on the topic. Finally, Ezergailis spends the last two Chapters directly quoting the text of the pamphlet and taking it apart. He highlights the overstatements, exaggerations, propaganda and lies contained in the pamphlet. Arguably, the most interesting and novel parts of this book are those dealing with the intersections between Soviet and Nazi propaganda and the writing of the pamphlet. The other chapters seem to rely quite a lot on Ezergailis’ earlier publications that had dealt with the issues of the Holocaust in Latvia.

Throughout the book, Ezergailis diligently works to present document-based information about the Holocaust as the best way to deal with the past and its controversies. He is not driven by a desire to protect, excuse or white-wash Latvians who had been involved in the genocide during World War II. Although he clearly is sympathetic with the convoluted destinies of his small nation, Ezergailis’ primary goal is that of an honest historian – to find and present documented evidence and use it to dismantle the damaging influence of the lies about the Holocaust in Latvia. His wants “to remove from Latvia’s history some of the Nazi and Soviet residue that has up to now impeded our search for the truth” (p. 195). Thus, he believes that well-documented and historically accurate knowledge will lead Latvians to a place where they could repent and still feel good about themselves afterward. Of course, the question of whether these two goals can be accomplished remains unanswered. So far neither Latvians in emigration, nor Latvians in Latvia as a whole have shown enough integrity to discuss their history in a sober and honest way. It often appears that Latvian historians of World War II who join Ezergailis in his pursuit of truth are the few lonely voices.

It is interesting that Ezergailis lists three other “co-authors” of his book. It is a tongue-in-cheek move on his part because the names are pseudonyms of the people who supposedly wrote “Daugavas Vanagi: Who are They?” Only one of them – Pauls Ducmanis – has been verified as the author of the pamphlet, while the two others most

likely will remain a mystery. Pauls Ducmanis emerges from Ezergailis' descriptions as a "talented" political opportunist who adapted to and collaborated with both the Nazi and the Soviet regimes. His name on the cover of Ezergailis' book reminds us of the contrived, destructive and vicious nature of both Nazi and Soviet occupations in Latvia as well as the conformist and quite ugly sides of human nature.

But Ezergailis does not blame only the Soviets or collaborationists, who effectively used elements of Nazi propaganda and created an utterly misconstrued picture of the Holocaust in Latvia (it has to be noted that the KGB produced other similar pamphlets not only about Latvians, but other ethnic groups in the USSR as well). He accuses also the Westerners. He points out that, for example, American investigators and prosecutors failed to question the information they received from the Soviets and thus followed mistaken paths, while the real war criminals managed to get away. Consequently, enormous amounts of time, effort and tax-payer money were invested by the American, Canadian and Australian investigators in following unreliable evidence. In the picture that Ezergailis develops in his book the Western prosecutors acted as pawns in the hands of the two monstrous regimes of the 20th century. Disinformation about the Latvian role in the Holocaust was a Soviet effort to drive a wedge between Latvians and the Western nations, Ezergailis argues, and to a certain extent it succeeded. Eastern Europeans such as Latvians, in Ezergailis' writing, are largely victims most of whom were falsely accused of crimes they did not commit and whose public image was greatly damaged.

It is important to note that Ezergailis is careful to reassert his full support of the prosecution of war criminals. He also acknowledges that most likely there were some among the Latvian émigrés. However his major complaint, which is expressed with quite a lot of passion, is that the Nazi-inspired and Soviet-developed disinformation caused too many false prosecutions. In this respect, it would have been helpful if Ezergailis had provided more information on whether, how and when the Western courts and prosecutors finally realized the damaging and unreliable character of the Soviet information. He gives only a brief glimpse into the cases of the Latvians accused of war crimes and mentions that most of them, except for two, were acquitted without giving the readers enough understanding of what conditioned these court decisions. Also, the book does not discuss much the impact that the Soviet disinformation and the war crime trials had on the émigré society. Although he aims to convince his readers that these pamphlets such as "Daugavas Vanagi: Who are

They?” were important historical catalysts for the changing relations between the émigrés and the Western nations, he does not explicate this point enough and does not give an insight into the response of the exile Latvians.

Also, as noted, Ezergailis offers a number of good explanations for why the disinformation about the Latvian Nazis was so well received in the West, yet for some reason he does not bring up the changing cultural and political climate in the West in the 1960s and 70s in relation to the USSR. For example, in the US by the early 1960s the American attitude toward the Soviet Union was undergoing dramatic change and information provided by the Soviet sources appeared much more reliable than it would have been only a decade earlier. American anti-Communism had pretty much lost the political battle by 1963 when “Daugavas Vanagi: Who are They?” appeared in English, and the Cold War revisionism in academia was growing stronger. Meanwhile the Eastern European émigrés in the West doggedly maintained their anti-Communist and anti-Soviet position. Therefore, it is possible that the Americans accepted the Soviet accusations of Nazi connections of these minorities as a simple, yet potent explanation for why these ethnic groups persisted in their (in Americans’ eyes) “irrational” political rejection of everything Soviet and Communist. The political context of how and why the Eastern European émigrés such as Latvians became the target of often misguided Nazi hunts could have been explored more.

The book also has some slightly awkward organizational features such as the occasional “vocabulary” at the end of some, but not all, chapters. It is understandable that the author wanted to provide explications of his often critical and debatable perceptions of some of the commonly used and misused terms such as “nationalism,” “fascism,” or “volunteerism.” It probably would have been better to add these explanations to the appendices at the end of the book as opposed to inserting them here and there throughout the text. As it stands now, the book occasionally gives off an appearance of a college text-book.

Overall however, the book draws a striking picture where the Nazi and Soviet totalitarianisms appear as twin regimes feeding each other with prejudice, enticing ethnic conflicts and spitting out compromising lies. What concerns Ezergailis and what he wants the readers to feel concerned about too is the way that well-meaning people struggling to enforce historic justice became instruments of these two evil regimes. As usual, Ezergailis does impressive historical work, cites

a vast amount of both Latvian and international sources and makes a novel contribution to the historiography of the Holocaust in Latvia.

Ieva Zake, Glassboro, NJ

David Feest, Zwangskollektivierung im Baltikum. Die Sowjetisierung des estnischen Dorfes 1944–1953. Köln (u.a.): Böhlau 2007, 335 S. (Beiträge zur Geschichte Osteuropas. 40).

Nach der Rückkehr der Roten Armee 1944 senkte sich über die baltischen Staaten der Eisernen Vorhang, der für den Westen ein Vorhang des Vergessens war. Erst in den 1990er Jahren wurden Länder wie Estland dort wieder wahrgenommen. Der gewalttätige Charakter der sowjetischen Besatzung wurde freilich von westlichen Historikern oft übersehen. Teilweise wurde sogar in Zweifel gezogen, ob es sich hierbei überhaupt um das Phänomen „Besatzung“ gehandelt habe. So ist es erfreulich, wenn ein Autor sich mit der Phase des Hochstalinismus im Baltikum befasst – zumal wenn er es gründlich tut. Die Umgestaltung Estlands nach dem Zweiten Weltkrieg folgte dem Muster der Sowjetisierung des Landes von 1940/41 und war von extremer Gewalt geprägt. Höhepunkt des Roten Terrors waren die Massendeportationen von 1949, in deren Verlauf über 20 000 Menschen in Konzentrationslager und „Sondersiedlungen“ verschleppt wurden. Eng verknüpft war diese Aktion mit der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft: der gewaltsamen Auflösung bäuerlicher Strukturen sowie der Zusammenfassung der landwirtschaftlichen Produktion in Staatsgütern, den Kolchosen. Dies war ein Kernstück der Sowjetisierung. Estland war wie die anderen baltischen Staaten agrarisch geprägt; mit der Umgestaltung der Landwirtschaft wurde der wichtigste Wirtschaftssektor in das sowjetische System integriert. Zum Verständnis des Stalinismus ist die Kollektivierung insofern zentral, als in der unionsweiten Aktion seit Ende der 1920er die endgültige Umformung des Reiches in das planwirtschaftliche und totalitäre Sowjetsystem abgeschlossen wurde. Dies war zudem der erste blutige Höhepunkt der stalinistischen Gewalt, der über 10 Millionen Menschen das Leben kostete.

Feest beginnt seine Studie 1944. Er behandelt die Jahre 1940 bis 1944 inklusive der nationalsozialistischen Besatzung nur cursorisch und bezieht sich vor allem bei letzterer auf die jüngste estnische Forschung. Wie der Autor zeigt, begann die Besatzungsmacht direkt nach dem Einmarsch der Roten Armee 1944 mit den ersten Maßnahmen

zur Umgestaltung der Landwirtschaft. Zunächst wurde eine Bodenreform analog zu den Maßnahmen von 1940/41 durchgeführt. Ähnlich der Phase der sowjetischen NEP wurden nun Privatwirtschaften bis 30 ha geduldet. Propagandistisch wurde bereits hier gegen „Kulaken“ gewettert. Tatsächlich gab es aber in Estland kaum Großbauern, da die estnische Republik Anfang der 1920er Jahre ihrerseits die meist deutschbaltischen Großgrundbesitzer enteignet und das Land umverteilt hatte. Aufgrund klimatischer Faktoren bestanden größere Höfe nur in sehr ertragsarmen Gegenden.

Im nächsten Schritt untersucht Feest die neuen sowjetischen Kader auf dem Dorf. Er kann zeigen, wie auf der untersten Ebene des neuen Systems kaum ideologische oder „soziale“ Maßstäbe für die Besetzung der neuen Machtstrukturen angelegt wurden. Mehr oder weniger willkürlich wurden Menschen direkt von der Straße in die Amtsstuben abkommandiert. So waren die Kader weder Verwaltungsspezialisten noch überzeugte Kommunisten. Dies hatte zur Folge, dass die Basis des Systems wenig kompetent und motiviert war, die Vorgaben aus Tallinn umzusetzen. Verstärkt wurde dies durch die verhaltene Stimmung der Bevölkerung gegenüber den neuen Besatzern. Seit dem Terror, den Massendeportationen, den Erschießungen und den Verwüstungen durch die Sowjets im Jahre 1941 herrschte auf dem Lande eine antikommunistische Haltung vor. Zudem hofften viele auf Befreiung aus dem Westen, konkret aus den USA, die die roten Herrscher vertreiben würden. Auch gab es gewaltsamen Widerstand gegen die neuen Machthaber. Die antisowjetische Partisanenbewegung, die „Waldbrüder“ oder „Grünen“, war zwar zahlenmäßig geringer als in Lettland oder Litauen, gleichwohl konnte sie die lokalen Kader durchaus einschüchtern und in ihrer Arbeit stark behindern. So war es nur konsequent und notwendig, dass die Kader rasch wieder ausgetauscht wurden. Es folgten Russlandesten, estnische Veteranen der Roten Armee und oft auch Nichtesten, zumeist russischer Herkunft, die eine größere Loyalität gegenüber dem System entgegenbrachten. Viele hatten im Krieg für Stalin gekämpft und brachten ihre Gewalterfahrung mit in die neuen Ämter. Man schlief mit der Pistole unter dem Kissen, auch dann noch, als die Gefahr durch die „Waldbrüder“ gebannt war.

Feest befasst sich ausführlich mit der Landwirtschaftspolitik der neuen Machthaber, speziell dem Ausbau der neuen Institutionen wie den Sowchosen, den Motor-Traktor-Stationen oder der Integration der bestehenden bäuerlichen Genossenschaften. Er kann nachweisen, dass die landwirtschaftliche Produktion nach dem Krieg in Folge der

sowjetischen Maßnahmen kontinuierlich abnahm. Die Entscheidung zur Kollektivierung fiel schließlich in Moskau, wurde 1948 von den estnischen Kommunisten abgesegnet und 1949 parallel zu den anderen baltischen Sowjetkolonien umgesetzt. Ziel war die Umformung und „Säuberung“ der Gesellschaft, das Mittel war Gewalt. Wie 20 Jahre zuvor mussten „Kulaken“ als Feinde ausgemacht werden. Im estnischen Fall war dies ganz offensichtlich eine Floskel, die für „Feind“ stand und Willkür Tür und Tor öffnete. Bereits in den 1920er Jahren waren die wenigsten der als „Kulaken“ ermordeten oder deportierten Opfer tatsächlich Großbauern gewesen. Neben den Kulaken waren es „Nationalisten“ sowie „Banditen“ – gemeint waren antisowjetische Widerstandskämpfer –, denen der Terror galt.

Es ist erfreulich wie sich der Autor gegen die überholten, aber mitunter noch lebendigen Vorstellungen der Sozialhistoriker wendet, welche die Stalinsche Gewalt als Konflikt zwischen verschiedenen Gruppierungen innerhalb der Partei beschrieben und der Parteibasis zudem eigene Initiativekraft unterstellten. Feest kann nachweisen, dass sowohl die Gewalt als auch die Kollektivierung von Moskau und dem Politbüro unter Stalin ausging und die estnische Bevölkerung weit davon entfernt war, eine Verstaatlichung des Bodens zu „fordern“. Feest schreibt eine Institutionen- und Bürokratiegeschichte mit dem Fokus auf den staatlichen Organen auf dem Dorf. Hierbei hebt er sich von kulturalistischen Ansätzen ab und betont die ideologische Motivation der Akteure und Organe. Er zeichnet ein detailliertes Bild der ländlichen Institutionen und kann dabei auf fundierte Kenntnisse der regionalen Ereignisse zurückgreifen. Doch beschreibt er die Sowjetisierung Estlands nicht als Geschichte der Gewalt, die doch überall alltäglich präsent gewesen sein muss. Durch seinen strukturellen Ansatz schafft er eine ausführliche Studie der ländlichen Organe, doch verliert sich etwas die Sicht auf die gesamte stalinistische Herrschaft in Estland.

Neben der Gewalt gilt dies besonders für das Thema Ethnizität. Zu Beginn äußert Feest zwar die These, Stalin habe Esten grundsätzlich misstraut. Er weist auch auf Formen des sowjet-russischen Kolonialismus hin, in Folge dessen Schaltstellen der Territorien an der Peripherie zumeist von Russen kontrolliert waren. Doch wird die These nicht weiterverfolgt oder verifiziert. So erscheinen Terror und Deportationen in ihrer Struktur als zufällig. Nach Feest wurden nicht gezielt bestimmte gesellschaftliche Gruppen ausgewählt – abgesehen von den „Waldbrüdern“. Die Listen seien vielmehr ein willkürliches Produkt regionaler Kader gewesen, um die Quotenvorgaben aus Tal-

linn zu erfüllen. Hier folgt der Autor stark der revisionistischen Argumentation. Gleichwohl wurden die endgültigen Listen in der Tallinner Zentrale der Staatssicherheit angefertigt und es wird nicht klar, ob die Vorschläge aus der Provinz berücksichtigt wurden. Die Forschung zu den anderen baltischen Staaten zeigt im Gegensatz hierzu ein systematisches Vorgehen der Staatssicherheit und verweist auf eine Strategie zur Vernichtung zumindest der Eliten. Der Autor betont die Vielzahl von russischen und russischsprachigen Kadern und die Dominanz von Nichtesten in der kommunistischen Partei Estlands (KPE), doch stellt er hier keine Verbindung zur Stalinschen Politik her. So beurteilt er etwa die Säuberung innerhalb der KPE von 1950 nicht als Schlag gegen Nationalkommunisten, sondern eher als Folge von personellen Veränderungen in Moskau, als deren Auswirkungen auf die jeweiligen Gefolgschaften in Estland und als generelles Herrschaftsinstrument Stalins. Tatsächlich lässt sich aber der anti-estnische Hintergrund der Aktion nicht von der Hand weisen. Denn auch wenn nicht alle Esten aus dem Zentralkomitee der Säuberung zum Opfer fielen, sondern es auch estnische Profiteure der Säuberung gab, verkennt Feest die Rolle des ethnischen Selbstverständnisses. So gab es gerade unter estnischen Kommunisten eben nicht nur linientreue Stalinisten, sondern auch solche Führungskader, die ihre estnische gegen eine russische bzw. sowjetische Identität vertauscht hatten und daher die Moskauer Linie befürworteten. Auch war die Parteisäuberung gegen Nationalkommunisten in Estland kein unionsweiter Sonderfall, wie Feest behauptet. In Lettland etwa kam es zu einem identischen Vorgehen Moskaus, wenn auch erst 1959.

Insgesamt hat Feest ein eindrucksvolles Buch zu Estland unter sowjetischer Herrschaft geschrieben, das neue Einblicke in die institutionelle Struktur der regionalen Organe im Hochstalinismus bietet.

Björn Felder, Marburg

Klaus Garber, Schatzhäuser des Geistes. Alte Bibliotheken und Büchersammlungen im Baltikum. Köln (u.a.): Böhlau 2007, XIV, 474 S. (Aus Archiven, Bibliotheken und Museen Mittel- und Osteuropas. 3).

In Kurland, Livland und Estland, wo Deutsche, lange herrschend über Esten und Letten, aber ihrerseits von Fremden regiert, nur eine Minderheit bildeten, entstand eine reiche Literatur zur Geschichte von Staat und Gesellschaft, Literatur und Sprache. Sie ist Ausdruck

einer zunächst bürgerlichen, akademisch geprägten Kultur, die sich in den Städten Riga, Reval (Tallinn) und Dorpat (Tartu), später auch Mitau (Jelgava) an Gymnasien, an der Landesuniversität wie in gelehrten Gesellschaften entwickelte. Trotz des beständigen Zustroms aus Deutschland und Europa war sie in erstaunlich hohem Grade autogen. Dem Adel stand sie näher als anderswo; nach und nach spielte der Austausch mit Esten und Letten eine wichtige Rolle.

Was Gelehrte in Manuskripten und Büchern sammelten, gelangte in die Bibliotheken der Städte, der Akademien, der Sozietäten wie auch der Ritterschaften. Das bedeutendste Schatzhaus der Region indes, die „Bibliotheca Rigensis“, die einst aus den Beständen der Klöster hervorgegangen war und sich als städtische Bibliothek lange noch in den Räumen am Kreuzgang des Domes befand, bevor sie ins Alte Rathaus übersiedelte, ging im Juni 1941 mit diesem unwiederbringlich unter. Hitlers Truppen nahmen damals die von der Roten Armee gehaltene Stadt unter Beschuss, nur ein Zehntel der mehr als 400 000 Bücher und Handschriften wurde gerettet. „Das kulturelle Gedächtnis Europas“ war „um ein weiteres Juwel ärmer geworden“ (S. 210).

Die Bestände in Riga wie andernorts waren nicht in gedruckten Katalogen dokumentiert, so dass es heute erhebliche Schwierigkeiten bereitet, das Erhaltene und im Krieg oft heillos Zerstreute in eine sinnvolle Ordnung zu bringen. Deutsche verließen gegen Ende des Zweiten Weltkriegs das Baltikum endgültig, das nun sowjetisch wurde; die wissenschaftlichen Beziehungen blieben für Jahrzehnte unterbrochen. In dieser Situation setzten die Forschungen von Klaus Garber ein, der in den 1980er Jahren erstmals Riga besuchte, als dies noch gar nicht üblich war. Durch seine jetzt erschienene, „aus den Quellen geschriebene monographische Darstellung“ (S. XI) erhält die buch- wie literatur- und kulturgeschichtliche Forschung eine neue, wesentlich verbesserte Basis für den Zeitraum vom Humanismus bis ins 19. Jahrhundert. Dass er sein Buch den verstorbenen Bibliothekarinnen Meta Taube in Riga und Kyra Robert in Reval widmet, die ihr Leben lang „die in Büchern gespeicherte Erinnerung an Menschen und Ideen vor dem Vergessen zu bewahren“ (S. XIII) suchten, ist mehr als eine sympathische Geste.

Garber zeichnet zunächst die Geschichte des baltischen Bibliothekswesens nach, berichtet dann, vor dem Hintergrund der Katastrophe, exemplarisch über seine literarischen Funde in Bibliotheken Lettlands wie Estlands, weist schließlich in einer systematischen Quellenkunde den Weg zu Handschriften, Sammelbänden und

Sammlungen. Er charakterisiert seine Methode treffend als „genetische Morphologie“, welche die Physiognomie von Sammlungen erklärt, und als „anamnetische Rekonstruktion“ (S. 6 f.), die er der Zerstörung entgegensetzt.

Voraussetzung der humanistischen Studien war die Reformation, indes erst nach dem Wechsel von der polnischen zur schwedischen Herrschaft nahm das Bildungswesen einen Aufschwung. In Dorpat, Reval und Riga wurden Gymnasien gegründet, Sammlungen von Dissertationen, Disputationen, Programmen, Reden und Gelegenheitsgedichten bezeugen eine rege akademische Geselligkeitskultur. In Riga, wo Garbers Darstellung beginnt, trat Henning Witte nicht nur mit „Memoriae“ der vier gelehrten Stände hervor, sondern vollzog Ende des 17. Jahrhunderts, früher als andernorts, auch schon den Übergang vom Lateinischen zum Deutschen. Unter russischer Herrschaft entwickelte sich dann die Domschule zur bedeutendsten Bildungsstätte. Was nach wenigen Jahrzehnten erreicht war, verdeutlicht Garber mit Sinn fürs Wesentliche: Die Landeskunde hatte sich, von „panegyrischen Fesseln befreit“, „zu einer empirischen Wissenschaft“ entwickelt (S. 30), und auch die Künste wurden frei. Herder verkündete dies programmatisch in seiner Antrittsrede.

Die Stadt Riga erhielt 1590 das Privileg, Bücher in ihren Mauern drucken zu lassen. Bei Niclas Mollyn erschienen theologische wie historische Werke, Schulschriften wie Gelegenheitsdichtung, meist auf Latein, neben dem Deutschen war aber auch das Lettische erstmals mit einem kirchlichen Handbuch vertreten. Unter Gerhard Schröder, seinem Nachfolger, wurde das Deutsche bereits dominant, der Mitauer Hofprediger Georg Mancelius trat als Begründer der lettischen Schriftsprache hervor. Im Verlagsverzeichnis von Johann Friedrich Hartknoch wurde dann „der Aufstieg Rigas zu einer kulturellen Metropole des deutschen Sprachraums im Zeitalter der Aufklärung“ sinnfällig (S. 48). Er verlegte Hamann, Herder und Kant; Hupel und Gadebusch publizierten bei ihm über die Ostseeprovinzen, Büsching und Bacmeister über Russland selbst. Die Summe dessen, was in drei Jahrhunderten geleistet worden war, wurde in biografischen und bibliografischen Werken gezogen; oft noch als Handschrift, nahmen diese die Memorialstätten auf. Garber hat mit dieser Darstellung sein eigentliches Thema vorbereitet.

Die Büchersammlung Hermann Samsons, des livländischen Superintendenten und Gründers des Gymnasiums, ging in die „Bibliotheca Rigensis“ ein, seit dem späten 18. Jahrhundert waren auch die Naturwissenschaften und die Literatur Westeuropas gut vertreten. Dann

kamen die bedeutenden Livonica-Sammlungen des Bürgermeisters, Rechts- und Verfassungshistorikers Johann Christoph Schwartz sowie des Pädagogen Johann Christoph Brotze hinzu, dessen „Liefländische Monumente“, eine Geschichte Rigas und Livlands in Zeichnungen, Beschreibungen und Dokumenten, jetzt im Druck erschienen. Garber fordert mit Recht, beide Sammlungen vollständig zu rekonstruieren, entstammten sie doch dem „profilbildenden Jahrhundert“ (S. 75), während die spätere Zeit in die Breite strebte. Rigas Stadtbibliothek, „das bei weitem bedeutendste Sammelzentrum der baltischen Lande“ (S. 83), wurde ausgezeichnet betreut, in den 20er Jahren noch um Lettonica bereichert.

„Es gibt keinen Landstrich im weiten alten deutschen Sprachraum, der so dicht mit sozietären Gründungen besiedelt gewesen wäre wie der baltische“ (S. 85), betont Garber. In Riga wurde 1834 im Kontext der romantischen Rückwendung die „Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde der Ostseeprovinzen Rußlands“ gegründet, unter deren Obhut das monumentale baltische Urkundenwerk stand. Der erste Präsident, Carl Eduard Napiersky, bearbeitete ein Schriftsteller- und Gelehrtenlexikon und trat auch durch eine Geschichte der lettischen Literatur wie eine Chroniksammlung hervor. Auf die Arbeit seines Nachfolgers, August Wilhelm Buchholtz, geht die bedeutendste landeskundliche Bibliografie zurück. Neben die Livonica der Sozietät trat seit 1853 die Sammlung der auch durch ihr kulturelles Engagement herausragenden livländischen Ritterschaft. Die Bibliothek des Adels griff, wie sonst nur die Kaiserliche in Petersburg, „in die Weite des Ostseeraums“ (S. 114) aus, nach Dänemark und Schweden, Polen, Preußen und Russland.

Das Schwergewicht der Darstellung liegt mit gutem Grund auf Riga. Die Bibliotheken in Reval wie Dorpat hatten nicht so unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges zu leiden, außerdem nahm sich die estnische Forschung schon in den 70er Jahren der überkommenen Habe an, weiter liegt aus der Feder von Martin Klöker, einem Schüler Garbers, eine Studie über das Revaler literarische Leben vor. Es begegnet dort wieder die Trias von Gymnasium, Buchdruck und Bibliothek. Weit reichenden Einfluss übte Paul Fleming aus, der 1635 als Teilnehmer der berühmten holsteinischen Orientexpedition in die Ostseestadt kam: „Ihm dürfte es zu danken sein, daß die Gewandtesten, die eben vom lateinischen zum deutschen Idiom übergegangen waren (...), alsbald den nächsten Schritt taten und nun auch die estnische Sprache aus humanistischem Geist zu adeln suchten“ (S. 123). Reiner Brockmann transponierte das Opitzsche Programm in versi-

fizierter Gestalt. Der Druck seines „Carmen alexandrinum esthonicum“ befand sich in der Bibliothek des Gymnasiums. Die Bibliothek der Olaikirche ging 1831 in die neu gegründete „Estländische Allgemeine Öffentliche Bibliothek“ ein, die „Bibliotheca Revaliensis“, deren Pflege sich die „Estländische Literarische Gesellschaft“ verschrieb.

Dorpat, umstritten zwischen Reformation und Gegenreformation, hatte den Vorteil, dass sein Gymnasium gleich zu einer Universität ausgebaut wurde. Sie teilte indes das Schicksal der schwedischen Herrschaft. Die Stadt wurde zerstört, die Bibliothek war schon vorher nach Stockholm überführt worden. Wie Garber hervorhebt, trat dennoch keine geistige Verödung ein; Ende des 18. Jahrhunderts sicherte der Bürgermeister Friedrich Konrad Gadebusch die Quellen der Überlieferung und publizierte eine Personenkunde. Garber mahnt an, dass es noch gilt, den Kreis seiner Mitarbeiter zu erkunden, während die Geschichte der Universität nach ihrer Wiedereröffnung 1802 gut erforscht ist. Sie zeichnete sich durch eine „singuläre Symbiose“ (S. 140) von bürgerlicher, gelehrter Geistigkeit mit adeligem, repräsentativem Standesbewusstsein aus. Landeskunde aber betrieben die „Livländische Gemeinnützige und Ökonomische Sozietät“ wie die „Gelehrte Estnische Gesellschaft“, welche maßgeblich das entstehende Nationalbewusstsein förderte.

Kurland nahm eine Sonderentwicklung, blieb lange Herzogtum unter polnischer Krone, das sich bald zu einer Adelsrepublik entwickelte. 1775 wurde in der Residenzstadt Mitau die „Academia Petrina“ gegründet, die indes bald nur noch ein normales Gymnasium war. Bedeutend war die „Kurländische Gesellschaft für Literatur und Kunst“, der erste wissenschaftliche Verein im nun insgesamt Russland zugehörigen Baltikum. Er verstand sich als „provinzen- und völkerverbindend“ (S. 155) und verfolgte volkspädagogische Ziele. Treibende Kraft war Johann Friedrich von Recke, der eigentliche Redakteur des genannten Schriftstellerlexikons und gleichgesinnte Freund von Gadebusch; seine Sammlung an Kurlandia übergab er teils der Bibliothek des Mitauer Museums, teils der Universitätsbibliothek in Dorpat. In der Residenz, die ihre Bücherbestände vollständig verlor, beschließt Garber die Geschichte des baltischen Bibliothekswesens.

Im zweiten Teil des Buches kann der Leser lernen, wie veritable literarische Funde zu machen sind: durch systematische Sichtung des sonst vernachlässigten Kleinschrifttums. Im Tallinner Stadtarchiv entdeckt Garber die „Vota nuptialia“ wieder, die noch der Literaturhistoriker Nadler kannte und beschrieb, eine Sammlung von 85 Drucken aus

dem Zeitraum von 1637 bis 1644. Sie enthält Gedichte von Fleming und dessen Freundeskreis, darunter das erwähnte von Brockmann. In der Akademischen Bibliothek, der heutigen „Bibliotheca Revaliensis“, sieht Garber einen Band mit Altdrucken ein, in dem die Professoren des Gymnasiums als Dichter auftreten. Ebenso ergiebig sind die Epicedien-Kollektionen. Die Erinnerung an das intellektuelle Reval „erfüllt sich mit Anschauung und Leben“ (S. 184). Ein Sammelband mit Brockmann-Unikaten in der Russischen Staatsbibliothek in Moskau rundet das Bild.

Die Universitätsbibliothek Tartu bleibt für alte Drucke eine erste Adresse; soweit sie von dort stammen, sind sie bibliografisch dokumentiert. Garber sichtet deshalb Leichenpredigten und Epicedien aus Reval, Rigaer akademisches und geistliches Schrifttum wie Mitauer Drucke, unter denen einzigartig die Kurländische Dichtung des 18. Jahrhunderts um Christian Bornmann vertreten ist. Dann besucht er das Historische Archiv, welches das Erbe der Estländischen Ritterschaft angetreten hat, schließlich das Estnische Literaturmuseum, das unter seinen reichen Beständen auch Brockmanns „programmatisches deutschsprachiges Bekenntnis zur estnischen Literatursprache“ (S. 203) bewahrt. Das literarische Reval war polyglott; im Gymnasium wurde nach wie vor auch lateinisch und griechisch gedichtet.

Wenn Garber dann nach Riga zurückkehrt und über Funde in den dortigen Bibliotheken berichtet, fällt es allerdings gelegentlich schwer, ihm zu folgen. Gerettete Bestände der Stadtbibliothek wurden 1944 im Rokokotheater untergebracht, wo einst Wagner dirigierte (vgl. S. 210 f.). Dass sie jetzt der Akademischen Bibliothek gehören, wird nur nebenbei gesagt (vgl. S. 218), dass diese inzwischen umgezogen ist, muss anderweitig erschlossen werden. Wer in die Anmerkungen schaut, wird zuweilen auf einen langen Weg geschickt (von Nr. 168 über 213, 146 bis 52). Die Entdeckungen aber sind bemerkenswert. Die „Sammlung kleiner Liefländischer Schriften Bd. 1“ von Schwartz enthält Gelegenheitsschriften des frühen 17. Jahrhunderts aus Riga und Reval, den Folgebände, nach dem bis dahin niemand gefragt hatte, findet Garber in der Nationalbibliothek. Er dokumentiert in einzigartiger Vollständigkeit den Revaler Lebens- und Wirkungskreis Paul Flemings. Mit einer Ausnahme sind sämtliche seiner dort erschienenen Werke enthalten, die nur Gadebusch besaß, der glücklicherweise „diesen berühmten Dichter zu den livländischen Schriftstellern rechnet“ (Zitat S. 225).

„In den handschriftlichen wie den gedruckten Kollektaneen der gelehrten Eliten verdichtete sich die auf alle Lebensbereiche sich er-

streckende Geschichte der städtischen Gemeinschaft wie an kaum einer Stelle sonst“ (S. 227). Ein handschriftliches Verzeichnis belegt die Bestände unmittelbar nach Untergang der Stadtbibliothek, seither aber ist in Riga wenig geschehen, um die noch vorhandenen *Livonica* zu dokumentieren. Garber fordert deshalb mit Recht einen Katalog zunächst der Handschriften, dann auch der alten Drucke; letzteres wäre die „Einlösung einer Ehrenschild“ (S. 303) gegenüber Taube, die die Vorarbeit geleistet hat. Erhalten sind in der Akademischen Bibliothek Manuskripte zur Geschichte der gelehrten Institutionen, Drucke von Mollyn und Schröder, Flugschriften aus polnischer, schwedischer wie russischer Zeit, oft letzte Zeugen umfassender Sammlungen. Die von Brotze zusammengestellten „Vermischten Schriften“ in 42 Bänden enthalten u.a. bukolische Dichtungen wie akademische Schriften, die 36 Bände *Livonica* meist eigenhändige Abschriften von Dokumenten. Ansonsten ragt als Kostbarkeit Daniel Hermanns „*Mediatio Militis Christiani cordati, & simul pij*“ aus dem Jahre 1601 heraus. Trotz vieler Verluste in der Sammlung Schwartz entdeckt Garber 50 Dissertationen, aus denen allein sich „eine Geschichte des gelehrten Treibens im Dorpat des 17. Jahrhunderts“ (S. 255) schöpfen ließe, und, einmal auf der Spur, in einem weiteren Band der ehemals geschlossen bewahrten Reihe eine theologische Zimelie von Samson wie den Preis der deutschen Dichtung von Gottsched.

Die Forschung im Baltikum hatte die *Kasualia* als epigonal verkannt und deshalb nicht eingehend dargestellt. Nur die Daten von Personen, die in den Rigaer Predigten genannt sind, wurden von einem Genealogen notiert, der dann in Posen, wo im Krieg baltisches Kulturgut ‚zusammengezogen‘ wurde, als ‚Sippenforscher‘ amtierte. Das Personalschrifttum der Gesellschaftsbibliothek ist weitgehend und eben spurlos verschwunden. Die Manuskripte wurden hingegen in das Historische Staatsarchiv Lettlands überführt. Die unter den *Livonica* verzeichneten Sammelbände und Mappen sind sämtlich erhalten. Leider gilt dies nicht für den aus dem Besitz der Familie Hehn stammenden Teil des Gadebusch-Nachlasses, der indes immer noch reichhaltig ist. Teile der Bibliothek waren während des Krieges nach Posen, andere nach Troppau gelangt, manches kehrte immerhin nach Riga zurück, ist heute aber „willkürlich“ auf die Bibliotheken verteilt. Ein Desiderat bleibt die Erstellung eines Kataloges. Personenkundliche Sammlungen von Buchholtz sind ins Staatsarchiv, Schriften Wittes wie eine Sammlung früher Drucke in die Akademische Bibliothek, Predigten, Eklogen und Enkomien, gelehrtes und

politisches Schrifttum schließlich in die Nationalbibliothek gekommen, das „Auffangbecken“ für „herrenlose Buchbestände“ (S. 305). Das wieder Gefundene gibt Garber dann doch Anlass zur Freude.

Auch die Bestände der Mitauer Gesellschaft gelangten ins Rigaer Staatsarchiv, von dort kam manches nach Posen, einiges sogar wieder zurück. Garber findet ungedruckte Werke von Schwartz wie Recke, die er zur Publikation empfiehlt, wie auch deren Briefwechsel. Die Bücher sind jetzt meist in der Nationalbibliothek, darunter lateinische Epigramme des Mitauer Hofdichters Bornmann auf hoch gestellte Persönlichkeiten, Freunde und Kollegen, außerdem Alexandriner in deutscher Sprache, Huldigungen an die Rigaer Gelehrten, schließlich auch sein berühmtes Gedicht auf Mitau, eine Vergegenwärtigung der in der Stadt wirkenden Menschen. Es drückt kurz vor Ausbruch des Nordischen Krieges die Hoffnung aus, einst möge ein Dichter den Lobpreis erneuern. Garber, der sich glücklich schätzt, „an der Heilung der in einem Katastrophen-Jahrhundert versehrten Tradition mitzuwirken“ (S. 329), schließt den Bericht mit einem vom Geist des Barock berührten Text, der Kontinuität verspricht.

Im letzten Teil bietet Garber „eine manuskript- und buchkundliche Synopsis“, in der er „nur das Wichtigste und Grundlegende“ versammelt, wie er überhaupt für die kommentierte Bibliografie in Gestalt der ‚Bibliographie raisonnée‘ plädiert, um dem „grenzenlosen Wirrwarr an Daten“ zu begegnen. Erklärtes Ziel ist es, zur Mitwirkung „an der Suche nach Verschollenem“ und „der Restitution des Zersplitterten“ (S. 333 f.) zu motivieren. Er führt zunächst die Handschriften-Repertorien und handschriftlichen Kataloge auf, dann die wichtigsten Textcorpora, wobei Handschriften und Drucke nicht getrennt, aber systematisch nach Genus wie Provenienz geordnet und die Bände einzeln oder in Gruppen beschrieben sind. Weiter wird verzeichnet, wo sich welche Teile der Sammlungen von Gadebusch, Schwartz, Recke und Brotze finden. Eine Auswahl sonstiger gedruckter Quellen mit Standortnachweisen wie ein Verzeichnis der wissenschaftlichen Literatur und ein Register bilden den Abschluss. Alles ist vorbildlich. Garbers Buch sollte zu Rate ziehen, wer sich mit der Kulturgeschichte des Baltikums beschäftigt und den Weg zu den Quellen nicht scheut.

Michael Schwidtal, Frankfurt a.M.

Wilm Hosenfeld: „Ich versuche jeden zu retten“. Das Leben eines deutschen Offiziers in Briefen und Tagebüchern, hrsg. v. Thomas Vogel im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes. München: Deutsche Verlags-Anstalt 2004, 1194 S., Abbildungen.

In den letzten Jahren rückten diejenigen Deutschen in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion, die während des Zweiten Weltkrieges den Opfern der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik halfen. Vor allem die von Wolfram Wette herausgegebenen Bände richteten den Blick auf diese kleine Minderheit innerhalb der deutschen Bevölkerung.¹ Die vorzustellende Edition der Briefe und Aufzeichnungen von Wilhelm (genannt: Wilm) Hosenfeld stellt mit mehr als tausend Seiten die bislang umfangreichste Publikation zum Thema dar. Dabei wurde das verlegerische Wagnis eines derartigen Projektes sicherlich auch dadurch gemildert, dass Hosenfeld in Roman Polanskis Film ‚Der Pianist‘, der das (Über)Leben des Warschauer Juden Wladysław Szpilman zwischen 1939 und 1945 zum Thema hat, eine wichtige Rolle spielt. Entstanden ist das beeindruckende Lebensbild und Selbstzeugnis eines besonderen Mannes.

Wilm Hosenfeld wurde 1895 in einem Dorf am Rande der Rhön geboren, er erlebte den Ersten Weltkrieg an West- und Ostfront. In den 20er Jahren gründete der gläubige Katholik eine Familie und wurde Lehrer im Dorf Thalau in der Nähe von Fulda. Hosenfeld war wie viele seiner Generation deutsch-national gesonnen und empfand die ‚Schmach‘ des Friedens von Versailles. 1933 trat er der SA und dem NS-Lehrerbund bei, schließlich wurde er im August 1935 Mitglied der NSDAP. Hosenfelds Zweifel am Nationalsozialismus lassen sich zwar schon Ende der 30er Jahre erkennen, doch erst seine militärische Verwendung im Zweiten Weltkrieg, die ihn in das besetzte Polen und ab 1940 zur Oberfeldkommandantur in Warschau führte, machte ihn zu einem entschiedenen Gegner des ‚Dritten Reiches‘; schließlich beschritt er den Weg zu einer widerständischen Haltung, indem er den Opfern der Vernichtungspolitik, soweit es in seiner Macht stand, Hilfe gewährte. Thomas Vogel, der im Auftrag des Militärgeschichtlichen

¹ Retter in Uniform. Handlungsspielräume im Vernichtungskrieg der Wehrmacht, hrsg. v. Wolfram Wette. Frankfurt a.M. 2002; Zivilcourage. Empörte, Helden und Retter aus Wehrmacht, Polizei und SS, hrsg. v. Wolfram Wette. Frankfurt a.M. 2004; Stille Helden. Judenretter im Dreiländereck während des Zweiten Weltkrieges, hrsg. v. Wolfram Wette. Freiburg i.Br. (u.a.) 2005.

Forschungsamtes die Edition besorgte, hat in seiner fast 150 Seiten umfassenden Einleitung den Lebensweg von Hosenfeld beschrieben (S. 1-146); eine auch in dieser Länge wichtige Einführung für den Leser, der damit das Umfeld der Briefe und Notizen kennt und viele Bemerkungen richtig einzuordnen weiß.

Hosenfeld war ein eifriger Schreiber: die weitaus meisten seiner Nachrichten sind an seine Ehefrau Annemarie gerichtet, viele auch an die ganze Familie, dazu einige an seine beiden im Feld stehenden Söhne. Hosenfeld schreibt einen klaren, ruhigen und doch einprägsamen Stil, ohne den eine derart umfangreiche Edition nicht sinnvoll erschienen wäre. Eben weil vieles ediert wurde, was mehr den Menschen Hosenfeld zeigt, was die Beziehungen zwischen dem Ehepaar verdeutlicht, was uns am Alltag des in Warschau eher zurückgezogen lebenden Hauptmannes teilhaben lässt, wird deutlich, dass der Lehrer aus Thalau seine Kraft und Ethik aus einer tiefen Gläubigkeit und der Liebe zu seiner Familie zog. Insofern sind Hosenfelds Briefe und Aufzeichnungen durch eine besondere Menschlichkeit gekennzeichnet, wie etwa sein Kommentar zu einer Rede Hitlers nach dem Sieg über Polen im Herbst 1939 belegt: „Ich habe nur kurze Zeit zugehört, entnehme ihr aber, daß der Führer den Krieg will. Die Aussicht auf Frieden entschwindet immer mehr, das Unheil nimmt seinen Fortgang. Von dem Leid, das andere Menschen trifft, wird man von den eigenen Wünschen ganz fortgezogen. Eine tiefe Bitterkeit und Qual senkt sich mir ins Herz.“ (S. 285)

Je mehr Hosenfeld zum Zeugen der Verbrechen wird, desto deutlicher wird seine Anklage, die 1944 in der Formulierung gipfelt: „Mit diesem entsetzlichen Judenmassenmord haben wir den Krieg verloren. Eine untilgbare Schande, einen unauslöschlichen Fluch haben wir auf uns gebracht. Wir verdienen keine Gnade, wir sind alle mitschuldig. Ich schäme mich, in die Stadt zu gehen, jeder Pole hat das Recht, vor uns reinem auszuspucken.“ (S. 719) Hosenfelds ethisches Kriterium für die Einordnung der Taten wird in diesen Zeilen deutlich: es ist daher kein Zufall, dass seine Aussagen zum Holocaust meist mit einer moralischen Selbstreflexion verbunden sind: „Wenn man die Zeitungen liest und die Rundfunkberichte hört, dann glaubt man, es sei alles in bester Ordnung, der Frieden sei gesichert, der Krieg schon gewonnen und die Zukunft für das d[eutsche] Volk sei voller Hoffnung. Aber ich kann und kann nicht daran glauben, einfach deshalb nicht, weil das Unrecht auf die Dauer nicht Herr sein kann und weil die deutschen Methoden, die unterworfenen Länder zu beherrschen, früher oder später die Gegenwehr auslösen müssen... Das

Leben eines Menschen, geschweige die persönliche Freiheit, spielen überhaupt keine Rolle. Aber der Freiheitstrieb ist jedem Menschen und jedem Volk eingeboren und wird auf die Dauer nicht unterdrückt werden können. Die Geschichte lehrt, daß die Tyrannei immer von kurzer Dauer war. Nun kommt noch das entsetzliche Unrecht der Blutschuld der Ermordung der jüdischen Bewohner auf unsere Rechnung.“ (S. 626) Der deutsche Hauptmann in Warschau erkannte auch die Exzeptionalität des Holocaust: „Die Geschichte weiß ähnliches kaum zu berichten... daß man ein Volk, Männer, Frauen, Kinder, im 20. Jahrhundert einfach abschachtet, ausgerechnet wir, die wir den Kreuzzug gegen den Bolschewismus führen, das ist so eine entsetzliche Blutschuld, daß man vor Scham in den Boden sinken möchte.“² (S. 628)

So bedrückend diese Passagen sind (und man sollte nicht vergessen, dass Hosenfeld wegen der Briefzensur ein nicht zu unterschätzendes Risiko einging, wenn er die zuletzt zitierten Sätze in einem Feldpostbrief an seine Frau schrieb), geben sie doch insofern ein verzerrtes Bild der Korrespondenz wieder, als der weitaus größte Teil der Briefe sich mit dem dienstlichen Alltag beschäftigt oder familiären Angelegenheiten widmet. Doch eben darin liegt eine Stärke des Buches: die ‚Normalität‘ vieler deutscher Familien zwischen 1939 und 1945 scheint in den Zeilen Hosenfelds auf. Erst in der Gesamtheit der Korrespondenz wird dieser Mann wirklich sichtbar – und erst in diesem Umfeld erscheinen seine Aussagen zu den Verbrechen geradezu zwangsläufig: Man lernt Wilm Hosenfeld so gut kennen, dass eine andere Haltung gar nicht vorstellbar erscheint.

Daraus ergibt sich die drängende Frage, weswegen Hosenfeld und die anderen Retter eine verschwindend kleine Minderheit blieben. Das Beispiel des deutschen Lehrers belegt ja hinlänglich, wie ‚einfach‘ es war, gestützt auf Glaube, Familie und Ethik den Nationalsozialismus als durch und durch verbrecherische Ideologie zu entlarven und sich von ihm zu lösen. „Aber macht man sich nicht mitschuldig an dem? ... Warum schweigt man und protestiert nicht? Wir sind alle zu feige und zu bequem, zu falsch und verrottet, darum müssen wir auch alle den Sturz ins Verhängnis mitmachen.“ (S. 658)

Es ist ein tragisches Paradoxon, dass Hosenfeld trotz des Einsatzes derjenigen, die er gerettet hatte, eine Heimkehr nicht mehr erlebte

² Vgl. auch S. 635: „Was hier in W[arschau] mit den Juden geschieht, das kannst Du Dir nicht denken. Das ist, solange die Erde von Menschen bevölkert ist, sicher noch nicht dagewesen. Da verliert man jeden Glauben und jede Hoffnung. Wie tief sind wir gesunken.“

(während viele der Mörder für ihre Taten nie zur Rechenschaft gezogen wurden). Am 13. August 1952 starb er in einem sowjetischen Lager bei Stalingrad nach mehreren Schlaganfällen mit 57 Jahren. Von diesem Schicksal wusste Hosenfeld nichts, als er am 28. Dezember 1943 in sein Tagebuch schrieb: „Ich glaube, es gibt in der Geschichte der Menschheit kein ähnliches Beispiel, daß Verbrechen von einer verhältnismäßig geringen Zahl begangen, von einem ganzen Volk abgeübt werden müssen, weil dieses Volk zu blind war und zu feige und zu unmoralisch, um sich gegen die Verbrecher zur Wehr zu setzen. Die Greuel hier im Osten, in Polen, Jugoslawien und Rußland sind nur die geradlinige Fortsetzung dessen, was anfangs mit den politischen Gegnern in Deutschland geschah. Und wir Toren glaubten, sie könnten uns eine bessere Zukunft bringen. Als Schande muß jeder Mensch es heute empfinden, daß er auch nur im geringsten dieses System bejahte.“ (S. 782)

Joachim Tauber, Lüneburg

Stephan Kessler, Die litauischen Idyllen. Vergleichende gattungstheoretische Untersuchung zu Texten aus Polen und Litauen, 1747–1825. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 2005, 400 S.

Der Titel deutet darauf hin, dass die litauischen Idyllen aus der Zeit von 1750 bis 1825 den Schwerpunkt der Monografie bilden, auch wenn die Analyse der litauischen Texte erst auf der Seite 138 beginnt. Das Vorhaben, die litauischen Texte nach den auf der Grundlage einer Analyse der polnischen bukolischen Texte erstellten Prinzipien zu besprechen, wird durch die Tatsache gerechtfertigt, dass die Autoren der meisten litauischen Idyllen in der bis 1795 bestehenden polnisch-litauischen *Rzeczpospolita* geboren wurden und somit in einer Zeit lebten, in der die polnische Sprache und ihre Kultur eine führende Rolle in Litauen hatten: Sie kannten die polnische Literatur gut und dichteten sogar auf Polnisch.

Im Kapitel „Theoretische Grundlagen und Definitionen“ werden die allgemeinen Prinzipien für eine Bewertung der Textkorpora vorgelegt. Zutreffend wird bemerkt, dass nicht nur die Analyse der Texte, sondern auch die von den Autoren gelieferten Gattungsangaben für die Feststellung der Gattungen der einzelnen Texte relevant sind. Die Analyse soll vorwiegend die semantische Struktur berücksichtigen: Wenn es sich um idyllische Texte handelt, die als eine Sonderklasse der bukolischen Texte einzustufen sind, kommen bestimmte, in

den Paragraphen 2 und 4 besprochene semantische Merkmale (wie Gefühle und Fiktionalität) vor.

Im Kapitel „Die Gestalt der polnischsprachigen Idyllen zwischen 1770 und 1822“ werden die wichtigsten Merkmale der auf Polnisch verfassten bukolischen Texte besprochen, zu denen auch die echten Idyllen (*sielanka*) gehören. Der Verfasser verdeutlicht einige Aspekte des vorigen Kapitels anhand der erforschten Texte: Die meisten von ihnen sind fiktiv, und die Fiktionalität kann durch besondere sprachliche Mittel kodifiziert werden; die Texte des Ich-Erzählers unterscheiden sich von denen des Er-Erzählers sowohl hinsichtlich der strukturellen Elemente wie auch hinsichtlich der in ihnen vorkommenden Bilder, besonders der Natur, die eine wichtige Rolle für die Widerspiegelung der Gefühle des einzigen Protagonisten (Texte des Ich-Erzählers) oder der Protagonisten (Texte des Er-Erzählers) spielt; da „bukolische Dichtung Liebes-Lyrik ist“, ist die Liebe – besonders die zarte Liebe – ein kennzeichnendes Element in der Gestaltung der Idyllen, in denen Ego erlebt und Alter handelt; in den Idyllen spielen die Gefühle und Empfindungen eine wichtige Rolle, mit anderen Worten: Die Idyllen sind sentimentale Dichtungen.

Im Kapitel „Das Vergleichstextkorpus zur Gattung Bukolik“ werden die polnischen bukolischen Texte Gruppen zugeordnet, die nach den Gattungsangaben der Texttitel (d.h. nach paratextuellen Elementen) eingeteilt sind. Die größte Gruppe ist die der *sielanka* (ein Drittel aller Texte): Die meisten der darin enthaltenen Gedichte weisen die im vorigen Kapitel den polnischen Idyllen zugeschriebenen semantischen Hauptmerkmale auf.

Im folgenden großen Kapitel („Moderne“ Idyllen und ähnliche Texte in der litauischen Lyrik von 1747 bis 1825) wird endlich der litauischen Literatur nachgegangen. Der Verfasser untersucht, welche unter den 152 Gedichten des litauischen Textkorpus die semantischen Hauptmerkmale der polnischen Idyllen besitzen. Das Kapitel beginnt mit allgemeinen Bemerkungen über die besprochenen litauischen Texte und der Feststellung, dass einige unter ihnen (darunter Donelaitis' „Metai“ und Poškas „Mužikas Žiemaytyiu yr Lietuvos“) nicht als Idylle angesehen werden können, weil ihnen bestimmte Hauptmerkmale der polnischen Idyllen fehlen. Der zweite Teil des Kapitels (Texte mit der Gestalt der „modernen“ Idyllen) bietet eine Analyse einiger dem nicht besonders berühmten Dichter Antanas Klementas zugeschriebenen Texte (die 10 Gedichte des Zyklus „Sodžių darbai“ und drei Übersetzungen aus polnischen Vorlagen) und zwei anonymer Gedichte; im dritten Teil werden 87 Texte be-

sprochen, die der „modernen“ Idylle ähnlich sind, darunter die Gedichte des berühmten Antanas Strazdas. Das Kapitel endet mit einem Exkurs zu Donelaitis, in dem leider Donelaitis' enge Beziehungen zu den poetischen Modellen des von Behrendt herausgegebenen wichtigen litauischen Gesangbuches aus dem Jahr 1732 (in dessen neuen Texten z.B. viele Diminutiva vorkommen) unberücksichtigt bleiben: Der Verfasser ignoriert die wichtige Tatsache, dass Donelaitis im Jahr 1732 an der Domschule in Königsberg zu studieren begann und dort vom neuen Gesangbuch wahrscheinlich beeinflusst wurde.

Ohne Zweifel bietet das Buch eine ausführliche Behandlung der poetischen Texte der litauischen Literatur im Zeitraum 1747–1825 und öffnet neue Perspektiven in der Erforschung dieser Texte, wobei zum ersten Mal die Beziehungen zur polnischen Literatur jener Zeit im Mittelpunkt der Analyse stehen. Da der Verfasser die polnische Literatur zum Ausgangspunkt seiner Monografie nimmt und die litauische nach ihr bewertet, hätte ein Titel wie „Die Modelle der polnischen Idyllen in der litauischen Literatur“ besser gepasst.

Guido Michelini, Parma

Walter Leitsch, Sigismund III. von Polen und Jan Zamoyski. Die Rolle Estlands in der Rivalität zwischen König und Hetman. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 2006, 289 S. (Österreichische Akademie der Wissenschaften. Philosophisch-Historische Klasse. Historische Kommission: Zentraleuropa-Studien. 9).

Man kann nicht gerade sagen, dass es sich hier um ein besonders beliebtes Thema in der deutschsprachigen Historiografie handelt: ein polnischer Wahlkönig am Ende des 16. Jahrhunderts, den man aus Schweden geholt hatte, und sein Verhältnis zu seinem wichtigsten Minister, der zu seinem größten Rivalen wurde. Dazu ist der Untertitel eher irreführend, denn das Buch beschränkt sich nicht auf die Rolle Estlands in diesem Konflikt, sondern nimmt ihn als ganzen in den Blick. Sigismund III. Wasa (König von Polen 1587–1632) verdankte es wesentlich dem Einsatz des Kanzlers und Hetmans Jan Zamoyski, dass er vom polnisch-litauischen Adel zum König gewählt wurde und sich daraufhin gegen seinen Rivalen, den Habsburger Erzherzog Maximilian, durchsetzen konnte. Als der neue König dann aber eine zu selbstständige Politik verfolgte, wurde Zamoyski bis zu seinem Tod 1605 zum Führer der Opposition im Land.

Doch Walter Leitsch gibt sich am Anfang des Buches Mühe, auch Nicht-Experten in das Thema einzuführen. Sein erklärtes Ziel ist es, die Tendenz der polnischen Historiografie (zu nennen ist hier insbesondere Kazimierz Lepszy) zurechtzurücken, die in dem Konflikt zwischen Sigismund und Zamoyski das Übel vor allem von den Ausländern und ihren wenigen polnischen Helfern ausgehen sah. Nach dieser Schule ging es zumal den Habsburgern, dann aber auch den Wasas in erster Linie um ihre dynastischen Interessen (im Fall Sigismunds vor allem der Erhalt der Herrschaft in seinem Erbreich Schweden), während Zamoyski in seinem Handeln selbstlos auf das Wohl des Landes bedacht gewesen sei. Zamoyski selbst hat durch eine systematische Propagandatätigkeit schon gegenüber den Zeitgenossen diesen Eindruck zu erwecken versucht. Leitsch unternimmt es, diese Überlieferung durch die Auswertung anderer, nichtpolnischer Quellen zu überprüfen. Er gehört zu den wenigen deutschsprachigen Historikern, die überhaupt in der Lage sind, sich dieser Thematik anzunehmen, da er auch die polnischen Quellen und die polnische historische Literatur bearbeiten kann und dazu als Kenner der Epoche ausgewiesen ist. Das Buch zeichnet sich durch große Quellennähe aus.

Zamoyski hatte seine überragende Stellung in Polen unter Sigismunds Vorgänger Stefan Bathory (König 1576–1586) erworben und musste fürchten, sie unter einem Nachfolger zu verlieren. Leitsch legt dar, dass Zamoyski beim Interregnum 1586/87 ursprünglich gar nicht Sigismund unterstützte. Er wollte einen Verwandten Bathorys oder einen polnischen Kandidaten. Sigismund war zunächst der Kandidat von Bathorys Witwe Anna Jagiellonka, die mit den schwedischen Wasas verwandt war, und Zamoyski schwenkte erst auf dessen Kandidatur ein, als er erkannte, dass er sich mit seinen Kandidaten beim polnischen Adel nicht durchsetzen würde. Durch die Unterstützung Sigismunds konnte er dann immerhin seinen Ruf bei der Szlachta verbessern, weil er ihr bei ihrem Widerstand gegen die ungeliebten Habsburger half und sich so den Ruf eines Verteidigers der Adelsfreiheit erwarb.

Doch Zamoyski scheint gleichzeitig versucht zu haben, sich eine Handhabe zu schaffen, um Sigismund bald wieder loszuwerden. Leitsch vertritt die These, dass der Kanzler in die Wahlkapitulation der *Pacta Conventa* bewusst einen Artikel einfügen ließ, in dem Sigismund sich verpflichtete, als König das zu Schweden gehörende, aber von Polen beanspruchte nördliche Livland (das heutige Estland), an den polnisch-litauischen Staat anzuschließen. Dabei war sich Zamoyski

ski darüber im Klaren, dass die schwedischen Stände einer solchen Abtretung niemals zustimmen würden, und rechnete damit, auf diese Weise in Polen eine Neuwahl des Königs herbeiführen zu können. Doch als er beim Krönungssejm Ende 1587 vom neuen König forderte, seine Zusage einzulösen, erklärte Sigismund, dass er das nicht könne und dann lieber auf die polnische Krone verzichten wolle. Hier erwies sich nun, dass er besser kalkuliert hatte als Zamoyski, denn die Szlachta sah in ihm die beste Sicherung gegen den Einfluss der Habsburger (und wohl auch gegen einen zu großen Einfluss des Kanzlers selbst), verzichtete leichtem Herzens auf Estland und wandte sich gegen Zamoyski. Dieser musste Sigismund akzeptieren, der auf diese Weise nun auch eine beträchtliche Unabhängigkeit vom Kanzler gewann und sich bei seiner Regierung auf andere Magnaten des Reiches stützen konnte.

Zamoyski sah seinen Einfluss schwinden und versuchte danach, Sigismund aus Polen „hinauszuekeln“, wie Leitsch sich ausdrückt. Er erhob gegen ihn den Vorwurf, eine absolute Herrschaft einführen zu wollen, worauf die Szlachta immer besonders empfindlich reagierte. Um sich abzusichern, näherte sich der König nun selbst den Habsburgern an. Er heiratete eine Habsburgerin und wollte schließlich tatsächlich Polen verlassen und die Herrschaft an Erzherzog Ernst übergeben. Zamoyski enthüllte diese Pläne pathetisch beim sog. Inquisitionssejm von 1592, musste aber erneut die Erfahrung machen, dass die Szlachta bereit war, Sigismund alles zu verzeihen, als dieser von seinen Plänen Abstand nahm. Danach bemühte sich Zamoyski um ein leidliches Zusammenleben mit dem König. Dieser seinerseits konnte ihn auch nicht entfernen, weil die Kronämter in Polen auf Lebenszeit verliehen waren.

Abschließend stellt Leitsch die Frage, ob hinter Zamoyskis Handlungen das Bestreben stand, selbst König zu werden. Hierfür gibt es keinen Beweis, aber aufgrund der vorliegenden Indizien beantwortet Leitsch die Frage bejahend. Obwohl von dem Kanzler Äußerungen bekannt sind, dass in der polnischen Wahlmonarchie wegen der zu großen inneren Rivalität ein Einheimischer keine Chance habe, scheint er gehofft zu haben, durch ein geschicktes Vorgehen letztlich doch den Thron für sich selbst sichern zu können. So ließe sich sein komplexes Handeln in den Jahren 1586–1592 erklären.

Das Buch leistet einen wertvollen Beitrag zum Verständnis der behandelten Ereignisse, zumal Leitsch auch dem politischen Handeln der Habsburger keineswegs unkritisch gegenüber steht. Zu bemängeln wäre vielleicht, dass er dem Verhalten Sigismunds oder der Habs-

burger immer wieder das „der Polen“ gegenüberstellt, als ob man es hier mit einer modernen Nation zu tun gehabt hätte, deren Glieder sich zudem in allem einig gewesen wären. Für das Verständnis des Geschehens ist es gerade wesentlich, dass das handelnde Subjekt hier der polnisch-litauische Adel war, dem es bei der Wahl seines Königs vor allem auf die Wahrung seiner ständischen Interessen ankam.

Bemerkenswert ist schließlich noch der Stil, in dem das Buch abgefasst ist. Leitschs Sprache hatte schon immer eine persönliche Note, die vielleicht wissenschaftlich etwas zu locker erscheinen mag, die aber dafür wunderbar eingängig ist. Zudem muss er nun als Emeritus des Lehrstuhls für Osteuropäische Geschichte der Wiener Universität niemandem mehr etwas beweisen und kann unbefangen den eigenen Arbeits- und Schreibprozess reflektieren und sich auch zu Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten bekennen. Nur wird das Prinzip manchmal etwas übertrieben, etwa dort, wo er plötzlich mitten im Text unvermittelt zu englischen Ausdrücken wechselt, wenn ihm in dieser Sprache bessere Formulierungen für das zur Verfügung zu stehen scheinen, was er sagen möchte. Verwirrend sind auch zahlreiche Zeitsprünge, die zu früher schon beschriebenen Ereignissen zurückkehren und dann Wiederholungen bringen.

Martin Faber, Freiburg i.Br.

Die litauische *Wolfenbütteler Postille* von 1573, hrsg. v. Jolanta Gelumbeckaitė. Bd. 1: Faksimile, kritische Edition und textkritischer Apparat; Bd. 2: Einleitung, Kommentar und Register. Wiesbaden: Harrassowitz-Verlag 2008, 408 S. (Wolfenbütteler Forschungen. 118/1 u. 2)

Die *Wolfenbütteler Postille* stellt das in diesem Umfang älteste litauische handschriftliche Textzeugnis dar. Hierbei handelt es sich um eine Abschrift einer anonymen litauischen lutherischen Predigtsammlung aus dem späten 16. Jahrhundert, die im Herzogtum Preußen – der Wiege des litauischen Schrifttums – vom Georgenburger Pfarrer Johannes Bielauk angefertigt worden ist. Die 72 Predigten für die Sonn- und Festtage des gesamten Kirchenjahres, die in ihrer Mehrzahl auf hervorragende Werke der zeitgenössischen protestantischen Postillensliteratur (Nils Hemmingsen, Johannes Spangenberg, Daniel Greser u.a.) als Übersetzungsvorlagen zurückgehen, dokumentieren die Anbindung dieser Handschrift an die europäische Postillentradition.

70 Jahre nach ihrer Entstehung – die Handschrift war in der Zwi-

schenzeit durch das Erscheinen der ersten gedruckten litauischen Postille von Johann Bretke, Königsberg 1591, obsolet geworden – erwarb der für seine bibliophilen Neigungen bekannte Herzog August von Braunschweig-Wolfenbüttel diese für seine Büchersammlung. Danach verliert sich ihre Spur. Erst 1896 wurde die Handschrift in der Herzog August-Bibliothek in Wolfenbüttel für die wissenschaftliche Forschung entdeckt.

An Versuchen, dieses nicht nur für die Geschichte der Baltistik so wichtige Textzeugnis zu erschließen und es der wissenschaftlichen Forschung zugänglich zu machen, hat es in der Vergangenheit nicht gefehlt. Nach Veröffentlichung von kurzen Textfragmenten der Postille durch Wilhelm Gaigalat 1897/1901¹ nahm der amerikanische Sprachwissenschaftler Gordon F. Ford 1965² erstmals eine Faksimileausgabe des gesamten Textes in Angriff. Diese musste allerdings nach Erscheinen des ersten Bandes abgebrochen werden. Auch der nächste Versuch, diesmal die litauische Postille in einer Transkription herauszugeben, den der litauische Philologe Juozas Karaciejus 1995³ unternahm, muss als gescheitert betrachtet werden. Die Transkription, insbesondere die der lateinischen Textfragmente, wies derart haarsträubende *Lapsus legendi* auf, so dass diese Edition für die wissenschaftliche Forschung völlig unbrauchbar war.

Die jetzt von der litauischen Altphilologin und Lituanistin Jolanta Gelumbeckaitė vorgelegte Edition vereinigt die Intentionen ihrer beiden Vorgänger. Sie bietet im ersten Band ihres typografisch ansprechenden zweibändigen Werkes sowohl das mit modernsten Methoden reproduzierte Faksimile als auch parallel dazu die diplomatische Transkription des Textes. Letzterer ist entsprechend den Erfordernissen einer textkritischen Edition ein zweistufiger textkritischer Apparat beigegeben worden. Apparat 1 verzeichnet die vom Abschreiber Johannes Bielauk vorgenommenen Sofort- und Spätkorrekturen, Apparat 2 die auf die beiden namentlich bekannten späteren Nutzer bzw. Besitzer, Patroclus Welwer und Michael Sappuhn, sowie auf weitere, bisher nicht identifizierte Hände zurückgehenden Korrekturen. Für die Qualität der Edition von besonderer Bedeutung ist die Tatsache,

¹ Wilhelm Gaigalat, Eine litauische Handschrift aus dem Jahre 1573. Mitteilungen der Litauischen litterarischen Gesellschaft 22 (1897), 4.4, S. 418; ders., Die Wolfenbütteler litauische postillenhandschrift aus dem Jahre 1573. Zweiter teil. Mitteilungen der Litauischen litterarischen Gesellschaft 26 (1901) 5.2, S. 136-150.

² The Wolfenbüttel Lithuanian Postille of the Year 1573 with a general introduction 1, hrsg. v. Gordon B. Ford. Louisville 1965.

³ Wolfenbüttelio Postilė, hrsg. v. Juozas Karaciejus. Vilnius 1995.

dass Gelumbeckaitė, anders als Ford und Karacejus, die nur auf Mikrofilme der Wolfenbütteler Postille zurückgreifen konnten, sich bei ihrer Arbeit auf das in der Herzog-August-Bibliothek in Wolfenbüttel befindliche Original stützen konnte.

Dem zweiten Band der Edition ist als Teil I eine umfängliche Einleitung vorangestellt. In Kapitel 1 (S. XI-XXX) gibt Gelumbeckaitė eine umfassende paläografische Beschreibung der Handschrift. In Kapitel 2 (S. XXXI-LXIII) diskutiert sie inhaltliche Aspekte der Wolfenbütteler Postille. Ihre besondere Aufmerksamkeit schenkt sie hier den den jeweiligen litauischen Predigten zugrunde gelegten Übersetzungsvorlagen, die bei einer Vielzahl von Predigten erst ermittelt werden mussten. Kapitel 3 (S. LXIII-LXXV) ist der Geschichte der Handschrift gewidmet. Hier geht Gelumbeckaitė auf Fragen der Entstehungs-, Überlieferungs- und Forschungsgeschichte ein. Lückenlos weist sie die Forschungsliteratur zur Wolfenbütteler Postille nach. In Kapitel 4 (S. LXXV-LXXX) schließlich werden die Editionsprinzipien erläutert.

Den Hauptteil des zweiten Bandes bildet der Teil II: Kommentar. Hier diskutiert die Verfasserin die grafischen Besonderheiten der Handschrift, insbesondere Abweichungen des Digitalisats von der Handschrift. Ausführlich geht sie in diesem Zusammenhang auf Papierbefunde ein, die zu Fehlinterpretationen des Textes führen können. Daneben gibt sie Erläuterungen zu erklärungsbedürftigen Textstellen und führt teils umfangreiche Sacherklärungen an. Großen Raum nimmt die Darbietung der in den jeweiligen Predigten angeführten, häufig nur angedeuteten, Perikopentexte ein. Zu diesem Zweck wird zur entsprechenden Textstelle synoptisch eine Reihe von Vergleichstexten angeführt. In der Regel erscheinen dort neben der unmittelbaren Übersetzungsvorlage (üblicherweise eine der verwendeten Postillen) die Texte aus der Vulgata, der Luther-Bibel (das Neue Testament 1546; das Alte Testament 1545), der ersten litauischen Bibelübersetzung von Johann Bretke (handschriftlich, 1579–1590), der litauischen Postille von Johann Bretke (Königsberg, 1591) sowie die Texte der Evangelien und Episteln (*Euangelias bei Epistolas*) von Bartholomäus Willent (Königsberg 1579). Insofern bietet die Edition hervorragende Voraussetzungen für weiterführende übersetzungskritische Studien. Der zweite Band schließt ab mit einer Reihe von Registern: Abkürzungsverzeichnis (S. 269-274), Verzeichnis der Predigtquellen (S. 275-279), Personenregister (S. 280-302), Bibelstellenverzeichnis (S. 305-359) sowie einem Perikopenverzeichnis (S. 360-376).

Im Bestreben, den Textbefund diplomatisch getreu darzustellen, verzichtet Gelumbeckaitė im Textband weitgehend auf editorische

Eingriffe. Diese Vorsicht im Umgang mit dem historischen Text lässt die Verfasserin auch bei der Interpretation des Textbefundes im Kommentarband erkennen. Deutlich wird diese Tendenz u.a. im Abkürzungsverzeichnis. Hier, wo sie üblicherweise sämtliche Suspensionen semantisch auflöst, d.h. in standardsprachlicher litauischer Orthografie wiedergibt, unterlässt sie diese Auflösung bereits bei der ersten Suspension *m: k: ir k: b: ir f: ing Chu Jefu*. Stattdessen wird nur auf eine entsprechende suspensionslose Textstelle verwiesen.

Im Zusammenhang mit der Entstehungsgeschichte – betrachtet man diese als Prozess der Entstehung bis zur Fassung letzter Hand – wäre es sicher aufschlussreich gewesen, die Chronologie der Bearbeitung genauer nachzuzeichnen. Auch hier deutet die Verfasserin aus Vorsicht die chronologische Schichtung nur an,⁴ stellt daraus allerdings keinerlei Beziehungen zur Biografie der beteiligten Personen und zum Zweck der jeweiligen Benutzung her.

Aufgrund der Tatsache, dass Michael Sappuhn die 1579 erschienenen *Euangelias bei Epistolas* von Bartholomäus Willent zitiert, kann für seine Benutzung als *terminus post quem* das Jahr 1579 angenommen werden. Gelumbeckaitė schreibt „Die Textergänzungen bezeugen, dass Sappuhn die Postille teilweise schon nach 1579 benutzte.“ (S. LXIII) Ungeachtet der unglücklichen Formulierung – die Verfasserin, die davon ausgeht, dass Sappuhn die Postille längere Zeit benutzte, meint hier sicherlich, dass Sappuhn diese auch nach 1579 noch benutzte – offenbart sich ein grundsätzliches Problem. Es kann als wenig wahrscheinlich gelten, dass Sappuhn, der 1576 erst sein Studium in Königsberg aufgenommen hat, danach Schulmeister in Neustadt (heute Kurdirkos Naumiestis, Litauen, von der Verfasserin fälschlicherweise mit Neuenburg an der Weichsel identifiziert) war und 1579 nachweislich noch kein Pfarramt inne hatte (S. LX), die Handschrift bereits vor 1579 benutzt hat. Es scheint plausibler, die Benutzung der Handschrift durch Sappuhn frühestens mit dem Antritt seiner ersten Pfarrstelle 1585, wahrscheinlich aber erst nach dem Tod von Bielauk im Jahre 1603 zu datieren. Dazu passt die Tatsache, dass Michael Sappuhn, anders als Patroklos Welver, als Eigentümer auf dem Titelblatt vermerkt ist.

Kleinere Ungenauigkeiten unterlaufen Gelumbeckaitė auch bei der Verwendung wissenschaftlicher Termini. Auf S. XLV schreibt sie „an-

⁴ S. LX: „Die Emendationen von offensichtlichen Fehlern und die Sachkommentare bzw. Verbesserungen lassen vermuten, dass Welver die Handschrift früher als der zweite zeitgenössische Leser [Michael Sappuhn; C. S.] in der Hand gehabt und gelesen hat“.

onyme Abschrift“, meint aber „Abschrift eines anonymen Werkes“. Die Abschrift selbst ist nicht anonym, da der Abschreiber, Johannes Bielauk, ja namentlich bekannt ist. Auf S. XLIII schreibt die Verfasserin von „ausgangsorientierter“ und „zielorientierter“ Übersetzung. Üblich ist es, die Begriffe *ausgangssprachlich orientierte* und *zielsprachlich orientierte Übersetzung* zu verwenden.

Die von Jolanta Gelumbeckaitė besorgte Edition der *Wolfenbütteler Postille* besticht nicht nur äußerlich durch die aufwändige Verarbeitung – diese in Leinen gebundene zweibändige Prachtausgabe im Schubert ziert jeden Bücherschrank –, sondern auch inhaltlich durch die sorgfältige Lesung sowie die akribische Recherche und die umfassende Einbeziehung der verfügbaren historischen Quellen. Es ist ein im wahrsten Sinne des Wortes gewichtiges Werk, wobei das Gewicht (immerhin 9 kg) mit dem wissenschaftlichen Wert, den diese Edition für die weitere Erforschung des litauischen Schrifttums besitzt, korreliert.

Jetzt können die Bemühungen um die Edition der *Wolfenbütteler Postille* endlich zum Abschluss gebracht werden. Die Baltistik kann sich im Folgenden den anderen vordringlichen Editionsprojekten zuwenden, für deren Bearbeitung die Qualität der Edition der *Wolfenbütteler Postille* Maßstab sein muss.

Christiane Schiller, Halle a.d.S.

Manfred Oldenburg, Ideologie und militärisches Kalkül. Die Besatzungspolitik der Wehrmacht in der Sowjetunion 1942. Köln (u.a.): Böhlau Verlag 2004, XI, 365 S.

Die Besatzungspolitik der Wehrmacht in der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg ist seit Jahrzehnten Gegenstand der historischen Forschung. Das lange vorherrschende Bild der „sauberen“ Wehrmacht, die in der UdSSR einen kriegsrechtlich einwandfreien Feldzug führte und in deren Rücken die SS Verbrechen an der sowjetischen Bevölkerung beging, wurde Anfang der 1970er Jahre nach und nach obsolet. Neue Studien und Analysen bewiesen, dass die Wehrmacht in die Planung und Durchführung des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges stark involviert war. In den 1990er Jahren kam es infolgedessen zu pauschalen Verurteilungen der Wehrmacht als verbrecherische Organisation, in der jeder Angehörige des Ostheeres mehr oder weniger in die Gewalttaten in der Sowjetunion verstrickt war. Angesichts der Masse von 3 Millionen deutschen Soldaten im

Ostfeldzug, die nicht nur an der Front, sondern vor allem auch im Hinterland eingesetzt worden waren, und ca. 30 000 Funktionären, Beamten, Offizieren, Sonderführern, Unternehmern und Ingenieuren im deutschen Verwaltungsapparat erschien diese Verallgemeinerung zunehmend zweifelhaft. In den letzten Jahren sind vermehrt Aufsätze und Monografien erschienen, die sich auf bestimmte Gebiete, Regionen oder Truppenteile spezialisiert haben und untersuchen, wie die Befehle der deutschen militärischen und politischen Führung im Detail umgesetzt wurden und wie sich der Besatzungsalltag gestaltete.

Auf dieser Linie liegt auch das Buch von Manfred Oldenburg. Der Autor konzentriert sich in seiner Untersuchung auf zwei Armeen der Heeresgruppe Süd, die über die Ukraine in den Kaukasus bzw. nach Südrussland vorstieß. Es handelt sich hierbei um die 11. Armee unter Manstein, die auf der Krim stationiert war, und um die 17. Armee, geführt von Hoth, die zunächst im Donezbecken den Winter 1941/42 verbrachte, um danach Richtung Kaukasus zu marschieren. Oldenburg untersucht hauptsächlich das Jahr 1942 und stellt die Frage, inwieweit eine Veränderung im Umgang mit der einheimischen Zivilbevölkerung bei den Armeen eintrat, nachdem die Blitzkriegsstrategie gescheitert war und das Heer nun länger als geplant in den eroberten Gebieten bleiben und mit der Bevölkerung auskommen musste. Im Vorfeld seiner Analyse beschreibt Oldenburg den aktuellen Forschungsstand hinsichtlich der Beteiligung der Wehrmacht an der Unterdrückung der Zivilbevölkerung und der Vernichtung des Judentums, der wirtschaftlichen Ausbeutung der eroberten Gebiete und der Zusammenarbeit zwischen SS und deutschem Heer. In diesem Zusammenhang erwähnt er sowohl die „Verbrecherischen Befehle“ und ihre Umsetzung als auch die eigens für die Ausbeutung geschaffene Wirtschaftsorganisation Ost unter Göring sowie die radikale Hungerstrategie, mit der gegen die Zivilbevölkerung vorgegangen werden sollte und bei der Millionen Hungertote miteingeplant wurden. Daneben geht er auf die unterschiedlichen Einstellungen in der Wehrmacht hinsichtlich der Art der Kriegsführung im Osten ein, wobei er für 1942 konstatiert, dass sich die Wehrmacht in einem Spannungsbogen zwischen dem Ideologen Hitler und dem ‚Pragmatiker‘ Rosenberg bewegte. Während der erste auch nach dem Festfahren der Front im Jahr 1942 weiterhin an den Ideen eines rassistischen Vernichtungskampfes festhielt, forderte der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete eine eher politische Kriegsführung, bei der die Einheimischen zur Unterstützung und Mitarbeit im Besatzungsregime bewegt werden sollten. Rosenbergs Ideen fußten jedoch nicht, wie das Buch stellenweise

den Eindruck erweckt, auf einer pragmatischeren Sicht der Dinge, sondern in erster Linie auf einem veränderten Rassismus. Rosenberg glaubte, dass Ukrainer, Letten und Esten z.T. „deutsche Wurzeln“ hätten, und wollte diese Völker aufgrund ihrer rassischen Herkunft bevorzugt behandeln. Gegen die Russen wollte er hingegen einen Vernichtungskrieg führen, wie Hitler es für die gesamte Sowjetunion plante. Der Reichsminister wurde mit diesen Ideen nicht erst 1942 bei Hitler vorstellig, sondern äußerte solche Gedanken bereits vor Feldzugsbeginn, wurde zu diesem Zeitpunkt jedoch vom „Führer“ barsch zurückgewiesen. Nichtsdestotrotz ist es richtig, dass die Ideen Rosenbergs im Angesicht der sich verschlechternden militärischen Lage in den deutschen Führungszirkeln Aufschwung erhielten und teilweise zu einem Umdenken hinsichtlich der Behandlung der sowjetischen Bevölkerung führten. Oldenburg konzentriert sich bei seiner Untersuchung auf drei Aspekte: die Ernährungspolitik der Wehrmacht, der Umgang mit der nichtjüdischen Zivilbevölkerung, die er, gemäß der damaligen deutschen Sicht in antibolschewistische und damit kollaborationsfähige und feindliche bzw. unerwünschte Zivilisten unterteilt, und die Behandlung der Juden. Er stützt sich bei seiner Untersuchung auf Wehrmachtsdokumente, auf Soldatenbriefe von der Ostfront und auf Aussagen von Zeugen und Angeklagten aus den Nachkriegsprozessen. Der Verfasser äußert sich durchaus kritisch gegenüber den unterschiedlichen Quellen und weist auf den subjektiven Charakter von Zeugenaussagen und Briefen von Wehrmachtsangehörigen hin.

Die eigentliche Analyse beginnt Oldenburg mit der Darstellung des Aufbaus und der Funktionsweise der deutschen Militärherrschaft in der Sowjetunion und deren Aufgaben zur Beherrschung der Bevölkerung, wobei er deutlich macht, dass von Seiten der Wehrmacht eine längerfristige Verwaltung der eroberten Gebiete nicht geplant war. Man verstand sich in erster Linie als kämpfende Truppe und wollte die abschließende Befriedung, Sicherung und Ausbeutung der eroberten Gebiete einer zivilen, nationalsozialistischen Administration überlassen. Im Anschluss beschreibt Oldenburg das Verhalten der 11. Armee auf der Krim und der 17. Armee im Donezbecken, deren Soldaten gegen jede Planung teilweise über ein halbes Jahr in ihren Stellungen bleiben mussten. Den Abschluss bildet das „kaukasische Experiment“, also die knapp sechs Monate dauernde Besetzung des Nordkaukasus durch die 17. Armee.

In der Ernährungsfrage folgten beide Armeen der von der politischen Führung vorgegebenen Abstufung in Wehrmacht, deutsche Bevölkerung und einheimische Zivilisten. Die Besetzten standen hin-

sichtlich der Verteilung von Lebensmitteln somit am untersten Ende der Prioritätenliste und erhielten das, was die Wehrmacht und die deutschen Wirtschaftskommandos übrig ließen. Im Sommer 1941 griffen die Armeen dementsprechend auch nicht in die Ausbeutungsaktionen des Stabes um Göring ein, ab Winter 1941/42 konstatiert Oldenburg allerdings eine Veränderung in der Ernährungsfrage, die er in zwei Phasen unterteilt. Zunächst hatten Manstein und Hoth nur Interesse an der Versorgung der eigenen Armeen und nahmen eine zivile Hungerkatastrophe billigend in Kauf. In diesem Zusammenhang erwähnt der Verfasser, dass es den Armeen selbst nicht gelang, sich ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen. Die Weisung des OKH/OKW, sich im Winter 1941/42 „umfassend aus dem Lande“ zu ernähren, führte zu zahlreichen Plünderungen durch deutsche Soldaten, die mit den ihnen zugeteilten Rationen nicht auskamen. In der zweiten Phase, die für die 11. Armee im Dezember 1941 und für die 17. Armee erst im Februar 1942 begann, kam es von Seiten der Armeeführung zu Kurskorrekturen hinsichtlich ihrer Ernährungspolitik. Manstein und Hoth erkannten die Gefahr, die Hungersnöte unter der Zivilbevölkerung für die Wehrmacht in sich bargen, und fürchteten Hungerrevolten und -aufstände sowie den Ausbruch von Krankheiten und Seuchen, die durch die Unterernährung ausgelöst wurden und auf die Truppe überspringen konnten. So versuchten sie durch Zugeständnisse beschwichtigend auf die Zivilbevölkerung einzuwirken. Neben einer Mitversorgung aus Armeebeständen erlaubten sie teilweise die Selbstversorgung sowie Hamsterfahrten ins Umland und sammelten die beim Abzug der Roten Armee von den Einheimischen geplünderten Vorräte ein, um sie gleichmäßig unter der Bevölkerung zu verteilen. Diese Maßnahmen zeigten jedoch meist nur kurzzeitig Wirkung und konnten den Hunger nicht wirklich eindämmen. Oldenburg betont, dass diese Schritte nicht humanitären Überlegungen folgten, sondern rein strategisch-taktische Gründe hatten. So sah das AOK 11 beispielsweise im Mord an den Juden eine Möglichkeit, den Kreis der Verbraucher wirkungsvoll zu verkleinern, und als die Armee Mansteins von der Krim abzog, befahl der Oberbefehlshaber, für die Marschverpflegung die letzten Lebensmittelvorräte der Einwohner zu requirieren. Der Verfasser zeigt eindringlich, wie Denken und Handeln der Generäle von eiskalter Berechnung beherrscht wurden. So gelingt es ihm, Weigerungen Mansteins und Hoths gegenüber der politischen Führung, die sich vordergründig auf humanitäre Gesichtspunkte gründen, als militärstrategische Kalkulation zu entlarven. Anweisungen Hitlers zur

Deportation der gesamten Krimbevölkerung stand Manstein nur deshalb kritisch gegenüber, weil ihm ein solches Unternehmen technisch nicht möglich erschien und eine enorme Belastung für die Kampfkraft seiner Armee bedeutet hätte. Ähnlich verhielt es sich im Bereich der 17. Armee, wo sich das AOK weigerte, Hungerghettos im Donezgebiet einzurichten und dort die Bevölkerung, die nicht ernährt werden konnte, zu konzentrieren. Hoth befürchtete Aufstände und enorme Probleme bei der Absperrung und der Bewachung dieser Sterbestätten, das Schicksal, das die Einheimischen dort erwartet hätte, interessierte ihn jedoch nicht.

Im Kaukasus stand die 17. Armee im Sommer 1942 in der Ernährungsfrage vor einem Dilemma. Nach den Direktiven der nationalsozialistischen Führung sollten die kaukasischen Bergstämme freundlich und nicht, wie Russen und Ukrainer, als „Untermenschen“ behandelt werden. Auf diese Weise wollte man sie für die Mitarbeit bzw. für die Kollaboration gegen die Sowjetmacht gewinnen. Demgegenüber stand jedoch auch weiterhin eine Politik, nach der sich die Armeen des Ostheeres vornehmlich „aus dem Lande“ ernähren sollten. Auch hier wurden die vorhandenen Lebensmittel der Zivilbevölkerung abgenommen und weitestgehend für die Versorgung der Armee herangezogen. Nur in Ausnahmefällen wurde die Bevölkerung miternährt oder durch Evakuierung ins Hinterland vor dem Hungertod bewahrt. Die Kollaborationsbereitschaft der Bevölkerung hielt sich dementsprechend in engen Grenzen. Oldenburg beschreibt auch die katastrophale deutsche Logistik: Die Fronttruppen im Kaukasus konnten z.T. nur mit Pferden oder Maultieren über kaum begehbbare Bergpfade versorgt werden, was dazu führte, dass auch deutsche Soldaten an Erschöpfung bzw. Hunger starben.

Insgesamt führte der anhaltende Hunger zunehmend zu antideutscher Stimmung unter der sowjetischen Bevölkerung. Sowohl auf der Krim, im Donezbecken als auch im Kaukasus wurde die Wehrmacht nicht, wie es die deutsche Propaganda versprach, als „Befreier“ wahrgenommen, sondern hauptsächlich als Ausbeuter und Unterdrücker. Oldenburg konnte auf der Ebene der Orts- und Feldkommandanturen nur drei Verwaltungseinheiten eruieren, die sich aktiv gegen diese Ernährungspolitik wehrten. Erstaunlich ist dabei die Tatsache, dass die Kommandanturen mit ihren Beschwerden nicht abgewiesen wurden, sondern Erfolg hatten und vom AOK zusätzliche Lebensmittelzuteilungen gewährt bekamen, die leider jedoch zu klein waren, um die Lage umfassend zu verändern. Der Verfasser kann dennoch beweisen, dass die unteren Ebenen der Militäradministration sich nicht

nur als bloße Befehlsempfänger verstanden, sondern durchaus individuelle Handlungsspielräume bei der Durchführung der deutschen Besatzungspolitik vorhanden waren. Da es in der Verwaltung Kräfte gab, die gegen die Befehle ihrer Vorgesetzten opponierten und nicht alle Soldaten willfährige Vollstrecker ihrer Führung waren, folgert Oldenburg zu Recht, dass die Befehle der AOKs nicht mit einem kritiklosen Vollzug auf unterster Ebene gleichgesetzt werden können.

Im Umgang mit der antibolschewistisch eingestellten Bevölkerung zeigt sich, dass das Heer den slawischen Teilen der Bevölkerung vielfach auch nach dem Scheitern des Blitzkrieges mit rassistischen Vorurteilen begegnete, obwohl seit dem Winter 1941/42 die Einheimischen zunehmend zur Mitarbeit bewegt werden sollten. Hoth und Manstein forderten in Armeebefehlen von ihren Soldaten zwar eine „harte und gerechte“ Behandlung der Bevölkerung, förderten jedoch gleichzeitig durch rassistische Äußerungen Vorurteile gegen die Masse der Einheimischen. Allerdings machte man Unterschiede bei der slawischen und der nichtslawischen Bevölkerung: Auf der Krim verfügte Hitler ähnlich wie bei den kaukasischen Bergvölkern, dass die Tataren bevorzugt behandelt und mit kulturellen Privilegien ausgestattet werden sollten. Die politische Instrumentalisierung dieser Ethnien ging jedoch nicht auf, da die gesamte Bevölkerung mehr oder minder von der Ausbeutungs- und Ernährungspolitik der Wehrmacht und später auch von den Arbeitseinsätzen vor Ort oder den Deportationen zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich betroffen war. In den AOKs waren zwar Bestrebungen vorhanden, die Grundsätze einer bevorzugten Behandlung zu befolgen, diese Vorsätze wurden jedoch beiseite geschoben, wenn es um die Sicherung des besetzten Gebietes oder die Ernährung der Truppe ging. Das Verhalten des AOK 17 glich in weiten Teilen dem des AOK 11, und militärische Anforderungen hatten immer Vorrang vor den Bedürfnissen der Zivilbevölkerung. Beim einfachen Soldaten kann Oldenburg hingegen ein breites Spektrum an Verhaltensweisen gegenüber den Einheimischen nachweisen. Neben abfälligem und misstrauischem Verhalten sowie herrischem Auftreten mit z.T. sadistischen Zügen zeigten Wehrmachtsangehörige auch Mitleid mit dem Schicksal der Bevölkerung, versuchten deren Not zu lindern, und sogar Fraternisierung und sexuelle Beziehungen kamen vor.

Im Verhalten gegenüber der als feindlich eingestuften Zivilbevölkerung lässt sich hingegen auf allen Ebenen der Wehrmacht ein äußerst brutales Vorgehen feststellen. Die Wehrmachts- und Heeresführung hatte mit ihren schon vor Feldzugsbeginn entworfenen Befehlen die deutschen Armeen in Russland zu Instrumenten des nationalsozia-

listischen Weltanschauungskrieges gemacht. Noch vor den Einsatzkommandos der SS sollte das Heer „deutschfeindliche Elemente“ unschädlich machen. Dazu zählten neben Juden vor allen Dingen politische Kommissare, Parteiangehörige, ehemalige Funktionäre und Komsomolzen. Oldenburg hält fest, dass diese Befehle im Sommer 1941 von den Armeen weitestgehend befolgt wurden und sich daran auch nach dem Steckenbleiben des deutschen Vormarsches nicht viel änderte. Zur systematischen Einschüchterung der Bevölkerung führte die Wehrmacht kollektive Gewaltmaßnahmen wie Geiseler-schießungen oder das Niederbrennen ganzer Ortschaften durch. Bei regelmäßigen Razzien inhaftierte oder exekutierte die Geheime Feldpolizei Einwohner aufgrund z.T. unbewiesener Verdachtsmomente oder übergab die Gefangenen an den SD. Das Auftreten der Partisanenbewegung, die nach Oldenburg auf der Krim schon 1941 und im Kaukasus 1942 straffer organisiert und zahlenmäßig stärker war als im Donezbecken, führte überall zu drakonischen Strafmaßnahmen, bei denen vielfach unschuldige Zivilisten ihr Leben ließen.

Auch bei der Judenverfolgung und Ermordung übernahmen sowohl die Wehrmachts- als auch die Heeres- und Armeeführungen widerstandslos das nationalsozialistische Feindbild vom „jüdischen Bolschewismus“ und unterstützten die SD-Kommandos bei der Ermordung der sowjetischen Juden. Die Armeeoberkommandos trugen Sorge, dass die Befehle des OKH und OKW, die den Truppen Himmlers und Heydrichs im Besatzungsgebiet Unterstützung zusicherten, 1941 umgesetzt wurden, und daran änderte sich auch nach dem Scheitern des Blitzkriegs nichts. Die Feld- und Ortskommandanturen arbeiteten auf der Krim, im Donezbecken und im Kaukasus mit den Sonderkommandos eng zusammen. Überall herrschte laut den Berichten des SD „gute Zusammenarbeit“, wobei diese Kooperation alle möglichen Formen annahm: Neben der Erfassung der Juden zeichneten die Armeen auch für die Gettoisierung, den Abtransport zu den Exekutionsstätten und deren Bewachung verantwortlich. In einigen Fällen kam es sogar zur direkten Beteiligung von Einheiten an den Erschießungen.

Der Verfasser analysiert die Zusammenarbeit zwischen GFP und dem SD bei der Jagd nach Juden auf dem Land und macht Aussagen über die Gesinnung und Motivation der beteiligten Angehörigen der Kommandanturen. Oldenburg unterscheidet bei den Tätern vier Typen. Er nennt zunächst den Antisemiten, der aus rassistischer Überzeugung handelte, dann den willfährigen, eifrigen Gehilfen und den Verweigerer, der die Aktion als Ganzes nicht ablehnte, jedoch selbst

nicht mehr schießen wollte oder konnte. Oldenburg erwähnt einmal mehr, dass eine Verweigerung des Schießbefehls für keinen Wehrmachtsangehörigen eine Strafe nach sich zog. Als größte Gruppe erscheinen ihm die Mitläufer, die innerlich den Mord ablehnten, jedoch trotzdem schossen. In diesem Zusammenhang diskutiert Oldenburg die Thesen von Browning und Goldhagen, wobei er Brownings multikausalem Ansatz eher zustimmt. Bei der Untersuchung der Rolle der Feld- und Ortskommandanturen erwähnt der Verfasser, dass es ungeklärt bleibt, was die Fronttruppen über den Genozid wussten und inwieweit sie involviert waren.

Ein Verbot der Judenexekutionen durch die Armeeführung kam nur ein einziges Mal vor. In Artemovsk unterbrach Hoth am 14. Dezember 1941 die Erschießung der jüdischen Bevölkerung, weil er einen Durchbruch der Roten Armee vermutete und die Gefahr eines Verzweiflungsaufstandes der restlichen Bevölkerung sah, die vielfach glaubte, sie würde das gleiche Schicksal ereilen wie die Juden. Als sich Ende Januar 1942 die Lage beruhigt hatte, setzte das SK mit Einwilligung des AOKs die Exekutionen weiter fort.

Zusammenfassend konstatiert Oldenburg „erstaunliche Parallelen“ im Verhalten der beiden Armeen in der Behandlung der besetzten Bevölkerung, wobei er pragmatisches und ideologisches Verhalten unterscheidet. Eine rücksichtsvolle Behandlung erfuhr der nichtbolschewistische Teil der Bevölkerung nur, wenn die eigene Truppe davon keine Nachteile hatte. Die Handlungsspielräume zur Motivation der Einheimischen waren dementsprechend klein, Zwangsarbeit und Versorgungskrise belasteten die Stimmung der Bevölkerung, und auch im Kaukasus, wo die Wehrmacht in geringer Zahl Freiwilligen-Bataillone aufstellen konnte, war insgesamt keine konstruktive Besatzungspolitik möglich. Hoth und Manstein wollten mit ihrer kärglichen Unterstützung der hungernden Sowjetbürger keine alternative Besatzungspolitik zu den Entwürfen der politischen deutschen Führung betreiben, sondern nur für die Sicherheit der eigenen Armeen sorgen. Bei der Verfolgung und Tötung von Juden, Kommunisten, geistig Kranken und Obdachlosen handelten die Armeen somit ganz im Sinne Hitlers, Grenzen wurden nur erreicht, wenn ideologische Vorgaben militärischen Nützlichkeitsabwägungen zuwiderliefen.

Abschließend fasst Oldenburg zusammen, dass 1942 kein grundlegender Wandel im Verhalten der Armeen zu den Sommermonaten im Jahr 1941 zu erkennen sei, und zeigt weitere Forschungsperspektiven auf. So steht eine genaue Untersuchung der Gründe für die umfassende Beteiligung der Wehrmacht am Judenmord ebenso aus

wie eine Analyse des Vorgehens anderer Armeen im Jahr 1942, um die Ergebnisse Oldenburgs für das gesamte Ostheer zu bestätigen. In einem weiteren Schritt müsste die Frage beantwortet werden, ob sich nach der Niederlage bei Stalingrad in den Armeen die Einstellung gegenüber der Zivilbevölkerung änderte und der deutsche Rückzug verstärkt zu einer pragmatischeren Besatzungspolitik führte oder ob – nach dem Kenntnisstand der aktuellen Forschung – weiterhin Terror und Unterdrückungsmaßnahmen überwogen.

Oldenburg beschreibt auf breiter Quellenbasis facettenreich das Verhalten zweier deutscher Armeen auf dem besetzten Gebiet der westlichen Sowjetunion. Er beschränkt sich dabei nicht nur auf die Armeeoberkommandos und deren Rezeption der Befehle der Militärs in Berlin, er bezieht in seine Untersuchung auch die Feld- und Ortskommandanturen mit ein und beschreibt deren Verhalten im Besatzungsraum. Mit der Analyse dieser untersten Strukturen der Militärverwaltung trägt er massiv zum Verständnis der Funktion des gesamten Besatzungsapparats bei. So zeigt er, dass sich große Teile der Armeen als Vollstrecker des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges sahen und sich nur aus militärstrategischen Gründen zurückhielten, und bestätigt damit die bisherigen Annahmen über die ideologisch geprägte Kriegsführung der Wehrmacht im Osten und ihr Selbstverständnis als nationalsozialistische Armee. Oldenburg setzt allerdings auch neue Akzente hinsichtlich der Handlungsspielräume auf der Ebene der Orts- und Feldkommandanturen, also den unmittelbar mit der Verwaltung betrauten militärischen Einrichtungen. Das strikte Organisationsprinzip von Pflicht und Gehorsam wurde hier offensichtlich teilweise zugunsten einer menschenwürdigeren Behandlung der Besetzten durchbrochen. An dieser Stelle erhellt Oldenburgs Arbeit auch den Besatzungsalltag deutscher Soldaten. Der Kontakt mit den Einheimischen, die tagtägliche Konfrontation mit deren Leid konnte zu menschlichem Verhalten führen, das für die Planungsstäbe der AOKs unvorstellbar war. Insgesamt stellt der Autor eine Vielfalt von Verhaltensweisen deutscher Soldaten gegenüber der Bevölkerung fest, die sich nicht mit verallgemeinernden Begriffen umschreiben lassen. Das Bild vom einzelnen Wehrmachtsangehörigen als funktionierender Teil einer riesigen Mordmaschine wird damit einmal mehr hinfällig. In der Beschreibung des Besatzungsalltags liegt allerdings auch eine Schwäche des Buches. Die Besetzten werden aufgrund des benutzten Quellenmaterials nur durch die Augen der Besatzer gesehen und dargestellt. Am deutlichsten tritt dies zu Tage, wenn Oldenburg die von der Wehrmacht vorgenommene Einteil-

lung der Einheimischen in „antibolschewistische“, „feindliche“ und „jüdische“ Bevölkerung in der Gliederung seines Buches übernimmt. Er verweist zwar darauf, dass es sich dabei um Wehrmatskriterien handelt, unterwirft sich jedoch mit der Übernahme dieser Begriffe bis zu einem gewissen Grad der Sichtweise der Besatzer. Über die wahre Gemengelage in den besetzten Gebieten, die Mentalitäten, Motive und Handlungslogiken der sowjetischen Bevölkerung lassen Wehrmatsdokumente und Nachkriegsaussagen von ehemaligen Soldaten wenig Rückschlüsse zu. Einschränkend ist allerdings zu erwähnen, dass Oldenburg durchaus bemüht ist, das Handeln und Denken der Bevölkerung zu beschreiben, insbesondere dann, wenn Einheimische mit einzelnen Wehrmatssoldaten in Kontakt treten. Darüber hinaus ist es hinsichtlich seiner Fragestellung nach den Veränderungen in der deutschen Besatzungspolitik auf Armeeebene 1942 nicht notwendig, dezidiert das Bevölkerungsverhalten zu untersuchen, denn es geht bei der Beantwortung dieser Fragestellung in erster Linie um die Wehrmacht und ihr Selbstverständnis und nicht um das der Einheimischen. Abschließend ist zu sagen, dass Oldenburg trotzdem ein umfassender und wissenschaftlich fundierter Beitrag zur Erforschung der besetzten Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg gelungen ist. Der Verfasser kann eindringlich nachweisen, dass die Geschichte dieser Besatzung nicht allein durch die Befehle und Weisungen der politischen und militärischen Führungsstellen zu erschließen ist, sondern regionale Ausdifferenzierungen und zunehmende Fokussierungen auf bestimmte Einheiten notwendig sind, um zu zeigen, wie Besatzung „vor Ort“ wirklich funktionierte.

Gunter Friedrich, Dortmund

Shared History – Divided Memory. Jews and Others in Soviet-Occupied Poland, 1939–1941, hrsg. v. Elazar Barkan, Elizabeth A. Cole u. Kai Struve. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag GmbH 2007, 385 S. (Leipziger Beiträge zur Jüdischen Geschichte und Kultur. V).

Ein besonders langlebiger Geschichtsmythos betrifft das Verhältnis zwischen Sowjetmacht und Judentum. Der Vorwurf, der Bolschewismus sei eine ‚jüdische‘ Erfindung, ist sogar älter als die Machtergreifung der Bol’sheviki im Herbst 1917. Doch erst die sowjetische Expansion nach Westen in den Jahren 1939 (Polen) und 1940 (Baltische Staaten) verlieh der Behauptung neuen Zündstoff: Zu deutlich schienen

die einen die Sowjetmacht willkommen zu heißen, während die anderen die neuen Herren als Eroberer wahrnahmen, die durch einen ideologischen Impetus angetrieben wurden. Dieser für die mörderische Zukunft ab dem 22. Juni 1941 so entscheidenden Zeitspanne widmet sich der vorliegende Band des Simon-Dubnow-Institutes. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage nach dem Wandel in den Binnenbeziehungen zwischen den Juden und ihren Nachbarn, versinnbildlicht in der vermeintlichen Affinität der jüdischen Bevölkerung zur Sowjetmacht.

In ihrer Einleitung gehen die Herausgeber vor allem auf die heutigen politischen Konnotationen der damaligen Ereignisse ein, um dann einen Überblick über die Historiografie zur jüdischen Haltung während der Sowjetphase 1939/41 zu geben, der vor allem auf die von Jan Gross mit seiner Fallstudie zu den Ereignissen in Jedwabne angestoßenen Debatte eingeht.

Der erste große Abschnitt des Hauptteils trägt den Titel „Memory and Historiography“ (S. 41-132) und enthält drei Beiträge. Kai Struves „Eastern Experience and Western Memory – 1939–1941 as a Paradigm of European Memory Conflicts“ (S. 43-66) stellt Werk und Leben dreier polnischer Historiker vor (Jan Gross, Tomasz Strzembosz, Bogdan Musial), deren Interpretationen der Ereignisse konträrer nicht sein könnten. Hinter dem etwas sperrigen Titel verbirgt sich also ein rezeptionsgeschichtlicher und biografischer Beitrag. Neben Jedwabne (Gross) geht der Autor auf die ‚heroische‘ polnische Geschichtsschreibung nach 1990 ein, die die Sowjetphase als Okkupation und Unterdrückung interpretiere, deren blutiger Höhepunkt mit den Morden an den polnischen Offizieren in Katyn (und an anderen Orten der Sowjetunion) erreicht worden sei (Strzembosz), während Musial sich auf das „fateful interplay“ (S. 61) zwischen Sowjetverbrechen und Holocaust konzentrierte. Joanna B. Michlic widmet sich in ihrem Beitrag jüdischen Stereotypen in der polnischen Geschichtsschreibung (S. 67-101). Der in den vorherigen Beiträgen bereits mehrfach angeklungene Akzent der Opferkonkurrenz wird von Wilfried Jilge am Beispiel ukrainischer postsowjetischer Narrative in Schulbüchern vorgestellt (S. 103-131). Der ‚Holocaust an den Ukrainern‘, wie er in nationalen Kreisen beredt verfochten wird, verdeutlicht die Opferkonkurrenz.

Im zweiten Teil geht es nun um „Soviet Rule“. Den Auftakt macht die Fallstudie von Marek Wierzbicki, der sich den polnisch-jüdischen Beziehungen im westlichen Weißrussland in den schicksalhaften Tagen des September 1939 widmet (S. 135-146). Schon der erste Satz des Aufsatzes („the pre-war Polish state provided the Jewish community with a wide range of self-government“, S. 135) dürfte nicht

bei allen Fachleuten auf uneingeschränkte Zustimmung stoßen. Auch die Ausführungen zur kommunistisch-jüdischen Fünften Kolonne im September 1939 spiegeln eine deutlich nationalpolnische Sicht wider und erscheinen zumindest stark übertrieben.¹ Mit der Haltung des polnischen Untergrundes zu den Juden beschäftigt sich der Beitrag von Rafał Wnuk (S. 147-171), der sich vor allem auf die Berichte der Untergrundgruppen stützt. Durch deren Analyse gelangt der Autor zu einem abgewogenen Bild der jüdischen Gesellschaft aus polnischer Sicht während der sowjetischen Besatzung. Eine weitere Fragestellung, die sich um die Ereignisse in Ostpolen 1939/41 dreht, ist die nach den Opfern der Sowjetherrschaft. Grzegorz Hryciuk kommt in seinem faktenreichen Beitrag (S. 173-200) u.a. zu dem Ergebnis, dass mehr als 110 000 Menschen von der Sowjetmacht inhaftiert wurden, wobei Polen und Juden die Hauptopfergruppen darstellten. Mit dem westlichen Weißrussland als einer interethnischen Kontaktzone beschäftigen sich die Ausführungen von Evgenii S. Rozenblat (S. 201-223). Der Autor weist auf die Zerstörung der traditionellen sozialen Bezugssysteme und die immer geringer werdende Toleranz zwischen den Ethnien hin. Im Kern aller ‚Vorwürfe‘ steht die jüdische Kollaboration mit den neuen Herren, der sich Alexander Brakel am Beispiel der Region Baranowici (S. 225-244) widmet. Sein Fazit lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig (S. 242): „(...) the overall evidence is clear and unambiguous: neither the composition of the occupational machinery (...) nor the policy of this machinery conducted in the field, justifies the impression of a close nexus of some sort between Jews and the occupying Soviet power. In spite of that, this was exactly the impression many inhabitants, especially Poles, harboured and nurtured.“ Christoph Mick setzt die Reihe der Regionalstudien mit einem Beitrag über Lviv (Lemberg) fort (S. 245-262). Ihm geht es vor allem darum, wie die verschiedenen ethnischen Gruppen sich selbst und die ‚Anderen‘ wahrnahmen. Marco Carynnyks Schilderung der Ereignisse in Dubne zwischen September 1939 und Juni 1941 (S. 263-301) arbeitet mit literarischen Versatzstücken und romanhaften Episoden, die im Umfeld des Bandes eine Besonderheit bilden und nicht recht zu den anderen Beiträgen ‚passen‘ wollen. Vielleicht steht der Aufsatz deshalb nicht zufällig am Ende des Teiles über die ‚Soviet Rule‘.

Wesentlich weniger Beiträge, nämlich nur drei finden sich unter der Rubrik „Pogroms“ zusammengefasst. Den Auftakt übernimmt Die-

¹ Vgl. dazu das sachliche Urteil von Jan Gross, „Und wehe, du hoffst...“ Die Sowjetisierung Ostpolens nach dem Hitler-Stalin-Pakt 1939–1941. Freiburg i.Br. 1988, S. 39-43.

ter Pohl, der sich in seiner kurzen, aber gehaltvollen Problemskizze mit den Forschungsaufgaben zu den Geschehnissen in der Westukraine beschäftigt (S. 305-313). Andrzej Żbikowski geht in seinem Aufsatz der zentralen Frage nach, ob die Pogrome in der Gegend auf spontane Gewaltausbrüche der einheimischen Bevölkerung oder deutsche Initiativen zurückzuführen sind (S. 315-354). Der Autor interpretiert nicht nur die Aussagekraft der Berichte von Überlebenden bzw. Zeugen und liefert damit einen wichtigen und zentralen quellenkritischen Beitrag, sondern bietet auch einen Überblick über die spärlichen deutschen Quellen und diejenigen (Tat)Orte, an denen es zu Pogromen kam. Dabei weist Żbikowski auch auf einen ebenso banalen wie bislang unterschätzten Aspekt hin (S. 343): „(...) pogroms did not occur until several circumstances coincided. The primary element was the lack of a strong administrative authority and a clear system of rules for establishing criminal responsibility (...)“. Die anarchische Situation und damit einhergehend die Überzeugung, für die Vergehen nicht zur Rechenschaft gezogen zu werden, schufen die Voraussetzung für die Gewaltausbrüche, deren Motiv oft auch in materieller Gier bestand, denn die Plünderung und Beraubung der jüdischen Bevölkerung sind für so gut wie alle Pogrome belegbar. Christoph Dieckmann geht abschließend in seinem Beitrag auf den berüchtigten Pogrom im litauischen Kaunas ein (S. 355-385), gibt aber auch einen Überblick über die Entwicklung der litauisch-jüdischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit.

Der vorliegende Band stellt einen wichtigen Beitrag zur Vorgeschichte des Holocaust in den 1939 von der Sowjetunion besetzten polnischen Gebieten dar und bietet dem Leser durch einen umfangreichen Anmerkungsapparat vielfältige Anregungen zur weiteren Beschäftigung mit einem Thema, das noch heute politische Debatten (mit)prägt und von Mythen und Legenden umrankt ist.

Joachim Tauber, Lüneburg

Spór o powstanie. Powstanie warszawskie w powojennej publicystyce polskiej 1945–1981 [Streit um den Aufstand. Der Warschauer Aufstand in der polnischen Nachkriegspublizistik 1945–1981], hrsg. v. Dariusz Gawin. Warszawa: Wydawnictwo Muzeum Powstania Warszawskiego 2004, 291 S.

Im August 2004 wurde in Warschau zum 60. Jahrestag des Warschauer Aufstands das Museum des Aufstands eröffnet, das seitdem durch

eine breite Palette von Aktivitäten hervorgetreten ist. Unter anderem hat das Museum schon eine Reihe von Büchern herausgegeben, die sich mit der Thematik befassen. Der besondere Wert des Buchs von Dariusz Gawin, des stellvertretenden Direktors des Museums, liegt darin, dass es deutlich macht, dass der Aufstand – entgegen der Präsentation in der Ausstellung des Museums – in Polen keineswegs unumstritten war und ist. Gawin präsentiert eine Anthologie von Texten aus der Nachkriegszeit, die sich mit der Frage befassen, ob der Aufstand sinnvoll war. Das deutliche Schwergewicht liegt dabei auf Texten aus der zweiten Hälfte der 40er Jahre. Dies zum Einen, weil in dieser Zeit, als die Kommunisten in Polen ihre Macht erst aufbauten, im Land noch eine relativ freie Diskussion möglich war. Bei den wenigen Texten aus späterer Zeit hat Gawin denn auch häufiger auf Exilautoren zurückgegriffen. Zum anderen bildeten sich schon in den 40er Jahren die wesentlichen Argumentationslinien für und gegen den Aufstand heraus, entlang derer die Diskussion bis heute verläuft.

Diese entzündete sich vor allem an der Frage, ob man die großen Opfer, die der Aufstand gekostet hatte, nicht hätte vermeiden können und sollen. Die Kritiker argumentierten, dass man in Polen nach den Erfahrungen, die man in fünf Jahren Krieg bereits gemacht hatte, im Jahr 1944 hätte voraussehen können, dass sowohl die deutsche Besatzungsmacht in Warschau einen Aufstand der Bevölkerung mit aller Härte niederschlagen, als auch dass die nahende sowjetische Armee nichts tun würde, um den Aufständischen zu Hilfe zu kommen. Hätte man den Aufstand nicht ausgelöst, dann hätte man die etwa 200 000 Opfer unter der Warschauer Bevölkerung und die spätere völlige Zerstörung der Stadt durch die Deutschen vermeiden können. Man wies darauf hin, dass andere polnische Städte, in denen es nicht zu Aufständen gekommen war, nahezu unversehrt von der Roten Armee eingenommen wurden, und auch darauf, dass Tschechien unter der deutschen Besatzung so gut wie keine Zerstörungen erlitten habe. 1938/39 habe man in Polen die Tschechen noch verachtet, weil sie sich so widerstandslos Hitler ergeben hätten, aber letztlich hätten sie sich wohl geschickter verhalten, weil im Gegensatz zu Warschau ihre Hauptstadt nun nicht verwüstet sei (S. 178, 205). Insofern trügen diejenigen, die den Aufstand auslösten, eine Mitschuld daran, dass in ihm gerade die Elite der polnischen Nation ausgelöscht worden sei, die man nach dem Krieg dringend gebraucht hätte, um das Land wieder aufzubauen und sich der Sowjetisierung entgegenzustellen. Zumindest die Londoner Exilregierung und die Führung der Heimatarmee hätten wissen müssen, dass der Aufstand keinen Erfolg ha-

ben konnte, und hätten insbesondere die Warschauer Jugend, die es zum Kampf gegen die Besatzer drängte, zurückhalten müssen. Diese Argumentation erhielt besondere Publizität dadurch, dass die polnischen Kommunisten sie zu ihrer quasi offiziellen Interpretation des Aufstands erhoben. Denn mit ihr ließ sich die antikommunistische Heimatarmee diskreditieren, deren Führer Warschau bedenkenlos für ihre Zwecke geopfert hätten, während die einfachen Aufständischen, die die Lage nicht überschauen konnten, als Verführte galten und ihr heroischer Kampf auch in Volkspolen glorifiziert wurde.

Diese kritische Haltung gegenüber dem Aufstand findet sich auch bei Autoren ohne kommunistischen Hintergrund und im Exil, aber ihre Vereinnahmung durch die Kommunisten machte sie dem Großteil der polnischen Bevölkerung natürlich von vornherein verdächtig. Außerdem ließ man diese kritische Haltung kaum nach außen dringen. Denn gegenüber dem Ausland war man bemüht, Sympathien und Hilfe für Polen zu gewinnen, indem man auf den verlustreichen Einsatz von Polen im Kampf um die Freiheit hinwies, für die der Warschauer Aufstand ein besonderes Symbol war.

Die Deutungshoheit besitzt in Polen nach wie vor die positive Interpretation des Aufstands, wobei allerdings auf unterschiedliche Weise argumentiert wird. Es gibt Autoren, die meinen, der Aufstand hätte doch Aussicht auf Erfolg gehabt oder zumindest hätten die Beteiligten das angenommen. Andere vertreten vollends die Meinung, der Aufstand sei sogar erfolgreich gewesen, etwa indem er die Rote Armee veranlasst habe, ihren Vormarsch zu unterbrechen, und auf diese Weise den Westalliierten Gelegenheit gegeben hätte, größere Teile von Europa zu erobern, was letztlich für Polen von Vorteil gewesen sei. Władysław Bartoszewski vertritt in einem der Texte die These, der deutsche Gouverneur habe kurz vor dem Ausbruch des Aufstands die Warschauer Bevölkerung zu Schanzarbeiten verpflichten wollen, und als dazu niemand erschienen sei, sei klar gewesen, dass die Deutschen die Stadt ohnehin zerstören würden (S. 53, vgl. S. 139). Andere sahen im Aufstand den Beweis, dass die Heimatarmee nicht gemeinsame Sache mit den Deutschen machte, wie die Sowjets es ihr vorwarfen (S. 72).

Doch wesentlich mehr Anhänger besitzt die Interpretation, die Gawin die „romantische“ genannt hat (S. 19 ff.). Demnach war die Entscheidung zum Aufstand richtig, auch wenn er keine Aussicht auf Erfolg hatte, als Demonstration des Freiheitswillens der Polen und als Treue zu einer einmal als richtig erkannten Idee. Die Anthologie bringt hier Ausschnitte aus mehreren, sehr pathetisch gehaltenen

Texten, in denen es etwa heißt, der Kampf Warschaus sei mit dem um die Thermopylen zu vergleichen (S. 63), gerade die bedingungslose Hingabe gebe Menschen ihre Größe (S. 87), dieser Kampf habe erst gezeigt, zu welcher Tugend Menschen fähig sein könnten (S. 61 ff., 172 ff.). Der Aufstand habe kathartische Wirkung gehabt, Warschau sei durch ihn mehr als andere im Krieg zerstörte Städte zu einem heiligen Ort geworden (S. 249 f.) und Polen habe sich dadurch die Achtung der Welt erworben (S. 233).

Eine solche romantische Interpretation macht natürlich nur Sinn, wenn man annimmt, dass das Scheitern des Aufstands vorhersehbar war. Und tatsächlich vertreten mehrere Autoren die Ansicht, die Aufständischen hätten von Anfang an gewusst, dass sie unterliegen würden (S. 87, 92, 138, 140). Die Frage, was die Aufständischen damals dachten, ob sie selbst an den Erfolg des Aufstands glaubten, wird so zu einem zentralen Punkt der Diskussion, an dem die Meinungen völlig auseinandergehen (S. 121), selbst unter ehemaligen Teilnehmern des Aufstands. Einige Autoren vertreten die These, alle seien zu Beginn des Aufstands von seinem Erfolg überzeugt gewesen (S. 141), schließlich sei die Heimatarmee eine Freiwilligenarmee gewesen. Andere führen dagegen an, dass man sich in der Situation des Sommers 1944 dem Aufstand praktisch nicht habe entziehen können und einfach mitgerissen worden sei, selbst wenn man Zweifel hatte (S. 76, 109). Und auch in der Führung der Heimatarmee habe es erhebliche Auseinandersetzungen über die Entscheidung zum Aufstand gegeben (S. 242).

Ein wichtiges Thema in vielen Texten ist schließlich noch die Frage, wie der Aufstand und sein Scheitern im Gesamt der polnischen Geschichte zu interpretieren sind. Viele Autoren sahen ihn in der Tradition der gescheiterten polnischen Aufstände des 19. Jahrhunderts gegen die Teilungsmächte, wobei auch im Hinblick auf diese unterschiedliche Auffassungen dazu vorgetragen wurden, ob sie Erfolgsaussichten hatten (S. 208 f., 236 ff.) bzw. ob sie nicht auch ohne Erfolgsaussichten sinnvoll waren. Verbreitet war die Ansicht, dass für Polen der Begriff der Ehre der Nation wichtiger sei als selbst deren Existenz (S. 125, 143, 152, 220 ff.), wobei manche meinten, dass es sich dabei um eine Eigenschaft des polnischen Nationalcharakters handle, mit dem die Politik rechnen müsse (S. 128, 227 f.), während andere die Hoffnung äußerten, dass man es nur mit einer verspäteten Entwicklung des nationalen Bewusstseins in der Folge der Teilungen zu tun habe und die polnische Gesellschaft nach dem Warschauer Aufstand nun auch politische Reife lernen werde (S. 210 ff., 217, 245). Viele

Vertreter dieser These sahen dann schon in den polnischen Ereignissen von 1956 die erfolgreich gezogenen Lehren aus 1944, und erst recht wurde später, wie Gawin in seinem Vorwort anmerkt (S. 41 f.), die „sich selbst begrenzende Revolution“ von 1980 als das Ergebnis eines Lernprozesses interpretiert, der mit dem Warschauer Aufstand begonnen habe.

Martin Faber, Freiburg i.Br.

Gerd R. Ueberschär, Rolf-Dieter Müller, 1945. Das Ende des Krieges. Darmstadt: Primus Verlag 2005, 240 S.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges ist in den letzten Jahren wieder verstärkt ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt; nicht nur durch mediale Inszenierungen wie den Kassenschlager „Der Untergang“, sondern auch durch neue Debatten wie die Aufregung um den Bestseller „Der Brand“ oder die jüngste Verstimmung mit dem polnischen Nachbarn über das Gedenken an die Vertreibungen. Die Erinnerung daran, dass die Deutschen gegen Kriegsende selbst Opfer von Gewalt und Unrecht geworden waren und dabei eine siebenstellige Zahl von Toten zu beklagen hatten, wurde wieder gefunden, geriet aber schnell in den Verdacht von Aufrechnung und Revisionismus. Es kann zwar keinen Zweifel darüber geben, dass der alliierte Bombenkrieg gegen zivile Ziele in Deutschland und die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Ostmitteleuropa ebenso Kapitel des Zweiten Weltkrieges darstellen wie die beispiellosen Massenverbrechen des NS-Regimes in den von ihm besetzten Gebieten, doch tun sich die Deutschen nach wie vor schwer damit, beide Ereignisstränge in ihr Geschichtsbild zu integrieren und richtig miteinander in Beziehung zu setzen. Schon deshalb empfiehlt es sich also, über die Vorgänge am Ende des Zweiten Weltkrieges informiert zu sein.

Für einen Einstieg ins Thema bietet sich der pünktlich zum Jubiläumsjahr 2005 veröffentlichte Band der beiden renommierten Militärhistoriker Gerd R. Ueberschär und Rolf-Dieter Müller an, eine leicht überarbeitete Neuauflage ihres bereits 1994 erschienenen, am Militärgeschichtlichen Forschungsamt entstandenen Buches zum Kriegsende 1945. Als Überblicksdarstellung angelegt, verfolgt ihr schmales Buch das Ziel, in zehn systematischen Abschnitten die Zustände und Ereignisse in den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges in ihrer ganzen Bandbreite zusammenzufassen. Ergänzt werden die Themenblöcke durch einen kurzen Quellenteil im Anhang, in

dem 19 zentrale, deutsche und alliierte Dokumente zum Kriegsende zusammengestellt sind.

Bevor sich die Autoren ihrem eigentlichen Thema, der Endphase des Zweiten Weltkriegs, zuwenden, rufen sie im ersten Kapitel zunächst die Vorgeschichte in Erinnerung: Hitlers gescheiterte Kriegspolitik seit 1939 und die Deutschlandpolitik der Anti-Hitler-Koalition, über die die Alliierten noch während des Krieges Beratungen aufnahmen. In ihrem Streifzug durch die politischen, gesellschaftlichen und militärischen Entwicklungen zwischen Hitlers Machtübernahme im Januar 1933 und dem Jahreswechsel 1944/45 stellen die Autoren zu Recht heraus, dass der deutsche Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941 den „Wendepunkt des Zweiten Weltkrieges“ (S. 14) markierte. Es war allerdings keineswegs „der Krieg selbst“, der an der Ostfront „alle Fesseln von Humanität und Völkerrecht“ (ebenda) löste, sondern vielmehr die deutschen Truppen, die Hitlers verbrecherische Vernichtungspolitik von Anfang an bereitwillig in die Tat umsetzten. Dies stellen die Autoren in späteren Kapiteln deutlich heraus (S. 56 f., 89, 116), auch wenn die überholte viktimisierende Formel von der „Verstrickung“ (89) der fälligen Korrektur bei der Aktualisierung der Neuausgabe bedauerlicherweise entgangen ist. Besondere Aufmerksamkeit widmen die Autoren den alliierten Beratungen in Casablanca und Teheran 1943 sowie der Konferenz in Jalta vom Februar 1945; schließlich wurden hier die Weichen für die Nachkriegsordnung gestellt, die zur „Auslieferung Ostmitteleuropas an das stalinistische Imperium“ führte und „die Epoche der bipolaren Welt“ (S. 16 f.) einläutete. Die immer offener zutage tretenden Differenzen zwischen den Westalliierten und Stalin über die Aufteilung der Besatzungszonen, die Reparationen, die Verschiebung der polnischen Grenzen und andere Streitfragen kündigten schon in Jalta das Ende des Zweckbündnisses zwischen dem sowjetischen Diktator und den westlichen Demokratien an. Den Faden aus Jalta nehmen die Autoren zum Abschluss ihrer Darstellung wieder auf (Kapitel IX) und beschreiben auch den „Kuhhandel“ (S. 130) auf der Potsdamer Konferenz im Juli 1945. Nachdem die Sowjets bereits im Frühjahr 1945 den „eisernen Vorhang“ (Churchill im Mai 1945) vor Ost- und Mitteleuropa zugezogen und sich die Westalliierten die Eindämmung des sowjetischen Einflusses zum Ziel gemacht hatten, wurde Potsdam zum „Keim einer neuen Konfrontation“ (ebenda), die erst mehr als 40 Jahre später endete.

Ungewöhnlich für ihr Metier, beginnen Müller und Ueberschär im zweiten Kapitel die Darstellung der Geschehnisse in den letz-

ten Kriegsmonaten nicht mit einem Aufriss der militärischen Ereignisse – die schließlich die Rahmenhandlung der kriegerischen Auseinandersetzung bildeten, aber erst im fünften Kapitel geschildert werden –, sondern mit einem Überblick über den Alltag und Einsatz von Frauen in der Endphase des Krieges. Ausgehend von einem rückwärtsgewandten Frauenbild und aus Sorge um den Rückhalt der „Heimatfront“, hatte Hitler die Einführung einer Dienstpflicht für Frauen bis zum Ende des Jahres 1944 noch entschieden abgelehnt. Erst im März 1945 gelangte der Diktator zu der Auffassung: „Eingesetzt muß alles werden“ (S. 31), und ließ freiwillige „Weiber“ jetzt sogar zum Waffendienst zu. Doch obwohl allein die Zahl der Wehrmachthelferinnen bis Anfang 1945 etwa eine halbe Million erreicht hatte und auch der Einsatz von Frauen in der Kriegswirtschaft stetig ausgeweitet worden war, blieb die Heranziehung von Frauen zu Kriegszwecken bis zum Schluss inkonsequent. Auch war der damit verbundene Emanzipationsschub nicht von Dauer, obwohl die Frauen während und nach dem Krieg im Überlebenskampf und Wiederaufbau eine große Last getragen hatten. Ein ähnliches Kapitel letzter erfolgloser Mobilisierungsanstrengungen des Regimes war die Aufstellung von Volkssturm- und Werwolf-Einheiten im Herbst 1944, das die Autoren im vierten Teil ihres Bandes zusammen mit Hitlers berüchtigtem „Nero“-Befehl vom März 1945 behandeln.

Im Mittelpunkt des dritten Abschnitts steht der Bombenkrieg, der allein auf deutscher Seite etwa 600 000 Menschenleben forderte und bereits während des Krieges selbst in der westalliierten Öffentlichkeit umstritten war und es noch immer ist. Unbenommen ihres sachlichen Umgangs mit diesem brisanten Thema lassen die Autoren keinen Zweifel daran, dass der militärische Sinn des seit 1943 forcierten „area bombings“ fragwürdig blieb, und der totale gegenseitige Luftkrieg „zu den schrecklichsten Ereignissen“ (S. 42) des Zweiten Weltkriegs gezählt werden muss. Zudem versäumen es die Autoren nicht zu erwähnen, dass die Eskalation des Bombenkrieges nicht zuletzt vom Reich selbst ausgegangen war, das schon 1939/40 „Terrorangriffe“ gegen Warschau, Rotterdam und britische Städte geflogen hatte. Die Kämpfe am Boden, die bereits im September 1944 im Westen das Reichsgebiet erreicht hatten, werden im fünften Kapitel geschildert, wobei mehrere Lagekarten helfen, den Gang der Operationen nachzuvollziehen. Nachdem die Wehrmacht bis zum Jahreswechsel 1944/45 auf die Landesgrenzen zurückgedrängt worden war, begann die eigentliche Eroberung der deutschen Kerngebiete an der Westfront im Februar/März und an der Ostfront im April 1945. Den alliierten

Großoffensiven zwischen Rhein und Oder konnten die zermürbten deutschen Verteidiger nur noch stellenweise organisierten Widerstand entgegensetzen, zumal kaum noch intakte Verbände zur Verfügung standen und allenthalben Mangel an Versorgungsgütern, Ausrüstung, Waffen und Personal herrschte.

Den unvermeidlichen Zusammenbruch inszenierte die NS-Führung aus dem umkämpften Berlin mit ihren letzten Verbrechen: dem Endphasenterror der fliegenden Standgerichte, hastigen Morden an politischen Gegnern und der Auflösung der Konzentrationslager in Todesmärschen und Massenexekutionen (Kapitel VI). Etwas deutlicher hätte man an dieser Stelle lediglich herausstellen können, dass der Disziplinierungsterror in den letzten Kriegsmonaten keineswegs nur von „fanatische[n] Parteifunktionäre[n] und junge[n] SS-Führer[n]“ (S. 87) ausging, sondern zu einem beträchtlichen Teil von der Wehrmachtjustiz und den Feldkommandeuren selbst getragen wurde, die sich in der großen Mehrheit die Durchhalteparolen des Regimes zu Eigen machten. Wie ein Exkurs liest sich der anschließende Abschnitt, in dem Müller und Ueberschär die wechselhaften Beziehungen des NS-Regimes zu seinen Verbündeten rekapitulieren, die die Autoren nicht bloß als willfährige Kollaborateure abtun, sondern überzeugend in die breite Strömung des europäischen Faschismus und Autoritarismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts einordnen.

Nach Hitlers Tod bemühte sich sein treuer Nachfolger Dönitz vergeblich, vom Westen als Verhandlungspartner anerkannt zu werden und die staatliche Souveränität des Reichs über die Niederlage hinwegzureretten – die bedingungslose Kapitulation war für die Alliierten nicht diskutabel (Kapitel VII). Nun schlug die Gewalt, die die Deutschen in den besetzten Gebieten entfacht hatten, auf sie selbst zurück. Im achten Kapitel beschreiben Müller und Ueberschär die „barbarische Schreckensherrschaft“ (S. 118) der einrückenden Roten Armee, die zu Jahresbeginn 1945 einsetzende Fluchtbewegung aus den bedrohten Ostgebieten und die planmäßige Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat im späteren Polen und der Tschechoslowakei. Von den rund 14 Millionen Betroffenen verloren etwa zwei Millionen ihr Leben. Der Vergleich mit den NS-Verbrechen, den die Autoren anstellen, indem sie die Vertreibungen als „ebenso rücksichtslos, inhuman und menschenverachtend wie die von deutscher Seite während des Krieges verübten gewaltsamen Vertreibungs- und Umsiedlungsverbrechen“ (S. 125) bezeichnen, erscheint jedoch unnötig und problematisch. Viel mehr als Äußerlichkeiten hatten die Vertreibungen mit dem deutschen Besatzungsterror in Osteuropa schließlich kaum

gemein, was bereits der Blick auf ein Verbrechen wie die Massendeportationen von Ostarier bei der 9. Armee in Weißrussland im März 1944 zeigt, vom Holocaust ganz zu schweigen. Allein schon aus diesem Grund verdeckt ein solcher Vergleich mehr als er erhellt. Ähnlich zweifelhaft wirkt im Übrigen auch die Feststellung, dass die Führer der Westalliierten, die die Vertreibungen in Mittel- und Osteuropa billigten, „in vergleichbaren Kategorien rücksichtsloser Machtpolitik wie die Diktatoren Hitler und Stalin dachten“ (ebenda). Derartig irritierende Gleichsetzungen bleiben aber in diesem Buch und selbst in diesem Kapitel, das ansonsten instruktiv und umfassend über die Vertreibungen informiert, die Ausnahme.

Nach einem Abschnitt über die Entstehung der Nachkriegsordnung in Potsdam sowie die noch 1945 eingeleiteten Prozesse gegen deutsche und japanische Kriegsverbrecher (Kapitel IX) wenden sich die Autoren zum Abschluss dem Kriegsende auf dem pazifischen Schauplatz zu (Kapitel X). Zunächst rekapitulieren sie den Verlauf des Pazifikkrieges seit 1943, der von großen „Seeschlachten alten Stils“, „Inselnspingen“ mit Landungsoperationen und hohen Verlusten auf beiden Seiten geprägt war. Der gewaltige Blutzoll der amerikanischen Truppen trug im Sommer 1945 schließlich zur Entscheidung der US-Regierung bei, gegen Japan ihre gerade entwickelte Nuklearwaffe einzusetzen, da sich Tokio trotz aussichtsloser Lage und ständigen verheerenden Flächenbombardements nicht zur Kapitulation bereit zeigte. Mit der Zündung von Atombomben über Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945 beendeten die USA dann nicht nur den Krieg, sondern läuteten zugleich den „Beginn eines neuen Zeitalters“ (S. 152) ein.

In ihrem konzisen Fazit heben Müller und Ueberschär in großen Zügen die überragende Bedeutung des Zweiten Weltkriegs in der Geschichte des 20. Jahrhunderts hervor. Dieser blutigste Konflikt der Geschichte, der rund 55 Millionen Todesopfer forderte und unsägliches Leid über die Menschheit brachte, veränderte die Welt nachhaltig. Der Krieg brachte nicht nur neue ideologisierte Konflikte und Gewaltherrschaften hervor, sondern erwies sich auch als Katalysator von Erneuerung, Modernisierung und Globalisierung. Die tiefsten Einschnitte ergaben sich naturgemäß für die Verlierer des Krieges, wobei Deutschland die schwersten Hypotheken auferlegt wurden, während Italien und Japan verhältnismäßig milde Friedensregelungen erhielten. Unter den Siegern hatten sich die USA als neue Führungsmacht etabliert, die sich nicht zuletzt durch ihr ökonomisches Potenzial und ihre „ideologische Attraktivität“ (S. 157) langfristig auch der So-

wjetunion als überlegen erwiesen. Großbritannien fand sich als Juniorpartner der USA wieder, Frankreich hatte seine alte Großmachtstellung vorerst verloren. Trotz dieser tief greifenden Veränderungen betonten Müller und Ueberschär zu Recht, dass vieles die Zäsur des Jahres 1945 überdauerte. Denk- und Verhaltensmuster, Werte und Normen wandelten sich nur langsam, im Laufe von Jahrzehnten. Auch deshalb fand das Zeitalter der Weltkriege nicht bereits 1945, sondern erst mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Durchbruch der europäischen Integration seinen eigentlichen Abschluss.

Wie schon der Blick auf die Inhalte des Buches zeigt, geht es Müller und Ueberschär nicht um die Erweiterung, sondern um die Zusammenfassung des gegenwärtigen Forschungsstandes. Dementsprechend richtet sich der Band weniger an das wissenschaftliche Fachpublikum, sondern in erster Linie an den historisch interessierten Laien, an die „Nachkriegsgenerationen und insbesondere jene deutsche[n] Mitbürger, die ausländische Wurzeln haben“ und „verstehen [wollen], wie es zu jener deutschen ‚Katastrophe‘ im letzten Jahrhundert kommen konnte“ (S. 10). Diesen Ansprüchen wird der Band ohne Zweifel gerecht. Müller und Ueberschär ist ein komprimierter, kenntnisreicher Überblick gelungen, der kaum einen Aspekt des Kriegsendes außer Acht lässt und obendrein sehr lesbar ist. Die Sprache ist verständlich, prägnant und unprätentiös, die Kapitel sind übersichtlich gehalten. Der Anmerkungsapparat im Anhang enthält trotz seiner gedrängten Form ausreichend weiterführende Hinweise. Trotz der genannten Einschränkungen ist das Buch für einen ersten Einstieg ins Thema daher bedenkenlos zu empfehlen.

Felix Römer, Mainz

Thomas Wunsch, Deutsche und Slawen im Mittelalter. Beziehungen zu Tschechen, Polen, Südslawen und Russen. München: Oldenbourg Verlag 2008, 188 S.

Das vorliegende knappe Kompendium stellt die vielfältigen Begegnungen und Kulturkontakte zwischen deutschsprachigen und slawischsprachigen Bevölkerungen überblicksartig vor, wobei sich der Autor bereits im Vorwort von älteren Auffassungen eines deutschslawischen Kulturgefälles programmatisch absetzt und auch Einflüsse aus dem slawischen Osten nach Westen thematisiert. Die Darstellung folgt dem Vorbild der Oldenbourg-Reihe „Enzyklopädie deutscher Geschichte“, die zwischen knappen Literaturüberblicken und

einer umfangreicheren Darstellung von Forschungsfragen wechselt. Dies gilt auch für die am Ende der Darstellung stehende 45-seitige, systematisch geordnete Bibliografie mit fast 800 Titeln, auf die im Text jeweils verwiesen wird. Der ca. 800 Jahre als Berichtszeitraum umfassende Essay (behandelt werden auch die Kontakte zwischen dem Frankenreich und den Slawen) möchte einen Wegweiser für die deutsche Mediävistik bieten, die zwar traditionell großes Interesse am östlichen Europa besitzt, jedoch nur selten über ausreichende slawische Sprachkenntnisse verfügt, um die zur Verfügung sehende Literatur systematisch zu überblicken. Verwiesen wird in ca. 30% der Fälle auf slawischsprachige Literatur, womit die relevante Literatur – mit Ausnahme der nur gering vertretenen russischen Darstellungen – durchweg angemessen berücksichtigt wird.

Problematisch sind Gegenstand und Reichweite der Darstellung: Behandelt werden Kulturkontakte zwischen Deutschen einerseits und Polen, Tschechen, Südslawen und Russen andererseits, wobei die *Germania Slavica*, der umfangreiche Überlagerungsraum zwischen Elbe-Saale und der polnischen Westgrenze, ausgeschlossen wird. Die Folge dieser Ausgrenzung von Pommern, Brandenburg, Sachsen und (ab dem 14. Jahrhundert) Schlesien sowie unter ähnlichen Vorzeichen Kärntens und der Mark Krain ist streckenweise eine Dominanz der Politik und eine Konzentration auf eine deutsch-slawische Beziehungsgeschichte, wobei leicht anachronistisch nur die modernen Staatlichkeiten Berücksichtigung finden.

Diskutabel ist auch die Ausgrenzung des Königreichs Ungarns und des Großfürstentums Litauen als „nichtslawische Staatlichkeiten“. Nur unterdurchschnittlich vertreten sind der Ordensstaat und das Preußenland, die in erster Linie als diplomatische Gegenspieler Polens, weniger aber als Orte einer deutsch-slawischen Beziehungsgeschichte wahrgenommen werden.

Die Gliederung folgt nach einem eher historiografisch ausgerichteten Einleitungskapitel (Beziehungsgeschichte zwischen Slawen und Deutschen: Themen, Methoden, Perspektiven, S. 1-10) einer kultur-räumlichen Großgliederung in Ostmitteleuropa einerseits (Tschechen, Polen und Deutsche, S. 11-101) und Südost- und Osteuropa andererseits (Südslawen, Russen und Deutsche, S. 103-128). In der Feingliederung beider Blöcke werden jeweils in „Umfang und Profil der Kulturbegegnung“ die historiografischen, archäologischen und onomastischen Quellen („Artikulation der Begegnung“), weiter ausdifferenzierte „Felder der Begegnung“ (hier Politik, Dorf, Stadt, Handel, Wissenschaft, Literatur, Kunst, Religion, Sprache), „Formen und

Folgen der Begegnung“ (Migration, Integration und Segregation, gegenseitige Wahrnehmung) und schließlich in „Dimensionen der gegenseitigen Beeinflussung“ aufgeteilt. Diese Feingliederung ist etwas gewöhnungsbedürftig, bietet aber den Vorteil einer strukturierten Erfassung der jeweiligen Kulturkontakte. Die Rolle des Handels, der Migration oder die gegenseitige Wahrnehmung können so jeweils vergleichend nachgeschlagen werden, gerade für schnelle Informationsbedürfnisse eines Fachpublikums ein großer Vorteil.

Insgesamt liefert die an Feldern der kulturellen Begegnung und Forschungsfragen orientierte Darstellung insbesondere für die deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Kulturkontakte eine wichtige Zusammenstellung, die jedem Mediävisten und den an kulturellen Beziehungen in der „longue durée“ Interessierten als unentbehrliches Handwerkszeug nur empfohlen werden kann. Abgerundet wird dies durch ein Personen- und Ortsregister sowie insbesondere das Sach- und Begriffsregister, das weitere Zugänge nach Regionen, Ereignissen oder historiografischen Werken ermöglicht.

Hans-Jürgen Bömelburg, Gießen

Seppo Zetterberg, *Viron historia* [Geschichte Estlands]. Helsinki: Suomalaisen Kirjallisuuden Seura 2007, 810 S. (Suomalaisen Kirjallisuuden Seuran Toimituksia. 1118).

Trotz der unstrittigen Sonderrolle, die Finnland im Hinblick auf Estland allein schon aufgrund der Sprachverwandtschaft gegenüber allen anderen Ländern einnimmt, wimmelt es auf dem finnischen Buchmarkt nicht gerade von Gesamtdarstellungen zur Geschichte Estlands. Im Gegenteil, in letzter Zeit überwogen Darstellungen zur Geschichte aller drei baltischen Staaten,¹ wie man das auch aus dem deutschsprachigen Raum kennt.² Zum Teil geschieht dies wegen der geringen Größe der Länder, zum Teil auch wegen ihrer gemeinsamen jüngsten, d.h. sowjetischen Vergangenheit sowie der Tatsache,

¹ Vgl. etwa Vilho Niitemaa, *Baltian historia*. Helsinki 1959; ders., Kalervo Hovi, *Baltian historia*. 2. Aufl., Helsinki 1991; Kari Alenius, *Viron, Latvian ja Liettuan historia*. Jyväskylä 2000.

² An jüngeren Publikationen können die folgenden Titel genannt werden: Alexander Schmidt, *Geschichte des Baltikums. Von den alten Göttern bis zur Gegenwart*. München/Zürich 1992 (Serie Piper. 1518); erw. Neuausg., 3. Aufl., München 1999 (Serie Piper. 1518); *Baltische Länder*, hrsg. v. Gert von Pistohlkors. Berlin 1994 (Deutsche Geschichte im Osten Europas); Michael Garleff, *Die baltischen Länder*. Regensburg 2001; Ralph Tuchtenhagen, *Geschichte der baltischen Länder*. München 2005 (Beck'sche Reihe. 2355).

dass in zweien der drei Länder jahrhundertlang ein und dieselbe Oberschicht das Sagen hatte. Das alles berechtigt jedoch nicht dazu, die Länder und Völker über einen Kamm zu scheren, was in solchen zusammenfassenden Überblicksdarstellungen nicht ausbleiben kann. Eine Vertiefung in einzelne Länder oder Kulturen kann dabei nämlich im Allgemeinen schon deswegen nicht erfolgen, weil die Verfasser in der Regel nicht über Kenntnisse in allen relevanten drei (estnisch, lettisch, litauisch) oder gar fünf (wenn man polnisch und russisch hinzunimmt) Sprachen verfügen. Das wird niemandem vorgeworfen werden können, nur darf man daraus nicht den verkehrten Umkehrschluss ziehen, die Geschichte eines einzigen Volkes sei allein schon deshalb engstirnig und beschränkt nationalistisch, weil man die benachbarten, dem gleichen Kulturraum angehörenden Völker ausschliesse. Dass keine Geschichte eines bestimmten Gebietes, Landes oder Volkes völlig unabhängig von den Nachbarn zu betrachten ist, dürfte innerhalb der Geschichtswissenschaft eine anerkannte Selbstverständlichkeit sein. Die Tatsache aber, dass es hinreichend viele Bücher über die polnische, italienische, tschechische, ungarische, dänische etc. Geschichte gibt, ohne dass unmittelbar gerufen würde, man müsse doch bitte jeweils auch die russische, deutsche, österreichische, türkische und schwedische Entwicklung berücksichtigen, zeigt, dass die Betrachtung *eines* konkreten Raumes, eines Volkes, einer Kultur, einer Nation sehr wohl möglich ist.

Genau dies hat Seppo Zetterberg, Professor für Geschichte in Jyväskylä und anerkanntester Estlandspezialist Finnlands, mit dem vorliegenden Buch unternommen. Er hat eine Geschichte des von Esten bewohnten geografischen Raumes geschrieben und sich damit bewusst über bestimmte Konventionen hinweggesetzt. Ihm leuchtete nicht ein, warum die historisch unstrittige Tatsache, dass Estland und Lettland durch die prominente Anwesenheit einer deutschen Minderheit gemeinschaftliche Züge in ihrer Geschichte aufweisen, eine Einzeldarstellung der Geschichte Estlands (bzw. Lettlands und Litauens) unmöglich machen sollte. Denn wie ein Blick in all die bekannten Gesamtdarstellungen des Raumes zeigt, sind die Unterschiede ja mindestens ebenso groß und nicht zu übersehen. Die deutsche Minderheit ist nur *ein* Aspekt der Vergangenheit der Länder. Daneben gibt es noch viele andere und teilweise eben auch trennende Aspekte zwischen Estland und Lettland. Auf der anderen Seite sind Estland und Finnland durch so manches miteinander verbunden, allen voran eben durch ihre Sprachen, deren gemeinsame Wurzeln in eine Zeit zurückreichen, die lange vor der Ankunft des ersten germanischen

Kaufmanns am Nordostufer der Ostsee liegt. Dass es auch fundamentale Unterschiede zwischen Finnland und Estland gibt, wird damit nicht in Abrede gestellt, im Gegenteil, Zetterberg weist mit Recht gleich in der Einleitung darauf hin, dass „der Bauer, die Basis der Gesellschaft, in Finnland persönlich frei und selbstständig war (...), während er in Estland bis ins 19. Jahrhundert hinein unterworfen und unfrei war (...)“ (S. 16). Was den Finnen hier die Andersartigkeit Estlands erläutern soll, kann umgekehrt einer deutschen Leserschaft klarmachen, dass das estnische Modell (der Leibeigenschaft) nicht das einzige war – dies wird ja allzu leicht vergessen. Grund genug jedenfalls, den Blick einmal von Finnland aus auf Estland zu richten, was übrigens schon im 19. Jahrhundert gemacht wurde, wie ein Blick in das „Magazin für die Literatur des Auslands“ zeigt, in dem gelegentlich finnische Quellen ausgewertet wurden, wenn es um die Gebiete südlich des finnischen Meerbusens ging: „Nachstehende, einer finnischen Zeitschrift entlehnte Mittheilungen sind allerdings nicht im Sinne unserer deutschen Stammverwandten in Ehstland geschrieben, aber wir glauben nicht, sie zurückhalten zu dürfen, da sie uns als objektiv wahr erscheinen und es den Deutschen in den baltischen Provinzen nur von Nutzen sein kann, zu wissen, was man im benachbarten Finnland über sie denkt und schreibt.“³ Das gilt 140 Jahre später immer noch, denn auch aus der Gegenwart betrachtet spricht wenig dafür, die baltischen Länder immer im Dreierpack zu nennen: Wer zum Beispiel heute einen Menschen kennen lernt, eine Stadt besucht oder einen Roman gelesen hat, will ja konkret über *ein* Land Informationen, ohne gleich die ganze Region mitgeliefert zu bekommen.

Seppo Zetterbergs monumentale Monografie kann daher nur aufrichtig begrüßt werden: Hier konzentriert sich jemand auf ein Land und eine Kultur, der Autor nimmt sich Zeit, geht in die Tiefe, beschränkt sich auf das, was er kann und wovon er etwas versteht, ohne dabei jemals das größere Umfeld aus dem Blick zu verlieren. Diese Fokussierung auf eine Nation hat den Vorteil, dass der Autor sich nicht ständig um völlig andere Entwicklungen in Litauen oder Kurland zu kümmern braucht, die nur schwer mit dem Schicksal Estlands in Einklang zu bringen wären. Herausgekommen ist – ohne Übertreibung – die wohl beste Monografie über die Geschichte Estlands, die es zur Zeit gibt – möglicherweise je gegeben hat und die man sich für lange Zeit vielleicht überhaupt denken kann. Denn

³ Magazin für die Literatur des Auslandes (1869), No. 3, S. 40.

so schnell wird niemand die Möglichkeit bekommen und dann auch über die entsprechenden Kenntnisse und den langen Atem verfügen, die notwendig sind, um Zetterbergs Arbeit zu wiederholen bzw. gar zu überholen.

Ein besonderer Vorzug der Arbeit ist zudem, dass sie mit dem Blick eines Außenstehenden geschrieben worden ist, eines Außenstehenden indes, der die estnischen Verhältnisse ausgesprochen gut kennt – er hat sich 40 Jahre mit seinem Gegenstand beschäftigt und auch einige Jahre in Estland gelebt, weswegen der ansprechende Bildteil zu einem nicht geringen Teil der Kamera des Autors zu verdanken ist – und gleichzeitig die Prinzipien des Historikerhandwerks souverän beherrscht. Gewiss wäre es falsch, den einheimischen Darstellungen engstirnigen Nationalismus oder Betriebsblindheit vorzuwerfen, aber es versteht sich von selbst, dass ein Blick von außen und eine ausländische Zielgruppe – das Buch ist, wie man an der Wahl der Sprache sieht, in erster Linie für ein finnischsprachiges Publikum geschrieben – für eine etwas andere Sichtweise sorgen. So etwas kann erfrischend, ernüchternd und relativierend sein. Annähernd vergleichbar sind in diesem Sinne nur die Darstellungen von Toivo Raun⁴ und Vello Helk⁵, die ebenfalls beide auf Estland beschränkt sind und als Zielgruppe vornehmlich Ausländer haben. Beide sind aber wesentlich dünner und können daher nicht mit Zetterbergs Werk konkurrieren; außerdem haben sie nur bedingt den Blick „von außen“, denn ihre Autoren sind Exilesten und damit mehr oder weniger in einem estnischen Umfeld aufgewachsen. Zetterberg aber ist in Helsinki geboren und erst später zu seinem Forschungsgegenstand gekommen, er ist also ein vergleichsweise „normaler“ Ausländer. Wenn auch ein estophiler, denn sonst hätte er kaum ein so dickes Buch „für diejenigen, die ihre Geschichte geschafft haben“, geschrieben. So lautet die im Finnischen sehr schlichte, nur aus zwei Wörtern (*Historiansa jaksaneille*) bestehende Widmung, mit der meiner Meinung nach die Esten insgesamt als Volk gemeint sind. Denn sie haben es geschafft, überhaupt eine Geschichte zu erlangen und nicht unterzugehen wie viele andere.

Bei der Betrachtung einer Gesamtdarstellung wie der vorliegenden sind die folgenden Aspekte von Interesse: In welchem Stil ist das

⁴ Toivo U. Raun, *Estonia and the Estonians*. Stanford 1987; 2. Aufl. 1991; updated second edition 2001. Ferner liegt hiervon eine finnische Ausgabe vor: *Viron historia*. Helsinki 1989.

⁵ Vello Helk, *Estlands historie – kort fortalt*. Odense 1993; 2. Aufl., 1994 (Odense University Studies in History and Social Sciences. 170).

Buch geschrieben, wie liest es sich? Welche Periodisierungen sind vorgenommen, welche Schwerpunkte gesetzt? Welche Art von wissenschaftlichem Apparat wird geboten?

Hinsichtlich des Stils ist ohne Umschweife festzustellen, dass Zetterberg einen gefälligen, flüssigen Duktus gefunden hat, der das Buch auf angenehme Weise lesbar macht. Hierzu passen auch die Überschriften verschiedener Hierarchie, die den umfangreichen Text in handliche Portionen einteilen. Es wird ja häufig übersehen, dass auch wissenschaftliche Literatur einen narrativen Aspekt hat und sich die Art und Weise der Darstellung auf die Überzeugungskraft auswirkt. Daher ist es immer zu begrüßen, wenn jemand in seiner Muttersprache schreibt (schreiben kann, zu schreiben wagt) und sich nicht auf das gezwungenermaßen reduzierte Feld einer Fremdsprache zurückziehen muss. Einher mit dem flüssigen Stil geht allerdings, dass keine exakten Verweise gegeben werden und Fußnoten gänzlich fehlen. Nur bisweilen wird in Klammern ein Name genannt, der den Urheber einer Idee, einer Tabelle oder eines Zitats andeuten soll. Das hilft einem jedoch, wenn man es bei Zitaten beispielsweise genau wissen will, nicht weiter, da es sich nicht um eine exakte Quellenangabe handelt. Dafür muss man dann auf andere Hilfsmittel zurückgreifen.

Ein weiteres Element der Auflockerung sind die zahlreichen Illustrationen und die grau unterlegten Kästen mit diversen Zusatzinformationen, die außerhalb des normalen Textes stehen. Hier bringt der Autor alles unter, was an Wissenswertem leicht übersehen wird, weil es sich schwierig einordnen lässt. Dazu gehört beispielsweise eine Seite über die vermeintliche Ersterwähnung von Tallinn 1154 auf einer arabischen Karte (S. 53), die Zetterberg gemäß dem neuesten Stand der Forschung ins Reich der Fabelwelt verweist, ein Kasten über Seuchen, die das Land heimgesucht haben (S. 285), einer über die wichtigsten Poststationen und wie lange die Fahrt von St. Petersburg nach Riga im 17. Jahrhundert eigentlich dauerte (S. 310) oder der Speisezettel eines Bauern Mitte des 19. Jahrhunderts (S. 369). So erfährt man auch vermeintlich Nebensächliches, aber gerade dadurch wird Geschichte erst anschaulich und erfassbar. Es versteht sich von selbst, dass der Autor dabei immer *up to date* ist, wie man am Abschnitt über Jaan Tõnisson sehen kann, dessen Todesjahrdatierung auf 1941 erst seit kurzem in der estnischen Historiografie (mit Fragezeichen) angenommen wird (S. 639). Und es sind schließlich die kleinen Dinge, die erfreuen und die man in anderen Darstellungen vielleicht nicht lesen kann: Auf S. 733 wird enthüllt, dass das Foto des derzeitigen Präsidenten Toomas Hendrik Ilves, das auch – neben

einigen anderen – den Einbanddeckel des Buches zierte, im März 2007 auf der Schifffahrt von Tallinn nach Helsinki aufgenommen worden ist. Einer alten Tradition folgend fuhr Ilves zum Staatsbesuch nach Finnland nämlich mit dem Schiff, wie es Konstantin Päts 1922 ebenfalls getan hatte.

Das Buch ist in elf Hauptkapitel eingeteilt, die im Großen und Ganzen der Tradition folgen, wenngleich kleinere Schwerpunktverlagerungen festgestellt werden können. Das betrifft vermutlich in erster Linie die Übergänge. Nach dem Kapitel über die Vorzeit (S. 21-53) folgt ein Abschnitt über das gesamte Mittelalter, in dem Estland Teil von Alt-Livland ist (S. 55-153). Hier unterscheidet sich Zetterberg nicht von anderen Darstellungen. Es folgt aber nicht, wie man in manchen Darstellungen lesen kann, die „Schwedenzeit“, sondern zunächst korrekterweise ein Kapitel mit dem Titel „Tummelplatz der großen Nachbarn“, das den Zeitraum 1558–1629 (S. 155-175) behandelt. Denn die „Schwedenzeit“ begann ja nur in den vier nordestnischen Landkreisen bereits 1561, im Rest des von Esten bewohnten Gebietes herrschten die Polen oder Dänen, und russische Übergriffe gab es ohnehin noch zur Genüge. Zetterberg sieht erst das Ende des Krieges zwischen Schweden und Polen mit dem Waffenstillstand von Altmark für hinreichend an, um von einer neuen Periode zu sprechen.

Das vierte, mit „Im Verbund mit der schwedischen Großmacht“ überschriebene Kapitel (S. 177-263) endet mit dem Jahre 1710, also der Kapitulation von Tallinn und Pärnu, was wiederum im Einklang mit allen früheren Darstellungen steht. Alles andere wäre hier aber auch unsinnig gewesen, da der Übergang von der schwedischen zur russischen Oberherrschaft tatsächlich einschneidend war – auch und gerade im Hinblick auf die Mehrheitsbevölkerung auf dem Lande. Das Problem der nötigen Aufteilung der langen russischen Periode hat Zetterberg pragmatisch gelöst, indem er vom ersten (1710–1820, S. 265-351) und vom zweiten russischen Jahrhundert (1820–1914, S. 353-483) spricht. Die gewählte Grenze liegt in unmittelbarer Nähe der Aufhebung der Leibeigenschaft (1816/1819) und kann vor allem dadurch plausibel verteidigt werden.

Die nächsten Zäsuren fallen dann wieder durch kleine Abweichungen von der Konvention auf. Das Jahr 1918 – Geburtsjahr der Republik, Orientierungsjahr für runde Geburtstage von Estland etc. – taucht in keiner Kapitelüberschrift auf. Stattdessen folgt nun der Abschnitt „Geburt der Unabhängigkeit“ (S. 485-513), der die Jahre des Ersten Weltkriegs einschließlich der Zeit bis zum Frieden von Tartu, also 1920, umfasst. Das ist völlig korrekt, denn erst dieser Friedens-

schluss markierte die Geburt Estlands, nicht eine im Februar 1918 zwischen abrückenden (russischen) und einrückenden (deutschen) Truppen hastig ausgerufene Unabhängigkeit, die ein paar Stunden währte und der ein unangenehmes Jahr deutscher Besatzung folgte. Folgerichtig kann der „Aufbau der Republik“, wie das nächste Kapitel lautet (S. 515-603), erst 1920 beginnen. Wiederum korrekt ist auch, dass dieses Kapitel bereits 1939 endet, denn der Untergang Estlands ist im Hitler-Stalin-Pakt aus jenem Jahr zu suchen, nicht im Junienschwung von 1940. Estlands Schicksal im Zweiten Weltkrieg ist dann ausführlich im Kapitel „Verlust der Unabhängigkeit“ (S. 605-654) beschrieben, das die Jahre 1939 bis 1944 umspannt. Das vorletzte Kapitel trägt plausiblerweise den Namen „Unter Hammer und Sichel“ und führt bis 1991 (S. 657-715), d.h. bis zur Wiedererlangung der Unabhängigkeit. Diese neue Unabhängigkeit wird im kurzen Schlusskapitel (S. 717-739) beschrieben. Dass dies so knapp ausgefallen ist, gehört zum Programm von Zetterberg, der gleich im ersten Satz seines Vorworts darauf hinweist, dass die herkömmlichen Darstellungen häufig ausgebreiteter werden, je näher man an die Gegenwart kommt und dass er genau dies in seiner Geschichte Estlands nicht machen wolle. Das ist dem Autor vollends gelungen, was einer der großen Vorzüge des Buches ist. Der zweite, ebenfalls bereits im Vorwort angesprochene Vorteil ist, dass eine Reduzierung auf die politischen Ereignisse vermieden worden ist und ausreichend auch soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungen behandelt worden sind.

Der wissenschaftliche Apparat beginnt auf S. 740 und enthält eine Reihe von Tabellen (Bevölkerungsentwicklung, Namenslisten mit Politikern, eine Ortsnamenkonkordanz u.ä.), eine ausführliche Zeittafel, Karten, ein Literaturverzeichnis und ein Namenregister. Besonders die Zeittafel (S. 746-760) wird dankbar registriert, hebt sie sich doch in angenehmer Weise gerade von manchen deutschsprachigen ähnlichen Tabellen ab, die die Geschichte des Landes mit 1184 oder 1201 beginnen lassen, so als habe es vorher in Estland schlicht keine Geschichte gegeben. Bei Zetterberg bekommt man eine ganze Seite mit Jahreszahlen *vor* 1201, also vor der Gründung Rigas, geliefert. Infolge fehlender Urkunden handelt es sich hier naturgemäß nicht um konkrete Ereignisse, aber auf diese Weise erfährt man wenigstens, wann welche Perioden angesetzt werden, wie alt die Kunda-Kultur ist, wann die Schnurkeramik vorherrschend war, wie die Bronzezeit in Estland eingeteilt wird und wann die Wikinger Estland heimsuchten.

Das Literaturverzeichnis (S. 761-799) ist unterteilt nach allgemeinen Überblickswerken (S. 761 ff.) und danach kapitelspezifischen Darstel-

lungen. Diese Auffächerung der Bibliografie ist ein bekanntes Übel, das man aus vielen Büchern und vielen verschiedenen Wissenschaftstraditionen kennt und dessen Nutzen dem Rezensenten nicht einleuchten will: Was bleibt, ist das störende Herumblättern zwischen verschiedenen Teilbibliografien, außerdem müssen manche Bücher mehrmals genannt werden, da sie sich – wen wundert's – mit ihrem Gegenstand nicht unbedingt an die Kapiteleinteilung des vorliegenden Buches halten. Nichts spräche gegen ein einziges Literaturverzeichnis von A-Ö (wie es in einem finnischen Buch heißen würde). Hier ist Zetterberg, der sich ansonsten nicht allzu viel um Traditionen zu scheren scheint, doch einer alten Konvention verhaftet geblieben.

Es versteht sich von selbst, dass ein abschließendes Urteil über Zetterbergs in Finnland bereits zweimal mit einem Preis ausgezeichnete und mittlerweile (Frühjahr 2008) in dritter Auflage vorliegende Monografie davon nicht beeinflusst wird. Hier möge kein Zweifel bestehen: Ein großes Buch, in des Adjektivs beiden Bedeutungen. Vom Gewicht und Umfang her liegt ein stattliches Werk vor uns, das in jedem Bücherschrank auffällt, aber auch vom Inhalt her ist dies ein *opus magnum*, das seinesgleichen sucht und lange unerreicht bleiben wird.

Cornelius Hasselblatt, Groningen

Ulrich Pferr, Die Verfassungskrise im Memelgebiet 1931/32. Insbesondere unter Würdigung der Memelkonvention und deren Auslegung im Urteil des Ständigen Internationalen Gerichtshofs in Den Haag vom 11. August 1932. Würzburg: Ergon 2005, 258 S. (Würzburger rechtswissenschaftliche Schriften. 59).

Im Gegensatz zum polnisch-deutschen Gegensatz, der die Politik in Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen (mit)bestimmte, ist die Geschichte des 1919 vom Deutschen Reich abgetretenen Memelgebietes immer ein Randthema der deutschen historischen Forschung geblieben. Dabei spielte sicherlich neben der geringen Größe des Gebietes eine Rolle, dass sich Litauen mit stillschweigender deutscher Billigung durch einen militärischen *coup* erst im Januar 1923 in den Besitz des Territoriums brachte. Da das Gebiet zuvor im Namen der Entente von den Franzosen verwaltet worden war, erhielt Litauen zwar die Souveränität über das Memelgebiet, doch bestanden die Siegermächte des Ersten Weltkrieges auf einer Autonomie des Gebietes innerhalb des litauischen Staates, die durch die so genannte Memelkonvention 1924 verwirklicht wurde.

Im Rahmen der deutsch-litauischen Beziehungen wurde das Memelgebiet immer mehr zu einem Streitpunkt, wobei der erste Höhepunkt 1931/32 mit der so genannten Böttcher-Affäre erreicht war, deren Verlauf schließlich in der Anrufung des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag durch die Signatarmächte der Memelkonvention seinen Höhepunkt erreichte.

Otto Böttcher, Präsident des Landesdirektoriums, d.h. de facto Chef der Regierung des autonomen Memellandes, war, ohne den litauischen Gouverneur in Kenntnis zu setzen, zu Gesprächen in Ministerien nach Berlin gefahren, wobei es vor allem um Hilfe für die Landwirtschaft im Memelgebiet ging. Gouverneur Merkys setzte Böttcher daraufhin als Präsident ab; als der Memelländische Landtag dem von Merkys ernannten neuen Präsidenten das Misstrauen aussprach, löste der litauische Statthalter kurzerhand das Parlament auf. Die Angelegenheit wurde schließlich vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof in Den Haag verhandelt, der in seinem Urteil zwar die Entlassung von Böttcher wegen seiner Reise nach Berlin (ohne daraus jedoch ein allgemeines Entlassungsrecht des Gouverneurs abzuleiten) und die Ernennung eines neuen Direktoriums für legal erklärte, nicht aber die Auflösung des Memelländischen Landtags. Diese Vorgänge und ihre juristische Würdigung stehen im Mittelpunkt der vorzustellenden Arbeit.

Zunächst skizziert Pferr die Geschichte des Memelgebietes in knappen Worten, um relativ schnell zu seinem Hauptthema zu kommen. Die konventionelle Darstellung basiert auf der einschlägigen, in westeuropäischen Sprachen zugänglichen Sekundärliteratur, wobei kleinere Unachtsamkeiten und Ungenauigkeiten zu vermerken sind: Das Deutsche Reich unterhielt in Kaunas ‚nur‘ eine Gesandtschaft, weswegen der deutsche diplomatische Vertreter nicht als „Botschafter“ (S. 20) bezeichnet werden kann. Dass die litauische Regierung ihr ‚timing‘ mit der Ruhrbesetzung durch Frankreich und Belgien synchronisierte, ist eine bis heute in der deutschen Literatur gerne kolportierte Behauptung (S. 17), die jedoch aufgrund litauischer Quellen klar ins Reich der Phantasie zu verweisen ist: In Kaunas stellte man keine diesbezüglichen Spekulationen an, der Zeitpunkt der Aktion ergab sich aus der bei der Botschafterkonferenz in Paris sich abzeichnenden, aus litauischer Sicht negativen Entwicklung hin zu einem Freistaat Memel.

Im ersten Abschnitt des Hauptteils berichtet Pferr die Einzelheiten der Böttcher-Affäre und führt seine Deskription bis zur Klage der Signatarmächte der Memelkonvention vor dem Gerichtshof in Den

Haag (S. 37-59). Bevor der Autor sich dann mit den Haager Verhandlungen beschäftigt, stellt er die Memelkonvention vor und geht recht ausführlich auf die staatsrechtliche Einordnung des Memelgebietes ein, wobei er zu dem Ergebnis kommt (S. 130): „Das Memelgebiet ist damit – mangels Verfassungsautonomie – als ein hohes Maß an Dezentralisation genießender Staatsteil Litauens anzusehen, der als autonomes Gebiet zu qualifizieren ist.“

Anschließend werden die Beweisführungen der beiden Prozessparteien und schließlich die Urteilsbegründungen der Mehrheit und der Minderheit (es gab abweichende Meinungen) vorgestellt; diese Kapitel (S. 141-186) bilden zusammen mit der eigenen Stellungnahme des Autors (S. 192-237) den eigentlichen Kern des gesamten Buches. Letztlich bestätigt Pferrers Untersuchung die damaligen Entscheidungen des Ständigen Internationalen Gerichtshofs, was im Gegensatz zu den zeitgenössischen Stellungnahmen steht, die je nach nationaler Gewogenheit strikt ablehnend (von deutscher Seite) oder euphorisch zustimmend (von litauischer Seite) ausfielen. Hierin liegt vor allem für die deutsche Seite ein recht interessanter Aspekt, zeigt Pferr doch deutlich auf, wieweit die damaligen deutschen juristischen Wertungen des Urteils als eine zeitbedingte Kritik zu verstehen sind, die im Kern eher politisch als juristisch motiviert waren. Es wäre schön gewesen, wenn der Autor noch kurz auf die Reaktion im Memelgebiet und im Auswärtigen Amt eingegangen wäre, denn neben Enttäuschung war es vor allem eine fast ungläubige Überraschung, da man nicht mit einer solchen Entscheidung gerechnet hatte. Ein einziger Satz, das Urteil sei mit Unverständnis aufgenommen worden (S. 59), erscheint als wenig ausreichend.

Für den Historiker liegt der Wert des Buches in der juristischen Akribie der Aufbereitung und Bewertung des Gegenstandes sowie in der sachorientierten Sprache.

Joachim Tauber, Lüneburg

Die Autoren der Abhandlungen

**Dr. Jens Boysen, Rossplatz 9, 04103 Leipzig,
e-mail: jens_boysen@hotmail.com**

1991–1997 Studium der Osteuropäischen Geschichte, Mittleren und Neueren Geschichte sowie der Slawistik an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main, Abschluss: Magister Artium; 1992/93 ERASMUS-Student am Trinity College Dublin, 1997/98 Postgraduiertenstudium am Europakolleg (College of Europe) in Warschau-Natolin, Abschluss: Master of Advanced European Studies; 1999/2000 Forschungsassistent am Europakolleg in Brügge, Dept. of Political and Administrative Studies, 2001–2008 Promotionsstudium Neuere Geschichte bei Dietrich Beyrau (Tübingen), 2002/03 Projektkoordinator am Simon-Dubnow-Institut für jüdische Geschichte und Kultur in Leipzig; 2003–2007 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Slawistik der Universität Leipzig, seit 1.1.2008 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fraunhofer-Zentrum Mittel- und Osteuropa in Leipzig. Forschungsschwerpunkte: Geschichte Preußens; deutsch-polnische Beziehungen; osteuropäische Geschichte; Militärgeschichte; Kultur- und Geistesgeschichte; politische Ideengeschichte; europäische Integration. Publikationen, u.a.: Die polnischen Optanten. Ein Beispiel für den Zusammenhang von Krieg und völkerrechtlicher Neuordnung, in: Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland, hrsg. v. Bruno Thoß u. Hans-Erich Volkmann. Paderborn (u.a.) 2002, S. 593-613; Zwischen Königstreue und nationaler Standortbestimmung: Zur Bedeutung der Kriegervereine in den deutsch-polnischen Ostprovinzen Preußens während des Kaiserreichs (1871–1914), in: Studia Historica Slavo-Germanica XXVI (2004–2005), S. 143-165; Preußische Armee und polnische Minderheit. Royalistische Streitkräfte im Kontext der Nationalitätenfrage des 19. Jahrhunderts (1815–1914). Diss., Marburg 2008.

**Dr. des. Julia Eichenberg, Centre for War Studies, Department of History, Trinity College Dublin, Dublin 2, Ireland,
e-mail: eichenbj@tcd.ie**

Geboren 1979, Studium der Neueren Geschichte, Politikwissenschaft und Neueren Englischen Literatur in Tübingen, Münster und an der University of Sussex, Brighton. Promotion 2008 an der Universität Tübingen zum Thema „Kämpfen für Frieden und Fürsorge.“

Polnische Veteranen des Ersten Weltkriegs und ihre internationalen Kontakte, 1918–1939“. Von 2005 bis 2008 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Sonderforschungsbereich 437 „Kriegserfahrungen. Krieg und Gesellschaft in der Neuzeit“, Tübingen; seit September 2008 Post-Doctoral Research Fellow am Centre for War Studies des Trinity College Dublin, Irland im Rahmen des Projektes „Paramilitary Violence after the First World War“ mit einer Untersuchung zum Vergleich von paramilitärischer Gewalt gegen Zivilisten in Polen und Irland 1918–1923. Publikationen: Kämpfen für Frieden und Fürsorge. Polnische Veteranen des Ersten Weltkriegs und ihre internationalen Kontakte, 1918–1939. Diss., Tübingen 2008; Söldner der Besatzer oder Helden des Unabhängigkeitskampfes? – Die Diskussion um die Versorgung der polnischen Weltkriegsveteranen in der Zweiten Polnischen Republik, in: Die Weltkriege als symbolische Bezugspunkte: Polen, die Tschechoslowakei, die Ukraine und Deutschland nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, hrsg. v. Natali Stegmann. Prag 2009.

Mark R. Hatlie, Im Feuerhägle 1, 72072 Tübingen,
e-mail: mhatlie@faculty.ed.umuc.edu, mhatlie@googlemail.com
Studium am St. Olaf College, USA und an der Universität Konstanz, Lehrbeauftragter an der American Public University und an der University of Maryland, University College Europe in den Fächern Geschichte, „Military Studies“ und Politikwissenschaft. Die Dissertation über die Stadt Riga im Krieg 1914–1919 entsteht am Institut für osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Eberhard-Karl-Universität Tübingen im Zusammenhang mit dem Sonderforschungsbereich „Krieg und Gesellschaft in der Neuzeit“. Weitere Forschungsschwerpunkte sind die russische Emigration in Deutschland, Religionsgeschichte, Kriegs- und Holocaust-Denkmäler sowie Erinnerungskultur. Veröffentlichungen: Flags and Bayonets. Mass celebrations in Riga 1910–1920, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 51 (2002), H. 4, S. 475-499; Riga im Krieg, 1914–1920, in: Nordost-Archiv XI (2002), S. 231-236; Crisis and Mass Conversion: Russian Orthodox Missions in Livonia, 1841–1917, in: Religion, Ethnie, Nation und die Aushandlung von Identität(en). Regionale Religionsgeschichte in Ostmittel- und Südosteuropa, hrsg. v. István Keul. Berlin 2005, S. 115-146; Riga zwischen den Fronten. Ethnische Beziehungen und Veränderungen im Weltkrieg, während der Revolution und im Bürgerkrieg (1914–1919), in: Der ethnische Wandel im Baltikum zwischen 1850 und 1950, hrsg. v. Heinrich Wittram. Lüneburg

2005 (Baltische Seminare. 11), S. 53-80; Voices from Riga: Ethnic perspectives on a wartime city, 1914–1919, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 56 (2007), H. 3, S. 318-346.

**Dr. Christhardt Henschel, Simon-Dubnow-Institut für jüdische Geschichte und Kultur e.V. an der Universität Leipzig, Goldschmidtstr. 28, 04103 Leipzig,
e-mail: henschel@dubnow.de**

2000–2001 „Anderer Dienst im Ausland“ im Staatlichen Museum Majdanek in Lublin (Polen), 2001–2007 Studium der Mittleren und Neueren Geschichte, Ost- und Südosteuropawissenschaften sowie Musikwissenschaft in Leipzig und Halle, Magisterarbeit zur Erinnerung an den Ersten Weltkrieg in Polen, 2006–2008 Mitarbeiter am Polnischen Institut Leipzig, seit Oktober 2008 Doktorand am Simon-Dubnow-Institut für jüdische Geschichte und Kultur e.V. an der Universität Leipzig zum Thema „Vom kollektiven Gedächtnisort zur nationalen Institution. Juden, Polen und die polnischen Streitkräfte 1918–1939“. Publikationen: Zwischen den Nationen. Zur Entwicklung des nationalen Selbstverständnisses der lemckischen Minderheit in Polen, in: Cassubia Slavica II (2004), S. 37-46; Der Feind im Lied. Der „Deutsche“ in polnischen Liederbüchern 1944/45–1949, in: Der Feind im Kopf. Künstlerische Zugänge und wissenschaftliche Analysen zu Feindbildern, hrsg. v. Thomas Klemm, Christian Lotz u. Katja Naumann. Leipzig 2005, S. 195-227; Nationale Meistererzählung ohne Nation? Die Geschichte der Lemken als Experimentierfeld nationaler Akteure, in: Nordost-Archiv XVI (2007), S. 332-347.

**Prof. Dr. Nikolaus Katzer, Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg, Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften, Professur für Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts unter besonderer Berücksichtigung Mittel- und Osteuropas, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg,
e-mail: katzer@hsu-hh.de**

Geboren 1952 in Marburg a.d.L., Studium der Geschichte und Slavistik an der Universität Frankfurt a.M. (1974–1978), Promotion in Frankfurt a.M. (1983), Mitarbeiter in einem Forschungsprojekt zu den Viermächtekonferenzen der 50er Jahre (1985–1987), Hochschulassistent am Seminar für Osteuropäische Geschichte der Universität Bonn (1987–1993), Habilitation an der Universität Bonn (1996), Professor für die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts mit besonderer Berücksichtigung der Geschichte Mittel- und Osteuropas an

der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg (seit 1996). Forschungsschwerpunkte: Geschichte der Körperkultur und des Sports in der Sowjetunion; Krieg, Gewalt und Utopie; Technik und Moderne in Russland; Literatur und Geschichte. Wichtige Publikationen: Gor'kij's Weg in die Russische Sozialdemokratie. Wiesbaden 1990; „Eine Übung im Kalten Krieg“. Die Berliner Außenministerkonferenz von 1954. Köln 1994; Die Weiße Bewegung in Russland. Herrschaftsbildung, praktische Politik und politische Programmatik im Bürgerkrieg. Köln 1999.

Michael Klees, Leiter DAAD Informationszentrum Minsk, Belarussische Nationale Technische Universität, Geb. 11, Raum 101, Pr. Nezalezhnasti, 65, 220013 Minsk, Republik Belarus, e-mail: michael.klees@gmail.com

Geboren 1969, Studium der Germanistik, Politikwissenschaften, Geschichte und Psychologie an der Justus-Liebig-Universität Gießen (Magister Artium), Lektorentätigkeit in Szczecin und Łódź, ECTS-Beauftragter am Fachbereich Germanistik der Universität Gießen, Referent für EU-Bildungsprogramme an der FernUniversität in Hagen, Lektor des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) an der Vytautas Magnus Universität Kaunas, Referent für internationales Marketing an der European Business School Oestrich-Winkel. Seit 1. September 2007 Leiter des DAAD-Informationszentrums an der Belarussischen Nationalen Technischen Universität Minsk. Forschungsinteressen und Publikationen im Bereich Zeitungsforschung, zur Literatur der Klassik und Romantik, zur Literatur zur Deutschen Einheit und zur zeitgenössischen Auseinandersetzung mit den Kriegsgeschehnissen an der Ostfront während des Ersten Weltkriegs. Ausgewählte Aufsätze: „... hat auch die Kownoer Zeitung das Neueste aus aller Welt.“ Ein Beispiel deutschsprachiger Kriegspresse im Verwaltungsgebiet Ober Ost während des Ersten Weltkriegs, in: Deutschsprachige Zeitungen in Mittel- und Osteuropa. Sprachliche Gestalt, historische Einbettung und kulturelle Tradition, hrsg. v. Jörg Riecke u. Britt-Marie Schuster. Berlin 2005, S. 125-140; „Die Geburt der Ostdeutschen durch die Wiedervereinigung“. Formen identitätsbildender Literatur zur Deutschen Einheit, in: Triangulum. Germanistisches Jahrbuch für Estland, Lettland und Litauen. Folge 11, hrsg. v. Silvija Pavidis u. Thomas Taterka. Riga 2006, S. 109-121; „Ein Verein von Betonköppen, die sich die Hose mit der Kneifzange anziehen...“ Die Generation 89 und die Stasi, in: Germanica 39, hrsg. v. Elfie Poulain. Villeneuve d'Ascq 2007, S. 215-230.

**Prof. Dr. Vėjas Liulevičius, Department of History, University of Tennessee, 915 Volunteer Boulevard, 6th Floor, Dunford Hall, Knoxville, TN 37996-4065, USA,
e-mail: vliulevi@utk.edu**

Associate professor of history at the University of Tennessee, USA, and director of the Center for the Study of War and Society. Born in Chicago in 1966, he earned his B.A. at the University of Chicago, and his Ph.D. in modern European history at the University of Pennsylvania in 1994. His first book, *War Land on the Eastern Front: Culture, National Identity and German Occupation in World War I*. Cambridge 2000, also appeared in 2002 in German translation as: *Kriegsland im Osten*. His next book, *The German Myth of the East, 1800–2000* is forthcoming with Oxford University Press in August 2009. He is vice-president of the Association for the Study of Nationalities and president-elect of the Association for the Advancement of Baltic Studies.

**Dr. habil. Christoph Mick, Department of History, University of Warwick, Coventry, CV4 7AL, Great Britain,
e-mail: C.Mick@warwick.ac.uk**

Studium der Osteuropäischen Geschichte, Politikwissenschaften und Germanistik, Magister Artium 1987, Promotion 1992, Habilitation 2004 an der Universität Tübingen. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Universität Tübingen (1992–1997), Habilitationsstipendiat des Deutschen Historischen Instituts in Warschau (Sept.–Nov. 1997) und Feodor Lynen Stipendiat der Alexander von Humboldt-Stiftung an der Universität Warschau (1998). Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Sonderforschungsbereich 437 „Kriegserfahrungen – Krieg und Gesellschaft in der Neuzeit“ und im Fachbereich Geschichte der Universität Konstanz (1999–2005). Seit September 2005 RCUK Academic Fellow am Department of History, University of Warwick. Publikationen: *Sowjetische Propaganda, erster Fünfjahrplan und deutsche Russlandpolitik. Probleme der deutsch-sowjetischen Beziehungen am Ende der Weimarer Republik (1928–1932)*. Stuttgart 1995; *Forschen für Stalin. Deutsche Fachleute in der sowjetischen Rüstungsindustrie 1945–1958*. München 2000; *Kriegserfahrungen in einer multiethnischen Stadt. Lemberg 1914–1950* (erscheint voraussichtlich 2009 in der Reihe des Deutschen Historischen Instituts in Warschau).

Dr. Frank M. Schuster, Uniwersytet Łódzki, Katedra Literatury i Kultury Niemiec, Austrii i Szwajcarii, ul. Sienkiewicza 21, PL-90-114 Łódź,

e-mail: schuster@idf.uni-heidelberg.de

Geboren 1971 in Bukarest, Osteuropahistoriker, Literatur- und Kulturwissenschaftler sowie Dozent an den Universitäten Lodz und Heidelberg. Neben den Forschungen zum Ersten Weltkrieg, zur Regional- und Stadtgeschichte sind vor allem Phänomene der Multikulturalität und Erinnerung bzw. Gedächtnis in Mittel- und Osteuropa, sowie der Zusammenhang zwischen Geschichte, Literatur und Medien, insbesondere Fotografie und Film, Schwerpunkte der wissenschaftlichen Tätigkeit. Publikationen, u.a.: *Zwischen allen Fronten. Lebenswelten osteuropäischer Juden während des Ersten Weltkriegs. 1914 bis 1919.* Köln 2004 (*Lebenswelten osteuropäischer Juden.* 9) (= Dissertation Basel 2003); *Zwischen Identitätskrise und Herausforderung: Polen, Juden, Deutsche während des Ersten Weltkrieges in der Textilmetropole Lodz*, in: *Der städtische Raum als kulturelle Identitätsstruktur*, hrsg. v. Maria Katarzyna Lasatowicz. Berlin 2007, S. 95-109; „Mir wird öd’ bei dem Gedanken, dass alles so ist – oder anders und egal.“ Robert Schindels Film ‚Gebürtig‘ als Versuch, einen blinden Fleck oder eine Lücke im Bildgedächtnis zu füllen, in: *Verbalisierung und Visualisierung von Erinnerung. Literatur und Medien in Österreich*, hrsg. v. Anna Byczkiewicz u. Kalina Kupczinska. Łódź 2008, S. 309-328; *Klio verwirrt: zwischen Kulturschock, Konfabulation, Amnesie und Hysterie. Überlegungen zu Kultur, Erinnerung, Geschichte und Literatur*, in: *Kulturwissenschaft(en) in der Diskussion*, hrsg. v. Jürgen Joachimsthaler u. Eugen Kotte. München 2008, S. 95-110; *Die verborgene Stadt. Die Wiederentdeckung der polyethnischen Vergangenheit der Stadt Łódź*, in: *Convivium* (2008) (im Druck); *Zwischen Hoffen und Bangen. Reaktionen jüdischer Literaten auf das ‚Wunder der Wiedergeburt‘ Polens 1918–1921*, in: *Nordost-Archiv* XVI (2007), S. 239-272.

Dr. Darius Staliūnas, Lietuvos istorijos Institutas, Kražių g. 5, LT-01108 Vilnius,

e-mail: staliunas@istorija.lt

1993 MA from Vilnius University, 1997 Ph.D. from Kaunas Vytautas Magnus University. Since 1992 member of the Lithuanian Institute of History, since 2000 deputy director at Lithuanian Institute of History, member of editorial board of „Lithuanian Historical Studies“, „Central and East European Review“ and „Pinkas. Annual of the cul-

ture and History of the European Jews“. Research interests include issues of Russian nationality policy in the so-called Northwestern Region (Lithuania and Belorussia), ethnic conflicts as well as problems of historiography and places of memory in Lithuania. Autor of „Making Russians. Meaning and Practice of Russification in Lithuania and Belarus after 1863. Amsterdam/New York 2007.

Prof. Dr. Theodore R. Weeks, History Dept., Southern Illinois University, 1000 Faner Drive, Room 3374, Carbondale/Ill. 62901-4519, USA,

e-mail: tadeusz@siu.edu

Theodore R. Weeks is Professor of History at Southern Illinois University, Carbondale (USA), where he teaches European and World history. Originally trained in German literature, he completed his Ph.D. in history at the University of California at Berkeley mere months after the collapse of the USSR. His is author of „Nation and State in Late Imperial Russia“ (1996) and „From Assimilation to Antisemitism: the ‚Jewish Question‘ in Poland, 1855 to 1914“ (2006). He also contributed six chapters, from the Congress of Vienna through the end of World War I, to „Making Europe“, a textbook of Western Civilization (2007) and has recently completed a thematic Russian history textbook covering the period from the Great Reforms to the end of World War II („Across the Revolutionary Divide: Russian History 1861–1945) for Blackwell Publishers. His research centers on nationality policy, interethnic relations, and – most recently – urban history. He is currently working on a project tentatively entitled „Vilna – Wilno – Vilnius: History of a Multiethnic City, 1795–2000“.

Christian Westerhoff, M.A., c/o Rottmann, Rue Saint Herni 90, 1200 Brüssel, Belgien,

e-mail: christianwesterhoff@web.de

Studium der Geschichte und Politikwissenschaft in Osnabrück und Sheffield, seit Oktober 2005 Kollegiat am Max-Weber-Kolleg der Universität Erfurt mit dem Dissertationsthema „Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg. Rekrutierung und Beschäftigung osteuropäischer Arbeitskräfte in Deutschland und den besetzten Gebieten“; seit Februar 2008 Forschungsaufenthalt am Centre d’Etudes et de Documentation Guerre et Sociétés contemporaines (CEGES-SOMA) in Brüssel. Forschungsschwerpunkte: Arbeitskräfte- und Besatzungspolitik im Zeitalter der Weltkriege. Publikationen: Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg? Rekrutierung von Arbeitskräften aus Polen und dem Balti-

kum für die deutsche Kriegswirtschaft 1914–1918, in: *Interesse und Konflikt. Zur politischen Ökonomie der deutsch-polnischen Beziehungen, 1900 bis 2007*, hrsg. v. Dieter Bingen, Peter Oliver Loew u. Nikolaus Wolf. Wiesbaden 2008, S. 143-160; *Von der Friedens- zur Kriegswirtschaft: Anwerbung und Beschäftigung von Arbeitern aus Russland in Deutschland, 1914–1916*, in: *Migration und Arbeitsmarkt vom 17. bis zum 20. Jahrhundert*, hrsg. v. Dittmar Dahlmann u. Margit Schulte-Beerbühl. Essen [2009] (im Druck); daneben mehrere Publikationen zur niedersächsischen Regionalgeschichte, z.B.: *600 Jahre Grund- und Eigenbehörigkeit – die Bauern in Ossenbeck und das Kloster Bersenbrück*, in: *Oldenburger Jahrbuch 106* (2006), S. 23-45.